C 21734 D

Wahlen in Italien S. 24



Arbeiterkampf

Jg. 6 Nr. 83 29.6.76
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

„Anti-Terror-Gesetze"

Ein weiterer Schritt zum Polizeistaat



Am 24. Juni hat der Bundestag mit den Stimmen von SPD und FDP

Am 24. Juni hat der Bundestag mit den Stimmen von SPD und FDP eine Reihe von neuen Gesetzen „zur Terrorismusbekämpfung" beschlossen. Die CDU/CSU stimmte nicht zu und erklärte die Gesetze für nicht scharf genug.

Eim Einzelnen geht es um folgende Gesetze:

- Der Straftatbestand der „terroristischen Vereinigung" (§ 129 a) wird neu geschaffen. Dafür drohen Freiheitsstrafen zwischen Monaten und fünf Jahren, bei „Rädelsführern" von einem bis zehn Jahren. Der neue § 129 a soll dazu dienen, noch willkürlicher und noch schärfer vorzugehen als nach dem bisher angewendeten § 129 („kriminelle Vereinigung").
- Wer nach dem neuen § 129 a „verdächtig" ist, muß automatisch in „Untersuchungs"-Haft, auch dann, wenn keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr besteht. Besonders schwerwiegend angesichts der Tatsache, daß heute schon politische Gefangene oft jahrelang ohne Prozeß in U-Haft gehalten werden!
- Überwachung des gesamten Schriftverkehrs der Angeklagten mit ihren Verteidigern, dadurch schwerste Eingriffe in die Verteidigerrechte und die Möglichkeiten der Verteidigung.
- Erhebliche Erleichterung des Verteidigerausschlusses.
- Erweiterung der Anzeigepflicht. Jedermann soll jetzt verpflichtet sein, „bevorstehende" Straftaten nach § 129 a anzuzeigen, wenn ihm etwas davon bekannt wird. Mit Strafandrohungen soll damit die Bevölkerung zu massenhaften Denunziationen gezwungen werden, wozu sie bisher trotz aller Überredungskünste von Staat und bürgerlicher Presse noch nicht bereit war.

Die CDU/CSU erklärte zu diesen neuen Schritten der Faschisierung von Staat und Gesellschaft ganz un-

verfroren, die Maßnahmen seien „halbherzig" und die Regierung wol-

verfroren, die Maßnahmen seien „halbherzig" und die Regierung wolle gar nicht ernsthaft den „Terrorismus" bekämpfen.

U.a. forderte die CDU/CSU:

- Keine Unterscheidung zwischen Mitgliedern und „Rädelsführern" naoh § 129 a, sondern generelle Höchststrafe von zehn Jahren.
- Überwachung auch des mündlichen Verkehrs zwischen Angeklagten und Verteidigung.
- Ausschluß von Verteidigern auch bei „Verfahrenssabotage". Diese wäre nach Meinung der CDU/CSU schon gegeben, wenn sich die Verteidigung mit Anträgen gegen ständige Rechtsverletzungen der Justiz zur Wehr setzen muß.
- Auch die Denunziationspflicht „geplanter" Straftaten hielt die CDU/CSU für unzureichend. Sie forderte, daß auch die bloße Existenz und sogar die geplante (!) Gründung von „terroristischen Vereinigungen" angezeigt werden müßten.

Die CDU/CSU übernimmt, indem sie sich als besonders „hart" aufspielt und mit ihren Forderungen die SPD/FDP-Regierung bei der Faschisierung noch übertrumpft, zugleich eine wichtige Funktion als Flankenschutz für die Verabschiedung der neuen „Anti-Terror-Gesetze" durch die Bundesregierung. Die SPD kann wieder darauf hinweisen, daß es ja mit der CDU/CSU noch schlimmer kommen würde und daß ihr Tempo der Faschisierung und des Abbaus demokratischer Rechte womöglich geradezu „gemäßigt" und „liberal" sei. Von dieser Demagogie mit dem „kleineren Übel" sollte sich allerdings niemand täuschen lassen. Die SPD/FDP-Regierung hat die Faschisierung, den Abbau demokratischer Rechte und den Ausbau des Polizeiapparats in den vergangenen Jahren enorm vorangetrieben. Damit hat sie auch einer noch schärferen Gangart der CDU/CSU den Weg bereitet.

Polens Arbeiter setzen sich durch!

Preissteigerungen zurückgenommen!

Vom 27. Juni dieses Jahres an sollten in Polen die Preise für einige wichtige Grundnahrungsmittel drastisch angehoben werden: „zum Beispiel – die Preise für Zucker um fast 100 Prozent, für Fleisch und Wurstwaren um durchschnittlich 60 Prozent, Milch- und Milchprodukte um 50 Prozent, Fisch und Reis zwischen 30 und 60 Prozent, Gemüse, Bohnen und Mohn um rund 30 Prozent" (laut „Frankfurter Rundschau", 26. Juni).

Während dieser am 24. Juni verabschiedete Gesetzentwurf den am schlechtesten bezahlten Teilen der polnischen Arbeiterschaft und den Rentnern gleichzeitig einen nicht näher bezeichneten Teuerungsausgleich und den etwa 6 Millionen Bauern Polens um 20 bis 50 Prozent angehobene Erzeugerpreise versprach, wäre die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten Hauptleidtragende der geplanten Maßnahmen geworden: Deren – in den letzten fünf Jahren um „durchschnittlich 40 Prozent (ge)-stiegenen" – Reallöhne wären mit einem Schlag auf das Niveau von 1971 zurückgestuft worden („FR", ebenda).

Obwohl die geplanten Preiserhöhungen von der polnischen Staatsführung seit geraumer Zeit in sogenannten „Konsultationen" mit Betriebsbelegschaften diskutiert worden waren und obwohl die revisionistischen Machthaber glaubten, einen günstigen Zeitpunkt (Ferienbeginn) für ihre Verwirklichung gewählt zu haben, löste die offizielle Bekanntgabe des Beschlusses unter der werktätigen Bevölkerung Unruhe aus und führte zu Protestaktionen der hauptsächlich betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter.

sächlich betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter.

In *„zahlreichen Betrieben"* soll es zu Streiks und Protestversammlungen gekommen sein. *„Schauplatz der spektakulärsten Protestaktion ... war der Warschauer Vorort Ursus. Streikende Arbeiter der dortigen Traktorenfabrik brachten den D-Zug Paris-Warschau zum Halten, demontierten Schienen und Schwellen vor und hinter dem Zug. Ein Streikführer erklärte: ,In ganz Polen wird gestreikt. Der D-Zug wird erst weiterfahren, wenn die Preismaßnahmen zurückgenommen sind'"* (WamS, 27.6.76).

Aus anderen Teilen Polens wurde berichtet, daß Arbeitervertretungen und Betriebsversammlungen Petitionen (mit der Forderung, die beschlossenen Preiserhöhungen wieder aufzuheben) an die Regierung verabschiedet haben.

Von offizieller Seite wurde im polnischen Fernsehen bestätigt, daß durch die Protestaktionen Teile des *„Eisenbahnverkehrs und staatliche Einrichtungen lahmgelegt"* worden seien. (Laut „ARD-Tagesschau", 26.6., 22.20)

Auf jeden Fall haben die Kampfmaßnahmen der Arbeiter und Angestellten ihre Wirkung nicht verfehlt: Die polnische Staatsführung ließ noch am Abend des 25. Juni durch Ministerpräsident Jaroszewicz in einer einminütigen Fernsehansprache erklären, daß *„der Ministerrat ... die Beibehaltung der bisherigen Einzelhandelspreise für Lebensmittel angeordnet (hat)"* und daß man die Frage *„noch einmal gründlich prüfen"* wolle – was *„mehrere Monate dauern"* werde (lt. „Welt", 26/27.6.).

Anders als 1970

Obwohl Sprecher der revisionistischen Führung Polens auch diesmal wieder *„Unruhestifter und Halbstarke"* für die Protestaktionen der Arbeiter verantwortlich zu machen versuchten und die Kämpfe selbst als *„Akte der Anarchie und des Vandalismus ..., die mit den Grundsätzen sozialistischer Demokratie nicht vereinbar sind"*, verurteilten (so der Vorsitzende der staatlichen polnischen Fernsehgesellschaft, lt. „ARD-Tagesschau", 26. Juni), wurden in diesem Fall nicht – wie im Jahre 1970 – Polizei und Armee gegen die streikenden und protestierenden Werktätigen eingesetzt, um den Widerstand blutig zu unterdrücken.

Während bei den jüngsten Unruhen zwar offenbar auch Polizeikräfte aufgeboten, aber (nach den vorliegen-

den Meldungen) auf Distanz gehalten
hen zwar offenbar auch Polizeikräfte aufgeboten, aber (nach den vorliegen-

den Meldungen) auf Distanz gehalten wurden, hatten die revisionistischen Machthaber Polens im Dezember 1970 neben Polizei – auch Armeeeinheiten gegen die seinerzeit streikenden Arbeiter (vor allem in den polnischen Küstenstädten) eingesetzt und die Kämpfe mit Gewalt niedergeschlagen. Mehrere Menschen wurden damals erschossen und zahlreiche verletzt.

Der damalige Parteichef Gomulka mußte nach diesen blutigen Ereignissen zurücktreten und die von seinem Regime verfügten Preiserhöhungen von 17,8 Prozent für Grundnahrungsmittel – die neben anderen Faktoren auslösendes Moment für die Widerstandsaktionen der Arbeiterschaft waren – mußten von der folgenden Regierung (unter Edward Gierek) zurückgenommen werden.

Wenngleich sich die polnische Partei- und Staatsführung bei den unmittelbar zurückliegenden Auseinandersetzungen klüger als 1970 verhalten und ihre arbeiterfeindlichen Verordnungen einstweilen zurückgenommen hat, so ist dennoch das eigentliche Problem damit keineswegs aus der Welt geschafft.

Denn der Versuch, die Reallöhne der Arbeiter über so ungeheure Preissteigerungen (wie geplant) zu senken, ist Teil und Ausdruck des kapitalistischen Weges, den die Machthaber in Polen seit Jahren gehen:

- durch die immer weitergehende Verflechtung der polnischen Wirtschaft sowohl mit dem kapitalistischen Ausland als auch mit den anderen RGW-Ländern (vor allem der Sowjetunion) wurde die dort produzierte Inflation nach Polen importiert;
- durch die für Polen negative Handelsbilanz (in erster Linie mit den kapitalistischen Ländern) und die mittlerweile zu astronomischen Höhen aufgelaufenen Kreditschulden ist das polnische Regime zunehmend weniger in der Lage, die Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen (d.h. zum Beispiel auch, die bisher gewährten rund 10 Milliarden DM Subventionen für die Grundnahrungsmittel weiter zu zahlen);
- und schließlich durch die Erhaltung (ja z.T. sogar Förderung) privatkapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, wo noch heute rund 80% der Betriebe in Privatbesitz („die Mehrzahl ist nicht größer als fünf Hektar", also völlig unrentabel) sind.

Die Arbeiterkämpfe in Polen und ihr vorläufiger Erfolg zeigen, daß
unrentabel) sind.

Die Arbeiterkämpfe in Polen und ihr vorläufiger Erfolg zeigen, daß Polen keineswegs die „sozialfaschistische Diktatur unter russischem Militärstiefel" ist, als die es Springer-Presse und „ML"er einhellig hinstellen, sondern daß der Klassenkampf durchaus Möglichkeiten der Entfaltung findet. Auf der anderen Seite zeigt sich erneut, daß auch Polen nicht die „krisenfreie" Idylle ist, als die es die DKP und ihre Ableger mit ihrem verlogenen Geschwätz vom „real existierenden Sozialismus" gerne hinstellen. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß mit der vorläufigen Zurücknahme der Preiserhöhungen (und dem sicheren Versuch, diese baldmöglichst doch noch einzuschmuggeln) der Konflikt nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben ist, und daß sich die Klassenkämpfe in den revisionistischen Ländern – nicht nur in Polen – weiterhin verschärfen werden.

Das soll nicht mehr gesagt werden dürfen:

„NESTLE tötet Babies"

Am 25.6. ging in Bern der vom Lebensmittelkonzern Nestle Alimenta SA (in der BRD bekannt durch seine Firmentöchter Maggi, Sarotti, Langnese) gegen die „Arbeitsgruppe Dritte Welt" und Redakteure der Züricher Studentenzeitschrift „Konzept" angestrengte Beleidigungsprozeß mit einer deutlichen „Punktniederlage" des Konzerns zu Ende. Noch vor Prozeßende hatte Nestle drei von vier Klagepunkten zurückgezogen. Im letzten Klagepunkt stellte dann die Schweizer Klassenjustiz die „Ehre" des Konzerns wieder her. Die Feststellung *„Nestle tötet Babies"* wurde als *„üble Nachrede"* beurteilt, 13 Angeklagte zu je 300 Franken Geldstrafe verurteilt. Vier angeklagte Redakteure von „Konzept" wurden freigesprochen, weil sie Nestle nur als ‚sanfte Killer" bezeichnet hatten („Frankfurter Rundschau", 25.6.76).

Die Verurteilten wollen in die Berufung gehen.

Nestles verbrecherische Praktiken

Gegenstand des Prozesses war eine Broschüre der „Arbeitsgruppe Dritte Welt", in der diese unter dem treffenden Titel „Nestle tötet Babies" verbrecherische Methoden des Konzerns enthüllt hatte.

Fortsetzung Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Demnach preist Nestle in Ländern der „Dritten Welt" seine Trockenmilch als ideale Säuglingsnahrung an und hält durch seine Werbung und ein Heer zahlloser, als Krankenschwestern getarnter Verkäuferinnen, Mütter ab, ihre Kinder weiterhin zu stillen...

Da jedoch den meisten Müttern jede Möglichkeit fehlt, die Trockenmilch richtig zu lagern, keimfrei zuzubereiten usw., starben Tausende von Babies an der Nestle-Trockenmilch bzw. behielten bleibende Schäden zurück (ARBEITERKAMPF, Nr.71).

Der Anwalt der angeklagten „Arbeitsgruppe Dritte Welt" kennzeichnete die Werbemethoden Nestles so :„*Nestle verhält sich nicht besser als ein Heroinhändler, der dem neuen Kunden die erste Spritze gratis verabreicht, weil er weiß, daß dieser dann von ihm abhängig wird*" („FR", 25.6.76).

Im Prozeß: Nestle eine Schlappe beigebracht

Dem Nestle -Konzern, der mit einem Umsatz von 16 Milliarden Franken im Jahr in der Rangliste der größten Konzerne der Welt an 14. Stelle steht („Frankfurter Rundschau" 19.6.1976), waren diese Enthüllungen offenbar äußerst unangenehm.

Zunächst versuchte Nestle durch einen außergerichtlichen Vergleich, der wohl eher als Bestechungsversuch zu bezeichnen war, die Arbeitsgruppe dazu zu bewegen, künftig die Enthüllungen über die verbrecherischen Praktiken des Unternehmens zu unterlassen. Als das nichts fruchtete, klagte der Konzern wegen „Ehrverletzung".
zu unterlassen. Als das nichts fruchtete, klagte der Konzern wegen „Ehrverletzung".

Die Angeklagten benannten für den Prozeß ein großes Aufgebot von Zeugen aus aller Welt, die ihre Enthüllungen bestätigten. So nannte der tansanische Experte für Kinderheilkunde, Prof. Ebrahim, die Saugflasche „*nichts aneres als ein Mordinstrument*" („FR", 25.6.76).

Andere Spezialisten für Kinderheilkunde äußerten sich zwar zurüchhaltender, aber in ähnlichem Sinne.

Nestle zog daraufhin alle Klagepunkte, die die konkreten Enthüllungen der Broschüre betreffen. zurück. Demnach darf die „Arbeitsgruppe Dritte Welt" jetzt weiter feststellen:

1. Nestles Werbemethoden in der „Dritten Welt" sind „*unethisch und unmoralisch.*"
2. Nestle ist „*durch diese Verkaufspraktiken für den Tod oder die dauernde geistige und körperliche Schädigung Tausender von Kindern in den ärmsten Ländern der Welt verantwortlich* "!
3. Nestle hat seine Verkäuferinnen im Ausland als Krankenschwestern getarnt! (nach „FR", 23.6.76)

Daß der Richter daufhin die knappe aber treffende Zusammenfassung dieser Feststellungen unter dem Titel „Nestle tötet Babies" als üble Nachrede verurteilt, war nur noch eine nette Geste eines Klassenrichters gegenüber seinem Herrn, die wenig daran ändert, daß Nestle in dem Prozeß eine deutliche Schlappe erlitten hat.

Nestle tötet weiter !

Schon im Februar, nach der Vernehmung des Spezialisten der Säuglingsernährung Prof. Jelliffe aus Los Angeles der im wesentlichen den Inhalt der Enthüllungen der Arbeitsgruppe bestätigte („FR", 19.6.76), war dem Nestle wohl deutlich geworden, daß es in diesem Prozeß nicht allzuviel zu gewinnen gab.

Deshalb startete das Unternehmen außerhalb des Gerichtssaals einen Propagandafeldzug, um sich vom Tötungsvorwurf reinzuwaschen. In einer 230 Seiten starken Broschüre „Nestle in den Entwicklungsländern" wurde das angeblich selbstlose, immer im Dienste des Menschen stehende Engagement des Konzerns gepriesen („FR",19.6.76).

Auf der Nestle-Jahreshauptversammlung 1976 kündigte der Konzernchef Liotard-Vogt dann an, daß Nestle sein verbrecherisches „Geschäft" mit der „Dritten Welt" fortführen will:

„*Kein einziges der Länder, in denen wir angeblich Säuglinge umbringen, hat bis heute die Verwendung unserer Produkte auch nur im geringsten eingeschränkt. Diese Haltung wäre gelinde gesagt seltsam, wenn die gegen uns erhobenen massiven Anschuldigungen tatsächlich zutreffen würden. Sodann fragt man jene, die derartige Anschuldigungen erheben, vergeblich womit die Säuglinge ernährt werden sollen, wenn die Muttermilch ganz oder teilweise ausfällt. Soll man sie verhungern lassen?*"....

Also, sollen weiter Säuglinge an Nestle-Trockmilch zu Grunde gehen!

Verbrämt wurde diese Ankündigung mit einigen Schnacks über das Verantwortungsbewußtsein des Konzerns gegenüber der Umwelt:„*Trotz des Gewinnstrebens, das wir als vollkommen gerechtfertigt ansehen*
zerns gegenüber der Umwelt:„Trotz des Gewinnstrebens, das wir als vollkommen gerechtfertigt ansehen
und dessen wir uns nicht zu schämen brauchen"(Nestle hat 1975 seinen Gewinn um 7,7 %, den Umsatz um 10 % gesteigert, d. Red.)„*wissen wir um unsere Verantwortung, die wir gegenüber der Umwelt tragen.*" („FR", 19.6.1976)

Man sollte sich also keinen Illusionen hingeben. Die Punktniederlage im Prozeß wird Nestle nicht zu einer Abkehr von seinen verbrecherischen Praktiken zwingen.

Auch die Ende letzten Jahres von Nestle und anderen Lebensmittelkonzernen angekündigte „Ausarbeitung" eines Verhaltenskodex für die Werbung mit Babynahrung („UZ", 25.6.76) ist nur Versuch, daß durch den Prozeß angekratzte „Image" aufzupolieren.

Das Handwerk werden diesen Verbrechern erst die betroffenen Menschen in den Ländern der „Dritten Welt" legen, indem sie den Konzern rauswerfen.

Steht zu hoffen, daß die betroffenen Mütter und Kinder noch in den „Genuß" kommen, Monsieur Liotard-Vogt und seine Kumpane mit seiner verdorbenen Trockenmilch zu füttern!

Kinderkomission
KB/Gruppe Hamburg

Rettet das Leben von Gladys Diaz!

Noch immer befindet sich die Genossin Gladys Diaz Armijo im chilenischen KZ Tres Alamos.

Gladys Diaz war vor dem Putsch Vorsitzende der Gewerkschaft der Rundfunkjournalisten, Kandidatin des MIR bei den letzten Wahlen im chilenischen Gewerkschaftbund CUT. Sie arbeitete für Radio Agricultura und die Zeitschrift Punto Final. Ferner leitete sie die Presseabteilung von Radio Nacional, dem Rundfunksender des MIR. Gladys hat einen 6 - jährigen Sohn.

Gladys Diaz wurde am 20.2.1975 von der faschistischen Geheimpolizei DINA verhaftet und hat seitdem unzählige qualvolle Folterungen erlitten. Gladys Diaz' Weg durch die Folterinstrumente ist exemplarisch für die Folterungen vieler anderer Frauen des chilenischen Widerstandes :

„*Zu den angewandten Foltermethoden gehört die sogenannte Parilla. Ihr ganzer Körper wurde unter Strom gesetzt, insbesondere mit Elektroden am Kopf, After, Vagina ...*".

Gladys hat bereits drei Herzversagen und unzählige Verhöre hinter sich. Am 26.2. sperrte man sie in „Kaninchenställe", in Zellen von einer Größe von 80 x 90 x 50 cm. (Aus Berichten von „amnesty international"). Gladys wurde vor einigen Monaten lebend gesehen und hat den Status einer politischen Gefangenen erhalten, was als ein erster Erfolg der internationalen Solidarität angesehen werden muß.

Die westdeutsche und DGB - eigene Stiftung Mitbestimmung erteilte eine Zusage, daß Gladys Diaz in der BRD einen Arbeitsplatz in der Montanindustrie und ein Sprachstipendium erhalten würde.

Damit wäre alles klar für eine Ausreise, die Ausstellung eines Visums usw.

Die Bundesregierung jedoch verweigerte mit Schreiben vom 4.6.76 die Aufenthaltsgenehmigung mit der Begründung, Gladys Diaz als Mitglied des MIR gefährde die „innere Sicherheit". Das ist nichts anderes als vorsätzlicher Mord seitens der SPD/FDP - Regierung!

Freiheit für alle politischen Gefangenen !

Freiheit für Gladys Diaz und ihren Sohn !

Lateinamerika - Kommission

Justiz spielt weiter mit dem Leben von Karl-Heinz Roth!

Karl-Heinz Roth befindet sich weiter in Lebensgefahr. Sein Kreislauf ist so schwach, daß er nur noch 2-3 Stunden am Tag arbeitsfähig ist, daß er bei Besuchen nicht mehr aufstehen kann. Angesichts dieser Situation ist die um über zwei Wochen verzögerte Aufnahme der medizinischen Gutachtertätigkeit „in die Nähe einer bewußt in Kauf genommenen Körperverletzung und Lebensgefähr - dung" (Erklärung des Solidaritätskomitees Bremen) gerückt. Gleichzeitig wurden die Hoffnungen auf eine Haftverschonung durch die Anklageerhebung wegen „Mord und Mordversuch" klar verringert.

Am 1.6. hatte das Amtsgericht Köln entsprechend dem Antrag der Verteidiger der Bestellung eines Gutachters zugestimmt, der die gesundheitliche Situation und die Haftfähigkeit von K.-H. Roth überprüfen soll. Durch eine „*Kette merkwürdiger bürokratischer Fehlleistungen*" (Erklärung) wurde der am 1.6. bestellte Gutachter, der Direktor der Uni-Klinik Düsseldorf Dr. Grosse-Brockhoff, erst am 16.6. tätig.

Am 16.6. wurde offiziell gegen K.-H. Roth Anklage erhoben wegen Mittäterschaft bei „Mord und Mordversuch" und „Vergehen gegen das Waffengesetz". Der Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" wurde fallengelassen. Die Anklage ist dennoch schlicht skandalös: es ist aktenkundig, daß Roth bei seiner Festnahme nicht geschossen hat!

Am 17.6. fand ein Treffen von Initiativen für die Haftverschonung für K.-H. Roth statt. Initiativen aus Bremen, Bochum, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Göttingen, Hagen, Hamburg, Hannover, Köln, Marburg und Tübingen (weitere gibt es in Westberlin, Braunschweig, Oldenburg und Würzburg) beschlossen die Kampagne bis zur Haftverschonung gemeinsam zu entwickeln. Wir unterstützen die in der Resolution des Treffens aufgestellten Forderungen:

Sofortige Behandlung von Karl-Heinz Roth durch Ärzte seines Vertrauens!

Sofortige umfassende medizinische Behandlung in zivilen Kliniken!

Keine Behinderung dieser Behandlung durch die Justizorgane und Polizei!

Sofortige Haftverschonung für Karl-Heinz Roth!

Aussetzung der Haft bis zur völligen Wiedergenesung von Karl-Heinz Roth!

**Schreiben und Besuchsanträge sind zu richten an:
Große Strafkammer 11 beim Landgericht Köln, Appellhofplatz 1, 5 Köln 1, Az 40-22/76 (Strafsache Karl-Heinz Roth).**

IKAH (Hamburg)

Mordanschlag im Lockheed-„Skandal"

Mordanschlag im Lockheed-„Skandal"

Obwohl erst die berühmte Spitze des Eisberges im Lockheed-„Skandal" aufgedeckt wurde, ist dieses Thema völlig aus den Schlagzeilen der westdeutschen Presse verschwunden. Nachdem in der Presse einige nicht mehr länger zu verhüllende Verwicklungen und Namen bekanntgemacht wurden, sind die weiteren „Untersuchungen" über die von dem amerikanischen Konzern geschmierten Politiker und Offiziere in verschwiegene Kommissionen verlagert worden. Der amerikanische Untersuchungsausschuß, der alle entscheidenden Dokumente über die kriminellen Aktivitäten von Lockheed im Ausland in den Händen hält, stellt diese Unterlagen den einzelnen nationalen Kommissionen ausdrücklich nur dann zur Verfügung, wenn sich diese verpflichten, vorerst k e i n e Untersuchungsergebnisse zu veröffentlichen. In zu hohen Positionen des bürgerlichen Staatsapparates sind die Verantwortlichen zu suchen, als daß alles schonungslos offengelegt werden könnte. Vertuschen, das ganze Ausmaß dieser „Affäre" um jeden Preis verhüllen, das ist heute die Parole.

Wie weit die Drahtzieher im Hintergrund dabei zu gehen bereit sind, um dies unbedingt durchzusetzen, zeigt eine kleine zwölf-Zeilen-Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 12.6.76: Danach wurde einen Tag zuvor, mitten im Zentrum von Den Haag, auf den britischen Journalisten Tom Ravensdale ein Mordanschlag verübt. Ravensdale sollte im Rahmen der Lockheed-„Untersuchungen" als Zeuge aussagen und war im Besitz wichtiger Dokumente über bestochene Politiker. Der Journalist wurde absichtlich von einem Auto angefahren und nachdem er bewußtlos am Boden lag (offensichtlich nahmen die Täter an, er sei tot), eines Koffers mit Lockheed-Dokumenten beraubt. Wie nicht anders zu erwarten, fehlt von den „unbekannten Tätern" jede Spur ...

Es ist klar, daß dies keine Tat von gewöhnlichen Straßenräubern war, sondern von professionellen angeworbenen Killern, mit einflußreichen Männern im Hintergrund. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen gewissen Lord Chalfont, früherer Minister des Auswärtigen Amtes in der Regierung Wilson 1964, der zu Anfang des Jahres jeden, der die kriminellen Aktivitäten der CIA aufdecken helfe, als „Staatsfeind" bezeichnete. Unmißverständlich warnte er, daß diese sich sehr schnell selbst als „*Opfer von Mördern wieder sehen*" könnten („ID", 14.2.76).

Bekannt ist auch, daß in den USA in Zusammenhang mit den CIA-Enthüllungen und dem Watergate-Skandal Zeugen mit Morddrohungen bedacht wurden. An Ravensdale ist also nur versucht worden, was bereits in anderen „Skandalen" angedroht wurde: Die gewaltsame Beseitigung eines unliebsamen Zeugen.

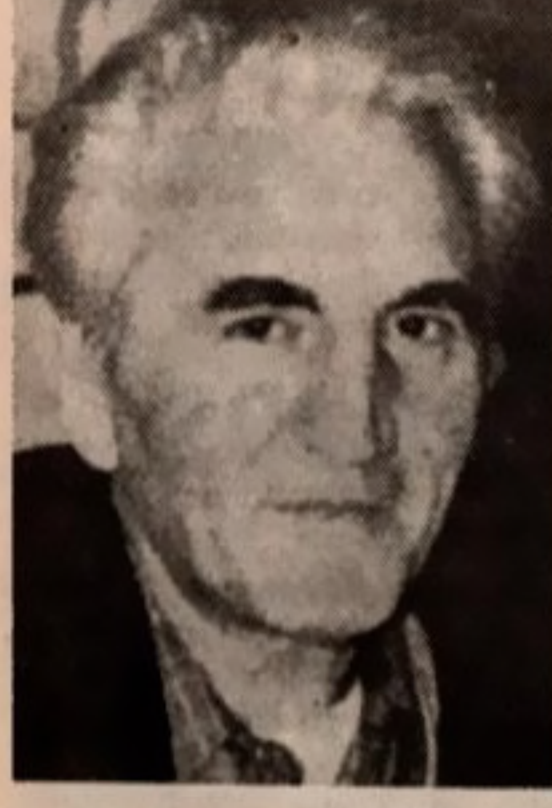
Daß derartige Praktiken angewandt werden, verwundert nicht, wenn man sich nur einige Namen der in den Lockheed-„Skandal" verwickelten Personen ins Gedächtnis ruft:

- F.J. Strauß in der BRD;
- der Kriegsverbrecher und Faschistenführer Kodoma in Japan;
- Camilo Crocani (DC), Waffenhändler im Zweiten Weltkrieg, Mitglied der deutschen Waffen-SS und
- der ehemalige Chef der italienischen Luftwaffe Duilio Fanali, der 1970 am faschistischen Putschversuch des Fürsten Borghese beteiligt war.

In diesem illustren Personenkreis sind die Auftraggeber des Mordanschlages zu suchen ...

**USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Freiheit für Vladimir Dapcevic
und alle gefangenen jugoslawischen Kommunisten!



Genosse Vladimir Dapcevic, derzeit als angeblicher Generalsekretär der illegalen Kommunistischen Partei Jugoslawiens in Belgrad vor Gericht

In Belgrad hat am 21. Juni ein G e h e i m p r o z e s s gegen den Genossen Vladimir Dapcevic begonnen. Ihm wird vorgeworfen, Führer einer illegalen Kommunistischen Partei zu sein.

Vladimir Dapcevic ist 59 Jahre alt. Als Partisanen-Offizier im antifaschistischen Widerstandskampf wurde er mehrfach ausgezeichnet. Als das Tito-Regime sich 1948 gegen die kommunistische Weltbewegung und gegen die Sowjetunion wandte und Tausende jugoslawischer Kommunisten einsperren ließ, weil sie diesen Kurs nicht mitmachten, wurde auch Dapcevic als „Stalinist" verfolgt. Beim Versuch, über die ungarische Grenze zu fliehen, wurde er im September 1948 festgenommen und zu 20 (!) Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

1956 wurde er im Zuge der Aussöhnung Chruschtschows mit Tito freigelassen, 1958 jedoch erneut verhaftet. 1959 konnte er nach Albanien fliehen. Er ließ sich dann in Moskau nieder, mußte die Sowjetunion aber später wieder verlassen, weil ihm die sowjetische Regierung kein politisches Asyl mehr gab. So lebte er nacheinander in Stockholm, Paris und Brüssel, zuletzt in Bukarest (Rumänien), von wo er im August letzten Jahres unter ungeklärten Umständen „verschwand" – wahrscheinlich vom jugoslawischen Geheimdienst entführt.

In Jugoslawien sind derzeit nach Angaben des jugoslawischen Innenministeriums mehr als 100 (!) Menschen unter der Beschuldigung in Haft, der illegalen Kommunistischen Partei anzugehören. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.5.76). Die Urteile gegen diese Genossen, denen nichts anderes vorgeworfen werden kann als ihre politische Aktivität, sind außerordentlich hart: Strafen von 10 Jahren sind keine Seltenheit. Oft sind es Genossen, die schon Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre als „Stalinisten" verfolgt und schon viele Jahre ihres Lebens in Titos Gefängnissen verbracht haben.

Allein in diesem Jahr wurden folgende Prozesse bekannt:

- Verurteilung von 19 Genossen der albanischen Minderheit wegen „stalinistischer Umtriebe" zu 4 bis 15 Jahren Haft („Bild", 9.2.76).
- Verurteilung von mindestens 9 Genossen in Novi Sad zu Strafen zwischen 15 und 4 Jahren, darunter zweimal 15 Jahre, je einmal 12 und 13 Jahre. . . (jugoslawische Nachrichtenagentur „Tanjug", 16.3.76).
- Verurteilung von 9 Genossen in Banja Luka zu Strafen zwischen 3 und 12 Jahren („Hamburger Abendblatt", 15.4.76).
- Verurteilung von 3 Genossen in Split zu 8, 3 und 2 Jahren Gefängnis („Süddeutsche Zeitung", 24.5.76)

Mehr und mehr geht das Tito-Regime in letzter Zeit dazu über, diese Gesinnungsprozesse unter allergrößter Geheimhaltung durchzuführen. Der Prozeß gegen den Genossen Dapcevic soll nach dem Willen der jugoslawischen Behörden unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen. **Nachdem Vladimir Dapcevic schon seit langem von den Tito-Revisionisten als angeblicher Generalsekretär der illegalen Kommunistischen Partei verteufelt wird, ist eine Haftstrafe nicht unter 15 Jahren zu befürchten.**

Um die Genossen der illegalen Kommunistischen Partei zu verleumden, werden sie in der jugoslawischen imperialistischen und „ML"-Presse gezielt als „prosowjetische Kräfte" diffamiert, die angeblich in Jugoslawien ein System nach dem Vorbild des sowjetischen Revisionismus errichten und die nationale Unabhängigkeit Jugoslawien aufs Spiel setzen wollen. Demgegenüber hat Vladimir Dapcevic erklärt: **„Ich betrachte die Politik der sowjetischen Parteiführung als ebenso konterrevolutionär und revisionistisch wie die der Tito-Clique"** (laut „FAZ" vom 28.11.75). – Daher ist es kein Wunder, daß beispielsweise die DKP für die verfolgten jugoslawischen Kommunisten keinen Finger krumm macht bzw. sie nicht einmal erwähnt, und daß die sowjetische Regierung sich sogar ausdrücklich und schärfstens von ihnen distanziert hat.

Wir rufen die Genossen des SB, der GIM und von „amnesty international", aber auch alle ehrlichen Genossen der „ML"-Gruppen auf, ihre Solidarität mit den verfolgten jugoslawischen Kommunisten (der bedeutendsten linken Opposition in einem revisionistischen Land!) zu bekunden und durch Veröffentlichung in ihrer Presse bekannt zu machen.

Freiheit für den Genossen Dapcevic und alle gefangenen jugoslawischen Kommunisten!

Präsidentenwahlen in Portugal

Am 27. Juni haben in Portugal Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Es kandidierten:

- **Ramalho Eanes,** Dirigent des Rechtsputsches vom 25. November, der unter Parolen wie „Ruhe", „Ordnung", „Disziplin" antrat. Er wurde unterstützt von einem Block, der von der pro-faschistischen CDS über die PPD bis hin zum portugiesischen Ableger der SPD, zur PS von Mario Soares, reichte.
- **Pinheiro des Azevedo,** derzeitiger Ministerpräsident, von keiner Partei offiziell unterstützt. Er führte einen außerordentlich demagogischen Wahlkampf, indem er sich plakativ als antifaschistischen Kämpfer darstellen ließ, Eanes scharf angriff und Otelo de Carvalho ziemlich schonte.
- **Otelo de Carvalho,** der „Kandidat des 25. April" und der revolutionärenLinken.
- **Octavio Pato, von der revisionistischen Linken PCP zu dem Zweck aufgestellt, Otelo de Carvalho Stimmen abzunehmen.**

Eanes-Leibwache ermordet Arbeiter

Zu einer üblen Provokation kam es anläßlich der Wahlkampfreise von General Eanes in Alentejo. Als Eanes in Evora vor einigen hundert seiner Anhänger sprechen wollte, fanden sich auch mehrere hundert antifaschistische Gegendemonstranten ein, die in Sprechchören ihre Unterstützung für Otelo demonstrierten.

Als daraufhin die Polizei mit einem wilden Knüppeleinsatz die Gegendemonstration auflösen wollte, setzten sich die Antifaschisten zur Wehr. Das veranlaßte die „persönliche Leibwache" von Eanes, mehrere Salven mit Maschinenpistolen in die Menge zu schießen. Ein 39-jähriger Arbeiter wurde getötet, sechs weitere wurden zum Teil schwer verletzt.

Am selben Abend reiste Eanes weiter und wollte in Beja eine weitere Kundgebung abhalten, wo er bereits von einer antifaschistischen Demonstration enpfangen wurde.

Auch gegen diese Demonstranten gingen paramilitärische Polizeieinheiten in wüsten Knüppeleinsätzen vor.

Besonders empört waren die Massen im Alentejo darüber, daß die Todesschützen des Generals weder festgenommen wurden, noch irgendeine Untersuchung seitens der Polizei eingeleitet wurde.

Dagegen wurde von den Sicherheitskräften behauptet, in Wirklichkeit hätten bewaffnete UDP-Mitglieder geschossen! Gegen diese Lüge hat die UDP inzwischen protestiert und eine Anzeige wegen Mord gegen Eanes erstattet (nach ‚A Capital' 18. u. 19.6.).

In besonders übler Weise versuchte die PS des Soares, „ihren" Kandidaten reinzuwaschen und aus dieser Provokation eine Waffe gegen Otelo zu schmieden. In der offiziellen Erklärung der PS heißt es: *„Der General Eanes und das Volk, das ihn begleitete, wurden von einigen Extremisten angegriffen. Die neuen Großgrundbesitzer, die neuen Unterdrükker der Arbeiter im Alentejo* (gemeint sind die Arbeiter der Landkooperativen! – Anm. AK) *führen das terroristische Werk ihrer Vorgänger weiter ... Dieses Verbrechen stellt einen weiteren offenen Versuch zu einer neuen terroristischen Verschwörung dar. Der unerschütterliche Mut und die Entschlossenheit, mit der der General Eanes den Kriminellen entgegentrat, symbolisieren erneut den Widerstand des portugiesischen Volkes gegen die bewaffnete Aggression der neuen Faschisten ...*

... Aber dies macht erneut klar, daß der Otelismus eine dialektische Wiederkehr des Putschismus ist ..." (‚A Capital', 19.6.76).

Anschläge gegen fortschrittliche Kräfte

Diesen Provokationen der Rechten entspricht es, daß die Wahlkampagne der Volkskräfte massiv behindert wird. So wurde ein Kundgebung, bei der Otelo in Machico (Madeira) sprechen wollte, vom Gouverneur von Madeira ohne Angabe von Gründen verboten.

Als Otelo auf Wunsch der Bevölkerung trotzdem sprach, ließ der Bürgermeister die Straßenbeleuchtung ausschalten, während gleichzeitig ein großes Bullenaufgebot die Menschenmenge vertrieb (‚A Capital', 19.6.).

In Lamego, in Nordportugal, wurde der Konvoi Otelos von Eanes-Anhängern angegriffen. Dabei durchschlug ein Geschoß die Windschutzscheibe von Otelos Wagen (‚A Capital', 18.6.).

Wiederholt wurden Plakatkleber im Norden von faschistischen ELP-Trupps zusammengeschlagen und die Plakate abgerissen. Dabei griff in keinem Fall Polizei ein.

Eine besonders üble Rolle spielten wieder einmal die „links"-faschistischen MRPP-Provokateure, (MRPP unterstützt die Kandidatur von Eanes), die z.B. in Lissabon Kommandos aufstellten, die Jagd auf Plakatkleber machten, die Pato oder Otelo unterstützen. Diese Trupps fuhren teilweise mit Autos ohne Nummernschilder. Als Begleitung hatten sie einen Banditen mit einer abgesägten Schrotflinte dabei! In keinem dieser Fälle griff die Polizei ein (‚A Capital, 19.6.).

Kinderdemonstration gegen den faschistischen Terror

In Portugal geht außerdem der Bombenterror der faschsitischen Banden ELP und MDLP unvermindert weiter. In den letzten Wochen haben hunderte solcher Anschläge stattgefunden, bei denen viele Menschen verletzt wurden.

Immer häufiger finden spielende Kinder Blindgänger oder einfach weggeworfene Bomben und Granaten. Am 3. Juni wurde ein 12-jähriger Junge in Porto getötet und mehrere Kinder verletzt, als sie eine Explosionsgranate aus Armeebeständen fanden.

Gegen diesen Terror führten am 9. Juni mehrere hundert Kinder aus den Elendsvierteln von Porto eine Demonstration durch. An den Händen **gefaßt und in Begleitung vieler Eltern zogen sie durch die Innenstadt** zum Palast der Zivilverwaltung und zur Militärverwaltung, wo sie Resolutionen überreichten.

Die Kinder waren im Alter von drei bis 14 Jahren. Auf Spruchbändern führten sie die Parolen „Wir wollen keine Bomben", „Tod den Bombenlegern, die Anibal ermordet haben", „Wir Kinder wollen weder Bomben noch Krieg" und „Wir Kinder wollen Freiheit und Liebe" mit.

In den überreichten Resolutionen forderten sie die Regierung und die Polizei auf, endlich gegen die Terroristen vorzugehen.

Tatsächlich sind die portugiesischen Staatsorgane Komplizen der Bombenleger, da sie bisher noch in keinem einzigen Fall ernsthafte Ermittlungen vorgenommen haben, geschweige denn irgendein Ergebnis erzielt haben. In der Vergangenheit haben daher die Einwohnerkommissionen bereits „Revolutionäre Wachen" eingerichtet.

Die Einbeziehung der Kinder in diese Aktivitäten des Selbstschutzes durch die Einwohnerkommissionen, die auch diese Aktion unterstützt haben, ist eine richtige Antwort auf den staatlich geduldeten Terror.

PCP: Nur Hetze gegen Otelo und die revolutionäre Linke

Die PCP-Führung hatte sich zunächst darum bemüht, einen gemeinsamen Kandidaten von PS und PCP aufzustellen. Dieser sollte nach den Wünschen der PCP möglichst ein Militär sein, um der perversen Vorstellung der PCP von der „Einheit zwischen Volk und Streitkräften" Rechnung zu tragen.

Welcher Kandidat das sein würde, war der PCP-Führung erklärtermaßen gleichgültig. So schien sie zunächst sogar bereit, den Konterrevolutionär Eanes zu unterstützen. Erst nach der Aufstellung Otelo's entschloß sich die PCP plötzlich, ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden Pato als Spalterkandidaten aufzustellen.

Ensprechend hat die PCP den gesamten Wahlkampf nur gegen Otelo de Carvalho geführt.

Was Eanes anging, so erklärte die PCP-Führung ausdrücklick, sein Programm sei in Ordnung, aber durch die Unterstützung von CDS und PPD habe seine Kandidatur einen „parteilichen" Charakter bekommen und das sei schädlich. Trotzdem erklärte die PCP auch noch ausdrücklich, sei werde den gewählten Präsidenten – das ist aller Voraussicht nach Eanes ! – unterstützen. Gegen Otelo und die ihn unterstützenden Kräfte wurde hingegen kübelweise Jauche ausgeleert, und zwar – wie es Revisionsiten-Art ist, durchweg ohne inhaltliche Argumente. Die PCP-Führung zeigte ganz offen, daß ihr ein Konterrevolutionär vom 25. November immer noch lieber ist, als ein – **wenn auch kleinbürgerlich beschränkter Revolutionär** vom 25. April.

Die Wahlkampfführung der PCP ausschließlich gegen links war Ausdruck der Tatsache, daß die Parteiführung größte Mühe hatte, ihre eigene Anhängerschaft auf die Wahl von Pato, gegen Otelo, zu verpflichten. Es steht zu erwarten, daß Pato am 27. Juni nicht annähernd die Stimmenzahl erhält, die die PCP bei den Parlamentswahlen vor zwei Monaten bekam.



Otelo auf einem Traktor bei den Landarbeitern des Alentejo

Otelo auf einem Traktor bei den Landarbeitern des Alentejo



Wahlveranstaltung mit Otelo, Afonso und dessen Tochter

Trotzkisten gegen Otelo für den PCP-Kandidaten Pato

Ihr Talent, rechte Politik hinter super-„linken" Schnacks zu verbergen, haben auch in Portugal wieder die Trotzkisten unter Beweis gestellt:

- Zuerst hatten sie sich zu den Präsidentschaftswahlen kein geringeres Ziel gesetzt, als die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der PS von Soares und der revisionistischen PCP zu erreichen, was aber trotz aller Überredungskünste und des unbestreitbaren Massendrucks der Trotzkisten (zusammen 0,4% bei den letzten Wahlen) aus unerklärlichen Gründen nicht gelang.
- Danach hatten die trotzkistischen Gruppen LCI und PRT eine eigene Kandidatin aufgestellt, was mit dem bekannten trotzkistischen Sinn für Augenmaß bescheiden als **„Kandidatur der Arbeitereinheit"** (‚was tun', vom 20.5.76) bezeichnet wurde. Leider hielt diese Kandidatin nicht ganz das, was sie versprochen hatte, sodaß sie von den Trotzkisten unter Grollen wieder aus dem Verkehr gezogen wurde.
- Und so entschlossen sich denn die Trotzkisten, zur Wahl des PCP-Kandidaten, Octavio Pato, aufzurufen! *„Das Zentralkomitee der LCI ruft zur Stimmabgabe für Octavio Pato auf, damit sich um den einzigen Kandidaten, der direkt mit der Arbeiterbewegung verbunden ist (!), ein Höchstmaß an Arbeiterstimmen konzentriert; dadurch kann die heutige Opposition gegen Eanes morgen zur Vorbereitung der kommenden Entscheidungskämpfe der Arbeiterklasse schreiten"* (nach ‚was tun', Zeitung der trotzkistischen GIM, vom 24.6.76).

Während sich um Otelo's Kandidatur die breiteste Massenmobilisierung entfaltet, bis weit in die proletarische Basis der PCP und sogar der PS hinein, möchten die Trotzkisten dem PCP-Kandidaten Pato noch ein paar Stimmchen zuschanzen (mit dem vollen Gewicht ihrer 0.4%).

Zum Glück sind die Trotzkisten allzu schwächlich, um mit diesem Wahlaufruf die Blamage noch abzuwenden, in die sich die PCP-Führung mit ihrer Kandidatur selbst hineinmanövriert hat.

Die Trotzkisten sind letzten Endes noch immer die Handlanger des Revisionismus gewesen. Nur ist ihre Politik in der Regel allzu plump, sektiererisch und töricht, um damit irgend einen größeren Schaden anrichten zu können. Übrigens: Die GIM meldet, daß sie diese Haltung der LCI **„voll und ganz teilt"** (‚was tun', 24.6.).

Unterstützung für Otelo wird ständig breiter

Trotz dieser Behinderungen und Einschüchterungen wurde die Unterstützung für die Volkskandidatur Otelos auch in den letzten Tagen vor der Wahl ständig stärker.

Während sich die bürgerlichen Parteien heftige Sorgen machten, daß kaum jemand zu ihren Kundgebungen kam und von einer „Wahlmüdigkeit" der Portugiesen orakelten, trugen alle Kundgebungen Otelos Massencharakter.

Gerade die Enthüllungen über die Rolle von Eanes als Konterrevolutionär insbesondere am 25. November trugen erheblich dazu bei, daß die PS-Mitglieder und -Anhänger nur noch äußerst ungern zu Eanes-Kundgebungen gehen mochten.

So beklagte sich Soares wiederholt, es gebe starke Versuche, die PS an der Frage der Unterstützung von Eanes zu spalten.

Besonders die Jugendorganisation der PS hat sich an verschiedenen Orten geweigert, Eanes zu unterstützen. Offensichtlich wurde diese Bewegung so stark, daß Soares damit drohte, daß die Verweigerung der Unterstützung von Eanes zum sofortigen Ausschluß aus der PS führt (‚A Luta', 15.6.).

Demgegenüber gelangen den revolutionären Kräften bei der Stabilisierung und Organisierung der Massenbewegung große Fortschritte.

Nach Aussage der zentralen Unterstützungskommission für die Volkskandidatur wurden im ganzen Land hunderte von GDUPs (Propagandakommissionen für die Volkseinheit) aufgebaut. In vielen Städten haben sie inzwischen bereits feste Büros eingerichtet.

In einer Erklärung von 15.6. hat das ZK des MES die Hauptaufgaben formuliert, die sich die revolutionären Kräfte für diese Kampagne gestellt haben.

Darin heißt es, daß es jetzt darauf ankommt, den Massen, die sich im Zusammenhang mit der Volkskandidatur zusammengeschlossen haben, den Weg zum Aufbau einer Massenorganisation zu zeigen.

„Der Sieg dieser Kampagne besteht nicht nur darin, ein möglichst hohes Wahlergebnis für Otelo zu erzielen, sondern darüber hinaus eine Organisation aufzubauen und zu festigen, die weitaus stärker ist als die einfache Addition aller Kader der Parteien, die sich zu dieser Kampagne zusammengeschlossen haben".

Als unmittelbare Schritte nennt der MES:

- die GDUPs festigen und sie zu stabilen Organen der revolutionären Einheit mit breiter Verankerung in den Massen zu machen;
- Leitungen der GDUPs auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene herausbilden;
- Versammlungen der GDUPs im ganzen Land zur organisieren, um demokratische Führungen zu wählen;
- über die GDUPs eine politische Massenorganisation aufbauen, die für die Werktätigen, die noch dem Revisionismus und Reformismus verhaftet sind, eine Alternative darstellt. Sie muß das politische Programm der Volksbewegung entwickeln und so stark werden, daß sie den staatlichen Machtorganen gegenüber Druck entwickeln kann (nach ‚A Capital., 16.6.76).

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU/CSU:

Propagandafeldzug für Pinochet – Faschismus statt Sozialismus

Der CDU - „Deutsch-Chilenische Freundeskreis e.V.", dem u.a. die CDU-Bundestagsabgeordneten von Kühlmann-Stumm, Gewandt, Mende und Horstmeier angehören, plant im nächsten Jahr eine Propagandareise nach Chile, um das Ansehen der faschistischen Junta aufzupolieren. Ca. 300-400 Reaktionäre und Faschisten – „einflußreiche Persönlichkeiten" – sollen unter dem Vorwand, die „*kulturellen Beziehungen mit den deutsch-stämmigen Chilenen zu fördern*", Herrn Pinochet besuchen. (Die Zitate sind aus einem Memorandum des chilenischen Konsuls für Bayern und Baden-Württemberg, Fritz Bohmüller, in: „Frankfurter Rundschau", 25.5.76). Bohmüller schreibt in diesem Papier: „*Chile wird durch die seit dem 11.September 1973 andauernden Hetzkampagnen der politisch links eingestellten Presse ... nach wie vor sehr negativ beurteilt ... Zeitungsartikel über unbegründete Verhaftungen und Folterungen ... sind an der Tagesordnung. Die Bundesregierung ist nach wie vor Chile gegenüber negativ eingestellt ...*".

Tatsächlich ist die BRD unter einer SPD/FDP-Regierung zum zweitwichtigsten Handelspartner nach den USA aufgestiegen, werden Waffen an Pinochet geliefert, sind Kredite im Rahmen der Umschuldungsverhandlungen gewährt und die Einreise zahlreicher chilenischer Flüchtlinge in die BRD verweigert worden!

Aber den CDU/CSU-Demagogen reicht dies noch nicht aus. Faschist Bohmüller will „Begegnungen" mit den chilenischen Faschisten arrangieren, die „*zweckmäßigerweise* (!) *auf einer unpolitischen* (!) *Ebene stattfinden, um nicht sofort starken Widerstand sozialdemokratischer und anderer linker Kreise hervorzurufen*". Ein „unpolitischer" Charakter der Reise macht sich immer gut, damit *anderer linker Kreise hervorzurufen*". Ein „unpolitischer" Charakter der Reise macht sich immer gut, damit diese Reaktionäre unverhohlener in der BRD ihren Lügendreck ausschütten können. Es sei daran erinnert, daß die Erzreaktionäre Heck und Wohlrabe nach ihrer Chilereise kurz nach dem Putsch einen „*positiven Eindruck*" hatten und das Leben der KZ-Häftlinge „*bei sonnigem Frühlingswetter im Stadion von Santiago als recht angenehm*" empfanden.

Der Ablauf der Reise soll so aussehen, daß der „Deutsch-Chilenische Freundeskreis" in Verbindung mit dem DCB (Liga Chileno-Alemana) unter Leitung von Prof. Max Müller und dem Inhaber des deutschen Einwanderungsmuseums, Emilio Held, eine Feier mit 300-400 Personen durchführt. Mitwirken an diesem Faschistentreffen sollten auch die „Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V." (VDA), „Lions Clubs", „Rotary-Clubs". Ferner habe man auch an die faschistischen „Deutschen Burschenschaften" gedacht. (Die erst vor kurzem eine Reise nach Chile unternahmen und anschließend in der BRD kübelweise Lügen über die Situation in Chile verbreiteten – siehe dazu ARBEITERKAMPF Nr.77).

Bohmüller schlägt zur Vorbereitung die „*Bildung eines Aktionskomitees*" vor. „*Hierfür haben sich bereits der Unterzeichnende sowie die Herren Professoren Dr.Bossle, Dr. Aschenauer (VDA), Kurt Wandel, Kempten und andere zur Verfügung gestellt ... Wegen Finanzierungsbeihilfen sollen Verhandlungen mit Stiftungen, insbesondere der Hans-Seidel-Stiftung in München aufgenommen werden*". Wie wär's weiter mit der CDU-„Konrad-Adenauer-Stiftung"? Diese hatte schon mehrfach Seminare in Verbindung mit der Katholischen Universität in Santiago finanziert (siehe AK Nr.62).



Gesinnungsfreunde Pinochet und Bundestagsvizepräsident von Hassel (CDU)

Bohmüller ist sehr zuversichtlich: „*Mehrere Bundestagsabgeordnete sowie einige Minister der Bayerischen Staatsregierung und leitende Beamte haben ihr Interesse ... zum Ausdruck gebracht.*"

Die bislang an diesem Unternehmen beteiligten Herren sind keine Unbekannten:

1. **Heinrich Gewandt, CDU**, unter den chilenischen Faschisten bekannt und beliebt als „der Dicke mit dem Geld", besuchte bereits mehrmals Pinochet und sprach seinen Respekt vor den „Leistungen" des Terrorregimes aus. Gewandt ist ferner Leiter der erzreaktionären „Konrad-Adenauer-Stiftung" und Präsidiumsmitglied des genannten „Deutsch-Chilenischen Freundeskreises" - ebenso wie sein Kumpan

2. **Freiherr von Kühlmann-Stumm**, der in Chile über einen Großgrundbesitz von 5.600 ha verfügt (eine Ausdehnung wie eine Stadt mit 100.000 Einwohnern!).

3. **Professor Bossle**, Lehrstuhlinhaber an der Fachhochschule für Pädagogik in Lörrach, CDU-Mitglied, Referent beim CSU-Parteitag in München 1975. Berüchtigt ist seine faschistische Rede im „Clube Manquehue" in Santiago, in der er u.a. Allende mit Hitler verglich: beide, „*als sie die Macht einmal erreicht hatten, hatten ihren Weg mit einer verfassungsmäßigen Täuschung begonnen ... Man kann behaupten, daß der Beginn des Weges von Hitler und derjenige von Allende absolut gleich* (!) *waren*". Dieser Faschist hat ein ganzes Buch unter dem Titel „Allende - ein sozialistischer Hitler?" geschrieben (siehe AK 67).

Zum sog. „Kulturaustausch"

Die CDU/CSU-Reaktion befindet sich bei dem geplanten Besuch unter Gleichgesinnten. Die meisten deutschstämmigen Chilenen besitzen riesige Ländereien, sind die treuesten Anhänger Pinochets und aus altem faschistischem Schrot und Korn. Ein Wortführer dieser Banditen, Dr.Julius Lajtoni, Leiter der Veterinärabteilung der chilenischen Niederlassung der Chemischen Werke Bayer (!), ist einer ihrer Wortführer. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch **SS-Obersturmbannführer Rauff**, der seine Tätigkeit heute unter Pinochet fortsetzt: Er ist einer der führenden DINA-Folterer. Eine deutsche Kolonie setzt die Tradition des KZ-Baus fort mit dem Bau des Folterlagers „Dignidad", wo nachweislich Chilenen von deutschen Faschisten gefoltert wurden.

Man sollte die demagogische Wahlparole der CDU/CSU ein wenig frisieren: **„Aus Liebe zu Deutschlands Unternehmern – Freiheit wie in Chile!"**

Lateinamerika-Kommission

Leserbrief

Aberglaube im Dienst der CDU/CSU

Im Aushang eines Zeitungsladens fand ich kürzlich eine Zeitung mit der Riesen-Schlagzeile: „In der Bundesrepublik: In jeder Großstadt S o w j e t s t ü t z p u n k t e". In der festen Annahme, ein neues „ML"-Schmunzelblättchen vor mir zu haben, kaufte ich ein Exemplar. „Neue Weltschau" hieß das Ding. Der Leitartikel erfüllte auch zunächst noch alle Erwartungen des Humors und der Phantasie, die man an derartige Blätter wie „Kommunistische Volkszeitung", „Roter Morgen" usw. diesbezüglich stellt: „*Mindestens 20.000 Geheimagenten des Ostens*" seien in der BRD tätig. Und sie alle seien „*Fachleute, die Stützpunkte der Sowjetunion in unserer Mitte aufbauen*". Eifrig seien die „*Geheimagenten*" schon dabei, „*alleinstehende Großgebäude in geeigneten und strategisch wichtigen Positionen*" anzukaufen. Die sollen später „*zur Unterbringung von geheimen Stäben*", „*als Sowjet-Zentralen*" und „*als Sitz von Spezialeinheiten für Sabotageaktionen*" dienen.



Auffallend in dem Horoskop der 4. Partei mit Stichtag 4. 4. 76 und Dietrich Bahner ist die Konjunktion Sonne/Merkur, beide durch einen schwachen, wenig guten Quinkunx verbunden. Mit Dietrich Bahner steht und fällt diese Partei, die allerdings durch günstige Trigone zwischen Saturn/Venus, Sonne/Neptun und Mars/Uranus gestützt wird.

Bis hier sah alles wie eine sehr gelungene Fortsetzung der Münchhausen-Geschichten der „KVZ" und des „Roten Morgen" über die sowjetischen Stützpunkte im Indischen Ozean, in Somalia, in Aden usw.usf. aus. Stutzig machte mich dann aber die Bemerkung, der Druckerstreik vor einigen Wochen sei „*nur ein raffiniert eingefädelter Probestreik ehemaliger KP-Leute gewesen*", und nach der Wahl wolle „*man*" (damit sind wohl die „Geheimagenten" gemeint) „*der CDU zeigen, wie man sie mit Streiks lahmlegen kann*".

Dergleichen war freilich bisher weder in der „KVZ" noch dem „Roten Morgen" zu lesen. Ein Blick in die Zeitung gab des Rätsels Lösung: Es handelt sich um eine CDU-Zeitung mit stark rechtsradikaler Schlagseite, die auf der Horoskope-Welle schwimmt. Alle Seiten sind voll mit Tierkreiszeichen und „*Prognosen zur Weltlage*", die etwa folgendermaßen aussehen: „*Wegen der ungeheuren Brutalität, mit welcher die Roten* *Khmer in Kambodscha vorgehen.. Brutalität, mit welcher die Roten* *Khmer in Kambodscha vorgehen, wächst im Land und im Ausland die Opposition*" oder: „*Bei den Chinesen ist die innere Ruhe trügerisch. Überall werden hinter den Kulissen parteipolitische Kämpfe ausgetragen*". Und auch der KBW kann angesichts der „*Prognose zur Weltlage vom 29. Juni bis 5. Juli*" frohlocken: „ ... *Ebenso geben die Guerillakämpfer der UNITA in Angola ihre Sache noch nicht auf*".

Bei den sogenannten „Prognosen" („wissenschaftlich" aufgewertet durch Karten, die z.B. die „*Neumondkonstellation am 27.6.1976, 14 h 51 GMT London*" zeigen sollen) handelt es sich meist um antikommunistisch verpackte Binsenweisheiten oder auch nur um nackte CDU-Propaganda. So läßt sich feststellen, daß „die Sterne" der CDU und ähnlichem reaktionären Gesindel außerordentlich gewogen sind. Außerdem steht ständig viel in den Sternen über „Spionage" und „Gefahr aus dem Osten"; dazu kommt ein ungeheures Geschäft mit der Angst: „*Die große Angst: Kommunisten, neue Steuern, Inflation 1977,* Mumpitz mit „Horoskopen". „Die Sterne "stehen immer günstig für F.J. Strauss und die CDU/CSU *Entwertung*" (Überschrift auf der Titelseite).

Wie exakt „die Sterne" auf die Taktik der CDU/CSU abgestimmt sind, zeigt auf der letzten Seite des Blättchens ein Horoskop für Dietrich Bahner, Bundesvorsitzender der rechtsradikalen „Vierten Partei". Bahner hat eine klassische „*Konjunktion Sonne/Merkur, beide durch einen schwachen, wenig guten Quinkunx verbunden*". Sinn des Kauderwelsch: Die „Vierte Partei" habe „*keine Chancen, über fünf Prozent zu kommen*", Bahner sei „*ein geschäftstüchtiger Wirtschaftler, aber er ist politisch etwas zu dogmatisch, hartnäckig und leidenschaftlich. Er weiß nicht gründlich abzuwägen und versucht trotzig, seine Absichten durchzusetzen*", wobei ihm aber eine „*Quadratur zwischen Sonne/Merkur in der Jungfrau und Saturn in den Zwillingen*" anscheinend ziemlich hinderlich ist.

Und, oh Wunder: Kaum eine Wo- hinderlich ist.

Und, oh Wunder: Kaum eine Woche nach Erscheinen dieses Horoskops hält F.J. Strauß eine Rede, in der er die Gefahr beschwört, die Stimmen für die „Vierte Partei" könnten der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen die absolute Mehrheit kosten. Tja, die Sterne lügen eben nicht! Falls die „Vierte Partei" sich indessen entschließen könnte – wie es zunächst den Anschein hatte – doch noch zugunsten der CDU/CSU auf eine eigene Kandidatur zu verzichten, kann es vielleicht doch noch zu einer „harmonischen Konjunktion" zwischen Bahner und Strauß kommen? ...

Übrigens: Dieses Blatt erscheint im großen Zeitungsformat und die Auflage ist wahrscheinlich gar nicht so gering, wie man hoffen könnte. Herausgeber dieses auf Aberglauben und Angst spekulierenden CDU-Drecks ist der Erich Pabel-Verlag, als Verleger faschistischer und militaristischer Literatur (z.B. der „Landser"-Hefte) schon berüchtigt!

Ein Genosse der Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Carstens, Merex und BND

Lügen ohne Ende?

Nun sitzt der „Saubermann der Union", „*der Mann mit der weißesten Weste, die es je gab*" (CDU-MdB Wohlrabe), der CDU Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Prof. Carl Carstens, in der Tinte: Er hat vor einem Untersuchungsausschuß gelogen und darauf kann's zwischen drei Monaten und fünf Jahren Knast geben! („Stern" 21/76).

In der parlamentarischen Untersuchung der Guillaume-Affäre waren diverse illegale Waffengeschäfte aufgedeckt worden, die unter Umgehung des Außenwirtschaftsgesetzes (Verbot von Waffenexporten in „Spannungsgebiete") über den BND und die Bonner Firma Merex AG abgewickelt wurden: Allein von 1965 bis '67 machte die Merex dabei 80 Mio. DM Umsatz. (Das ist die Summe, die bekannt geworden ist). Genau in dieser Zeit, 1966 bis '68, war Carstens Staatssekretär im Verteidigungsministerium.

Über diese Waffengeschäfte befragt, wußte Carstens im Herbst '74 vor dem Ausschuß angeblich erst wenig („*Ich habe über andere Waffenhändler einiges gehört, aber nicht darüber, daß der BND ...*"), dann fast nichts („*Ich habe keinerlei Anhaltspunkte*") und schließlich überhaupt nichts mehr („*Ich muß sagen, daß ich davon zum erstenmal höre*") („Stern", 21/76).

Im März '75 wurde der smarte Professor dann von SPD-MdB Metzger der Lüge bezichtigt. In erster Instanz konnte er seine Weste sauber halten, weil Metzger vom Bundeskanzleramt (politische Spitze des BND) Aussageverbot erhielt.

Jetzt geht der Prozeß in die zweite Instanz und es wurden Dokumente bekannt, nach denen Carstens nachweislich von allem gewußt haben muß:

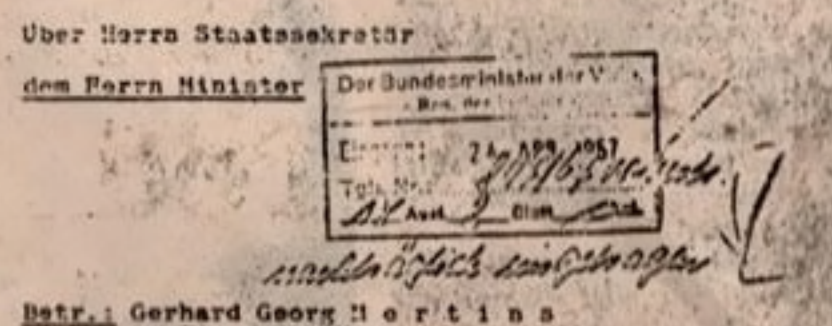
So heißt es in einem von Carstens abgezeichneten Schreiben (siehe Faksimile) über einen Bericht, den die Merex im Ministerium abgegeben hatte: „*Er* (Mertins von der Merex) *habe den Eindruck gewonnen, daß die amerikanische Seite die für bestimmte Waffenlieferungen aus der BRD erforderlichen Genehmigungen erteilen werde*" (nach „Vorwärts", 20.5.76).

Und als die Steuerfahndung gegen die Merex AG ermittelte (sowas gibt's!!), wurde im Verteidigungsministerium ein Aktenvermerk angelegt: „*Herr Ritter berichtete mir, daß der Dienst die Unterlagen der Steuerfahndung an* (den Kanzleramtschef) *Sts. Carstens weitergegeben hätte. Der Antwortentwurf sei recht kurz. Auf die klaren Fragen wurde nur ausweichend geantwortet*" („Stern", 21/76).

Es sieht also böse aus für den Herrn Professor. Wir sollten uns aber nicht der Illusion hingeben, daß in dem Prozeß mehr herauskommt, als die SPD für ihren Wahlkampf verwenden will – sie sitzt ja selber mitten in diesem Sumpf!

Trotzdem sollte uns das nicht davon abhalten, solche Enthüllungen als Wahlkampfmunition zu verwenden, damit möglichst ein Kandidat weniger sein Ziel erreicht.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



[illegible] REFERENT DES MINISTERS Bonn, den 17. April 1967

VS-Vertraulich

Über Herrn Staatssekretär

dem Herrn Minister

Betr.: Gerhard Georg M e r t i n s in Firma MEREX AG

Herr Gerhard Georg Mertins (Firma Merex AG) suchte mich am 17. April 1967 auf, um mir folgende Mitteilungen zu machen:

.) Er sei von einer Amerikareise zurückgekehrt, in deren Verlauf er mit Stellen des State Department, des Department of Defense und des CIA über Waffenlieferungen in den vorderasiatischen und asiatischen Raum (vor allem Iran/Pakistan und Indien) Gespräche geführt habe. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die amerikanische Seite die für bestimmte Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Genehmigungen erteilen werde.

Das runde „C" am linken Rand des „vertraulichen" Schreibens ist das Namenskürzel von Karl Carstens.

Das große Geschäft mit der Wohnungsmodernisierung

Nachdem der Neubau von Sozialwohnungen drastisch zurückgegangen ist, heißt die neue Parole „*Erhaltung und Verbesserung preisgünstigen Wohnraums*“, sprich Altbaumodernisierung.

Millionen von Wohnungen, die vor und nach dem Zweiten Weltkrieg gebaut wurden, sind heute in einem so miserablen Zustand und haben oft weder Bad noch Klo, so daß eine Modernisierung dringendst notwendig ist.

Trotz jahrelanger Appelle haben die Hausbesitzer nichts an diesen Wohnungen gemacht, außer daß sie sich über die angeblich viel zu niedrigen Mieten ereifert haben.

Wenn jetzt seit einigen Jahren verstärkt modernisiert wird, so liegt das nicht daran, daß private und gemeinnützige Hausbesitzer ihr Herz für die Mieter entdeckt haben, sondern daß sie hier ein großes Geschäft wittern – die Mieten steigen nach der Modernisierung oft auf das zwei- bis dreifache.

Zusätzlich geben die Bundesregierung und die Länder Finanzhilfen und Darlehen. So werden seit 1974 durch das Bundesmodernisierungsprogramm den Hausbesitzern Millionen in den Rachen geschmissen (1976 allein 304 Mio!), verbilligte Darlehen aus den Steuern der Werktätigen. Dieses Programm ist im Gegensatz zu anderen Maßnahmen für die Mieter noch relativ günstig, da die Mieten neun Jahre lang heruntersubventioniert werden und gleichzeitig eine Begrenzung der Modernisierungskosten und damit auch der Mieterhöhung festgesetzt ist. Der Hausbesitzer kassiert den Rest vom Staat und erst nach einigen Jahren in voller Höhe vom Mieter.

Auf der anderen Seite sind einige Auflagen mit dem Darlehen verbunden (Neuvermietung an Jungverheiratete, an Leute mit §5-Schein...), die aber lediglich zur Folge haben (und deshalb auch gelockert werden sollen), daß Hausbesitzer dieses Programm nicht nutzen, da sie mit eigenem Geld in Ruhe und viel besser absahnen können. „*Das (Programm) ist kalte Sozialisierung, kein Vorteil für den Bauherrn, sondern absolute Knebelung. Wer öffentliche Gelder in Anspruch nimmt, ist ein ausgemachter Ochse*“, so der Hamburger Hausbesitzer Hayer („Morgenpost“, 25.7.75).

Um ihre Freunde, die Hauskapitalisten, nicht zu vergraulen, ließ sich die Bundesregierung schnell etwas einfallen. So kam 1975 das „Konjunkturprogramm“ (siehe AK 72) das den westdeutschen Hausbesitzern 700 (!) Mio. DM als verlorenen Zuschuß für Modernisierungszwecke schenkte – aus Steuermitteln, versteht sich! Die Mieter sahen nichts davon, sie durften lediglich die höhere Miete zahlen!

Ermöglicht wurde dieser teure „Spaß“ durch das Kündigungsschutzgesetz, das den Hauseigentümern eine Mieterhöhung von 14% der Umbau- und Fianzierungskosten pro Jahr garantiert, wobei ihnen Investitionshöhe und damit auch die Höhe der anschließend zu zahlenden Miete freigestellt ist. Der Mieter muß der Modernisierung nicht einmal zustimmen, er hat lediglich das „Recht“ auszuziehen, wenn er die Miete nicht mehr zahlen kann.

Programm wie Gesetz segnen die bisherige Praxis der Hauskapitalisten ab, zwar jahrzehntelang Miete zu kassieren, aber nichts an den Häusern zu tun. Es fordert sie geradezu auf, ihren Pflichten (wie Instandsetzung) nicht nachzukommen, denn das besorgt ja der Staat aus Steuergeldern! Zusätzlich zu den 14% Mieterhöhung können sie noch eine Investitionszulage von 7,5% kassieren und sie können die „Herstellungskosten“ in 10 Jahren von der Steuer absetzen, der Mieter aber zahlt sein Leben lang!

Fazit: Die Hausbesitzer brauchen zur Modernisierung praktisch kein Eigenkapital, kassieren aber doppelt und dreifach!

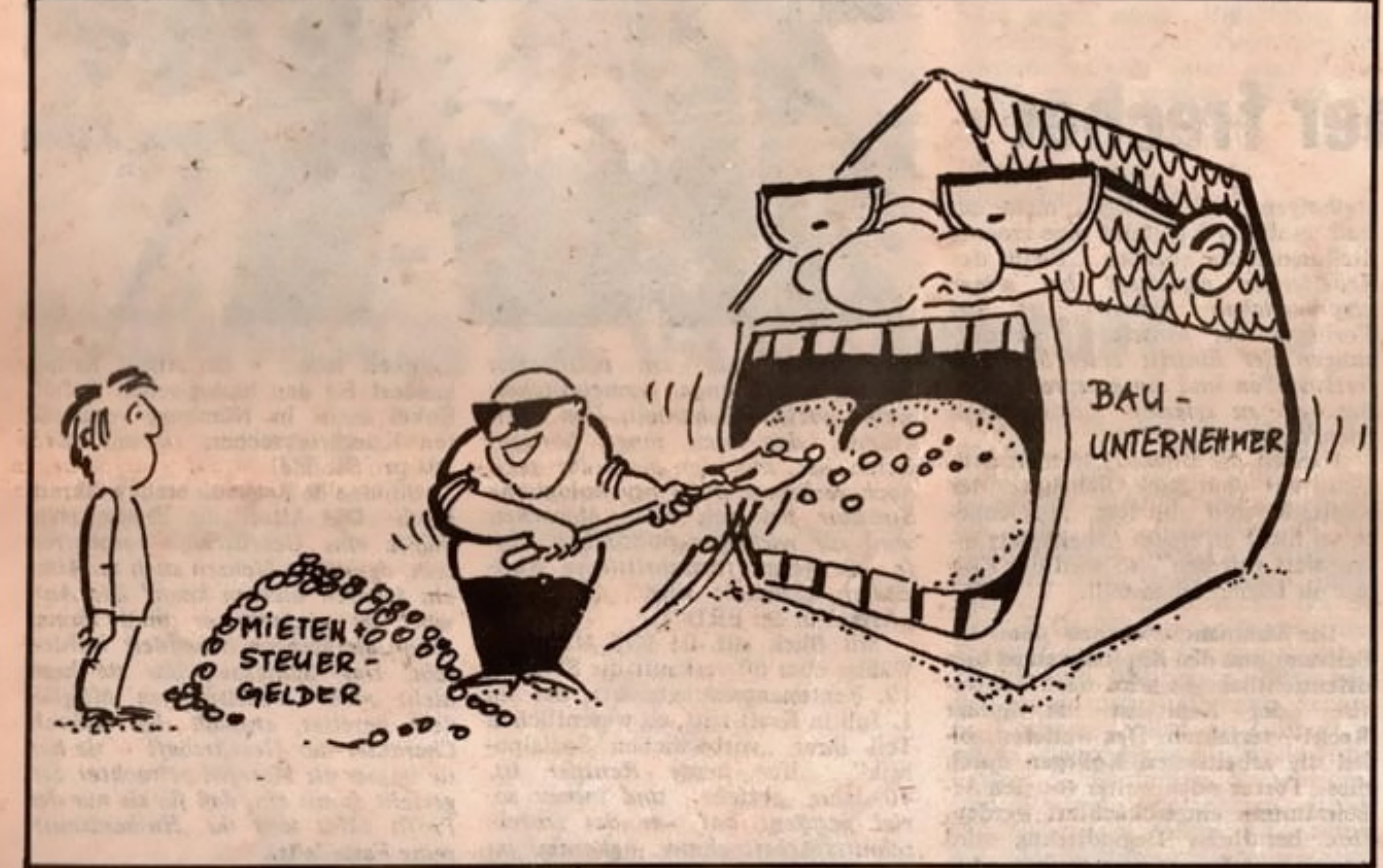
Diese neue Profitquelle wird offiziell mit der Begründung abgesegnet, daß inzwischen auf jede Familie in der BRD eine Wohnung komme (23 Mio.), und die Wohnungsnot damit aufgehoben sei – was in der Konsequenz bedeutet, daß der Neubau von (preisgünstigen) Mietwohnungen in Zukunft bedeutungslos werden soll.

Verschwiegen wird bei dieser Primitivrechnung, daß zur Zeit ca. 400 000 Luxuswohnungen leerstehen und jährlich etwa 300 000 Wohnungen durch Abbruch o.ä. verloren gehen. Auf einem Konreß der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen wurde immerhin ein jährlicher Neubaubedarf von ca. 500 000 Wohnungen geschätzt („Welt“, 2.10.75).



Hamburger Altbauten





Der Bedarf wurde bereits 1975 um 100 000 Wohnungen unterschritten; der Mietwohnungsanteil ist von '74 auf '75 um über 40% zurückgegangen – zugunsten von Eigenheimen, aber wer kann sich die schon leisten!? Diese Entwicklung, im Zusammenhang mit der steigenden Nachfrage durch die geburtenstarken Jahrgänge der fünfziger Jahre, läßt selbst den sozialdemokratischen Mieterbund für 1978 eine neue Wohnungsnot erwarten („Welt“, 2.1.76).

Mit der geplanten Modernisierung, d.h. mit der Erhaltung des vorhandenen Wohnraumes wird die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht entscheidend geändert. 44% aller Wohnungen sind Altbauten, von denen jede zweite besonders modernisierungsbedürftig ist, da Bad, WC etc. fehlen. („Bauwelt“ 8/76). Hinzu kommen primitive Nachkriegswohnungen, die auch nicht mehr den heutigen Anforderungen gerecht werden, so daß sich insgesamt ein Bestand von ca. 12-14 Mio. modernisierungsbedürftigen Wohnungen ergibt („Bauwelt“, 16/76).

Der Entwurf zum Modernisierungsgesetz sieht nun ein jährliches Förderungsvolumen von 300 Mio. DM vor. Bei einer durchschnittlichen öffentlichen Förderung von 6 500 DM pro Wohnung dauert es dann 303 (!) Jahre, bis alle bedürftigen Wohnungen modernisiert sind! Solange wartet man als Mieter natürlich gern auf sein Klo! ...

Insgesamt wird klar, daß die Parole „Modernisierung statt Neubau“ lediglich dazu dient, eh schon knappen Wohnraum mit staatlicher Hilfe weiter zu verteuern, um die Gewinne der Kapitalisten zu sichern. So wünschenswert Erhaltung und Erneuerung von Wohnraum an sich auch ist: Nicht auf dem Rücken der Mieter!

Wohnungskommission KB/Gruppe Hamburg

Milliardenwerte in der Krise vernichtet

Die weltweite Wirtschaftskrise in den beiden vergangenen Jahren war, wie alle kapitalistischen Krisen, eine Krise der Überproduktion. Unaufhörlich auf der Jagd nach immer höherem Profit vervollkommnen die Kapitalisten ihre Produktionstechnik, erweitern ihre Produktion, um einen größeren Marktanteil zu erkämpfen, den Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen und somit ihren eigenen Profit - das alleinige Ziel der gesamten kapitalistischen Produktion - ständig zu erhöhen. „*In dem Wesen der kapitalistischen Produktion liegt Produktion ohne Rücksicht auf die Schranken des Marktes*“ (Karl Marx). Diese Schranken aber sind vorgeschrieben durch die Enge des Marktes, die erzeugt wird durch die beschränkte (und sich infolge der kapitalistischen Raubpolitik gegen die Werktätigen immer mehr verringernde) Kaufkraft der Massen der breiten Bevölkerung. Es kommt zur Überproduktionskrise.

Überproduktion n i c h t in dem Sinne, daß mehr Waren vorhanden wären, als zur Befriedigung aller gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen notwendig wären, sondern Überproduktion in dem Sinne, daß aufgrund der geringen Kaufkraft der Werktätigen, die Waren nicht mehr in derselben Menge zum alten, profitablen Preis verkauft werden können. Die Folge ist, daß Milliardenwerte gesellschaftlichen Reichtums in Form von Waren, Maschinen usw. ungenutzt herumliegen, untätig sind und - trotz vorhandener Bedürfnisse, ja sogar angesichts größten Elends - vernichtet werden.

Es gehört zu den schreiendsten und krassesten „Absurditäten“, daß in der gesamten kapitalistischen Welt riesige Reichtümer brachliegen und schließlich zerstört werden, während gleichzeitig die Masse der Erdbevölkerung unter eben diesem System ein elendes, nicht einmal die primitivsten Bedürfnisse des Lebens befriedigendes Dasein fristen muß.

Für die BRD liegen jetzt Zahlen über die allein durch die Firmenbankrotte während der Wirtschaftskrise vernichteten Werte vor (siehe Schaubild):

Danach wurden nur in den beiden Jahren 1973 und '74 zusammen über 10 Mrd. DM vernichtet. Für 1975, dem Jahr, in dem die Wirtschaftskrise erst ihren tiefsten Punkt erreichte, dürfte der Wert weit über dieser Zweijahressumme liegen.

Selbst der Kapitalistenverband „Institut der Deutschen Wirtschaft“ kommt in seiner Zeitung zu dem Schluß, daß „*die volkswirtschaftlichen Kosten dieses rigorosen Ausleseprozesses hoch sind, weil er auch leistungsfähige (d.h. technisch moderne - d. Red.) Unternehmen, die nicht über ein ausreichendes Kapitalpolster für schlechte Zeiten verfügen, aus dem Markt wirft*“ („iwd“, 17.6.76).

Die Gewinner dieses „Ausleseprozesses“ und der Wertvernichtung sind allein die Monopole, deren Macht und Herrschaft über die gesamte Gesellschaft weiter ansteigt.

Durch die Vernichtung dieser, unter kapitalistischen Verhältnissen „überflüssigen“ Werte, bahnt sich das Kapital den Weg aus der Krise - und bereitet damit doch nur noch größeren und tiefere Krisen vor: „*Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die e r z w u n g e n e V e r n i c h t u n g einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert*“ (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei). Unter den Bedingungen des Imperialismus, in dem wenige Monopole das Wirtschaftsleben eines Landes und der gesamten kapitalistischen Welt beherrschen, verschärfen sich diese direkten Folgen der kapitalistischen Produktionsweise noch mehr, wird die Produktion noch chaotischer und werden die Krisen noch tiefer. Die bürgerliche Ökonomie ist machtlos gegenüber dem Wirken dieser Gesetze. Die ganze Hilflosigkeit der bürgerlichen „Stabilitätspolitik“ - die in Wirklichkeit ihrem Wesen und Zielrichtung nach ein Abwälzen der Krisenlasten auf die Werktätigen ist - spiegelt sich in folgenden Worten Helmut Schmidts wider: „ *Ökonomische Daten, denen wir lange Zeit vertrauen konnten, sind zu Variablen geworden ... ...und es gehört fast zum Alltag der Konjukturpolitik, über den künftigen wirtschaftlichen Verlauf so gut wie nichts zu wissen*“ (zitiert nach „FAZ“, 22.8.75).

In einem sozialistischen Gesellschaftssystem allerdings wird es eine Vernichtung der von Arbeitern und Werktätigen geschaffenen Werte nicht mehr geben, da die Produktion nicht länger den Gesetzmäßigkeiten der Profitmacherei, sondern einer an den tatsächlichen Bedürfnissen der Gesellschaft orientierten Planung unterliegt.

Wirtschaftskommission KB-Gruppe Hamburg



Haftpflichthaie

Was sich hinter der „sozialen" Maske dieses „Wohlfahrtsstaates" tatsächlich verbirgt, zeigt der Kapitalismus besonders bei den schwächsten und wehrlosesten Menschen der Gesellschaft: Die Alten, Behinderten, die Minderheiten sind besonderer Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung durch dieses System unterworfen.

Ein Beispiel hierfür legte kürzlich die „Interessengemeinschaft zum Schutz von Unfallgeschädigten und Behinderten e. V. (ISU) auf einer Pressekonferenz in Frankfurt ab.

Die Vorsitzende dieses Vereins, Frau Ruth, klagte hier die Haftpflichtversicherungsträger an, möglichst gar nicht und wenn schon, dann möglichst wenig zu zahlen. So gehört es zu den Geschäftsgebaren dieser Konzerne, Gutachten nach Gutachten von den Geschädigten anzufordern, sie in langjährigen Prozeßwegen zu zermürben und zur Aufgabe zu zwingen. Wer es dennoch wage, gegen diese Ungerechtigkeit und Diskriminierung anzugehen und auf seinem Recht besteht, wird als *„Rentenneurotiker"* und *„Querulant"* hingestellt. Oftmals werden die Geschädigten durch die hohen Gerichtskosten an den Rand existenzieller Not gebracht.

Ein besonderer Trick der Konzerne besteht darin, die Unkenntnis der Betroffenen in Bezug auf Folgeschäden schamlos auszunutzen, um nicht zahlen zu brauchen. So wird immer wieder versucht, von den Geschädigten Abfindungserklärungen zu erhalten, so daß alle Ansprüche auf die Zukunft entfallen, obwohl zu diesem Zeitpunkt der Zukunftsschaden (Dauerschaden, der erst nach Jahren eintreten kann) noch gar nicht ermessen werden kann (nach „Frankfurter Neue Presse", 2. 6. 76).

Als Beispiel für diese brutale Politik der Versicherungskonzerne nannte Frau Ruth auf der Pressekonferenz den 41-jährigen Leidensweg der heute 69 Jahre alten Erna Kudert:

Erna Kudert wurde 1935 (!) nach einem Beckensprung bei der Geburt eines Kindes infolge (wie es heißt) eines „ärztlichen Kunstfehlers" mit starken Schmerzen aus dem Krankenhaus entlassen. Monatelang lag sie zu Hause mit starken Schmerzen im Bett, ist seitdem gehbehindert und leidet unter ständigen Schmerzen. 18 Jahre lang wurde die Frau von insgesamt vierzehn Ärzten auf Ischias (!) behandelt. *„Manchmal hatte ich das Gefühl, Schluß machen zu wollen"* (Frau Kudert).

Erst 1953 wurde bei einer Röntgenaufnahme der Beckensprung erkannt.

Als Frau Kudert dann beim Gerling-Konzern, dem Haftpflichtversicherungsträger des Krankenhauses, eine Invalidenrente beantragte, kam eine jahrelange Prozeßlawine ins Rollen: der Konzern bestritt, trotz gegenteiliger Gutachten, jeden Zusammenhang mit der Geburt und den Eingriffen der Ärzte. Nach achtjähriger (!) Prozeßdauer entschied das Gericht schließlich zugunsten von Erna Kudert und verpflichtete Gerling, allen materiellen Schaden aus der ärztlichen Pfuscherei zu zahlen. Da das Gericht jedoch den Schaden nicht festsetzte und den Grad der Erwerbsminderung bestimmte, weigerte sich der Konzern erneut zu zahlen. Ein neuer Gutachter, Professor Cotta aus Heidelberg, gab sich für viel Geld für diesen Schweinkram her: *„Die Erwerbsminderung beträgt weniger als 20 %, davon ist maximal ein Viertel im Zusammenhang mit der Schamfugensprengung zu sehen. Der Rest beruht auf anderen Umständen, wie insbesondere alters- und anlagebedingten Umständen"* (zitiert nach „Frankfurter Rundschau", 28. 5. 76).

Der Gerling-Konzern siegte schließlich auch vor Gericht, obwohl Frau Kudert genügend wissenschaftliche Gutachten auf ihrer Seite hatte, weil der Bundesgerichtshof ihr letztlich das „Armenrecht" (Recht, kostenlos Prozesse führen zu können) bestritt.

Frau Kudert hat, wie tausende Geschädigte andere auch, bis auf den heutigen Tag nicht einen Pfennig gesehen und hat nunmehr, da alle juristischen Möglichkeiten „ausgeschöpft" sind, auch keinerlei Aussicht mehr, etwas zu bekommen. Dafür hat sie das verlogene „Mitleid" der Gerling-Kapitalisten auf ihrer Seite: *„Auch wir bedauern das schwere persönliche Schicksal von Frau Kudert sehr"*.

Dieses eine bekanntgewordene Schicksal, das nur für Tausende andere steht, zeigt die Wirklichkeit dieses „Wohlfahrtsstaates", die brutale Macht der Konzerne und die fast totale Rechtlosigkeit des Bürgers in diesem „Rechtsstaat".

Wirtschaftskommission KB/Gruppe Hamburg

Alte Menschen = „altes Eisen"?

Anläßlich der Einweihung eines Verwaltungsgebäudes des Kuratoriums Altersstiftung in Köln, eines Millionenprojekts, protestierten Insassen eines Altersheimes gegen die unzumutbaren Zustände in ihrem Heim (fehlende Waschgelegenheiten usw.). Da man nicht bereit war, wenigstens mit ihnen zu sprechen, äußerten sie, daß sie wohl nur noch gebraucht würden, um alle vier Jahre als „Stimmvieh" zu den Wahlurnen geführt zu werden („Monitor", 31.5.76).

1972 waren knapp 30% der Wahlberechtigten älter als 65, auch die bevorstehenden Wahlen werden entscheidend von alten Menschen entschieden werden. Diese Altersgruppe wählt bevorzugt Unionsparteien. *„Das System erwartet in Hoffnung auf die Vergeßlichkeit des alten Menschen konservative Stabilität, pocht auf die ‚Vernunft' der Alten, um damit gesellschaftlichen Fortschritt ‚der mit Risiken verbunden ist, zu unterdrücken. Denn das ‚Bewahrende' am politischen System bietet ihnen, vermeintlicherweise, soziale Sicherheit. Den Brotkrümel, den man ihnen übriggelassen hat, möchten sie nicht auch noch verlieren. Diese psychologische Struktur bei den alten Menschen wird zur wichtigen politischen Waffe, die gegen fortschrittliche Aktivitäten gerichtet wird"*, (J. Roth, „Armut in der BRD").

Mit Blick auf die 12,5 Millionen Wähler über 60 verkauft die SPD das 19. Rentenanpassungsgesetz, das am 1. Juli in Kraft tritt, als wesentlichen Teil ihrer „vorbildlichen Sozialpolitik". *„Wer heute Rentner ist, 40 Jahre ‚geklebt' und immer soviel verdient hat wie der Durchschnitts-Arbeitnehmer, bekommt im Juli 917 Mark Rente"*. („sozialdemokrat-magazin", Mai 76).

Mit dieser Summe ist der allgemeine Schnitt dargestellt, der vom leitenden Angestellten bis zum Arbeiter geht, die sämtliche Belege vorweisen können und auch 40 Jahre volldurchgearbeitet haben müssen. Eine Aufgliederung für alle Rentenempfänger (Arbeiter und Angestellte zahlen in verschiedene Rentenkassen) und auch für diejenigen, die weniger als 40 Jahre nachweisen können, ergibt für die durchschnittlichen Rentenbezüge völlig andere Zahlen:

Arbeiter	**536,70 DM**
Angestellte	**859,10 DM**
Witwenrente aus der ges. Arb. Vers.	**436,80 DM**
Witwenrente aus der ges. Angest. Vers.	**629,50 DM**

(Arbeit und Sozialpolitik, 1/76; nach „Was tun", Nr. 105).

Nach einer Erklärung der Rentengemeinschaft der DAG sind 37,5% aller Rentner „an der Grenze zum Verhungern". Arbeiter und Angestellte müssen im Alter mit der Bedürfnislosigkeit leben – ein Arndt Krupp kassiert für den biologischen Zufall, Enkel eines in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrechers zu sein, 875 DM pro Stunde!

Simone de Beauvoir stellt in ihrem Buch „Das Alter" die Frage: *„Wie müßte eine Gesellschaft beschaffen sein, damit ein Mensch auch im Alter ein Mensch bleiben kann? Die Antwort ist einfach: er muß immer schon als Mensch behandelt worden sein. Das Schicksal, das sie ihren nicht mehr arbeitsfähigen Mitgliedern bereitet, enthüllt den wahren Charakter der Gesellschaft – sie hat sie immer als Material betrachtet. Sie gesteht damit ein, daß für sie nur der Profit zählt und ihr ‚Humanismus' reine Fassade ist."*



Das Arbeitsamt wird immer frecher

Mit immer vielfältigeren Mitteln versuchen die Arbeitsämter die arbeitslosen Kollegen vom Bezug des Arbeitslosengeldes abzuhalten oder aus dem laufenden Leistungsbezug herauszukatapultieren. So verdoppelten sich allein die Sperrzeiten von 1974 auf 1975. Richtete sich dieses Verhalten bisher hauptsächlich gegen die Frauen („Sie sind doch Zweitverdiener"; „Haben Sie nicht Mann und Kinder im Haushalt zu versorgen"), soll diese Praxis nun gegenüber allen arbeitslosen Kollegen ausgeweitet werden.

Mit der Demagogie *„Bekämpfung des Leistungsmißbrauchs"* wurde Anfang April im Arbeitsamt Hamburg die bereits 1975 begonnene Praxis durch eine Dienstanweisung festgeschrieben. Sie soll der Startschuß für eine Hetzjagd auf *„arbeitsunwillige"* Kollegen werden. Das hört sich wie folgt an: *„In der letzten Zeit mehren sich die Klagen vieler Arbeitgeber, daß vom Arbeitsamt Hamburg vermittelte Leistungsempfänger versuchen, durch Ausflüchte, übertriebene Lohnforderungen, vorgetragene angebliche Leistungseinschränkungen und verschiedene unübliche Sonderwünsche sich der Arbeitsaufnahme zu entziehen. Da einerseits das ständige Anbieten arbeitsunwilliger Leistungsempfänger bei Arbeitgebern zu Mißdeutungen über den Bestand und die Qualität von Arbeitskräften bei der Arbeitsvermittlung und über die Leistungsfähigkeit öffentlicher Vermittlungsinstitutionen führen kann, andererseits es nicht zu vertreten ist, daß die Solidargemeinschaft der Versicherten über die Gebühr durch Arbeitsunwillige belastet wird, bitte ich – noch mehr als bisher – darauf hinzuwirken, daß dieser Personenkreis entweder in Arbeit vermittelt wird oder aus dem Leistungsbezug ausscheidet"* (zitiert nach Dienstanweisung, 2/76).

Um das angeblich in „arge Mitleidenschaft" gezogene Arbeitsamt gegenüber den Kapitalisten wieder (?) zu rehabilitieren, haben nun bereits bei der Arbeitslosenmeldung, wie auch bei späteren Arbeitsberatungen die Vermittlungsstellen *„darauf zu achten, ob der Arbeitslose Einwendungen erhebt, die den Schluß zulassen, daß er nicht bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung aufzunehmen, die zur Beendigung der Arbeitslosigkeit führt"* (zitiert nach Dienstanweisung, 2/76).

Des weiteren soll durch diese neuen Richtlinien eine vernünftige Wahl des zukünftigen Arbeitsplatzes weiterhin erschwert werden. So munkelt der Schreiber dieses Papiers, daß ein *„Verdacht auf Leistungsmißbrauch"* entsteht *„wenn wiederholte Vermittlungsversuche ohne Ergebnis geblieben waren."*

Hat der Kollege ein angeblich *„zumutbares Arbeitsangebot"* abgelehnt bzw. *„schuldhaft vereitelt"*, soll er nun ab sofort vorgeladen werden. Bestreitet er die Angaben des Kapitalisten, hat der Arbeitsvermittler dies in einer Niederschrift festzuhalten und hat *„in einer Stellungnahme für die Leistungsabteilung von der Darstellung des Arbeitgebers auszugehen."* Die Leistungsabteilung soll nun prüfen, ob die Erklärungen des Kapitalisten und die Gegendarstellung des Kollegen für den Eintritt einer Sperrzeit ausreichen. Ist dies wegen *„glaubhafter (?!) Gegenvorstellungen"* des Kollegen nicht der Fall, muß der Kapitalist eine erneute Stellungnahme abgeben. *„Bleibt der Arbeitgeber glaubhaft bei seiner ursprünglichen Aussage, ist bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen der Eintritt einer Sperrzeit festzustellen und ein entsprechender Bescheid zu erlassen"* (zitiert nach Dienstanweisung 2/76).

Hier ist die Unverschämtheit endgültig aus dem Sack. Behauptet der Kapitalist steif und fest, „der Kollege sei nicht an einem Arbeitsplatz interessiert gewesen", so wird der Kollege als Lügner hingestellt.

Die Kumpanei zwischen dem Arbeitsamt und den Kapitalisten ist hier offensichtlich. Es wird nach der Devise „der Kapitalist hat immer Recht" verfahren. Des weiteren sollen die arbeitslosen Kollegen durch diese Tortur noch weiter von den Arbeitsämtern eingeschüchtert werden. Ihre berufliche Degradierung wird noch schärfer vorangetreiben, um sie schneller in minderqualifizierte Berufe zu drängen. Ihnen soll das Recht auf eine sorgfältige Arbeitsplatzwahl generell abgesprochen werden. Dieser erneute Vorstoß kann nur durch eine intensive Rechtsinformation und durch ein gemeinsames Auftreten aller arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen begegnet werden.

- **Gegen die Willkür der Arbeitsämter**
- **Gegen die berufliche Degradierung arbeitsloser Kollegen**
- **Für das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes auch für Arbeitslose**

IKAH/Gruppe „Arbeitsloseninfo"

Kapitalisten werden „bestraft" ...

Das westdeutsche Kartellamt hat wieder einmal „hart und unbarmherzig" zugeschlagen: Zu der geradezu lächerlichen Geld„strafe" von einer Million Mark wurden 12 Unternehmen und 20 Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer, Inhaber und sonstige Kriminelle aus den Vorstandsetagen dieser Betriebe verurteilt, die mehrmals die „Deutsche Bundespost" durch kartellmäßige Absprachen bei der Lieferung von Telefonapparaten betrogen hatten. Pro Betrieb und Kapitalist macht das im Durchschnitt eine „Strafe" von haargenau 31 250 DM aus! Unter den zwölf an der Konspiration beteiligten Firmen findet man so klangvolle Namen wie Siemens, Standard Elektrik Lorenz, Telefonbau + Normalzeit, Hagenuk und DeTeWe („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 16.6.76).

Eine Kartellstrafe von sage und schreibe 110 000 DM (!) wurde gegen sechs Herstellerfirmen von Stahlradiatioren, darunter Buderus'sche Eisenwerke und Rheinstahl verhängt. Das macht im Durchschnitt eine „Strafe" von 18 334 DM aus! Die Firmen hatten mindestens acht Jahre lang, von 1966 bis '73, ihre Preispolitik miteinander abgesprochen. Wie das Kartellamt mitteilte, wurde bei der Festsetzung der Höhe des Geldbetrages die zur Zeit der Preisabsprachen *„schlechte Ertragslage der Branche"* berücksichtigt („Süddeutsche Zeitung", 23.6.76).

Ob dieselben Richter wohl bei einem „gewöhnlichen" Dieb auch dessen „schlechte Ertragslage" berücksichtigen würden ?!

Das Bundeskartellamt allerdings hat hiermit bewiesen, daß es keinesfalls dazu eingerichtet worden ist, Kartellabsprachen und ähnliche wirtschaftskriminelle Delikte der Kapitalisten zu unterbinden. Derartige „Strafen" können die Kapitalisten nicht von solchen Praktiken abhalten, sondern nur ermuntern, es das nächste Mal etwas geschickter anzufangen.

Wirtschaftskommission KB/Gruppe Hamburg

Lübeck: Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen

Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres sollen in Lübeck ab 1. August die Busfahrpreise bis zu 50 % erhöht werden. Wenige Tage vor Beginn der Schulferien und Urlaubszeit setzte dies die CDU-Bürgerschaftsfraktion mit einem „Dringlichkeitsantrag" durch. „Die Taktik, die Fahrpreise vor den Ferien zu erhöhen, können sie uns nicht verübeln!" (so der ehemalige Stadtwerke-Direktor im Februar 1976 vor Lübecker Schülervertretern).

Obwohl der „Spar"schweinbeschluß erst am Freitag, dem 11.6., bekannt wurde, rief der Stadtschülerrat der Lübecker Gymnasien für Mittwoch, den 16.6., zu einer Demonstration auf. Es erschienen immerhin 250 - 300 Menschen, vornehmlich Schüler. Gefordert wurde u. a. die sofortige Rücknahme der Fahrpreiserhöhung.

KB/Gruppe Lübeck



US-Gewerkschaftsführer (AFL-CIO):

„Sozial"faschisten!

Der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO unter Führung des Erzfaschisten George Meany, hat erneut einen Versuch gestartet, das Blutregime der Pinochet-Clique in Chile reinzuwaschen.

In der neuesten Ausgabe der deutschsprachigen „Freigewerk-



AFL-CIO-Boß Meany

schaftlichen Nachrichten" (Band 30, Nummer 12), ist nachzulesen, daß *„die Angehörigen der freien Gewerkschaften den Abgang* (gemeint ist der faschistische Putsch! — d.Red.) *des marxistischen Regimes, das das Land an den Abgrund des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ruins gebracht hat, nicht nachtrauern."* Angemerkt wird lediglich, daß *„die freien Gewerkschaften die autokratischen Handlungen des militaristischen Regimes* (gemeint ist die Blutherrschaft der Faschisten! —d. Red.) *nicht billigen."*

Diese Ungeheuerlichkeiten suchen allerdings in der Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung selbst unter den verrottetsten Verbänden noch ihresgleichen!

Verwundern werden einen diese Äußerungen allerdings weniger, wenn man weiß, daß der AFL-CIO engstens mit dem Regierungsapparat des US-Imperialismus und insbesondere der CIA zusammenarbeitet (ein ausführlicher Artikel ist hierzu in AK 71).

Bekannt ist, daß die führenden Leute dieses Verbandes innigste Kontakte zum CIA unterhalten, daß sämtliche Auslandsaktivitäten mit dem Geheimdienst koordiniert werden. Mit Hilfe des AFL-CIO-Auslandsprogramms „American Institute for free Labour Development"(AIFLD), das von den US-Monopolen, deren Vertreter auch zahlreich im Vorstand dieser Einrichtung vertreten sind (!) sowie der CIA finanziert wird, wurden jahrzehntelang besonders in Lateinamerika Marionettengewerkschaften aufgebaut und ausgehalten. Mehr als nur einmal waren die „Gewerkschafter" des AFL-CIO in faschistische Umstürze verwickelt und hatten aktiv zu ihrem Gelingen beigetragen. *„Gewerkschaften und Management ... sollten in diesem großen Kampf* (gegen die Befreiungsbewegungen — d.Red.) *unserer Zeit zusammenstehen, einen Kampf, der über Zukunft und vielleicht das Überleben der Menschheit entscheiden wird"* (Meany). Damit ist alles gesagt!

Bekanntgeworden ist im Fall Chile, daß der AFL-CIO unmittelbar in die Vorbereitung des faschistischen Putsches miteinbezogen wurde: Über das AIFLD-Programm arbeitete er eng mit der Matrosengewerkschaft, berufsständischen Vereinigungen (Fuhrunternehmer!) und Kapitalistenverbänden zusammen, die zu den militantesten Gegnern der Unidad-Popular zählten. Einzelgewerkschaften spendeten Millionenbeträge für reaktionäre chilenische Vereinigungen, die damit ihre profaschistischen Kampagnen gegen die Allende-Regierung finanzierten.

Heute werden über dieses Programm vor allem christdemokratische Kollaborateure, die nur von Pinochets Gnaden existieren und vom AFL-CIO (in derselben Zeitung) als *„Rückgrat des überlebenden Kerns der chilenischen freiheitlichen Gewerkschaftsbewegung"* bezeichnet werden, unterstützt.

Diese CIA-„Gewerkschafter" gehen in ihrer faschistischen Gesinnung sogar soweit, die Ermordung des chilenischen Präsidenten Allende offen zu rechtfertigen: Ein gewisser Stuart Elliot, der als Vorsitzender der Mini-Sekte „Junger Sozialisten" (die in Willy Brandts „Sozialistischer Internationale" die USA repräsentiert!) ebenfalls in den „Freigewerkschaftlichen Nachrichten" Meanys zu Wort kommt klärt auf, Allende wäre wegen seiner *„Mißachtung der Verfassung"* und der *„Zerstörung der Wirtschaft Chiles durch seine Regierung"* getötet worden! (Zitate aus „Extra-Dienst", 9.6.76).

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Black-Panther-Party:

Vom FBI liquidiert

Ein kürzlich in den USA erschienener Untersuchungsbericht des Senats über die Praktiken des FBI (allmächtige Polizeibehörde in den Staaten) beweist, daß die militante Organisation der Afro-Amerikaner, Black-Panther-Party, systematisch zerschlagen und buchstäblich aufgerieben



FBI-Chef Hoover



Black-Panther-Demonstration

wurde. Die „Operationen" des FBI gegen die Schwarzen-Organisation liefen unter dem Kennwort „counter intelligence" (Gegenspionage). Der damalige Direktor des FBI, der Erzfaschist Hoover, hatte die BPP kurzerhand *„zur größten Gefahr für die innere Sicherheit der USA"* erklärt und ihre Zerschlagung befohlen.

Die BPP war in den sechziger Jahren eine in den Ghettos der amerikanischen Großstädte stark vertretene, einflußreiche revolutionäre Organisation der Schwarzen, die in ihrer Praxis Kliniken errichtete, Kinder-Frühstücksprogramme durchführte, kostenlose Kleiderverteilung organisierte usw.

Um die Schwarzen in den USA vor den gewaltsamen Übergriffen von Faschisten und rassistischen Bullen zu schützen, baute die BPP auch eine militärische Organisation auf, die mit Handfeuerwaffen bewaffnet war.

Hoover sorgte sich *„um den guten Ruf, den das Panther-Frühstücksprogramm für arme Kinder nachzieht. Es zeigt die Panther in gutem Licht und verdeckt die gewaltsame Natur der Gruppe."*

Hoover ging daran, die „gewaltsame Natur" der Gruppe aufzudecken und zu diesem Zweck seine Agenten und Provokateure in militante Schwarzen-Organisationen zu infiltrieren. Schlagartig kam es daraufhin zu bewaffneten „Rivalitäten" zwischen einzelnen Organisationen und innerhalb der BPP. Es war dem FBI *„mit Hilfe einer Legion (!) von Informanten, Provokateuren und in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Polizei gelungen, Verwirrung, Angst und Zwietracht unter die Panther zu säen"*, schrieb dazu die „New York Times".

Von diesen Agenten wurden beispielsweise Korrespondenzen zwischen den einzelnen Parteibüros gefälscht, um die Parteimitglieder gegeneinander aufzuhetzen und bewaffnete Auseinandersetzungen zu provozieren.

Ein Beispiel ist hierfür der (restlos gefälschte) Briefverkehr zwischen dem ins algerische Exil geflüchteten ehemaligen Informationsminister der BPP, Eldridge Cleaver, und seinem Parteihauptquartier in Oakland: Am laufenden Band erhielt Cleaver Briefe aus den USA, in denen er von der „BPP-Führung" abgelehnt, ihm der Ausschluß angedroht wurde, man ihn als *„Mörder und Brandstifter"* tituliert usw. Offensichtlich an der Echtheit der Briefe keinen Zweifel hegend, griff Cleaver seinerseits die BPP-Führung öffentlich in einem In-



1967: Kämpfe in den Ghettos von Detroit

terview aus dem Exil scharf an. Das Hauptquartier, das schon zuvor gefälschte FBI-Briefe mit dem Namen Cleavers erhalten hatte, schloß ihn daraufhin aus der Organisation aus.

Das FBI hatte sein Ziel erreicht, eine *„chaotische Situation zu schaffen"*, wie es in einer Polizei-Arbeitsanweisung hieß.

In mehreren Fällen kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen unter schwarzen Militanten, die direkt von FBI-Agenten angezettelt wurden. *„Schießereien, Schlägereien und ein hoher Grad an Unruhen dauern in den Ghettogegenden von San Diego an. Obwohl diese Situation keiner besonderen Aktion der Gegenspionage zugerechnet werden kann, so muß doch vermutet werden, daß ein beträchtliches Ausmaß der Aufstände dem Programm* (des FBI — d.Red.) *direkt zu verdanken ist"*, heißt es in einem Polizeibericht. Vielfach liefen die Programme nach folgendem Muster ab: In Chicago schickte das FBI einen gefälschten Brief an den Führer einer lokalen Organisation: *„Du stehst auf der Panther-Abschußliste."* Angezettelt von Agenten kam es danach zu Schießereien, bei denen vier Schwarze getötet wurden.

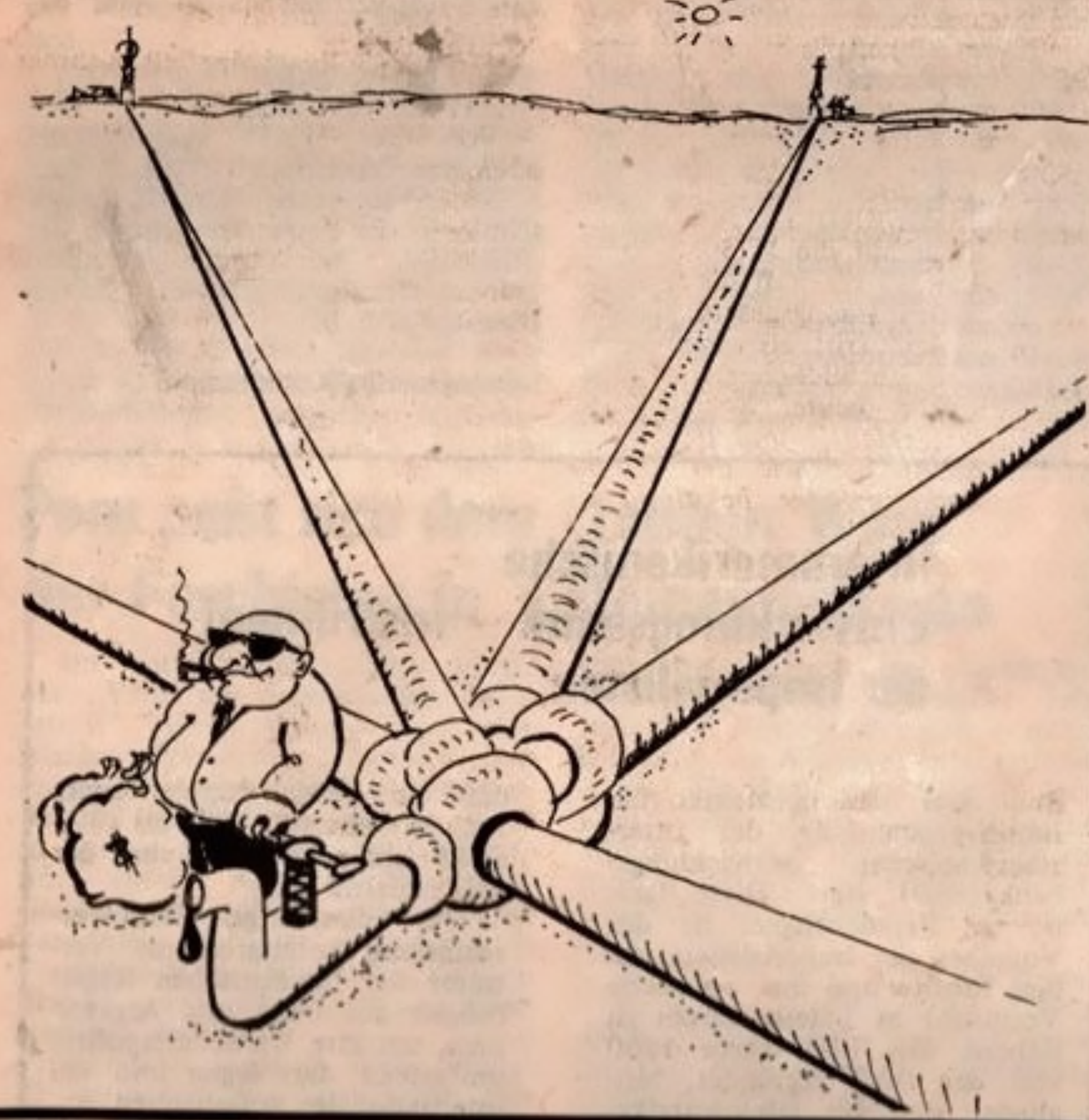
Dort, wo das FBI mit dieser Methode keine Erfolge erzielen konnte, ging es offen dazu über, die schwarzen Führer zu liquidieren: Panther-Leute wurden auf offener Straße erschossen oder bei der Erstürmung ihrer Parteilokale durch Riesenaufgebote von Bullen ermordet. U.a. wurden 1969 beim Sturm auf das Hauptquartier der BPP in Chicago zwei im Bett schlafende führende Genossen von hinten ermordet.

„In diesen Tagen ist wenig von den Panthern zu hören. Viele sind tot, andere sitzen im Gefängnis. Einige — wie Huy Newton — haben sich ins Ausland abgesetzt" („Frankfurter Rundschau", 28.5.76).

Zwar werden in dem Untersuchungsbericht des Senats diese FBI-Methoden verurteilt *„als eine Technik, die in einer demokratischen Gesellschaft nicht toleriert werden kann"* — weiter passiert aber auch nichts: Die FBI-Verbrechen sind längst, wie es so schön heißt, „verjährt".

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Entflechtung der US-Ölkonzerne?



Offensichtlich um das Image der amerikanischen „freien Marktwirtschaft" wieder einmal etwas in den Augen der Öffentlichkeit aufzupolieren, hat der Justizausschuß des amerikanischen Senats mit knappper Mehrheit einen Gesetzentwurf gebilligt, der eine Entflechtung der 18 größten US-Ölkonzerne vorsieht. Der Entwurf verbietet den gemeinsamen Betrieb von Ölleitungen, Fördereinrichtungen und Raffinerien. Separate Konzerne sollen in Zukunft — würde dieser Entwurf jemals Wirklichkeit — Förderung, Verarbeitung und Vertrieb übernehmen. Bisher vereinigten die riesigen Konzerne, die alle engstens untereinander zusammenarbeiten alle diese Stufen.

Wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck der Enthüllungen über die preistreiberische Politik der Ölkonzerne, das Öl bewußt zu verknappen, um die Profite zu erhöhen und unter dem Einfluß des amerikanischen Wahlkampfes ist diese Initiative zustande gekommen.

Wirklichkeit jedoch dürfte dieser Gesetzentwurf niemals werden, das bestätigen alle bisherigen Erfahrungen. Die Ölkonzerne selbst besitzen durch ihre Größe eine derartige politische Macht in den USA (und selbst über andere Länder!), haben im Kongreß und Senat eine riesige Lobby, die ihre Interessen vertritt, daß sie in der Lage sind, jede ihnen unangenehme Gesetzesinitiative zu Fall zu bringen. Darüber hinaus haben zwar die USA, wie es so schön heißt, die „schärfste Anti-Trust-Gesetzgebung der Welt", haben aber gleichzeitig die größten Konzerne der Welt: Die Gesetzesbestimmungen wurden so gut wie nie gegen die Konzerne angewandt.

Inzwischen haben die Ölkonzerne ihren schärfsten Widerstand gegen den Entwurf, der noch vom ganzen Senat gebilligt werden muß, angekündigt. U.a. drohen sie mit Versorgungsschwierigkeiten (d.h. also einem neuen Ölboykott), wachsender Importabhängigkeit (?) und rapide steigenden Preisen. Im Senat *„wird mit Sicherheit versucht werden, die Vorlage durch technische Verzögerungsmaßnahmen zu Fall zu bringen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 18.6.76).

Es ist heute schon klar, daß dieser Entwurf Entwurf bleiben wird und eines guten Tages in den Papierkorb wandern wird. Giganten wie die Ölkonzerne lassen sich nicht ins Handwerk pfuschen.

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10-13.30 Uhr
Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 056 028

Braunschweig
3300 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378 A

Bremen
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
28 Bremen, Fedelhören 77
Öffnungszeiten: mittw. 16 - 19 Uhr
freitags 16 - 19 Uhr
sonnabends 10 - 14 Uhr

Bremerhaven
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin
H. Lenkau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
vor Hertie

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Kurfürstenstraße 8
6000 Frankfurt/Main 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr

Göttingen
KB/Gruppe Göttingen
Kontakt über
Buchladen Rote Straße 10

Hamburg
Arbeiterkampf
Literaturvertrieb und Büro
Susannenstraße 41
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/439 38 15

Hannover
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstraße 3
3000 Hannover

Hildesheim
3200 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 075

Kappeln
Dagmar Schneider
2340 Kappeln
Postlagernd

Kassel
Florian Rohs
Goethestraße 31
3500 Kassel

Kiel
W. D. Scheel
2300 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Landshut
SSB (Sozialistischer Schülerbund)
8300 Landshut
Postlagerkarte A 041 181

Lübeck
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

mittwochs:	16.30 – 18.30
freitags:	16.30 – 18.30
samstags:	9.30 – 13.00

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
2410 Mölln

Nürnberg
G.N.K.
Thomas Gradl
Postfach 16 03 63
8500 Nürnberg

Oldenburg
AK-Vertriebsbüro
Nadorster Str. 190
2900 Oldenburg

Kreis Pinneberg/Steinburg
2080 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Stade
Jeden Sonnabend von 9-12 Uhr
am Pferdemarkt

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1000 Berlin 21
Freitag 16-19 Uhr

Lüneburg
3140 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35,
Telefon 040/45 38 91

SWAT – amerikanisches Vorbild der MEK-Killertrupps

Im „Deutschen Waffen-Journal" (DWJ) 1/76, einem Propagandaorgan für „Ein Mann sieht rot"-Ideologie, befindet sich ein Bericht über das amerikanische Vorbild der MEK-Killertrupps, die SWAT-Spezialeinheiten, die den MEKs an Brutalität noch um einiges voraus sind:

„Eliminieren" ist das Stichwort

Das „DWJ" erklärt auch, wozu die Ausbildung des SWAT dient – nämlich zur Förderung der „Jagdleidenschaft", im „DWJ" allerdings ohne Anführungsstriche. Die „vier Schlüsselworte" für einen solchen Einsatz sind: *„Lokalisieren des Heckenschützen, isolieren desselben, evakuieren der Hausbewohner, eliminieren des Heckenschützen"*, bezeichnenderweise nachdem die Hausbewohner evakuiert sind. Wichtigste Eigenschaft dieser Leute soll sein, keine Skrupel zu haben, auf einen „Gegner" zu schießen.

Entsprechend diesem offen ausgesprochenen Killerauftrag, vom „DWJ" als Spezialauftrag verharmlost, ist die „optimale" Ausrüstung mit „Offensivwaffen":

Jeder ist mit einem vollautomatisch schießenden Sturmgewehr („relativ leicht und rückstoßarm") bewaffnet. Diese Waffe erlaubt „wirkungsvolles Schnellfeuer", das den „Gegner in Deckung zwingt." Mit diesem Gewehr könne man notfalls durch eine Mauer schießen. Es erlaubt Nachladen ohne nennenswerten „Zeitverlust". Die Munition reicht für ein „stundenlanges Feuergefecht". In diesem Zusammenhang moniert das „DWJ" die Ausrüstung der MEKs mit „gewöhnlichen" Maschinenpistolen, deren Durchschlagkraft nicht ausreiche.

▷ Der „Scharfschütze" der SWAT-Einheit muß bei der „Geiselbefreiung" den „Geiselnehmer" durch „einen gezielten Kopfschuß" töten. Sein Spezialgewehr ermöglicht einen „sicheren Kopftreffer" aus 200 Meter Entfernung, „bei jedem Wetter".

▷ Mit der Polizeiflinte lassen sich CN-Tränengas- und CS-Brechgas-Geschosse auf 200 Meter Entfernung durch jede Tür und jedes Fenster jagen, wohl um die „Heckenschützen" zur „Eliminierung" ins Freie zu treiben. Mit dieser Waffe lassen sich auch Injektionsgeschosse sowie Schrotpatronen, 300 pro Minute a zwölf Kugeln, abfeuern, was das „DWJ" zur Begeisterung über den „schönen Kugelregen" hinreißt.



Ein SWAT-Killer in Kampfausrüstung

▷ Die 37mm-Flinte dient auch zum Verschießen von „barrikadenbrechenden" Granaten.

Dazu kommen noch die auch bei den MEKs üblichen Waffen.

Propaganda für Selbstjustiz und Ausbau des staatlichen Killerunwesens

Das „DWJ" kommt zu der Schlußfolgerung: Die Sondereinheiten seien geeignet, die „neuen Formen der Gewaltkriminalität" besonders „wirkungsvoll" bekämpfen zu können. Unter diesen „neuen Formen" werden verstanden *„rassische Minderheiten, die politisch organisierte Verbrecherbanden bilden."* Hier wird an die niedrigsten rassistischen Instinkte appelliert, um die Aufrüstung der Killertrupps schmackhaft zu machen. Sie dient natürlich nur dem Schutz des braven Bürgers: *„Steigerungsrate bei Gewaltkriminalität 17%, bei Morden 11%, ... Vor allem in New York traut sich niemand mehr auf die Straße (...) Heckenschützen, Straßengefechte, Geiselnahme sind an der Tagesordnung."* Von den im kapitalistischen System begründeten Ursachen, wie bis zu 40% Arbeitslosigkeit (teilweise ohne irgendwelche Einkünfte) in einigen Vierteln New Yorks, Detroits und Chicagos ist natürlich keine Rede. Da helfen eben nur Killertrupps a la SWAT und Selbstjustiz. So ist die Kriminalität in den Städten deshalb so hoch, weil nur „Gangster und Polizisten" Waffen haben und der Bürger „wehrlos" ist, während auf dem „freien Land" jeder seine Waffe hat.

Das „DWJ" sieht in Selbstjustiz und hochentwickelter staatlicher Tötungsmaschinerie auch das Modell für die Bundesrepublik, denn *„wenn wir nicht aufpassen, bekommen wir bei uns einmal ähnliche Zustände."* Jede Kritik an dieser Zielsetzung wird rigoros vom Tisch gewischt: *„Zum Schutz des Lebens der Polizisten werden immer die besten und wirksamsten Waffen eingesetzt, was jeder loyale US-Bürger versteht. Daß die Betroffenen (wie bei uns auch) darüber heulen, ist verständlich."* Nach diesem Motto wird jeder Kritiker des staatlichen Killerwesens als Komplize der wirklichen oder angeblichen Kriminellen diffamiert und selbst zum Kriminellen gestempelt.

Antifa-Kommission, KB/Kiel

US-Geheimdienst:

Illegale Aktivitäten werden fortgesetzt

Trotz der von Präsident Ford öffentlich angekündigten sofortigen Beendigung sämtlicher illegaler Aktivitäten der amerikanischen Geheimdienstmafia, werden diese ungetrübt fortgesetzt. Da alle US-Geheimdienste (es gibt davon zehn!) der direkten Kontrolle des Sicherheitsrates (40-er Ausschuß) unterstehen und somit dem Präsidenten verantwortlich sind, kann davon ausgegangen werden, daß dies mit Billigung des gesamten Regierungsapparates geschieht.

Dem FBI (Bundeskriminalpolizei) werden in einem Senatsbericht u. a. Einbruch, Erpressung und Verleumdung vorgeworfen. Durch Einbrüche und Hausfriedensbruch in Hunderten von Fällen hat das FBI Unterlagen gestohlen, kopiert oder Abhöranlagen installiert. Wie es in dem Bericht heißt, geschieht dies auch heute noch mit Billigung des Justizministeriums.

Auch die Bundessteuerbehörde hat in mehr als 11.000 Fällen ihre Vollmachten mißbraucht, indem sie CIA und FBI auf illegale Weise Zugang zu Steuererklärungen amerikanischer Bürger verschaffte. Diese Unterlagen wurden dann von FBI und CIA zu Erpressungen genutzt. Umgekehrt veranlaßten die Geheimdienste die Steuerbehörde, Maßnahmen gegen mißliebige Bürger wie Pazifisten, Bürgerrechtler und oppositionelle Politiker zu ergreifen. Von diesen ungesetzlichen Maßnahmen, die auch heute noch fortgesetzt werden, sol-

litiker zu ergreifen. Von diesen ungesetzlichen Maßnahmen, die auch heute noch fortgesetzt werden, sol-

len insgesamt etwa eine halbe Million US-Bürger betroffen sein. Auch der für elektronische Spionage zuständige Geheimdienst NSA setzte seine illegale Abhörpraxis von Auslandstelephonaten amerikanischer Bürger ebenso fort, wie der Nachrichtendienst des Kriegsministeriums die Bespitzelung im In- und Ausland. Im Pentagon haben sich nach Senatsberichten Akten über 100.000 Zivilpersonen angehäuft, die den Militaristen als „Bedrohung" gelten.

Die Agenten dieses Geheimdienstes haben auch in jüngster Zeit Aufträge bekommen, zivile Gruppen zu infiltrieren, US-Bürger und Ausländer zu überwachen. Bei den Überwachten werden die Telefongespräche abgehört und die Post geöffnet. Bei den Ausländern, die bespitzelt werden, soll es sich insbesondere um Westdeutsche und Japaner handeln, die in der Nähe militärischer US-Basen in diesen Ländern wohnen.

In einem Sonderbericht hat sich der Senatsausschuß auch für eine erneute Wiederaufnahme der Untersuchungen über die Ermordung des amerikanischen Präsidenten J.F. Kennedy eingesetzt, *„da FBI und CIA damals die Warren-Kommission (die den Fall untersuchte – d.Red.) irregeführt haben"* („Süddeutsche Zeitung", 20. 5. 76). In den USA gibt es immer wieder Leute, die behaupten, daß die amerikanischen

Zeitung", 20. 5. 76). In den USA gibt es immer wieder Leute, die behaupten, daß die amerikanischen

Geheimdienste an der Ermordung Kennedys nicht unbeteiligt waren.

Auch die nie aufgeklärte Ermordung des schwarzen pazifistischen Bürgerrechtlers und Pastors Martin Luther King ist wieder ins Gespräch gekommen. Klar ist zumindest, daß Kings Ermordung nicht die Tat eines Einzelnen gewesen sein dürfte. Klar ist auch, daß das FBI King seit 1962 bis zu dessen Tod systematisch überwachte und alle seine Gespräche abhörte.

Vom FBI wurden diese Informationen mit der Billigung des damaligen Justizministers Robert Kennedy (einem Bruder des Präsidenten) an andere Behörden weitergegeben. King wurde mit dem Inhalt der abgehörten Gespräche und der über ihn angelegten Dossiers erpreßt. Höhepunkt dieser Kampagne gegen den schwarzen Bürgerrechtler war eine ihm vom FBI zugesandte Tonbandaufnahme einer angeblichen „Orgie" in seinem Hotelzimmer; verbunden mit der Drohung, diese zu veröffentlichen, wenn er nicht Selbstmord (!) begehe. Auch gegen die Frau Kings wurde eine derartige Kampagne inszeniert. Es dürfte wohl in diesem Licht kaum eine Frage sein, wo die wahren Mörder Kings zu suchen sind . . . .

Auch aus New York gibt es Neues in Sachen Geheimdienst: Die Polizei dieses Bundesstaates hat, wie nunmehr bekannt wurde, über mehrere tausend liberale US-Bürger, darunter den ehemaligen Bürgermeister John Lindsay, die Schauspieler Shirley MacLaine und Dustin Hoffmann, Bischof Paul Moore und mehrere

Lindsay, die Schauspieler Shirley MacLaine und Dustin Hoffmann, Bischof Paul Moore und mehrere

Abgeordnete, geheime Dossiers angelegt. Die Polizei nahm für diese Zwecke auch unbesehen und ungeprüft Material faschistischer Organisationen in ihre Geheimakten auf. Man sieht, nach der großen „Reform" bleibt alles wie es war . . . .

(Informationen aus „Süddeutsche Zeitung", 20. 5. 76).

USA-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

USA bildeten 500.000 Putsch-Offiziere aus !

Zwischen 1950 und 1975 wurden insgesamt eine knappe halbe Millionen Offiziere in den USA selbst bzw. in den jeweiligen „Heimatländern" von den USA geschult. Aufgeschlüsselt ergibt sich daraus folgendes Bild: In Westeuropa wurden von den USA ausgebildet:

14.342 Offiziere aus Frankreich
9.363 aus Italien,
9.872 aus Spanien,
14.144 aus Griechenland,
18.900 aus der Türkei.

Afrika:
3.552 aus Äthiopien,
375 aus Liberia,
470 aus Libyen,
2.209 aus Marokko,
462 aus Nigeria und
670 aus Zaire.

Asien:
10.807 aus Iran,
1.098 aus Jordanien,
67.485 aus Kambodscha,
37.771 aus Laos,
1.5oo aus dem Libanon,
4.449 aus Pakistan,
1.380 aus Saudi-Arabien,
32.479 aus Südkorea und
35.788 aus dem ehemaligen Südvietnam.

Lateinamerika:
3.676 aus Argentinien
3.956 aus Bolivien
8.448 aus Brasilien
6.328 aus Chile
3.705 aus der Dominikanischen Republik
4.556 aus Equador
3.030 aus Guatemala
2.641 aus Honduras
6.200 aus Kolumbien
4.897 aus Nikaragua
4.130 aus Panama
6.734 aus Peru
2.537 aus Uruguay
5.341 aus Venezuela.

Von den 71.651 ausgebildeten lateinamerikanischen Offizieren sind 5.339 Absolventen der US-Kriegsschule in der Panamakanalzone, der „USARSA"; hier werden vor allem „innere Unruhen" geschult („Extra-Dienst", 22.6.76).

Lateinamerika-Kommission

NATO-Südflanke

Ausdehnung nach Südamerika geplant

Die Niederlage der vom US-Imperialismus unterstützten Konterrevolution in Angola nahm die Nato - und hierbei insbesondere die USA und die BRD! - zum Anlaß, die „Interessengebiete" der Nato bis nach Südafrika zu erweitern. Nach neueren Meldungen unternimmt der US-Imperialismus Anstrengungen, auch Lateinamerika in diese Pläne miteinzubeziehen, um den Süd-Atlantik vor der „sowjetischen Flotte zu sichern". Diese versuchte weitere Ausdehnung des globalen militärischen Interventionsbereiches der europäischen und amerikanischen Imperialisten, verbunden mit einer weiteren Aufrüstung, wurden schon von einigen hohen amerikanischen Militärs zur Sprache gebracht!

– Der britische Nato-Admiral Ashmore schlug Ende Dezember letzten Jahres eine engere Zusammenarbeit der Nato mit Brasilien (!) vor. vor.

– In Argentinien trafen sich im Mai folgende bezeichnende Herren: General Videla und andere führende argentinische Militärs, zwei brasilianische Admirale (!), der Oberbefehlshaber der venezuelanischen Marine (!), Admiral Ellis, Befehlshaber der „US South Atlantic Force", also der amerikanischen Streitkräfte im Süd-Atlantik, und sein Nachfolger, Admiral Sagerholm! – Ellis und Sagerholm legten Pläne einer *„integrierten Seestreitmacht unter einem Kommando und mit eigenen Stützpunkten auf den Tisch"* („Neue Zürcher Zeitung", 19.6.76).

Relevant sind für die Imperialisten zur Zeit vor allem die Seestreitkräfte Brasiliens und Argentiniens. Die brasilianische Flotte verfügt über einen Flugzeugträger, einen Kreuzer, vierzehn Zerstörer und acht U-Boote. Die Flotte Argentiniens gilt als moderner und schlagkräftiger; sie verfügt über einen Flugzeugträger, der mit 16 Kampfbombern vom Typ Skyhawk „bestückt" ist, 32 weitere Maschinen sollen angeschafft werden. Ferner besteht die Flotte noch aus acht Zerstörern, drei Kreuzern und mindestens vier U-Booten.

Lieferant der argentinischen U-Boote ist im Übrigen Blohm&Voss, also die BRD! (Haftendorn, Rüstungsexporte ...).

Des weiteren wird von einer *„Reaktivierung des 1956 von Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay unterzeichneten ‚Pacto Atlantico Sur'"* geredet – ein Bündnis, das damals ähnliche Aufgaben wahrnehmen sollte, wie sie heute wieder vom Imperialismus geplant sind! („NZZ", 19.6.76).

In dieses Bild reiht sich auch die geplante Errichtung eines amerikanischen Stützpunktes in Uruguay ein: Die USA planen dort die Unterbringung einer Luftwaffenbasis der „Strategic Air Command", also des strategischen Kommandos der Luftstreitkräfte, die *„zur Verstärkung der Überwachung des Südatlantik notwendig wäre"* („Süddeutsche Zeitung", 11.6.76).

Die USA sind bereit, den uruguayischen Faschisten dafür 100 Mio. Dollar im Jahr (das ist die Hälfte des gesamten uruguayischen Export-Umsatzes!) zu zahlen („SZ", ebenda).

Damit will der US-Imperialismus, nachdem er in Lateinamerika fast überall faschistische Militärdiktaturen errichtet hat, diesen Kontinent für seine aggressiven außenpolitischen Ziele einsetzen.

Lateinamerika-Kommission

Interamerikanische Entwicklungsbank – Instrument der Imperialisten

Ende Mai fand in Mexiko die Jahresversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) statt. Diese Bank ist ein Paradebeispiel für das Vorgehen der Imperialisten, um ihre Profite und ihre politische Vormacht in Lateinamerika zu sichern. Die BID wurde 1960 von der OAS gegründet, Mitglieder sind alle lateinamerikanischen Staaten und die USA, ihr Sitz ist in Washington (!). Festgelegtes Ziel der BID ist, „die individuelle und kollektive Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten" („Horizont", 6/76).

Das sieht folgendermaßen aus:

Die Stimmberechtigung der Mitglieder (über Vergabe von Krediten, Hilfsprojekten usw.) wird nach Höhe der Kapitalanteile berechnet. Die USA verfügen über rund 40%, Brasilien und Argentinien als nächst größte „Partner" über je 11% der Stimmanteile. Da fast alle Fragen mit einfacher Mehrheit entschieden werden können, brauchen die US-Imperialisten z.B. nur die brasilianischen (oder jetzt auch die argentinischen) Faschisten als „Bündnispartner" zu „gewinnen", um alle ihre Ziele durchsetzen zu können.

Und auf diese Weise läuft die Tätigkeit der BID auch ab: 1974 wurden 1111 Mio. Dollar an Krediten vergeben. Davon erhielt den Löwenanteil, 187 Mio. Dollar, Brasilien, dann wurde sofort Chile mit 97 Mio. Dollar bedacht (nur 1974). (Bekannt ist, daß die Unidad-Popular-Regierung in Chile von 1972 bis 1973 nicht einen Pfennig von der BID erhielt.)

Die diesjährige Jahresversammlung benutzten die Vertreter der faschistischen Regierungen aus Chile und Argentinien, um ihre Wirtschaftspolitik umfassend darzulegen und um internationales Ansehen zu ringen („NZZ", 21.5.).

Kritik an der Bankpolitik kam ausgerechnet von den USA. Die US-Vertreter lehnten entschieden ab, daß mit Hilfe von BID-Krediten der Export der lateinamerikanischen Länder gefördert würde („NZZ", 21.5.). (Durch eine Exportsteigerung könnte die katastrophale Handelsbilanz fast aller lateinamerikanischer Staaten verbessert und die totale Abhängigkeit vom Import von Industriegütern aus den USA gelockert werden – daran haben die Imperialisten natürlich kein Interesse!).

Vertreten waren auf der Versammlung auch offizielle Beobachterdelegationen aus 18 Nichtmitgliederländern. Unter anderem werden die BRD, Japan, Großbritanien, Jugoslawien (!), Italien, Israel demnächst Mitglieder der BID, um sich auch ein Stück von diesem Kuchen zu sichern und den USA das Feld in Lateinamerika nicht allein zu überlassen („NZZ", 21.5.)

Lateinamerika-Kommission



lateinamerika aktuell

Uruguay: Faschist Bordaberry abgetreten

Am 12.6.76 ist der uruguayische Präsident und Faschist Bordaberry von den herrschenden Militärs abgesetzt worden. Ex-Präsident Demichelli, wie auch Bordaberry ein „Zivilist", übernahm die Regierungsgeschäfte für drei Monate, ehe das Militär endgültig eine neue Marionette benennen wird.

Die Ursachen des Rücktritts Bordaberrys liegen in den politischen Differenzen innerhalb des Militärs und auch in Differenzen zu den USA begründet. Bordaberry vertrat die Konzeption eines Korporativstaates nach faschistischem italienischen Vorbild; auch langfristig wollte er die Zulassung politischer Parteien verhindern, da dies nur *„dem Kommunismus dient"* („Neue Zürcher Zeitung", – „NZZ" – vom 15.6.76).

Diese politischen Vorstellungen Bordaberrys, eines lupenreinen Faschisten, legte er im Herbst letzten Jahres vor. Sie stieß jedoch auf Kritik, vor allem Wirtschaftsminister Legh strebt eine *„Rückkehr zu demokratischen Regierungsformen unter Erhaltung der großen Parteien 'Blanco' und 'Colorado' an"* („Süddeutsche Zeitung", 11.6.76).

Ein Faschist hat seine Schuldigkeit getan ...

Bordaberry, selbst Mitglied der Colorado-Partei, trat vor fünf Jahren mit nur 20 % der Stimmen nach einer manipulierten Wahl sein Amt an. Im Februar 1973 leiteten dann die Militärs den „schleichenden" Putsch in Uruguay ein; besonders die Kräfte der revolutionären Linken wurden verfolgt, verhaftet und gefoltert. Bordaberry wurde als „ziviles" Aushängeschild der Militärs beibehalten, auch, als im Juni 1973 sämtliche politischen Parteien verboten wurden. Eine Ausnahme machte man nur mit der Blanco- und Colorado-Partei, die in den letzten Jahren allerdings kräftig gesäubert wurden und de facto aus Marionetten des Militärs bestehen.

Seit dem Putsch herrschen in Uruguay „chilenische" Zustände; es herrscht dort der Ausnahmezustand, Verbot sämtlicher bürgerlicher Freiheiten, Verhaftungen, Folterungen in den KZ's. Allein 1975 registrierte die kubanische Zeitschrift „Granma" 40.000 Verhaftungen; 7.000 Menschen sind in den KZ's eingesperrt und werden gefoltert, über 600 Menschen sind bereits an den Folgen der Mißhandlungen gestorben („Granma", 2.11.75 und „Neues Deutschland" vom 4.6.76).

Schon damals, kurz nach dem Putsch, erklärte Bordaberry: *„Zu den ... hinfällig gewordenen politischen Formen gedenke man keinesfalls zurückzukehren ... Es ist ein großer Irrtum, die politischen Parteien für unentbehrliche Mittel bei der Äußerung des Volkswillens zu halten"* („Frankfurter Allgemeine", 8.10.74).

Repressionswelle seit Oktober 1975

Die sich zuspitzenden Differenzen im Militär schlugen sich in einer schärferen Repressionswelle gegen die Arbeiterklasse nieder; die Inflationsrate stieg auf 70 % an, über 2.000 Menschen wurden seit dieser Zeit verhaftet. Die Ausgaben für die Unterdrückungsorgane der Junta (Militär, Polizei, Geheimpolizei) übertrafen die wirtschaftlichen Investitionen, Uruguay weist mit 6,6 Milliarden Dollar die höchste Auslandsverschuldung der Welt auf! („Horizont", 23 und 26/1976).

Von den 3 Millionen Einwohnern sind 400.000 Menschen geflüchtet, auch in dieser Hinsicht hält Uruguay einen Rekord („Horizont", 26/76).

Die Widersprüche innerhalb der Junta ...

Insgesamt gibt es zwei unterschiedliche Strömungen im Militär und der nationalen Bourgeoisie: die einen unter Bordaberry und den herrschenden Militärs General Vadora und Cristi; sie vertreten offen faschistische Ziele und arbeiten eng mit dem US-Imperialismus zusammen. Auf der anderen Seite existiert ein Flügel unter Führung von General Alvarez, der für eine „Öffnung" und mehr „Unabhängigkeit" gegenüber den USA und Brasilien eintritt. Er wurde schon häufig als Befürworter des „peruanischen Weges" angegriffen. Diese Widersprüche spitzten sich nun zu. Der einflußreiche und in den Diensten des US-Imperialismus stehende Wirtschaftsminister Legh trat für ein „vermittelndes" Konzept ein, *„in denen die traditionellen Parteien (Colorados und Blancos) von unbequemen Politikern gesäubert werden sollten, um dann risikolos (!) freie (!) Wahlen abhalten lassen zu können"* („Süddeutsche Zeitung", 11.6.76).

In die Diskussion schaltete sich dann US-Botschafter Siracusa ein, der schon beim Sturz Torres' in Bolivien seine schmutzigen Finger im Spiel hatte. Siracusa forderte in einem Schreiben an General Vadora die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Abhaltung von Wahlen „nach sorgfältiger Vorbereitung", verbunden mit dem allmählichen Rückzug des Militärs. Siracusa vertrat die Auffassung, *„daß eine völlige Abschaffung der Parteien die marxistischen Strömungen nur stärken werde"* („Süddeutsche Zeitung", 11.6.76).

Gleichzeitig forderte Siracusa die Absetzung des „nationalistischen" Generals Alvarez in den Ruhestand. An den Diskussionen über die weitere Entwicklung in Uruguay nahmen auch nationalistische Politiker der Colorado- und Blanco-Partei teil. Sie waren zur Alvarez-Fraktion zuzurechnen und mußten dies mit ihrem Leben bezahlen: Michelini (Colorado) und Ruiz (Blanco-Partei) wurden am 16.5.76 in Buenos Aires erschossen („Süddeutsche Zeitung", 11.6.76).

Demichelli kündigte als neuer Präsident an, er *„halte eine Rückkehr zur Demokratie für denkbar"* („NZZ" v. 15.6.76). Demichelli führte als erste „Amtshandlung" eine Verschärfung der Pressezensur ein und erklärte, an der Wirtschafts- und Außenpolitik werde sich nichts ändern („NZZ", ebenda).

Insgesamt ging es bei der Absetzung Bordaberrys um zweierlei:

1. Die faschistische Junta hat sich nur einer offen faschistischen, im In- und Ausland vollkommen korrumpierten Figur entledigt. Vor allem widersprachen die Vorstellungen Bordaberrys zur Bildung eines Korporativstaates den Lösungen der USA und des Generals Vadora, die für eine politische Konzeption aus herrschenden Militärs und scheindemokratischen Parteien bei Beibehaltung des Verbots aller linken und reformistischen Partein eintreten, um den Widerstand der Arbeiterklasse und der politischen Linken auch künftig im Griff zu behalten.

Des weiteren wollen die USA unter allen Umständen eine Stärkung der nationalen Bourgeoisie und eine „populistische" Entwicklung wie beispielsweise unter Frei in Chile 1964 verhindern und bei dem Prozeß von Scheinwahlen usw. eine Stärkung der nationalen Bourgeoisie ausschließen.

Alles in allem also wollen die USA die weitere Entwicklung Uruguays völlig im Griff behalten.

Lateinamerika-Kommission

Putschgefahr in Jamaika

Auf der karibischen Insel Jamaika droht ein Putsch! Bereits im Mai dieses Jahres verhängte das Militär den Ausnahmezustand über die Hauptstadt Kingston, am 19.6.76 verhängte Premierminister Manley den Ausnahmezustand über das ganze Land („Neue Zürcher Zeitung", 22.6.76). Anlaß zu der Maßnahme war die Entdeckung eines geheimen Waffendepots nahe der Hauptstadt, die in Zusammenhang mit der faschistischen und US-hörigen Provokationsstrategie der Oppositionspartei „Jamaika Labour Party" (JLP) gebracht wird. In der bürgerlichen Presse ist der Ausnahmezustand dagegen nur die Folge von „politischen Gewalttaten" seitens der populistischen „Nationalen Volkspartei" (PNP) und der JLP. Die Tatsachen sehen jedoch anders aus.

1972 gewann die PNP die Parlamentswahlen und unter Präsident Manley wurde ein nationalistischer, vom US-Imperialismus unabhängigerer Kurs verfolgt. Außenpolitisch erkannte Jamaika 1973 als erstes lateinamerikanisches Land Kuba an und nahm diplomatische Beziehungen auf – gegen die Beschlüsse der damaligen OAS-Konferenzen und somit auch gegen die USA. Ferner besitzt Jamaika wegen seiner Bauxit-Vorkommen (Aluminiumerz) einige Bedeutung, und sechs Konzerne teilten die Ausplünderung unter sich auf: Kaiser, Anaconda, Alcoa, Reynolds Revere (USA) und Alcan (Kanada). Jamaika erhielt jedoch nur 25 Mio. Dollar pro Jahr von den Konzernen. Im Juli 1974 wurde von Manley ein Gesetz verabschiedet, daß eine Einnahme von mindestens 200 Mio. Dollar sicherstellen sollte. Ferner mußten zwei US-Konzerne ihre Mehrheitsbeteiligungen von 51 % an den Bauxit-Gesellschaften an Jamaika abtreten.

Innenpolitisch leitete die PNP unter Manley eine Agrarreform ein. Unter anderem versuchte die Regierung, 80.000 ha Agrarland von ausländischen Besitzern zurückzukaufen bzw. zu pachten.

Diese außen- und innenpolitisch fortschrittlichen Maßnahmen verschärften die Widersprüche zu den USA und im besonderen zu den ansässigen Konzernen. Die Aluminium-Konzerne versuchten durch Entlassungen und Drosselung der Produktion Druck auf die Manley-Regierung auszuüben. Politischer Vertreter des ausländischen Kapitals und der USA ist die Oppositionspartei JLP mit ihrem Führer Edward Seaga, der *„fest an den Kapitalismus glaubt"*. Diese reaktionären Kräfte betrieben seit Februar planmäßig und gezielt Provokationen gegen die Arbeiter und gegen die Manley-Regierung. Neun Menschen kamen bei den faschistischen Provokationen bisher ums Leben („Horizont", 23/76). Die Ziele sind klar: wie in Chile schaffen die faschistischen Banden ein Klima der Angst und des „Chaos", wo nur noch das Militär wieder für „Ordnung" sorgen kann ...

Präsident Manley selbst hat nun den Ausnahmezustand über Jamaika verhängt; drei Politiker der JLP und ein Politiker der PNP wurden bisher verhaftet. Inwieweit Manley damit die Stellung seiner möglichen eigenen Totengräber (der Militärs nämlich) gestärkt hat, bleibt abzuwarten.

Es ist jedoch anhand des planmäßigen Vorgehens der faschistischen Banden, der JLP, unterstützt von den US-Imperialisten, abzusehen, in welche Richtung der Zug fährt: die populistischen Maßnahmen der Regierung Manley sollen beseitigt und eine faschistische Diktatur errichtet werden. Damit würde ein weiteres Land in Lateinamerika eine Militärdiktatur erhalten. Solidarität mit den unterdrückten Arbeitern und Bauern Jamaikas in ihrem Kampf gegen die faschistische Gefahr!

Lateinamerika-Kommission

Ergänzungen zum Artikel „Treffen der sozialdemokratischen Parteien"

40.000 Verhaftungen; 7.000 Menschen sind in den KZ's eingesperrt und werden gefoltert, über 600 Menschen sind bereits an den Folgen der Mißhandlungen gestorben („Gran-

Wahlen abhalten lassen zu können" („Süddeutsche Zeitung", 11.6.76).
In die Diskussion schaltete sich dann US-Botschafter Siracusa ein, der schon beim Sturz Torres' in Boli-

nationalen Bourgeoisie ausschließen.
Alles in allem also wollen die USA die weitere Entwicklung Uruguays völlig im Griff behalten.
Lateinamerika-Kommission

Peru paßt sich dem „rauhen Wind" der Faschisten in Lateinamerika an

Im Herbst vorigen Jahres wurde der „Vater der peruanischen Revolution", Velasco Alvarado, durch den jetzigen Präsidenten, Morales Bermudes, abgelöst. Dieser Regierungswechsel leitete die sogenannte „zweite Etappe der peruanischen Revolution" (in die Arme des US-Imperialismus) ein. Am 31. März machte Bermudez in einer vielbeachteten Fernsehrede die Ziele seiner „zweiten Etappe der Revolution" unmißverständlich deutlich.

Bermudes sagte in dieser Rede: Er verurteile diejenigen, *„die den Haß des Klassenkampfes an der Basis säen"*, er forderte, *„wahrhafte politische und soziale Disziplin in allen Arbeitsbereichen"* und die *„Harmonie unter allen (!) Peruanern"* („Le Monde", 20.4. und „Frankfurter Allgemeine", „FAZ", 14.5.).

Ganz im Sinne dieser Rede schränkt die Regierung Bermudez seit Wochen die Rechte des peruanischen Volkes ein.

– Im April wurde der Ausnahmezustand über die Kupferminen verhängt, weil dort massenhafte Streiks für höhere Löhne unter Führung einer klassenkämpferischen Gewerkschaft durchgeführt wurden. Die Verhängung des Ausnahmezustandes bedeutet ein striktes Streikverbot und die Entlassung zahlreicher Kollegen, die an den Streiks beteiligt waren. Darüber hinaus waren schon im Dezember 75 einige führende Mitglieder der Minenarbeitergewerkschaft verhaftet worden. Wenige Tage darauf verhaftete man auch ihre Rechtsanwälte, die sich für die Freilassung der Gewerkschafter eingesetzt hatten und verschleppte sie, ohne Angabe irgendeines Haftgrundes, in eine berüchtigte Strafkolonie im Amazonasdschungel. Trotz zahlreicher Proteste und Nachforschungen – unter anderem von Amnesty International – gibt die Regierung keinerlei Auskunft über ihren Verbleib („Le Monde", 20.4.). Diese Praktiken erinnern erschreckend deutlich an das Vorgehen der Faschisten in Chile und Argentinien.

– Bereits im März hatte die Regierung den Ausnahmezustand über die Fischereiindustrie verhängt, ebenfalls um Streiks und Arbeitskämpfe massiv zu unterbinden.

– Die Direktoren von 6 Tageszeitungen – die 1974 verstaatlicht worden waren – wurden auf einen Schlag entlassen. An ihre Stelle wurden Direktoren eingesetzt, denen man eine *„deutliche rechte Tendenz"* nachsagt („Le Monde", 17.3.76).

– Die „Marka", ein in Peru und auch über die Grenzen Perus hinaus, bekanntes Organ der Linken, wurde schon in der Vergangenheit mehrfach verboten. Im März veröffentlichte die „Marka" ein Geheimdokument, das verschiedene Intrigen von 30 Marineoffizieren gegen den fortschrittlichen Oberst Arce Laco enthüllt. Laco hatte 1974 die Verbindung des CIA mit der peruanischen Marine aufgedeckt und war gegen die reaktionärsten Kräfte innerhalb der Marine vorgegangen.

Nach der Veröffentlichung des Dokuments durchsuchte der Geheimdienst sofort die Büros der „Marka" und die Wohnungen ihrer Herausgeber. Familienangehörige wurden verfolgt und verhört. Die beiden Hauptverantwortlichen der „Marka" wurden anschließlich verhaftet, über ihren Aufenthaltsort ist nichts bekannt („Chile-Nachrichten", 20.5.76).

Diese zunehmende innenpolitische Unterdrückung wird ergänzt durch die außenpolitische Anpassung an den US-Imperialismus.

So hat die peruanische Regierung den Militärputsch in Argentinien begrüßt und die faschistische Junta sofort anerkannt, so hat der Außenminister ohne jeglichen Protest an der OAS-Konferenz in Santiago de Chile teilgenommen und damit zur Aufwertung und Stabilisierung der chilenischen Faschisten beigetragen (vergl. AK 81 und Artikel in dieser Ausgabe).

Das noch vor einiger Zeit (z.B. von Linken Sozialdemokraten) hochgejubelte „peruanische Experiment" ist damit deutlich gescheitert. **Die US-Imperialisten haben es in Peru – auch ohne spektakulären Putsch – geschafft, die „Revolutions"regierung auf ihren Kurs der brutalen Unterdrückung der Völker Südamerikas und die totale Unterordnung unter die ökonomischen Ziele des Imperialismus festzulegen.**

War noch vor zwei Jahren in Lateinamerika *„viel von einem neuen Geist der Solidarität gegen die Bevormundung der Großmacht im Norden die Rede, so stehen heute die Zeichen wieder auf Zusammenarbeit. Kissinger kann nicht zuletzt auch im strategischen Gleichgewichtsspiel wieder auf die Lateinamerikaner zählen."*

Der *„rauhe Wind"* in Lateinamerika, der mit dem Sturz Allendes in Chile begann und durch den Militärputsch in Argentinien auf ganz Südamerika ausgedehnt ist, *„hat eine unübersehbare Disziplinierung des Kontinents bewirkt"* („Neue Zürcher Zeitung", 9.6.76).

Das letzte Wort aber wird der revolutionäre Befreiungskampf der lateinamerikanischen Völker haben!

Ergänzungen zum Artikel „Treffen der sozialdemokratischen Parteien" in Caracas (AK 81)

Erst Mitte Juni sind einige Dokumente über die Konferenz sozialdemokratischer Parteien Westeuropas und Lateinamerikas in Caracas bekannt geworden. An dieser Konferenz nahmen u.a. sozialdemokratische Größen wie Brandt und Kreisky teil. In der Abschlußresolution ist der Stempel der rechten westdeutschen Sozialdemokraten deutlich erkennbar. So heißt es, daß die Sozialdemokraten bekanntermaßen *„jede Diktatur von rechts oder links ablehnen. . . und auch jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten, die die Souveränität der Völker beeinträchtigt und die Ausübung ihres Rechts auf Fortschritt behindert"*.

Geradezu zynisch, wenn man bedenkt, daß es die SPD-Regierung war, die in Brasilien einen 10-Milliarden DM-Kredit zum Bau von Atomkraftwerken (und Bomben) gewährte, die nach den USA der zweitstärkste Handelspartner Pinochets ist usw.! Folgerichtig wird in der Resolution die *„soziale Verantwortung des Eigentums"* herausgestellt und der *„Wille zur internationalen Zusammenarbeit (darf) nicht als mildtätige Hilfe verstanden werden"*.

In diesem Zusammenhang erklärte Brandt in seiner Rede zur Frage einer Weltwirtschaftsordnung:

„Mir ist bewußt, daß die Haltung meines Landes bei manchen Verhandlungen der letzten Jahre nicht immer leicht zu verstehen gewesen ist." Allerdings ist die Ausbeutung der imperialistischen Länder in der Dritten Welt nicht „leicht zu verstehen" und die westeuropäischen Sozialdemokraten bekamen denn auch Kritik zu hören. Weltmännisch wie immer meinte Brandt demagogisch, daß die *„Beseitigung von Unterschiedlichkeiten* (zwischen Imperialismus und Ländern der Dritten Welt) *unvernünftig* (wäre), sondern es käme darauf an, *„Verantwortung für das Ganze zu schaffen"*.

„Verständnis" für die Militärdiktatur in Argentinien. .

In der Resolution heißt es zwar allgemein, daß die *„Parteiführer die faschistischen und totalitären Regime. . . ablehnen"*, aber der argentinische Vertreter Balbin, Führer der UCR (Radikale Bürgerunion) erklärte, *„die Delegierten verstünden jetzt den argentinischen Prozeß und begriffen Argentiniens vergangene und gegenwärtige Situation"* (Alle zitate aus: „Frankfurter Rundschau", 19.6.76).

Zur Frage der Gewalt sind die Ausführungen Balbins sehr aufschlußreich; kein Wort über den Terror der Faschisten, sondern über *„Guerillas, die die Nation durchdringen, um Situationen zu schaffen, die dem Nationalismus schaden"* („Monitordienst", 31.5.).

Die Konferenz hat gezeigt, daß vor allem die westeuropäischen Sozialdemokraten – und hierbei wiederum die westdeutsche SPD – kaum einen Hehl über ihre Politik der Unterstützung der faschistischen Diktaturen machen und insbesondere nicht einmal eine eindeutige Verurteilung Pinochets vornahmen. Im Falle Argentiniens haben die Sozialdemokraten sogar „Verständnis" aufgebracht. Im letzten Punkt hat der internationale Revisionismus schon gleichgezogen. Die SPD hat klar versucht, ihre Vorstellungen, die identisch sind mit denen des BRD-Imperialismus, auf der Konferenz durchzusetzen. Mit Erfolg!

Lateinamerika-Kommission

Bolivien

Ausnahmezustand und 56.000 Arbeiter im Streik !

Anläßlich der Ermordung des ehemaligen Präsidenten Torres – er hatte 1970/71 zaghaft und halbherzig damit begonnen, einige Privilegien der US-Konzerne einzuschränken und gestand den Arbeitern und Bauern einige Rechte zu – kam es in Bolivien zu Streiks der Bergarbeiter. Seit einer Woche sind die Minen praktisch lahmgelegt. 56.000 Arbeiter beteiligten sich an dem Streik. Ebenfalls im Streik befinden sich sechs der neun bolivianischen Universitäten („Neue Züricher Zeitung", 22.6.76).

Nachdem das Banzerregime die Überführung der Leiche Torres' nach Bolivien verbot, wurde sie nach Mexico überführt und die Bergarbeiter beschlossen daraufhin, ein symbolisches Begräbnis in den Minen abzuhalten. Torres steht bei den bolivianischen Arbeitern immer noch in recht guter Erinnerung. Das wurde jedoch von Banzer brutal verhindert.

Das bolivianische Heer besetzte mit Panzern und Truppen in sechs Bergbaudistrikten die Minen und Arbeitersiedlungen. Die gesamte Führung der Bergarbeitergewerkschaft wurde verhaftet. Bei der Besetzung der Arbeitersiedlungen gab es Tote und die Radiostationen der Gewerkschaft wurden vom Militär stillgelegt. In ganz Bolivien wurde der Ausnahmezustand verhängt mit Pressezensur, Streik- und Versammlungsverbot. Die Polizei erhielt uneingeschränkte Vollmachten zu Verhaftungen und Hausdurchsuchungen. Zu Auseinandersetzungen zwischen Bergarbeitern und Militär kam es vor allem in La Paz, Cochabamba, Sucre und Oruro („SZ", 12/13.6.76).

Trotzdem traten am 11. Juni 7.000 Bergarbeiter aus Protest gegen die Belagerung der Bergbauzentren in den unbefristeten Streik („Neue Züricher Zeitung", „NZZ", 12.6.76). Am 14. Juni waren 55.000 der insgesamt 70.000 Bergarbeiter im Streik („Frankfurter Rundschau", 18.6.76).

Neben der Rückgabe der Rundfunksender und Gewerkschaftslokale, der Freilassung der verhafteten Gewerkschaftsführer und dem Abzug des Militärs aus den Minendistrikten fordern die Bergarbeiter nun massive Lohnerhöhungen um 240 % („Welt", 15.6.76).

Die Studenten mehrerer Universitäten solidarisierten sich mit den Bergarbeitern und protestierten ausserdem gegen die Verlängerung der Militärdienstpflicht für Hochschüler von vier Monaten auf ein Jahr. Bei Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Studenten und der Polizei kamen in Oruro und Sucre drei Jugendliche ums Leben. Um dem Protest Herr zu werden, verfügte die Banzerregierung eine Vorverlegung der Ferien um einen Monat.

Während die Regierung bezüglich der Lohnerhöhungen gewisse Zugeständnisse machte, ließ sie gleichzeitig die Besetzung der Minen wieder aufnehmen. Während die Streikführer in den Stollen Zuflucht suchten, unterbrachen die Truppen die Zufuhr von Trinkwasser, elekrischem Strom und Nahrungsmitteln zu den Arbeitersiedlungen. Die Frauen der Bergarbeiter bekräftigten jedoch, daß die Repression kein Grund sei, den unbefristeten Generalstreik abzubrechen. Sie seien bereit, trotz Rationierung der Lebensmittel mit ihren Männern zusammenzuarbeiten.

Inzwischen hat das Militär auch die Stolleneingänge besetzt, so daß die Arbeiterführer im Berg eingeschlossen sind. (Informationen nach „FR", 18.6.76). Nach offiziellen Angaben sind bisher mindestens 112 Menschen verhaftet worden („NZZ", 22.6.76). Zwei Bergarbeiter wurden erschossen („FR", 24.6.76).

Schon mehrmals in der Geschichte Boliviens sind streikende Bergarbeiter vom Militär erschossen worden, zuletzt in der Johannisnacht des Jahres 1967. Damals wurden im Bergbauzentrum Catavi-Siglo XX über 300 Arbeiter vom Militär ermordet.

Lateinamerika-Kommission

Chile

Lügen und nochmals Lügen ...

Die Botschaft Chiles und die „Presseabteilung Bonn" geben regelmäßig die „Chile-Dokumentation" heraus. Diese dokumentiert in erster Linie und eindeutig die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Pinochet. Welch einen Schmutz diese beiden Stellen in ihrem gemeinsamen Organ veröffentlichen, zeigt die März-Ausgabe der „Chile-Dokumentation": das Meinungsbefragungsinstitut Gallup (USA) machte in Chile eine „Meinungsumfrage", bei der folgende Ergebnisse herausgekommen sein sollen:

- *„mit der Regierungsführung im allgemeinen sind 70% der Chilenen einverstanden, und 83% sprechen sich gegen Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt aus".*
- *„Auf die Frage, wie sie ihre eigene Situation im Vergleich zu der Zeit vor dem 11. September 1973(seit dem Putsch) einschätzen, antworteten 58% mit „besser", 26% mit „gleich"."*
- *„für die persönlichen Lebensverhältnisse rechnen 69% mit Besserung"*
- *„74% äußerten sich zufrieden über das Gesundheitswesen"*
- *„lediglich 7% der Befragten sind der Ansicht, daß die Menschenrechte in Chile nicht geachtet werden"*

(„Chile-Dokumentation" März 1976).

Daß die chilenischen Faschisten mit Nachrichtenfälschungen en masse arbeiten, ist nicht verwunderlich und hundertfach dokumentiert worden; daß das Presseamt der Bundesrerierung daran mitwirkt, unterstreicht nur die guten Beziehungen des BRD-Imperialismus zu Chile. Nebenbei bemerkt: das Gallup-Institut hat die Umfrage wohl unter den chilenischen Offizieren veranstaltet!

Pascal Allende in Kuba

Nach Meldungen von Radio Havanna vom 4. 6. 76 ist Andres Pascal Allende, führendes Mitglied des MIR, aus Costa Rica kommend in Havanna/Kuba eingetroffen. Pascal Allende war im letzten Jahr, gemeinsam mit der Genossin Mary Anne Beausire, nach einer Verfolgung durch die Faschisten in die Botschaft von Costa Rica geflohen und hatte von dort aus Chile verlassen können („Monitor-Dienst", 8. 6. 76).

Lateinamerika-Kommission

Keine Freilassung Corvalans

Die chilenischen Faschisten haben die Forderung der Sowjetunion und Venezuelas abgelehnt, den Führer der revisionistischen KP Chiles freizulassen. Corvalan sitzt seit dem faschistischen Putsch in Chile wie viele tausend Antifaschisten – ohne Prozeß in verschiedenen KZ's. Die Regierung Venezuelas hat erklärt, Corvalan Asyl zu gewähren.

Lateinamerika-Kommission

Weitere Finanzhilfen aus den USA

Der US-Senat hat ein neues Bewilligungsgesetz zum Militärhilfegesetz verabschiedet, daß Rüstungs-
gresses und wird da dann sicherlich noch „verbessert".
Auch die wirtschaftliche Hilfe der

Der US-Senat hat ein neues Bewilligungsgesetz zum Militärhilfegesetz verabschiedet, daß Rüstungsausgaben in Höhe von 6,7 Milliarden Dollar vorsieht. Außerdem sieht dieser Gesetzestext vor, daß die Rüstungsausgaben an Chile auf 100 Millionen Dollar „beschränkt" werden („NZZ", 16.6.). Bemerkenswert ist, daß die westdeutsche bürgerliche Presse von einem „totalem Waffenembargo" spricht, trotz der riesigen Summen, die Chile weiterhin für Rüstungszwecke zugeschanzt werden. Zudem geht dieses Gesetz jetzt an den Vermittlungsausschuß beider Häuser des amerikanischen Kongresses und wird da dann sicherlich noch „verbessert".

Auch die wirtschaftliche Hilfe der US-Regierung soll – laut Gesetzentwurf – eingeschränkt werden. Allerdings wird Präsident Ford im Nachsatz gleichzeitig ermächtigt, weitere 38 Millionen Dollar (!) für Chile vorzumerken, wenn er den Eindruck (?) hat, daß die Verfolgungen von politisch Andersdenkenden in Chile aufgehört haben. Präsident Ford wird sicherlich nicht allzu große Schwierigkeiten mit seinem Eindrucksvermögen haben!

Lateinamerika-Kommission



Waren aus Chile – NEIN !



In den ersten Monaten des Jahres 1976 ist es den chilenischen Faschisten gelungen, den Export besonders nichttraditioneller Güter enorm zu steigern. Er lag im ersten Quartal 1976 mit 82% über denen des entsprechenden Vorjahres. Der Export wird damit nicht mehr hauptsächlich auf Kupfer beschränkt, sondern die Steigerungsraten liegen im wesentlichen bei landwirtschaftlichen und Industrieerzeugnissen sowie der Meeresproduktion, während die chilenische Arbeiterklasse hungert. Auch nach Westdeutschland sind bereits landwirtschaftliche Güter geliefert worden, wie z. B. Äpfel. Ein Komitee ehemaliger politischer Gefangener Chiles ruft darum öffentlich zum Boykott des Kaufes chilenischer Waren auf.

Prozeß gegen 29 Landarbeiter

In einer Presseerklärung nimmt das Freiburger Chile-Komitee Stellung zum Beginn eines Prozesses gegen 29 Landarbeiter in Chile. Die Landarbeiter hatten schon 1970 an Landbesetzungen teilgenommen und damit ihren Familien zu einem menschenwürdigen Leben verholfen. Am 11. September folgten sie wie viele ihrer Kollegen dem Aufruf des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, der zu massenhaftem Widerstand gegen den faschistischen Putsch aufrief. Ihre Aktion scheiterte, 54 Landarbeiter wurden verhaftet, davon 14 ermordet. Während einige freigelassen wurden, beginnt nun nach 2 1/2 Jahren der Prozeß gegen 29 Landarbeiter. Die beantragten Strafen liegen zwischen 2 und 23 Jahren. Das Chile-Komitee fordert:

- **Sofortige bedingungslose Freilassung der 29 Landarbeiter.**
- **Einstellung der Neltume-Prozesse.**
- **Möglichkeit der freien Ausreise für die Landarbeiter und ihre Familien.**

Lateinamerika-Kommission

Argentinien
OAS-Konferenz

Argentinien

Ex-General Torres ermordet

Anfang Juni wurde die Leiche von Jose Torres, Ex-General und Präsident Boliviens, bis er von General Banzer gestürzt wurde, gefunden. Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse ist Torres von den faschistischen Mörderbanden Argentiniens, der AAA, getötet worden. Torres ist damit der vierte namhafte lateinamerikanische Politiker, der in Argentinien umgebracht wurde:

- der chilenische General Prats wurde am 30.9.1974 von der faschistischen AAA ermordet, da er in bürgerlicher Opposition zu Pinochet stand;
- ferner sind der uruguayische Senator Michelini und der Ex-Parlamentspräsident Uruguays, Hector Gutierrez, ermordet worden.

In Uruguay selbst wurde eine totale Nachrichtensperre über den Tod der beiden Politiker verhängt („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.5.76).

Diese Generäle und Politiker waren alles andere als „fortschrittlich"; sie selbst übten z.T. ihre Terrorherrschaft über das Volk aus, ehe sie durch andere, noch schlimmere Bluthunde ersetzt wurden. Dennoch sind alle genannten Herren der rechts-bürgerlichen Opposition zuzurechnen und wurden in den sechziger Jahren von Kennedy unterstützt, unter der damaligen Politik der „Allianz für den Fortschritt" des US-Imperialismus. Die Zeiten und die Politik des US-Imperialismus haben sich geändert: an den Morden selbst an rechten Generälen wird nur allzu deutlich, daß rechts-bürgerliche Opponenten in den faschistischen Diktaturen Lateinamerikas schon eine „Gefahr" darstellen. Der US-Imperialismus läßt sogenannten politischen Lösungen und Öffnungen der Diktaturen nicht einen Millimeter Spielraum.

Lateinamerika-Kommission

OAS-Konferenz

Aufwertung der faschistischen Regimes bestätigt

Am 17. Juni ging die sechste Konferenz der „Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) zu Ende. Die Themen der Konferenz waren deutlich von den politischen Verhältnissen in Lateinamerika geprägt: ging es früher noch um Differenzen einzelner lateinamerikanischer Länder mit den USA, stand dieses Thema diesmal kaum zur Debatte. Wichtigstes Thema war Chile, dessen faschistisches Regimes *„erstmals internationale Anerkennung gefunden hat"* („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ" – 21.6. 1976). Nach außen hin tat Pinochet auch einiges zur Aufbesserung des Images:

- anläßlich des Besuches von US-Finanzminister Simon wurden 49 politische Gefangene entlassen,
- kurz vor Ankunft Kissingers folgten 60 weitere Entlassungen („Frankfurter Rundschau", 22.6.76).

Am Schluß der Konferenz (wir berichteten schon im AK 82 ausführlich darüber) wurde eine Resolution verabschiedet, in der Chile aufgefordert wird, *„die Menschenrechte voll zu wahren* (??) *und zu achten"* („NZZ", 21.6.76). Des weiteren wurde Chile aufgefordert, die *„interamerikanische Menschenrechtskommission zu unterstützen ... und die Kommission ... vor Repressalien zu schützen"* („NZZ", ebenda). Der erste Antrag, wonach die Menschenrechtskommission *„an Ort und Stelle Zutritt zu Informationen"* erhalten kann, wurde fallengelassen. Die sehr milde, und zum Teil zynisch – die Tatsachen auf den Kopf stellend – gehaltene Resolution wurde bei Stimmenenthaltung Chiles und Brasiliens angenommen.

„Zum Abschluß der Konferenz war auch nur noch von der chilenischen Gastfreundschaft, vom lachenden Jungvolk (!) *und von sauberen Straßen die Rede"*, kommentiert die bürgerliche „Neue Zürcher Zeitung" befriedigt.

Aber der Terror in Chile geht weiter: allein im Mai sind 3.000 Menschen verhaftet und *„Tausende hungernder Kinder verhaftet und in ein KZ außerhalb der Hauptstadt interniert"* worden („Tat", 11.6.76).

Lateinamerika-Kommission

Paraguay

Seit April Beginn einer neuen Terrorwelle

Im April dieses Jahres kam es in Paraguay zu einer Repressionswelle, die nur mit dem Terror gegen Ende der 50er Jahre vergleichbar ist:

- Allein in der Provinz Misiones wurden 1. 600 „Terroristen" verhaftet und ermordet.
- Am 9.4. drang die Militärpolizei in die „Mision de Amistad", eine Mission der protestantischen Kirche ein und nahm die Angestellten fest; drei von ihnen wurden gefoltert. Verteidigungsminister Samaniego dazu: die *„Mision de Amistad ist von der fünften Kolonne des Kommunismus fast völlig unterwandert"*.
- Allein in der dritten Aprilwoche wurden in der Provinz Investigationes – nach Aussage eines westeuropäischen Botschafters – mindestens 400 Menschen verhaftet.
- Am 6. Mai wurde Professor Melia, Herausgeber der Zeitschrift „Accion", auf Geheiß von Diktator Strössner (seit 1954 ist dieser Henker bereits im Amt!) des Landes verwiesen, da er der (verbotenen) Kommunischen Partei beigetreten sei.
- Nach Aussagen wieder freigelassener politischer Gefangener funktioniert die Nahrungsmittelversorgung in den Gefängnissen nicht mehr, da diese völlig überfüllt seien. Über Ostern haben die Gefangenen nichts zu essen bekommen!
- Wegen der hohen Zahl der Gefangenen werde es – nach Aussage eines Polizeioffiziers – *„zur Erschießung all derer kommen, bei denen nachgewiesen sei, daß es sich um Kommunisten handle, um ein bißchen mehr Platz zu schaffen"* – wie er zynisch hinzufügte.

Die Junta erklärte und begründete die Verhaftungswelle damit, daß eine sogenannte „Organisacion politica militar" in Verbindung mit der argentinischen ERP einen bewaffneten Bauernaufstand und Entführungen geplant hätte.

Dabei geht die faschistische Junta mit „chilenischen Methoden" bei den Verhaftungen vor:

- So wurde in Sta. Rosa einem Bauern in Gegenwart seiner Verwandten der Kopf mit einer Machete abgeschlagen.
- In der Hauptstadt Asuncion wurde ein alter Mann auf der Straße von Bullen zu Tode geprügelt.

(Angaben z.T. aus: „Solidaritätsgruppe Paraguay", Bonn).

Lateinamerika-Kommission

Mexico

Austritte aus der Polizei

Aus Angst vor weiteren Guerillaaktivitäten haben in den letzten Tagen etwa siebzig mexicanische Polizisten ihren Dienst gekündigt. Nur weiter so!

Lateinamerika-Kommission

Faschistischer Terror nimmt zu

In letzter Zeit wurde vom Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlingswesen (HCR) eine Zunahme von Gewalttaten gegen politische Gefangene in Argentinien verzeichnet. Nach Angaben des HCR überfiel am 9.6.76 eine zehnköpfige bewaffnete Gruppe ein katholisches Flüchtlingshilfswerk in Buenos Aires und schleppten alle Listen mit den Namen und Adressen mehrerer tausend in Argentinien lebender Flüchtlinge davon („Frankfurter Rundschau", 11.6.76). Die Täter – alle Mitglieder der faschistischen Terrororganisation AAA – fuhren Autos ohne Nummernschilder des gleichen Typs, den die argentinische Polizei benutzt (schwarzer Ford Falcon).

„Dies nährt den oft offen ausgesprochenen Verdacht, daß derartige Aktionen in der streng kontrollierten argentinischen Hauptstadt mit Komplizenschaft der Polizei durchgeführt werden" („FR", 11.6.76).

Die Regierung gab dazu die zynische Erklärung ab, die Flüchtlinge in Argentinien seien keiner besonderen Gefahr ausgesetzt („Neue Zürcher Zeitung", 18.6.76).

Kurz darauf wurden 25 Flüchtlinge, vornehmlich Chilenen, von ca. 40 schwerbewaffneten Männern entführt. *„Die ganze Aktion fand in unmittelbarer Nähe eines Polizeipostens statt"* („NZZ", 18.6.76).

Während der fast 24stündigen Gefangenschaft wurde der größte Teil der Flüchtlinge mißhandelt. Fast alle wiesen Wunden auf, einige trugen Rippenbrüche davon („Frankfurter Allgemeine", 14.6.76).

Den 25 Männern wurde befohlen, das Land binnen 24 Stunden zu verlassen.

Weitere faschistische Anschläge

In Cordoba wurde der Rektor der Universität von zwei Männern erschossen („NZZ", 16.6.76).

In Buenos Aires wurden sechs mit Kugeln durchlöcherte Leichen gefunden. An einer Leiche war ein Papier befestigt, das mit „General Cardozo Kommando" unterzeichnet war. Der General war Chef der Bundespolizei und durch eine Bombe getötet worden („FAZ", 21.6.76).

„Proteste" gegen die faschistische Junta im Ausland

Die französische Tageszeitung „Le Monde" veröffentlichte einen Aufruf von sieben führenden europäischen Sozialdemokraten, in dem die in Argentinien regierende Militärjunta aufgefordert wird, freie Wahlen auszurufen, und der Gefangenenfolterung ein Ende zu machen („FR", 21.6.76).

Auffallend an diesem Aufruf ist die Tatsache, daß er – trotz des sehr zurückhaltend formulierten Inhaltes – nicht von den westdeutschen Sozialdemokraten unterzeichnet wurde. So kann man als Unterzeichner zwar Namen wie Kreisky, Palme, Mitterand finden, nicht aber den Namen Willy Brandt.

Dieser hatte schon bei dem „Treffen sozialdemokratischer Parteien" in Caracas „Verständnis" für die faschistische Junta in Argentinien geäußert.

Lateinamerika-Kommission

... 14 Meter hoch

Der Widerstand in Argentinien konnte nach dem Militärputsch eine Reihe von Erfolgen verbuchen. Vor allem ließen sie immer wieder hohe faschistische Generäle hochgehen. Diese Erfolge, die eine große Ermutigung für den antifaschistischen Widerstand insgesamt bedeuten, können sich sehen lassen:

Allein in den letzten drei Monaten wurde zwanzig Angehörigen der Armee und der Polizei das Himmelreich beschert!

Die spektakulärsten Fälle sind

- die Tötung vom ehemaligen Chef der Abwehr, Oberst Mendieta,
- die Erschießung vom Kapitän der Marine, Bigliardi,
- die Entführung von Oberst Pita, der zuvor von der Junta als Direktor des Gewerkschaftsbundes CGT eingesetzt wurde und
- am 18.6. flog der Polizeichef, General Cardozo, durch eine Bombe in die Luft!

(Angaben aus „Frankfurter Rundschau", 18. und 19.6.76).

Wir hoffen, diese Liste in der nächsten Zeit noch weiter ergänzen zu können!

Lateinamerika-Kommission

Junta-Ehrung für Bundeswehroffiziere

Der beste Absolvent der Offiziersschule der BRD-Luftwaffe hat aus den Händen des Luftwaffen-Attaches der argentinischen Luftwaffe einen Orden in Empfang genommen. Von bundesdeutscher Seite bedankte sich der Stellvertreter des Inspektors der Luftwaffe mit den Worten: *„Die Preisverleihung und die damit verbundenen persönlichen Begegnungen tragen dazu bei, die freundschaftliche Verbundenheit zwischen unseren Luftwaffen zu vertiefen."* Zu der „Feierstunde" waren in Bonn die Luftwaffenattaches der Diktaturen von Brasilien, Chile und Spanien, sowie die aus Griechenland, Dänemark und der Türkei erschienen (nach „Berliner Extra-Dienst" vom 11.6.76).

Lateinamerika-Kommission



asien aktuell



17. April 1975 – Die Bewohner der Hauptstadt Phnom Penh begrüßen die Befreiungskräfte, die diese letzte Bastion des US-Imperialismus in Kambodscha befreien.

Koreanische Volksdemokratische Republik

Hervorragende Erfolge im Wiederaufbau!

In der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) wurden im wirtschaftlichen Aufbau großartige Erfolge erzielt. Der derzeitige Sechsjahresplan, der Ende 1976 ausläuft ist schon 1975 in wesentlichen Teilen erfüllt worden. Die Planziele betrugen *„für Elektrizität 28 bis 30 Mrd kWh, für Roheisen 3,5 bis 3,8 Mio t, für Rohstahl 3,8 bis 4 Mio t, für Walzstahl 2,8 bis 3 Mio t, für Kunstdünger 2,8 bis 3 Mio t, für Zement 7,5 bis 8 Mio t, für Getreide 7 Mio t, für Baumwolltextilien 500 bis 600 Mio m, für Kunstfasern 80.000 bis 100.000 t, dazu 21.000 Traktoren und 27.000 Werkzeugmaschinen"* („Süddeutsche Zeitung", 5.6.76).

Diese Entwicklung kann man erst in voller Bedeutung ermessen, wenn man bedenkt, daß nach Ende des Korea-Krieges 1953 in der KVDR kaum ein Stein auf dem anderen stand und daß heute in Südkorea Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger herrschen.

In der KVDR gibt es nicht einen Arbeitslosen – im Gegeteil herrscht Arbeitskräftemangel!

So erklärte der Präsident der KVDR, Kim Ir Sen, schon im August 1973 gegenüber den südkoreanischen Machthabern:

„‚Warum schickt ihr eure Arbeiter ins Ausland, an solche Orte wie Westdeutschland und Brasilien, wenn wir ihnen Arbeit geben könnten? Warum Eisenerz zu hohen Kosten aus dem Ausland importieren, wenn es genug für ganz Korea im Norden gibt? Schickt eure Arbeiter zu uns, wir werden ihnen Ausrüstung zur Verfügung stellen und sie können das Eisenerz abbauen und nach Süden schicken – soviel ihr wollt, kostenlos'. Sie lehnten ab. Bei einer anderen Gelegenheit, nach schweren Verlusten an Menschen und Material durch Überschwemmungen im Süden, sagten wir: ‚Wir haben jetzt große Erfahrung in Bewässerungs- und Vorsorgearbeiten gegen Überschwemmungen. Wir werden euch Ingenieure und Ausrüstung schicken. Sie können unter eurer Anleitung arbeiten, wo immer ihr sie braucht'. ‚Nein', war die Antwort. ‚Der Kommunismus würde mit dem Wasser einfließen'" (1)

Die durch den unermüdlichen Einsatz der Bevölkerung im Norden des Landes errungenen Erfolge haben natürlich ihre Auswirkungen auf die politischen Auseinandersetzungen im faschistischen Südkorea.

So hatte schon 1964 die KVDR angeboten, einige der Erfolge des wirtschaftlichen Aufbaus mit den Landsleuten im Süden zu teilen. *„Pjöngjang bot an, den Süden jedes Jahr mit 100.000 t Walzstahlprodukten; 1 Mrd kWh Elektrizität; 10.000 t Chemiefasern; 300.000 t Reis sowie mit großen Mengen Zement, Holz, Maschinen und anderen Gütern zu versorgen. Das wurde abgelehnt. Politiker und Journalisten im Süden, die für die Annahme waren, wurden von der Park Jung Hi-Diktatur verhaftet und einige von ihnen wurden hingerichtet. (Es ist wichtig zu beachten, daß seit der Gründung der KVDR als Ergebnis der Gesamtkoreanischen Wahlen im August 1948, die wirtschaftliche Planung im Norden bis heute auf den Bedürfnissen Gesamtkoreas basiert)."*

Nach wie vor ist es in Südkorea lebensgefährlich, über die wirkliche Situation im Norden zu berichten, da das ganze Park-Regime außer den US-Truppen und ihren südkoreanischen Marionetten politisch und wirtschaftlich dem Norden absolut nichts entgegenzusetzen hat.

Als letzter Ausweg bleibt ihnen nur ein erneuter Krieg gegen die KVDR, für den ja Schlesinger mit seinen Atombomben-Drohungen und Park durch die Vorspiegelung einer „Aggression aus dem Norden" den Boden zu bereiten versuchen.

Jedoch die Erfolge der Völker Indochinas sind auch in Korea nicht unbeachtet geblieben!

Das koreanische Volk wird dem US-Imperialismus seinen letzten wichtigen Vorposten in Ostasien letztendlich ebenfalls entreißen!

(1) Zitate aus „Der Kampf für Koreas nationale Rechte" von Wilfried Burchett.

Indochina Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Slumsiedlung in Südkorea



Aus Freude über eine erneute gute Ernte haben die Bauern in der KVDR aus Getreide ein Marx-Bild errichtet.

Singapore

Lees Abschied von den „Genossen"

Lee Kuan Yew, Diktator im faschistischen Singapore erklärte Anfang Juni seinen Austritt aus dem Kreis der „Genossen" der „Sozialistischen Internationale". Lee Kuan Yew ist damit mit seiner Volksaktionspartei (PAP) einem Ausschlußantrag der holländischen und britischen Sozialdemokraten zuvorgekommen. Vergrätzt über die Vorwürfe, daß in Singapore Folter an der Tagesordnung sei, warf Lee Kuan Yew der „Internationale" daraufhin vor, *„sie rücke aus Einfalt und Böswilligkeit zu dicht an die Kommunisten heran"* („Süddeutsche Zeitung", 1.6.76). Auf den Vorwurf der Verfolgung politischer Gegner und der Folter antwortete Lee Kuan Yew zynisch: *„Es sei den niederen Gerichtshöfen Singapores möglich, beim Kronrat in London Berufung einzulegen. Jedoch habe noch niemand eine zivil- oder strafrechtliche Anklage wegen Mißhandlung oder Körperverletzung geschweige denn Folter, erhoben"* (Monitor, 30.4.76).

Wer ist Lee Kuan Yew?

In Singapore regiert Lee Kuan Yew mit seiner PAP einen stramm antikommunistischen Polizeistaat. Die Führer des Widerstandes gegen die imperialistische Staatengründung Malaysias (Singapore gehörte bis 1965 zu Malaysia) sitzen heute noch – also seit 1965 – im Gefängnis. In Singapore werden Gewerkschafter, die nicht die faschistischen Gewerkschaften unterstützen, verhaftet und gefoltert.

Erst im Mai sind in Singapore 50 Menschen unter dem Vorwand kommunistischer „Umsturzpläne" verhaftet worden. Die Arbeiterklasse ist in Singapore total entrechtet, damit die ausländischen Konzerne in Ruhe investieren und ausbeuten können.

Ein Interview mit Springers „Welt" vom 11.9.75 macht deutlich, wes Geistes Kind Lee Kuan Yew ist.

Auf die an sich schon demagogische Frage, ob nicht das Bevölkerungswachstum zum Beispiel in der Sowjetunion eine Gefahr sei, antwortete Lee: *„Die Gefahr kommt aus einer ganz anderen Richtung. Sie kommt von den Ländern, die auf der technologischen Leiter nicht aufsteigen, weil sie unfähig regiert werden. Sie vermehren sich wie die Lemminge"*.

Und auf die Frage, wie es Lee denn schafft, die Leute zur Arbeit anzuhalten, antwortete der Faschist: „Unter anderem vielleicht, weil wir es auf uns nehmen, jemand hungern zu lassen, wenn er nicht arbeiten will"!

Dieser Vogel, mit dem sich Brandt und Wehner gerne in trauter Eintracht zeigten, war jahrelang Mitglied in der „Sozialistischen Internationale", was doch ein bezeichnendes Bild auf diesen Verein wirft, der sonst nicht müde wird, vom „freiheitlichen Sozialismus" zu fabulieren.

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Regierung von Kampuchea weist Verleumdungen zurück

Wir haben schon in AK 79 kurz über die „Berichterstattung" der bürgerlichen Presse über das Demokratische Kampuchea berichtet.

Mindestens einmal wöchentlich werden Greuelgeschichten über angebliche „Massaker" an hilflosen Menschen berichtet.

Diese Kampagne erstreckt sich allerdings nicht nur auf die Presse der BRD.

In Frankreich hat die Mission der Regierung des Demokratischen Kampuchea eine Erklärung herausgegeben, worin es unter anderem heißt:

„Gemäß den oben genannten Prinzipien ruft die Mission der Regierung des Demokratischen Kampuchea in Frankreich die französische und internationale öffentliche Meinung zur Wachsamkeit gegenüber der Verleumdungskampagne gegen das Demokratische Kampuchea auf, die im Moment von einigen Journalisten geführt wird, die ihren Berufsstand herabwürdigen und die sich so weit herablassen, die reine und gemeine Lüge zum Gegenstand ihres Broterwerbs zu machen. Was die französischen Behörden betrifft, so tragen sie einen großen Teil Verantwortung an all diesen Aktivitäten, die einen schweren Anschlag auf die Ehre des Demokratischen Kampuchea darstellen. Diese Haltung straft die Versicherungen dieser selben Behörden Lügen, wie es nicht deutlicher sein könnte, wonach sie geneigt seien, ihre Beziehungen mit der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu normalisieren".

Ein bezeichnendes Licht auf diese Art von Journalismus werfen diejenigen Zahlen, die tatsächlich das Leid und die Opfer des Volkes von Kampuchea widerspiegeln.

So berichtete der Informationsminister, Hu Nim, anläßlich der Feiern zum ersten Jahrestag der Befreiung, welche Schäden die Bevölkerung und die Wirtschaft seines Landes durch den barbarischen Aggressionskrieg der US-Imperialisten und ihrer Söldner erlitten haben:

„Demnach wurden 800.000 Menschen getötet, weitere 40.000 wurden verstümmelt oder verkrüppelt, verloren Arme, Beine oder Augen. Fast 200.000 weitere Personen wurden verletzt. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich auf mehr als eine Million Menschen.

Über 80% der Fabriken und Industrieplantagen in der Nähe der Schlachtfelder wurden ebenso wie 65 bis 70% der Kautschukplantagen zerstört. Mehr als 80% der in der Nähe der Kampfgebiete gelegenen Reisfelder und Gärten sowie die gleiche Anzahl der Waldgebiete Kambodschas wurden durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen. In den Flüssen und Seen, die von den USA-Bomben getroffen und zum Objekt chemisch-biologischer Angriffe gemacht wurden, starben viele Fischarten aus, teilte Hu Nim mit.

Auf dem Gebiet der Infrastruktur wurden 70 bis 80% aller Brücken, Fernmeldeverbindungen und wichtigsten Straßen zerstört. 80% der Eisenbahnlinien wurden in Schutt und Asche gelegt, 50 bis 60% der Hafenkapazitäten vernichtet. 90% der in den verschiedenen Kampfgebieten gelegenen Klöster erlitten Schäden" („Viet Nam Kultur und Befreiungskampf", Nr. 33).

Diese Zahlen liest man allerdings in den Zeitungen, die so gerne von „einer halben Million Toten in Kambodscha" („Süddeutsche Zeitung", 13.4.76; „Neue Zürcher Zeitung", 14.4.76) schreiben, nicht. Sie kann man natürlich auch nicht so leicht den „Roten Khmer" oder dem „Steinzeit-Sozialismus" („Süddeutsche Zeitung", 20.4.76) in die Schuhe schieben.

Indochina-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Japan Skandal! Blind durch Medikamente

Mindestens 11.000 Menschen in Japan leiden an der sogenannten Smon-Krankheit, die bisher als eine Infektionskrankheit mit noch unbekanntem Erreger bezeichnet wurde. Diese Krankheit, die mit einer Darminfektion beginnen soll und dann zunehmend Störungen des Zentralnervensystems (des Gehirns, des Rückenmarks und der Nerven) verursachen soll, führt nicht selten zur Erblindung durch Befall des Sehnerven oder zum Tod durch Befall des Gehirns.

Schon lange besteht der Verdacht, daß die Smon-Krankheit in Wahrheit nicht durch einen Erreger hervorgerufen wird, sondern durch Medikamente, die eben gerade gegen eine Darminfektion eingenommen wurden!

Der dafür verdächtige Stoff Clioquinol wurde schon 1962 in der Schweiz im Tierversuch untersucht; der Forscher fand, daß Clioquinol zu Krämpfen führt und teilte dies der Herstellerfirma Ciba mit, die ihm untersagte, dies Ergebnis bekanntzugeben (lt. „Süddeutsche Zeitung", 16/17.6.76). Seit 1971 ist dieser Stoff, der z.B. in den Medikamenten „Mexaform", „Enteriovioform" oder „Quinoform" enthalten ist, auf Grund starker Proteste in Japan und in Schweden verboten.

In Tokio läuft seit geraumer Zeit ein Prozeß von Smon-Kranken gegen die drei Herstellerfirmen (neben Ciba-Geigy handelt es sich um zwei weitere japanische Firmen). Während die Pharmakapitalisten bisher jeden Zusammenhang zwischen der Smon-Krankheit und ihrem Medikament leugneten, haben sie sich jetzt grundsätzlich bereit erklärt, einen Zusammenhang anzuerkennen und eine *„angemessene Entschädigung"* zu zahlen – sie bitten das Gericht allerdings um *„Hilfestellung bei der Vereinbarung einer außergerichtlichen Regelung"* („SZ", 16./17.6.76), d.h. sie versuchen, diesen Skandal geheimzuhalten!

Wie weit die Menschenverachtung dieser Profitgeier geht, sieht man daran, daß selbst jetzt – nachdem die Firmen ihre Schuld quasi zugegeben haben – die Medikamente weiterhin in anderen Ländern, z.B. der BRD, vertrieben werden! Ja, die Firma Ciba-Geigy behauptet frech, die clioquinolhaltigen Medikamente seien *„bei vorschriftsmäßiger Anwendung ungefährlich"*, das Schuldeingeständnis ihrer japanischen Tochterfirma sei auf *„japanische Gepflogenheiten"* zurückzuführen („SZ", 16./17.6.76). Die Pharmakapitalisten sind durch die Contergan-Affäre also nicht „vernünftiger" geworden; sie jagen – ungeachtet dem Menschenleben – dem Profit nach, solange wir sie nicht daran hindern!

– Sofortige Einziehung aller clioquinolhaltigen Medikamente!

– Für eine wirksame Kontrolle über alle Arzneimittel!

Krankenhauszelle KB/Gruppe Lübeck

Schluß mit der Unterstützung der indonesischen Faschisten durch die Bundesregierung!



Putschist: BRD-Militärattache und BND-Agent in Djakarta, Oberst Dunker

In Indonesien wurde am 30. September 1965 die Regierung Sukarno, die eine realtiv fortschrittliche Außenpolitik gegen den Imperialismus betrieb, durch einen Militärputsch gestürzt. Diesem Putsch faschistischer Militärs folgten Massaker an Antiimperialisten, die zu den schlimmsten in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zählen. Noch heute schmachten Hunderttausende in KZs oder auf abgelegenen Inseln, wohin man sie – ohne Gerichtsurteil – verbannt hat.

Die maßgebliche Beteiligung des amerikanischen Geheimdienstes CIA an diesem blutigen Rechtsputsch ist nachgewiesen und wohl auch allgemein bekannt. Weniger bekannt dürfte allerdings sein, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) *„bei der Machtergreifung Suhartos ... Amtshilfe für den CIA* (leistete) *und ... Beweise für eine angebliche kommunistische Verschwörung in Indonesien* (besorgte)*"* („Der Spiegel", 3.3.71). Mehr noch: *„Ein Kommando von BND-Männern bildete in Indonesien militärische Geheimdienstler aus und löste die von der anti-amerikanischen Propaganda hart bedrängten Kollegen des CIA ab"* (!) („Der Spiegel", 31.5.71). Was Wunder, wenn seinerzeit in den bundesdeutschen Massenmedien fleißig an der Legende eines angeblich abgewendeten Linksputschs gestrickt wurde, das grauenhafte Blutbad unter den Antiimperialisten und deren faschistische Unterdrückung jedoch heruntergespielt bzw. verschleiert wurden?!

Die Regierung Brandt/Scheel entblödete sich sogar nicht, zu erklären, „daß die Bundesrepublik mit Interesse und B e w u n d e r u n g den Kampf der ‚Neuen Ordnung' Indonesiens für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse (!) verfolgt habe" („Die Welt", 8.5.70).

Seit dem faschistischen Putsch 1965 geben sich in Indonesien die Spitzenpolitiker der imperialistischen Hauptmächte und die Vertreter des Großkapitals die Türklinke in die Hand. Das Suharto-Regime hat Indonesien unmittelbar nach dem Rechtsputsch für das ausländische Kapital weit geöffnet: Ausländischen Investoren wurden eine sechsjährige Steuerfreiheit, Einfuhrsteuerfreiheit und voller Gewinntransfer garantiert.

Der BRD-Imperialismus ist seit 1965 zu den größten Investoren in Indonesien emporgestiegen.

Die riesigen Schulden Indonesiens von rund 2,5 Milliarden Dollar wurden den neuen Machthabern großzügig erlassen und in einen zinsfreien Kredit, der innerhalb von 30 Jahren zurückzuzahlen ist, umgewandelt. Der Plan wurde unter Federführung von Josef Herrmann Abs ausgearbeitet.

Von Stund an floß die DM reichlich. Gab die BRD von 1960 bis 1965 (unter Sukarno) ganze 100 Mio. DM öffentlicher Kapitalhilfe, so wurden von 1966 bis 1975 1,141 Mrd. DM investiert, also mehr als das zehnfache! Was Rang und Namen in der westdeutschen Industrie hat, ist auch in Indonesien zu finden: Hoechst, Bayer, Schering, Merck, Daimler-Benz, VW, Gute-Hoffnungshütte, Siemens, Deutsche Bank, Commerzbank u.a.

Beim Bau eines Kupferbergwerkes wurden im Auftrag der Imperialisten 30.000 dort lebende Papuas massakriert. Ein Drittel der Kupferexporte aus Westirian hat sich die Norddeutsche Affinerie unter den Nagel gerissen. Daimler-Benz und VW bauten gemeinsam ein Fertigungswerk in Indonesien. Beim Ausbau des Straßennetzes, von Flugplätzen und Eisenbahnlinien mischen Konzerne aus der BRD kräftig mit.

Der Auf- und Ausbau der Infrastruktur in Indonesien dient den Imperialisten nicht nur zur Erschließung neuer Industrieregionen, sondern hat darüber hinaus auch noch die wichtige Aufgabe, der Faschisten-Armee die militärischen Operationen gegen die Volkskämpfe zu erleichtern (Truppentransporte, Nachrichtennetz etc.).

Der Industrie-Komplex von Krakatau auf Java: Bereits eine Milliarde verpulvert, aber es stehen erst die Grundmauern!

Den größten Coup landeten die BRD-Imperialisten mit dem Bau eines Stahlwerkes in Krakatau auf Java.

Allein der Anteil des westdeutschen Ferrostahlprojektes liegt bei 2,5 Mrd. DM. Das Projekt besteht aus einem kompletten Hafen für Überseeschiffe, einer Eisenbahnlinie, zwei Kraftwerken, einem Stahlwerk mit einer Produktionskapazität von 500.000 Tonnen im Jahr, einem sechs Kilometer langen Erztransportband, einem Wasserwerk und etlichen Kilometern Asphaltstraßen (nach „Stern" 21/22 '76). *„Den Auftragskuchen teilen sich die Firmen Klöckner, Ferrostahl, Salzgitter AG und Siemens, Hochtief, Bilfinger & Berger, Dykerhoff & Widmann Züblin, MAN und hunderte mittelständischer Unternehmen"* („Stern" 21/22 '76). Als indonesischer Auftraggeber fungierte die staatliche Ölgesellschaft Pertamina, die 1974, ausgehöhlt durch korrupte Militärs, als Renommierprojekt des „neuen" Indonesien gestrichen werden mußte und pleite ging (Kreditrückzahlungsforderungen von 3,8 Mrd. Dollar). Durch diesen Bankrott wurde auch das großartige Krakatauprojekt etwas genauer unter die Lupe genommen. In Indonesien wurde laut über die Frage nachgedacht: *„Warum kostete das Siemens Kraftwerk plötzlich 150 Mio. Dollar statt der ursprünglichen 50 Mio. Dollar? Warum erhöhte sich Ferrostahls Stahlwerk von ursprünglich 150 Mio. Dollar auf 250 Mio. Dollar?"* (zit. Nach „Frankfurter Rundschau", 31.5.76).

Dafür baute sich der indonesische Manager des Projektes eine Prachtvilla für eine Million Mark. Ein Golfplatz mit Clubhaus wurden nicht weniger luxuriös hergerichtet. Von den Produktionsanlagen steht noch nichts, außer den Arbeiterunterkünften, einer Halle und den Werksfundamenten; vom Siemenskraftwerk steht noch gar nichts.

Die angeblich verbaute Milliarde scheint „auf mysteriöse Weise" verschwunden zu sein ...

Momentan finden Gespräche über einen Milliardenkredit von der Bundesregierung zur Rettung des Projektes statt, und es ist zu erwarten, daß mit vollen Händen gegeben wird. Bisher war die BRD jedenfalls recht freizügig mit Krediten zu einem Zinssatz von ca. 2,8% bei einer Laufzeit von ca. 30 Jahren, wobei die ersten acht Jahre rückzahlungsfrei waren.

Die indonesischen Arbeiter bekommen von den Milliarden natürlich nichts zu sehen; sie müssen sich mit einem Hungerlohn von 50 bis 80 Pfennig pro Stunde abfinden.

Die Investitionen bestehen aus einem sehr gut aufeinander abgestimmten Netz von privaten und staatlichen Maßnahmen. Zumeist werden „Strukturmaßnahmen" über staatliche Kredite (z.B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutsche Entwicklungsgesellschaft) unter der Verpflichtung, westdeutschen Firmen die Aufträge zu geben, bzw. westdeutsche Waren zu kaufen, abgewickelt. Diese „Strukturmaßnahmen" schaffen vor allem den kapitalkräftigen ausländischen Unternehmen die Basis für direkte Investitionen (vor allem Fabriken zur Herstellung von lohnintensiven Produkten) oder ermöglichen einen billigeren und rationelleren Abbau der Rohstoffe. Indonesien ist für solcherart Investitionen hervorragend geeignet. Die Faschisten haben dafür gesorgt, daß das Lohnniveau mit am niedrigsten auf der Welt ist! Indonesien zählt andererseits zu den rohstoffreichsten Ländern der Erde.

Die Rechte des Volkes werden von den Faschisten mit Füßen getreten. Terror gegen jede demokratische Regung und materielles Elend unter dem Volk gehören zu den „Früchten", die dem indonesischen Volk vor allem durch „Wirtschaftshilfe" von den USA, Japan und der BRD beschert werden. Für die BRD ist Indonesien der Investitions-Schwerpunkt im südostasiatischen Raum. Die Investitionen werden von der BRD selbstverständlich auch militärisch abgesichert. Bis 1971 wurde Indonesien durch Waffenexporte in Höhe von 16 Mio. DM unterstützt (nach „IZ3W"). Indonesische Offiziere schmücken neben anderen Faschisten regelmäßig die Anwesenheit der Führungsakademie in Hamburg-Blankenese. Erst im April dieses Jahres wurden von der BRD wieder BO-105 Hubschrauber geliefert, die direkt beim indonesischen Überfall auf Ost-Timor eingesetzt wurden.

Indochina-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Milliardenprojekt Krakatau-Stahlwerk. Beteiligt sind u.a. Siemens, Klöckner, Salzgitter AG, Hochtief, MAN ...



Westdeutsche Kapitalistenfamilie in Indonesien



afrika aktuell

Söldner-Prozesse in Luanda

In diesen Tagen fand in der Hauptstadt der VR Angola, Luanda, der Prozeß gegen 13 Söldner statt, die an der imperialistischen Aggression gegen die VR Angola direkt beteiligt gewesen waren (Urteil stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Die neun Engländer, zwei US-Amerikaner, ein Argentinier und ein Ire waren angeklagt, als Söldner Verbrechen gegen das angolanische Volk und gegen den Frieden unternommen zu haben. Der Staatsanwalt forderte die Todesstrafe durch Erschießen.

Es war das erste Mal in der Geschichte Afrikas, daß eine siegreiche antiimperialistische Regierung die gegen sie kämpfenden und vom Imperialismus finanzierten Söldner vor ein revolutionäres Volksgericht stellen konnte. An der Schuld der bei Verbrechen gegen das angolanische Volk festgenommenen Söldner bestand kein Zweifel, *„das ist keine Frage der Moral, sondern der Fakten"* (L. Almeida, Informationsminister der VR Angola). So kam es nicht in erster Linie darauf an, den Söldnern allein ihre „individuellen" Verbrechen nachzuweisen, sondern es war von Anfang an Absicht der Regierung, an diesem Prozeß exemplarisch die Funktionsweise des imperialistischen Söldnerwesens bloßzulegen und anzuprangern. Auf der Anklagebank befanden sich in diesem Sinne ebenfalls die Regierungen der USA, Englands, der RSA und Zaires. Zum gleichen Zeitpunkt des Prozesses nahm eine spezielle international besetzte Kommission zur Untersuchung des Söldnerunwesens in Angola ihre Tätigkeit auf. Die Massendemonstrationen in Luanda richteten sich ebenfalls generell gegen den Einsatz von Söldnern in Afrika und in der Welt: *„Liquidiert die Söldner in Afrika und in der Welt"*, *„Tötet die Söldner und gebt der Welt Frieden"* waren einige der Hauptparolen, unter denen Zehntausende durch Luanda zogen („Guardian", 10.6.76).

Die MPLA-Regierung hatte trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage keine Kosten gescheut, um der internationalen Öffentlichkeit ein authentisches Bild der imperialistischen Verbrechen gegen das angolanische Volk zu vermitteln: Spezialanlagen für die simultane Übersetzung in fünf Sprachen ermöglichten es 42 Prozeßbeobachtern aus 37 Ländern, den Prozeß direkt zu verfolgen. Der Prozeß selbst wurde selbstverständlich äußerst korrekt abgewickelt, ein Zeuge der Anklage wurde wegen Falschaussage noch im Gerichtssaal verhaftet, neue Zeugen durften während der Verhandlung von der Anklage nicht präsentiert werden, weil die Verteidigung nicht darauf vorbereitet gewesen wäre!! (Man vergleiche diese Praxis mit der hiesigen Prozeßführung gegen die RAF!)

Der Prozeß gegen die Söldner wurde nicht zuletzt auch mit Blick auf Zimbabwe und Namibia geführt: ***„Sie hier zu schlagen wird dazu beitragen zu verhindern, daß Söldner nach Zimbabwe und Namibia gehen"*** (Ankläger Monteiro nach „Times", 18.6.).

„Söldner sind Prostituierte"

Die Zeugenaussagen vermittelten noch einmal ein Bild der Grauenhaftigkeit der imperialistischen Aggression in Angola. Massentötungen von Bauern, teilweise durch Aufschlitzen der Arme und Mägen durch die Söldner, wurden im einzelnen beschrieben. Auch die Ermordung von 13 englischen Söldnern wegen „Fahnenflucht"(!), ausgeführt von ihren eigenen Spießgesellen auf Befehl „Callans" wurde durch Zeugenaussagen nachgewiesen. Alle Zeugen betonen, daß die Ankunft weißer Söldner ein neues Element des Schreckens in ihr Leben gebracht hat, vordem wurden sie „nur" durch FNLA-Banden und zairische Truppen terrorisiert. Die weißen Söldner arbeiteten aber im besonderen mit der Verminung ganzer Gebiete und mit Sprengfallen an den Landstraßen, was zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung forderte („Guardian", 16.6.).

Vor allem die angolanischen Verteidiger der Söldner bemühten sich in eindruckvoller Weise, den Lebensweg und das Handeln der Söldner auf dem Hintergrund des dekadenten imperialistischen Systems materialistisch herauszuarbeiten. Rasch wurde so in diesem Verfahren deutlich, daß die Söldner zum großen Teil aus gescheiterten Existenzen bestanden, deren Jugend bereits durch Straftaten Alkoholismus u.a. geprägt worden war. *„Die amerikanische Gesellschaft, aus der ich stamme, ist ein Ungeheuer. (...) Die Schwachen werden schwächer, die Reichen reicher. Diese Gesellschaft geht ihr eigenes rasendes Tempo, und wer nicht schritthält, der sucht, sich in Alkohol und Drogen zu flüchten"*, lautete eine Aussage des argentinischen Söldners Grillo, der in der USA gelebt und als Mitglied einer „Eliteeinheit" am Vietnamkrieg teilgenommen hatte. Im Gegensatz zu den anderen Söldnern, die bis auf den Massenmörder „Callan" (Costas Georgiou) so taten, als wären sie als Militärköche und nicht als berufsmäßige Killer nach Angola gekommen, sagte Grillo unmißverständlich: *„Ich bin sicher, jeder, der kam, wußte, was ein Söldner ist. Sie wußten, was Krieg ist. Ich meinerseits tat es für Geld und wegen des Abenteuers. Ein Söldner ist ein Prostituierter, der sich selbst an andere Länder verkauft."*

Gegenüber diesen eindeutigen Aussagen versuchte der us-amerikanische Verteidiger mit provokativer imperialistischer Kaltschnäuzigkeit und Unverschämtheit, die Söldner zu legitimieren: Es gäbe kein Gesetz in Angola, daß die Anwesenheit von Söldnern zu einem Verbrechen mache...!

Die angolanischen Verteidiger (einige Söldner hatten es abgelehnt, sich durch englische Rechtsanwälte vertreten zu lassen) plädierten jedoch angesichts der zutage getretenen Tatsache, daß sich die Söldner mehr oder weniger aus dem menschlichen Auswurf der kapitalistischen Länder zusammensetzen, gegen die Todesstrafe: *„Wir würden unsere Theorie, die unsere Revolution leitet, verleugnen, wenn wir sie zum Tode verurteilten ohne ihre soziale Herkunft in Begriffen einer revolutionären Rechtsprechung zu berücksichtigen."* *„Sie sind Mitglieder der ausgebeuteten Klasse"* („Times", 19.6.). Diese Plädoyers der revolutionären angolanischen Verteidiger, die im unüberbrückbaren Gegensatz zu den Advokatentricks und den Beleidigungen des angolanischen Volks durch den US-Verteidiger standen, konnten nicht besser die moralische und politische Überlegenheit des neuen Angola über Imperialismus und Rassismus ausdrücken.

Kissinger – „reisender Kassierer einer internationalen Verschwörung"

Im Mittelpunkt des Prozesses standen die Finanzierung und offene Unterstützung der Söldner durch die imperialistischen Regierungen. Der Ankläger sagte, die Angeklagten seien in Uniform und mit Waffen für Geld nach Angola gekommen, das aus den Truhen des Imperialismus gezahlt worden sei. Er klagte den amerikanischen Geheimdienst CIA, das Bundeskriminalamt der USA (FBI), Großbritannien, Zaire und Südafrika der Komplicenschaft bei der *„Anheuerung professioneller Mörder im Sold des Imperialismus"* an. Der Ankläger nannte US-Außenminister Kissinger den *„reisenden Kassierer einer internationalen Verschwörung"*, die Angolas Reichtum an Uran, Öl, Gold, Eisen und Diamanten habe an sich reißen wollen. (nach „Süddeutsche Zeitung" vom 19.6.). Die englischen Söldner selber bekannten, daß man sie vor ihrem Abflug kurze Zeit festgenommen hatte, um sie dann durch eine Hintertür der Polizeistation ins Freie zu entlassen, damit sie den wartenden Journalisten entgehen konnten. Andere versicherten, daß sie o h n e Paßkontrolle England verließen und bei ihrer Ankunft in Kinshasa (Zaire) ohne jede Einreiseformalitäten einreisen konnten. Dort wurden sie mit nagelneuen Banknoten versorgt – nach eigenen Vermutungen Geld des CIA („Guardian", 14.6.).

Das englische Mitglied der Internationalen Kommission zur Untersuchung des Söldnerunwesens, Rechtsanwalt Sedley, erklärte nach seiner Rückkehr aus Luanda: *„Es wurde klar, daß die britische Regierung einen Hauptanteil der Verantwortung für das Schicksal der zehn britischen Angeklagten trägt. Vor einigen Monaten sah sie noch tatenlos zu und tat nichts, als die Männer für hohe Summen für einen Krieg unter Vertrag genommen wurden, an dem weder sie noch dieses Land ein legitimes Interesse haben konnten. Es wurde ebenso zur beunruhigenden Gewißheit, daß Leute in hohen Positionen aktiv das Söldnerunwesen unterstützten. Es sind keinerlei Anstrengungen unternommen worden, die Journalisten daran zu hindern, die Verbindungskanäle für die Rekrutierung von Söldnern zu veröffentlichen (...).* ***Die Regierung hat ihre Verantwortung für die gegenwärtige Rekrutierung von Söldnern für Rhodesien und für deren unwiederrufliches Verderben zu tragen"*** („Guardian", 15.6.).

Kampf dem Söldnertum

Die Zeitungen in Luanda haben von vornherein alles vermieden, was auch nur entfernt nach „Rachegelüsten" hätte aussehen können. Gemäß der politischen Linie der MPLA in diesem Prozeß, den Imperialismus als Hauptkriegstreiber zu entlarven, der sich für seine konterrevolutionären Ziele heruntergekommener Elemente bedient, betonte z.B. „Diario de Luanda", die Söldner *„waren bis zu einem gewissen Punkt Opfer der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft"*.

„Journal de Angola" zitierte den angolanischen Verteidiger der Söldner, Macedo, daß es die Ironie des Schicksal wolle, daß Angola *„über Individuen zu Gericht sitzen muß, die als die Bestandteile der ausgebeuteten Klasse eigentlich die natürlichen Verbündeten Angolas in ihrem Land hätten sein können."* *„Sie sind Produkte des Kolonialismus, die nicht das Klassenbewußtsein haben, gemeinsam Anstrengungen für die Revolution und Befreiung von der Ausbeutung zu unternehmen"* (nach „Times", 22.6.76).

„Nieder mit Imperialismus und dem Söldnertum" ist dementsprechend die Hauptparole der politischen Kampagne in Angola, die diesen Prozeß begleitet.

Weitere Artikel zu Afrika siehe Beilage

Weitere Artikel zu Afrika siehe Beilage

VR Somalia solidarisch mit den Antiimperialisten in Djibouti

Der französischen Regierung, die in diesen Monaten verstärkt auf eine neokolonialistische „Unabhängigkeit" Djiboutis hinarbeitet, ist jetzt ein Forderungskatalog seitens der VR Somalia unterbreitet worden, der genau diese „Lösung" verhindern will. Die konsequent anti-imperialistische Haltung der VR Somalia ist der französischen Regierung ein besonderer Dorn im Auge, muß sie doch befürchten, daß die solidarische Unterstützung des Volks von Djibouti durch die VR Somalia die anti-imperialistischen Kräfte in Djibouti stärkt und Djibouti die Fesseln des Kolonialismus vollständig abwirft.

Um den Dekolonialisierungsprozeß in Djibouti nur sehr allmählich und kontrolliert vonstatten gehen zu lassen, hat sich die französische Regierung das Märchen von den Gebietsansprüchen Somalias gegenüber Djibouti einfallen lassen, gegen die Djibouti „geschützt" werden müßte. Das ist eine glatte Lüge, die VR Somalia hat niemals Gebietsansprüche gegenüber Djibouti erhoben, sondern stets in sehr korrekter Weise das Selbstbestimmungsrecht für das Volk in Djibouti gefordert. Dies kommt auch in dem Forderungskatalog an die französischen Imperialisten zum Ausdruck, aus dem wir auszugsweise zitieren:

1. „ ... *eine Verfassungskonferenz einzuberufen, in der allen politischen Kräften des Territoriums, die das Vertrauen ihres Volkes genießen, gestattet sein sollte, sich an der Ausarbeitung eines vernünftigen Prozedere (Prozeß) zu beteiligen, das zur Unabhängigkeit des Territoriums führt"*.

Diese Forderung zielt klar auf eine Ablösung des Komprador Ali Aref hin und befürwortet Verfassungsgespräche unter Führung der Befreiungsorganisationen LPAI und FLCS.

2. *„Die Repatriierung aller Personen, die seit 1966 bis heute deportiert wurden;"*

Ca. 50.000 Menschen, ein Drittel der Gesamtbevölkerung Djiboutis, leben heute in Elendsquartieren außerhalb der mit elektrischem Draht umzäunten Hauptstadt.

3. „ ... *daß französische Ausweispapiere keineswegs der maßgebliche Faktor sein sollen im Hinblick darauf, der Bevölkerung die Wahrnehmung ihrer politischen Rechte im geplanten Referendum sowie in den anschließenden Wahlen zu ermöglichen, und daß die ursprüngliche Zugehörigkeit einer Person zu einem Territorium das allein relevante Hauptkriterium sein sollte."*

Dazu muß man wissen, daß in Djibouti von 150.000 nur 12.000 einen Paß haben. Die übrigen 138.000 gelten als Ausländer, die nicht wählen dürfen, kein Recht auf Arbeit haben und kein Recht, in Djibouti zu wohnen.

4. „ ... *daß die Kräfte der öffentlichen Ordnung während der öffentlichen Konsultationen allein und ausschließlich aus Bürgern des Territoriums bestehen sollten, und daß die französischen Kolonialkräfte, wie die Armee, die ausländischen Söldner, die Fallschirmjäger und die französischen mobilen Gendarmen auf keinen Fall mit einer derartigen Verantwortung betraut werden sollten, da sie für die nationale Bevölkerung des Territoriums die Verkörperung des Terrors und der moralischen und psychologischen Gewalt sind;"*

4.000 französische Soldaten, 1.000 Fremdenlegionäre und über 400 Polizisten „bewachen" die Bevölkerung, auf je 10 Einwohner kommt also ein „Bewacher".

5. *„Die sogenannte Lokalregierung aufzulösen und sämtliche kolonialen repressiven Gesetze und Maßnahmen, namentlich das in diesem Territorium verfügte sogenannte Wahlgesetz, aufzuheben."*

6. *„Die Minen und den elektrischen Stacheldraht um die Stadt Djibouti, die Ausdruck eines Belagerungszustandes sind, zu entfernen."*

7. *„Die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen."*...

10. *„Die gegenwärtig getroffenen Maßnahmen einzustellen, Menschen ausländischer Herkunft in das Territorium zu bringen."*

Gemeint ist die vom französischen Kolonialismus massiv geförderte Einreise von z.B. algerischen Faschisten, die noch zusätzlich ihr Unwesen treiben.

11. *„Daß die im Territorium lebenden Ausländer nicht berechtigt sein sollen, am geplanten Referendum und den anschließenden politischen Wahlen teilzunehmen."*

Diese Stellungnahme der VR Somalia entlarvt endgültig jegliches Geschwätz der französischen Kolonialherren von angeblichen Annexionsplänen der VR Somalia gegen das „unabhängige" Djibouti, und zeigt, daß die VR Somalia sich konsequent hinter die Forderungen der kämpfenden Genossen in Djibouti stellt!

Afrika-Kommission

VR Jemen gegen Eritrea

Bei einem Gespräch des Vorsitzenden der Provisorischen Militärregierung Äthiopiens mit dem Botschafter der VR Jemen dankte der „Vorsitzende" des äthiopischen Militärregimes der „Demokratischen Volksrepublik Jemen" *„für den revolutionären Schritt* (vermutlich die Schließung des Büros der Eritreischen Befreiungsfront in Aden – „Monitor-Dienst"), *den sie zur Unterstützung der politischen Entscheidung für eine friedliche Lösung des Eritrea-Problems am 16. Mai 1976 unternommen haben."*

Im Gegenzug erwiderte der Botschafter der VR Jemen, *„Regierung und Partei der Demokratischen Volksrepublik Jemen hätten die Proklamationen der Provisorischen Militärregierung Äthiopiens ... voll unterstützt ..."* (nach „Monitor-Dienst", 4.6.1976).

Was auch immer die Beweggründe für diesen Schwenk der VR Jemen weg von seiner bisherigen Unterstützung des Befreiungskampfes in Eritrea sein mögen, mit der Unterstützung des äthiopischen faschistischen Militärregimes schwächt sie ihre eigene Position im Kampf gegen Imperialismus und Zionismus, der Äthiopien zur Verteidigungsbastion seiner Interessen im östlichen Afrika ausgebaut hat. Nicht zuletzt wird damit auch dem Kolonialismus Frankreichs in Djibouti ein Dienst erwiesen, der nämlich Äthiopien zu seinen treuesten Verbündeten bei der Unterdrückung des Volkes von Djibouti zählen kann.

Afrika-Kommission

OAU-Unterstützung für FRENTE POLISARIO?

Das Befreiungskomitee der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) billigte nach über siebentägiger Diskussion den Entwurf einer Empfehlung für die Unterstützung des bewaffneten Unabhängigkeitskampfes des Volkes der Sahara. Dieser Vorschlag, der auf die Initiative Algeriens zurückgeht, wird dem Ministertreffen der OAU vorgelegt, das Ende Juni stattfinden wird (Monitor-Dienst, vom 9. Juni 1976). Unabhängig wie die Abstimmung verlaufen wird, ist die OAU mit dieser Empfehlung innerhalb kurzer Zeit (nach Angola) wieder einmal mit dem Neokolonialismus in den eigenen Reihen konfrontiert, der in der Annexionspolitik Marokkos und Mauretaniens seinen Ausdruck gefunden hat. Die zu erwartende Diskussion über die obige Empfehlung wird einmal mehr klarstellen, wer der Freund und wer der Feind der Unabhängigkeit der afrikanischen Völker ist und wer bereit ist, diesen Kampf materiell zu unterstützen. Bisher jedenfalls war die materielle Unterstützung der F. Polisario durch die OAU gleich Null...!

Afrika-Kommission

Sowjetunion lobt und unterstützt das faschistische äthiopische Militärregime

Unlängst wurden die ohnehin schon sehr engen Beziehungen der Sowjetunion mit dem äthiopischen Militärregime noch vertieft. Ein zweijähriges Kulturabkommen sieht die Zusammenarbeit und den Austausch von Fachleuten zwischen den „beiden befreundeten Ländern" auf dem Gebiet der Erziehung, Wissenschaft, Technik, Kultur und Kunst vor. Der äthiopische Vertreter, Minister Habte, ergoß sich in brühwarmen Lobhudeleien der sowjetischen Unterstützung Äthiopiens *„in seinem Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Feudalismus"*, eine außerordentlich seltsame Kennzeichnung der Völkermordversuche des äthiopischen Regimes gegenüber dem eritreischen Volk.

Den Vogel schoß aber der sowjetische Botschafter Ratanow ab, der skrupellos das äthiopische „Revolutionsprogramm" in den Himmel hob, *„das lebenswichtig für den Aufbau des wissenschaftlichen Sozialismus im Lande sei und eine Gesellschaft schaffe, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung* (!!!) *sei"*.

Äthiopische Studenten werden auf Einladung Ratanow im Rahmen von Stipendien die Gelegenheit haben, in der Sowjetunion eine von „Ausbeutung und Unterdrückung freie Gesellschaft" zu studieren... (nach „Monitor-Dienst", 9.6.1976).

Afrika-Kommission

aus Betrieb und Gewerkschaft

Aufschwung auf Kosten der Arbeiterklasse

Die westdeutschen Kapitalisten blikken wieder mit „Optimismus" in die Zukunft : Nachfrage und Aufträge steigen wieder, für 1976 wird eine wahre Profitschwemme erwartet.

Alle Meldungen über die konjunkturelle Entwicklung in der BRD kommen übereinstimmend zu einem Ergebnis : Der Aufschwung ist da. Nach der neuesten Schätzung der Bundesregierung liegt das erwartete Wachstum nun bei 6% („Süddeutsche Zeitung", 26.5.76). Es werden sogar Zahlen um acht Prozent angegeben. Gegenüber dem Vorjahr lagen die Aufträge für die Betriebe im März um fast 30% (!) höher, in der Konsumgüterindustrie sogar um 38% („Süddeutsche Zeitung", 6.5.76).

Entscheidende Vorreiter dieses Aufschwunges waren nach den Angaben der Wirtschaftsinstitute die Bauwirtschaft und vor allem die Automobilkonzerne.

Ein Blick auf die Entwicklung in der Automobilindustrie macht allerdings deutlich, wer hier, wie überall in der Industrie, den Aufschwung „bezahlt" hat.

- Bei VW ist die Produktion in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 40% (!) gesteigert worden; das, bei einer gleichzeitig um 15000 verringerten Belegschaft !
- Auch bei Daimler - Benz, Opel, Ford, BMW ist die Produktion gesteigert worden, wurde die Produktivität erhöht bei gleichzeitig verringerten Belegschaften.

Was für die Automobilbranche gilt, trifft für die gesamte westdeutsche Industrie zu :

Der Aufschwung in der Produktion wird auf den Knochen der Kollegen durch erhöhte Intensität der Arbeit und verschärfte Arbeitshetze erzielt ! Die „Süddeutsche Zeitung" schrieb dazu klar und unmißverständlich : *„Die Steigerung der industriellen Produktion um acht bis neun Prozent bei einer um 440000 verminderten Beschäftigtenzahl* (gegeüber demselben Vorjahreszeitraum - die Red.) *läßt auf erhebliche Rationalisierungseffekte schließen, die sich positiv auf die ... Ertragslage auswirken müssen"* (15.5.76).

In der Tat, wenn auch die Kapitalisten für die breite Öffentlichkeit weiterhin an der Legende des „armen", am „Rande seiner Existenz wirschaftenden Unternehmers" stricken - die Kapitalisten können frohlocken. Nach einer schon im März im „Handelsblatt" veröffentlichten Tabelle sollen die Profite in den einzelnen Branchen 1976 wie folgt steigen:

Chemie	**+ 35%**
Elektro	**+ 33%**
Energieversorgung	**+ 25-30%**
Maschinenbau	**+ 20%**
Reifenindustrie	**+ 80%**
Stahl	**+100%**

(„Handelsblatt" vom 25.3.76).

Angesichts dieser Profitschwemme, die nur durch eine immense Steigerung der Ausbeutung in den Betrieben erreicht werden kann, ist es kaum verwunderlich, wenn, trotz großer Nachfragebelebung, die Zahl der Arbeitslosen vergleichsweise gering zurückgegangen ist; sie lag Anfang Juni erstmals seit langem wieder knapp unter einer Million (953000). Zu berücksichtigen ist dabei auf jeden Fall noch, daß gegenüber Herbst 1973 600000 ausländische Arbeiter weniger in der BRD arbeiten; diese Kollegen wurden mitsamt ihren Familien in ihre Heimatländer abgeschoben !

Mit zunehmenden Näherkommen der Wahlen im Oktober werden auch die Prognosen über die zukünftigen Arbeitslosenzahlen immer günstiger : Finanzminister Apel (SPD) sprach jüngst von einer zu erwartenden Arbeitslosenzahl von 700000 (was völlig unrealistisch ist) und heftete sich diese ja immer noch sehr hohe Rate als Verdienst sozialdemokratischer „Stabilitätspolitik" an die Brust !

Die Wirklichkeit sozialdemokratischer „Stabilitätspolitik" sieht für die Arbeiterklasse denn doch etwas anders aus, als es dieser Herr verspricht: Die Ausbeutung, die Arbeitshetze in den Betrieben hat sich verschärft - die Zahl der Arbeitslosen bleibt weiterhin hoch. *„Von der leidigen Million kommen wir kaum weg"* („Süddeutsche Zeitung", 26.5.76). Inzwischen „hoffen" die meisten bürgerlichen Wirtschaftsinstitute nur noch, daß zumindest bis 1980 (!) die Arbeitslosenrate auf ein niedrigeres Niveau gesunken ist. Verschlechtert hat sich auch die Einkommenssituation der Werktätigen : Während die Profite wieder steigen *„haben höhere Belastungen mit Sozialabgaben und verspätete Tarifabschlüsse jedoch dazu geführt, daß das verfügbare Nettoarbeitseinkommen der Beschäftigten saisonbereinigt zurückgegangen ist"* („Süddeutsche Zeitung", 26.5.76).

Aber damit nicht genug, die Kapitalisten können dennoch den Rand nicht voll genug kriegen. Schleyer wies zwischenzeitlich erneut darauf hin, daß die *„Umverteilung weniger auf der Einkommensseite als auf der Vermögensseite* (bei den Kapitalisten - die Red.) *liegen sollte"* („Welt", 14.6.76). Die Löhne müßten sich in Zukunft wieder stärker an den Produktivitätsfortschritten orientieren. Andere Kapitalisten warnten die Arbeiter davor, noch in diesem Jahr „Nachschläge" erkämpfen zu wollen. In der Krise, das macht der nunmehr voll für die Kapitalisten einsetzende Wirtschaftsaufschwung immer deutlicher, hat eine weitere großangelegte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten des Kapitals stattgefunden.

Im Lichte dieses Aufschwungs muß auch die den Arbeitern von ihren Gewerkschaftsführern aufgezwungene „Maßhalte" - Tarif - Politik als ein Beitrag angesehen werden, der den Kapitalisten erst diese riesige Profitschwemme ermöglichte. Die Kapitalisten jedenfalls werden ihrerseits nicht „maßhalten".

Wirtschaftskommission/ KB- Gruppe Hamburg

METALL

AEG-Schiffbau

Mit dem MAD gegen linke Kritiker

Über 400 Mio DM werden im Gesamtkonzern allein zum Zwecke der Rationalisierung und Umstruktuierung investiert („report" 6/76). Für die Kollegen bedeutet das Kurzarbeit und Entlassungen! Auch der Bereich AEG-Schiffbau in Hamburg, der durch Bundeswehraufträge noch über dem Konzerndurchschnitt liegt, bleibt von dieser Entwicklung nicht verschont:

- Für mindestens 10 Kollegen soll über einen Zeitraum von fünf Monate Kurzarbeit eingeführt werden und ca. 40 Kollegen sollen entlassen werden!

Das waren die Pläne der Geschäftsleitung wie sie auf der Betriebsratssitzung am 4.5.76 bekanntgegeben wurden! Bezeichnenderweise sollten hiervon fast ausschließlich Frauen betroffen sein, die keine qualifizierte Tätigkeit ausüben und deshalb von den Kapitalisten als erstes gefeuert werden können!

Der BR brachte keine grundsätzliche Ablehnung der Entlassungen zustande und war nicht einmal bereit, die Belegschaft umgehend zu informieren, müßte er doch um den heißgeliebten „Betriebsfrieden" bangen!

Durch die „Arbeitereinheit" (Metallzeitung der GIM) wurden diese Pläne jedoch vorzeitig bekannt.

In der daraufhin entstandenen Auseinandersetzung übernahmen es wiedereinmal die Berufsbetriebsräte, die geplanten Maßnahmen der Geschäftsleitung der Belegschaft schmackhaft zu machen und linke Kritiker anzuschießen:

Dazu führte er in Wedel eine Abteilungsversammlung durch, auf der die Kolleginnen kurz „informiert" wurden. Das geschah in einer Art und Weise, daß sich anschließend ein „Vertreter der Geschäftsleitung (GL) beim BR bedankte, daß er der Abteilung die Notwendigkeit der Entlassungen so anschaulich vermittelt habe" („Arbeitereinheit" Nr. 9) Nachträglich brachte der BR dann noch selbst ein Flugblatt heraus, in dem er beteuerte *„vorbeugend dafür zu sorgen, daß keine sozialen Härten für Einzelne entstehen"* und für Mitte Juni Teilbetriebsversammlungen ankündigte. Auf der anderen Seite setzte der BR eine massive Hetze und Einschüchterungskampagne gegen diejenigen in Gang, die eine energische Abwehr der Rationalisierungsvorhaben forderten: **Angeregt von einigen DAG-Mitgliedern (darunter aktive CDUler), forderten die führenden BRs, daß jedes BR-Mitglied die schriftliche Einverständniserklärung abgebe, sich vom MAD überprüfen zu lassen! Auf diese Weise sollte der Informant der „Arbeitereinheit" herausgefunden werden! Wer sich weigerte, wurde natürlich selbst verdächtigt. Angesichts dieser Stimmungsmache muß es als besonders positiv betrachtet werden, daß sich immerhin zwei BRs weigerten, ihre Genehmigung zur Bespitzelung ab - zugeben!**

In den letzten Wochen haben die AEG-Kapitalisten und ihre Vertreter im BR ihre Pläne geändert und geschickter verpackt.

Statt 40 sollen jetzt „nur" noch 10 Kolleginnen entlassen werden, einige wurden versetzt (z.B. Küche!) und ein paar sollen unter dem Druck der Ereignisse sogar selbst gekündigt haben! Die angekündigte Kurzarbeit soll auf die Zeit nach dem Urlaub verschoben werden. Auch die MAD-Bespitzelung wird offiziell nicht mehr durchgeführt. Allerdings waren in der letzten Zeit verstärkte Nachschnüffeleien gegenüber einzelnen fortschrittlichen Kollegen zu beobachten!

Nach wie vor gilt es für die Belegschaft, wachsam zu sein (vor allem nach der Urlaubszeit!) und sich für folgende Forderungen einzusetzen:

- grundsätzlich keine Entlassungen!
- Schluß mit der Bespitzelung!
- Für eine breite Informationspolitik gegenüber der Belegschaft!

AEG-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Bulleneinsätze in der Tarifrunde

Franz Steinkühler, Bezirksleiter der IGM Nordbaden-Nordwürttemberg, hat in Stuttgart eine Dokumentation vorgelegt, in der gegen die polizeiliche Bespitzelung und Überwachung von Arbeitskämpfen und Tarifverhandlungen protestiert und eine Reihe von Einzelfällen nachgewiesen wird.

- Im Herbst 1973 ermittelt die Polizei „auftragsgemäß" bei Arbeitsniederlegungen. Bekannt wurde dies durch die „Ungeschicklichkeit" eines Polizeibeamten, der an der Pforte eines Stuttgarter Großbetriebes die



Bullen von der „Schutz"-Polizei schlagen zu – wie hier gegen Streikende bei Hella/Lippstadt 1973

Personalliste sämtlicher Betriebsangehöriger verlangte. Außerdem wurden streikende Kollegen von Zivilbullen mit versteckten Mikrophonen beschnüffelt.

- Am 26. Oktober 1975 erschien auf Verlangen der Kapitalisten die Polizei im Schützenhaus in Reutlingen, als anläßlich der Tarifverhandlungen zwischen IG Metall und dem Unternehmerverband Südwürttemberg-Hohenzollern eine spontane Demonstration von etwa hundert Kollegen stattfand. Ein Kollege wurde vor den Augen der Polizei vom Geschäftsführer des Verbandes der Uhrenindustrie mit dem Auto umgefahren.
- Während der Metall-Tarifrunde '76 wurden Flugblattverteiler der IGM am 10. Februar vor den Fabriktoren der Firma Kaessbohrer in Ulm durch die Polizei erkennungsdienstlich behandelt. Die Polizei behauptete später, das sei „aus Versehen" geschehen.
- Am 11.2.1976 wurde – wieder nur durch Zufall – bekannt, daß die Kriminalpolizei ermittelt, wo und wie lange gestreikt wurde und wo weitere Streiks denkbar sind. Kurz zuvor hatten die Unternehmer allen „wild" Streikenden mit Maßregelung gedroht.
- Am 25. Mai 1976 erschien die Polizei mit Blaulicht und Maschinenpistolen im Anschlag im Hotel Europa in Stuttgart, wo die Tarifverhandlungen zwischen IGM und dem Verband Württembergisch-Badischer Metallindustrieller stattfand. Anlaß war eine Demonstration von 60 Lehrlingskollegen, die nach Ende der Verhandlungen für ihre Forderungen de-



monstrierten. Die Polizei berief sich darauf, die Lehrlingsdemonstration sei als „Überfall von Rockern" signalisiert worden.
- Am 31. Mai 1976 erschien ein Polizeibeamter im Verhandlungslokal „Lindner-Grill" in Reutlingen und machte die Wirtin darauf aufmerksam, daß am 2. Juni in ihrem Lokal Tarifverhandlungen stattfänden und daß mit „Störungen" zu rechnen sei. Diese Tarifverhandlungen standen dann den ganzen Tag über unter Polizeibeobachtung. Ein Zivilbulle in einem zivilen Wagen wurde alle zwei Stunden abgelöst. Dies erfolgte nach Angaben der Polizeidirektion Tübingen aufgrund eines „Winks" der Unternehmer (nach ED, 15.6.76).

Baden-Württembergs Innenminister Schiess nahm natürlich die Bullen „in Schutz". Sie hätten sich in allen Fällen an die bundeseinheitliche Polizeidienstvorschrift gehalten. Die Polizei habe die Aufgabe, *„alle Vorgänge, die in Erfüllung ihres Auftrages polizeiliche Maßnahmen erforderlich machen könnten, sorgfältig zu beobachten, um rechtzeitig die notwendigen Entschlüsse fassen zu können"* („FR", 19.6.1976).

Mit dieser Aussage gibt sich die Polizei natürlich das Recht, grundsätzlich a l l e s bespitzeln zu dürfen, denn überall, wo Menschen sich treffen, könnten ja „polizeiliche Maßnahmen erforderlich" werden. Doch das Vorgehen insbesondere bei Tarifverhandlungen soll diese schon in den Bereich des Kriminellen bringen und stellt einen dreisten Eingriff in die Tarifautonomie dar. Wir protestieren deshalb auf's Schärfste gegen diese Übergriffe der Polizei.

Allerdings wäre zu fragen, wie ernst die Kritik der Gewerkschaftsführer zu nehmen ist.

Die Gewerkschaftsführer scheuen doch selbst nicht davor zurück, durch ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Betrieben zunehmend ein Klima der Bespitzelung zu erzeugen und gegebenenfalls sogar die Bullen bei der Auseinandersetzung mit unbequemen Kollegen zu Hilfe zu rufen, so z.B. im November '74, als der Ortsvorstand der Hamburger HBV eine Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel durch Bullen auflösen ließ, oder im Dezember '75, als die Hamburger IGM-Führung Bereitschaftspolizei und Zivilbullen zu einer Frauenveranstaltung „eingeladen" hatte. Nur starke, klassenkämpferische Gewerkschaften können einen echten Beitrag zum Kampf gegen die Faschisierung in der BRD leisten.

Anker endgültig am Ende

Die Anker Data System GmbH, die vor kurzem als Auffang-Gesellschaft für die in Konkurs gegangene Anker AG in Bielefeld gegründet worden war und für viele der 6.000 Anker-Kollegen auf Erhaltung ihrer Arbeitsplätze bedeutete, hat jetzt ebenfalls Vergleich angemeldet. Es hatte sich kein Käufer für dieseFirma gefunden. Man kann vermuten, daß Anker von der Konkurrenz kaputtgemacht wurde, z.B. IBM, NCR, Honeywell und Nixdorf.

Zwei profitable Betriebe, Frankotyp in Westberlin und Postalia in Offenbach, sind natürlich rechtzeitig aus der Anker-Gruppe herausgenommen worden.

In Hamburg sind von diesem Konkurs 160 Kollegen betroffen, die praktisch über Nacht ihre Arbeitsplätze verloren haben, obwohl noch Aufträge in Millionenhöhe vorhanden sind.

Thyssen

Kollegen gegen Entlassungen

Am 10. Juni streikte die Frühschicht der Thyssen AG und der Thyssen Maschinenbau gut zwei Stunden lang gegen die geplante Entlassung von 51 Kollegen. Die Geschäftsleitung hatte noch nicht einmal den Betriebsrat darüber informiert. Vorerst sind die Entlassungen um drei Wochen aufgeschoben worden.

HAW-Hamburg

Spaltungsversuch gescheitert!

Am 22.6.76 fand bei HAW die zweite Betriebsversammlung in diesem Jahr statt. Sie stand unter dem Zeichen des zwei Wochen vorher stattgefundenen Streiks.

Der von Dr. Wilde (VAW-Geschäftsführer) gehaltene Bericht der Geschäftsleitung war der vergebliche Versuch, die Verantwortung für den Streik bei *einem kleinen unüberleg-*
denen Streiks.

Der von Dr. Wilde (VAW-Geschäftsführer) gehaltene Bericht der Geschäftsleitung war der vergebliche Versuch, die Verantwortung für den Streik bei *„einem kleinen unüberlegten Teil der Belegschaft"* zu suchen. Er behauptete, daß sich die Streikenden überhaupt nicht im Klaren gewesen wären über die Konsequenzen ihres Handelns. Weiterhin meinte er anhand eines Flugblattes, das *„in einem Stil geschrieben ist, den man bei deutschen Gewerkschaften nicht findet"*, beweisen zu können, daß der Streik *„von außen gesteuert"* sei.

Diese frechen Angriffe und Spaltungsversuche wurden vom Betriebsrat in seinem Rechenschaftsbericht sehr deutlich zurückgewiesen und es wurde darin anhand der Handlungsweise der Kapitalisten gezeigt, daß für die HAW-Kollegenschaft gar keine andere Möglichkeit bestanden habe, als sich mit Kampfmaßnahmen gegen die Unternehmerwillkür zu w e h r e n.

Der von der IGM-Führung geschickte Sekretär, Teichmüller, machte in seinem Redebeitrag zwar auch die Kapitalisten für die Konfrontation verantwortlich – hatte aber in seinen Ausführungen auch Ausfälle gegen nicht näher bezeichnete „Extremisten" drin. Teichmüller vertröstete die versammelte HAW-Kollegenschaft – wie schon früher – in der für sie so wichtigen Frage (in welcher Gewerkschaft die Arbeiter und Angestellten bei HAW zukünftig organisiert sein sollen) auf eine Entscheidung des DGB-Schiedsgerichts.

Ein türkischer Betriebsrat wies entschieden die von Reaktionären während des Streiks entfachte ausländerfeindliche Hetze zurück. Sprüche wie *„alle Türken in einen Waggon laden und in die Türkei schicken"* waren keine Seltenheit!

Völlig aus dem Häuschen geriet Geschäftsführer Wilde, als der Betriebsrat noch einmal die Handlungsweise der Kapitalisten verurteilte: *„Was muß erst in einem deutschen Betrieb passieren, bis man einen solchen Mitarbeiter 'rauswerfen kann?!"* Von Betriebsrat und Belegschaft wurde dieser Einschüchterungsversuch des Kapitalistenvertreters klar zurückgewiesen.

Betriebszelle HAW
KB/Gruppe Hamburg

Elektro-Industrie

Umsatzrekorde – doch die Entlassungen gehen weiter

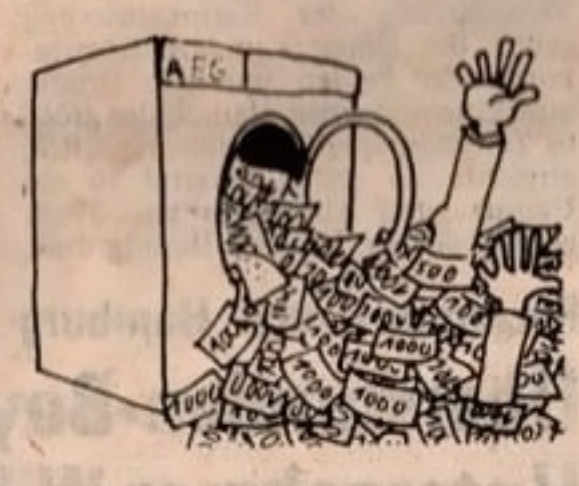
Sehr befriedigt zeigen sich die Kapitalisten der Elektro-Branche über ihre Ergebnisse des ersten Quartals 1976. Sie konnten in den ersten drei Monaten 10 % mehr Aufträge verbuchen als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Wie steil die Entwicklung für sie nach oben weist, wird noch dadurch unterstrichen, daß *„in diesem Vergleich die ungewöhnlich schlechten Ergebnisse vom Januar stecken"* („FR", 15.6.76).

Die als äußerst „vorsichtig" anzusehenden Schätzungen des Kapitalistenverbandes hinsichtlich der Produktionsausweitung für das Jahr '76 belaufen sich schon jetzt auf sieben bis acht Prozent. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres konnten sie ihre Umsätze um knapp neun Prozent auf 24,9 Milliarden Mark steigern. Im gleichen Zeitraum wurden Aufträge im Wert von 28,2 Milliarden Mark angenommen („FR", 15.6.76).

Wer allerdings glaubt, dieser Boom würde die Arbeitsplätze in dieser Branche sichern, hat sich gewaltig getäuscht: *„Waren im letzten Quartal von 1975 noch durchschnittlich 996.000 Menschen in dieser Branche beschäftigt, so ging ihre Zahl bis Ende März 1976 auf 981.000 Männer und Frauen zurück. Im Jahresvergleich errechnet sich sogar eine Verringerung der Belegschaften um 78.000 Leute oder um fast acht Prozent"* („FR", 15.6.76).

Siemens Bruchsal: Streiks gegen Entlassungen

Innerhalb von zwei Jahren ist die Belegschaft der Siemens AG in Bruchsal um 1.600 Beschäftigte reduziert worden. Die Geschäftsleitung will nun weitere 650 Kollegen rausschmeißen. Doch die Kollegen wollen nicht länger still halten. Mit zwei Streiks



protestierten sie gegen die geplanten Entlassungen. Am 31. Mai legten die Kollegen der Betriebsunterhaltung, zwei Tage später der Werkzeugbau die Arbeit nieder. In der Betriebsunterhaltung sollten 16 Arbeiter zu Anfang Juli entlassen werden, obwohl es in dieser Abteilung Arbeit in Hülle und Fülle gibt. Einige der Kollegen, die betroffen sind, hatten noch an den letzten Samstagen Überstunden gemacht!

Am 16. Juni streikten erneut etwa tausend Arbeiter und Angestellte. Sie demonstrierten zunächst mit Sprechparolen durch die Abteilungen, um dann anschließend in die Innenstadt weiterzuziehen. Mit dieser Aktion wollten die Kollegen ihren Kampf nach außen stärker bekannt machen. Und in der Tat ist praktisch ganz Bruchsal von den Siemens-Plänen betroffen: Auf Flugblättern von Betriebsrat und Vertrauenskörper heißt es: *„...in Hochkonjunkturzeiten (scheiterte) die Ansiedlung weiterer Industrie daran, daß Siemens alle Arbeitskräfte beanspruchte"*. Die Siemens-Kollegen kämpfen nicht nur für die Abwendung der 650 Entlassungen – sie rechnen damit, daß Siemens letztlich darauf hinsteuert, das Werk ganz zu schließen und die Produktion in sog. Billiglohnländer zu verlagern.

Siemens Augsburg:

Bei Siemens in Augsburg werden jeden Monat 49 der 3.000 Kollegen entlassen! Im Herbst soll es erst richtig losgehen, denn der Relaisbau soll nach Westberlin verlagert werden. Auch in Oberaching bei München soll ein Werk gebaut werden, das aber nicht wie vorgesehen 6.000, sondern nur 2.800 Arbeitsplätze bringen wird. 49 Entlassungen im Monat – das ist ein oft gebrauchter mieser Trick der Kapitalisten, denn ab 50 handelt es sich um „Massenentlassungen", die erst vom Arbeitsamt „genehmigt" werden müssen, was natürlich auch meistens klappt. Durch „nur" 49 Entlassungen wird dies umgangen und damit unnützes Aufsehen für die Kapitalisten vermieden.

AEG-Werk Zeil:

Auch ein anderer westdeutscher Super-Konzern der Elektro-Branche trägt sich mit Stillegungs- und Entlassungsplänen. Betroffen hiervon sind die 330 Kollegen des Nürnberber Zweigwerkes Zeil der AEG.

Die AEG hat im vergangenen Jahr 11.500 Arbeitsplätze in der BRD wegrationalisiert und gleichzeitig den Umsatz um sechs Prozent gesteigert. 109 Mio Mark wurden 1975 im Ausland investiert.

Valvo-Herborn

Wie wir schon im letzten AK berichteten, will der Philips-Konzern das Valvo-Zweigwerk Herborn noch in diesem Jahr schließen. Auch dort stehen die Kollegen schon seit längerem im Kampf.



Das „Mobile Einsatz orKester" wirbt vor Supermärkten in Dietzenbach für das Straßenfest der Volvo-Arbeiter

Volvo-Dietzenbach
Lohnleitlinie

Volvo-Dietzenbach

Lohnleitlinie durchbrochen

Die Kollegen der Volvo-Deutschland GmbH in Dietzenbach bestehen nach wie vor auf ihrer Forderung nach 200 Mark für alle. In beispielhafter Geschlossenheit konnten sie mit dieser Forderung die „offizielle" Forderung der IGM-Tarifkommission (8,5%) durchbrechen. Die IGM-Führer sehen sich inzwischen genötigt, die 200 Mark als Haustarif zu verhandeln.

Die Volvo-Geschäftsleitung versucht mittlerweile, den Betriebsrats-

vorsitzenden Harald Gabbe per Gerichtsbeschluß seines Amtes entheben zu lassen. Als Vorwand führt sie an, er habe auf einer Betriebsversammlung dem Generaldirektor Johanson nahegelegt, seine Koffer zu packen

vorsitzenden Harald Gabbe per Gerichtsbeschluß seines Amtes entheben zu lassen. Als Vorwand führt sie an, er habe auf einer Betriebsversammlung dem Generaldirektor Johanson nahegelegt, seine Koffer zu packen und nach Schweden zurückzukehren. Daß die Belegschaft dazu Beifall gespendet hat, wird dem Betriebsratsvorsitzenden als „Aufwiegelung" angelastet. Ganz eindeutig soll hier ein unbequemer Gewerkschafter kaltgestellt werden. Dazu H. Gabbe: *„Klar haben die Kollegen Beifall geklatscht. Weil die Belegschaft inhaltlich hinter dem stand, was ich gesagt habe. Es ging dabei um die Arbeitsbedingungen bei Volvo (...) Im übrigen habe ich die Äußerungen, die mir vorgeworfen werden, nie so gemacht"* („Metall", 12/76). Sei es, wie es sei: wir finden den Vorschlag nicht verkehrt.

SUAG, Bremerhaven

Der Lohnklau geht um ...

Nach dem miesen Tarifabschluß in der Metalltarifrunde wurde von der Werftleitung zugesichert, daß keine Anrechnung auf den Effektivverdienst erfolgen sollte.

Das Gegenteil trat ein: Bei der folgenden Lohnabrechnung hatten mindestens 50 Kollegen 10 bis 50 Pfennig weniger in der Lohntüte – es waren einfach übertarifliche Leistungszulagen gekürzt worden.

Das ganze Ausmaß der Streichungen ist noch nicht abzusehen, denn immer wieder entdecken Kollegen bei genauem Nachrechnen Lohneinbußen.

Auf den Protest der Betroffenen hin, hat der Betriebsrat inzwischen Maßnahmen eingeleitet, die Kürzungen auf ihre „Berechtigung" hin zu überprüfen. Auf das Ergebnis darf man gespannt sein. Auf jeden Fall ist das Ganze auch ein Argument dafür, sich bald einen angemessenen Nachschlag zu holen!

Betriebszelle SUAG
KB/Gruppe Bremerhaven

CHEMIE

Pharmaindustrie

Hoffmann-La Roche soll Bußgeld zahlen

Der „Europäische Gerichtshof" hat den Schweizer Pharma-Konzern Hoffmann-La Roche, der praktisch ein Monopol für die Präparate Valium und Librium besitzt, zu einem Bußgeld von 1,1 Mio. DM „bestraft" Es konnte dem Konzern nachgewiesen werden, daß er mindestens 23 weitere Firmen sog. „Treuerabatte" gezahlt hat. Schmiergelder also, um sich die entsprechenden Marktanteile zu sichern. La Roche wurde wegen überhöhter Preise der genannten Präparate bereits in Großbritannien zur Herabsetzung der Preise verurteilt. Ähnliche Verfahren stehen u.a. auch in der BRD an („Frankfurter Allgemeine", 11.6.76). Die Geschäftspraktiken dieses Konzerns sind jedoch nur die Spitze eines Eisberges, denn solche Methoden sind in der Pharma-Industrie durchaus üblich.

Westdeutsche Pharma-Industrie klagt

Der „Bundesverband der pharmazeutischen Industrie" in der BRD will Verfassungsklage gegen das neue Arzneimittelgesetz erheben. Das ohnehin verwässerte „Reform"-Werk der SPD - es hat sich gegenüber dem alten Gesetz praktisch nichts geändert - ist trotzdem noch auf wenig Gegenliebe bei den Kapitalisten gestoßen: Sie wollen Klage gegen die Regelung einreichen, wonach die Kapitalisten mit den Versicherungen Verträge im Werte von 200 Mio. DM abschließen sollen, falls Arzneimittel - wie im Falle von Contergan - nachweislich Schäden hinterlassen. Die Kapitalisten sprachen sich für einen gemeinsamen Fond aus, der für sie angeblich billiger wäre. Das menschenfeindliche Gesundheitssystem tritt hierbei offen zutage: Anstatt die Arzneimittel lieber gründlich zu erproben und die Gesundheit des Menschen an die erste Stelle zu setzen, wollen die Kapitalisten lieber schneller mit profitträchtigen Präparaten aufwarten, um bei später auftauchenden Schäden - die sehr schwer nachweisbar sind - ein paar Tausend Mark „Entschädigung" zahlen.

Seibel & Söhne, Erwitte

15 Zementarbeiter der Fa. Seibel & Söhne sind nach einem Gerichtsbeschluß wieder eingestellt worden. Seibel gab vor, die Zementproduktion wieder aufzunehmen. Doch die Sache hatte einen Pferdefuß: kurz nachdem die Kollegen die Arbeit wiederaufgenommen hatten, stellte Seibel den Arbeitern die Bedingung, alle gegen ihn laufenden Prozesse dieser 15 Kollegen einzustellen. U.a. sind dies Kündigungsschutz- und Lohnfortzahlungsklagen der betroffenen Kollegen. Würden sie sich darauf einlassen, sind das enorme finanzielle Einbußen. Alles deutet zur Zeit darauf hin, daß Seibel den Betrieb völlig still legen will. Die Kampfbereitschaft der Zementarbeiter ist seit langem gebrochen, seit die Gewerkschaftsführung den Kampf der Zementarbeiter von der Betriebsbesetzung in die Gerichtssäle verlegte (Angaben u.a. aus „Frankfurter Rundschau", 4.6.76 und „Frankfurter Allgemeine", 3.6.76).

Chemiekomitee

Weitere Konzentration in der Reifenindustrie

Am 1.7.76 übernimmt die Dunlop AG die Geschäftsanteile der Holert-Reifengruppe. Neben Metzeler und Continental ist der Holert-Dunlop-Konzern damit der größte Reifenherstellerbetrieb in der BRD („Handelsblatt", 14.6.76).

Massenentlassungen bei „Kali und Salz"

Die zur BASF gehörende „Kali & Salz" beabsichtigt die Stillegung ihres Werkes in Groß-Giesen bei Hildesheim. Die Kaliumchlorid-Produktion sinkt um 55 %. 3oo bis 320 Kollegen werden entlassen bzw. „vorzeitig pensioniert". In den übrigen Kaliwerken wird weiter kurzgearbeitet („Handelsblatt", 4.6.76).

Merck, Darmstadt

Die Geschäftsleitung der Fa. Merck will nur einen kleinen Teil der 132 Lehrlinge übernehmen, die dieses Jahr ihre Abschlußprüfung machen. Auf der letzten Jugendversammlung im Mai machte die Geschäftsleitung keine nähern Angaben über eine mögliche Weiterbeschäftigung, worauf alle Lehrlinge durch das Werk zogen mit der Parole *„kein Personalabbau, darum Übernahme aller Lehrlinge"*. Die Verwaltungsstelle der IG-Chemie in Darmstadt stellte sich zunächst gegen diese Forderung; man könne nicht gleichzeitig die Einstellung von mehr Lehrlingen und die Übernahme aller Lehrlinge fordern.

Erst aufgrund der hohen Kampfbereitschaft der Lehrlinge übernahm die Gewerkschaftsführung ihre Forderung. („express" und „Nachrichten" vom Mai 1976).

Chemie-Komitee

IG Chemie Tarifpolitik

Im Bezirk Hessen versucht die IG Chemie nicht nur die Kollegen über die tatsächliche Höhe des Tarifvertrages zu betrügen (vergl. AK 82), sondern versucht den miesen Abschluß mit „wirtschaftlich schwierigen Zeiten" zu rechtfertigen. Die Zeiten für die Chemiekonzerne sind so schwierig, daß Hoechst im ersten Quartal '76 215 Mio. DM – das sind 54% mehr als im Vorjahr – scheffelt (Darmstädter Tagblatt 16.17.6.).

Mehr noch als diese Tatsache brachte die Schlußfolgerung der IG-Chemie-Führung in Hessen die Kollegen auf die Palme. *„Gewerkschaftliche Erfolge hängen nicht nur von der konsequenten Politik ihrer Funktionäre ab, sondern werden entscheidend beeinflußt von ihrer organisatorischen und finanziellen Stärke."*

So eingestimmt auf die ach so „konsequente Politik" der Funktionäre, (offensichtlich im Tricksen und Täuschen), geht der Griff auch der Gewerkschaftsführer in die Taschen der Kollegen. Weiter heißt es nämlich: *„deshalb muß dieser Tarifabschluß genutzt werden, um die Beiträge den gestiegenen Einkommen anzupassen."* (Zitate aus „Neues vom Bezirk, Bezirk Hessen, IG Chemie 5/76").

KB-Sympathisantengruppe Darmstadt

SPD-Betriebszeitungen: Platte Wahlpropaganda

Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes hat sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) darangemacht, Willi Brandt's Parole von der „Mobilisierung der Betriebe" in die Tat umzusetzen.

Hierzu wurden wieder SPD-Betriebszeitungen aus der Taufe gehoben. Derzeit gibt es sieben Betriebszeitungen in Großbetrieben mit einer Gesamtauflage von 500.000 Stück (nach Wirtschaftmagazin „Plusminus", ARD, 29.4.76), dazu eine größere Zahl von Zeitungen für Einzelbetriebe.

Von der äußeren Aufmachung ähneln sich diese Betriebszeitungen wie ein Ei dem anderen, sie heißen: „Wir von Hoechst", „Wir von Opel", etc.

Zwar liegt uns im Augenblick nur die Betriebszeitung der (Frankfurter) Hoechst SPD-Betriebsgruppe vor,

Hoechst SPD-Betriebsgruppe vor,

man kann aber wohl mit einiger Sicherheit davon ausgehen, daß neben der Aufmachung auch der Inhalt aller Betriebszeitungen kaum Unterschiede aufweist.

„Um interessante Informationen aus dem Betrieb, der näheren Umgebung (?) und der Bundespolitik zu vermitteln" („wir von Hoechst" Nr. 1, Nov. 75) gibt die SPD-Betriebsgruppe Hoechst ihre Zeitung heraus. *„Interessante Informationen aus dem Betrieb"* findet man in Nr. 1 noch auf Seite 1 der vierseitigen Ausgabe. Bei diesen Informationen handelt es sich um einen kurzen Bericht über eine Betriebsversammlung, an der ohnehin viele Belegschaftsangehörige schon teilgenommen hatten. Außerdem hatte bereits die Personalabteilung über das Propagandablatt „kurz berichtet" einen wesentlich ausführlicheren Bericht darüber an die Belegschaft gegeben. Den Seitenhieb gegen die *„Herausgeber extremer Pamphlete"*, hat die Personalabteilung freundlicherweise der SPD-Betriebsgruppe überlassen, die ihren dürftigen Bericht damit um ein Achtel verlängerte.

Der Vollständigkeit halber müssen zwei weitere Meldungen erwähnt werden: Der Gesamtbetriebsrat der Hoechst AG forderte die Fraktionen des Deutschen Bundestages auf, eine Erhöhung des steuerfreien Betrages für Essenszuschüsse der Arbeitgeber vorzunehmen. Außerdem sollten nach Auffassung des Betriebsratsgremiums die Steuerfreibeträge für Zuwendungen aus Anlaß eines Arbeitsjubiläums erhöht werden.

Damit hat sich's auch schon mit den *„interessanten Informationen aus dem Betrieb"*! Es folgen dann Polemiken gegen die CDU/CSU *„Die CDU/CSU will an die Renten"*, politische Hochstapelei: *„SPD ist demokratisch"* und Erfolgsmeldungen der SPD/FDP-Koalition: *„Die Bundesregierung handelt"* (Benzinbleigesetz)!

In Nr. 2, vom März '76, findet man an betrieblichen Informationen nur noch eine acht-zeilige Meldung über die Forderung der Vertrauensleute von Hoechst zur Tarifrunde.

Dafür umso mehr Erfolge *„der SPD geführten Regierungskoalition"*.

wir von HŒCHST

SPD-Betriebszeitung

Die Leistungen können sich sehen lassen

In einer öffentlichen Versammlung unserer Betriebsgruppe sprach der sozialdemokratische Bundestagskandidat im Wahlkreis 140, **Karsten D. Voigt** zum Thema »Was haben die letzten Jahre Regierungspolitik gebracht?«

Voigt erläuterte anhand einiger Beispiele in seinem Referat, welche Leistungen für den Arbeitnehmer - die mittlerweile schon eine Selbstverständlichkeit sind - erst durch die von der SPD geführten Regierungskoalition geschaffen wurden.

Noch 1969 haben Sie ihre Betriebsrente verloren, wenn Sie den Betrieb wechselten oder Ihr Betrieb Pleite machte!	**Und heute:** Betriebsrenten sind gesichert. Auch bei Wechsel oder Pleite des Betriebs.
Noch 1969 wurden Sie von Ihrer Krankenkasse ausgesteuert, wenn Sie länger als 18 Monate krank waren!	**Und heute:** Die Krankenkasse zahlt bei Krankenhausaufenthalt zeitlich unbegrenzt.
Noch 1969 haben Sie Ihren rückständigen Lohn bei Konkurs des Betriebes glatt verloren!	**Und heute:** Konkursausfallgeld bis zum Lohn für die letzten drei Monate.
Noch 1969 hatten Sie keine staatliche Unfallversicherung für Ihr Schulkind oder Kindergartenkind, die Ihnen wenigstens die finanzielle Sorge bei einem Unfall abnehmen konnte.	**Und heute:** Voller staatlicher Unfallschutz für Schüler, Kindergartenkinder und Studenten.
Noch 1969 erhielten Sie für das erste Kind kein Kindergeld!	**Und heute:** Seit der Steuerreform gibt es schon für das erste Kind 50,00 DM. Für das zweite Kind 70,00 DM, für das dritte und jedes weitere Kind 120,00 DM
Noch 1969 konnten Sie erst mit 65 Jahren Rente beziehen!	**Und heute:** Die flexible Altersgrenze ermöglicht den Beginn der Rente ab 63 Jahren. Das gilt jetzt auch für Betriebsrente.
Noch 1969 erhielten Arbeitslose nur 55 % des letzten Nettolohns!	**Und heute:** Arbeitslose erhalten 68 Prozent.
Noch 1969 hatten Sie Als Mieter keinen Schutz vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen und Kündigungen!	**Und heute:** Mieterschutz ist Dauerrecht. Keine ungerechtfertigten Kündigungen und Mieterhöhungen mehr.
Noch 1969 konnten Sie als Arbeitnehmer nur nach dem 312,00 DM Gesetz sparen!	**Und heute:** Mehr als 18 Millionen Arbeitnehmer sparen nach dem 624,00 DM Vermögensbildungsgesetz.

Karsten Voigt verschwieg auch nicht die Schwierigkeiten der SPD-geführten Bundesregierung. Eine wirksame Vertretung der Ziele und Interessen der Arbeitnehmer konnte auch in den vergangenen vier Jahren nur unter schwierigen internationalen Bedingungen und gegen zähe Einwände einer gerade in wirtschaftspolitischen und sozialen Fragen von Unternehmerinteressen geprägten F. D. P. (Friderichs, Lambsdorff) durchgesetzt werden. Steuerreform, Mitbestimmung und Berufsbildungsgesetz seien hierfür nur genannt.

Was in der Koalition noch im Sinne der Arbeitnehmerinteressen durchgesetzt werden konnte, versuchte dann die CDU/CSU systematisch im Bundesrat zu verzögern, zu verwässern und zu blockieren. Voigt beendet seinen Vortrag mit den Worten: »Wer Arbeitnehmerinteressen besser durchsetzen will, muß die SPD im Bund und in den Ländern stärken. Wer die SPD schwächt, schädigt die Interessen der Arbeitnehmer. Bei aller berechtigten Kritik, auch an der SPD, sollte dies nicht vergessen werden.«

Wir schliessen uns dieser Auffassung an!

Tarifrunde 1976

In einer Vertrauensleuteversammlung der HOECHST AG-Werk Höchst wurde am 26. Februar 1976 die Tarifrunde 1976 eingeläutet. Die Vertrauensleute forderten mit großer Mehrheit die Hoechst-Mitglieder der Tarifkommission auf, sich für eine prozentuale Lohnerhöhung von 8 % einzusetzen.

Wer hat Angst vorm bösen Wolff?

Die Arbeitgeberverbände wollen die Arbeitnehmer einschüchtern. Sie tun das, indem sie die Bevölkerung darauf einstimmen, sie müsse sich auf Jahre hin mit einem Heer von einer Million Arbeitslosen abfinden.

„Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen, gab das Startzeichen zu dieser Angstkampagne. Er sagte in der »Bild«-Zeitung: »So bedauerlich es ist, wir werden wohl auf einige Jahre hinaus mit einer Arbeitslosenzahl von etwa einer Million leben müssen. Ich sehe darin eine politische Gefahr, denn

DRUCK

Druckindustrie 1976: Aufschwung und Rationalisierung

Einen deutlichen Hinweis auf die Profitsteigerung der Druckkapitalisten und ihre Absicht zur weiteren Verschärfung der Rationalisierung geben die Umsatz- und Auftragsrekorde der Papier- und der Druckmaschinenindustrie. Haindl, der größte Zeitungspapierhersteller der BRD, erreichte im ersten Quartal 76 ein Umsatz- und Absatzplus von 39 % gegenüber dem Vorjahr. Hauptgrund: steigendes Anzeigengeschäft. Der Anteil des Haindl-Konzerns an der bundesdeutschen Zeitungspapierherstellung beträgt 60 %. Analog dazu liegt der Auftragsbestand des Druckmaschinenkonzerns Koenig & Bauer, Würzburg mit 87 Mio. DM um 31 % über dem Vorjahreswert.

Druck-Komitee,
KB / Gruppe Hamburg

Pergamos-Druck, Hamburg

Überstunden-Boykott gegen Unternehmer-Willkür

In diesem Hamburger Kleinbetrieb hat die gerade in solchen Betrieben noch weit verbreitete Familienideologie in der Tarifauseinandersetzung und der Zeit danach einen nachhaltigen Knacks gekriegt. Sofort nach Beendigung des Streiks kam es der Geschäftsleitung darauf an, zu demonstrieren, wer Herr im Haus ist:

- Der Bierautomat wurde von Geldmünzen auf Chips umgestellt, die im Büro erhältlich sind. So kann jeder Kollege auf seinen Bierkonsum kontrolliert werden. Dies ist eine besondere Sauerei, da angeblich „zu hoher Alkoholkonsum" in den letzten Jahren beliebter Kündigungsgrund geworden ist.
- Es dürfen während der Arbeitszeit keine Telefonate mehr empfangen werden.
- Die Arbeitszeit muß peinlich genau eingehalten werden. Es wird kontrolliert, ob sich Kollegen wie üblich schon vor der Pause bzw. vor Feierabend die Hände waschen.

Doch auch die Kollegen sind nicht untätig geblieben. Ihre Antwort ist ein Überstundenboykott seit dem Streik. Besonders wirkungsvoll, da sich jetzt die Aufträge türmen. Darüberhinaus trafen sich inzwischen 20 der 25 Kollegen „in alter Tradition" im ehemaligen Streiklokal und diskutierten über die Repressalien und die Probleme der einzelnen Abteilungen. Dabei wurde der Überstundenboykott nochmals bekräftigt und weitere Treffen vereinbart.

Branchenzelle Druck
KB / Gruppe Hamburg

Broschek Hamburg

Erst Rausschmiß – Dann Ausschluß

Diese in der Vergangenheit schon oft angewandte Praxis zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführer, kam jetzt auch bei Broschek zum Zuge.

Ein Kollege, Ersatzbetriebsratsmitglied, bekam vom Kapitalisten nach Ende des Streiks in der Druckindustrie die Kündigung. Begründet wurde das mit „Störung des Betriebsfriedens", da er während der Streiks das „Streik-Info" Hamburger Drukker verteilt hatte.

Jetzt kam von der I.G. Druck und Papier die „Feststellung der Beendigung der Mitgliedschaft". Begründung: Aktive Mitarbeit und Verteilung des Streik-Info! Dieses wurde von „gewerkschaftsfeindlichen, gewerkschaftsoppositionellen Gruppen" herausgegeben, hieß es in dem Schreiben. 14 Tage hätte der Kollege Zeit, zu dieser „Anschuldigung" Stellung zu nehmen.

Bleibt noch zu erwähnen, daß sich die Führung der I.G. Druck bisher beharrlich weigert, Leute, die während des Streiks als aktive Streikbrecher aufgetreten sind, auszuschließen.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Hansa-Siegelmarken, Hamburg

Aktiver Kollege gefeuert!

Dieser Kleinkapitalist scherte sich einen Dreck um die Maßregelungsklausel. Sofort nach dem Streik wurde ein aktiver fortschrittlicher Kollege gefeuert. Offizieller Grund: häufigeres Zuspätkommen um ca. 5 Minuten. Dies war allerdings seit einem Jahr bekannt und geduldet, da der Kollege einen Arbeitsweg von über 20 Kilometern quer durch die Stadt hatte und ebenso oft einige Minuten früher am Arbeitsplatz war. Gegenüber anderen Kollegen ließ der Kapitalist dann auch den wahren Grund durchblicken: der Kollege hatte die Bezahlung der Streik- bzw. Aussperrungszeit für die Unorganisierten gefordert, sowie die Anhebung der Frauenlöhne um 50 Pf.; eine alte Forderung, nachdem die Löhne der männlichen Kollegen schon vor geraumer Zeit um diesen Satz angehoben worden waren. Und nicht zuletzt hatte der Kollege dem Kapitalisten einen Strich durch die Rechnung gemacht, als dieser gemeinsam mit dem Betriebsrat der Kollegenschaft ein Stillhalteabkommen (ihr arbeitet weiter und wir zahlen die ausgehandelte Lohnerhöhung) schmackhaft machen wollte. Auch bei Hansa-Siegelmarken wurde gestreikt.

Da der offizielle Grund so offensichtlich vorgeschoben war, wurde der Kollege sofort beurlaubt, um seinen weiteren Kontakt zur Kollegenschaft zu unterbinden. Der Kollege hat natürlich Klage vor dem Arbeitsgericht erhoben, mußte der Gewerkschaft jedoch die Rechtsvertretung entziehen, da diese nicht bereit war, auf selbstverständliche Bedingungen wie Benachrichtigung und Absprachen der Prozeßführung einzugehen.

Branchenzelle Druck
KB / Gruppe Hamburg

ÖTV

Schutz der Vertrauensleute bei der Bundespost?

Das im März letzten Jahres zwischen dem Bundespostministerium und der DPG geschlossene Abkommen zum *„Schutz der gewerkschaftlichen Betätigung von Funktionsträgern der Deutschen Postgewerkschaft"* ist jetzt Gegenstand einer Anhörung vor dem Innenausschuß des Bundestages gewesen. Bereits bei Unterzeichnung im letzten Jahr durch den zuständigen Bundespostminister Gscheidle ist das Abkommen von den Verbänden der Kapitalisten zum Anlaß einer breiten gewerkschaftsfeindlichen Propaganda genommen worden. Man sah darin *„einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zum Verbändestaat"*. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte bereits damals, daß das Abkommen *„eine nicht durch das Grundgesetz abgedeckte einseitige Begünstigung von Gewerkschaftsfunktionären"* beinhalte.

Tatsächlich ist selbst bei Anwendung des Abkommens ein wirklicher Schutz fortschrittlicher Vertrauensleute gegen den Willen der Bundespost nicht gegeben (siehe dazu AK 65). Dennoch waren die „sachverständigen" Professoren und Staatssekretäre jetzt darin einig, daß dieser Vertrag gesetzeswidrig und somit nichtig sei, weil er angeblich eine *„direkte Begünstigung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute"* darstellt („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20.5.76). Diese „Begünstigung" wird darin gesehen, daß der Wortlaut des Abkommens die Möglichkeit schafft, Vertrauensleute von Versetzungen innerhalb der Bundespost auszunehmen. Dies kann jedoch nur mit dem Einverständnis der Bundespost geschehen. Versetzungen gehören gegenwärtig zu einem wichtigen Mittel zur Durchsetzung der bei der Bundespost verschärft betriebenen Rationalisierungspolitik. Sie bedeuten Verlust eines bestimmten Arbeitsplatzes, Dienstplanänderungen, Schichtarbeit. Hinzu kommt, daß Versetzungen den betroffenen Kollegen häufig Arbeitsplätze bringen, die mit ihrer beruflichen Ausbildung nichts zu tun haben.

So arbeiten zahlreiche ausgebildete Fernmeldehandwerker mittlerweile als Hilfsarbeiter im Postdienst. Außerdem werden Versetzungen über sehr große Entfernungen durchgeführt, manchmal liegen der alte und der neue Arbeitsplatz 100-200 km auseinander. Die Post ist schließlich eine Bundesbehörde! (Zur Rationalisierungspolitik bei der Bundespost siehe den Artikel in AK 65).

Somit ist klar, daß allein mit dem Mittel der *„Versetzung aus Rationalisierungsgründen"* jede fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit restlos zerschlagen werden kann und sich bis in die persönlichen und familiären Verhältnisse der betroffenen Kollegen auswirkt.

Bei der Anhörung erklärte ein Mainzer Prof. Kraft angesichts dieser Tatsachen, daß durch das geschlossene Abkommen *„die gewerkschaftlichen Funktionsträger ausschließlich wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivität bessergestellt würden. Dies verstoße gegen das Prinzip der Gleichbehandlung (und) störe den Betriebsfrieden"* („FAZ", 20.5.76).

Diese ausgemachte Demagogie richtet sich dagegen, daß für die Interessen der Kollegen sich besonders engagierende Gewerkschafter auch einen besonderen Schutz vor Repressalien erhalten müssen.

Dies ist eine einfache Wahrheit, die nur im Sinne der Kollegen ist. Einer der sachverständigen Gewerkschaftsfeinde brachte dies von seinem Standpunkt aus gesehen auf den Punkt: Er bezeichnete das Abkommen *„weder als notwendig noch als zweckmäßig. Die Anpassungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung würde darunter leiden"* („FAZ", 20.5.76). Dies bedeutet nichts anderes, als daß jedes gewerkschaftliche Recht im Betrieb den Kapitalisten ein Dorn im Auge ist. Deshalb würden sie es lieber heute als morgen beseitigen. Ganz in diesem Sinne argumentierte ein weiterer „Sachverständiger". So sei das Schutzabkommen lediglich eine *„Absprache des guten Willens, deren Einhaltung von den betroffenen Vertrauensleuten der Gewerkschaft nicht eingeklagt werden könne"* („FAZ", 20.5.76).

Dieser Aushöhlung der gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb müssen alle fortschrittlichen Gewerkschafter entschieden entgegentreten. Für uns müssen die gewerkschaftlichen Rechte eine Verpflichtung sein, sie vorbehaltlos im Interesse der Kollegen auszunutzen.

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

Nürnberg

Postlehrlinge demonstrieren

Rund 600 Lehrlinge der Fernmeldeämter 2 und 5 demonstrierten am 18. Juni auf einer Kundgebung der Deutschen Postgewerkschaft gegen die Jugendarbeitslosigkeit in der BRD. In einer Resolution forderten die Kollegen der Bundespost auf, alle ab Herbst 1976 freistehenden Ausbildungsplätze zu besetzen.

KB/Gruppe Nürnberg

Millionenprofite und „Personalfreisetzung"

Nach dem jetzt veröffentlichten Abschlußbericht der Bundespost für das Rechnungsjahr 1975 wurde erstmals seit Jahren wieder ein Gewinn „erwirtschaftet",der sogar mehr als das Doppelte der ursprünglich erwarteten Summe ausmacht!

Statt der vorausberechneten 300 Millionen DM sind es über 630 Mio. DM geworden. Auch für die Jahre 1976 und 1977 werden bereits Gewinne erwartet. Das ist das Ergebnis der seit dem letzten Jahr verschärft betriebenen Rationalisierungspolitik, die noch weiter vorangetrieben werden soll. Als ein wesentliches Instrument der Rationalisierungspolitik im letzten Jahr erwies sich das neue **Personalbemessungsverfahren**, wodurch allein nach den Angaben des Postministers Gscheidle 3.200 Kollegen „eingespart" worden sind. *„In diesem Jahr will die Post weitere 10.000 Arbeitskräfte freisetzen. Insgesamt beschäftigt die Post noch immer 50.000 Arbeitnehmer zuviel."* („Frankfurter Allgemeine", 2.6.76)!

Dieser „Personalüberhang" soll nach den Worten Gscheidles bis 1979 „bewältigt" werden.

Auf der anderen Seite meldet die Bundespost gleichzeitig einen Anstieg der Verkehrsleistungen. Im Fernmeldewesen hat es trotz des Personalabbaus 1975 immerhin noch einen Verkehrszuwachs von 4,1% gegeben, im Postwesen dagegen einen geringen Rückgang von 0,7%. In der Zeit von Januar bis April dieses Jahres hat es bereits im Fernmeldewesen eine Zuwachsrate von 40% gegeben. Ein Rekordergebnis in diesem Jahr steht also an.

Postzelle
KB / Gruppe Hamburg

Hamburg

PR-Wahlen am Amt für Jugend

Zur Wahl kandidierten eine gemeinsame Liste ÖTV/GEW, die Spaltergewerkschaft DAG sowie der CDU-nahe Verband GAB.

Dabei ist es einerseits zu begrüßen, daß die Spalterverbände zurückgedrängt wurden. Andererseits wurde aber auch nur einer der alten Personalräte wiedergewählt. Das ist die Quittung für eine Mauschelpolitik, die dem alten PR unter den Kollegen das Ansehen eingebracht hatte, eine Dienststelle der Behörde zu sein.

Wahlvorbereitung der ÖTV

Typisch für die Wahlvorbereitung der ÖTV war der Verlauf im Bereich Vollheime, in dem ca. 350 Kollegen organisiert sind. Hier wurden die Kandidaten auf einer ÖTV-Versammlung „ausgeguckt", an der bestenfalls 50 ÖTV-Mitglieder – vorwiegend Heimleiter – teilnahmen. Eine tatsächliche Diskussion unter den Gewerkschaftern über Inhalte und Methoden der PR-Arbeit fand gar nicht erst statt, Eine gewisse Ausnahme stellen die Bereiche Freizeitstätten (Häuser der Jugend, Spielplatzheime) und übrige Bereiche (Jugend- und Familienfürsorge) dar.

Bereits bei den Vertrauensleutewahlen im November 75 war Kritik an der gängigen ÖTV-Politik laut geworden. Die Kollegen hatten sich damals für eine VL-Arbeit ausgesprochen, die sich aktiv auf das gemeinsame Handeln der Gewerkschafter stützt.

Zum Gegenstand ihrer Arbeit machten die Kollegen die „Spar"politik, die Tarifrunde, die Frauenfrage und die Berufsverbote.

Zur anstehenden PR-Wahl entfalteten die aktiven Kollegen eine breite Diskussion über Notwendigkeiten und Bedingungen einer konsequenten PR-Arbeit. Ergebnis dieser Diskussion war ein von der AG Freizeitstätten vorgelegtes Programm, auf dessen Grundlage die AG ihre Kandidaten nominierte (siehe AK 77).

Damit war es der ÖTV-Führung nicht mehr möglich, die Frage der Kandidatur hinter verschlossenen Türen auszumauscheln, vielmehr mußten die Kandidaten auf einer ordentlichen Mitgliederversammlung bestätigt werden.

Auch bei den Fürsorgern mußte die ÖTV die Kandidaten durch eine ordentliche MV bestätigen lassen. In diesem Bereich gelang es den fortschrittlichen Kollegen allerdings nicht, sich durchzusetzen.

Bei der Verteilung der Listenplätze setzten die ÖTV-Führer die von den Kollegen gewählten Kandidaten von vornherein auf vergleichsweise aussichtslose Plätze. Darüber hinaus waren diese Kandidaten einer Fülle von Wahlbehinderungen ausgesetzt.

Erst einmal verschwanden ihre für die Wahl erforderlichen Zustimmungserklärungen. In der Behörde wurde dann das Gerücht ausgegeben, die ÖTV-Liste sei „kommunistisch unterwandert". Und die ÖTV-Führer verboten schließlich die AG Freizeitstätten, da sie angeblich „keinen Auftrag von den Mitgliedern" habe!

Durch die Entscheidung der ÖTV-Führer, eine gemeinsame Liste mit der GEW aufzustellen, wurden die Linken endgültig auf völlig aussichtslose Listenplätze gedrängt.

Tatsache ist dabei, daß die GEW im Erzieherbereich nahezu bedeutungslos ist. Umso erstaunlicher ist es, daß ausgerechnet die GEW-Kandidaten sich auf den vorderen Listenplätze drängelten.

Zelle Amt für Jugend
KB / Gruppe Hamburg

Lufthansa

Politische Entlassung erstmal aufgehoben

Zum 31. März '76 wurde ein linker Kollege aus der Galvanik von der Lufthansa fristgemäß gekündigt. Begründung: *„Wiederholter Verstoß gegen die betriebliche Ordnung"*.

Was war vorgefallen? Im Dezember vorigen Jahres durchschnüffelte der Meister des Kollegen die Werkbank in seiner Werkstatt und fand dort eine kommunistische Zeitung, sowie verschiedene Flugblätter. Außerdem entfernte der Meister von der Innentür der Werkstatt eine Presseerklärung der Hamburger AE gegen die beabsichtigte Sympathiekundgebung für den faschistischen Kriegsverbrecher Rudolf Hess. Die Kapitalisten sprachen dem Kollegen ihre *„äußerste Mißbilligung"* aus. Damit jedoch nicht genug. Wenige Tage später – während der Krankheit des Kollegen – wurde die Schublade aufgebrochen und Ausweispapiere, die er dort vergessen hatte, wurden schnurstracks zur Personalabteilung befördert. Der Kollege schaltete nun einen Rechtsanwalt ein. Außerdem schilderte er diesen Fall auf der nächsten Betriebsversammlung und stellte diese Schnüffelei als Angriff auf die Meinungs- und Informationsfreiheit aller Kollegen dar. Wenige Tage später erfolgte die Kündigung unter Zuhilfenahme früherer „Verfehlungen" des Kollegen. Diese Ereignisse wurden sofort im Betrieb verbreitet und überall unter den Kollegen diskutiert.

Auf der Gerichtsverhandlung bestätigte der Anwalt der Lufthansa, daß es sich bei den Kündigungsgründen tatsächlich nur um Lapalien handelt. Jedoch hätten sich die Lapalien eben gehäuft. Außerdem wolle er dem Kollegen ja auch keine politische Betätigung vorwerfen, was er ja auch gar nicht könne! Es ginge ihm auch nicht darum, den Einsatz des Kollegen für den KOMMUNISTISCHEN BUND/Gruppe Hamburg (Betriebszelle Lufthansa) vorzuwerfen.

Dieser merkwürdigen „Logik" vermochte sich das Gericht offenbar nicht anzuschließen. Die Lufthansa wurde dazu verurteilt, den Kollegen weiterzubeschäftigen. Nach anfänglichem Zögern haben sich die Herren auch dazu durchgerungen, so daß der Kollege derzeit wieder im Betrieb ist. Voraussichtlich werden die Kapitalisten in Berufung gehen!

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Personalratswahlen an den Hamburger Krankenhäusern

Es soll im folgenden ein Überblick über die Personalratswahlen an den Hamburger Krankenhäusern gegeben werden.

Allgemeines Krankenhaus Barmbek

Über die Aufstellung der Liste haben wir schon im AK 79 ausführlich berichtet. Nachzutragen ist, daß zwei Vertrauensleuten, die aufgrund der berichteten Ereignisse gegen die offizielle ÖTV-Liste gestimmt hatten, initiiert aus dem Gewerkschaftshaus, von ihren Vertrauensleuten-Kollegen das Mißtrauen ausgesprochen wurde. Sie hatten einen Forderungskatalog fortschrittlicher Kollegen zur Personalratswahl mit unterschrieben und dabei den Namen ÖTV verwandt. Dies aber steht nur dem Bezirksvorstand alleine zu! Den beiden Kollegen wurden nicht näher bezeichnete „Konsequenzen" angedroht.

Inzwischen aber ging die Diskussion über das Programm und die Frage einer alternativen Liste unter den fortschrittlichen Kollegen weiter. Letztendlich setzte sich die Meinung durch, keine eigene Liste aufzustellen, um den „Rahmen der ÖTV nicht zu verlassen". Dabei wurde unseres Erachtens aber vergessen, daß es ja ursprünglich eine demokratisch (d.h. von den Mitgliedern) beschlossene Liste gegeben hatte, die dann höchst undemokratisch von der Gewerkschaftsführung liquidiert wurde, weil auf ihr angeblich ein Kommunist war. Die Spaltung also, ist hier bewußt von der Gewerkschaftsspitze betrieben worden. Das hier ein Zurückweichen schon gar nicht weiterbringt, zeigt die Maßnahme gegen die beiden Vertrauensleute.

Es ist auch von seiten der fortschrittlichen Kollegen versäumt worden, die Auseinandersetzung um diese Frage öffentlich, d.h. für die Kollegen nachvollziehbar, zu führen. So ist es wohl auch zu erklären, daß diese Auseinandersetzungen offensichtlich keinen großen Einfluß auf das Wahlergebnis hatten. Es ist zwar festzustellen, daß nicht einmal alle ÖTV-Mitglieder die ÖTV-Liste gewählt haben, davon aber alleine die DAG/MB (Marburger Bund)-Liste profitierte. Im Angestelltenbereich erreichte die ÖTV bei einer Wahlbeteiligung von nur 39,8 % von neun Sitzen drei, DAG/MB den Rest. Alle drei Arbeitersitze fielen bei einer Wahlbeteiligung von 54 % der allein in diesem Bereich kandidierenden ÖTV zu. Andere Gruppen kandidierten nicht.

AK Heidberg

Im AK Heidberg lagen die Verhältnisse anders als in den meisten anderen Häusern. Durch die drastischen Stillegungspläne und die anhaltende, darauf entstandene Gegenwehr, war das Interesse der Kollegen an der Personalratswahl sehr groß. Der amtierende ÖTV-Personalrat hatte es bisher nicht für nötig gehalten, die Kollegen ausführlich über die Schließungspläne zu informieren, geschweige denn sie in Kampfmaßnahmen einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund herrschte eine breite Unzufriedenheit mit dem alten ÖTV-Personalrat. Auch während des „Wahlkampfes" wich die ÖTV nicht von ihrem gewohnten Weg ab; mehr als die üblichen inhaltslosen Foto-Flugblätter gab es nicht. Kein Wort zu Kampfmaßnahmen gegen die Schließung.

In diese Lücke stieß eine sogenannte „Freie Liste" mit dem Chefarzt der Kinderklinik an der Spitze. Diese Liste führte ähnlich wie viele Kollegen scharfe Kritik am alten ÖTV-Personalrat und begründete dies folgendermaßen: Die ÖTV sei eng mit der SPD verflochten. Die SPD aber führe in Hamburg die „Sparmaßnahmen" durch und von daher könne ein ÖTV-Personalrat auch gar nichts gegen die Schließung des AK Heidberg unternehmen. Die Kritik an den „Sparmaßnahmen" war auch nicht von grundsätzlicher Natur, sondern richtete sich schlicht gegen die SPD.

Hier wurde also auf dem Boden durchaus berechtigter Kritik am ÖTV-Personalrat die falsche Konsequenz gezogen – es wurde nicht der Kampf um die Gewerkschaft als echte Interessensvertretung der Kollegen versucht, sondern im Gegenteil in höchst demagogischer Weise gegen jede gewerkschaftliche Aktivität polemisiert. Diese Demagogie blieb dann auch leider nicht ohne Erfolg. Mit einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 52 % eroberte die „Freie Liste" von neun Angestelltensitzen vier, die ÖTV drei, die DAG zwei. Die drei Arbeitersitze gingen auch hier an die allein kandidierende ÖTV. Zusammen mit dem Beamtenvertreter stellt die ÖTV mit einer Stimme zwar noch die Mehrheit im neuen Personalrat. Zum Vorsitzenden aber wurde dennoch der besagte Chefarzt von der „Freien Liste" gewählt, da die ÖTV angeblich nicht in der Lage war, einen Vorsitzenden zu stellen. Es gab am AK Heidberg keine fortschrittlichen Gruppen, die öffentlich in das Geschehen eingegriffen haben.

AK Bergedorf

Besonders bemerkenswert verlief die Kandidatenaufstellung der ÖTV am AK Bergedorf. Auf einer durch Unterschriften hartnäckig von einer Gruppe fortschrittlicher Kollegen erkämpften Mitgliederversammlung sollte über die aufzustellende Liste abgestimmt werden; so jedenfalls hatten die Kollegen es gefordert. Durch die Unterschriften gezwungen, mußten die Gewerkschaftsführer zwar die Versammlung einberufen, verhinderten aber mit einem Trick die Diskussion über die Liste.

So wurde ein Mitglied des BGÄ (Bund gewerkschaftlicher Ärzte) eingeladen, einen Vortrag über die Pharmaindustrie zu halten. Da nun Gäste anwesend seien, so die Versammlungsleitung, dürfe über „Interna" nicht abgestimmt werden. Bis zum Wahltag hat es so unter den Mitgliedern keine Diskussion über die Liste gegeben.

Uni Krankenhaus Eppendorf

Mitte Februar meldete sich anläßlich der bevorstehenden Personalratswahl eine Kollegengruppe mit einem Flugblatt zu Wort, um ihre Unzufriedenheit mit der bisherigen Personalratspolitik zum Ausdruck zu bringen. Aus dieser Gruppe gingen zwei Kolleginnen hervor, die sich zur



Der Gewerkschaftssekretär soll so sein wie der Vorsitzende – nur kleiner

Wahl stellen wollten. Für vordringlich hielten diese Kolleginnen unter anderem folgende Forderungen:

—*„Jede Entlassung und versteckte Kündigung ist abzulehnen!*
—*Rechtsinformationen für die Kollegen!*
—*Der Personalrat sollte sich besonders der Frauenprobleme annehmen, da die Frauen den größten Teil der Beschäftigten stellen und auch besonders hart unter schlechten Arbeitsbedingungen zu leiden haben, vor allem wenn sie noch Kinder zu versorgen haben!"*

Putzigerweise brachte der ÖTV-Personalrat, der sonst praktisch noch nie etwas von sich hören ließ, als Antwort auf das Flugblatt der Kollegengruppe auch ein Flugblatt heraus; dies beinhaltete vor allem wilde Hetztiraden und zu allem Überfluß dann noch die Einladung zu einer kostenlosen Butterfahrt.

Aber auch der ÖTV-Vertrauensleutekörper war unzufrieden mit der Politik des alten Personalrates. Auf einer Sitzung stellte er eine Reihe von Namen zusammen, wobei der alte ÖTV-Personalratsvorsitzende nicht berücksichtigt wurde. Da am UKE eine Persönlichkeitswahl stattfinden sollte, hatte aber diese Namensliste nur den Effekt, daß der Wahlvorstand, bestehend aus Mitgliedern des alten Personalrats, den Gewerkschaften, also auch der ÖTV, kein Vorschlagsrecht einräumte, sondern dies sogenannten „Berufsgruppenteilversammlungen" vorbehalten war. D.h. konkret: Ein ÖTV-Personalrat verhindert, daß die ÖTV-Kandidaten zur Aufstellung kommen.

Diese ominösen Versammlungen, deren Zusammensetzung bis dato nicht klar war, wurden dann auch nur so angekündigt, daß größtenteils leitendes Personal anwesend war. Viele Kollegen wußten gar nicht, daß diese Versammlungen stattfanden, oder aber es gab widersprüchliche Angaben über Zeit und Ort. Auf dieser Versammlung wurden dann auch die beiden Kolleginnen der Kollegengruppe nicht nominiert. Die vom Vertrauensleutekörper vorgeschlagenen Kandidaten waren zwar zum großen Teil nominiert worden – dies waren aber mehr Zufallstreffer. Denn da es dem VLK von der Bezirksleitung verboten wurde, diese Namen zu veröffentlichen, wußten die Kollegen auch nicht, wer nun ÖTV-ler war und wer nicht. Der VLK spielte dieses böse Spiel leider mit. Ja, er vereinbarte mit der DAG sogar noch, keinen Wahlkampf zu führen. Die Kollegengruppe stand dieser Taktiererei noch ziemlich hilflos gegenüber und verzichtete deshalb auch darauf, um eine Kandidatur zu kämpfen.

So kam es auch, wie man es eigentlich hätte voraussehen können; nicht einmal der Vertrauensleuteobmann der ÖTV wurde gewählt, dafür aber fast alle alten und damit bekannten Personalräte. Auch der Personalratsvorsitz ging wieder an den alten.

Insgesamt ist der Personalrat zwar durch einige wenige Leute etwas fortschrittlicher geworden, allerdings werden die, ohne daß sie Kollegen mobilisieren und so in die Arbeit mit einbeziehen, sang- und klanglos untergehen.

AK St. Georg

Am AK St. Georg fand zwei (!) Tage vor der Wahl eine Mitgliederversammlung der ÖTV mit einem einzigem Tagesordnungspunkt – Personalratswahl – statt. Offenbar war diese Versammlung als Beschwichtigung der Mitglieder gedacht, denn bis zu diesem Zeitpunkt war über konkrete Vorstellungen der Kandidaten nicht gesprochen worden. Denn schon die Aufstellung der Liste war ohne Diskussion, allerdings auf einer Mitgliederversammlung durchgezogen worden.

Die auf der MV anwesende ÖTV-Sekretärin wollte die Sache dann auch so „schaukeln", wie es ihr genehm war. Denoch kamen dann doch einige fortschrittliche Kandidaten auf die Liste. Diese setzten sich dann (leider nicht vorher) zusammen und diskutierten ihre Vorstellungen. Sie entwickelten in Anlehnung an das Barmbeker Papier (s.o.) einen Forderungskatalog, versäumten aber, diesen breit bekannt zu machen. Auf der MV, die nun zwei Tage vor der Wahl einberufen wurde, wurde von einem Kollegen dieses Papier auszugsweise vorgelesen. Dies stieß bei den alten Personalratsleuten auf heftigen Protest. Dabei verstieg sich der „Spitzenkandidat" Feyerabend zu der Aussage, er lasse sich doch nicht festnageln und außerdem würden sich die Probleme im Laufe der Jahre ständig ändern, so daß man doch nicht im voraus bestimmte Aussagen treffen könne! Aber auch ohne Wahlkampf erhielt die ÖTV im Angestelltenbereich vier, die DAG ebenfalls vier und ein nicht organisierter Kandidat einen Sitz. Die drei Arbeitersitze erhielt ebenfalls die ÖTV.

Das Eingreifen der fortschrittlichen Kollegen hat kaum Einfluß auf die Wahlen gehabt; zum einen sicher deshalb, weil diese Auseinandersetzung nicht öffentlich und auch viel zu spät geführt wurde

AK Harburg

Im AK Harburg herrschen besondere Verhältnisse. Da dort vor drei Jahren eine Gruppe fortschrittlicher Kollegen durch berechtigte Forderungen und Aufgreifen von Mißständen erhebliche Unruhe hervorgerufen hatte, hatte der Verwaltungsleiter jedwede Versammlungen, auch die der ÖTV auf dem Krankenhausgelände verboten. Auf einer Mitgliederversammlung in einer nahe gelegenen Gaststätte zeigte sich wieder einmal die „vorbildliche" Haltung der Gewerkschaftssekretärin Bethy Lübcke. Als sich ein Arzt und ÖTV-Mitglied auf die Kandidatenliste setzen lassen wollte, sagte Bethy Lübcke ihm, er solle doch lieber auf der DAG/Marburger Bund-Liste kandidieren, die ÖTV könne keine Ärzte auf ihrer Liste gebrauchen (B. Lübcke dagegen in St. Georg: „Kollegen, wir brauchen einen Arzt auf den vorderen Plätzen!"). Dieser Arzt hatte sich schon durch einige der Gewerkschaftsführung höchst unangenehme Initiativen ausgezeichnet.

Daraufhin bewarb sich dieser Kollege dann tatsächlich als ÖTV-Mitglied auf der DAG/MB-Liste und wurde über diese dann auch gewählt.

Zusammenfassung

Es war insgesamt an den Hamburger Krankenhäusern ein zunehmender Einsatz fortschrittlicher Kollegen und linker Kräfte zu bemerken. Allerdings war deren Politik im allgemeinen nicht von einer klaren politischen Linie geprägt.

Dies wird deutlich an den völlig verschiedenen Herangehensweisen in den einzelnen Häusern. Damit hatte die Gewerkschaftsführung mit ihren üblen Tricks oftmals leichtes Spiel – wie überhaupt an vielen Häusern das Eingreifen in die Personalratswahlen unabhängig vom Kampf in und um die Gewerkschaft gesehen wurde. Entweder wich man, wie am AK Barmbek zurück, oder aber klammerte diese Frage, wie am UK Eppendorf einfach aus.

Es wird in der nächsten Zeit darauf ankommen,daß die zu den Personalratswahlen gezeigten Aktivitäten nun nicht aufgrund der Mißerfolge abschlaffen, sondern dies im Gegenteil Ansporn ist, unter Einbeziehung der gemachten Fehler konsequent den Kampf um eine echte und demokratische Interessensvertretung der Kollegen aufzunehmen.

Um dies leisten zu können, wird es notwendig sein, daß hier auch die Verbindungen zwischen den einzelnen Häusern ausgebaut und neue geschaffen werden.

Zwei Genossen aus den Krankenhauszellen UKE und St. Georg
KB/Gruppe Hamburg

HBV

Frankfurter HBV-Führung auf Kommunistenjagd

Am 31. Mai wurde die Kollegin Esther D., ehemalige Betriebsgruppensprecherin der HBV bei der Firma Lingenbrink (Libri/Buchgrossist), aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Die HBV-Führung hat sich damit als verlängerter Arm der Libri-Geschäftsleitung erwiesen, die die Kollegin bereits am 27. November letzten Jahres fristlos entlassen hatte.

Die Entlassung wurde seinerzeit ausgesprochen, nachdem es in der Belegschaft zu Protestaktionen gegen eine Betriebsvereinbarung gekommen war, mit der der Belegschaft wegen des „Weihnachtsgeschäfts" folgende Verschlechterungen aufgezwungen werden sollten:

- 6-Tage-Woche statt bisher 5-Tage-Woche;
- Schichtarbeit ohne Schichtzulage;
- zusätzliche „Arbeitsbereitschaft" für zwei Überstunden pro Tag.

Der Betriebsrat, dessen Mitglieder mehrheitlich nicht der HBV angehören, stimmte der Betriebsvereinbarung zu, während die Gewerkschaft sie ablehnte und Forderungen zur Verbesserung der Lage der Belegschaft erhob. Daraufhin drohte die Geschäftsleitung mit Entlassungen, wobei der Betriebsrat sich als williges Sprachrohr dieser Drohungen andiente. Als die Kollegin D. von der Geschäftsleitung wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit im Betrieb entlassen wurde, stimmte der Betriebsrat auch dem zu. Weitere Schweinereien leistete sich die Geschäftsleitung, indem sie Gewerkschaftsvertretern entgegen den Bestimmungen des BVG Hausverbot erteilte – und auch in diesem Fall schwänzelte der Betriebsrat der Geschäftsleitung nach und erklärte, daß er sowieso kein Interesse an Gesprächen mit den HBV-Sekretären hätte! Um das Hausverbot durchzusetzen, forderte die Geschäftsleitung sogar Polizei an, die jedoch erstaunlicherweise ein Einschreiten ablehnte. Auch nach der Entlassung der Kollegin E. D. kam es noch ein zweites Mal zur Verweigerung der Überstunden im Betrieb.

Die HBV gewährte der Kollegin D. zunächst noch Rechtsschutz, zumal die Angriffe der Geschäftsleitung sich in diesem Fall so offensichtlich gegen j e d e gewerkschaftliche Rechte richtete. Andererseits ging die Gewerkschaftsführung aber sehr bald auf einen Versöhnungskurs gegenüber der Libri-Geschäftsleitung und gab sich mit dem Kompromiß der Erhöhung der Überstundenprämie von vier auf sechs Mark zufrieden. Da dagegen Kritik von mehreren Kollegen aufkam, begann die HBV-Führung nun ihrerseits „Ermittlungen" gegen die ehemalige Betriebsgruppensprecherin anzustellen. Sie wurde auf einer Sitzung der Fachgruppe Einzelhandel in der HBV am 7.1.76 vom Landesvorsitzenden Katzer aufgefordert, sich vom KBW zu distanzieren, der mit Flugblättern usw. in die Auseinandersetzung bei Libri eingegriffen hatte. Kollegin D. tat dies nicht und antwortete stattdessen mit einem Offenen Brief, in dem sie diese Gesinnungsschnüffelei zurückwies und ihre Kritik an der Gewerkschaftsführung öffentlich machte. Darin erklärte sie auch, daß sie für die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln kämpfe und daß sie sich auch in der Gewerkschaft einsetze, um für diese Auffassungen eine Mehrheit zu gewinnen. Die Antwort kam prompt: Einleitung eines Ausschlußverfahrens.

Der Geschäftsführer der Frankfurter HBV-Ortsverwaltung, Almstedt, war sich nicht zu schäbig, bei einer Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht am 3. Februar sich nachträglich im Namen des HBV-Ortsvorstands von einem Flugblatt der HBV-Betriebsgruppe zu distanzieren, dessen Verteilung ein Kündigungs-„grund" gegen die Kollegin D. war, und wogegen die HBV den „Rechtsschutz" der Kollegin übernommen hatte! Weiter denunzierte Almstedt die Kollegin D. dann vor dem Arbeitsgericht, daß sie *„eingeräumt (hat), Mitglied des KBW und Informantin der ‚Kommunistischen Volkszeitung' zu sein"*, und daß der HBV-Vorstand deswegen nun ja auch ein Ausschlußverfahren gegen sie eingeleitet habe!

Bei der Verhandlung vor der sog. „Schlichtungsstelle" der HBV am 17.5. wurde von der 2. Vorsitzenden des Ortsvorstands und gleichzeitigem Hauptvorstands-Mitglied Schuster die Katze aus dem Sack gelassen, daß die Kollegin D. schon seit über einem Jahr von der Gewerkschaftsführung „beobachtet" wird! Sie sei nämlich schon damals „wegen ihrer Haltung gegen die Fahrpreiserhöhung aufgefallen"! Dieses Eingeständnis der Bespitzelung und die daraus konstruierten Vorwürfe werden dadurch noch besonders makaber, daß diese Kommunistenjägerin Schuster außerdem noch **Mitglied des Bundesvorstands der DKP und Bundestagskandidatin dieser Partei** ist!

Einen Gipfel des Zynismus leistete sich das Ortsvorstandsmitglied Römer, der es als „Diffamierung" und „gewerkschaftsschädigend" bezeichnete, wenn „behauptet" würde, *„in der Gewerkschaft habe die Auseinandersetzung mit Kommunisten keinen Platz"*. Nun denn: wie sehr die Gewerkschaftsführung ihren Zynismus für bare Münze nimmt, bewies das Ergebnis dieser „Schlichtung", das nämlich auf Ausschluß lautete.

Mit dem endgültigen Ausschluß am 31. Mai wurde der Kollegin D. nun noch „freigestellt", sich nach drei Jahren um eine Wiederaufnahme „zu bemühen"...

(Informationen nach verschiedenen Ausgaben der „KVZ-Ortsbeilage Frankfurt"). ●

Genossen des KB/ Gruppe Frankfurt

Otto-Versand, Hamburg:

Außen flott, innen Schrott!

Einige Tage lang haben wir, zwei Mädchen, während und nach der Schule, beim „Otto-Versand" als Aushilfe im Lager gearbeitet. Das reichte aus, um sich ein Bild zu machen, auf welche Weise die Arbeiterinnen und Arbeiter dort ausgenommen werden.

Bei „Otto" arbeiten hauptsächlich Frauen, ein paar männliche Kollegen gibt es dort auch, die die „schwerere" Arbeit (große Kartons transportieren usw.) machen. Die Arbeit der Frauen ist aber genauso schwer, wenn nicht anstrengender als die der Männer und wird schlechter bezahlt. „Findige" Leute bei „Otto" haben sich für die Frauen etwas besonderes ausgedacht, sie machen nämlich praktisch Akkordarbeit am Fließband, obwohl es offiziell nicht so genannt wird.

Was ist es aber anderes, wenn man gleich am Anfang gesagt bekommt, daß man eine bestimmte Anzahl von Wagen (auf denen die Waren gesammelt und zum Band transportiert werden) schaffen muß oder sonst gleich wieder gehen könne, oder wenn man Strichlisten über kontrollierte Waren führen muß, die dann von Vorgesetzten nachgesehen werden? Die Arbeit wird also nach Stunden bezahlt, und für die Arbeit über einem bestimmten Soll bekommt man dann winzige „Prämien". Dadurch wird ein Konkurrenzverhalten unter den Kolleginnen geschürt.

Dabei versucht „Otto" besonders ganz neue Kolleginnen zu unerreichbaren Leistungen zu zwingen, indem sie sie von heute auf morgen rausschmeißen, wenn sie ein bestimmtes Soll nicht schaffen, das aber nirgends festgelegt ist, also auch gar nicht gefordert werden darf. Besonders gut geht das bei „Aushilfen", die auch nur einen Aushilfsvertrag haben, der eine 24-stündige Kündigungsfrist beinhaltet. In diesem Vertrag steht auch noch, daß Fehltage nicht bezahlt werden. Logisch, hast ja auch nicht gearbeitet. Außerdem muß jede Arbeit, die einem zugewiesen wird, gemacht werden. Noch eine gute Methode, besonders die Kollegen zur „Aushilfe" von vorne bis hinten auszunehmen ist, daß Überstunden zwölf Stunden vorher erst bekanntgegeben werden und laut Vertrag gemacht werden müssen. Das passiert mindestens zweimal innerhalb einer Woche.

Trotz der tatsächlich vorhandenen, wenn auch nicht offiziellen Fließband- und Akkordarbeit, gibt es pro achtstündigem Arbeitstag, der um 6.45 Uhr beginnt, eine unbezahlte Stunde Pause: 20 Minuten Frühstücks-, eine halbe Stunde Mittags- und zehn Minuten Kaffeepause.

Dabei ist die halbe Stunde Mittagspause nur ein Witz. Die Kantine liegt im Erdgeschoß, das Gebäude hat ungefähr acht Stockwerke. Wenn die Pause beginnt, rennen die Kolleginnen aus den oberen Stockwerken wie die Sprinter über Treppen in die Kantine, denn es gibt nur Lastenfahrstühle, und stellen sich nach ihrem Essen an. Bevor sie zu essen beginnen, sind schon zehn Minuten ohne Erholung vergangen. Weil beim Rückweg zur Arbeit auch meistens zehn Minuten vergehen, muß man sein Essen runterschlingen, daß man Bauchschmerzen bekommt und hat kaum Zeit für ein Gespräch, eine Zigarette oder zum Abschalten. Dabei sind gerade bei dieser Arbeit längere Pausen unerläßlich, um nicht auf die Dauer physisch und psychisch kaputt zu gehen.

Deshalb versuchen die Kolleginnen sich auf eigene Faust Pausen zu verschaffen. In einer Abteilung haben sich die Frauen z. B. in den Klos Sitze aus Toilettenpapierrollen gebaut, um dort im Sitzen in Ruhe eine Zigarette zu rauchen oder kurz mal auszuspannen. Solche Pausen sind bei „Otto" aber praktisch verboten.

Es kommt nicht selten vor, daß man vor dem Gang zur Toilette erst mal die Vorgesetzte fragen muß, ob man mal eben ein unaufschiebbares Bedürfnis erledigen darf! Auf die oben beschriebene Initiative der Frauen kam auch prompt eine Reaktion. Ein Schreiben von „Otto" ging herum, indem stand, daß die Beschädigung (sitzen auf ...) des Eigentums (... Klopapier) von „Otto" von den Frauen bezahlt werden müsse. Diesen Wisch sollten die Kolleginnen dann unterschreiben!! Nicht einmal sitzen ließen sie uns. Die Obermacker bei „Otto" meinen wohl, daß sie sich bei Frauen alles leisten können.

Und wenn man dann so einen Arbeitstag hinter sich hat und schon darüber nachdenkt, was man noch alles für den Haushalt zu Hause besorgen muß, zückt man am Werksausgang seinen „Mitarbeiterausweis", ohne den man auch nicht reinkommt. Mit gierigen Augen stehen dann da im Häuschen ein paar Uniformierte und wenn dann eine rote Lampe aufleuchtet, muß man in das Häuschen, seine Taschen auspacken, womöglich noch die Kleider ausziehen und wird auf gestohlene Sachen hin untersucht. Dann geht man also auch noch mit dem „netten" Gefühl, als „Krimineller" behandelt worden zu sein, nach Hause. ●

Zwei AK-Leserinnen aus Hamburg

co-op:

Ist der Ruf erst ruiniert, lebt man völlig ungeniert...

Jetzt ist die Katze endgültig aus dem Sack! Das co op - Haus am Besenbinderhof ist an die Volksfürsorge Sachversicherung verkauft worden. Diese seit Monaten

Sozialplanverhandlungen wegen Massenentlassungen in der HaPro (die Hamburger Warenbeschaffungszentrale der co op - Gruppe) anstehen. Über die Zahl der zur

Die in dieser Situation, wo verstärkte Angriffe auf alle Kollegen gefahren werden, besonders notwendige Solidarität der Vielzahl von inzwischen in Hamburg bestehenden

laut Vertrag gemacht werden müssen. Das passiert mindestens zweimal innerhalb einer Woche.

Trotz der tatsächlich vorhandenen, wenn auch nicht offiziellen Fließband- und Akkordarbeit, gibt es pro achtstündigem Arbeitstag, der um 6.45 Uhr beginnt, eine unbezahlte Stunde Pause: 20 Minuten Frühstücks-, eine halbe Stunde Mittags- und zehn Minuten Kaffeepause.

seine Taschen auspacken, womöglich noch die Kleider ausziehen und wird auf gestohlene Sachen hin untersucht. Dann geht man also auch noch mit dem „netten" Gefühl, als „Krimineller" behandelt worden zu sein, nach Hause. ●

Zwei AK-Leserinnen aus Hamburg

co-op:

Ist der Ruf erst ruiniert, lebt man völlig ungeniert...

Jetzt ist die Katze endgültig aus dem Sack! Das co op - Haus am Besenbinderhof ist an die Volksfürsorge Sachversicherung verkauft worden. Diese seit Monaten schon „inoffiziell" bekannte Tatsache wurde jetzt vom Vorstand offiziell bestätigt. Gleichzeitig wurde bestätigt: Die Hamburger Zentrale der co op soll praktisch liquidiert werden. Vom Vorstand der Hamburger Zentrale wurde angekündigt, daß eine weitere Rationalisierung stattfinden wird: Alle Aufgaben, die von der Konzernverwaltung in Frankfurt durchgeführt werden können, entfallen künftig in Hamburg. Das bedeutet, daß wiederum (inzwischen zum dritten Mal seit 1972!) Sozialplanverhandlungen wegen Massenentlassungen in der HaPro (die Hamburger Warenbeschaffungszentrale der co op - Gruppe) anstehen. Über die Zahl der zur Entlassung vorgesehenen Kollegen ist noch nichts bekannt.

Aber damit noch nicht genug! Der Vorstand hat gleichzeitig mitgeteilt, daß der eigene Kantinenbetrieb geschlossen wird und der Vertrag mit dem Betriebsarzt gekündigt werden soll. Was soll eine „Sozialversorgung", wenn die Kollegen sowieso an die Luft gesetzt werden sollen? So die Kapitalistenlogik!

Wo die Kollegen nach dem Rausschmiß aus dem co op - Haus bleiben, ist noch unklar.

Die in dieser Situation, wo verstärkte Angriffe auf alle Kollegen gefahren werden, besonders notwendige Solidarität der Vielzahl von inzwischen in Hamburg bestehenden co op - Betriebsräten wird – auch geschürt vom Vorstand – von einigen Kräften verhindert. So wurde der Vorschlag des hageba-Betriebsrates, eine gemeinsame Betriebsversammlung aller in der Hamburger Zentrale befindlichen Betriebsteile durchzuführen, von Vertretern der HaPro mit formalen Argumenten bisher verhindert. Bis zur endgültigen Auflösung wollen diese rechten Betriebsräte ihren Kapitalisten treu ergeben bleiben. ●

HBV-Komitee

Monopol der Zeitungsgroßhändler duldet keine Konkurrenz

Ein überaus lehrreiches Beispiel über die Monopolisierung im Pressewesen lieferte ein Artikel aus der „Lebensmittelzeitung" Nr. 20 vom 14.5.76. In der BRD gibt es 85 sog. Grossisten für Zeitungen und Zeitschriften. Jeder Grossist hat ein abgegrenztes Auslieferungsgebiet, in dem er alle in Frage kommenden Presseerzeugnisse an die Einzelhändler vertreibt. Sämtliche Vertriebskosten werden von den Großverlagen getragen, für nicht verkaufte Exemplare wird eine Rücknahmegarantie vereinbart. Über dieses System der Abhängigmachung der Grossisten von den Verlagen und der Einzelhändler von dem jeweiligen Gebietsgrossisten ist jegliche Konkurrenz ausgeschaltet.

Die Tageszeitung „Rheinpfalz" wollte daraus ausbrechen und baute mit 75 Einzelhändlern ein eigenes Vertriebsnetz auf, über das auch andere Zeitungen als die „Rheinpfalz" vertrieben werden sollten. Die Verlage jedoch verweigerten die Belieferung, die „Rheinpfalz" klagte dagegen in einem Musterprozeß gegen den Bauer-Verlag. Das Gericht gab dem Bauer-Verlag recht, er braucht die „Rheinpfalz" nicht zu beliefern. Das Hauptargument war, daß ein Zeitungsverlag (die „Rheinpfalz") als Direktbelieferer nicht so neutral sein könne, wie die „unabhängigen und vollkommen neutralen" Gebietsgrossisten, die in voller Abhängigkeit von den Großverlagen sind. ●

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Schichtarbeit bei der Hamburg-Mannheimer

Im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen auch bei den Angestellten versuchen die Kapitalisten verstärkt ihre Büropaläste auch abends und nachts auszunutzen. Durch die Vereinfachung der Arbeit ist es möglich, ungelernte Kräfte schnellstens einzuarbeiten. So gibt es bei der Iduna Versicherung schon längere Zeit eine Abendschicht, die nur von Frauen besetzt ist.

Diese Kollegen arbeiten dabei sehr oft noch für weniger Geld als die Kollegen der Tagschicht. Bei der Hamburg-Mannheimer soll nun auf kaltem Wege die Spätschicht und Nachtschicht eingeführt werden. Vorerst in der EDV und im Schneideraum.

Obwohl der Betriebsrat „einhellig" der Meinung war, daß Einführung der Schichtarbeit im Schneideraum langfristig bedeuten könnte: „Einführung von Schichtarbeit im ganzen Betrieb" (HBV-Flugblatt der Betriebsgruppe bei der HM), hat er bisher den Probierversuchen der Geschäftsleitung keine eindeutige Ablehnung entgegengestellt.

So stimmte er zweimal probeweise für eine Woche der Schichtarbeit im Schneideraum zu. Die Bedingung war einzig, daß die Geschäftsleitung eine Betriebsvereinbarung vorlegt (damit alles seine „Ordnung" hat). Doch die Geschäftsleitung scheint den kooperationsbereiten Betriebsrat zu kennen. Bisher wurde keine Betriebsvereinbarung vorgelegt. Die Versuche mit der Schichtarbeit gehen weiter, obwohl der Betriebsrat die Zustimmung nun verweigert. Die Schichtarbeit kann nur verhindert werden durch sofortigen Überstundenabbau und Einstellung neuer Kollegen. ●

HBV-Komitee

HBV-Delegierten-Versammlung: Solidaritätsresolution für die streikenden Drucker

Mit überwältigender Mehrheit hat die letzte HBV-Delegiertenversammlung in Hamburg einen Antrag und eine Resolution verabschiedet, in der sich die Delegierten mit dem Druckerstreik solidarisch erklären.

Mit dem Hinweis, nach dem Verhandlungsergebnis von 6 % sei die Sache gelaufen, versuchte der geschäftsführende Sekretär Krause die Sache vorher abzuwürgen. In gewohnter Gewerkschaftsführermanier war die Druckerdemonstration am gleichen Tag und die Urabstimmung nur noch Formsache für ihn.

Auch der Versuch der Rechten, die Unterstützung der Forderung nach 9 % – mindestens 140,- DM –, die nur die Verhandlungen behindern würde, zu streichen, scheiterte – allerdings nur mit knapper Mehrheit. ●

HBV-Komitee

Schluß mit den Kamera-Kontrollen

In jedem Kaufhaus sind an der Decke Kameras angebracht: „Sie sollen unsere ehrlichen Kunden vor Diebstählen schützen".

In Wirklichkeit werden diese Kameras in erster Linie für die Kontrolle des Kaufhauspersonals benutzt. Die meisten Kameras hängen entweder direkt neben der Kasse oder sie sind so angebracht, daß man den ganzen Ladenteil überblicken kann. Das heißt, das Verkaufspersonal wird ständig beobachtet. Iedes „Rumstehen und Nichtstun" oder Klönen mit der Kollegin kann per Bildschirm erfaßt werden. Es besteht ständig die Angst, etwas zu essen oder etwas anderes „Verbotenes" zu tun. ●

Branchenzelle Einzelhandel
KB/ Gruppe Hamburg

Iduna Hamburg: Nach Kündigung Hausverbot

Das gekündigte Mitglied des Betriebsgruppenvorstandes der HBV-Betriebsgruppe Iduna hatte auch nach seiner Kündigung weiter ein gutes Verhältnis zu den Kollegen. Dieses war den Iduna-Kapitalisten ein Dorn im Auge. Als der Kollege mal wieder im Betrieb die Kollegen besuchte, kamen mehrere Kollegen, um ihn zu begrüssen.

Doch schnell kam die Geschäftsleitung dahinter. Der Büroleiter schritt ein und beorderte die Kollegen alle an ihren Arbeitsplatz. Der Kollege bekam ab sofort Hausverbot.

Einige Kollegen wollte man mit der Bemerkung einschüchtern, daß ein Mensch „auch nach seinen Freunden beurteilt wird". Die Kollegen treffen sich trotzdem weiter und lassen sich nicht spalten. ●

Betriebszelle Iduna
KB/ Gruppe Hamburg

Mitgliederversammlung im Einzelhandel

Wie wir in AK 81 und 82 berichteten, soll der Kollege A. S. aus der HBV ausgeschlossen werden, weil er sich für eine gewerkschaftliche Frauen-Veranstaltung eingesetzt hat und Aufrufflugblätter dazu verteilt hatte.

Auf der Einzelhandels-Mitgliederversammlung am 9.6.76 wurde von einer Kollegin ein Antrag gegen diesen Rausschmiß zwecks Abstimmung verlesen. Der Fachgruppen-Vorsitzende machte die Kollegin daraufhin in offen frauenfeindlicher Weise an: das „kleine Mädchen" wisse ja gar nicht, was sie da erzählt, sie habe sich wohl nur einen Zettel vorlegen lassen, ohne zu wissen, ob der Inhalt überhaupt stimmt. Er selber könne sich überhaupt nicht vorstellen, daß einer wegen Organisierung einer gewerkschaftlichen Frauenveranstaltung ausgeschlossen werden könne. Dabei müßte dieser überhebliche Typ als Fachgruppen-Vorsitzender über den Ausschluß bestens informiert sein.

Nun, wer wundert sich über solche frauenfeindlichen Töne hat doch die HBV-Gewerkschaftszeitung „Ausblick" gerade wieder entdeckt, daß die „Lieblingsbeschäftigung" der Frauen das Einkaufen ist, und für den bevorstehenden Gewerkschaftstag der HBV liegt ein Antrag vor, nach dem die Bildung von Frauen-Ausschüssen nur noch als „Kann-Bestimmung" verankert werden soll.

Trotz der Vorstandsanmache stimmten 19 Kollegen gegen den Ausschluß von A.S., also für den Antrag. 36 Kollegen sprachen sich gegen den Antrag aus. Für die bisherigen Bedingungen im Bereich Einzelhandel der HBV muß diese Abstimmung bereits als ein guter Erfolg angesehen werden. Die Kollegen sehen offenbar viel eher die Notwendigkeit der Solidarität mit ihren Kolleginnen, als dies die HBV-Funktionäre tun.

Branchenzelle Einzelhandel
KB/ Gruppe Hamburg



Freizeitbeschäftigung der Frau?
aus „Ausblick", Zeitschrift der HBV

Frauenarbeit ist schööööön!

Unter diesem Motto scheint die Lebensmittelzeitung (Ausgabe 25 vom 18.6.) den Einzelhandelsberuf, den vorwiegend Frauen ausüben, attraktiv zu machen.

Die Wahrheit ist, daß die Kolleginnen im Einzelhandel unter den miesesten Bedingungen arbeiten müssen (s. AK 82, Kaufhalle Hamburg). Die Bezahlung ist katastrophal. So verdienen 37 % der Kollegen unter 1.000 Mark brutto. 57 % verdienen zwischen 1.000 und 2.000 Mark brutto, davon sind es nur wenige, die über 1.500 Mark brutto verdienen (nach Infas, Bad Godesberg). Es wird langsam mal Zeit, daß solche Kerle wie die Redakteure der Lebensmittelzeitung ihren Mist alleine machen müssen. Ohne die Kolleginnen läuft nämlich nichts mehr.

HBV-Komitee



Zufriedene Gesichter sind das deutlichste Zeichen für richtige Personalpolitik. Dazu gehört nicht nur ein kooperativer Führungsstil, sondern eben auch die Bereitstellung interessanter, gut dotierter und entsprechend ausgestatteter Arbeitsplätze.

Hannover

GEW-Demonstration gegen Schulmisere

Am 14. 6. rief die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu einer Demonstration gegen die immer beschissenere Situation an den Schulen auf. Die Aktion war Teil einer Aktionswoche, die schon lange geplant war.

Der 1. 8. ist der Stichtag, an dem neue Lehrer eingestellt werden sollen, bzw. an dem der zweite Teil der noch von der SPD-Landesregierung zu verantwortenden „Sparerlasse" in Kraft tritt.

Die Situation der neu eingestellten Lehrer ist besonders dadurch gekennzeichnet, daß die alten Planstellen aufgeteilt werden. Umfaßte vorher eine Planstelle 24 Unterrichtsstunden pro Woche, so wird jetzt ein Lehrer im Zeitvertrag auf 16 Stunden gesetzt – natürlich zum Angestelltentarif (BAT) und mit entsprechend geringerem Gehalt. So soll ein Teil der arbeitslosen Lehrer „weg von der Straße" geholt werden. Außerdem kommen die nach BAT eingestellten Lehrer durch die Zeitverträge in eine völlig rechtlose Lage, laufen diese doch am 1. 2. 1977 bereits aus und müssen dann erneuert werden. Diese Möglichkeit politischer Disziplinierung kommt zu den fast schon zur Gewohnheit gewordenen politischen „Überprüfungen" und Berufsverboten hinzu. In Hannover laufen derzeit sechs Berufsverboteverfahren. Auch bei den neu einzustellenden Lehrern kam es zu zwei Einstellungsverzögerungen, weil die Gesinnung überprüft werden sollte.

Auf der Demonstration selber lief der Protest über diese Sauereien mit noch zwei anderen Dingen zusammen: Einmal der besonderen Empörung, die an den „Integrierten Gesamtschulen" herrscht, zum zweiten mit der „Fahrrad-Domonstration" der Oldenburger Studenten. Diese waren in mehreren Etappen von Oldenburg nach Hannover geradelt, um bei der Landesregierung gegen die geplante Streichung ihres Reformmodells zu protestieren. (In der Oldenburger Carl-von-Ossietzky-Universität findet eine „einphasige" Lehrerausbildung statt, in der versucht wurde, eine größere Verbindung der Ausbildung mit der schulischen Praxis herzustellen.)

Auf der Kundgebung, an der weit über 1.000 Menschen teilnahmen, waren zwei Redner besonders zu beachten: Einmal positiv ein Schülersprecher von der IGS Garbsen, der von dem dort laufenden Schulstreik berichtete und negativ die Rede des stellvertretenden DGB-Kreisvorsitzenden.

Nun sind die Beziehungen zwischen GEW und DGB selbst auf Kreisvorstandsebene nicht besonders glänzend. Konkret wirft der DGB-Vorstand der GEW-Führung vor, daß diese es immer noch nicht geschafft habe, die Linken auszubooten. Um die Durchsetzung welcher Politik es der DGB-Führung dabei geht, wurde aus der Rede deutlich. Erst einmal lobte er den „disziplinierten Charakter" der Kundgebung.

In letzter Zeit habe es ja in dieser Hinsicht auch unerfreuliche Sachen gegeben, über die er sich allerdings nicht weiter ausließ. (Meinte er den Garbsener Schulstreik oder die diversen etwas stürmischen „Besuche" von Schülern und Studenten bei den zuständigen Ministerien?)

Den größten Klopfer ließ er jedoch los, um angeblich der Bildungspolitik der CDU „eins auszuwischen": Die CDU lehne ja die von der SPD/FDP-Bundesregierung beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer ab – ja, woher wolle die CDU denn das Geld nehmen, um die Reformprojekte weiter zu bezahlen und die Lehrer einzustellen ?!? Nach dem Motto „Kein Scheiß ohne Preis!" versuchte dieser falsche Jakob den empörten Eltern einzureden, wer die „Reformmodelle" erhalten und die Lehrer eingestellt sehen wolle, habe sich auch mit der Steuererhöhung abzufinden, ja, sie zu begrüßen und gegen die CDU zu „verteidigen". Dieses Ansinnen des „Gewerkschaftskollegen" wurde allerdings mit Pfiffen und Buhrufen zurückgewiesen.

Die Demonstration, die leider in strömenden Regen stattfand, hatte knapp 900 Teilnehmer und verlief wohl vor allem deshalb nicht sehr schwungvoll.

KB/Gruppe Hannover

GEW

GEW Westberlin

bildung statt, in der versucht wurde, eine größere Verbindung der Ausbildung mit der schulischen Praxis herzustellen.)

KB/Gruppe Hannover

GEW

Frister erklärt Hamburger Mitglieder für geisteskrank

Am 4. Juni kam der geschäftsführende Bundesvorstand der GEW – an seiner Spitze Frister – nach Hamburg. Zweck des Besuches war ein „Gespräch" mit dem Landesvorstand der Hamburger GEW, in dem Frister den Widerstand der Hamburger GEW gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Bundessatzung ausräumen wollte.

Im Anschluß an dieses Gespräch, das offenbar nicht ganz nach Wunsch verlief, schrieb Frister einen Brief an die „lieben Kolleginnen und Kollegen" des Hamburger Landesvorstandes. In ihm „kritisiert" er die Präambel des gewerkschaftlichen Aktionsprogramms, das im Februar dieses Jahres von der Landesvertreterversammlung in Hamburg verabschiedet wordenwar. Die beanstandeten Passagen lauten: *„Anhaltende Arbeitslosigkeit jetzt auch für Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen, verstärkte Jugendarbeitslosigkeit und Forderungen verantwortlicher Politiker nach Verlängerung der Arbeitszeit, Reduzierung der Löhne und Gehälter kennzeichnen die Krisensituation. Der Staat versucht diese Krise u. a. durch Senkung der Ausgaben für Sozialleistungen zu bewältigen, insbesondere auch im Bildungsbereich, zugunsten einer im wesentlichen unternehmensorientierten Wirtschaftsförderung, die den Erhalt der Arbeitsplätze nicht sichern kann. Die Gewerkschaften widersetzen sich dieser Politik mit allen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik und treten dem Angriff auf die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer entgegen".* Frister behauptet, daß – mit Ausnahme der Aussage über die Arbeitslosigkeit der Lehrer und Erzieher – alle anderen Aussagen *„falsch bzw. demagogisch irreführend"* seien. Nach Meinung dieses sauberen Herren s i n k t die Jugendarbeitslosigkeit, wird über die S e n k u n g der Arbeitszeit debattiert, werde nur die *„Beachtung bestimmter Grenzen bei der Erhöhung der Löhne und Gehälter"* gefordert (die Worte Effektivlohn und Lohnabbau durch Inflation sind in Fristers gut verdienenden Kreisen offenbar unbekannt), s t e i g e n die Sozialleistungen, begrüßen die Gewerkschaften die *„unternehmensorientierte Wirtschaftsförderung"*, da sie Arbeitsplätze schaffe.

Besonders unverschämt findet Frister aber, daß die Hamburger GEW das Wort Streik erwähnt. Orginalton Frister: *„Dieser Satz muß beim DGB und seinen Gewerkschaften den Verdacht aufkommen lassen, bei der GEW habe man es mit Kolleginnen und Kollegen zu tun, die nicht mehr in der Lage seien, die Wirklichkeit wahrzunehmen oder sich geistig auf einem anderen Stern bewegen."* Frister erklärt damit die Mitglieder der Hamburger Landesvertreterversammlung – die diesen Satz in den Aktionsprogrammentwurf reinsetzten – für verrückt, weil es *„den Angriff auf die soziale Sicherheit"* gar nicht gebe. Die Mitglieder werden diese „Aufklärung" dankbar zur Kenntnis nehmen.

Diesen provokatorischen Ton behält Frister dann bei, indem er die ganze Präambel als **„akademische Spinnerei"** bezeichnet. Man sollte sich erinnern, daß schon immer Linke als geistig gestört, ja letztlich minderwertig bezeichnet wurden – besonders widerlich in der Hetze gegen die Mitglieder der RAF. Mit *„akademischer Spinnerei"* schlägt Frister genau den Ton an, den Erhardt einst mit *„Pinscher"* und Strauß mit *„Ungeziefer"* vorspielten. Strauß ist für die Vernichtung des *„Ungeziefers"*, Frister „nur" für den Ausschluß aus der GEW und das damit verbundene Berufsverbot.

Frister stimmt die GEW auf Wahlkampf ein

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen sind Feststellungen, wie sie in der Präambel des Aktionsprogramms enthalten sind, „verboten". Schließlich darf das Bild des „freiheitlichsten und sozialsten Rechtsstaates" ja nicht getrübt werden. Was der Bundesregierung („es gibt keine Berufsverbote") recht ist, ist dem GEW-Boß heiligste Pflicht: „Es gibt keine Erhöhung der Arbeitszeit", „es gibt keinen Lohnabbau", „es gibt keine Kürzung der Sozialleistungen" usw.

Wer das Gegenteil zu behaupten wagt, dem gehe es darum *„das Ansehen der Regierungspolitik herabzusetzen"* und *„der sozialliberalen Koalition Versagen vorzuwerfen"* (Frister). Der bewußt provokatorische und einschüchternde Ton wird gewählt, um bei den GEW-Funktionären stromlinienförmige Anpassung an den SPD-Wahlkampf zu erzwingen.

Da darf natürlich auch das Mittel des Antikommunismus nicht fehlen, um zu erreichen, daß sich der Hamburger Vorstand von Aussagen distanziert, deren Richtigkeit für jeden arbeitenden Menschen überhaupt kein Gegenstand von Diskussionen sein kann: *„Die Präambel zum Aktionsprogramm der GEW, Landesverband Hamburg, ist also durch und durch unwahr. Sie zeichnet ein Wunschbild (!), wie es linke Gruppen, vom Offenbacher Büro bis hin zum KB, unaufhörlich propagieren . . ."*

Der Wink mit dem Zaunpfahl der Unvereinbarkeitsbeschlüsse muß her, um einen Landesvorstand (!) auf reaktionären Kurs zu bringen. Haben sich die „linken" Sozialdemokraten etwa von Kommunisten ihr Aktionsprogramm „diktieren " lassen?

Originell finden wir es, daß Frister sowohl DKP als auch KBW unerwähnt läßt. Offensichtlich registriert man in der GEW-Spitze Verschiebungen in der linken Szene (wie z. B. das Anwachsen des Einflusses unserer Organisation in den letzten Monaten). Hierbei kommt es jedoch mitunter zu grotesken Übertreibungen. Leider dürfte es noch ein Weilchen dauern, bis Fristers Angstträume Wirklichkeit geworden sind. . .

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW Westberlin

„Es gibt keine Repression von Seiten des Hauptvorstandes"

Am 23.6. fand in der GEW Westberlin die Fortsetzung der Vertreterversammlung (VV) vom 28./29.4. statt. Es ging um die Wahl der Vorsitzenden, zu der es im April wegen heftiger Kontroversen um den Beschluß der Delegierten gekommen war, aus der GEW Ausgeschlossenen Rede- und Gastrecht in der Westberliner GEW zu gewähren (siehe AK 80). Die Wahlen trugen ganz den Charakter eines Tests für die nächste VV im August, wo es um die Auflösung des Landesverbandes gehen wird.

Denn in einem (inzwischen rechtskräftigen) Gerichtsurteil war festgestellt worden, daß die Übernahme der Bundessatzung durch die Westberliner GEW, die im September 75 auf einer Vertreterversammlung mit 2/3-Mehrheit vollzogen worden war, illegal gewesen ist. Da die Bundessatzung mit ihren weitestgehenden Vollmachten für die GEW-Bundesführung einer Auflösung der Westberliner LV gleichkommt, hätte diese Abstimmung mit 3/4-Mehrheit erfolgen müssen. Dies begründet das Gericht mit folgenden Feststellungen:

- Die Bundessatzung kennt keine Mitglieder der Landesverbände mehr, sondern nur noch Mitglieder in der Bundesorganisation. Die (ehemals autonomen) Landesverbände sind dann nur noch Untergliederungen der GEW-Bund (wie das in den Industriegewerkschaften der Fall ist). Die Bundessatzung gibt der GEW-Bund das Recht, einzelne Landesverbände aufzulösen. Diese Befugnis kann ein Landesverband jedoch nur mit 3/4-Mehrheit seiner Vertreterversammlung an ein anderes Organ delegieren.

GEW-Boß Frister fordert von den Westberlinern daher ultimativ eine Anerkennung der Bundessatzung mit der erforderlichen 3/4-Mehrheit – andernfalls werde der gesamte Landesverband aus GEW und DGB ausgeschlossen. Dies geht einher mit den üblichen billigen Gewerkschaftsführer-Tricks. Da sich in der Westberliner GEW keinesfalls eine Mehrheit für eine offene Auflösung finden würde, sucht Frister nach einer weniger verfänglichen Formel, ohne freilich von seinem Ziel (3/4-Mehrheit) nur im mindesten abzurücken. Kann sich Frister durchsetzen, so hat das weitreichende Bedeutung: Nicht nur daß der Bundesvorstand freie Hand bei der Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hat; eine neue, noch schärfere Bundessatzung liegt bereits in der Schublade (Entwurf des baden-württembergischen Vorsitzenden Vergin), die keine Mitgliederversammlungen mehr vorsieht, und wo die innergewerkschaftliche „Diskussion" auf die kaum zusammentretende Vertreterversammlung beschränkt wird, die im Abstand von drei (!) Jahren gewählt wird. Dies ist die Perspektive einer toten Gewerkschaft. Die Verabschiedung solcher und anderer reaktionärer Bestimmungen könnte von den Mitgliedern nicht mehr verhindert werden, wenn die Landesverbände juristisch gesehen aufgelöst sind.

Die Westberliner Vorgänge haben entscheidende Auswirkungen auf die gesamte GEW, da sie einerseits die noch ausstehende Abstimmung der Bundessatzung in drei Landesverbänden (Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) beeinflussen, andererseits zeigen, daß in allen anderen Landesverbänden die Übernahme der Bundessatzung rechtswidrig war (weil sie nicht unter dem Aspekt der Auflösung vorgenommen wurde).

So standen die Wahlen in der Westberliner GEW ganz im Zeichen der Auseinandersetzung, wie man sich Fristers Erpressung gegenüber verhalten solle.

Die Sozialdemokraten

Für den 1. Vorsitz kandidierte wieder E. Kujawa, die dieses Amt

Fortsetzung Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

bisher inne hatte. Sie machte die Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie zur Entscheidung „für oder gegen den DGB", in dem man unter a l l e n Umständen verbleiben müsse. Während diese Demagogie zu erwarten war, überraschte allerdings das energische Eintreten Frau Kujawas f ü r ihren Chef Frister: *„Es gibt keine Repression von Seiten des Hauptvorstands"*. Von Erpressungen und Drohungen der Frister-Mafia könne gar keine Rede sein. Es gäbe halt unterschiedliche Positionen in der GEW, Fristers sei eine davon (sozusagen wie jede andere auch), und wer damit unzufrieden sei, könne ja auf dem nächsten Bundeskongreß zum GEW-Vorsitzenden kandidieren.

Diese unverfrorenen Äußerungen von Kujawa (die neben dem Hamburger Lemke zu den „linkesten " Vorsitzenden in der GEW zählt) zeigen, daß sich Frister bei den Führern der „linken" Sozialdemokraten bereits voll durchgesetzt hat.

Für die meisten Delegierten überraschend wurde auf der Versammlung selbst die Vorsitzende der Fachgruppe Sonderschulen, I. Kohlhepp, als Gegenkandidatin nominiert. Sie vertrat folgende Positionen: Keine Übernahme der Bundessatzung in der jetzigen Form, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, rechtliche Prüfung der Drohung, ob ein ganzer Landesverband überhaupt aus der GEW ausgeschlossen werden kann.

Die Abstimmung ergab für Kujawa, die in der Westberliner GEW trotz allem außerordentlich starkes Ansehen genießt, 285 Stimmen bei 56 Stimmen für Kohlhepp und 40 Enthaltungen. Bei dieser Abstimmung erhielt die Gruppe um SPD und SEW (die sich in der Satzungsfrage ebenso wie die DKP voll an die Sozialdemokraten anhängt) die meisten Stimmen überhaupt – allerdings k e i n e 3/4-Mehrheit!

Die folgenden Abstimmungen zeigten dann, daß auch unter den 285 Kujawa-Stimmen ein erheblicher Anteil von Kollegen ist, die keineswegs bereit sind, blindlings der SPD bzw. SEW zu folgen, und denen die totale Unterwerfung unter die Bundessatzung zumindest erhebliche Magenschmerzen bereiten dürfte.

Die „undogmatische Linke"

In den Wahlen zum 2. und 3. Vorsitzenden, wo sich Sozialdemokraten und oppositionelle Kollegen aus dem Kreis der Westberliner Kläger gegenüberstanden, sank die Mehrheit von SPD/SEW auf rund 200 herab (also und oppositionelle Kollegen aus dem Kreis der Westberliner Kläger gegenüberstanden, sank die Mehrheit von SPD/SEW auf rund 200 herab (also etwas mehr als die Hälfte der Delegierten).

Die Kläger streben – unter sich nicht einheitlich – einen irgendwie gearteten Kompromiß mit Frister und Co. an. So wendet sich z.B. H.Horst (Sozialistisches Büro) gegen eine Auflösung des Landesverbandes, und tritt stattdessen für eine Änderung der Landessatzung lediglich mit 2/3-Mehrheit ein. Als „Gegenleistung" bietet er den Gewerkschaftsführern an, sogar den Unvereinbarkeitsbeschluß in die Landessatzung zu übernehmen, was der auf dem Anti-Repressions-Kongreß des SB verabschiedeten Resolution klar widerspricht: *„Wir fordern die Sozialisten in der GEW auf, den Kampf für die Beseitigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Satzungen fortzuführen und Gewerkschaftsausschlüsse zu verhindern."* Horsts Kompromißbereitschaft ist jedoch nicht unumstritten unter den fortschrittlichen Kollegen, sodaß ihm 40 Linke ihre Stimme verweigerten und sich bei der Wahl enthielten.

KBW und Vaterlandsverteidiger

Der KBW erklärt sich zwar verbal gegen die Bundessatzung (was noch nichts über sein Abstimmungsverhalten auf der nächsten VV aussagt), kann aber dennoch keineswegs als Verbündeter im Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie angesehen werden. So schrieb der KBW in der KVZ-Ortsbeilage vom 13.5.: *„Keinesfalls kann der künftige Weg mit Gerichtsurteilen entschieden werden – wie dies einige Kollegen meinen. Über einen solchen Weg haben diese Kollegen das Urteil des Verwaltungsgerichts herbeigeführt, das besagt, daß die Übernahme der Bundessatzung aus vereinsrechtlichen Gründen nichtig sei. Wir sind der Auffassung, daß dieses Gerichtsurteil ein schwerer Eingriff des bürgerlichen Staates in die Koalitionsfreiheit ist."*

Wer hat denn nun die Koalitionsfreiheit verletzt? Die Gewerkschaftsführer mit ihrer Ausschlußpolitik oder diejenigen Kollegen, die auf dem Weg der Klage diesem Vorgehen zunächst einen Riegel vorschieben konnten? Es ist kaum zu glauben, daß diese Aussagen k e i n e Verteidigung der Gewerkschaftsführer sein sollen, und daß es der KBW möglicherweise nicht einmal begriffen hat, daß die Gangster-Methoden von Frister und Co. noch weit hinter das bürgerliche Recht zurückfallen.

Gleichzeitig schließt sich der KBW der plumpen Illusionsmacherei der „linken" Sozialdemokraten und Revisionisten an, der Unvereinbarkeitsbeschluß könne auf dem nächsten GEW-Bundeskongreß rückgängig gemacht werden. *„Keinen Erfolg werden wir haben, wenn wir mit dieser Politik im Rahmen des (West) Berliner Landesverbandes abzurechnen gedenken. Die Satzung ist das Knebelungsinstrument aller GEW-Kollegen. Sie ist auf Bundesebene beschlossen, sie muß auf Bundesebene beseitigt werden..."*.

Für einen Liberalen muß halt alles seine Ordnung haben. Offenbar haben wir ja eine demokratische Gewerkschaft mit demokratischen Organen – wozu also überhaupt das ganze „Hick-hack"?! Wenn es aber „keinen Zweck" hat, auf Westberliner Ebene die Durchsetzung der Bundessatzung verhindern zu wollen, dann müßte man ihr wohl doch zustimmen (natürlich nur bis zum nächsten Bundeskongreß...) oder?

Diese Linie läßt bemerkenswerte Rückschlüsse auf die „revolutionäre" Perspektive des KBW zu, etwa: „Die Notstandsgesetze sind vom Bundestag beschlossen worden, vom Bundestag müssen sie auch wieder beseitigt werden..." Im übrigen ist der KBW offenbar nur schwach unter den Delegierten vertreten.

Durchaus Vernünftiges zu den aktuellen Auseinandersetzungen kann man beim „Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher" lesen (was nicht verwundert, haben doch ähnliche Kräfte in Hamburg – als es sie noch gab – lange Zeit aus dem ARBEITERKAMPF abgeschrieben). Der BSLE setzt sich für die Mitgliedschaft der Westberliner GEW in der Bundes- gab – lange Zeit aus dem ARBEITERKAMPF abgeschrieben). Der BSLE setzt sich für die Mitgliedschaft der Westberliner GEW in der Bundes- GEW und dem DGB ein, will sich jedoch nicht zur Preisgabe der Mitgliederrechte erpressen lassen und deshalb die Übernahme der Bundessatzung ablehnen. Sollten die Gewerkschaftsführer die Ausschlußdrohung tatsächlich wahrmachen, müsse mit aller Kraft um die Wiederaufnahme in den DGB bei Beibehaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie gekämpft werden.

Dazwischen klotzen allerdings die Vaterlandsverteidiger mit ihrem Hauptstoß gegen die DDR und die SEW rein. Dabei kommt es zu der tollen Blüte: *„Wenn wir zulassen, daß die Diskussion über die Verhältnisse in der DDR und der Sowjetunion in der GEW unterdrückt wird (?), dann arbeiten wir nicht nur der SEW in die Hände, sondern auch Strauß und Co.: Sie haben dann ein leichtes Spiel,* ...(leider unlesbar)...*den Sozialismus und den Kampf der Arbeiterklasse zu diffamieren"* (Flugblatt des BSLE, das vor der VV am 23.6. verteilt wurde).

Großartig! Wenn wir nicht die antikommunistische Hetze der westdeutschen Imperialisten mitmachen, liefern wir Strauß und Co. eine Angriffsfläche. Was den BSLE betrifft, kann man ganz beruhigt sein: Irgendwann drehen die „KPD"ler mit ihrer Vaterlandsverteidigung sowieso durch, um sich dann auch vom allerletzten demokratischen Kollegen zu isolieren.

Bündniskommission des KB Gruppe Hamburg

Stuttgart

2000 demonstrierten gegen Lehrerarbeitslosigkeit und Berufsverbote

Am 21.6. demonstrierten 2000 Studenten der baden-württembergischen Pädagogischen Hochschulen (PHs) (Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg, Esslingen, Reutlingen, Weingarten) und Referendare durch die Stuttgarter Innenstadt unter den Parolen:

- *Sofortige Einstellung aller arbeitslosen Lehrer, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen!*

- *Sofortige Übernahme aller Bewerber in den Referendardienst!*

- *Weg mit den Berufsverboten! Weg mit dem Schießerlaß!*

-*Sofortige Einstellung aller Überprüfungen und Anhörverfahren!*

Aufgerufen hatte die Landessprecherkonferenz der Referendare und die Landesastenkonferenz. Konkreter Anlaß dieser Demonstration war die Ankündigung des Kultusministeriums, daß 4200 Studenten, die das Studium jetzt abschließen, nur 18-monatige Teilzeitverträge erhalten sollen. Schon jetzt steht fest, daß ein Teil danach arbeitslos wird, denn nur 80% sollen danach für weitere eineinhalb Jahre mit Teilzeitverträgen weiterbeschäftigt werden. Während des Wintersemesters 76/77 sollen nach einem Erlaß des Kultusministeriums vom 7.5. keine Prüfungen abgenommen werden, d.h. für die Studenten verlängert sich das Studium zwangsläufig um ein halbes Jahr.

An der PH Freiburg stimmten ca. 45% aller Studenten daraufhin für einen Streik, der vom 14.6. - 16.6. durchgeführt wurde. Obwohl die GEW seit langem eine Demonstration geplant hatte, lehnte der Vorstand es ab, die Studenten und Referendare in diesem konkreten Fall zu unterstützen. Ihre eigene Demonstration ließen sie kurzerhand wieder fallen und setzten lediglich eine Kundgebung an.

Deshalb riefen Referendars- und Studentenvertretungen zu einer eigenen Demonstration auf, die zur Kundgebung der GEW führte. An der Kundgebung nahmen dann ca. 3000 Menschen teil. Obwohl 2000 der Teilnehmer von den Referendars- und Studentenvertretungen mobilisiert wurden, nahmen natürlich die GEW-Führer Vergin, Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, und Frister, Bundesvorsitzender, für sich in Anspruch, die Kundgebung allein zu bestimmen. Als daraufhin Protestchöre aus der Demonstration erschallten, ließ Frister verlauten: *„Die fünfte Kolonne von Herrn Filbinger möge doch ruhig sein."*

Nach einem Bericht einer Karlsruher Genossin



Stuttgart: Unter den 2000 Demonstranten waren auch Mitglieder der GEW, die die Abwiegelei der Gewerkschaftsführer nicht mitmachten.

Stuttgart: Unter den 2000 Demonstranten waren auch Mitglieder der GEW, die die Abwiegelei der Gewerkschaftsführer nicht mitmachten.

GEW Schleswig Holstein

Die Bundessatzung soll vor ihrer Verabschiedung praktiziert werden

Im September soll auf einer Landesvertreterversammlung der GEW über den Vorrang der Bundessatzung abgestimmt werden. Bis jetzt gilt in Schleswig-Holstein noch die alte Landessatzung.

Doch damit schon vorher das entsprechende Klima für die Bestrebungen von Frister & Co. herrscht, haben die Gewerkschaftsfürsten von Schleswig-Holstein einen Entwurf für eine neue Landessatzung ausgearbeitet, der in wesentlichen Punkten der Bundessatzung entspricht. Diesem Entwurf soll bereits vor seiner Verabschiedung durch die Landesvertreterversammlung von den Kreisverbänden der Segen gegeben werden.

So wurde auf der letzten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Flensburg-Stadt darüber abgestimmt, ab sofort nach diesem Entwurf in Flensburg zu verfahren. Wie alle GEW-Führer konnte es auch der 2. Vorsitzende Karpen nicht lassen, die Mitglieder darauf „hinzuweisen", daß sie bei einer Ablehnung des Verfahrens außerhalb des Bundesverbandes stehen würden.

Mit ziemlicher Mehrheit gaben die Flensburger Kollegen der Erpressung nach und stimmten diesem satzungswidrigen und undemokratischen Verfahren zu.

Nach einem Bericht der PH-Zelle KB/Gruppe Flensburg



ausländische Arbeiter in der BRD

Ausländerfest in Stuttgart

Am 13. Juni fand zum vierten Mal das Stuttgarter Sommer-Festival statt, das von ausländischen Arbeiterkommissionen und westdeutschen Gruppen und Komitees in einer Messehalle organisiert wurde. Acht Stunden lang waren bis zu 1.500 Leute versammelt, wurden Musik und Tänze aus den Heimatländern der ausländischen Kollegen vorgetragen. Der Erlös von den zahlreichen Ständen mit ausländischen Spezialitäten ging je zur Hälfte an die spanischen Arbeiterkommissionen und an die spanische revisionistische Partei (PCE). Politische Informationen über die verschiedenen Länder gab es aber leider nur an wenigen Kommentaren einiger Sänger [illegible] Liedern und an einigen Büchertischen ausländischer Organisationen. Ein Büchertisch von unserer Organisation wurde uns dagegen vom Veranstaltungskollektiv (maßgeblich beeinflußt vom Sozialistischen Büro, Offenbach), verboten – mit der sicher nicht sehr originellen Begründung, daß wir nicht mit zu den Organisatoren dieses Festes gehörten.

Erfreulich hat sich demgegenüber das solidarische Verhalten der Genossen von Lotta Continua (Italien) abgehoben: Sie nahmen einen Stapel ARBEITERKÄMPFE mit zum Verkauf auf ihren Büchertisch im Festsaal!

Frankfurter Genossen

Uni Heidelberg

Zwei ausländischen Studenten droht Abschiebung

Am 20.5. sind 3 ehemalige Auslandsreferenten des Heidelberger AStAs zu 140 , bzw. 180 Tagessätzen á 20 DM verurteilt worden, weil sie im Sommersemester 1974 an der Besetzung des akademischen Auslandsamtes teilnahmen.

Zwei der drei Auslandsreferenten wurde nun eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert und die Abschiebung in den Iran, bzw. die Türkei droht ihnen.

Eine Genossin der Uni-Gruppe KB/Gruppe Frankfurt

GEW Hamburg

Berichtigung

Im letzten AK berichteten wir davon, daß die Hamburger Landesvertreterversammlung Ausschlußanträge gegen zwei besonders üble Typen – Ursula Koppe, Anführerin einer reaktionären Spalterliste zu den Personalratswahlen und Jürgen Petersen, an der Hamburger Uni als Spitzel und Denunziant bekannt – beschlossen hatte. Unsere Information, daß diese Anträge beim Landesvorstand hängen geblieben wären, stimmt nicht. Vielmehr wurde der Antrag an die Landesschiedskommission weitergeleitet. Es bleibt nun abzuwarten, ob der Landesvorsitzende Dietrich Lemke seinen Einfluß geltend macht (alle Schiedskommissionsmitglieder stehen ihm politisch nahe), damit hier tatsächlich einmal ein von den Mitgliedern geforderter Gewerkschaftsausschluß zustande kommt.

Weiter hatten wir „die GEW-Führung" dafür verantwortlich gemacht, daß zwei GEW-Personalräte nach den Wahlen zur Spalterliste der Koppe übergelaufen waren und ihr zur Wiederwahl als Personalratsvorsitzende verholfen haben. Dies bezieht sich auf den GEW-Boß Frister, der von diesem Manöver offensichtlich vorher informiert worden war und der die Fraktion um Koppe in der GEW kaum verhohlen unterstützt. Allerdings ist es wenig glaubwürdig, wenn jetzt aus der Ecke der „linken" Sozialdemokraten empört „Verrat" gerufen wird. Waren es doch Lemke und Co. selbst gewesen, die eine „ausgewogene" GEW-Kandidatenliste (unter Einschluß von Rechten) zu den Personalrats-Wahlen durchgesetzt hatten.

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

Hungerstreik griechischer Eltern in Westberlin

29 Eltern griechischer Schüler aus Westberlin führten einen 48stündigen Hungerstreik vom 20. bis 22. 6. 1976 durch. Sie protestierten damit gegen die provokatorische Haltung des Westberliner Senats, alle ihre Forderungen in Bezug auf die Schulausbildung ihrer Kinder zu übergehen und das „Integrationsmodell" (nach diesem „Modell" erhalten die Kinder nur fünf Wochenstunden in griechischer Sprache) mit voller Kraft in die Tat umzusetzen. Ergebnis der reaktionären Schulpolitik ist, daß die Kinder „Analphabeten in zwei Sprachen" werden: In den deutschen Klassen bleiben sie wegen ihrer schlechten Deutschkenntnisse die letzten und schaffen den Hauptschulabschluß nicht. Damit ist ihnen jede Möglichkeit einer Berufsausbildung genommen. In Griechenland ereilt sie bei der Rückkehr ihrer Eltern dasselbe Schicksal: Ihre Griechischkenntnisse reichen nicht aus.

Die Forderungen der Eltern sind: Griechische Klassen mit Deutsch als erster Fremdsprache; Nebenfächer (Sport, Zeichnen usw.) zusammen mit den deutschen Schülern.

Abschaffung der griechischen Nachmittagsschulen, weil acht Stunden reine Unterrichtszeit (!) barbarisch sind.

Abschaffung der „Vorbereitungsklassen" für die regulären deutschen Klassen, weil dort nur die „Besten" gefördert werden.

Dieser Hungerstreik stellt eine neue Stufe im Kampf dieser ausländischen Eltern für eine bessere Schulausbildung ihrer Kinder dar. Alle griechischen Lehrer Westberlins (insgesamt 15) haben sich mit dem Hungerstreik solidarisiert, darüber hinaus bisher etwa 100 weitere Menschen, die ihre Solidarität per Unterschrift bekundeten.

(Alle Angaben nach der ARD-Sendung vom 22. 6. 1976 / griechischer Teil des „Sonderprogramms für Gastarbeiter" vom Bayrischen Rundfunk).

Griechenland/Türkei-Kommission

Zehn - punkte - Programm der Bundesregierung

Die Bundesregierung wird weiterhin den 1973 verhängten Anwerbestop von ausländischen Arbeitern auf unbestimmte Zeit und ohne Einschränkungen aufrechterhalten. Weiterhin will die Bundesregierung die „Rückkehrbereitschaft" hier lebender Ausländer mit allen Mitteln fördern,außer mit Geld (sog. „Rückkehrprämien"). Das muß so verstanden werden, daß den ausländischen Arbeitern das Leben hier immer unerträglicher gemacht wird, so daß sie dann „freiwillig" gehen. Wir berichteten im letzten AK bereits über die Methoden der Münchner Ausländerbehörde, die ausländischen Eltern aufzufordern, ihre minderjährigen Kinder „nach Hause" zu schicken oder anderenfalls selbst zu gehen.

In dem vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Buschforth, veröffentlichten Katalog werden verlogene Versprechungen auf „verstärkte Integrationsbemühungen" für hier lebende ausländische Familien ausgegeben, man habe immerhin 30 Mio. Mark pro Jahr für die Integration der Ausländer schon ausgegeben, 8 Mio. mehr als vor dem Anwerbestop, das sind etwa 20 Mark für jeden hier arbeitenden Ausländer im Jahr, bzw. auf die ausländischen Familien berechnet, nur etwa 7 Mark „Integrationskosten" pro Person im Jahr.

Ganze 500.000 Mark sind angeblich bereitgestellt, um für ausländische Kinder Vorbereitungskurse auf die Schule durchzuführen, deren Schwerpunkt Sprachunterricht sein soll. Sich bei solchen Plänen mit den betroffenen ausländischen Eltern und Kindern über deren Forderungen und Wünsche zu beraten (s. Artikel „Hungerstreik griechischer Eltern") liegt dabei natürlich außerhalb der SPD-Pläne.

Emigrantenzelle



Türkische Arbeiter, Studenten und Lehrer demonstrierten im Rahmen des Aktionsmonats des „Türkischen Komitees für Frieden und Freiheit" in Frankfurt. Ihre Hauptforderungen waren das Verbot der faschistischen türkischen „Bewegungspartei" (MHP) und ihrer Schlägerkommandos „Graue Wölfe".

Demonstration griechischer Eltern und Kinder in Düsseldorf



Ca. 3.000 griechische Eltern und Kinder aus verschiedenen Teilen Nordrhein-Westfalens demonstrierten Anfang Juni gegen die Schul- und Bildungspolitik des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums den Kindern der ausländischen Kollegen gegenüber.

Hauptsächlich richteten sie sich gegen die sogenannte „Integration" der Schüler ins westdeutsche Schulsystem, die sie ihren gewaltigen Schwierigkeiten einfach überläßt und sie so zu „Analphabeten in zwei Sprachen" „ausbildet". Die Eltern verlangten die sofortige Lösung der Schulprobleme im Sinne ihrer Kinder („Exórmisi", Zeitung der PASOK, 18.6.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Nachrichten aus Schule und Hochschule

Studentenparlamentswahlen – die Linke gewinnt weiter dazu

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der diessemestrigen Studentenparlamentswahlen wird der Trend des letzten Semesters voll bestätigt: auch in diesem Semester wird es den von der bürgerlichen Presse herbeigesehnten Rechtstrend nicht geben; die reaktionären Verbände stagnieren; MSB und SHB verlieren weiter an Boden, insbesondere dann, wenn Juso-Hochschulgruppen oder eine linke Alternative neu auftreten; die Jusos gewinnen dort schnell an Boden, wo sie mit neugegründeten Hochschulgruppen auftreten (z.B. Marburg), während sie dort stagnieren oder sogar abnehmen, wo sie schon seit längerem Politik betreiben (Frankfurt, Göttingen); die radikale Linke gewinnt weiter an Boden (Frankfurt, Kassel, Göttingen, Westberlin) und zwar dort am stärksten, wo in diesem Semester Streikaktionen durchgeführt wurden (Göttingen, Westberlin). Dort verlieren Jusos und MSB entsprechend am stärksten. Der KBW baut überall voll ab und ist praktisch jetzt schon zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Geradezu sensationell ist das Ergebnis an der PH Westberlin, wo die nahezu unüberwindlich scheinende Überlegenheit der ADS wie ein Kartenhaus zusammengebrochen ist. Es tut sich was ...

PH Westberlin: Die „Liste aktiver und unorganisierter Studenten" erhielt 48,6 % der Stimmen und 25 Sitze (im letzten Semester gab es sie noch nicht). Die „Aktionsgemeinschaft Demokratischer und Sozialistischer Studenten" (ADS, SEW-nahe) erhielt 34 % und 17 Sitze, im
schaft Demokratischer und Sozialistischer Studenten" (ADS, SEW-nahe) erhielt 34 % und 17 Sitze, im
letzten Semester hatte sie 70 % (!!) und 36 Sitze erreicht. Die KHG (KBW) rutschte von 16 % (8 Sitze) auf 4,1 % und 2 Sitze. Der KSV erhielt 3,5 % und 1 Sitz (ca. 11,2 %, 6 Sitze). Der „Verband für Bildung und Erziehung" (Rechte) erreichte 10,1 % und 5 Sitze (- -). Die Wahlbeteiligung lag etwa bei 44 %. Das hervorragende Abschneiden der „LAUS" und der Niedergang von ADS, KHG und KSV ist insbesondere auf die letzten Streikaktivitäten zurückzuführen. Insbesondere die Kandidaten der „LAUS" waren es, die sich als treibende Kräfte im Streik erwiesen hatten.

Bei der Aufstellung der Kandidatenliste der „LAUS" kam es allerdings zu Vorfällen, die von diesen „unorganisierten Studenten" aufgrund der schlechten Erfahrungen mit KHG und KSV sonst immer „den Organisationen" vorgeworfen werden: sie fällten einen (zweifellos dogmatischen!) Beschluß, daß k e i n Organisierter auf dieser Liste kandidieren dürfe, also praktisch eine Art Unvereinbarkeitsbeschluß, der aber nicht inhaltlich festgemacht wurde. Es reichte als Ausschlußgrund das Organisiert-Sein. Dies wurde insbesondere von Kräften betrieben, die früher im KSV organisiert waren. Obwohl wir ihren Unmut durchaus verstehen können, müssen wir doch feststellen, daß s i e es gewesen sind, die sich einmal in diesem Schrotthaufen organisiert haben. Jetzt sollten sie nachträglich nicht andere (z.B. den KB) für ihre schlechten Erfahrungen verantwortlich machen. Vor allem gilt dies, weil ein Teil dieser Liste durchaus bereit war, mit jedem zusammenzuarbeiten, der innerhalb der Streikaktivitäten gezeigt hatte, daß er ehrlich bereit ist, eine Aktionseinheit ohne Übervorteilung einzugehen.

PH Göttingen:

Bemerkenswertestes Ergebnis sind die Verluste der Jusos und die Gewinne der Liste ‚Demokratischer Kampf'(Sympathisanten des KB). Jusos 51,8 % (62 %), LDK 22,1 % (10%), MSB 10 %, KSB (KBW) 9 % (40 Stimmen verloren), SHB 6,4 %. 940 Studenten (37 %) beteiligten sich an der Wahl.
men verloren), SHB 6,4 %. 940 Studenten (37 %) beteiligten sich an der Wahl.

Frankfurt:

Bei einer Wahlbeteiligung von 30 % errangen die Linken zwei Drittel der Stimmen, die Rechten ein Viertel; KBW und MSB verloren weiter an Boden. Die Ergebnisse im einzelnen (Zahlen in Klammern: Ergebnisse des letzten Semesters):

SHI (Spontis) 34 % (29 %); Jusos 15 % (19 %); RCDS 15,3 % (14,3 %); MSB 7,4 % (9,5 %), LHV 8,9 % (9,4 %); KBW 4,8 % (8,4 %); ADS (Rechte) 1,4 % (4,2 %).

Marburg:

Bei einer Wahlbeteiligung von 38,6 % ergab sich folgende Stimmverteilung:

Jusos 16,8 % (- -); SHB 17,5 % (22,3 %); MSB 25,7 % (27,5 %); Judos 7 % (13,3 %); RCDS 9,7 % (9,2 %); AUD (Rechte) 7 % (9 %); KBW 6,2 % (9,4 %); KSV/KSB/ML 2,4 % (9,3 %). Deutlich ist der Einbruch des KBW und der Vaterlandsverteidiger sowie der Gewinn der Jusos, offenbar hauptsächlich auf Kosten der Judos und MSB/SHB.

Ein erheblicher Teil dieser Stimmen kommt wohl auch vom KBW (minus 150 Stimmen), da sich keine andere linke Alternative zur Wahl stellte und die Jusos auf „undogmatisch und unabhängig" machten.

Der bisherige AStA (MSB/SHB) verfügt im neuen SP über keine absolute Mehrheit mehr.

Kassel:

Bei einer Wahlbeteiligung von 26,4 % errangen die Basisgruppen die absolute Mehrheit. MSB, KBW und RCDS verloren.

Basisgruppen 54,3 % (50,4 %); MSB 14 % (20,3 %); KBW 9,1 % (12,3 %); LHV 11,7 % (11,7 %); RCDS 10,8 % (17 %).

Clausthal:

Bei den Wahlen zum Studentenrat wurde die Liste „Unabhängige Liberale" mit 7 Sitzen (9 beim letzten Mal) stärkste Fraktion. Jusos erhielten 5 Sitze (4), die Basisgruppe 3 (1), der SHB 1 (1) und der KBW 1 (1). Die Wahlbeteiligung betrug 30,7 % (Angaben nach „KVZ", 24.6.)

Tübingen:

Die Basisgruppenliste erhielt 10 Sitze, eine weitere Spontiliste noch
Tübingen:
Die Basisgruppenliste erhielt 10 Sitze, eine weitere Spontiliste noch
einmal 3. Die „gewerkschaftlich Orientierten" erhielten 8, der Soziallberale Hochschulbund 4 Sitze. Der RCDS und die HTS (Burschenschaftler) erhielten zusammen 8 Sitze. Die vom KBW unterstützte Liste erhielt keinen Sitz (Angaben nach „KVZ", 24.6.).

Düsseldorf:

Mit 33 % und 7 Sitzen wurde der RCDS wieder stärkste Fraktion. Der MSB erhielt 2, der SHB 6 Sitze, die Jusos erhielten 3. Einen Sitz errang der „Arbeitskreis fortschrittlicher Studenten"(?) (nach „KVZ", 24.6.).

Konstanz: Ehrung für Altnazi Kiesinger

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Universität Konstanz hatten sich die Universitäts- und Stadtverwaltung einen besonderen „Höhepunkt" ausgedacht:

- Ernennung des Altnazis Kiesinger zum Ehrenbürger und Ehrensenator der Uni!

Und noch fünf weitere „Persönlichkeiten" wurden geehrt:

- Theopont Diez, der die Uni in ihrer „schwersten Stunde" übernommen hatte, als Rektor und Prorektor wegen der Politik des Kultusministers Hahn zurückgetreten waren.
- Johannes Weyl, Leiter des „Südkuriers", wegen seiner „objektiven" Berichterstattung bekannt.
- Bruno Helmle, Oberbürgermeister von Konstanz;
- Kurt Büttner, führender Mann des Chemieunternehmens BykGulden (gehört zum Quantkonzern);
- Franz Steinkühler (IG-Metall), gilt eigentlich als „Linker", dem die „Gefühle in jenem Augenblick zwiespältig" waren, der die Gewerkschaftsführung aber dennoch würdevoll vertrat.

Am 10.6., der Tag der Kiesingerehrung, versammelten sich ca. 500 Studenten, um gegen diese Provokation zu demonstrieren.

Auf den Jubiläumsfeiern am 11.6. und 12.6. kam es zwar zu keinen geschlossenen Protesten, allerdings wurden die Reden von Hahn und Gleichauf (Finanzminister) immer wieder durch Zwischenrufe unterbrochen.

Der „Südkurier" kommentierte dies in üblicher Weise mit den Worten: „*Eine relativ kleine Gruppe von Studenten... hatte durch Krawall-Aktionen den ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung gestört*" (14.6.) Der ordnungsgemäße Ablauf der Veranstaltung sah vor, daß Studenten während der gesamten Dauer gar nicht zu Wort kommen sollten, während gleichzeitig in ihrem Namen einem Altnazi eine Ehrung ausgesprochen wird!

Kultusminister Hahn hatte denn auch schnell eine Begründung für die Unterdrückung der Meinungsäußerung der Studenten zur Hand: „*Sie (die Uni) ist eine Einrichtung des Staates, die aus Steuergeldern bezahlt wird*" und „*der Staat wird dafür sorgen, daß hier wieder Redefreiheit herrscht*" („Südkurier", 14.6.) Redefreiheit für Nazis und die , die sie stützen – aber natürlich nicht für „Verfassungsgegner".

Eine üble Rolle übernahmen auch hier wieder die Jusos. Während sie zwar die Ehrung Kiesingers als „*ungeheure Provokation*" empfanden, „*erteilten (sie) den Störern eine eindeutige Absage, und forderten eine respektvolle(!) Form der Auseinandersetzung*" („Südkurier", 14.6.76). Aber auch das nützte ihnen nichts: als ihnen respektvollerweise eine Frage auf der Versammlung genehmigt wurde, mußten auch sie erleben, daß von Hahn und Co. gar nicht daran gedacht wurde, sich damit auseinanderzusetzen. „*Gleichauf ließ sich nicht aus dem Konzept bringen*", meldete lakonisch der „Südkurier", wahrlich sehr „objektiv"!

Einen (allerdings nur auf den ersten Blick!) humorigen Anstrich bekam die Veranstaltung noch durch folgende Begebenheit: aus „Angst vor studentischen Störern" hatte die Konstanzer Polizei Verstärkung aus Freiburg angefordert. Die kamen, angesichts des sommerlichen Wetters, im „kleinen Dienstanzug", d.h. kurzärmelig und ohne Krawatte. Dies wollte der Polizeipräsident anläßlich des feierlichen Aktes nicht zulassen. Er forderte sie auf, die Dienstkleidung zu wechseln. „*Als sie sich nicht umziehen wollten, wurden die Beamten von zwei bewaffneten (!!) Zügen der Polizei in einer Einbahnstraße in Konstanz zum Wechseln des Hemdes gezwungen. Einem der Beamten sei dabei in der Öffentlichkeit das Hemd vom Leibe gerissen worden, einem anderen die Brille zerschlagen und ein dritter festgenommen und in Notarrest verbracht worden.*" („FR", 14.6.1976).

Dies zeigt die faschistischen Drill-Methoden, mit denen die Polizei ausgerichtet wird.

Nach einem Bericht von badischen Genossen

VDS-Demonstration in Bonn:

Ein „Höhepunkt", der keiner war

Am 22.6. fand in Bonn die zentrale Demonstration des VDS, des Dachverbandes der westdeutschen Studentenschaften, „Gegen den Abbau der demokratischen Grundrechte" statt. Dazu waren 20.000 Studenten nach Bonn gekommen (der MSB hatte natürlich wieder die Beine gezählt und war auf 35.000 gekommen). Obwohl im Vergleich zum letztjährigen Sternmarsch, der nun seit 1974 jährlich veranstaltet wird, der Kreis der Aufrufer (1975 nur MSB/SHB und einige Juso-Asten) sehr erweitert war, denn außer MSB/SHB und Jusos/LHV riefen auch einige Basisgruppen- und die KHB-ASten Bayerns (KHB: mit dem „Arbeiterbund ..." sympathisierende Studentenorganisation), sowie der KBW zur VDS-Demonstration auf, sank die Teilnehmerzahl weiter ab. Die Beteiligung war offenbar auch von den Veranstaltern höher erwartet worden. So hatte z.B. der Hamburger MSB/SHB-Uni-AStA im VDS-Zentralrat 3.000 Studenten angekündigt. Nach eigenen Angaben waren es „über 1.500" (75: 2.600 nach eigenen Angaben), während es tatsächlich knapp 1.000 waren (75: 2.ooo). Aus Bremen kamen nur noch ca. 300 Studenten (75: 800). Ähnlich sah es an anderen Unis aus. Insgesamt kam über die Hälfte aus Nordrhein-Westfalen, je ca. 4.000 aus Nord- und Süddeutschland zu dieser „zentralen Massenaktion".

Was vorher abzusehen war, wurde in Bonn deutlich unterstrichen. Von Jahr zu Jahr lassen sich weniger Kommilitonen für einen „Sternmarsch" dieser Sorte mobilisieren, wo unabhängig von der Bewegung an den Hochschulorten einfach Monate voraus willkürlich ein „Schwerpunkt" und ein Datum für die Studentenbewegung gesetzt werden, auf die dann die Bewegung an den Orten zurechtgestutzt wird. Von einer „Zusammenfassung der Kämpfe" durch diese VDS-Demo kann ernsthaft nicht die Rede sein.

Bedenkt man den Aufwand, der für diese Demo getrieben wurde, so wird der eigentliche Charakter klar: diese Aktionen müssen dafür herhalten, den Studenten einen wachsenden Einfluß der Reformisten und Revisionisten vorzugaukeln.

Wahlkampf für die SPD

Mit Ausnahme von Teilen des NRW-Blocks verlief die Demo nicht gerade kämpferisch. Auf der gemeinsamen Abschlußkundgebung erwartete die Demonstranten dann eine Überraschung. Statt wie ursprünglich verabredet Knickrehm (MSB), hielt Hartung von den Jusos die Hauptrede, während Knickrehm den „Conferencier" mimte. Der Grund für den Rollentausch wurde schnell deutlich. Hartung fand harte Worte für die CDU/CSU, die verantwortlichen Regierungspolitiker der SPD und FDP wurden jedoch geschont, ja es wurden sogar allerlei Wahlkampfversprechen (Abschaffung des NC, etc.) als hoffnungsvolle Ansätze präsentiert. Kurz und gut: man hörte eine Wahlrede für die SPD/FDP-Koalition. Wer will es den Demonstranten verübeln, daß sie relativ schnell den Münsterplatz verließen.

Nun war dies vorauszusehen, und von den Sympathisanten des KB lange vorausgesagt worden (vgl. SOLIDARITÄT Nr. 32). Dennoch hatten

Nun war dies vorauszusehen, und von den Sympathisanten des KB lange vorausgesagt worden (vgl. SOLIDARITÄT Nr. 32). Dennoch hatten

Teile der Basisgruppenfraktion in den VDS schließlich doch zu dieser Aktion aufgerufen, z.T. in der naiven Vorstellung, man könne der Demonstration durch seine eigene Beteiligung ein anderes Gesicht oder sogar einen anderen Inhalt geben.

Als der Vorster-Besuch bekannt wurde, wandte sich ein Teil der Basisgruppen-ASten vom Frankfurter Antirepressionskongreß aus an die VDS mit der Aufforderung, die Demonstration zu verlegen und zu einer antiimperialistischen Demonstration gegen den Besuch von Vorster und Kissinger umzuwandeln. Dies geschah aus unterschiedlichen Gründen. Ein Teil der BG-ASten, darunter vor allem der KHB (Sympathisanten des „Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD"), war ohnehin entschlossen, an der Demonstration teilzunehmen und wollte den Anti-Vorster-Protest als einen zusätzlichen Punkt mit aufnehmen, ohne allerdings den Schwerpunkt der Demo ändern zu wollen. Dabei ging es dem KHB auch darum, sein Einschwenken auf die Sternmarsch-Politik antiimperialistisch zu verbrämen.

Ein anderer Teil (vor allem die Sponti-ASten Frankfurt u.a.) sahen zwar in der VDS-Demo keinen Sinn, meinten aber, durch ihr Auftreten auf der VDS-Aktion dieser zumindest in Teilen eine antiimperialistische Stoßrichtung geben zu können. Diese Genossen planten auch, von der Abschlußkundgebung der VDS weg zur südafrikanischen Botschaft zu demonstrieren.

Vorster-Protest: Antiimperialistisches Feigenblatt der VDS-Führer

Der Antrag der BG-ASten wurde von MSB und Jusos „flexibel" aufgenommen. Sie boten kurzerhand an, man könne ja auch Anti-Vorster-Parolen mittragen, luden einen ANC-Redner ein, und rührten in der Folgezeit die Werbetrommel, daß nun auch diejenigen, die gegen Vorster demonstrieren wollten, mit nach Bonn kommen müßten. Immer nach dem Motto: die Demo bietet für jeden was, Hauptsache es laufen genug Studenten im Schlepptau von Jusos, MSB und SHB. Besonders der MSB nutzte diese Sache dazu aus, um gegen die entstandene Protestbewegung, die örtlich oder regionale Demonstrationen gegen den Vorster-Kissinger-Besuch vorbereitete, als „Spalter" zu hetzen. Tatsächlich wurden von seiten des MSB oder der Jusos auf der Demo keine Parolen gegen Vorster gerufen oder getragen, allenfalls von den Basisgruppen. Noch deutlicher wurde dieses Verhalten, als von Jusos und MSB gemeinsam verhindert wurde, daß die anschließende Demo von Teilen der BGen (ASten Tübingen, Frankfurt u.a.) angekündigt werden konnte. Der MSB verhinderte eine breite Beteiligung noch dadurch, daß er die Busse einfach zurückfahren ließ. So waren nur 150-200 aufrechte Antiimperialisten unter sich, die um die verbarrikadierte Botschaft herumzogen.

Die linken ASten im VDS: Blamabel!

Wenn auch die VDS-Demo als „zentrale Zusammenfassung" mißlang, so war sie für den MSB doch ein Erfolg auf anderem Gebiet. Nachdem er die Demo gemeinsam mit den Jusos gegen die gesamte linke Fraktion auf der VDS-MV durchgesetzt hatte (vgl. AK 78), sprang schon bald der KHB mit der denkwürdigen Begründung auf, man könne sich nicht gegen über 70 % der ASten stellen. Weiter solle man eine solche Aktion danach beurteilen, „ob die poli-

gründung auf, man könne sich nicht gegen über 70 % der ASten stellen. Weiter solle man eine solche Aktion danach beurteilen, „ob die poli-

tischen Ziele dieser Aktion richtig sind und nicht, ob die gewählte Aktionsform zur Zeit optimal ist" („KSZ" 39 des KHB). Wir wollen dem KHB nicht soviel Naivität unterstellen, als habe er nicht gewußt, daß die „politischen Ziele" dieser Aktion die Orientierung der Studenten weg vom selbständigen Kampf an den Hochschulen hin zu „spektakulären Massenaktionen" waren, mit denen angeblich das „schrittweise Zurückdrängen" der Monopole erreicht wird. Orientierung auf die SPD – das war das politische Ziel der Jusos. Sind das vielleicht in den Augen des KHB richtige Ziele? Aber scheinbar ist der KHB bereit, zugunsten seines Wunschtraums einer „Aktionseinheit" mit dem MSB, zu der dieser in der Praxis nicht bereit ist, auch solche typischen MSB/Juso-Aktionen (deren Form ja schließlich nicht zufällig ist) mitzumachen. Stinkt es auch noch so sehr nach MSB/Juso-Stellvertreterpolitik, beim KHB wirds zur „Aktionseinheit". So wundert es uns auch nicht, daß die KHB/DF-Vertreter keinen Handschlag zur Unterstützung der anschließenden Vorster-Demonstration der Spontis taten, wurde dadurch doch das harmonische Bild der „Aktionseinheit" gestört.

Andere Teile der BG-Fraktion u.a. die ASten aus Frankfurt und Tübingen) hatten offenbar nicht die Absicht, auf die VDS-Demonstration aufzuspringen, sie ließen sich jedoch von der Illusion leiten, entweder die VDS-Demo umfunktionieren zu können, oder doch zumindestens die anwesenden Studenten für eine anschließende antiimperialistische Aktion gewinnen zu können. Objektiv wurden damit Kräfte abgezogen von der Organisierung einer eigenständigen Anti-Vorster/Kissinger-Mobilisierung, die zu der Zeit bereits an vielen Orten (u.a. Frankfurt) lief. Die Linke muß auch im VDS sehen, daß sie zur Politik der Mehrheit im VDS-Vorstand wirkliche Alternativen entwickelt, anstatt sich darauf einzulassen, vom MSB und den Jusos einmal durchgesetzte Aktionen, die man selbst als schädlich erkennt, durch eigene Mobilisierung noch zusätzlich aufzuwerten. Unter den fortschrittlichen Studenten kann das nur Verwirrung stiften.

Zwei äußerst „revolutionäre" Blöcke

Zur VDS-Demo hatten auch KBW und KSV (als „Fachschaftenzentralrat München" verkleidet) mobilisiert. Besonders der KBW hatte sich wirklich Mühe gegeben. Allein, auf der Demonstration war von ihm nicht viel zu sehen. Zwar weiß „h.j." in der „KVZ" 25 von *„wachsenden Schwierigkeiten"* der MSB- und Juso-Führer zu berichten, doch war davon auf der Demo nicht viel zu merken, besonders nicht vom KBW, der in der „KVZ" auch noch unter der Hand so tut, als hätten seine Forderungen *„das Bild der Demonstration ..bestimmt"*. Die magere Präsenz des KBW läßt den Schluß zu, daß nicht einmal innerhalb seiner ohnehin ziemlich zusammengeschrumpften Studentengruppen eine Begeisterung für diese Aktion bestand, hatte doch der KBW auf der VDS-MV noch gegen sie gestimmt.

Von gelegentlichen Schreiereien über die „politische Unterdrückung in der DDR" abgesehen, blieb auch der KSV ein kümmerlicher Randhaufen.

Deutlicher als noch bei den letzten „Sternmärschen" hat diese Aktion den wachsenden Unwillen eines breiten Teils der fortschrittlichen Studenten über die „zentralen Aktionen" gezeigt, die völlig aufgesetzt nur der Imagepflege von Jusos, MSB und SHB dienen. Dies zeigt sich insbesondere auch darin, daß es den Basisgruppen nicht gelungen ist, einen größeren Teil von Studenten für diese Demo zu mobilisieren. Hieraus muß von den Linken – und hierbei wenden wir uns insbesondere an die sozialistischen Basisgruppen – die Konsequenz gezogen werden, sich nicht immer wieder vor den Karren der Reformisten und Revisionisten spannen zu lassen, sondern sich auf die Entwicklung von wirklich kämpferischen Aktionen an den eigenen Hochschulorten zu konzentrieren. Hierzu ist aktuell eine intensive Auseinandersetzung innerhalb der Basisgruppen selbst notwendig, da die Erfahrungen gezeigt haben, daß, trotz Ablehnung dieser Aktionen durch die Mehrheit, durch bestimmte Kreise immer wieder eine Orientierung auf die Politik der Jusos und des MSB betrieben wird. Sollte diese Linie die Oberhand behalten, wird es über kurz oder lang

eine Orientierung auf die Politik der Jusos und des MSB betrieben wird. Sollte diese Linie die Oberhand behalten, wird es über kurz oder lang

zu einem Bruch innerhalb der Basisgruppen kommen. Im Interesse einer wirklich sozialistischen Politik liegt es deshalb, diese Auseinandersetzung sofort zu beginnen.

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

Marburg 500000 DM oder 6 Monate Haft

Der dem RCDS nahestehende Marburger Student Wolf, der durch mehrere Prozesse gegen den AStA bekanntgeworden ist, hat jetzt eine einstweilige Verfügung gegen den amtierenden AStA eingereicht, nach der es dem AStA bei Androhung einer Strafe von 500.000 DM oder 6 Monate Haft untersagt werden soll:

- weiterhin in seinen Publikationen den „Sowjetstern" (fünfzackiger roter Stern) zu gebrauchen;
- weiterhin Mitglied in der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (VDS) zu sein, womit die RCDS-Kampagne „Klagt den VDS kaputt" fortgesetzt wird;
- Solidaritätserklärungen abzugeben, wie dies z.B. anläßlich des Druckerstreiks geschehen ist;
- weiterhin die „Marburger Blätter" (Marburger Studentenzeitung unter Regie des AStA) zu finanzieren.

Damit soll nach der gescheiterten Amtsenthebung des AStA dieser durch Gerichtsbeschlüsse und finanzielle Austrockung gezwungen werden, auf das Politische Mandat zu verzichten.

Fällt der NC?

Wie schon die Berufsverbote wird jetzt eine weitere „unpopuläre" Maßnahme zum Wahlkampfthema hochstilisiert: der Numerus Clausus (Zulassungsbeschränkung). Nach dem „Wissenschaftsrat" (Gremium aus Vertretern der Hochschulen, der Länderregierungen, der Industrie und des DGB) verkündigte auch die SPD in ihrem „Regierungsprogramm 76 – 80", daß der NC überflüssig sei. Ihr schlossen sich ebenfalls die FDP und die CDU/CSU an.

Hintergrund für die neuen Überlegungen zum Thema NC ist, daß *„zu Beginn der 80iger Jahre jährlich rund 760.000 Jugendliche schulische und betriebliche Ausbildungsplätze beanspruchen"* werden („Süddeutsche Zeitung", 16.6.). Mit der immer katastrophaleren Situation auf dem Lehrstellenmarkt (nach „SZ" vom 16.6. werden in den nächsten Jahren jeweils 120.000 Lehrstellen fehlen) wird der NC immer mehr zu einem Bumerang; denn die zunehmende Zahl der Abiturienten nimmt in steigendem Maße den Haupt- und Realschülern die Lehrstellen weg.

Um den darin enthaltenen sozialen Zündstoff zu mildern steht heute schon fest: *„die Hochschulen werden in den nächsten Jahren weit mehr Studenten aufnehmen müssen als bisher"* („SZ", 12.6.).

Schon jetzt ist aber auch klar, daß dies *„mit einer real konstanten oder nur leicht steigenden finanziellen Ausstattung der Hochschulen"* („SZ", 12.6.) geschehen soll. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) empfiehlt deshalb *„auf 850.000 Studienplätzen ... rund eine Million Studenten auszubilden"* („Welt", 16.6.). und schlägt den Regierungschefs vor, *„eine noch festzulegende ‚Überlastungsquote' von Studenten über ihre* (der Hochschulen, Anm. d. Red.) *eigentliche Kapazität hinaus aufzunehmen"* („Welt", 16.6.1976).

Konkreter wurde schon der Präsident der Uni Hamburg, Fischer-Appelt, der in einem Spiegelinterview vorschlug, daß jede Hochschule 25 % mehr Studenten aufnehmen solle. Da dies alles bei stagnierender finanzieller Ausstattung der Hochschulen geschehen soll, ist von vornherein klar, daß die Lasten allein auf dem Rücken der Studenten und der Lehrkräfte abgeladen werden.

Den Vogel schoß dabei bisher die FDP ab. Auf einer Sitzung der Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen wurde folgender Vorschlag ausgearbeitet: *„Rationeller Einsatz der Hochschuleinrichtungen über zwölf Monate* (das bedeutet Einführung des Studienjahrs, Anm. d. Verf.), *an sechs (!) Tagen in der Woche und bis zu 16 (!) Stunden täglich; Erhöhung der Lehrverpflichtung der Hochschullehrer, Verkürzung der Ausbildung"* („SZ", 21.6.) Der Wissenschaftsrat ergänzt diese Vorschläge noch durch *„Straffung der derzeit vorhandenen Studiengänge durch Regelstudienzeiten und durch eine inhaltliche Entlastung"* („Welt", 23.6.).

Die gesamte Planung läuft also gegenwärtig darauf hinaus, durch eine erhebliche Verschlechterung der Ausbildung und durch eine erhebliche Mehrbelastung für den Lehrkörper mehr Studenten durch die Hochschulen zu schleusen. Zynisch bemerkt Bildungsminister Rohde dazu: *„Nachdem das Hochschulrahmengesetz die Voraussetzungen für die Neuordnung des Studienangebots und für die Verkürzung der Verweilzeiten geschaffen habe, müßten nun durch eine Öffnung der Hochschulen Konsequenzen zugunsten (?!) der Studienberechtigten gezogen werden"* („SZ", 16.6.). Welche *„Konsequenzen zugunsten der Studienberechtigten gezogen werden"*, zeigen schon die Vorstellungen der FDP. Drastisch bringt dies der Vorsitzende der Westdeutschen Rektoren-Konferenz, Knoop, zum Ausdruck: *„Können wir den Bürgern unseres Landes und insbesondere den Angehörigen der starken Jahrgänge die Öffnung der Hochschulen versprechen? Keineswegs in dem Sinne des Studieren-Könnens, wo man will und was man will ... allerdings (könnte) in den Bereich des Möglichen rücken, daß jedem Bewerber irgendein sinnvolles Angebot an irgendeinem Studienort gemacht werden kann"* („SZ", 12.6.).

Wohin dieser Zug letzlich fahren soll, macht die CDU klar. Sie strebt *„als Ziel an, den Trend zu unterstützen, daß weniger Abiturienten als bisher auf die Hochschule gehen wollen (?)"* („Welt", 20.5.). Ist erstmal erreicht, daß die Jugendlichen freiwillig auf das Recht auf Bildung verzichten, dann verspricht die CDU jedem Studierwilligen einen Studienplatz – vorausgesetzt, er bringt seine *„Berufs- und Bildungswünsche ... mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes zu einem sinnvollen Ausgleich"* („Bayern-Kurier", 5.6.).

Schon jetzt liegen 10.000 Lehrer auf der Straße oder können ihre Ausbildung nicht beenden, bis zum Jahr 1980 erwartet der bayrische Kultusminster mindestens 40.000 arbeitslose Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker. Angesichts dieser Tatsachen wird klar, daß die vielgepriesene „Öffnung der Hochschulen" nichts weiter als der Versuch ist, die katastrophale Ausbildungssituation für die Jugendlichen kurzfristig zu kaschieren. Mit der „Öffnung der Hochschulen" werden Lehrer und Akademiker auf Halde produziert! Wieder eine „echte sozialdemokratische Reform"!

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

Flensburg:

Flensburg:

Juso-AStA muß abdanken

Mit 12:8 Stimmen sprach das Studentenparlament der PH-Flensburg dem amtierenden Juso-AStA auf der letzten Sitzung das Mißtrauen aus. Bisher hatte der AStA bei den 24 „Parlamentariern" auf eine solide Mehrheit gegen 8 Stimmen der „Liste Demokratischer Kampf" (LDK) bauen können. Dadurch wurden jetzt Neuwahlen nötig.

Als die GEW-Studentengruppe an ihrem Informationsbrett ein Staeck-Plakat (mit dem ehemaligen schleswig-holsteiner Ministerpräsidenten, Lembke, als Nazi-Bürgermeister) anbrachte, wurde dies auf Anordnung des Kultusministers abgerissen (siehe AK 81).

Die GEW-Studentengruppe, die Mitglieder der LDK und die Studentengruppe des KB forderten daraufhin die Studenten auf, mit massiven Aktionen gegen diese Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit zu protestieren. Insbesondere wandten sie sich auch an den Juso-AStA, diese Initiativen zu unterstützen.

Am Montag, den 14.6., kam es zu einem spontanen Proteststreik, in dessen Verlauf die abgerissenen Plakate wieder aufgehängt wurden.

Die Jusos allerdings konnten sich nicht entschließen, diese Aktionen zu unterstützen, da sie einer Konfrontation mit dem Kultusministerium ausweichen wollten. In gewohnter Manier diffamierten sie den Protest, da es damit *„in Sachen ‚Staeck' nach kopflosem Aktionismus schließlich gelungen* (ist), *dem KuMi Handhabe zum rigorosen Durchsetzen des reaktionären Landeshochschulgesetzes zu liefern"*.

Noch übler in einem weiteren Flugblatt: *„Die LDK und GEW-Vorstand* (an der Hochschule, die Red.) *in Personalunion eskaliert im Alleingang die Vorgänge um das Staeck-Plakat, um für ihre Aktionen die Solidarität der Studentenschaft und der Hochschulgruppen zu erpressen* (Hervorhebung im Original)."

Nach Meinung der Jusos haben an der Eskalation des „Vorgangs" also wieder einmal die Schuld, die, trotz geschaffener Gesetze, sich nicht das Recht auf politische Informationsfreiheit nehmen lassen. Die Jusos lassen es sich dann auch nicht nehmen, den Linken vorzuwerfen, *„mit* (diesen) *unreflektierten Aktionen setzt die LDK und der GEW-Vorstand in Personalunion die verfaßte Studentenschaft aufs Spiel"*.

Die Logik dieser Argumentation: diejenigen, die sich gegen den Abbau demokratischer Rechte wehren, haben Schuld daran, daß diese weiter eingeschränkt werden. Konsequenz: Stillhalten – damit auch der Staatsapparat stillhält!

Dieses Zurückweichen vor den konkreten Erfordernissen einer demokratischen Studentenpolitik machten allerdings die eigenen Mitglieder nicht mit. Auf der Studentenparlamentssitzung bekam der Juso-AStA die Quittung: vier Mitglieder ihrer eigenen Fraktion stimmten gegen die vom AStA eingebrachte Vertrauensfrage. Nur weiter so!

Arbeitsgruppe Studenten
KB/ Gruppe Hamburg

PH Westberlin Bulleneinsatz und erneuter Streik

Nach dem ersten Warnstreik der Westberliner PH - Studenten, der ausgelöst wurde durch die Sperrung der AStA - Gelder durch die Hochschulverwaltung (s. AK 81, S.28) , wurde die Auseinandersetzung seitens der Hochschulleitung und des Senats verschärft.

Als erstes verschickte Rektor Heistermann eine Woche nach Ende des Warnstreiks an alle Hochschulangehörigen einen unverschämten Drohbrief. Darin bezeichnete er den Streik als *„illegale Aktion"*; das Aufstellen von Streikposten bedeute *„u.U. Nötigung und Hausfriedensbruch"*. Er kündigte bei *„solch rechtswidrigem Verhalten"* für die Zukunft *„eine entsprechende Antwort"* an. In demselben Brief wollte er den AStA frech auf die *„konstuktive"* Mitwirkung an den *„Aufgaben der Hochschule"* festlegen, ihm also das politische Mandat und das Recht, studentische Kämpfe zu organisieren, absprechen. Diese Drohungen wurden vom zuständigen Senator Löffler ausdrücklich gebilligt.



„Streik an der PH Westberlin"

Auf der darauffolgenden, seit drei Jahren bestbesuchten Vollversammlung (VV) konnte sich weder die KHG (KBW) mit ihrem traumtänzerischen „Dauerstreik", noch wir uns mit dem Vorschlag, einen eintägigen Proteststreik mit Go - In beim Rektor zu organisieren, durchsetzen. Stattdessen wurden einwöchige „Aktionstage" beschlossen, was eher den Vorstellungen der ADS (SEW) entsprach, die die ganze Woche vorher noch von Weiterstreiken geredet hatte, dann aber, als der Rektor drohte, die „Basis verbreitern" wollte, obwohl mehr Studenten als zuvor die VV besuchten.

Wie erwartet, verpufften die „Aktionstage" völlig, und es war klar, daß die in diesem Semester wieder zustandegekommene Bewegung unter den PH-Studenten bei Ausdehnung solcher „Aktionstage" vollends verläppern würde, Deshalb wurde auf einer neuen, schon schwächer besuchten VV gegen die Stimmen der ADS ein dreitägiger Streik vom 14. - 16.6. beschlossen.

Jetzt reagierte Senator Löffler brutal : Über den Rektor hinweg ordnete er mit einer Staatsaufsichtsmaßnahme den Polizeieinsatz während des Streiks „zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs" an der PH an. Bullen besetzten sämtliche Eingänge, streikende Studenten auf dem Campus wurden von ihnen oft von drei Seiten gleichzeitig gefilmt und fotografiert; fünf Studenten wurden nach plötzlichem, überfallartigen Knüppeleinsatz der Bullen wahllos festgenommen. Stellvertretend für alle anderen sollen sie jetzt für ihre aktive Streikbeteiligung vor Gericht gestellt werden. Die PH wurde in eine Polizeihochschule verwandelt. Wer das sagte, lief aber schon wieder Gefahr, festgenommen zu werden : Ein Kommilitone, der eine Plakette „PH = Polizeihochschule" trug, wurde deswegen auf dem Nachhauseweg (!) von einer ruhig verlaufenen Demonstration gegen den Bulleneinsatz an der PH am 19.6. von Zivilbullen festgenommen.

Es blieb aber nicht bei Bulleneinsatz und Strafanzeigen. Die Hochschulleitung drohte allen, die nicht unter „Polizeischutz" studieren wollten, mit Verweigerung der Seminarscheine; Löffler sprach von „Semesteraberkennung."

Trotz dieser brutalen und massiven Einschüchterungsmaßnahmen : Der Streik wurde durchgehalten ! Die „studierwilligen" Studenten konnten bis auf ein paar hartgesottene Reaktionäre angesichts der Bullen vor den Türen von den Streikposten überzeugt werden, nicht in die Seminare zu gehen, der größte Teil blieb lieber gleich zuhause, trotz Aufforderung über Radio (!), zur PH zu kommen. Innerhalb weniger Stunden unterschrieben über 40 PH - Dozenten eine Erklärung, daß es für sie unmöglich sei, während des Polizeieinsatzes Lehrveranstaltungen durchzuführen. Sie forderten sofortigen Abzug der Polizei, Zurückziehung aller Strafanzeigen und Anerkennung des Semesters. So fand kaum ein Seminar statt, wenn, dann meist als „Einzelunterricht". Als dieHochschulleitung Angestellte beauftragte, zu kontrollieren, welcher Dozent mit wievielen Studenten seine Seminare abhält, weigerten sie sich, dies zu machen.

Die Einhaltung des Streiks wiegt umso schwerer, als die ADS und der AStA vor dem Bulleneinsatz gegen den Streik auftraten : Der in den Wahlfächern gewählte Streikrat wurde von ihnen boykottiert. Die ADS - Mitglieder standen nur Streikposten, um dort mit Hinweis auf eine anonyme „schweigende Mehrheit", die nicht für Streik sei, Stimmung gegen den Streik zu machen, „Studierwillige" für einen vorzeitigen Streikabbruch zu mobilisieren und stattdessen eine Unterschriften„aktion" für die sofortige Auszahlung der AStA - Gelder durchzuführen ! Damit konnten sie höchstens bei den Reaktionären landen und mußten - unter dem Druck der streikenden Studenten - ihren vorzeitigen Streikabbruch zurück ziehen.

Allerding kann nicht übersehen werden, daß die brutalen Einschüchterungsmaßnahmen auch Wirkung zeigten : So ging die Beteiligung an den Streikposten immer mehr zurück. Die Gefahr der Einschüchterung wurde besonders dadurch gefördert, daß die Streikposten als kleinere Gruppen den ständigen Provokationen der Bullen ausgesetzt waren und keine geschlossenen Protestaktionen aller streikenden Studente n gegen diese Provokationen zustande kamen.

Die Unsicherheit vieler Studenten zeigte sich am deutlichsten auf einer VV am letzten Streiktag. Unser Vorschlag, am besten mit den anwesenden 1000 Studenten, die teilweise aus Solidarität auch von anderen Hochschulen gekommen waren, von der VV weg eine geschlossene Protestaktion durchzuführen, fand keine Zustimmung. Vielmehr wurde die VV durch sich oftmals wiederholende Streikeinschätzungen zerredet und mit gezielten Geschäftsordnungsanträgen chaotisiert. Ohne über die konkrete Durchführung zu diskutieren, wurde am Ende über die Fortführung des Streiks in derselben Woche abgestimmt. Dafür gab es dann nur eine 3 - Stimmen - Mehrheit (163 : 169; 48 Enthaltungen).

In der zweiten Abstimmung wurdc die Durchsetzng des Steikbeschlusses abgelehnt. Alternative Kampfschritte konnten nicht mehr organisiert werden. Letzlich konnte die ADS so die Unsicherheit der meisten Studenten ausnutzen, um mit einer demagogischen Betonung der „ Langfristigkeit" des Kampfes den jetzigen Protest gegen den Bulleneinsatz möglichst lange hinzuhalten und verläppern zu lassen.

Trotzdem müssen jetzt der Protest gegen Polizeieinsatz und Strafanzeigen organisiert und Scheinverweigerungen verhindert werden. Gerade in der Frage der Scheinvergabe sind alle Dozenten gezwungen, zu dem Bulleneinsatz Stellung zu nehmen, und können mehr Studenten für Kampfaktionen gegen reaktionäre Professoren und die Hochschulleitung gewonnen werden.

PH-Studenten
KB/Gruppe Westberlin

Westberlin
Neuer FU-Präsident gewählt
KBW-Provokateure betrügen Studenten

Am 22. Juni wurde der Heidelberger Germanistikprofessor Lämmert zum neuen FU-Präsidenten für sieben Jahre gewählt. Diese Wahl wird vom Konzil durchgeführt; der Senator für Wissenschaft und Kunst, Löffler, muß sie aber bestätigen, was er hier auch machte. In der Abstimmung bekam Lämmert 84, Baske 70 Stimmen, drei KHG'ler (Hochschulgruppe des KBW) enthielten sich der Stimme.

Lämmert wurde mit den Stimmen der „Linken Fraktion" (linke SPD, Jusos, Linksliberale, SEW/ADSen und Spontis) und einem Teil der „Mittelfraktion" (Reform„sozialisten", SPD'ler) gewählt, während der andere Teil der „Mittelfraktion" mit der rechten Fraktion („Liberale Aktion" und „Reformgruppe") Baske wählte. „Liberale Aktion" ist eine ultra-rechte Professorengruppe, die arbeitsteilig mit der „Notgemeinschaft FU" (Nofu), Ableger des rechtsradikalen „Bund Freiheit der Wissenschaft", zusammenarbeitet, während die „Reformgruppe" die Studentengruppe der Rechten ist (RCDS)!

Der Kandidat Baske war als Vizepräsident der FU u. a. verantwortlich für das Berufsverbot gegen S. Plogstedt. Er sollte der Garant sein, der angesichts der Überfüllung der Uni, den Berufsverboten, dem Ordnungsrecht, dem gesteigerten Leistungsdruck etc. für Friedhofsruhe sorgt und eventuellen Widerstand der Studenten mit Staatsgewalt beantwortet.

Tage vor der Wahl war der Ausgang vollkommen unsicher, da Teile der „Mittelfraktion" (Reform„sozialisten") zu Baske umkippten und Lämmert von der Nofu, Springerpresse und, nur nicht zu offen, auch vom Senat als „Volksfrontkandidat" angegriffen wurde. **Zu dieser Zeit sah es so aus, als ob die KHG (KBW) das „Zünglein an der Waage" sein würde, und daß ohne deren Stimmen Baske Präsident würde!**

Demgegenüber ist Lämmert ein Liberaler, der als Präsident des Germanistenverbandes an einer Resolution gegen den Radikalenerlaß mitgearbeitet und gegen Regelstudienzeit und reaktionäre Studienformierung Stellung bezogen hat. Das bedeutet nicht, daß Lämmert nicht auch mal dem Druck des Senats weichen und unter Umständen die Polizei an die Uni holen könnte. Er ist aber Sand im Getriebe der Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und nicht Öl wie Baske, dessen erste Amtshandlungen sicher die Einschränkungen von Büchertischen, Raumvergabe etc. gewesen wäre.

Die KHG gab darauf ein Flugblatt heraus, in dem Baske als ein Reaktionär verstanden wurde. *„Zweifellos, verglichen mit Baske, ist Lämmert schon fast ein Linker"* (KHG-Flugblatt). Sie machten aber ihre Stimmen von acht Forderungen abhängig, die Lämmert unterschreiben müßte: u. a. Weg mit dem KPD-Verbot, kostendeckende Ausbildungsförderung, Einspruchsrecht gegenüber allen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen. *„Diese Forderungen sind der Prüfstein und nicht irgendwelche Versprechungen, daß es bei dem einen nicht so schlimm wird wie bei dem anderen"*. Einige dieser Forderungen hatte Lämmert vorher schon bei Befragung durch das Konzil und in der Presse erfüllt. Provokatorisch waren diese Forderungen i n d i e s e r S i t u a t i o n allerdings deshalb, weil ein Eingehen Lämmerts auf diese Forderungen sicher bewirkt hätte, daß die „Mittelfraktion" ihm die Unterstützung entzogen hätte. Dann wäre der Reaktionär Baske neuer Unipräsident geworden!

Die KHG rief einen Tag vor der Wahl zu einer Veranstaltung auf, auf der darüber beraten wurde, ob dieser Katalog die Grundlage für eine Stimmabgabe sein sollte, oder ob man Lämmert ohne derartige „Bedingungen" wählen sollte. **Die KHG sagte zu, daß sie entsprechend der Entscheidung dieser Veranstaltung stimmen werde.** Etwa 1.000 Studenten waren erschienen. **Bei der Abstimmung waren bis auf ca. 70 KHG-Sympathisanten alle für eine Lämmert-Wahl ohne Bedingungen,** aus den oben angegebenen Unterschieden zwischen den beiden.

Darauf gab die KHG bekannt, daß sie sich gemäß eines imperativen Mandats den Wünschen der Studenten beugen und Lämmert wählen würde. Am nächsten Tag während der Wahlsitzung des Konzils gab die KHG jedoch eine Erklärung ab, daß sie sich nur dann dem imperativen Mandat der Studenten beugen werde, wenn Lämmert dies in Zukunft auch tun wolle. Unter einem wütenden Pfeifkonzert der fortschrittlichen Studenten und dem Beifall der Rechten (!) wurde diese Erklärung verlesen.

Lämmert konnte diese Zusage natürlich nicht geben, und die KHG brach ihr Versprechen, sich dem Votum der Studenten zu beugen. Zu dieser Zeit sah alles nach einer Wahl Baskes aus! Sprechchöre wie "KHG in die Spree", Zwischenrufe, daß sich die KHG zu der rechten Fraktion setzen solle und daß Baske's erste Amtshandlung der Polizeischutz für die KHG'ler sein würde, antworteten auf diese Schweinerei. Nur die Wahl Lämmerts hat diese Leute an diesem Tag beschützt; trotzdem mußte sich KHG-Führer W. das Ausspucken vor seinen Füßen gefallen lassen. Wandzeitungen der KHG wurden mit den Worten: „Baske-Hochschul-Gruppe, Studentenverräter" korrigiert.

Die KHG-Führung hatte ihre Entscheidung getroffen, als der Großteil ihrer Mitglieder zur VDS-Demonstration nach Bonn unterwegs war!

Sie haben damit nicht nur sich selbst entscheidend geschadet (darum ist es nicht schade), sie haben einer pauschalen „K-Gruppen"-Feindlichkeit Vorschub geleistet und hätten der Studentenbewegung insgesamt bei einer Wahl Baskes einen Tiefschlag versetzt.

Dieses Verhalten wird den Jusos und SEW'lern Wasser auf ihre Mühlen lenken, obwohl diese n i e sich an ein imperatives Mandat gebunden fühlen. Darüber hinaus unternahmen gerade diese Leute nichts, um die Diskussion über die Präsidentenwahl unter den Studenten voranzutreiben.

Gegen die Provokation der KHG muß in Fachbereichsinitiativen, Seminaren etc. der Kampf geführt werden, indem in Resolutionen die einzelnen Zellen der KHG aufgefordert werden, sich zu distanzieren und ihre Austrittserklärungen zu schreiben.

Als Beispiel in die richtige Richtung wurde am 23. 6. von der „Liste Aufrechter Gang" zu den Fachbereichsratswahlen bei den Germanisten beschlossen, daß die KHG-Vertreter von der Liste gestrichen werden, wenn sie sich nicht öffentlich von dem Vorgehen der KHG distanzieren.

„Alle Reaktionäre schäumen jetzt"

Inzwischen hat die KHG ihrer groben Mißachtung der demokratischen Entscheidung der Studenten noch einen weiteren Höhepunkt draufgesetzt. Am 23. 6. gab die KHG folgende Stellungnahme ab:

„Die KHG begrüßt die Erklärung ihrer Mitglieder ihm Konzil. Diese Erklärung stellt fest, daß die Mitglieder der KHG die Interessen der Studentenbewegung durch Stimmabgabe gegen Lämmert hochhalten. Dadurch hat die KHG gemachte Fehler korrigiert. Diese Fehler bestanden darin, auf der Versammlung vom Montag, den 21. 6., nicht die Auseinandersetzung mit Politikern zu suchen, die versuchen, die Studenten-Bewegung ideologisch zu entwaffnen, politisch handlungsunfähig zu machen. Wir haben im Gegenteil die Verbindung mit diesen Leuten gesucht. Dieser Weg der Übereinkunft mit bürgerlichen Politikern liefert die Studenten-Bewegung an die Bourgeosie aus, denn er ist nur möglich auf Kosten der Studenten.

Richtig ist, wenn die Studenten gegenüber dem Staatsapparat ihre Interessen geltend machen. Dies haben unsere Vertreter getan, indem sie nicht bereit waren, das Mandat, das ihnen die Versammlung gab – die Berechtigung, L. zu wählen – unter anderen Bedingungen weiterzugeben als sie selbst dieses Mandat von den Studenten erhalten haben. Mithin ist die reaktionäre Intrige, ein einheitliches Votum für den Präsidenten und sein Programm der „Integration und vertrauenswürdigen Zusammenarbeit" zu erhoffen, geplatzt.

Alle Reaktionäre schäumen jetzt. Die Revolutionäre freuen sich darüber."

Ins Deutsche übersetzt heißt das: Die KHG begrüßt, daß sich ihre Vertreter nicht an das Votum der Studenten und an ihre eigenen Zusagen gehalten haben. Die KHG pöbelt überdies in geradezu unglaublicher Weise alle Studenten, die über dieses Verhalten empört sind, als „schäumende Reaktionäre" an.

Vor drei Jahren haben die Konzilsmitglieder der KHG bei ihrer Wahl noch versprochen: *„Weiter werden die Listenvertreter auf die Wahl der Vizepräsidenten, die in Kürze stattfinden wird," Einfluß nehmen, und z. B. die Wahl eines offenen Nofu-Reaktionärs zu verhindern suchen (!!). Das gleiche gilt für die Wahl der Kuratoriumsvertreter und die wahrscheinlich in der nächsten Wahlperiode anstehende Wahl des Präsidenten"*.

Wie ernst sind diese Leute noch zu nehmen? Ständig das imperative Mandat im Munde zu führen, sich aber praktisch nicht daran zu halten, wenn es ihnen nicht in den Kram paßt! Man muß diesen Leuten nicht nur auf's Maul, sondern vor allem auf die Finger schauen (und gegebenenfalls hauen)!

Hochschulgruppe FU
KB/Westberlin

Uni München
Kultusminister ausgepfiffen

Auf Einladung des „Sprecherrates" der Uni München (RCDS) wollte der bayrische Kultusminister Prof. Hans Maier zum Thema *„Bildung und Beruf - ein Gegensatz?"* sprechen.

Doch den linken Studenten in München war der brutale Polizeieinsatz gegen eine ASTA - Vollversammlung, den Maier ausdrücklich gerechtfertigt hatte, noch gut in Erinnerung. So bekam Maier, als er den Hörsaal betrat, an Stelle von Applaus einen Hagel von mit Wasser und Mehl gefüllten Plastikbeuteln zu spüren.

Die „Nürnberger Zeitung "vom 23.6. schilderte diesen Vorfall so schön :

„Nachdem sich Maier dennoch einen Weg zum Podium gebahnt hatte, um für die übrigen Studenten des RCDS zu reden, gingen seine Worte in einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert, Gejohle, und Getrampel unter. Eineinhalb Stunden harrte der Kultusminister aus, bevor er unter Protest den Hörsaal verließ."

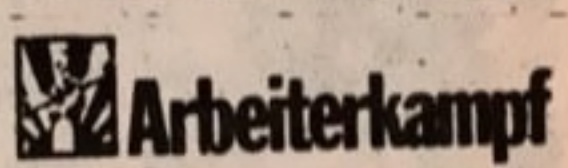
Um in altbekannter antikommunistischer Manier den studentischen Protest als „von außen gesteuert" zu verleumden, behauptete Maier :

„Die Mitglieder der Roten Zellen von denen viele nicht auf eine Univer sität gehören, verweigern Andersdenkenden die Freiheit, die sie selber ständig fordern. Viele der bei dem Zwi schenfall Anwesenden sind ohnehin keine Studenten" („Nürnberger Zeitung", 23.6.).

Der „Kultusstrauß" Maier, verantwortlich für reaktionäre Spar - und Bildungspolitik, Kesseltreiber gegen alles, was sich an bayrischen Hochschulen demokratisch betätigt, darf keine Möglichkeiten erhalten, weiter reaktionären Müll zu verbreiten. Die Münchner Aktion der Roten Zellen/ AK ist richtungsweisend ...

KB/ Gruppe Nürnberg (GNK)

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 19000 Erscheinungsweise: 14-tägig Verkaufspreis 1.- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Wahlen in Italien

Gnadenstoß für die DC verzögert

Am 20. Juni wurde in Italien das Parlament neu gewählt. Diese Neuwahl war notwendig geworden, nachdem die PSI (Sozialisten) der Regierung der DC (Christdemokraten) ihre Unterstützung entzogen hatte und die DC-Regierung dadurch keine Mehrheit mehr finden konnte. Die PSI hatte den Entzug ihrer Unterstützung damit begründet, daß die DC jede Zusammenarbeit mit der PCI (kommunisten) verweigert hatte – während die PSI davon ausging, daß nur mit Unterstützung der PCI noch hätte weitergewurschtelt (= „regiert") werden können. Es scheiterten auch mehrfache Vorschläge der PCI, bis zu den 1977 fälligen Wahlen eine „Notstandskoalition" a l l e r Parteien des „Verfassungsspektrums" (d.h. ohne die neofaschistische MSI) zu bilden. So wurden die Neuwahlen unvermeidlich.

Nachdem die PCI schon bei den Regionalwahlen vom 15. Juni 1975 nur noch um knapp 2 % schwächer war als die DC, schien sich jetzt erstmals die Möglichkeit abzuzeichnen, daß die PCI stärkste Partei werden könnte und daß es eine absolute Mehrheit für eine „Linksregierung" geben könnte. Gegen diese Möglichkeit versuchte die DC, alle Schrecken des Spießertums und des Antikommunismus zu mobilisieren. Am 20. Juni entging sie dann in der Tat nur ganz hauchdünn ihrer Ablösung von der Regierungsmacht.

DC: Stabilisiert auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien

Die DC wurde mit 38,7 % wieder stärkste Partei. Das bedeutet kaum einen Verlust gegenüber den Parlamentswahlen von 1972 (38,8 %) und sogar eine spürbare Erholung gegenüber den Regionalwahlen von 1975 (35,3 %). Die DC hat im Parlament nur 4 Sitze gegenüber 1972 verloren: 263 statt vorher 267 Sitze.

Die DC verdankt dieses Ergebnis ausschließlich dem Rückgang der Stimmen der kleineren bürgerlichen Parteien, insbesondere der Rechtsradikalen. Im Wahlkampf hatte die DC auch ganz unverhohlen um faschistische Wähler geworben. Die faschistische Partei MSI fiel von 8,7 % (1972) auf jetzt 6,1 %, was sogar gegenüber den Regionalwahlen 1975 (6,4 %) noch einen weiteren Rückgang darstellt. Die MSI hat somit im Parlament 21 Sitze eingebüßt – von 56 auf 35!

Verluste auch die gleichfalls extrem rechte PLI (Liberale): Statt 3,9 % 1972 jetzt nur noch 1,3 %, womit sie von 20 auf 5 Sitze reduziert ist. Schlecht ging es auch der PSDI (Sozialdemokraten), die in Italien insgesamt rechts von der DC einzuordnen ist. Sie fiel von 5,1 % 1972 auf nur noch 3,4 % und verlor 14 Parlamentssitze (von 29 auf 15).

Insgesamt haben diese Parteien der Rechten also 54 Parlamentssitze verloren, was einem Verlust von 7 % gegenüber 1972 entspricht.

Ein Vergleich mit den Regionalwahlen von 1975 zeigt jedoch seither eine gewissen Stabilisierung: So haben MSI, PLI und PSDI gegenüber 1975 insgesamt 3,7 % verloren, während die DC 3,4 % zugewinnen konnte. Die DC hat somit seit den Regionalwahlen ihr rasantes Abwirtschaften vorerst abbremsen können, wenn auch klar auf Kosten der anderen rechtsbürgerlichen Parteien. Die veranstaltete Demagogie, Italien müsse am 20. Juni „vor dem Kommunismus gerettet werden", hat somit zu einer stärkeren Konzentration auf die H a u p t partei der Bourgeoisie geführt. Die DC hat damit höchstwahrscheinlich hauchdünn ihre Ablösung verhindern können, aber das Regieren wird jetzt für sie noch unmöglicher sein als vor dem 20. Juni.

PCI: Erwartungen nicht voll verwirklicht

Die PCI ist von 27,2 % bei den Parlamentswahlen 1972 auf nunmehr 34,4 % gesprungen, hat also 7,2 % d.h. rund 3,5 Mio. Wähler hinzugewonnen! Sie hat 48 Sitze gegenüber 1972 hinzugewinnen können – von 179 auf 227.

Nur um ein Prozent hat sich die PCI allerdings noch gegenüber dem schon in den Regionalwahlen 1975 erreichten Ergebnis (33,4%) steigern können.

Zudem hat die PSI, al. potentielle Hauptverbündete der PCI für eine „Linksregierung", zwar ihr Ergebnis gegenüber 1972 genau stabil halten können (damals und jetzt 9,6 %, allerdings nur noch 57 statt damals 61 Sitze), aber gegenüber den Regionalwahlen 1975 (12,0 %) erheblich verloren.

Auch die PRI (Republikaner), die unter Umständen als Mitträger einer „Linksregierung" in Frage käme, hat zwar gegenüber 1972 leicht an Stimmen gewonnen (von 2,9 auf 3,1 %), aber dennoch einen Parlamentssitz eingebüßt (von 15 auf 14).

Die Erwartungen der PCI selbst und mehr noch der PSI haben sich somit nicht voll erfüllt. Insgesamt konnten sie sich gegenüber ihrem Erfolg bei den Regionalwahlen 1975 nicht ausdehnen, sondern erlitten sogar einen leichten Rückgang.

Pattsituation im Parlament

Im Parlament ergibt sich somit folgende Situation:

- PCI, PSI sowie die eine „Linksregierung" unterstützende DP (Proletarische Demokratie= Einheitsliste der revolutionären Linken) und die PR (Radikale) insgesamt 283 Sitze.
- DC, PSDI und PLI zusammen 294 Sitze.

Außerdem 14 Sitze für die PRI, die sowohl eine „Linksregierung" (dann 297 Sitze) wie auch eine neue DC-Koalition (dann 308 Sitze) unterstützen könnte. Die DC kann außerdem mit Unterstützung der 4 Abgeordneten der nationalistischen SVP (Südtiroler Volkspartei) rechnen. Schließlich verfügt noch die MSI über 35 Sitze. – Zwar könnte sich eine DC-Koalition schwerlich auf diese Stimmen stützen; ohne ihr Gesicht völlig zu verlieren; aber

Schließlich verfügt noch die MSI über 35 Sitze. – Zwar könnte sich eine DC-Koalition schwerlich auf diese Stimmen stützen; ohne ihr Gesicht völlig zu verlieren; aber

zumindest reichen die 35 Stimmen der MSI völlig auf, um jede Möglichkeit einer „Linksregierung", selbst unter Einschluß der PSDI, unmöglich zu machen.

Die neue Sitzverteilung macht es andererseits für die DC noch schwerer als bisher, wieder eine Koalitionsregierung zu führen. Es bleiben im Grunde nur zwei Möglichkeiten: Entweder akzeptiert die DC die Angebote der PCI, eine „Notstandskoalition" zumindest faktisch herzustellen (die PCI würde zwar außerhalb der Regierung bleiben, aber vor allen Entscheidungen „konsultiert" werden und würde diese dann unterstützen). Oder aber die DC versucht, wie bisher noch eine Weile weiterzuwurschteln, und es könnte dann innerhalb weniger Monate wieder der Weg zu Neuwahlen unvermeidlich sein.

Enttäuschendes Abschneiden der revolutionären Linken

Zu den Wahlen traten die drei relevanten Organisationen der nicht-revisionistischen Linken – die PdUP/„il manifesto", Avanguardia Operaia (AO) und Lotta Continua (LC) – auf einer gemeinsamen Liste, DP, an. Diese Liste wurde außerdem unterstützt von den Trotzkisten und einer Reihe nicht allzu kopfloser „ML"-Gruppen.

Die Liste DP hatte schon 1975 zu den Kommunalwahlen kandidiert, damals aber nur mit der PdUP und AO. Es war Frucht einer insbesondere von LC initierten breiten öffentlichen Diskussion, daß diesmals schließlich doch noch eine b r e i t e r e Liste, unter Einschluß von LC, zustande kam.

Umso mehr war das Wahlergebnis enttäuschend: 1,5 %, obwohl mit 2,5 bis 3 % gerechnet worden war! Die 1,5 % entsprechen auf dem Papier genau dem Ergebnis aus den Regionalwahlen 1975 (damals jedoch ohne LC!). Korrekterweise ist aber zu berücksichtigen, daß die DP 1975 gar nicht überall kandidierte und daß sie in d e n Regionen, wo sie tatsächlich zur Wahlantrat, 1975 im Durchschnitt auf 1,8 % kam. Unter dem Strich bleibt also, trotz der Einbeziehung von LC und weiterer Gruppen, sogar noch ein Minus gegenüber 1975.

Ein schwacher Trost ist der Vergleich mit den Parlamentswahlen 1972, wo „il manifesto" noch a l l e i n kandidierte und damals nur auf 0,7 % gekommen war. DP erhielt jetzt auch 6 Parlamentssitze, während „il manifesto" 1972 keinen gewinnen konnte.

Bei den Ursachen des relativ schwachen Abschneidens von DP könnten insbesondere drei Ursachen eine Rolle gespielt haben:

- Menschen, die 1975 in den Regionalwahlen noch für die DP gestimmt hatten, wählten diesmal die PCI, in der Meinung, angesichts des scheinbaren „Kopf-an-Kopf-Rennens" zwischen PCI und DC keine Stimme „verschenken" zu dürfen.
- Andere wählten möglicherweise die „Radikalen", die 1975 noch nicht kandidiert hatten, und die immerhin diesmal auf 1,1 % (= 4 Sitze) kamen. Die PR ist eine kleinbürgerlich geprägte radikal-demokratische Partei.
- Die PdUP hat zum Teil ein Wählerpotential das im Grunde r e c h t s von der PCI einzuordnen ist (vergleichbar gewissen antikommunistischen Strömungen im SB), und das möglicherweise durch die Einbeziehung von LC eher abgeschreckt wurde.

Immerhin hat die nicht-revisionistische Linke aber erstmals 6 Abgeordnete im Parlament, was einen gewissen Beitrag zur Veränderung des „politischen Klimas" darstellen könnte. Das Wahlergebnis demonstriert zugleich, wie wenig es der nicht-revisionistischen Linken schon gelungen ist, die p o l i t i s c h e Hegemonie des Revisionismus in der Arbeiterbewegung anzutasten.

Der bürgerliche Staat: Wirtschaftskrise, Terror und Korruption

Arbeiterbewegung anzutasten.

Der bürgerliche Staat: Wirtschaftskrise, Terror und Korruption

Nach einer Jahre dauernden Wirtschaftskrise sagen die Propheten der italienischen Bourgeoisie derzeit einen „Aufschwung" voraus. Feststellbar ist allerdings bisher nur eine akute Z u n a h m e der Krisenerscheinungen. So betrug die monatliche (!) Zuwachsrate der Lebenshaltungskosten im Januar ein Prozent, im Februar 1,7%, im März 2,1%, im April drei Prozent – der höchste Satz seit September 1974! Für das ganze Jahr wird eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 22 bis 25% offiziell vorausgeschätzt („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23.5.76). Es wird geschätzt, daß der Konsum der italienischen Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr um über drei Prozent abgenommen hat, der Fleischverbrauch um 1,5% abgenommen hat usw. Diese Zahlen widerspiegeln nur recht beschönigend das volle Ausmaß der Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse.

Gleichzeitig hat das Zahlungsbilanz-Defizit Italiens, nach einer kurzfristigen Schein-Erholung, in den ersten vier Monaten 1976 wieder einen „Rekord" erreicht: 2.128 Mrd. Lire gegenüber 148 Mrd. Lire im Vorjahr! Selbst Anfang 1974, auf dem bisherigen Tiefpunkt der Krise, war das Defizit nicht so groß gewesen. Italiens Auslandsverschuldung beträgt derzeit 16,5 Mrd. Dollar. Allein an Zinsen sind schon jetzt jährlich mehr als eine Milliarde Dollar zu zahlen! Weitere Kredite anderer imperialistischer Länder könnten bestenfalls eine Atempause schaffen und würden überdies die Abhängigkeit Italiens noch vergrößern.

Zugleich mit der Wirtschaftskrise ist die völlige Verrottung und Fäulnis des bürgerlichen Staates deutlich geworden. Schmiergelder in riesigen Höhen wandern vor allem in die Taschen der DC. Regierungschef Rumor selbst erscheint als italienischer Hauptverantwortlicher für den Lockheed-Skandal: Kein geringerer als Rumor soll hinter dem Decknamen „Antelope Cobbler" stecken, der für die Bestellung von 14 „Hercules"-Transportflugzeugen dicke Bestechungsgelder kassiert haben soll. Belastet ist auch der frühere Kriegsminister Tanassi (PSDI), über den ins-



Stark entfaltet hat sich im letzten Jahr die Frauenbewegung. Hier demonstrieren Genossinnen unter der Parole: „Über unser Leben entscheiden WIR".



Frauen und Kinder demonstrieren in Neapel: „Lassen wir die Kapitalisten die Krise bezahlen", „Wir wollen Brot zu 100 Lire. Nein zu den Preissteigerungen".

gesamt fast eine Million Dollar in die Parteikasse geflossen sein soll. So offensichtlich ist der Skandal, daß sogar die bis zum Äußersten opportunistische PCI sich plötzlich veranlaßt sah, noch vor den Wahlen den Rücktritt von Rumor zu fordern (mit dem sie gerade eben noch ins Lotterbett einer „Notstandskoalition" steigen wollte!).

Noch schwerer als die „Korruptokrazie" wiegt die tausendfache Verflechtung des gesamten bürgerlichen Staatsapparats mit dem faschistischen Terrorismus.

Daß nach dem früheren Geheimdienstchef De Lorenzo diesmal auch dessen (inzwischen gleichfalls ausgetauschter) Nachfolger Miceli – in sämtliche Putschpläne und Putschversuche der letzten Jahre verwickelt – für die neofaschistische MSI kandidierte, zeigt besonders anschaulich, wie eng dieses Herzstück des bürgerlichen Repressions-Apparats mit dem offenen Faschismus verbunden und direkt von ihm kontrolliert ist. Auch die Aufdeckung einer „schwarzen Zelle" im Polizei-Apparat durch Lotta Continua während des Wahlkampfes wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die enge Verfilzung von Staat und organisiertem faschistischen Terrorismus. Praktisch alle Regierungsmitglieder der letzten Jahre sind auf die eine oder andere Art in faschistische oder zumindest reaktionär-autoritäre Putschpläne und Putschversuche verwickelt.

Während des Wahlkampfs waren faschistische Terrorakte an der Tagesordnung – Überfälle auf einzelne Genossen, auf Plakatkleber usw., häufig mit schweren Verletzungen der Genossen durch Messerstiche oder Schüsse.

Der schwerste Vorfall war die Erschießung eines Mitglieds der PCI-Jugendorganisation durch eine faschistische Bande in dem kleinen Ort Sezze bei Rom: Dort hatte der MSI-Kandidat Saccucci (belastet wegen Teilnahme an einem faschistischen Putschversuch, wegen Neugründung der verbotenen faschistischen Partei usw. usf., den nur sein Abgeordneten-Mandat und die Stimmen zahlreicher DC-Abgeordneter bisher vor dem Knast bewahrt hatten) wie ein Verrückter mit der Pistole in die Menge geschossen, als er während einer provokatorischen „Kundgebung" ausgepfiffen wurde. Während es dabei zum Glück keine Verletzten gab, erschossen Saccucci und seine Mörderbande dann beim Abzug aus Sezze noch den Jugendlichen. Saccucci wurde zunächst überhaupt nicht festgenommen, danach festgenommen und wieder freigelassen, schließlich an der Schweizer Grenze beim Fluchtversuch ertappt – und einfach wieder zurückgeschickt. Saccucci war bereits – im zweiten Versuch erfolgreicher – ins Ausland geflüchtet, bevor sich eine Mehrheit in der Abgeordnetenkammer fand, um einen Haftbefehl gegen ihn zu ermöglichen. Er wurde schließlich, mehr zufällig, von der englischen Polizei geschnappt und ist jetzt dort in Haft. Da Saccucci unglaublicherweise für die Wahlen am 20. Juni nicht gesperrt wurde und sogar wiedergewählt wurde (!!!), besteht durchaus die Möglichkeit, daß er jetzt noch einmal freigelassen werden „muß"!

Die PCI will den Kapitalismus retten

Die PCI bietet sich an, die italienische Bourgeoisie aus ihrer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise zu retten. PCI-Chef Berlinguer drückt dieses Programm so aus: *„Wenn man nicht auf dem schnellsten Weg Grundlegendes ändert, wird Italien in kürzester Zeit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, einem Zerfall seiner politischen und moralischen Bindungen* (!) *nahe sein und damit immer weiter von Europa abrücken* (?!!). *Wir sind davon überzeugt, daß Italien gerettet werden kann – unter zwei Bedingungen: Die Italiener müssen merken, daß ihre Kraftanstrengung einen Sinn hat* (!), *daß ihr Engagement Beitrag zu einer gerechteren, freieren und geordneteren Gesellschaft ist; Italien muß eine neue Führung erhalten, die auch moralisch den Anspruch auf Autorität erheben kann und der Anstrengung Rechnung trägt, die die Italiener machen. Wir sind überzeugt davon, daß auch das verantwortliche westliche Ausland* (!) *versteht, daß ein politisch stabiles* (!) *Italien und eine gesundere Wirtschaft im Interesse aller* (!!!) *ist ... Nach unserer Meinung muß die Regierung der kommenden Jahre hinarbeiten auf eine gesunde Wirtschaft, einen fähigen demokratischen Staat, eine geordnete und funktionierende Gesellschaft. Ein solches Italien wird sich bei seinen Wirtschaftspartnern wieder Vertrauen und Glaubwürdigkeit* (!) *erobern"* (Interview im „Stern", 26/1976).

Das Rezept Berlinguers ist klar: Die Werktätigen sollen schärfer ausgebeutet werden, um die italienische Wirtschaft wieder „konkurrenzfähig" zu machen. Sie sollen den Gürtel enger schnallen durch Lohnverzicht und Senkung des privaten Konsums. Sie sollen weniger „krankfeiern" und vor allem weniger streiken. Diese Anforderungen sollen den Werktätigen schmackhafter gemacht werden, indem ihnen mehr soziale Gerechtigkeit und eine letztlich auch ihnen zugute kommende „Gesundung der Wirtschaft" versprochen wird.

Andererseits weiß die PCI-Führung, daß sich ihre Versprechungen auf größere soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie usw. nur im harten Kampf gegen die Masse der Kapitalistenklasse, insbesondere gegen die Monopolbourgeoisie, verwirklichen lassen könnten. Gerade diesen Kräften aber macht die PCI alle Versprechungen: keine weiteren Verstaatlichungen, Beachtung der kapitalistischen „Marktgesetze" usw. Die Revisionisten könnten gar nicht gegen das Monopolkapital vorgehen, ohne sich sofort dessen „Vertrauen" vollständig zu verscherzen, was in ökonomischem Boykott, verstärkter Kapitalflucht usw. münden würde. Wenn die revisionistischen Rezepte darauf basieren, dem großen Kapital wieder „Vertrauen" einzuflößen, es zu verstärkten Investitionen zu ermuntern usw., so ist das von vornherein unvereinbar mit einer Beschneidung der Interessen des Großkapitals. Dasselbe gilt für die EG- und US-Imperialisten. Wenn Berlinguer davon spricht, daß Italiens „Wirtschaftspartner" (d.h. vor allem die EG-Imperialisten, namentlich die



BRD-Großbourgeoisie!!) wieder „Vertrauen" gewinnen sollen und daß eine gesunde Wirtschaft und ein „stabiles" Italien auch diesen Kräften lieber sein müßte, dann liegen seine Vorstellungen auf der Hand: Er verspricht, der italienischen Bourgeoisie und den Imperialisten nichts zu nehmen, sondern sich durch gute Dienste ihr „Vertrauen" zu verdienen; zugleich verspricht er, die Arbeiterklasse zum „Konsumverzicht" und zum Stillhalten zu bewegen.

Es ist eindeutig, daß vor dem Hintergrund der revisionistischen Verrottung auch gar keine andere Perspektive möglich wäre: Entweder müßte sich eine „Linksregierung" (bzw. die von der PCI immer noch nicht aufgegebene „Notstandskoalition") auf das „Vertrauen" des Großkapitals stützen, oder aber sie müßte sich auf die Volksmassen stützen, um gegen das Großkapital vorzugehen. Letztere Möglichkeit ist der PCI aber schon seit langem völlig fremd.

Die italienischen Revisionisten haben aus dem Scheitern der chilenischen UP-Regierung und dem faschistischen Putsch die Schlußfolgerung gezogen, von Anfang an alles zu tun, um sich das „Vertrauen" des Großkapitals und der Imperialisten zu erwerben und jeden Verdacht zu vermeiden, sie könnten vielleicht eine antikapitalistische Massenmobilisierung und Maßnahmen g e g e n das Großkapital im Sinn haben.

Entsprechend auch ihre Haltung zur NATO. So erklärte Berlinguer, daß die PCI „für das Verbleiben Italiens in der NATO" sei. *„Eine andere Haltung"* sei *„unsinnig und steril ..., weil einseitige Austritte aus den beiden Blöcken die Tendenz zur Entspannung stören und umkehren* (!) *und einen Bruch zwischen den italienischen demokratischen Parteien herbeiführen würden"* (Berlinguers Rede zum Wahlauftakt, laut „Deutsche Volkszeitung", 3.6.76).

Der DKP sei bei dieser Gelegenheit gesagt, daß eine dermaßen krass pro-imperialistische Position wie sie hier ihr Freund Berlinguer, Vorsitzender ihrer italienischen „Bruderpartei" einnimmt, hierzulande noch nicht einmal von der „KPD/ML" vertreten wird! Mit welchem Recht verdammt die DKP die vaterländische Linie der „KPD/ML" (die vergleichsweise harmlos ist, wegen der sektiererischen Winzigkeit dieses Grüppchens!), während sie die weitaus üblere Haltung der PCI, nämlich direkt für die NATO-Mitgliedschaft Italiens, wohlwollend toleriert?!

Mit welchem Recht er(g)eifert sich die DKP über freundliche Worte aus der VR China für die NATO, wenn sogar ihre italienische „Bruderpartei" durch den Mund ihres Vorsitzenden Berlinguer verlauten läßt, sie betrachte die NATO auch als „Schutzschirm" für ihr spezielles Verständnis vom „italienischen Weg zum Sozialismus" (Berlinguer in einem Interview mit der großbürgerlichen Zeitung „Corriere della Sera"). Eine noch etwas schärfere Note verlieh PCI-Kandidat Spinelli (italienischer EG-Kommissar) den Bekenntnissen zur NATO: *„Die italienischen Kommunisten sind für die NATO, nicht weil sie die NATO lieben, sondern weil sie das Bündnis als einen Stabilitätsfaktor* (!!) *schätzen. Es wäre gefährlich, das Gleichgewicht im Mittelmeerraum zu verändern. Denn gerade dort ist ja mit Jugoslawien ein möglicher Krisenherd in Sicht"* (Interview im „Spiegel" 22/1976).

Der aggressive imperialistische NATO-Pakt als „Stabilitätsfaktor" und als „Schutzschirm" für die perversen „Sozialismus"-Demagogien einer revisionistischen Partei – damit hat die Versumpfung, Verrottung und völlige Zersetzung der revisionistischen „Weltbewegung" einen neuen markanten Tiefpunkt erreicht!

Italien darf nicht das Chile Europas werden

Mit gespielter Naivität (die man, wenn sie e c h t wäre, als Unzurechnungsfähigkeit auslegen müßte!) meint Berlinguer: *„In keinem Artikel des NATO-Vertrags wird die Allianz als antikommunistisch definiert* (!). *Wir halten uns an den Text des Vertrages, in dem die Allianz als Verteidigungsallianz* (!!) *begründet wird"* (Interview im „Stern", 26/1976).

Es würde der PCI, falls sie an der Regierung beteiligt würde, sicher wenig nützen, sich auf den Vertragstext der NATO zu berufen. Denn zum einen ist die italienische Armee fest im Griff der DC und der MSI und ist sogar schon von der italienischen Verfassung her einer bürgerlich-demokratischen Kontrolle durch das Parlament weitgehend entzogen. Außerdem ist Italien übersät mit NATO-Stützpunkten, die von der PCI auch ganz bewußt nicht im Geringsten in Frage gestellt werden – alles das wohl in der Meinung, daß sich die US- und EG-Imperialisten den Vertragstexten (!!) entsprechend nur defensiv verhalten werden?! Welch eine Schande für Leute, die sich als Kommunisten bezeichnen, und welche Ohrfeige auch für die Sowjetunion und den Warschauer Pakt!

Ungeachtet aller Zusagen, Versprechungen und Lockungen der PCI an die italienische Großbourgeoisie und an den internationalen Imperialismus herrscht in diesen Kreisen allerdings immer noch „Besorgnis":

– US-Präsident Ford würde eine Regierungsbeteiligung der PCI als *„ernstes Problem für alle NATO-Verbündeten"* sehen und würde es in einem solchen Fall für nötig halten, *„in sehr enge Konsultationen mit allen Verbündeten einzutreten"* ... („FAZ", 12.6.76).
– Das britische Außenministerium sprach von der *„gefährlichsten politischen Bedrohung ..., der sich die Atlantische Allianz im Augenblick gegenübersähe"* („FAZ", 19.5.).
– Der ehemalige US-Minister John Conally gründete eine antikommunistische „Bürgerallianz für die Freiheit im Mittelmeerraum", zu deren Vorstand auch der ehemalige NATO-Oberkommandierende General Goodpaster gehört („Süddeutsche Zeitung", 5.5.).
– CDU-Chef Carstens drohte: „Wir werden uns keineswegs mit einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien abfinden" („Unsere Zeit", 21.5.).
– Genscher sprach von *„schwersten Belastungen"* für EG und NATO. *„Nichts gibt uns die Sicherheit, daß diese Kommunisten, wenn sie die Macht erst einmal erobert haben, nicht wieder zur Diktatur und zur Abhängigkeit von Moskau zurückkehren"*. Er meinte, die bürgerlichen Parteien der BRD müßten „dort, wo es erforderlich ist, ihren Schwesterparteien helfen, einen Machtzuwachs der Kommunisten zu verhindern" („Bild", 15.5. und „UZ", 21.5.).

In der bürgerlichen Presse lief eine wütende Hetzkampagne ab, etwa unter dem Motto: *„Lebensfreude oder rote Fahnen?"* („Bild", 14.6.), wo dann spekuliert wurde, daß „die Italiener" am 20. Juni aus lauter „Lebensfreude" lieber die DC wählen würden, weil Berlinguer *„ein Enthaltsamer, kein Lebenskünstler"* sei, wie es „die Italiener" bekanntlich lieben...

In chauvinistischer Dreistigkeit wurde die offene Einmischung in Italien auch noch als „unser" gutes Recht dargestellt: *„Wer, wie Italien, alle Jahre wieder um Beistandskredite in Milliardenhöhe bei seinen europäischen Partnern ankommt, wird sich schon einmal ein deutliches Wort unter Freunden* (??!) *gefallen lassen müssen"* („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", 16.4.).

Am deutlichsten brachte, e i n e n Tag vor den Wahlen, die „FAZ" alle imperialistischen Drohungen auf den Begriff: „Schon vor dem Wahltag läßt sich die allgemeine künftige Italien-Politik der europäisch-atlantischen Nachbarn postulieren (wörtlich: fordern! – Anm. AK): von außen mitzuhelfen, die kommunistische Beteiligung an der Macht so schnell wie möglich zu beenden, wenn sie zustande käme ..." !! Und damit dies auch keiner mißverstehen konnte, setzte die „FAZ" hinzu: „Wenn die Rolle der portugiesischen Kommunisten nicht zum Vergleich taugt – dann die der chilenischen, die unter Allende das Land erst polarisierten und danach in die Rechtsdiktatur stürzten" !! („FAZ", 19.6.)

Die Drohungen der NATO, der US- und EG-Imperialisten, gerade auch des BRD-Kapitals, gegen eine „kommunistische" Regierungsbeteiligung in Italien sind also eindeutig. Berlinguer & Co. wollen diesen Drohungen begegnen, indem sie immer wieder von vornherein beteuern, daß sie die Interessen des Imperialismus und der NATO in Italien ja gar nicht antasten wollen, daß sie im Gegenteil mit der „Gesundung" des italienischen Kapitalismus und der Herstellung „politischer Stabilität" den Interessen des Imperialismus (und der italienischen Bourgeoisie) doch viel besser dienen könnten, als das jetzige DC-System. Diese Versprechungen bedeuten nichts anderes als Überwindung der Krise auf dem Rücken der Werktätigen, bei voller Beibehaltung aller bürgerlichen und imperialistischen Strukturen.

Diese Politik wäre, wenn sie zum Zuge käme, nicht weniger selbstmörderisch, als die der chilenischen UP-Regierung, weil sie durch die diesmal vollständige Entwaffnung der Arbeiterbewegung auf a l l e n Ebenen dem Imperialismus noch größere Möglichkeiten bieten würde, bei einem ihm nicht mehr genehmen Verlauf der Entwicklung politisch-militärisch „einzugreifen".

Der Wahlausgang vom 20. Juni hat dieses Problem vorerst nur verschoben, nicht aber gelöst. Da sich mit größter Wahrscheinlichkeit in den kommenden Monaten alle weiteren bürgerlichen Lösungsversuche als unwirksam erweisen, wird sich die Frage einer PCI-Regierungsbeteiligung und der damit verbundenen Chancen und Gefahren für die italienische Arbeiterbewegung erneut stellen: Wie kann die Arbeiterbewegung die PCI daran hindern, ihre Vorstellungen vom „Krisen-Management" auf Kosten der Werktätigen und im Interesse des italienischen und internationalen Großkapitals durchsetzen, ohne zugleich die Gefahr einer „chilenischen Entwicklung" und einer schweren Niederlage zu riskieren?

Diese Frage wird sich spätestens in einigen Monaten wahrscheinlich erneut stellen.

Italien darf nicht das Chile Europas werden!
Kampf der Einmischung und den Drohungen des BRD-Imperialismus gegen die italienische Arbeiterklasse!



Antifaschistische Demonstration – „Für das Verbot der MSI!"

Spanien

Arbeiterkämpfe in der südlichen Provinz Cadiz

Einer Zusammenstellung im „Informationsdienst" vom 5.6., die auf Informationen der „Portugal-Spanien-Gruppe Westberlin" beruht, entnehmen wir die folgenden Angaben:

– Kürzlich haben die Weinarbeiter im Westteil der Provinz Cadiz (Andalusien) nach 32 Tagen Streik einen Tageslohn von 43 DM durchgesetzt (die Weinarbeiter werden nur sechs Monate im Jahr beschäftigt). Sie konnten das bestehende staatliche Syndikat (faschistische Pseudo-Gewerkschaft) voll für die Organisierung des Streiks nutzen, da alle wichtigen (wählbaren) Posten in dessen Apparat inzwischen von fortschrittlichen Arbeitern besetzt worden sind. Der Streik wurde erst beendet, als auch für die Ungelernten eine kräftige Lohnerhöhung durchgedrückt war.

– Solidarität mit schlechter gestellten Kollegen war auch der Anlaß für den Streik von über 7.000 Werftarbeitern in der Bucht von Cadiz vom 3. bis 17. April. Hauptsächlich ging es um die gleichberechtigte Einstellung aller sogenannten „Vertragsarbeiter", d.h. mehrere tausend Arbeiter, die nicht bei den Werften selbst, sondern bei sogenannten „Hilfsunternehmen" angestellt sind, die ausschließlich auf dem Gelände und für Rechnung der Weften arbeiten. Zwar wurden den Streikenden schließlich die Streiktage nicht bezahlt, aber es gelang ihnen, die 160 Arbeiter eines pleitegegangenen „Hilfsunternehmens" voll von der Werft übernehmen zu lassen.

– Nachdem es den Behörden des Regimes noch gelungen war, die Mobilisierung der Gewerkschafter für den 1. Mai 1976 durch harte Repression zurückzudrängen, traten dennoch am 10. Mai an die 15.000 Bauarbeiter in Jerez und der Hafenstadt El Puerto in Streik. Auch hier konnten die Arbeiter ihre Positionen, die sie sich innerhalb des legalen „Gewerkschafts"-Apparates erkämpft hatten, voll nutzen. Entlassungen von Streikführern und anderen aktiven Kollegen beantworteten sie mit der Verschärfung ihrer Forderungen nach „amnistia laboral"., d.h. sofortiger und bedingungsloser Wiedereinstellung. Einen Versuch der Syndikatsspitze, mit einem Vermittlungsangebot von 110 DM Lohnerhöhung (gegenüber der beschlossenen Forderung von 320 DM!) die Streikfront zu zerschlagen, lehnten die Arbeiter geschlossen in geheimer Abstimmung ab. Gleichzeitg sammelten sie für die Kollegen, die durch den Streik in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen waren.

Inzwischen droht die Provinzverwaltung mit offener Repression, es wurden Geldstrafen vom 2.000 DM gegen mindestens 20 Arbeiter verhängt, die zur Fortsetzung des Streiks aufgerufen haben; die Bauunternehmer haben das zunächst gemachte Zugeständnis wieder zurückgenommen, die entlassenen Kollegen wieder einzustellen; den fortschrittlichen Gewerkschaftern wurde die Nutzung der Syndikatsräume verweigert.

Die „Portugal-Spanien-Gruppe Westberlin" hat eine Solidaritätssammlung für die kämpfenden Bauarbeiter in Gang gesetzt. Das Spendenkonto ist:
Postscheck Westberlin Nr. 5348-104,
Das Politische Buch,
Lietzenburgerstr. 99,
1 Berlin 15
Kennwort „Spaniensolidarität Cadiz"

Spanien-Kommission

Protestversammlungen im ganzen Land

– Am 23.6. versammelten sich zehntausende Menschen (die „Frankfurter Allgemeine" schreibt von 50.000) in der Madrider Innenstadt, um gegen die ständig steigenden Preise, für mehr Schulen und kostenlosen Unterricht, für bessere Arbeitsmöglichkeiten für Körperbehinderte, für Amnestie und politische Freiheiten zu demonstrieren. Zu der Demonstration hatten u. a. die Hausfrauenvereinigungen und Bewohnerkommissionen aufgerufen.

Die Kundgebung war für eine halbe Stunde offiziell genehmigt worden. Nach Ablauf dieser Zeit fingen die Bullen wie wild an zu prügeln, wobei auch die teilnehmenden körperbehinderten Menschen aus ihren Rollstühlen gezerrt und mißhandelt wurden.

– Am selben Tag hatten ca. 5.000 Lehrer in Madrid gegen die staatliche Schulpolitik demonstriert.

– In Barcelona fand am selben Abend eine erste genehmigte Kundgebung der „Sozialistischen Konvergenz Kataloniens" (CSC) in der Stierkampfarena statt. Etwa 20.000 Menschen drängten sich in den Sitzreihen, viele tausend standen draußen, weil sie keinen Platz mehr bekommen hatten.

– In Gijón (Asturien) forderten mehrere tausend Menschen auf einer Demonstration Autonomie für die Provinz Asturien.

Spanien-Kommission



Unter der Parole „Wir wollen kostenlose, öffentliche und demokratische Kindergärten für alle" führten die Eltern und Kinder aus 14 Kindergärten Barcelonas ihren Kampf gegen die Behörden Bracelonas, die denen aus privater Initiative entstandenen Kindergärten keine finanzielle Unterstützung geben wollen. Bewohner-Assoziationen, Arbeiter von Motor-Iberica, volkstümliche Musikgruppen, etc. haben die Kampagne der Eltern, die sich zehn Tage lang in den Kindergärten aus Protest einschlossen, durch öffentliche Aktionen unterstützt.

Spanische Maskerade, 1976

Die Ungeheuer
suchen eifrig
nach Menschenhäuten

auch von Menschen
denen sie selbst
die Haut abgezogen haben

Sie kaufen sie
überall auf
zu besten Preisen

Sie schlüpfen
in sie hinein
Sie füllen sie aus

Sie ziehen sich
sorgfältig an
um auszusehen wie Menschen

Sie lernen lächeln
sie lernen reden
wie Menschen

Sie tragen Handschuhe
über den
harten Krallen

damit sie keiner erkennt
der sie kannte
als Ungeheuer

Die Ungeheuer
suchen überall
Bundesgenossen

In USA
und bei uns
in Bonn und im ganzen Land

Die Ungeheuer
sind immer noch
unternehmend

Sie selbst
wollen abstimmen
über die neue Zeit

Erich Fried

Erich Fried

Hilfe der USA für das übelste Regime Europas

Am 22.6. hat der US-Senat mit grosser Mehrheit das Stützpunktabkommen mit Spanien ratifiziert, wonach Spanien in den nächsten fünf Jahren etwa 3 Mrd. Mark Wirtschaftshilfe und Militärunterstützung erhält und

etwa 3 Mrd. Mark Wirtschaftshilfe und Militärunterstützung erhält und

im Gegenzug die USA ihre vier Militärstützpunkte auf spanischem Territorium weiterhin unterhalten können.

Die Ratifizierung des Vertrages wurde für die Öffentlichkeit in einen Zusammenhang mit dem USA-Besuch des spanischen Königs und seinen „Demokratisierungs"-Versprechen gebracht.

Tatsächlich hatten sich die amerikanische Regierung und Senat bisher niemals „Sorgen" um die innerspanischen Zustände gemacht – bei all ihren bisherigen „Hilfs"aktionen.

Das beweist eine Statistik, die zur gleichen Zeit vom US-Kriegsministerium veröffentlicht wurde, woraus die großen Leistungen der USA für diverse Folter- und Mörderregimes in aller Welt recht deutlich hervorgehen. Danach wurden allein aus der spanischen Armee, Luftwaffe und Flotte 9.872 Offiziere in den Jahren 1950 bis 1975 durch die US-Militärmaschinerie „fortgebildet"; damit liegt Spanien auf der Höhe der militärischen Beziehungen des Irans zu den USA und noch vor Chile („Extradienst", 22.6.76).

Der frühere CIA-Agent Philipp Agee berichtete in der Zeitschrift „Le Monde Diplomatique" (Juni 76), wie der gesamte spanische Repressionsapparat unter US-Anleitung in den 50 er Jahren reorganisiert wur-

sionsapparat unter US-Anleitung in den 50 er Jahren reorganisiert wur-

de. Eine zentrale Rolle dabei spielt der SEIS (Servicio Especial de Informacion y Seguridad – Informations- und Sicherheits-Spezialdienst), der in engstem Kontakt mit der CIA die sämtlichen Überwachungs- und Unterdrückungsapparate der Franco-Diktatur koordiniert und darüberhinaus auch ausländische Faschisten, wie u.a. die portugiesische ELP, heranzieht und unterstützt. Neuerdings ist demnach eine SEIS-Spezialtruppe von 120 Mann auf dem Madrider Flughafen in Getafe stationiert. Die Folterpraktiken des spanischen Faschismus entstammen direkt dem Arsenal des US-Imperialismus (vgl. AK 81 und 82).

Als legaler Arm der CIA-Strategen in Spanien fungiert der offizielle Botschafter, auf dessen maßgeblichen „Ratschlag" u.a. die Taktik der willkürlichen Zulassung und dann wieder Unterdrückung, der Scheinlegalisierung und dann wieder brutalen Verfolgung der Linken Spaniens durch das Regime zurückgehen soll (Demoralisierungs- und Verwirrungstaktik).

Spanien-Kommission

Terrorjustiz gegen

Terrorjustiz gegen Kriegsdienstverweigerer

Die Ankläger der Miltärjustiz in Geronè haben gegen sechs Kriegsdienstverweigerer (KDV) Haftstrafen zwischen fünfeinhalb und acht Jahren gefordert. Obwohl bereits im Mai vorigen Jahres von der Nationalkommission von „Justicia y Paz" (ein kirchliches Friedenskomitee) die Einrichtung eines regulären Zivildienstes für KDV vorgeschlagen worden war, ist bis heute nichts in dieser Richtung geschehen. Die jetzt angeklagten sechs KDV hatten seit August 75 in einem Arbeiterviertel von Barcelona einen Zivildienst organisiert, der auf die Erteilung von Unterricht für Analphabeten, die Hilfe beim Aufbau von Kindertagesstätten und die Altenhilfe abgestellt war. Zu Weihnachten hatten sie in einem Manifest sich offen zur Kriegsdienstverweigerung bekannt. Am 15.1. leisteten sie der Einberufung zum Militärdienst nicht Folge, woraufhin sie am 8.2. während ihrer freiwilligen Arbeit verhaftet wurden („Informationsdienst", 5.6.). Auch so ein Paradestück der „Demokratisierung" des Regimes!

Spanien-Kommission

Antifaschistische Nachtwachen

Nachdem in der Nacht vom 6. zum 7. Juni mehrere Übergriffe von Faschistenbanden („Christkönigskrieger" u.a.) gegen demokratische Einrichtungen und Persönlichkeiten passiert waren, haben Einwohner der Stadt San Sebastian (Baskenland) eine organisierte Nachtwache ins Leben gerufen, um zukünftig die staatlichen und halbstaatlichen Terroristen auf frischer Tat zu ertappen bzw. vor vollzogener Tat zu verscheuchen (nach „Le Monde", 9.6.76).

Spanien-Kommission

Kampf der Arbeiter von Motor Iberica

Seit dem 22. April sind die 5.000 Arbeiter von Motor Iberica, der spanischen Tochter des Konzerns Massey-Ferguson, im Streik. Nachdem sie zunächst im Rahmen des regionalen Generalstreiks vom 22.4. bis 3.5., an dem an die 100.000 Arbeiter in der Region Barcelona teilnahmen, begonnen hatten, beschlossen sie am 27.4. in einer Versammlung folgende Forderungen als Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit:

– Rücknahme der 124 Entlassungen und anderen Sanktionen im Zusammenhang mit dem Generalstreik, vorher keine Verhandlungen
– Verhandlungen zwecks Wiedereinstellung **aller** im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen Entlassenen
– 4000 Peseten Lohnerhöhung (ca. 175 DM).

Nach über einem Monat Streik entließ die Firmenleitung am 1.6. insgesamt 1.800 Arbeiter auf einen Schlag. Am 11.6. zerschlug die Polizei eine Demonstration der Arbeiter von Motor Iberica in Barcelona, wobei zwei Gewerkschafter festgenommen und mehrere verletzt wurden („Le Monde", 13./14.6.). Daraufhin schlossen sich dreihundert Frauen der streikenden Arbeiter in einer Kirche ein und organisierten ein Zentrum des Protestes. Am 21.6. demonstrierten über 10.000 Arbeiter, darunter auch die vom Motor Iberica, in einer vom Regime genehmigten Demonstration für ihre Forderungen. Eine der Hauptforderungen ist nach wie vor die „amnistia laboral", d.h. die bedingungslose Wiedereinstellung aller aus politischen Gründen – im weitesten Sinne – Entlassenen (vgl. AK 82).

Spanien-Kommission

Skandinavien

Der BRD-Imperialismus zu Gast in Finnland

Mitte Juni statteten Bundespräsident Scheel, Außenminister Genscher und Staatssekretär Frank Finnland einen viertägigen „Besuch" ab.

Es fanden Gespräche mit Präsident Kekkonen, Außenminister Sorsa, Ministerpräsident Miettunen und dem Reichstagspräsidenten Helle statt.

Die gesamte bürgerliche Presse - nachdem sie sich erst mal darüber ausgeweint hatte, daß die westdeutsche Delegation erst eineinhalb Jahre nach einem Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Stoph, eintraf - fand vor und während des Besuchs Genschers & Co.'s kaum noch Worte der Kritik in Richtung der früher so gern benutzten story von der angeblichen „sowjetischen Abhängigkeit" Finnlands.

Stattdessen stellte man heute befriedigt fest : „*Wenn die Finnen von Deutschland sprechen, dann meinen sie die Bundesrepublik*".(„Welt", 14.6.76).

„*Scheel betrachtet ... (seinen) Staatsbesuch in Finnland als ,vollen Erfolg'* "(„Süddeutsche Zeitung", 18.6.76). Das sollte zu denken geben !

Finnland war nur der Ausgangspunkt eines umfangreichen Besuchsprogramms in verschiedenen Ländern dieses Raumes. So reiste Scheel gleich anschließend nach Schweden, Genscher nach Dänemark.

Offenbar soll die immer stärker werdende ökonomische Abhängigkeit dieser Staaten von der BRD jetzt im verstärkten Maße politische Früchte tragen (1975 betrug z.B. das Defizit Finnlands im Warenaustausch mit der BRD ca. ein Drittel des finnländischen Gesamthandelsdefizits von 5,3 Mrd. DM).

„*Unsere Beziehungen zur Bundesrepublik stecken in einer Phase der intensiven Entwicklung*", ließ Kekkonen verlauten. „*Der Bundespräsident wolle mit seinem Staatsbesuch einen deutlichen Akzent setzen*", hörte man aus der westdeutschen Botschaft (lt. „Welt", 14.6.76).

,Einen deutlichen Akzent', wofür? Über die Konsequenzen bei einer möglichen „*Veränderung der politischen Lage in Westeuropa durch die bevorstehenden Wahlen in Italien, der Bundesrepublik und Schweden*", über „*die großpolitische Wetterlage in Europa*" (ebenda), weiterhin „*die Lage in Südafrika, Libanon und Cypern*" („Süddeutsche Zeitung", 18.6.76).

Nun, was der westdeutsche Imperialismus unter einem „vollen Erfolg" bei diesen Gesprächen versteht, dürfte unschwer zu erraten sein.

Die Finger weg von „Volksfrontexperimenten", stramm antikommunistische Ausrichtung in allen Bereichen der Politik, Aufgabe der „Neutralität" und stärkere Bindung an NATO und EG zum Nutzen und Frommen der „freien Welt" ...

„*Finnland spielte in der Reihe der neutralen Staaten eine besondere Rolle*", hieß es in der „Welt" - wie gesagt, s p i e l t e ...

Skandinavien - Kommission

Erster Streik der Bankangestellten in Norwegen

95% der 18000 norwegischen Bankangestellten sind in der Gewerkschaft „Norske Bankfunktionärs Forbund" (Norwegischer Bankangestellten Verband, NBF) organisiert. Vom 28.5 an streikten sie eine Woche lang.

Ihre Forderungen waren :

- *„In einer Reihe von Jahren verlief die Lohnentwicklung für die Bankangestellten ungünstig. Diese Entwicklung wollen wir wenden !*
- *Wir streiken, damit der Bankberuf nicht zu einem Niedriglohnberuf wird*
- *Die Bankangestellten haben ca. 10% niedrigere Durchschnittslöhne als z.B. die Staatsangestellten. Wir müssen nun beginnen, wieder etwas von dem Verlorenen - im Verhältnis zu den anderen Arbeitnehmergruppen - zu gewinnen ...*
- *Die Banken können heute willkürlich für über die Hälfte der Bankangestellten die Löhne festsetzen. Das ist ziemlich einzigartig im norwegischen Arbeitsleben. Darum fordern wir größeren Einfluß beim Festsetzen der Löhne für Bankangestellte"* (aus dem Flugblatt der streikenden Kollegen).

Die norwegische Presse hat zum Teil in einer uns in der BRD bekannten Weise gegen den Streik der Bankangestellten gehetzt. So schreibt das „Dagbladet" vom 28.5.76, daß nunmehr der Handel ins Chaos gerät, daß durch den Ausfall der Banken, der ganze Geldumlauf ausbleibt und somit ein erheblicher Schaden für die Wirtschaft entsteht. Mit dem Ausfall der Bankgeschäfte werden die Kapitalisten an einer ihrer empfindlichsten Stellen getroffen.

Kompromisse wurden abgelehnt

Ursprünglich lag die Lohnforderung der Bankangestellten bei 11%, während das Angebot der Banken zwischen 4,5% und 6,5% lag. Der Vermittlungsvorschlag des Reichsvermittlungsmannes war 7,1%. In einer Urabstimmung, an der 92% Angestellten teilnahmen, lehnten alle 92 % (!) diesen Vermittlungsvorschlag ab. Allerdings wurde von der NBF - Führung die Forderung nach 11% Lohnerhöhung fallengelassen und eine neue Forderung von 7,9% festgelegt.

Als bekannt wurde, daß die Angestellten für ihre Forderungen in den Streik treten würden, versuchte die norwegische Regierung sofort, den Streik zu verhindern. Das Ersuchen des Kommunalministers Leif Aune, den Streik auszusetzen, bis ein neues Gesetz über einen Zwangslohnausschuß verabschiedet sei und der „Kompromißvorschlag" des Staatsrates, die Arbeit am 2.5. wieder aufzunehmen, wurde abgewiesen.

Solidarität mit den Streikenden

Die Angestellten der drei größeren Banken - Landsbanken, Samvirkebanken und Postsparebanken - die nicht am Streik teilnahmen, erklärten, daß sie ihre streikenden Kollegen insofern unterstützen würden, als sie nur die eigenen Kunden abfertigen und keine Schecks oder ähnliches von Banken einlösen würden, die vom Streik betroffen sind.

Die Streikenden informierten auch die Öffentlichkeit über ihre Streikziele und Verdienstlage. Viele hatten geglaubt, die Bankangestellten gehörten mit zu den bestbezahltesten Berufsgruppen des Landes, sie mußten sich nun eines besseren belehren lassen.

Der Sreik mußte nach einer Woche abgebrochen werden, ohne daß bisher konkrete Vereinbarungen getroffen wurden. Die norwegischen Bankangestellten haben aber schon mal ihre Zähne gezeigt.

Weiter so !

HBV - Komitee und Skandinavien - Kommission

Devisenschmuggler verurteilt

Im vergangenen Herbst hatten 5 Sozialdemokraten (Finnen und ein Schwede) ca. 250000Kronen (150000 DM) von Schweden nach Finnland verschieben wollen. Mit von der Partie war der Kassierer der finnischen Sozialdemokraten und der Schatzmeister der schwedischen Sozialdemokraten. Das Geld wiederum stammte zu 100000 DM aus westdeutschen Quellen. konkret vom sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Eugen Loderer und seinem Parteifreund W. Brandt.

Da Schweden nur die Ausfuhr von höchstens 6000 Kronen gestattet, wurden die sozialdemokratischen Parteiführer auf dem Flugplatz aufgehalten, wobei einer allerdings „entkommen" konnte und seinen Anteil von ca. 50000 Kronen unbeschadet nach Finnland brachte.

Schnellstens nach Bekanntwerden dieses Komplotts (das Geld war dazu gedacht, den anstehenden Wahlen in der finnischen Metallarbeitergewerkschaft eine rechte, d.h. antikommunistische Richtung zu geben), dementierten die westdeutschen Sozialdemokraten jegliche Beteiligung, die schwedischen „Genossen" wollten erst einen Tag später ihre Beteiligung zugeben, die Finnen gar wollten überhaupt nichts gewußt haben. Hinterher wurde bekannt, daß die Sozialdemokraten aller beteiligten Länder den Devisenschmuggel vor den Kommunisten geheimhalten wollten, aus verständlichen Gründen !

Im Prozeß selbst - der nur zum Punkt des Devisenschmuggels lief - hatten die Finnen die Frechheit zu erklären, daß ihr Kassierer aus „mangelnder Erfahrung" und aufgrund „schlechter Ausbildung in geschäftlichen Belangen" gehandelt hätte ! Bei dem Kassierer der größten finnischen Partei - ein Hohn !

Überhaupt haben sich die sozialdemokratischen „Retter" der finnischen Gewerkschaftswahlen gewunden, was das Zeug hielt : Keiner war beteiligt, niemand wußte etwas, schließlich wurden Einzelpersonen zu Geldstrafen verurteilt. (nach : „Frankfurter Rundschau,9.10. und 10.10. und 28.5. ; „Süddeutsche Zeitung", 9.10.75 und „Neue Züricher Zeitung", 16.5.76).

Skandinavienkommission

Griechenland

Kongreß der KKE/„Inland"

Vom 6. bis 12.6.76 fand ein Partei-Kongreß der „KKE/Inland" (Kommunistische Partei Griechenland/Inland; eine Rechtsabspaltung von der revisionistischen Partei KKE) in Athen statt: „Kongreß der Einheit des Volkes" laut Selbstdarstellung in ihrer Zeitung „Avji" vom 8.6.76. Als Gäste war ein breites Spektrum von „Beobachtern" und Delegationen der griechischen politischen Kräfte anwesend:

Die sozialdemokratische **EDIK** (Mavros) war mit acht Abgeordneten vertreten.

Außerdem die **PASOK** (Linkssozialisten unter Papandreou), **EDA** (Ilias Illiou), Sosialistikji Poria (Sozialistischer Weg – Abspaltung der PASOK), die „Christsozialistische Bewegung" und eine Delegation der Jugendorganisation **ONNED** der Karamanlis-Partei „Neue Demokratie", die deswegen gewaltigen Ärger bekam (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Die revolutionären und die trotzkistischen Organisationen sowie die revisionistische KKE waren nicht erschienen.

Einige Abgeordnete der „Neuen Demokratie" (Karamanlis) ließen ihre Grußadressen im Organ der KKE/„Inland", der „Avji", abdrucken.

Aus dem Ausland waren erschienen: Delegationen der Kommunistischen Parteien Spaniens, Italiens, Belgiens, Großbritanniens, Australiens, Rumäniens, des Bundes der Kommunisten Jugoslaviens, der Linken Partei Norwegens, der Linkspartei Kommunisten Schwedens, der Partei der Arbeit Koreas (!), der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei, der Sozialistischen Partei Zyperns EDEK, der Nationalen Befreiungsfront Algeriens (FLN), der Frente Polisario (Westsahara; Bilal Muhamet) und Vertreter des Exekutivkomitees der PLO (Palästina). Die Partei der Werktätigen Vietnams sendete eine Grußadresse („Avji", 8.6.76).

Nichts dazugelernt: Entschlossen hinter Karamanlis her

Die KKE/„Inland" ist eine Abspaltung der revisionistischen KKE, die zunächst unter dem Vorzeichen der „Freiheit der Kritik" an der KPdSU lossegelte und heute im Eiltempo in den Hafen offen sozialdemokratischer Positionen steuert. So verurteilte die KKE/„Inland" die streikenden griechischen Bauarbeiter als „Provokateure" und beteiligte sich ausdrücklich nicht an den letzten massenhaften Protesten gegen das von der Karamanlis-Regierung geplante Anti-Streikgesetz (siehe AK 82). In den portugiesischen Klassenkämpfen nach dem 25. April 1974 – insbesondere um die Zeitung „Republica" – ergriff sie Partei für Mario Soares, mit dem sie sich bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich solidarisierte.

Der Kongreß stand ganz unter dem Motto der „Nationalen Antidiktatorischen Demokratischen Einheit" (EADE), zu deren Verwirklichung „man schon einen Schritt vorangekommen sei". EADE bedeutet für die Strategen der KKE/„Inland" die Festlegung ihrer Politik gegenüber der reaktionären Karamanlis-Regierung. Diese Politik besteht – nach Angaben der KKE/„Inland" – aus einer „kritischen Unterstützung", wobei die „Kritik" immer kleiner geschrieben wird und die „Unterstützung" immer stärker zum Zuge kommt. Bei EADE handelt es sich um eine rechte Variante des sogenannten „historischen Kompromisses" der italienischen Revisionisten mit deren Christdemokraten.

Aus dem Eingangsreferat des Sekretärs des ZK, Bambis Dhrakopoulos, läßt sich allerdings schließen, daß es noch politischen Widerstand gegen diese Linie in den eigenen Reihen gibt, den er sich niederzukämpfen bemüht: *„Einige identifizieren die EADE mit einer festgesetzten Haltung entweder der Unterstützung der Regierung Karamanlis oder der Einheit mit ihr in grundlegenden Fragen, unabhängig von deren Haltung und unserer Kritik an ihr".* Diese – durchaus richtige Einschätzung der Kritiker – führe *„bestimmte Genossen zu der Schlußfolgerung, daß nach dem Zurückweichen* (?) *der Regierung vor den Amerikanern* (Stützpunktfrage, Landeerlaubnis u. a. – AK) *und der Unterzeichnung des griechisch-amerikanischen Abkommens und viel mehr nach ihrer Rechtswendung bei den innenpolitischen Problemen, ... die EADE keinen Sinn habe und durch eine andere Politik ersetzt werden müsse".*

Dhrakopoulos versucht, diese Kritiker in den eigenen Reihen demagogisch zu beschwichtigen: „.... *Die EADE gibt uns den Wink und die Logik, um jedes Mal unsere Haltung gegenüber der Regierung Karamanlis zu bestimmen, aber sie hängt nicht mit einer für immer festgelegten Haltung ihr gegenüber zusammen". „Die Politik der EADE beinhaltet gleichzeitig eine Linie der Einheit mit der ‚Neuen Demokratie'* (Karamanlis-Partei – AK) *beim Werk der Verteidigung der Demokratie* (oho!), *gegenüber den Unterminierungspraktiken sowie auch der Begegnung des Drucks seitens der amerikanischen Imperialisten und der türkischen Chauvinisten und für die griechische Solidarität mit dem zyprischen Volk."*

„.... *Das Leben* (?) *hat gezeigt, daß dieser Druck auf die Regierung* (seitens der fortschrittlichen Kräfte, Anm. des Übers.) *mit der Kritik und der Entwicklung der Kämpfe positive Ergebnisse* (?!!) *gehabt hat und hat, auch Bedeutung bei der Minderung der negativen Auswirkungen für die Regierungspolitik."* Das alles bilde *„eine Waffe in den Händen der Regierung, in dem Maße, in dem sie dem Druck der großen Arbeitgeber, der antidemokratischen Elemente und der amerikanischen Imperialisten Widerstand leisten will."*

„Die Art, wie wir gegen die Regierung kämpfen und die Kämpfe des Volkes gegen die negativen Seiten ihrer Politik organisieren, muß so beschaffen sein, daß sie die Volkseinheit nicht spaltet, den größtmöglichen Druck auf die Regierung ausübt und die demokratische Normalität (!) *verstärkt."*

„.... *Wenn wir auch unsere Kritik und unseren Kampf verstärken gegen die negativen Seiten der Regierung, kämpfen wir nicht, heute, für ihren Umsturz. Denn so etwas verlangt heute das Volk nicht; es ist nicht realistisch, denn die Regierung verfügt über eine breite parlamentarische Basis und eine noch genügend breite Unterstützung im Volk ...*

... Die Provokation einer Regierungskrise ins Blinde hinein würde unter den heutigen Bedingungen unseres Landes die Öffnung des Weges zum Schlechteren bedeuten. In diesem Falle würden die Kommunisten verantwortlich (!) *für eine Rückwärtsentwicklung des Landes."*

Dieses schmierige revisionistische Geseibere verfehlte nicht seinen gewünschten Adressaten: Die rechten, regierungsfreundlichen Zeitungen zollten ihren Respekt. Der Abgeordnete der sozialdemokratischen EDIK, D. Tsatsos, brachte es im Namen seiner Delegation am Ende seiner äußerst schwungvollen und betont herzlichen Ansprache auf den Punkt: „.... und erhebe meine Stimme mit euch zusammen: Es lebe der griechische demokratische Weg zum Sozialismus!" – Mit anderen Worten: ‚Sozialdemokraten aller Parteien – vereinigt euch!'

Und ein Abgeordneter der „Nea Demokratia", der rechtskonservativen Karamanlis-Partei, hob die „positive Entwicklung der KP des Inlands" in einer öffentlichen Erklärung hervor! Was für Freunde!

Für konsequente Sozialisten und Kommunisten wird es höchste Zeit, das sinkende Schiff der KKE/„Inland" zu verlassen, bevor das Wrack völlig auf dem Boden des Sozialdemokratismus aufschlägt!

Griechenland/Türkei-Kommission

Zypern wird Stützpunkt der 6. US-Flotte

Unter dem Vorwand der Ereignisse im Libanon und vor allem mit der Ausrede „aus Gründen der Humanität", zur „Rettung amerikanischer Staatsbürger" richten sich die US-Streitkräfte jetzt dauerhaft auf dem „britischen" Stützpunkt Akrotiri in Zypern ein. Dies enthüllte eine Gruppe zyprischer und griechischer Journalisten, die unter Zuhilfenahme einiger Drahtscheren in das Gelände des Stützpunktes eindrangen und das geschäftige Treiben dort fotografierten und auf Tonband aufnahmen.

Danach haben die USA den wichtigeren Teil des Stützpunktes („Flügel A") unter ausschließlich ihrer Kontrolle – britische Militärs dürfen diesen Teil nicht einmal betreten – und sind dort wesentlich aktiver, als es für eine ein- bis zweimalige „Rettungsaktion" nötig wäre. Dort stationiert sind:

1) Vier große militärische Transportflugzeuge (Typ „Hercules")
2) vier riesige Transporthubschrauber, die gleichzeitig Panzer und Soldaten transportieren
3) vier „Phantoms" (Düsenjäger)
4) 1.800 Marineinfanteristen!
5) Zwei U-2 Spionageflugzeuge befinden sich dort seit sechs Monaten, rund um die Uhr und abwechselnd im Einsatz.

Die USA selbst geben nur die Anwesenheit von 125 Marineinfanteristen zu, die für die Transportflugzeuge gebraucht würden, um die Evakuierung von ca. 1.400 US-Staatsangehörigen aus Beirut nach Lefkosia durchzuführen.

Obwohl immer wieder „humanitäre Gründe" vorgeschoben wurden, verwehrten die britischen und amerikanischen Militärbehörden griechischen und anderen Journalisten kategorisch das Betreten der Basis. Die „illegal" Eingedrungenen beobachteten dann auch den Transport einer Reihe von Panzern!

Die zyprische Regierung schweigt – Denktasch protestiert

Die zyprische Regierung (Makarios) weigerte sich bisher, irgendeine Stellungnahme abzugeben. Außenminister Christofidhis weilte gerade in Washington zu einer Unterredung mit Kissinger.

Der Führer der türkisch-zypriotischen Gruppe kritisierte die Tatsache, daß die *„überfallartige Benutzung"* ohne Information und Billigung der zyprischen Behörden geschehen war und daß die Regierung alles stillschweigend hinnehme. Das beweise, *„daß die britischen Stützpunkte in Zypern unerwünscht für die friedliche Zukunft der Insel sind!"* In der Tat!

Die britischen und US-amerikanischen Stellen erklärten zynisch, bisher hätte die zyprische Regierung jede Benutzung durch die USA vorher gebilligt, deshalb habe man es diesmal nicht für nötig befunden, sie vorher zu informieren!

Deutlicher kann man nicht sagen, wer die wirklichen Herren der Insel sind!

(„Eleftherotipia, 18./19./20.6.76)

Griechenland/Türkei-Kommission

Griechenland

Gesamte Führung der Karamanlis-Jugend abgesetzt

Karamanlis höchstpersönlich setzte am 18.6.76 die gesamte Führung der ONNED – Jugendorganisation seiner Partei „N.D." – ab, hauptsächlich als Reaktion auf deren Haltung zum Widerstand der Bevölkerung von Rhodos gegen die geplante Landung der zwei US-Kriegsschiffe (siehe AK 81).

Die Ortsgruppe Rhodos der ONNED hatte in Einverständnis mit der Führung ein Solidaritätsflugblatt herausgegeben, in dem sie die militanten Aktionen billigte. Angeblich sollen auch Mitglieder aktiv beteiligt gewesen sein.

Ein weiterer Grund für die Absetzung der ONNED-Führung war die Entsendung einer Delegation auf den Kongreß der KKE/„Inland". Karamanlis will damit offenbar ein Exempel statuieren, nachdem ihm während der Parlamentsdebatte, in der er die revolutionäre Linke massiv bedrohte und einen Teil der Opposition an den Rand der Illegalität drängen wollte, von dieser die Haltung seines eigenen Nachwuchses unter die Nase gerieben worden war.

Die alte Führung hatte darüber hinaus Kritik an den rechten Flügelmännern in der Regierung (Averof, Stamatis) und an der offenen Wiederhinwendung zur NATO geübt.

Neuer „Chef" der ONNED ist Anastasis Paplighouras, Sohn des Koordinationsministers und Schwager des Ministers beim Ministerpräsidenten und Erziehungsminister G. Rallis. Er gehört dem royalistischen Flügel der ONNED an!

In Kreisen der parlamentarischen Opposition spricht man von einer möglichen Spaltung der Karamanlis-Jugend – das wäre dann die dritte. Nur zu! („Eleftherotipia", 20.6.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Griechenland

Nächtlicher Bullenüberfall auf Hungerstreikende

Am 16.6.76 um Mitternacht fand ein in seiner Dreistigkeit kaum zu überbietender Bulleneinsatz auf dem Vorplatz der Athener Universität statt. Dort führten sieben der vom Entlassungsterror nach Verabschiedung des Anti-Streikgesetzes betroffenen Gewerkschafter seit fünf Tagen einen Hungerstreik durch. (Der Ort ist traditionell sehr gut für derartige Aktionen geeignet, da er mitten im Stadtzentrum lieg.)

Um 0.20 Uhr erschienen zwei „Grüne Minnas" und ein Streifenwagen. Die Bullen stürzten sich auf die im Halbschlaf liegenden Hungerstreikenden, verfrachteten sie aufrecht in die Käfigwagen und zerstörten alle Transparente. Die stark geschwächten Streikenden waren nicht in der Lage, Widerstand zu leisten.

Den Überfall abwehren wollte ein Apotheker, der sich um die Streikenden kümmerte. Er zeigte den Polizisten eine ärztliche Bestätigung über die Transportunfähigkeit der Gewerkschafter wegen der Krämpfe, die sie erlitten hatten. Das Ergebnis war, daß er selbst verhaftet wurde.

Einige überraschte Passanten protestierten gegen das rüde Vorgehen der Bullen. Sieben von ihnen wurden daraufhin gleich mit in die Gitterwagen geworfen.

Den Überfall hatte angeblich der Rektor der Universität provoziert, der das Einschreiten der richterlichen und polizeilichen Behörden verlangt habe, **„damit das Universitätsgelände nicht von Individuen besetzt wird, die mit den Studenten nichts zu tun haben"**.

Die sieben Gewerkschafter sind entschlossen, ihren Hungerstreik in der Arrestzelle fortzusetzen! („Eleftherotipia", 16.6.76).

Griechenland/Türkei-Kommission

Griechenland

Entlassungswelle rollt

Nach der Verabschiedung des Anti-Streikgesetzes durch die reaktionäre Karamanlis-Regierung (siehe AK 81) rollt die Entlassungswelle von Klassenkämpfern aus den Betrieben. Allein vom 29. Mai bis zum 5. Juni wurden in 28 Großbetrieben des Raumes Attika 103 Gewerkschafter entlassen. Besonders schlimm traf es die Arbeiter von MEL in Thessaloniki, die wochenlang an vorderster Front gegen Kapitalistenwillkür gekämpft hatten. Das gesamte Streikkomitee, fast alle Mitglieder der Leitung der Basisgewerkschaft sowie 26 weitere kämpferische Kollegen wurden entlassen! Das sind über fünf Prozent der gesamten Belegschaft!

In den Avantgardebetrieben des Raumes Athen-Piräus (Pitsos, ITT, IZOLA etc.) haben die Kapitalisten bisher ähnliches nicht gewagt.

Heuchlerisch spricht jetzt selbst die reaktionäre Führung des staatlichen Gewerkschaftsbundes (GSEE) von einem Progrom. Sie war es allerdings selbst, die entschieden die Streikbewegung gegen das Anti-Streikgesetz spaltete und verteufelte, und dieses sogar – nach einigen Schönheitskorrekturen – bejubelte!

Kampf dem Anti-Streikgesetz!

Griechenland/Türkei-Kommission

Genscher-Ministerium = Kronzeuge bei Verbot und Verfolgung linker türkischer Parteien

In der Türkei ist die Kommunistische Partei seit 1923 verboten. Während der Militärdiktatur 1971 bis 1973 wurden alle fortschrittlichen Gruppierungen in der Türkei verboten und grausam verfolgt. Dabei schreckten die faschistischen Machthaber nicht vor Folter und Mord zurück. Auch nach der „demokratischen Öffnung" 1973 müssen die radikaldemokratischen und kommunistischen Organisationen im Untergrund arbeiten.

So versuchen verschiedene linke Organisationen legal zu arbeiten, indem sie auf einen kommunistischen Namen verzichten. So z.B. die „Türkische Arbeiterpartei", die „Türkische Sozialistische Partei" und die „Türkische Werktätigenpartei".

Die Faschisten dagegen – wie z.B. die „Grauen Wölfe" des Vizepremier Türkesch – genießen alle bürgerlichen Freiheiten und dazu noch massiven Schutz und Hilfe durch den Staat, sowie Deckung bei ihren kriminellen Umtrieben durch Justiz und Polizei. Auf das Konto der Faschisten gehen schon über 100 politische Morde.

Jetzt hat die rechtsgerichtete Regierung „Untersuchungen" und Verfolgung von fünf linken Organisationen eingeleitet. Es handelt sich dabei um die Auslandsorganisationen der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP), der türkischen Studentenkonföderation in Europa, der Türkischen Volksbefreiungsarmee, der Türkischen Volksbefreiungsfront und der Türkischen Revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei. Dabei stützen sich die Geheimdienste *„auf Dokumente des westdeutschen Innenministeriums"* (laut „Tercüman", rechtsstehende Tageszeitung, nach „NZZ" vom 14.6.76)!!

Zur gleichen Zeit laufen auch Prozesse gegen türkische Genossen, so gegen Mihri Belli in Ankara und gegen 32 Genossen der Türkischen Werktätigen-Partei vor dem Staatssicherheitsgericht.

Die Anklage lautet „kommunistische und kurdische Umtriebe" („NZZ" vom 14.6.76). „Kurdische Umtriebe" sind insofern verboten, weil die Bourgeoisie die Existenz von Kurden gänzlich leugnet und statt dessen nur von „Bergtürken" spricht.

Die antiimperialistische Bewegung und dabei besonders die verfolgten Genossen bedürfen unserer besonderen Solidarität. Dabei fordern wir alle fortschrittlichen Menschen auf, den Mantel des Schweigens, den die bürgerliche Presse über die Situation in der Türkei wirft, zu zerbrechen und einen regen Informationsaustausch aufzubauen.

Griechenland/Türkei-Kommission

Streikbrecher stoßen sich die Nase

Im Rahmen einer mit den örtlichen Gewerkschaftsführern ausgehandelten „Lohnangleichung" wollte die Gemeindeverwaltung von Cumbernauld/Schottland den Kollegen von der Müllabfuhr die Prämien streichen, worauf diese in Streik traten.

Der Bürgermeister wollte nach vier Wochen, wie er sagte, „Recht und Ordnung" wiederherstellen, d.h. den Streik zerschlagen. Dazu wurde mit Wissen der Behörden und der Polizei das Gesetz gleich zweimal gebrochen:

– als Streikbrecher wurden in Glasgow nichtsahnende Arbeitslose angeheuert, um in Schwarzarbeit den Müll zu beseitigen („das Arbeitsamt braucht davon nicht zu wissen"),

– zur besseren Tarnung wurden an den eingesetzten LKWs die vorgeschriebenen Steuerplaktetten entfernt.

Die Streikbrecher mußten nach drei Stunden Schwarzarbeit aufgeben: als sich der erste LKW der Müllkippe näherte, segelte ein Ziegelstein durch die Windschutzscheibe ...

Inzwischen soll wieder verhandelt werden (nach „Guardian" 12. und 17.6., „Socialist Worker", 19.6.).

England-Kommission

England

11.000 demonstrieren gegen Rassismus

Am 12. Juni demonstrierten in vier Londoner Stadtteilen insgesamt über 11.000 Menschen unter antirassistischen Parolen. Anlaß war eine Welle rassistischer Ausschreitungen und Provokationen, die – durch entsprechende Pressekampagne und Reden rassistischer Politiker angeheizt – inzwischen zur Ermordung von zwei jungen Asiaten und einem Araber geführt hat: In Essex wurden Ende Mai der 19 Jahre alte Dinesh Choudri und der 22 Jahre alte Riphi Alhadidi von weißen Faschisten ermordet; am 5. Juni erstach eine Bande von ca. 20 aufgehetzten weißen jugendlichen Rassisten den 18jährigen Inder Gurdip Singh Chagger in London-Southall.

Die größte Demonstration am 12. fand deswegen auch in diesem Stadtteil statt: in Southall leben etwa 40.000 Inder und Pakistani. Es hatten aufgerufen über 50 Einwandererorganisationen, Gewerkschaftsgruppen, Kirchenvertreter, Vertreter der Labour Party, der Liberalen, der Revisionisten und Trotzkisten.



Ost-London:
2.000 junge Bangladeshi demonstrieren mit erhobenen Fäusten gegen Rassismus





London-Southall: 7.000 Menschen demonstrieren gegen Rassismus



London-Southall: Trauer und militante Wut.
An der Stelle, an der Gurdip Singh Chagger erstochen wurde, bedeckten Antifaschisten die Blutlache mit einer roten Fahne und schrieben auf das Pflaster: „Dieser rassistische Mord wird gerächt. Wir werden Euch kriegen – rassistischer Abschaum!"

Der ca. 7.000 Menschen umfassende Demonstrationszug hatte politisch mehr den Charakter eines Friedensmarsches, als den einer kämpferischen antirassistischen Protestdemonstration. Parolen wie „Nur eine Rasse – die menschliche Rasse", „Polizeischutz – statt Polizeiwillkür" und „Macht die Schwarzen nicht für Englands Krise verantwortlich" bestimmten das Bild.

Demgegenüber waren zwei weitere Demonstrationen in Ostlondoner Vororten wesentlich kämpferischer:

In Whitechapel forderten 2.000 Bangladeshi vor der örtlichen Polizeiwache ein Untersuchungsverfahren gegen Polizeiwillkür, nachdem sie zuvor noch der drei Ermordeten gedacht hatten.

In Newham marschierten 2.000 Menschen gegen Arbeitslosigkeit, die Sparmaßnahmen der Labour-Regierung und Rassismus.

Im Südlondoner Stadtteil **Brixton**, wo etwa 45.000 Schwarze in ghettoartigen Verhältnissen leben, demonstrierten etwa 300 Schwarze und Weiße gegen die zunehmende Polizeiwillkür (nach „Morning Star", 14.6. und „Socialist Worker", 19.6.).

Rassistische Hetzkampagne

Die zunehmenden rassistischen Übergriffe sind direktes Ergebnis einer seit Monaten laufenden Hetzkampagne gegen „die Einwanderer", mit der – entsprechend der in der BRD betriebenen Gastarbeiterhetze – die Arbeiterklasse gespalten werden soll. Die „Einwanderer" sind natürlich nicht die weißen rhodesischen Siedler, die jetzt zurückkehren, sondern vorwiegend Inder und Pakistani, sowie Schwarze von den westindischen Inseln, also Farbige, die von ihrem sehr begrenzten Recht Gebrauch gemacht haben, als „britische Bürger" einzuwandern.

Zu den Hauptträgern der Hetze gehören die faschistischen Organisationen Nationale Front und National Partei (NP), die in letzter Zeit mehrere Umzüge gegen „die Einwanderer"
Partei (NP), die in letzter Zeit mehrere Umzüge gegen „die Einwanderer"
organisierten, vorzugsweise durch die Wohngebiete der Farbigen. Zur Ermordung von Gurdip Chaggar äußerte NP-Vorsitzender Kingsley Read: *„Wie schrecklich, einer ist weg, da bleibt noch eine Million übrig"* („Morning Star", 14.6.). Als Ende Mai eine Gruppe indischer Flüchtlinge aus Malawi am Londoner Flughafen Heathrow eintraf, blockierten Anhänger der Nationalen Front das Abfertigungsgebäude stundenlang – ohne daß die Polizei einschritt.

Im Unterhaus übernimmt der frühere Tory-Minister Enoch Powell die Rolle des Oberhetzers. Er fordert die Zwangsrückführung der „Einwanderer" in ihre „Heimatländer" und behauptet frech, die Zeitungen würden verschweigen, daß es heute schon Städte gäbe, wo Übergriffe der Farbigen auf die Polizei (!) an der Tagesordnung seien. Dann droht er: *„Vielerorts fürchten sich die Bürger schon tagsüber, auf die Straße zu gehen, und müssen in Angst und Schrecken leben ... nichts kann verhindern, daß künftig Sprengstoff und Schußwaffen eingesetzt werden ... Es kommt noch soweit, daß für diese Gegenden* (mit hohem Farbigenanteil) *das heutige Belfast* (in Nordirland – AK) *ein beneidenswerter Ort ist"* („Guardian", 25.5.76).

England-Kommission



London-Newham:
Docker gegen Rassismus. In vorderster Front zwei der fünf Docker, die 1972 als Streikposten ins Gefängnis gesteckt wurden, aber wieder freigelassen werden mußten, als 50.000 Londoner Menschen vor dem Pentonville Gefängnis demonstrierten: ganz links Vic Turner, Mitte Bernie Steer.

Mißtrauensantrag der Tories gegen Labour-Regierung abgelehnt

Am 9. Juni 76 lehnte das englische Parlament mit 309 gegen 290 Stimmen den Antrag der konservativen Fraktion, der Labour-Regierung das Mißtrauen auszusprechen, ab. Hier von einer Niederlage der Tories zu sprechen wäre allerdings falsch, denn dieser Ausgang war bereits vorher klar: Die Liberalen hatten vorher bereits erklärt, daß sie einen derartigen Antrag ablehnen würden, die 13 Abgeordneten enthielten sich der Stimme. Ebenso enthielten sich neun der zehn nordirischen Ulster Unionisten.

Der eigentliche Zweck dieser Taktik bestand unter anderem darin, politischen Druck auf die Liberalen auszuüben. Prompt nach der Abstimmung brach ein frontaler politischer Angriff der Tories auf die Liberalen los: Dadurch, daß sie sich der Stimme enthalten hätten, hätten sie die Labour-Regierung im Amt gehalten. Dies ist nachweislich falsch: Selbst wenn die Tories es schaffen würden, alle kleinen Parteien, die im Parlament vertreten sind, auf ihre Position zu vereinheitlichen, würde dabei eine Patt-Situation herauskommen. Labour hat – unter der Bedingung, daß die beiden nordirischen Sozialdemokraten zur Labour-Regierung halten, was sie allerdings bislang immer getan haben – genauso viele Abgeordnete, wie Tories und alle anderen Parteien zusammen genommen. Tory-Chefin Thatcher machte die Liberalen dennoch in demagogischer Weise für die gesamte Politik der Labour-Regierung und vor allem für den Kurs hin zum „Sozialismus" verantwortlich, sie hätten „*Verstaatlichung, ... den Angriff auf die parlamentarische Demokratie, ... hohe Steuern, ständige Verschuldung, eine höhere Arbeitslosigkeit als je zuvor, Rekordinflation und fallenden Lebensstandard (unterstützt). Ich glaube nicht, daß das bis zu den nächsten Wahlen vergessen sein wird.*" („Guardian", 14.6.76).

Und das ist natürlich der Punkt: Die Tories spekulieren darauf, bei Nachwahlen, bzw. der nächsten Parlamentswahl in zwei Jahren den Liberalen Sitze abzunehmen. Und aufgrund der politischen Verhältnisse in den 13 Wahlkreisen der Liberalen ist es in nur zwei wahrscheinlich, daß sie an Labour fallen, in den restlichen elf sind die Tories die nächst stärkste Partei nach den Liberalen.

Außerdem reiht sich dieses Manöver ein in die gegenwärtig von den Tories im Parlament vorgelegte Taktik des Boykotts und der Provokation. Ganz offensichtlich haben sie sich zum Ziel gesetzt, bestimmte im Parlament vorliegende Gesetzesvorlagen (Etablierung von Gesamtschulen, Abschaffung von Privatbetten in den Krankenhäusern, Verstaatlichung des Schiffbaus usw.) zu torpedieren und für eine „antisozialistische" Propaganda und Hetze a la Strauß & Co. gegen die Labour Party zu nutzen.

Eine Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die Aufkündigung der sog. „Paarungs"-Vereinbarung zwischen Regierung und Opposition. Diese Vereinbarung sieht vor, daß man sich vor Abstimmungen im Parlament darüber verständigt, wieviele Abgordnete der jeweiligen Partei nicht teilnehmen. Diese Zahl wird jeweils vorher verbindlich festgelegt, so daß nicht jedesmal alle Abgeordnete anreisen müssen, sondern sich jede Seite darauf verlassen kann, daß eine gleich große Zahl von Abgeordneten der Gegenseite auch nicht teilnimmt, bzw. sich bei Abstimmungen der Stimme enthält.

Anlaß zur Aufkündigung dieser Vereinbarung durch die Konservativen war die Auseinandersetzung über die Gesetzesvorlage über die Verstaatlichung des Schiffbaus. So wenig selbstversändlich dieses Gesetz etwas mit Enteignung zu tun hat, so sehr wurde es natürlich von den Konservativen als solches angegriffen und durch endlose Debatten hinausgezögert. Quasi fünf Minuten vor Verabschiedung kamen die Tories dann mit dem Argument, das Gesetz könne doch so nicht verabschiedet werden, da in ihm „*gleiche Interessen ungleich behandelt*" würden, was nach den Vorschriften des englischen Parlaments weitere Beratungen in Sonderausschüssen notwendig mache. Tatsache ist, daß einer US-amerikanischen Werft, die nach den Kriterien des Gesetzes auch verstaatlicht werden müßte, seitens der Labour-Party die Zusage gemacht worden ist, daß man bei ihr eine Ausnahme machen wolle (!). Daß die Tories ausgerechnet dies kritisieren, ist natürlich eine besondere Demagogie!

Auf diesen verfahrenstechnischen Einwand hin, beantragte die Labour-Regierung kurzerhand, die entsprechende Parlamentsvorschrift für diesen Fall aufzuheben. Sie gewann diese Abstimmung mit einer Simme Mehrheit (304 : 303)! Die Tories behaupteten sofort, einer der Labour-Abgeordneten hätte nicht abstimmen dürfen, er sei mit einem nicht anwesenden Tory „gepaart" worden, insofern sei das Ergebnis ungültig. Es kam zu regelrechten Krawall- und Prügelszenen , die Labour-Fraktion sang ihr „Kampflied" „The Red Flag" („Die Rote Fahne"!!) und ein Tory riß den Zeremonienstab des Parlamentssprechers von der Wand und stürzte sich auf Labour-Abgeordnete; die Tories schrien, das wäre ja wie im „Reichstag" (ein in die englische Sprache übernommenes Wort!) und verglichen die Labour-Regierung mit Hitler! Die Sitzung wurde daraufhin „wegen schwerer Ausschreitungen" vertagt ...

Seither weigern sich die Tories an interfraktionellen Absprachen teilzunehmen, was sämtliche Parteien dazu zwingt, zu jeder nur halbwegs wichtigen Sitzung absolut vollzählig anwesend zu sein. Das bedeutet z.B. für alle Regierungsmitglieder von Auslandsreisen, EG-Konferenzen oder Urlaub ständig nach London zu fahren.

Mit dieser Obstruktionsstrategie wollen die Tories dem Wähler klar machen, daß „es so nicht weiter geht", daß Labour regierungsunfähig ist usw. Die kleinen Parteien sollen durch Kampfabstimmungen wie über das Mißtrauensvotum vor die Alternative gestellt werden, entweder in den Sog des Abwirtschaftens der Sozialdemokraten mit hineinzugeraten, oder rechtzeitig – an der Seite der Tories – das sinkende Schiff zu verlassen.

Die Konservativen halten die Zeit für gekommen, sich wieder als „Alternative" in den Vordergrund zu spielen. Ihre Erfolge bei fast allen Nachwahlen für das Parlament scheinen ihnen Recht zu geben.

Dazu kommt, daß die Arbeiterbewegung, seit sie im Frühjahr '74 durch Proteststreiks die Tories aus dem Amt gejagt hatte, einen starken Niedergang erlebt hat: Das EG-Referendum ging positiv aus, das 6 Pfund-Lohndiktat konnte durchgesetzt werden, 1975/76 ist die Zahl der Streiks auf dem seit Jahren niedrigsten Stand.

Mit der Argumentation, die Arbeiter müßten aus „Rücksicht auf ihre Arbeiterregierung" auf den Kampf um ihre Rechte und höhere Löhne verzichten, hat es die Labour-Regierung im Verein mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung geschafft, die englische Arbeiterklasse bereits zwei Jahre lang zu lähmen.

Ein neuer Aufschwung der spontanen Arbeiterkämpfe, der angesichts der brutalen ökonomischen Ausplünderung mit absoluter Sicherheit kommen wird, wird sich unter den gegenwärtigen Bedingungen (Labour an der Regierung) gegen die Labour Party entwickeln müssen. Darin liegt aber die Gefahr für die Bourgeoisie, daß sich Teile der Arbeiterklasse aus dem sie lähmenden Reformismus lösen. Insofern hat die Bourgeoisie ein spezielles Interesse daran, Labour wieder in der Opposition zu haben und damit den wachsenden Widerstand der Arbeiter in sichereren (sozialdemokratischen) Händen zu wissen.

Abgesehen davon ist es für sie günstiger, wenn eine Tory-Regierung die einer stärkeren Arbeiterbewegung gegenüber notwendigen Unterdrükkungsmaßnahmen durchsetzt, als eine sozialdemokratische, da dies den Charakter der Labour-Party als Partei der Bourgeoisie noch deutlicher machen würde. Sobald die ersten größeren Abwehrkämpfe der Arbeiter ins Haus stehen (Stichdatum könnte Anfang August sein. Ab dann soll das neue 4,5 % Betrugsabkommen gelten), wird sich unseres Erachtens diese Tendenz zur Ablösung der Labour-Regierung verstärken. Die aggressive Politik der Tories und der Versuch, der Labour-Regierung parlamentarische Niederlagen beizubringen und eine Situation der Regierungsunfähigkeit herzustellen, sind die direkte Vorbereitung dafür.

England Kommission

Englische Gewerkschaftsführer: Lohnraub-Feldzug akzeptiert!

Am 16. Juni tagte die Sonderkonferenz des englischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC, die einberufen worden war, um der „2. Phase" des Labour-Wirtschaftsprogramms zuzustimmen. Dieses sieht vor, daß Lohnerhöhungen auf ca. 4,5 % beschränkt werden sollen. Als „Gegenleistung" wurden den Gewerkschaften Steuererleichterungen für Familien mit kleinen Einkommen „versprochen". Dieses „Angebot" der Labour-Regierung muß vor dem Hintergrund einer Inflationsrate von immer noch 20 % (offizielle Angabe!!) gesehen werden. Außerdem hat die englische Arbeiterklasse bereits im letzten Jahr unter der „1. Phase" einen drastischen Abbau ihres Lebensstandards hinnehmen müssen: Bei einer Inflation von gut 30 % waren Lohnerhöhungen von nur sechs Pfund (auf den Wochenlohn gerechnet) erlaubt - das entspricht einer Erhöhung von durchschnittlich 10 %!

Kein Gedanke allerdings daran, daß die Gewerkschaftsführung diese neuerliche Unverschämtheit der sozialdemokratischen Labour-Regierung als solche zurückwies! Im Gegenteil: Wie schon während der Vorbereitung der Sonderkonferenz auf den Tagungen der Einzelgewerkschaften abzusehen war (s. AK 81), stimmten die über 1.000 Funktionäre mit der überwältigenden Mehrheit von 17:1 dem Lohnraub zu. Die Zustimmung zum 6-Pfund-Lohndiktat im letzten Jahr war mit 2:1 erheblich niedriger ausgefallen.

Diese Zahlen täuschen allerdings: Die Abstimmungen werden nach einem Blockwahlverfahren durchgeführt: jeder Funktionär verfügt über die Stimmen der Mitglieder, die er „vertritt" und zwar unabhängig davon, wie diese Mitglieder im einzelnen abgestimmt haben. Vertritt z.B. ein Funktionär 1.000 Mitglieder, so gilt seine Stimme auf dem Gewerkschaftstag als tausend Stimmen. Dabei ist er an die Mehrheitsentscheidung der TUC-Konferenz vorgeschalteten Tagung seiner Einzelgewerkschaft gebunden. Stimmen nun z.B. 60 % der Funktionäre der Einzelgewerkschaften für den Lohnraub, so ist der Delegierte auf der TUC-Konferenz verpflichtet, seine Stimme, die ja 1.000 „wert" ist, ebenfalls für den Lohnraub abzugeben. D.h., die oppositionellen 40 % werden zu Ja-Stimmen umfunktioniert! (wobei man in der Regel davon ausgehen muß, daß die innergewerkschaftliche Opposition noch wesentlich größer ist, als die auf Funktionärstagungen!) D.h. es kann durchaus sein, daß die Mehrheit der einfachen Gewerkschaftsmitglieder gegen den Lohnraub ist und dennoch eine derartige 90 %ige Zustimmung bei der Abstimmung herauskommt.

Man kann an mehreren Beispielen zeigen, wie das „funktioniert": So hat sich z.B. innerhalb der Bergarbeitergewerkschaft NUM die Opposition gegen die Lohnraubpolitik im Grunde vergrößert. Letztes Jahr stimmten 116.076 Mitglieder für die Annahme der 6 Pfund, 75.743 stimmten dagegen.

Dennoch wurden natürlich auf der Sonderkonferenz sämtliche Mitglieder als Ja-Stimmen für den Lohnraub geführt. Die Meinung von fast der Hälfte der Mitglieder wird in ihr totales Gegenteil verkehrt!

Ein anderes Beispiel gibt die NUR, die Gewerkschaft der Eisenbahner.

Die NUR enthielt sich auf der Sonderkonferenz ihrer Stimme. Der Grund: in der 32-köpfigen Exekutive war eine Patt-Situation eingetreten: 16 Funktionäre waren für Ja, 16 für Nein, ein Zeichen für eine ungewöhnlich starke innergewerkschaftliche Opposition gegen das Lohndiktat. Statt daß die Stimmen der Gewerkschaft entsprechen dem Verhältnis aufgeteilt wurden, was der Oppostition zugute gekommen wäre, fielen die Stimmen so insgesamt unter den Tisch!

Laut „Socialist Worker" (12.6.76) gab es bei der Bauarbeitergewerkschaft UCATT sogar den Fall, daß sich die Exekutive nicht um die Entscheidung der Delegierten scherte, die mit 112:89 gegen das 4,5 % - Lohndiktat gestimmt hatten. Sie enthielt sich auf der Sonderkonferenz der Stimmenabgabe mit dem „Argument", dieses Ergebnis sei „auf Druck von Extremisten" zustande gekommen.

Uns fehlt leider das Zahlenmaterial, um eine Einschätzung der derzeitigen Stärke der innergewerkschaftlichen Oppostition zu geben. Der „Socialist Worker" geht davon aus, daß man die Entwicklung bei den Bergarbeitern auch auf die anderen Gewerkschaften übertragen kann. „*Es spricht alles dafür, daß etwa 40 % der einfachen Gewerkschaftsmitglieder jetzt gegen die Politik* (des Lohndiktats - Anm.AK) *sind.*

Der „Guardian" schrieb am 17.6.1976: „*So bekam die Führung ihren Willen, aber es war kaum ein Sieg, den irgendjemand feiern wollte... Sie werden nicht so tun, als sei die überwältigende Zustimmung tatsächlich ein wahrheitsgetreues Spiegelbild der wirklich in den Gewerkschaften vorhandenen Meinung über die Vorteile von Lohnbeschränkungen. Sie wissen, (und das wurde durch eine PEP-Studie diese Woche bestätigt) daß ihre eigene Überzeugung über die absolute Notwendigkeit einer Einkommenspolitik von einer beträchtlichen Zahl ihrer eigenen örtlichen Funktionäre, die selbst die Verhandlungen führen* (shop stewards, Anm. AK) *nicht geteilt wird.*"

Man sieht, daß sich mit der bürgerlichen Gewerkschafts„demokratie" alles Mögliche beschließen läßt.

England-Kommission

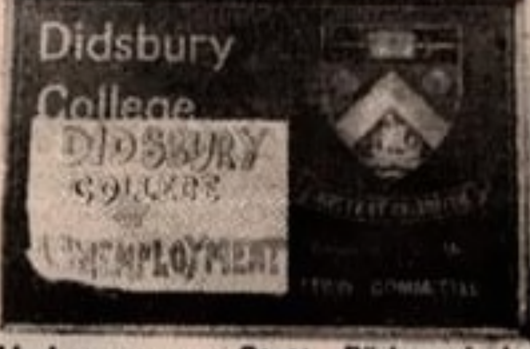
Lehrerstudenten besetzen 123 Colleges

Lehrerstudenten besetzen 123 Colleges

Am 15. Juni demonstrierten in London etwa 1.500 Lehrerstudenten gegen die ihnen drohende Arbeitslosigkeit.

Nach Angaben des Studentenverbandes NUS haben erst 25 % der 42.000 diesjährigen Absolventen der Pädagogischen Hochschulen (PH) einen Job.

Die Londoner Demonstration soll nach Absicht des NUS-Vorstands die gegenwärtige Phase der Collegebesetzungen beenden. Mitte Mai hatten die Studenten eines Colleges bei Edinburgh in Schottland beschlossen, als Protest ihr College zu besetzen. Diese Aktion bereitete sich blitzartig auch nach England aus bis schließlich von 140 PHs insgesamt 123 besetzt waren („Guardian", 16.6.).



Umbenennung: Statt „Pädagogischer Hochschule" jetzt „Arbeitslosen-Hochschule"

Am 5. Juni fand in Manchester eine Konferenz aller besetzten Colleges statt, die der – von der revisionistischen KP beherrschte – NUS-Vorstand einberufen hatte. Mit knapper Mehrheit lehnten die Delegierten die Pläne des Vorstands ab, am 15. eine eigenständige Demonstration in London zu machen und forderte, sich stattdessen am 16. Juni an einer Demonstration zu beteiligen, die gewerkschaftsoppositionelle Kräfte gegen die Zustimmung der TUC-Sonderkonferenz (s. Artikel in diesem AK) zum neuen Lohnabkommen organisierten. Der NUS-Vorsitzende Clarke (KP) mißachtete diesen Beschluß genauso, wie eine Resolution, mit der die heute bereits beschäftigten Lehrer zu Aktionen gegen Arbeitslosigkeit aufgerufen werden sollten. Das sei eine „*Einmischung in die Aufgaben anderer Organisationen*" („Socialist Worker", 12.6.).



Eine Vollversammlung von Pädagogik-Studenten beschließt die Besetzung ihrer Hochschule

Milliarden-Anleihe an England

Nachdem Italien einen Milliardenkredit der EG unter Federführung des BRD-Imperialismus erhalten hatte, ist nunmehr der englische Imperialismus an der Reihe gewesen.

Der Internationale Währungsfond (IWF), die „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich" (BIZ) – beides Schaltstellen des internationalen Finanzkapitals – sowie verschiedene imperialistische Staaten (die BRD ist mit einem Betrag von 800 Mio. Dollar vertreten) gewährten Großbritannien einen 5,3 Mrd. Dollar Devisenkredit, um den weiteren Verfall des englischen Pfundes zu stoppen.

Der größte Kreditgeber ist die USA mit 2 Mrd. Dollar. Das englische Pfund ist in der Tat in den letzten vierJahren um ca. 40 % gegenüber dem Währungsdurchschnitt gefallen, davon allein um 15 % in den letzten drei Monaten. Die Währungsreserven der englischen Bank reichten nicht mehr aus, um den weiteren Verfall zu stoppen und die wichtigsten kapitalistischen Handelspartner Englands waren nicht daran interessiert, daß das Pfund zu weit nach unten fällt, weil dann ihre exportierten Waren zu teuer werden würden und die Inflation in England schwieriger abzubauen wäre. Außerdem nimmt der Wert ihrer Forderungen in England im Falle eines weiteren Kursverfalles zu stark ab.

Der gewährte Kredit ist zunächst ein reiner Währungskredit, der höchstens ein halbes Jahr läuft. Hat sich dann nichts wesentliches geändert, ist abzusehen, daß daraus ein längerfristiges Darlehen wird, das dann die entsprechenden Auflagen enthält. Die imperialistischen Kreditgeber erwarten von der englischen Regierung, daß sie den Gewerkschaften gegenüber Lohnbeschränkungsabkommen durchsetzt – und zwar in einem noch größeren Ausmaß, als dies bereits geschehen ist – die öffentlichen Ausgaben drastisch kürzt und den defizitären Haushalt besser ausgleicht, vor allem in Form von Kürzung von Staatsausgaben, die die Werktätigen stark treffen. Auf diesem Wege soll die Inflation eingeschränkt werden, die die ausländischen Kapitalisten am meistens stört, weil es unliebsame Rückwirkungen auf die eigene Stabilitätspolitik hat und außerdem die Konkurrenzposition des englischen Kapitals verbessern würde. Weiter wird natürlich erwartet, daß die englische Regierung Abstand von Importkontrollen nimmt, wozu sie gerne greifen würde, um auf diesem Wege das Defizit in der Zahlungsbilanz zu verkleinern. Wie gegenüber Italien wird also auch jetzt gegenüber England von den wirtschaftlich starken Imperialisten, vor allem den US- und BRD-Imperialisten, ihre Stärke ausgenutzt, um diesen Ländern ihre Vorstellungen einer system- und „stabilitäts"gerechten Innen- und Wirtschaftspolitik aufzuzwingen und damit die eigenen Interessen durchzusetzen.

Wirtschaftskommission KB / Gruppe Hamburg



Frauen



Arbeitsgruppentreffen zur Bezahlung der Hausarbeit in Frankfurt

Am 12. und 13.6. fand in Frankfurt/ Main ein Arbeitsgruppentreffen zur Bezahlung der Hausarbeit statt, wo verschiedene Frauengruppen über ihre bisherige Arbeit berichteten und gemeinsam eine Perspektive für ihre weitere Arbeit ausarbeiten wollten. Vertreten waren Frauengruppen aus Westberlin, Bremen, Frankfurt, Dortmund, München, Lübeck, Köln und Bochum.

Bisherige Arbeit der Frauengruppen

Die **Westberliner Frauengruppe** hat bereits eine Broschüre über die Sozialgesetzgebung herausgegeben, um so die Frauen besser darüber zu informieren, wann und wie sie Geld vom Staat bekommen können..

Die **Frauengruppe Bremen** hat englische Texte zur Bezahlung der Hausarbeit übersetzt, da deutsche Texte zu dem Komplex mehr als rar sind. Als praktische Arbeit will diese Gruppe angehen, arbeitslosen Frauen zu helfen, wie z.B. mit den Frauen zusammen aufs Arbeitsamt zu gehen oder sie über ihre Rechtsgrundlagen informieren etc.

Die **Frankfurter Frauengruppe** hat bereits Stadtteilgruppen gebildet, die zum größten Teil aus alleinstehenden Müttern bestehen. Die Probleme dieser Gruppe liegen zum einen in der Isolation, der die alleinstehenden Mütter ausgesetzt sind, und zum anderen in den Schwierigkeiten mit ihren Kindern (Unterbringungsschwierigkeiten während der Arbeitszeit etc.). Sie leisten ebenfalls eine Art Informationsarbeit über die Sozialgesetzgebung unter folgenden Schwerpunkten:

1) Wie kann man höhere Sozialunterstützung vom Staat bekommen?
2) Arbeitsplatzsicherung
3) Rechte der Frau am Arbeitsplatz (Schwangerschaftsurlaub, Beurlaubung bei Krankheit des Kindes etc.).

3) Rechte der Frau am Arbeitsplatz (Schwangerschaftsurlaub, Beurlaubung bei Krankheit des Kindes etc.).

Die Diskussionen in der Gruppe laufen zum einen darauf hinaus, vom Staat die größtmögliche Unterstützung zu fordern, und zum anderen Lohn für die Hausarbeit sofort als Forderung aufzustellen.

Aus Dortmund waren Vertreterinnen aus zwei Frauengruppen gekommen. Die eine Vertreterin kam von der **Frauenaktion Dortmund** (FAD), die zum größten Teil aus alleinstehenden Frauen und Müttern besteht. Von ihnen wurden bereits Beratungsbögen zur rechtlichen Unterstützung der Frauen ausgearbeitet.

Die FAD hat Kontakte zu Erwitter Frauengruppen, die sich während der Besetzung des Betriebes gebildet hatten. Die FAD und die Erwitter Frauengruppe führten während des Arbeitskampfes mehrere gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen durch.

Die andere Frauengruppe aus Dortmund wurde auf Initiative einer evangelischen Pfarrgemeinde gegründet, die im Stadtteil arbeitete. Inzwischen haben die Hausfrauen im Stadtteil die Aufklärungsarbeit selbst in die Hand genommen. Der Erfolg zeigt sich daran, daß inzwischen die Gruppe aus 60 bis 70 Frauen besteht.

Die **Frauengruppe München** macht ebenfalls eine Stadtteilarbeit mit alleinstehenden Frauen und Müttern, die sich zum größten Teil zur Betreuung ihrer Kinder organisiert haben. Sie arbeiten auch in der „Frauenoffensive" mit.

In **Lübeck** sieht es so aus, daß sich drei Frauengruppen zusammenschließen wollen,um so eine effektivere Arbeit leisten zu können.

Die **Frauenbefreiungsaktion Köln** (FAK), eine Art Dachorganisation für verschiedene Untergruppen, hat eine Stadtteilarbeit in der Form entwickelt, daß sie den Stadtteil als Arbeitsplatz der Frauen sehen und Verbesserungen in diesem Bereich erkämpfen wollen.

Ein wichtiger Teil der Arbeit der FAK ist die Arbeit in den Volkshochschulgruppen. In Köln sind die Frauengruppen ein Teil des Volkshochschulprogrammes, da an 8 Volkshochschulen in Köln läuft. Die **Frauengruppe aus Bochum** hat noch keine praktische Arbeit gemacht und steckt noch in den Anfängen.

Diskussion um die Perspektive der weiteren Arbeit

Der Schwerpunkt in der Diskussion lag darauf, wie die Frauen vom indirekten Zugang des Lohns für ihre Arbeit (Kindergeld etc.) zum direkten Zugang, eben Lohn für die Hausarbeit, kommen könnten.

Um dieses Problem von verschie-

ihre Arbeit (Kindergeld etc.) zum direkten Zugang, eben Lohn für die Hausarbeit, kommen könnten.

Um dieses Problem von verschie-denen Seiten zu untersuchen, wurden Arbeitsgruppen unter verschiedener Thematik gebildet:

1) Welche Perspektive bringt der Lohn für die Hausarbeit für alleinstehende Frauen und Mütter?
2) Welche Perspektive bringt der Lohn für die Hausarbeit für lesbische Frauen?
3) Arbeitsgruppe für allgemeine Fragen, wo über die Forderung selbst noch diskutiert wurde.

Bei der Diskussion über die Gruppenergebnisse zeigte sich, daß es anscheinend drei verschiedene Motivations- und Arbeitsebenen der Frauengruppen gibt:

1) die Arbeit mit alleinstehenden Frauen und Müttern.
2) Mitarbeit in den Frauengruppen, da man für sich selbst durch den Lohn für die Hausarbeit eine Perspektive sah.
3) Mitarbeit in den Frauengruppen, da man sich mehr über die Thematik informieren wollte, um so eine Frauenarbeit zu leisten.

Ein anderer Schwerpunkt auf dem Treffen war die Kollektivierungsdiskussion.

Die Frauen der AG für allgemeine Fragen vertraten die Meinung, daß eine Bezahlung der Hausarbeit nur unter der Voraussetzung richtig sei, wenn die Forderung damit verbunden ist, die isolierte Arbeit der Hausfrauen abzulehnen.

Die Westberliner und Frankfurter Frauen setzten Kollektivierung mit Rationalisierung gleich, woraufhin sich die meisten Frauen gegen diese Interpretation wehrten.

In dieser Diskussion kam klar zum Vorschein, daß es verschiedene Meinungen und auch Arbeitspraktiken gab.

Zum einen die, die in der Bezahlung der Hausarbeit eine systemumwälzende Forderung sahen und von daher die Forderung nach Kollektivierung völlig abtaten oder in den Hintergrund stellten; zum anderen die, die in der Forderung lediglich eine reformistische Verbesserung sahen und von daher eine Kollektivierung der Hausarbeit für notwendig hielten.

Ergebnisse und Beschlüsse

Ergebnis einer Gewerkschaftsdiskussion war, daß es notwendig sei, in den Frauengruppen des DGB zu arbeiten, um so auch die Frauen zu erreichen, die der Doppelbelastung von Beruf und Haushalt ausgesetzt sind.

Die einzelnen Frauengruppen waren auch der Meinung, daß während der Bundestagswahlen ein verstärktes Eingreifen der Frauengruppen not-

Die einzelnen Frauengruppen waren auch der Meinung, daß während der Bundestagswahlen ein verstärktes Eingreifen der Frauengruppen not-wendig ist, um die Heucheleien von SPD und CDU/CSU in Fragen der Familienpolitik aufzudecken.

Des weiteren wurde beschlossen, ein gemeinsames Info herauszugeben, in dem all diese Fragen noch einmal zur Diskussion gestellt werden sollen.

Um eine weitere Koordinierung der verschiedenen Frauengruppen zu erreichen, wurde beschlossen, im November ein weiteres Arbeitstreffen zu machen, wo auch gleichzeitig die Vorbereitung eines nationalen Frauenkongresses im nächsten Sommer diskutiert werden soll.

Genossin der KB Gruppe Ffm.

Schweiz

„Politik über unseren Bauch wird nicht auf unseren Rücken abgewälzt!"

Seit rund fünf Jahren kämpfen die schweizerischen Frauen aktiv für die freie und kostenlose Abtreibung. Die „Befreiungsbewegung der Frauen" (MLF: Mouvement de liberation des femmes) hat in diesen fünf Jahren zahlreiche Demonstrationen sowie lokale und regionale Koordinierungen organisiert.



8. März 1975 in Zürich
„Die Befreiung der Frauen betrifft all diejenigen, die die Freiheit wollen"

Seit Februar dieses Jahres gibt sie auch eine Frauenzeitung raus: „La Fronde" (die Schleuder), die allen Frauen und Frauengruppen offensteht.

Ebenfalls seit fünf Jahren dauert die Debatte unter den schweizerischen Parlamentariern über die Reform der Abtreibung, die in der Schweiz immer noch grundsätzlich unter Strafe steht.

Die „sozialistische" PSS und revisionistische Partei PdT, haben nun einen neuen Gesetzesvorschlag eingebracht:

Danach soll die Abtreibung in den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft (bei Zwangsberatung) straffrei werden.

Allerdings gibt es in diesem Gesetzesvorschlag viele „Lücken":

- die Frage der ausländischen Frauen, die in der Schweiz leben und arbeiten, sowie die Frage der Minderjährigen bleibt offen.
- Kein Wort wird darüber gesagt, wer nun die Abtreibung bezahlen soll, ob die Krankenkasse oder die Frau.
- Ebenfalls wird die Frage der dazu notwendigen sozialen Infrastruktur unbeantwortet gelassen.
- Und schließlich: auch wenn dieses Gesetz verabschiedet werden sollte, würde es eh erst 1981 in Kraft treten!

Trotz dieser Mängel, die sie auch öffentlich kritisiert, unterstützt die MLF diesen Reformvorschlag, weil es eine Verbesserung der aktuellen Situation bedeuten würde.

Frankreich-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

KBW-Wolfenbüttel

„Es ist idealistisch, daß eine Frau kein Kind haben will"

Am 19. Juni machte der KBW in Wolfenbüttel eine Veranstaltung, auf der er – wie groß angekündigt – die angeblich „spalterische" Frauenpolitik des Kommunistischen Bundes (KB) vor den Massen entlarven wollte.

Man konnte an diesem Abend erstaunliche Neuigkeiten erfahren, unter anderem, daß die Familie ihre Funktion verloren habe, da die Kindererziehung inzwischen „vergesellschaftet" sei. Die KBWler wiesen an dieser Stelle auf die „vielen" Kindergartenplätze hin! Und da in den proletarischen Familien sowieso alles arbeitsteilig verrichtet werde, gebe es keine doppelte Unterdrückung der Frau. – Ja, so einfach ist das und ein KBWler kannte sogar eine Familie, die das so macht.

Wenn sich eine Frau trotzdem mal unterdrückt fühlt, kann sie ja durch vernünftige Kritik ihren Mann dazu bewegen, sie nicht mehr zu unterdrücken.

Und überhaupt habe das Proletariat vor allem das Interesse, die Revolution durchzuführen, denn die Lehren von Marx und Lenin seien im Volk verankert, was man auch daran sehen kann, daß der KBW sein Programm schon so oft verkauft hat. Bravo!

Aber wo blieben an diesem Abend die „Volksmassen"? Denn außer drei KBWlern, einem Mitglied des Komitees gegen den § 218 und 2 Genossinnen und 2 Genossen vom KB war niemand auf der Veranstaltung!

Was uns immer wieder in Erstaunen versetzte, war die Tatsache, daß die KBWler einerseits mit Stolz betonten, nie den ARBEITERKAMPF zu lesen, aber uns ständig „klar" zu machen versuchten, welchen Standpunkt der KB vertritt. Welche Unterstellungen und Verdrehungen dabei herauskamen, mögen folgende Kostproben belegen:

- *Der KB ruft zum Kampf der Frauen gegen die Männer auf.*
- *Der KB will, daß nur die Frauen gegen den § 218 kämpfen.*
- *Letzten Endes vertritt der KB nicht den Marxismus-Leninismus.*

Nichts kam an diesem Abend deutlicher heraus, als daß der KBW die Frauenfrage noch nie diskutiert hat. Und auch für die Zukunft ist nicht zu erwarten, daß der KBW den Frauen in ihrem Kampf weiterhelfen kann.

Genossinnen und Genossen aus Braunschweig und Wolfenbüttel

Leserbrief

Wie beim Viehverkauf!

Ich suchte einen Job auf der Hannoveraner Messe und bin deshalb zur dortigen Studentenvermittlung gegangen (Verhältnis der angebotenen Stellen – Arbeitssuchende an diesem Tag: 3 – 60).

Ich wurde schon ziemlich argwöhnisch, daß man gleich seine Körpergröße angeben mußte und möglichst ein großes Foto beifügen sollte (am besten ein Urlaubsbild im Bikini!).

Ich habe trotzdem gedacht, daß ich wegen guter Sprachkenntnisse eine Stelle kriegen würde.

Eine Woche vor der Messe sollte ich direkt zum Messearbeitsamt kommen. Das Wartezimmer war so mit Bewerberinnen vollgestopft, daß man manchmal die Tür nicht schließen konnte.

Die Situation förderte das von der Gesellschaft erzogene Konkurrenzverhalten unter Frauen – alle hatten sich aufgedonnert, um möglichst wie eine Modepuppe auszusehen. Es war nämlich aufgefallen, nach welchen Kriterien die Frauen ausgewählt wurden: Möglichst blond und groß, wenn nicht gerade was „exotisches" gefragt worden war. Auf Fähigkeiten wie z.B. Sprachkenntnisse wurde nur zweitrangig, wenn überhaupt geachtet. Zum Beispiel der Anspruch nach perfekten Französischkenntnissen wurde, als sich niemand meldete, auf „Schulfranzösisch" reduziert. Die Bewerberinnen, die diese Kenntnisse hatten, waren den Arbeitsvermittlern jedoch nicht „schön" genug und wurden abgelehnt. Zum Schluß wurde eine Blondine gefragt, ob sie überhaupt Französisch könne, und als sie mit nein antwortete, hieß es: „Nach einem Tag auf der Messe werden Sie das schnell lernen!", und die Blonde war engagiert!

Mehrmals sind die Arbeitsamtsleute reingekommen und haben gesagt: „Jetzt brauchen wir eine mit Busengröße 42", „Jetzt brauchen wir eine kesse Brünette!", „Jetzt eine Blonde!".

Aufgrund der miserablen Arbeitsmarktlage konnten die Arbeitsvermittler ihre Rolle als Viehverkäufer so richtig auskosten. Manchmal wurde sogar verlangt, daß man nachts die Aussteller auf ihren Sauf- und Freßtouren begleiten sollte!

Die meisten von uns haben tagelang umsonst viele Stunden gewartet, von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends. Wenn man „Glück" hatte, wurde man zusammen mit drei anderen Bewerberinnen dem Aussteller „zur Auswahl" geschickt. Zwar haben wir uns zum Schluß wie Ausschuß gefühlt, aber je länger wir, die keine Chance hatten, zusammengesessen haben, desto mehr baute sich auch das Konkurrenzgefühl unter uns ab. Viele Frauen lehnten eigentlich diese Anbiederung vor dem Aussteller total ab, und wären sie nicht in den meisten Fällen auf das Geld angewiesen, hätten sie sich nicht darum beworben, mit einem freundlichen Lächeln und sexy-Auftreten für die Herren Unternehmer Kaffee kochen zu dürfen und Produkte an den Mann zu bringen!

Genossin der Frauengruppe KB/Hannover

Über 1.600 auf dem Göttinger Frauenfest

Am 19.6. fand in Göttingen zum ersten Mal ein Frauenfest statt, das in Zusammenarbeit mit dem AStA von den verschiedenen Frauengruppen an der Uni, der offenen Frauengruppe aus dem Kommunikations- und Aktionszentrum, der Sozialistischen Frauengruppe, der AG Frauen des KB und von PH-Studentinnen organisiert worden war.

Das Frauenfest sollte eine Möglichkeit für die größtenteils erst kurze Zeit bestehenden Frauengruppen sein, ihre Probleme darzustellen und zu diskutieren. Jede Gruppe hatte auf Wandzeitungen eigene Schwerpunkte aufgezeigt und durch Zeichnungen oder Collagen verdeutlicht: Frauen in der Werbung, „Benimm-Regeln" von Frauen auf Feten, Nachpfeifen in Seminaren, nicht-ernst-genommen-werden in Diskussionen, über „typisch weibliche" Berufe u.a.m. Die Mediziner-Frauengruppe hat eine Broschüre zur Empfängnisverhütung verfaßt. Eine Schülerinnengruppe hatte eine Wandzeitung zum Bild der Frau aus ihrer Sicht erstellt. Zwei Frauengruppen hatten Sketche vorbereitet, die auf die Situation von Frauen in Seminaren, in der „linken Szene", bei der Berufsberatung und auf die Arbeitslosigkeit eingingen. Es war ein Referat besprochen worden, das aufzeigte, wie wir Frauen die besondere Unterdrückung sehen und daß wir von den Männern erwarten, daß sie sich auch konkret ändern.

Weiterhin gab es Filme, einen Mini-Flohmarkt, Frauenbüchertische, viel Kuchen und viel Musik. – Das Fest war ein voller Erfolg!

Über 1.600 Besucher zeigten, daß auch in Göttingen vielen Menschen die Frauenfrage unter den Nägeln brennt. Das Programm, das mit Referat, Sketchen und Musikbeiträgen der Sozialistischen Frauengruppe und der KB-Songgruppe gut zwei Stunden dauerte, wurde von hunderten von Besuchern mit viel Begeisterung und auch Betroffenheit aufgenommen.

Allein aus dem Kuchen- und Flohmarktverkauf haben wir über 300 Mark Gewinn für einen zentralen Fond zur Frauenarbeit umgesetzt.

Ein wichtiges Ergebnis dieses erfreulichen Festes sind die zahlreichen Ansatzpunkte für die weitere Frauenarbeit.

Schon während des Festes haben sich an der Kritikzeitung Stimmen gemeldet, die den Konsumcharakter kritisierten und mehr Diskussionen forderten. Außerdem wurde zu Recht bemängelt, daß für die Kinder nur sehr halbherzig gesorgt war. Gerade die Kinderfrage ist an der Uni ein ungelöstes, kaum diskutiertes Problem. Einige warfen dem KHB vor, auf dem Fest im „Einheitsbrei" gerührt zu haben, womit gemeint ist, daß wir uns zu wenig von der stark vertretenen Sozialistischen Frauengruppe abgegrenzt hätten. Das gemeinsame Auftreten mit der Sozialistischen Frauengruppe, wo auch in vielen Punkten Übereinstimmung herrschte, hat u.E. eine gute Grundlage geschaffen für eine solidarische Diskussion und weitere Perspektiven.

Als nächste Aufgabe ergibt sich, daß alle beteiligten Frauengruppen ihre Kritik zusammentragen und diskutieren, ob wir z.B. durch eine Frauenzeitung die öffentliche Diskussion weiterführen können. Es ist auf jeden Fall notwendig, eine koordinierte Arbeit anzugehen und konkret unsere Ansprüche an ein AStA-Frauenreferat aufzustellen. Wir haben zwar schon eine Sachbearbeiterin für Frauenfragen – diese Möglichkeiten müssen jedoch erweitert werden.

Zum Schluß noch ein Wort zum KBW bzw. zur „Initiative gegen den §218": Sie haben natürlich nicht zum Frauenfest aufgerufen, mit der haarsträubenden Begründung: *„Wir wollen und können nicht überall sein ... Wir meinen, es würde unsere Arbeit schwächen, wollten wir zu allen Problemen Stellung beziehen, das hieße, den zielgerichteten Kampf aufzugeben"* (Flugblatt der „Initiative"). Über drei Seiten versuchte sie zu begründen, warum die Bewegung gegen den §218 ein anderes Paar Schuhe sei als die „Bewegung gegen die Unterdrückung der Frau". Der KBW wird sich Löcher in die Schuhe laufen und obendrein von einer kämpferischen Frauenbewegung getreten werden!

FÜR EINE KÄMPFERISCHE FRAUENPOLITIK AN DER UNI!

KHB/Göttingen

90% aller Frauen mindestens einmal im Leben berufstätig!

Neun von zehn Frauen in der BRD im Alter von 15 bis 65 Jahren waren mindestens einmal in ihrem Leben erwerbstätig. Das hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden ermittelt.

44% dieser Frauen hatten jedoch bis zum Stichtag im Juli 1974 ihre Erwerbstätigkeit wieder aufgegeben. Nur acht Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren waren noch nie erwerbstätig. Bis zum Juli 1974 hatte jede zweite verheiratete, jede vierte geschiedene und jede zehnte ledige Frau ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben.

Von den 1974 erwerbstätigen Frauen mit Kindern mußte jede zweite ihre Erwerbstätigkeit mindestens einmal für längere Zeit unterbrechen, von den Frauen ohne Kinder dagegen nur jede sechste. 41% der 3,4 Millionen berufstätigen Frauen in der BRD, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen hatten, wählten bei der Wiederaufnahme der Arbeit eine Teilzeitarbeit. Als Grund für die Wiederaufnahme der außerhäuslichen Arbeit gaben etwa zweidrittel „finanzielle Gründe" an („FAZ", 20.5.76). Annemarie Renger stellt fest, daß die Frauen in weniger qualifizierten Berufen arbeiten, da 76% eben „nur Volksschulabschluß" hätten. Und da könnte man sich ja nicht wundern, wenn Frauen zuerst aus dem Betrieb geschmissen werden („SZ", 19.6.76).

Solange wir nicht selbst den Kampf für das Recht auf Ausbildung und Beruf und die Unterbringung unserer Kinder aufnehmen, wird die lange Blonde mit der schwarzen Seele uns weiter mit ihrem Gewäsch von „Kontinuität im Beruf" anöden!

Säuglingssterblichkeit steigt!

„Die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik, die bis 1968 ständig zurückging und in jenem Jahr einen Stand von 22,6 Säuglingssterbefällen auf 1.000 Lebendgeborene erreichte, ist in den folgenden Jahren ohne erkennbare Ursache (?) auf 23,4 gestiegen. In Hamburg lag im Jahre 1973 der Durchschnitt bei 23,6 Sterbefällen. Eine entsprechende Tendenz zeigt sich bei der Müttersterblichkeit" (Staatliche Pressestelle Hamburg, 7.5.76). Jetzt soll eine dreijährige Untersuchung die Ursachen erforschen.

Daß in einem hochindustrialisierten Land immer noch fast 2,3% der Neugeborenen sterben müssen, hat doch wohl seinen Grund in der menschenverachtenden „Spar"politik im Gesundheitswesen, die genau in dem Zeitraum ihren Anfang nahm.

Kampf dem § 218

Kruzifix nochmal!

Rechtzeitig zum Inkrafttreten der Neufassung des § 218 am 21. Juni hat das bayrische Sozialministerium 18 „Modellberatungsstellen" und alle Gesundheitsämter als Beratungsstellen „anerkannt".

Die Beratungsstellen sind in Bayern (entgegen den Bestimmungen in anderen Bundesländern) verpflichtet, Namen, Geburtstag und Adresse der schwangeren Freu sowie den Tag der „Beratung" zu registrieren (siehe AK 81). Werden die Gesundheitsämter nur als vorläufige „Notlösung" als Beratungsstellen anerkannt, so hat das bayrische Sozialministerium mit der Auswahl der speziellen Beratungsstellen ein deutliches Signal gesetzt.

Von den 18 Modellberatungsstellen, die sich in Amberg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Fürth, Garmisch, Hof, Ingoldstadt, Ismaning, Landshut, Memmingen, Nürnberg, Passau, Prien, Regensburg und Würzburg befinden, **haben 17 Stellen kirchlichen Charakter. D. h., 17 von 18 möglichen Beratungsstellen befinden sich in der Hand der Kreise, die als entschiedenste Hetzer gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen aufgetreten sind.** Bedenkt man, daß eine Frau, die abtreiben will, in der Regel zur nächstgelegensten „Modellberatungsstelle" gehen muß (aus Kosten- und Zeitgründen) und weiß man, daß ein Besuch einer solchen Beratungsstelle Bedingung für eine etwaige Erlaubnis zur Abtreibung ist, so ist festzustellen, daß sich in Bayern für die Frauen überhaupt nichts verbessert hat.

Den einzigen Vorteil aus der „Neuregelung" des § 218 kann die Kirche für sich buchen. Sie hat nun noch mehr Möglichkeiten, Frauen, die abtreiben wollen, einzuschüchtern und anzumachen.

Dieses faktische Abtreibungsverbot in Bayern muß für linke Frauenpolitik ein weiterer Ansatzpunkt sein, noch mehr Frauen als bisher – vor allem die Frauen, die sich durch die Neufassung des § 218 Hoffnungen auf praktische Verbesserungen gemacht haben – in die Front gegen das Abtreibungsverbot mit einzubeziehen!

KB/Gruppe Nürnberg (GNK)

DDR

Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs

Neue sozialpolitische Maßnahmen, die Anfang Juni in der DDR veröffentlicht wurden, betreffen unter anderem auch schwangere Frauen.

In Zukunft werden Frauen in der DDR sechs Wochen vor der Geburt ihres Kindes und zwanzig Wochen nach der Entbindung bezahlten Urlaub haben. Damit wird der Schwangerschaftsurlaub um acht Wochen verlängert.

Nach Ablauf dieses Schwangerschaftsurlaubes können die Mütter für das zweite und jedes weitere geborene Kind bezahlte Freistellung von der Arbeit in Anspruch nehmen, wenn sie das Kind zuhause selbst aufziehen wollen. Die monatliche Mütterunterstützung beträgt für „vollbeschäftigte" Mütter mit zwei Kindern mindestens 300 Mark (gesetzlicher Mindestlohn in der DDR: 350 Mark).

Zum Vergleich: In der BRD haben die Frauen Anspruch auf vierzehn Wochen bezahlten Urlaub insgesamt, sechs Wochen vor der Geburt und acht Wochen nach der Geburt.

Scheidung in Irland verboten!

In der Republik Irland, in der ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung katholisch ist, wird die Scheidung weiterhin verboten bleiben. Ebensowenig wird die Propagierung und der Verkauf von Verhütungsmitteln zugelassen werden. Premierminister Cosgrave erklärte im Dubliner Parlament, seine Regierung habe keine Pläne für entsprechende Gesetzesänderungen!



Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!

DAK – frauenfeindlich

Auch die DAK vertreibt unter ihren Mitgliedern die „Heim und Herd"-Ideologie. In ihrer Zeitschrift vom Juni 1976 versucht sie den berufstätigen Müttern massiv Schuldgefühle einzuimpfen, mit dem Ziel, eine Berufstätigkeit völlig in Frage zu stellen.

„... Kinder, die diesen natürlichen Kontakt zur Mutter ganz oder weitgehend entbehren müssen, gedeihen wesentlich schlechter als bei der Mutter, sie kränkeln leicht und zeigen meistens Störungen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung".

Und weiter: *„Die betroffenen berufstätigen Ehefrauen und Mütter stehen vor der Wahl, sich weiterhin für die Berufstätigkeit und Überlastung samt den damit verbundenen gesundheitlichen Risiken und dem weiteren Zerfall ihrer Familie zu entscheiden oder sich zu besinnen, den höheren Wert (!) im gesunden (?) Aufbau ihrer Familie zu erkennen und dafür auf gewisse finanzielle Vorteile aus ihrer Berufstätigkeit zu verzichten. Leider mangelt es heute nicht an abschreckenden Beispielen dafür, wieviel Not und Elend für Familien hereinbrechen können, wenn sich die Mutter als der integrierende Kern der Familie, zu wenig um das Familienleben kümmert. Angefangen von den geschilderten Entwicklungsstörungen schon der Kleinkinder über weitgehendes Versagen in Schule und Berufsausbildung bis hin zum Abgleiten ins asoziale oder gar kriminelle Milieu. Daneben Entfremdungs- und Auflösungstendenzen auch zwischen Mann und Frau; häufige Flucht in Alkohol, zu Drogen oder Medikamenten; zuletzt nicht selten Ehescheidung und Zerfall der Familie"*.

Das ganze wird hingestellt als „Privatvergnügen" bzw. Emanzipationsversuch von Frauen *„mit übersteigerten Ansprüchen an die materielle Seite des Lebens"*.

Kein Wort findet man allerdings zu der materiellen Grundlage, die vielfach die Frauen zur Arbeit zwingt, oder zu den gesellschaftlichen Bedingungen, die häufig dazu führen, daß die Kinder sich selbst überlassen bleiben.

Betriebszelle Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Darüber schmunzelt die Kommunistin

Helga Goetze, bekannt geworden durch die bürgerliche Presse und durch ihr Buch *„Hausfrau der Nation oder Deutschlands Supersau"* teilte uns mit Brief vom 23. 6. mit: „Voll Interesse lese ich seit einigen Zeit den ARBEITERKAMPF und spreche manchmal mit den Verkäufern". Ihr Buch hat Helga Goetze auch mit beigelegt (dankeschön!).

Worüber spricht Frau Goetze mit den AK-Verkäufern? . . . Ihrem Brief an uns ist zu entnehmen, daß sie beispielsweise von einem „UZ"-Verkäufer wissen wollte: *„Fickt ihr eigentlich genug?"* worauf sie die sehr empörte Antwort bekam: *„Werden Sie bloß nicht frech"*. Ein Flugblattverteiler der FDP meinte – laut Brief – auf dieselbe Frage: *„Wir wollen doch über die 5 %-Klausel kommen"*.

Also, Genossen, wenn die Helga Goetze euch beim AK-Verkauf oder Flugblattverteilen anspricht, so gebt ihr um Himmels willen eine etwas gescheitere Antwort! Der Phantasie sollten keine Grenzen gesetzt sein.

Ansonsten: Herzlich willkommen in der AK-Leserfamilie, liebe Helga Goetze!

Beispiellose Schweinerei

Als ich im Flensburger St.Franziskus-Hospital auf der Entbindungsstation lag, hörte ich von folgender Schweinerei:

Anfang Mai wurde von einer Frau auf dieser Station ein totes Kind geboren. Schuld daran hatte ihr Frauenarzt Dr. Abrahamsen sowie die Krankenhausärzte. Die Frau hatte den Stichtag für den März errechnet. Ihr Arzt glaubte ihr das jedoch nicht und „errechnete" stattdessen den voraussichtlichen Geburtstermin für Mai. Als die Frau dann im März mit Wehen ins Krankenhaus eingeliefert wurde, wurde sie mit wehenstillenden Mitteln vollgepumpt. Denn die Krankenhausärzte glaubten nicht ihr, sondern ihrem Arzt nach dem Motto: „Ein Frauenarzt kann nicht irren".

Sechs Wochen später mußte das Kind mit Kaiserschnitt geholt werden. Es war an Fruchtwasservergiftung gestorben. Daß die Frau diese elfmonatige Schwangerschaft überlebt hat, ist wohl dem Zufall zuzuschreiben. Die vorgegebene „Sorge" der Ärzte um das ungeborene Leben und die Gesundheit der Mutter entlarvt sich an diesem Fall einmal mehr als zynische Heuchelei.

Eine Flensburger Genossin

400 Frauen im Streik für gleichen Lohn

Vierhundert Frauen und einige männliche Kollegen stehen in einer Firm. in Brentford, Westlondon, im Streik. Ihr Kampf für gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit dauert schon seit dem 24. Mai. Die Frauen werden ca. 32 Mark pro Woche schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Das Gesetz, das seit Anfang 1976 die ungleiche Bezahlung unter Strafe stellt, hat ihnen nicht geholfen. Sie mußten die Sache wieder selbst in die Hand nehmen. Sie werden von der zuständigen Gewerkschaft unterstützt. Die Kapitalisten haben die Frechheit besessen, eine Lohnsenkung für die männlichen Kollegen anzubieten. So wollten sie die „Lohngleichheit" herstellen ! ...

(Nach : Guardian, 14.6.76).

MARIA HILF!

Der Hildesheimer Bischof Heinrich Maria Janssen meinte, einige Worte des Trostes an die Adresse der Frauen richten zu müssen. Tatort: Abschlußgottesdienst der Kreuzwallfahrt der „Landfrauenvereinigung des katholischen deutschen Frauenbundes" in der Klosterkirche in Ottbergen bei Hildesheim.

Er forderte die Frauen auf, *„im Vertrauen auf die Kraft des Heiligen Geistes ihren Weg zu gehen"*. Er betonte: *„Unser Leben hat so manche Stunde, die Maria vor uns durchstehen mußte, ihr Dienen in der Verborgenheit hat viel von ihr gefordert. Zusammenhalten, wo alles auseinander strebt! Geduld haben, wo Fehlschläge kommen und in der Erziehung viel Enttäuschungen anstehen. In den Abendmahlsaal gehen und beten können und in beharrlichem Warten auch die Seinen dorthin führen!"* („Hildesheimer Allgemeine Zeitung", 18.6.76).

So hättet ihr uns gern, aber daraus wird nichts!

KB-Sympathisanten Hildesheim

»Das verrückte Geschlecht«

Gewalt gegen Frauen heißt nicht nur zehn Mio. verprügelte Ehefrauen im Jahr, heißt nicht nur ca. 36.000 vergewaltigte Frauen jährlich, heißt nicht nur tägliche Brutalität in der Ehe. Sondern Gewalt gegen Frauen spielt sich auf vielen Gebieten und in vielfältiger Form ab. Gewalt gegen Frauen heißt auch psychische Gewaltanwendung gegen Frauen. Ob sich die Frau nun wehrt, oder resigniert, allzu oft wird sie für „verrückt" erklärt oder so kaputt gemacht, daß sie sich tatsächlich in psychiatrische Behandlung begeben muß.

Dies trifft sicher auch für Männer zu, die nicht mit den Ansprüchen und Zwängen der kapitalistischen Gesellschaft zurechtkommen, jedoch müssen wir feststellen, daß die Zahl der Frauen weitaus höher liegt.

1972 litten doppelt so häufig Frauen wie Männer an psychischen Erkrankungen, wobei klinische und ambulante Fälle erfaßt sind (Stat. Jahrbuch f. BRD und West-Berlin, Enquete der Psychiatrie 75/76).

Daten aus 77 psychiatrischen Krankenhäusern haben ergeben, daß 2/3 der Patienten Frauen sind!

70% aller an Depressionen leidenden Menschen sind Frauen.

Totale gesellschaftliche Isolation, die Sorge, mit den geringen Mitteln den Haushalt zu versorgen, Arbeitslosigkeit, das Alleingelassen sein im Haushalt, die tägliche Sorge sich ausreichend um die Kinder zu kümmern, der Widerspruch zwischen der Selbstverwirklichung als Frau und den ehelichen und familiären auferlegten Pflichten und schließlich oftmals auch ein tyrannischer Ehemann, sind die wesentlichen Gründe für die Resignation der Frauen. Der Weg zu Depression und damit in psychatrische Behandlung ist nicht weit.

In einer Untersuchung, in der 440 Frauen einbezogen waren, wurde festgestellt, daß 230 von ihnen Hausfrauen waren, die 3 - 10mal in die Klinik aufgenommen werden mußten. Von Ärzten wird in diesem Zu-

psychatrische Behandlung ist nicht weit.

In einer Untersuchung, in der 440 Frauen einbezogen waren, wurde festgestellt, daß 230 von ihnen Hausfrauen waren, die 3 - 10mal in die Klinik aufgenommen werden mußten. Von Ärzten wird in diesem Zu-sammenhang oft vom sogenannten „Hausfrauen-Syndrom" gesprochen. Dieses äußert sich in Nervosität, Schlafstörungen, Alpträumen, Depressionen und „Hysterie". Die Ursachen sind nach Meinung der Mediziner: Leere, Rollenkonflikte, Abhängigkeit und Überarbeitung. Nach Schätzung des Müttergenesungswerkes sind in der BRD mindestens eine Millionen Hausfrauen kurz vor dem seelischen und körperlichen Zusammenbruch. Nur 60.000 können jährlich verschickt und wieder „fit" gemacht werden – bis zum nächsten Zusammenbruch.

Bist einmal als psychisch krank abgestempelt, dann kommst du aus der Mühle nicht mehr raus.

Nach Informationen medizinischer Fachzeitschriften aus den USA mehren sich chirurgische Eingriffe ins Gehirn bei „schwierigen" Frauen. Ein kleiner Schnitt an der richtigen Stelle – und aus den aufmüpfigen Hausfrau wird wieder eine gefügige.

Ehemänner sind dabei mitunter die besten Komplizen der Psychiater: *„Ich war so traurig nach der Geburt meiner Tochter und so müde. Ich konnte mich nicht richtig um den Haushalt kümmern. Mein Mann sagte mir, ein Dienstmädchen wäre besser als ich, ich sei verrückt .... Er brachte mich ins Krankenhaus zur 'Beobachtung' wie sie es nannten ... "* (aus dem Protokoll einer Patientin).

Nicht selten wird den Frauen auch gedroht, ja wieder ihre Frauen-Rolle anzunehmen. So riet z. B. ein Arzt der Westberliner Psychatrischen Klinik Waldhaus einer Patientin vor der Entlassung, nicht wieder *„soviel zu lachen und den Haushalt ordentlich zu machen, sonst bringt ihr Mann sie gleich wieder zurück"*!

Weitere sogenannte Behandlungsmethoden sind nicht weniger frauenfeindlich. Der Psychiater Dr. Herbert Modlin vertritt die These und „behandelt" entsprechend die Frauen: Frauen, die unter „Verfolgungswahn" litten, bedürften einer „starken männlichen Hand", sowohl im Krankenhaus wie in der Ehe. Er bemerkt in seinem Bericht, daß viel zu viele Ehemänner zu „passiv" und „nachgiebig" seien. Gleichzeitig fordert er zu autoritären und unterdrükkerischen Maßnahmen diesen Frauen gegenüber auf.

Nicht selten werden Frauen aufgrund der Sexualfeindlichkeit dieser Gesellschaft als „frigide" abgestempelt, und sie begeben sich in medizi-

dert er zu autoritären und unterdrükkerischen Maßnahmen diesen Frauen gegenüber auf.

Nicht selten werden Frauen aufgrund der Sexualfeindlichkeit dieser Gesellschaft als „frigide" abgestempelt, und sie begeben sich in medizi-nisch-psychiatrische Behandlung. Daß Therapeuten ihre Patientinnen selbst von ihrer „Frigidität" heilen wollen, ist keine Ausnahme, sondern nur die Regel. Viele Frauen werden während der Therapiestunden dazu gezwungen, wobei der Analytiker bei der sexuellen „Behandlung" so etwas wie eine Missionarstellung einnimmt. Nicht selten werden Frauen hypnotisiert, um Geschlechtsverkehr zu erzwingen. Eine Patientin erzählte ihrem Mann von dieser „sauberen" Behandlungsmethode und erstattete Anzeige. Schließlich zog sie, wegen angeblicher Bewußtseinsstörungen, die Klage wieder zurück. Die Anwälte befürchteten, das Gericht werde der Frau nicht glauben, und sie werde den Prozeß verlieren, da sie ja als psychisch krank galt. Von elf interviewten Frauen hatten zehn mit ihrem Therapeuten sexuelle Beziehungen. In fünf Fällen wurden diese Beziehungen in der Praxis des Therapeuten aufgenommen und dort auch fortgesetzt. Sieben der Frauen blieben nach Aufnahme intimer Kontakte in der Therapie, sieben Frauen bezahlten weiterhin Honorare, durchschnittlich vier Monate lang. Da Privattherapie „Privatsache" ist, stehen dem sozialen Mißbrauch Tür und Tor offen. Sofern es der Geldbeutel erlaubt, wird Unglücklichsein als Krankheit behandelt. Die Armen werden gleich in Krankenhaus und entsprechende Anstalten überwiesen.

Frauen in psychiatrischen Anstalten

Die meisten Frauen, die in psychiatrischen Anstalten leben, sind nicht „verrückt". Oftmals können sich die Frauen nicht mehr gegen die psychiatrische Behandlung wehren, fangen an, selbst an ihre Krankheit zu glauben, haben Schuldgefühle, und haben oft alle Hoffnungen aufgegeben.

Einige Frauen begeben sich „freiwillig" in Nervenheilanstalten, die meisten werden jedoch gegen ihren Willen in Kliniken eingewiesen. Dieses geschieht oft durch physische Gewaltanwendung, Tricks oder im Koma nach Selbstmordversuchen. Eltern, Ehemänner und vor allem Ärzte machen den Patientinnen klar, daß es „besser " für sie sei, wenn sie von Anfang an „kooperationsbereit" sind.

Aus einer Gruppe von 24 befragten Frauen gaben alle (!) an, daß sie Medikamente in hohen Dosen erhalten hätten, viele erhielten routinemäßig Schocktherapie, häufig bevor sie überhaupt psychatrisch befragt wurden.

„Das erste, was sie machten, war, daß sie jedem eine Schocktherapie verpaßten. Ganz egal, wer man war. Man kam hin und erhielt dreimal (!!) in der Woche Schocks. Bevor sie wußten, in welche Abteilung sie einen einweisen sollten, war man völlig fertig. Ich hatte eine Todesangst. Ich glaubte, ich müsse sterben ... die einzige Person, die zu mir kam, war – Sie werden lachen – gekommen, um einen IQ (Intelligenztest) Test zu machen" (aus einem Protokoll einer Patientin).

Viele der befragten Frauen wurden körperlich mißhandelt. Ihre Bitten um Kontakte mit der Außenwelt wurden abgelehnt. Briefe wurden zensiert oder nicht abgesand. Das Tagebuch einer Frau wurde vernichtet. Echte medizinische Beschwerden wurden im allgemeinen gar nicht behandelt: Sie wurden als eine Form des „Auf-sich-aufmerksam-machen-wollens" oder der „Rache" abqualifiziert oder einfach ignoriert.

Alle in psychiatrischen Abteilungen „verwahrten" Frauen wurden zu geschlechtsspezifischer Zwangsarbeit herangezogen. Sie dienten als unbezahlte Hausangestellte, Wäscherinnen, Stationshilfen, Köchinnen, und Verkäuferinnen. Weigerten sie sich, diese Arbeiten zu machen, so galten sie als „verrückt" und „unkooperativ" und wurden mit Medikamenten, Schockbehandlungen, Schlägen, Spott und längeren Anstaltsaufenthalten bestraft. Machten sie ihre Arbeit aber gut, so wollte sich das Anstaltspersonal oft gar nicht von ihnen trennen!

„Als ich mich weigerte, in unserer Abteilung den Boden zu wischen und den Scheißdreck der Chronischen in die Kaffeedosen zu tun, fielen die Pfleger über mich her. Sie stülpten mir ein Laken über den Kopf, warfen mich zu Boden und bearbeiteten mich mit Fäusten und Fußtritten" (aus dem Protokoll einer Patientin).

Viele der Patientinnen werden aufgenommen und wieder entlassen, o h n e jemals auch nur fünf Minuten einen Arzt gesehen zu haben! Auf die Frage einer Patientin: „Wann werde ich untersucht", erhielt sie die Antwort: „Sie werden hier nie untersucht werden, denn der Arzt verläßt sich auf das, was ihm diejenigen erzählen, die wollen, daß Sie hierbleiben". (Die meisten Angaben dieses

ten einen Arzt gesehen zu haben! Auf die Frage einer Patientin: „Wann werde ich untersucht", erhielt sie die Antwort: „Sie werden hier nie untersucht werden, denn der Arzt verläßt sich auf das, was ihm diejenigen erzählen, die wollen, daß Sie hierbleiben". (Die meisten Angaben dieses

Artikels stammen aus dem Buch von Phyllis Chesler: „Frauen – das verrückte Geschlecht?).

Viel der interviewten Frauen waren in der Anstalt sexuellen Belästigungen ausgesetzt. Freigewählte heterosexuelle und speziell homosexuelle Beziehungen wurden jedoch verboten. Nur zwei der befragten Frauen wußten über ihre gesetzlichen Rechte Bescheid; beide unterlagen jedoch vor Gericht und wurden mit weiterer psychiatrischer Inhaftierung „bestraft"!

Daß Frauen bei dieser Art von Behandlung oftmals tatsächlich einen psychischen Knacks erhalten, scheint logisch zu sein. „Wahnsinn" und „Verrücktheit" genauso wie viele psychische Erkrankungen bei Frauen, können nur aus der Unterdrükkung der Frau in dieser Gesellschaft erklärt werden. Schaffen wir die Ursachen der Unterdrückung – den Kapitalismus – ab, so wird es auch diese Art von Krankheiten nicht mehr geben!

Genossin aus Westberlin und AG-Frauen/ KB/Gruppe Hamburg



Psychisch krank? – 70% aller depressiv Kranken sind Frauen

Angst vor dem nächsten Tag – die Hilfslosigkeit von Millionen von Frauen

Unzufriedenheit bei der Arbeit? Das kann nur Wahnsinn sein!

Wenn Frauen beginnen, ihren Protest gegen unmenschliche Lebens- und Arbeitsbedingungen laut werden zu lassen und sich nicht länger in eine stille Dulderrolle drägen lassen, werden sie verfolgt und diskriminiert. Wie weit dabei eine Gefügigmachung von Frauen durch Verabreichung von Medikamenten Eingang gefunden hat in unsere alltägliche Umgebung, beweist der folgende Fall der jugoslawischen Arbeiterin Marija Jovic: In der Fabrik der Krone-Kapitalisten die eine Monopolisierung auf dem Gebiet der Fernmeldegeräte haben, stellen Frauen am Band Fernwählscheiben her. Was die Kapitalisten selbst als „leichte saubere Bandarbeit in angenehmer Umgebung" verkaufen, ist für die ausgebeuteten Frauen in erster Linie Streß und Nervenbelastung. Tagtäglich von 6.30 bis 15.30 Uhr dieselbe stupide Arbeit leisten zu müssen, führt bei den Arbeiterinnen zu Reaktionen, die von den Kapitalisten nur durch regelmäßige und systematische „Behandlung" mit Beruhigungsmitteln unter Kontrolle gehalten werden können. Die Sanitätsstation des Betriebes pflegte auf Nervenzusammenbrüche, wie es am 6.7.74 die Arbeiterin Marija Jovic erlebte, mit der Verabreichung von Euson zu arbeiten. Routinemäßig sollte auch dieses Mal die Kollegin nach der „Behandlung" mit dem starken Beruhigungsmittel nach Hause geschickt werden. Aus Angst um ihren Arbeitsplatz allerdings kehrte die Arbeiterin in ihre Abteilung zurück und dort begannen 8 - 10 weitere Kolleginnen mit ihr gemeinsam ihr Schicksal zu beklagen und zu beweinen.

Das was die „BILD"-Schmierer nachher als Massenhysterie diffamierten, wurde vom medizinischen Personal der Kapitalisten mit so hohen Dosen Euson behandelt, daß sämtliche Kolleginnen mit Bewußtseinsstörungen und Bewußtlosigkeit von der Feuerwehr in Krankenhäuser transportiert werden mußten.

Durch den Fehler der diensthabenden Schwester – der Arzt war zufällig in Urlaub – kam ans Tageslicht, mit welchen Mitteln die Kolleginnen üblicherweise „ruhig gestellt" werden. Frauen haben bei unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen nicht mit Protesten nach außen, sondern mit Unterdrückung gegen sich selbst zu reagieren. Sie werden dazu angehalten, sich mit gefährlichen Psychopharmaka oder mit Alkohol zu betäuben und ihre normalen Reaktionen zu ersticken. So wird z.B. die Zahl der alkoholsüchtigen Frauen in der BRD auf ca. eine halbe Million geschätzt. Wenn früher auf sechs Trinker eine Trinkerin kam, so ist heute das Verhätlnis schon 3:1.

Wenn allerdings eine Frau aus diesem Rollenverhalten ausbricht, wie im Fall der Marija Jovic, wird sie entsprechend hart „bestraft". Die Arbeiterin Marija wurde als erstes in eine Nervenklinik eingewiesen und anschließend aus der BRD abgeschoben.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Kinder

Kinder-Selbstmorde

Jährlich 500 Kinder in den Tod getrieben

Jedes Jahr begehen in der BRD ca. 500 Schüler Selbstmord, 15.000 können nach Selbstmordversuchen noch rechtzeitig gerettet werden („Frankfurter Allgemeine", 5.6.76). Das Alter der Selbstmörder ist inzwischen von der „Pubertät" bis auf das 7. Lebensjahr gesunken. Jeder vierte weibliche und jeder fünfte männliche Jugendliche quält sich zeitweise mit Selbstmordgedanken (dpa, 26.11.75)

Selbstmord steht damit unter den Todesursachen von Kindern und Jugendlichen mit an vorderster Stelle. Bei den elf- bis fünfzehnjährigen war er 1974 mit 78 Fällen dritthäufigste Todesursache, bei den sechzehn- bis zwanzigjährigen mit 372 Fällen sogar die zweithäufigste (dpa, 26.11.75).

Fällen sogar die zweithäufigste (dpa, 26.11.75).

Unter 40 Staaten, in denen es Statistiken über Selbstmorde gibt, stand die BRD schon 1969 mit ihrer Quote von Kinderselbstmorden an 6. Stelle („Spiegel", 9/1973).

Leistungs- und Konkurrenzdruck treiben in den Tod

Im wesentlichen gibt es zwei Ursachen für die große Zahl von Kinderselbstmorden: Zum einen der barbarische Schulstreß, zum anderen die zunehmende Verunmöglichung befriedigender zwischenmenschlicher Kontakte und die daraus erwachsende Isolation vieler Kinder.

So erhängten sich in München innerhalb von 10 Tagen drei Schüler: einer wegen eines nicht bestandenen Eignungstests für die Realschule, zwei wegen „mangelhafter" Leistungen in Englisch bzw. Mathematik („Spiegel" 8/76). In Hamburg vergifteten sich zwei Schüler, einer wegen einer „Fünf" in Mathematik, einer wegen verlorener Turnschuhe! („Mopo", 13.12.75). Zweimal jährlich steigt die Selbstmordhäufigkeit abrupt an, nämlich dann, wenn Zeugnisse vergeben werden. Allein in Bayern brachten sich in diesem Frühjahr 10 Schüler nach Ausgabe der Halbjahreszeugnisse um („Spiegel", 8/76).

Um diesem Zustand „Rechnung zu tragen", lassen die Schulbehörden an den kritischen Tagen der Zeugnisvergabe die „Schülerhilfe" als „Kummerkastenonkel" Anrufe verzweifelter Kinder und Eltern beantworten. Allein in Hamburg sind damit sieben Psychologen und zwei Sozialarbeiter jedes halbe Jahr 20 Stunden beschäftigt (Spiegel, 8/76). Eine wirklich noble Geste: Die Behörde treibt mit dem Schulstreß zwar viele Kinder in die Verzweiflung, hat aber für die Opfer immerhin dann noch einen Telefonseelsorger anzubieten!

Zweithäufigste Ursache von Kinderselbstmorden nach dem Druck in der Schule sind Einsamkeit, Isolation, sexuelle Probleme. Das fängt an bei siebenjährigen, die sich umbringen, weil ihre Mutter sie „nicht mehr lieb hat". Ältere Kinder werden durch den Widerspruch zwischen der ihnen in Werbung, Film, Presse usw. dargebotenen „Sexualität" und dem Mangel an eigenen Möglichkeiten, ihre Sexualität zu befriedigen, kaputtgemacht und nehmen sich das Leben.

Selbstmörder = „Deformierte Persönlichkeiten"?

Wie immer, wenn es darum geht, bei der Erklärung von Folgeerscheinungen der kapitalistischen Kinderfeindlichkeit von der eigentlichen Ursache abzulenken, versucht die Bourgeoisie letztendlich, den Betroffenen, den Kindern und Eltern, die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Zwar greifen die „Selbstmordfor-

in die Schuhe zu schieben.
Zwar greifen die „Selbstmordfor-

scher" wortradikal den Schulstreß an. Dieser aber führe angeblich erst dann zu Selbstmorden, wenn die Kinder sowieso schon unfähig seien, *„befriedigende personale Bindungen einzugehen"* oder durch *„äußerst geringe Belastbarkeit"* gekennzeichnet seien („Spiegel", 9/73).

Nachdem nun schon einmal die Selbstmörder den „Schwarzen Peter" selbst in der Hand haben, schafft die bürgerliche Wissenschaft auch noch den Bogen zu den Eltern: *„Daß solche Deformierungen vor allem in ‚gestörten Familienverhältnissen' zustande kommen, ist übereinstimmende Beobachtung aller Selbstmordforscher"* („Spiegel", 9/73).

Jeder Selbstmord von Kindern und Jugendlichen ist ein ohnmächtiger Protest gegen die herrschenden Zustände, die das Leben so beschissen erscheinen lassen, daß man ihm lieber freiwillig ein Ende setzt. Dieser Ohnmacht ein Ende zu machen, heißt, einem System ein Ende zu machen, das dazu führt, Kindern und Jugendlichen das Rückgrat zu brechen.

Kinderkommission
KB / Gruppe Hamburg

Buchbesprechung

„Was geschieht mit kleinen Mädchen ?"

„Wenn man sich als ‚zweites Geschlecht' fühlt, braucht man sehr viel Stärke und Sicherheit, um die Kritik der anderen zu ertragen, also paßt man sich den Erwartungen der anderen an, man verhält sich, wie es die anderen wollen."

Was die Italienerin Elena Gianini Belotti in ihrem Buch „Was geschieht mit kleinen Mädchen?" an ganz alltäglichen Beispielen aus ihrer Erfahrung aufzeigt, sind die Methoden, mit denen kleinen Mädchen ihre Rolle und ihr negatives Selbstbild aufgezwungen wird.

Schon von Geburt an ist das Leben des kleinen Mädchens von negativen Einstellungen begleitet. So wird oft immer noch der Frau die „Schuld" gegeben, wenn sie „nur" ein Mädchen bekommt. Dabei bestimmen die männlichen Samenzellen das Geschlecht des Kindes.

Viele Mütter werden während der Schwangerschaft von Aberglauben verfolgt, wie z. B. ein Junge würde sich besonders früh im Mutterleib bewegen, im Gegensatz zum Mädchen: „Jungen sind eben aktiver". Und natürlich gesteht die Kirche dem männlichen Embryo eher eine „Seele" zu als einem weiblichen (Italien)!

Kindern werden also schon spezifische Merkmale und Kennzeichen zugeschrieben, die für das jeweilige Geschlecht wünschenswert sind, noch ehe die Kinder überhaupt geboren sind.

„Seit ewigen Zeiten wurden Jungen auf Aktivismus, Aggressionen und Kraft getrimmt, während Mädchen in eine passive, nachgebende, verbindliche Rolle gedrängt wurden, und aus diesem eingeübten Rollenverhalten wird dann der Schluß gezogen, daß es sich dabei um ein biologisches, ein Naturgesetz handelt".

Heutzutage würden sich die meisten Familien zwei Kinder wünschen: Das erste soll ein Junge sein, das zweite ein Mädchen. *„Wieviele Mädchen verdanken wohl ihre Existenz dem verzweifelten Versuch, einen Jungen zu zeugen!"*

E. G. Belotti behauptet, Mädchen seien überhaupt nur dann erwünscht, wenn sie bestimmte Eigenschaften erfüllen, die für die Eltern selbst bequem sind:

wenn sie bestimmte Eigenschaften erfüllen, die für die Eltern selbst bequem sind:

„– Mädchen sind zärtlicher (die Eltern erwarten sich, mehr geliebt zu werden, denn Jungen sind ‚überhaupt nicht zärtlich')
– sie sind dankbarer (hier zeigt sich die horrende Erpressung gegenüber Mädchen, von Jungen verlangt man nie Dankbarkeit)
– sie sind hübsch und süß (ein Gegenstand, ein Ding, das man anschauen, mit dem man spielen kann)
– es macht Spaß, sie anzuziehen (sie zählen nicht für das, was sie sind, sondern für das, was sie hermachen; nicht ihre Intelligenz ist wichtig, sondern ihre Schönheit)
– sie leisten einem zuhause Gesellschaft (von einem Jungen erwartet niemand, daß er einem Gesellschaft leistet, sobald er kann, geht er von zuhause fort)
– sie helfen frühzeitig schon bei der Hausarbeit (von Jungen erwartet man nicht nur keine Hilfe, sondern man hindert sie sogar daran, im Haushalt mitzuhelfen, sie sind schließlich zu höherem bestimmt."

Wie die Mutter nun ihre eigene Tochter oder die Erzieherin die Kinder im Kindergarten erzieht, hängt im wesentlichen von der Einstellung der Frau zu ihrer eigenen Rolle ab, d. h. eine unterdrückte Mutter, *„so außergewöhnlich und wunderbar sie auch sein mag, bleibt doch eine Frau, der ein gesellschaftlich geringerer Wert zugestanden wird als einem Mann"*. Sie wird kaum dazu in der Lage sein, ein Mädchen großzuziehen, das sich nicht in das Verhalten einer „kleinen Frau" einfügt.

Folge: Kleine Mädchen sollen sehr früh mit ihren Funktionen vertraut gemacht werden. Diese „Konditionierung" beginnt denn auch schon im Säuglingsalter. Ein kleines Mädchen wird kürzere Zeit gestillt als ein Junge, es wird früher mit der Reinlichkeitserziehung angefangen, und kleine Mädchen müssen eher mit dem Löffel essen. Bei kleinen Jungen sind die Eltern nachsichtiger. Belotti weist nach, daß im allgemeinen die Meinung vorherrscht, Mädchen seien schwieriger zu erziehen als Jungen. Denn *„es ist viel schwieriger und anstrengender ‚Energien oder einen starken Willen zu unterdrücken ... als ihm freien Lauf zu lassen. Es ist einfacher, einem Menschen bei der Entwicklung seiner Möglichkeiten zu helfen* (was nach ihrer Meinung bei jungen gemacht wird) *als den Impuls zur Selbstverwirklichung zu unterdrücken, der in dem Menschen unabhängig vom Geschlecht steckt."*

drücken, der in dem Menschen unabhängig vom Geschlecht steckt."

KLEINE MÄDCHEN:
MÜSSEN ARTIG SEIN
MÜSSEN HÜBSCH UND SÜß SEIN
MÜSSEN ZÄRTLICH SEIN
MÜSSEN DER MUTTER BEI DER ARBEIT HELFEN
MÜSSEN MIT PUPPEN SPIELEN
DÜRFEN NICHT AUF BÄUME KLETTERN......

Zwei wesentliche psychologische Prozesse haben auf die Erziehung der Kinder Einfluß: Erst imitiert das Kind die Eltern, später identifiziert sich das Kind meist mit dem ihm gleichgeschlechtlichen Elternteil.

Die Eingriffe der Erwachsenen bestehen nun darin, die Imitation von Jungen und Mädchen zu differenzieren, indem beim Jungen und beim Mädchen Verhaltensweisen unterschiedlich behandelt werden, z. B. ein Mädchen darf mit einer Puppe schmusen, einem Jungen wird abgewöhnt zu weinen, usw. Die Kinder werden so auf Verhaltensweisen und -normen festgelegt, die ständig von der Gesellschaft bestätigt werden.

Es wird von *„frühester Kindheit an alles ausradiert, was Jungen und Mädchen gleich machen könnte, und alles andere hervorgehoben, was den Unterschied betont".*

Belotti beschreibt, daß Jungen und Mädchen sich im Kleinkindalter beide zu gleichen Teilen mit der Mutter identifizieren, da sie mit ihr den engsten Kontakt haben; ein kleiner Junge möchte auch noch beim Putzen helfen ... Bald aber wird sich der Junge, der ja immer darauf orientiert wird, was er „mal sein wird", mit dem Vater identifizieren. Ihm wird der gesellschaftliche „Wert" der Frau nicht verborgen bleiben, wie ein Beispiel zeigt: *„Mein Vater arbeitet" – „Meine Mutter ist zuhause".* Der kleine Junge kann sich wenigstens der Illusion hingeben, der Vater mache „draußen" etwas Aufregendes.

„Wenn sich Mann und Frau im großen und ganzen ähnlich wären, und wenn die gesellschaftliche Bedeutung der Frau der des Mannes entsprechen würde, wäre die Identifizieren des Jungen mit der Mutter nicht als entwürdigend anzusehen, und man würde auch die Identifizierung des Mädchens mit dem Vater nicht als anomal empfinden."

Wie kommt man nun aus dem Dilemma der geschlechtsspezifischen Erziehung heraus?

Zum einen weist Belotti den Weg, daß man Kindern ihrem Temperament entsprechend eigene Entscheidungsmöglichkeiten zugestehen muß, daß man *„Kindern reichhaltigere, ausdrucksvollere und freiere Verhaltensmodelle anbietet, die nicht so engstirnig sind, wie die geschlechtsspezifischen Normen".*

Unberücksichtigt bei diesem guten Vorhaben bleibt aber die Situation der Eltern, vor allem der Arbeiterfrau, die bei der starken Belastung durch Beruf und Haushalt wohl

frau, die bei der starken Belastung durch Beruf und Haushalt wohl

kaum die Möglichkeit haben wird, ihren Kindern „freiere Verhaltensmodelle anzubieten"! Ebenfalls unberücksichtigt bleiben die heute überfüllten Schulen und Kindergärten, in denen die pädagogischen Kräfte aufgrund des Streß kaum die Möglichkeit haben, ihr eigenes Verhalten in Frage zu stellen. Außerdem geht sie bei dem Begriff „Temperament" anscheinend von einer angeborenen Erscheinung aus, was sehr zweifelhaft ist.

Belotti richtet ihre berechtigte Kritik an der herkömmlichen Erziehung von Jungen und Mädchen allerdings gegen die in ihren Rollen verfangenen „unemanzipierten" Mütter, Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen, die doch gerade Opfer eines Systems sind, das Frauen jedes Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit raubt. Unangetastet bleibt das kapitalistische System, das ohne die Unterdrückung der Frau nicht existieren könnte!

Dagegen stilisiert sie, losgelöst von jeder Klassenfrage, die Möglichkeiten der Männer zum Welterobererturn hoch und verspricht sich nur eine Veränderung im Erziehungsprozeß, wenn mehr Männer dort einbezogen würden.

Das ist ein „Kurzschluß" in ihrer Argumentation. Denn eben spricht sie noch von den Männdern, denen der „gesellschaftliche Wert der Frau" als „niedere" Wesen nicht verborgen bleibt, und die ja auch persönliche Vorteile daraus ziehen, und dann erwartet sie von ihnen eine für Mädchen nicht diskriminierende und gleichberechtigte Erziehung!

Das Buch gibt eindrucksvoll Beobachtungen, die in der unterdrückerischen Mädchenerziehung ablaufen, wieder, wobei man nicht vergessen darf, daß auch Jungen in der Erziehung unterdrückt werden, wenn es sich auch anders äußert.

Erst wenn wir Frauen selbst den Kampf gegen unsere Unterdrückung aufnehmen, in der Familie oder am Arbeitsplazt, werden wir in der Lage sein, unsere Kinder ohne geschlechtliche Diskriminierung zu erziehen!

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg

Richtigstellung

Wir sind von einem AK-Leser auf einen Fehler im Artikel „Gewalt gegen Kinder" im ARBEITERKAMPF Nr. 80 aufmerksam gemacht worden.

Wir hatten dort aus dem Strafgesetzbuch-Kommentar von Dreher zitiert: *„Danach kann man auch fremde Kinder wegen grober Unart züchtigen, falls Ahndung auf der Stelle erforderlich ist und nach Lage der Sache der Erziehungsberechtigte pflichtgemäß zustimmen müßte".* Wir hatten daraus gefolgert, daß es legal sei, *„jedes Kind, das einem über den Weg läuft, zu schlagen, wenn es ‚unartig' erscheint"* (AK Nr. 80).

Das stimmt offenbar nicht! Die Berechtigung, andere Kinder zu schlagen, wenn sie „unartig" erscheinen, erstreckt sich nur auf Personen, denen ausdrücklich von den Eltern das „Züchtigungsrecht" übertragen worden ist. So wenigstens hat 1927 das Reichsgericht in der im o. a. Kommentar zu Grunde gelegten Entscheidung geurteilt.

Von dieser Entscheidung unbeeinflußt bleibt allerdings die „Berechtigung" von Lehrern und – unter Einschränkungen – Erziehern, Kinder zu schlagen, ohne von den Eltern dazu legitimiert zu sein. Diese können sich nach geltender Rechtsprechung auf ein „Gewohnheitsrecht", Prügel auszuteilen, berufen (vgl. REBELL, Nr. 15).

Auch wenn sich – nach dieser Korrektur – die Rechtslage als für die Kinder etwas „günstiger" darstellt, sollten wir nicht die Konsequenz ziehen, jeden Erwachsenen, der (juristisch unberechtigt dazu) ein fremdes Kind schlägt, vor Gericht zerren zu wollen.

Der Kampf gegen solche Formen von Gewalt gegen Kinder muß zunächst und vor allem dadurch geführt werden, daß wir mit prügelnden Erwachsenen diskutieren, warum sie Kinder schlagen. Ziel muß es sein, davon zu überzeugen, daß jede Form von Gewalt gegen Kinder grundsätzlich abzulehnen ist. Allerdings: Wo Diskussionen und der Versuch, zu überzeugen, nichts nutzt, darf man notfalls den Weg zum bürgerlichen Gericht nicht scheuen, um Kinder vor sie terrorisierenden Erwachsenen zu schützen!

Kinderkommission
KB / Gruppe Hamburg

Klassenjustiz

Arbeitsgericht gegen Vertrauensleutewahl im Betrieb

In einem Betrieb in Aachen wollten gewerkschaftlich organisierte Kollegen eine Vertrauensleutewahl durchführen. Die Wahl sollte während der Pausen und außerhalb der Arbeitszeit im Betrieb vorbereitet und durchgeführt werden. Dies paßte den Kapitalisten nicht. Sie untersagten den Kollegen unter Hinweis auf ihr „Hausrecht" die Vorbereitung der Wahl.

Aufgrund der von der Gewerkschaft erhobenen Klage gab das Arbeitsgericht Aachen den Kapitalisten wieder einmal Recht: Die bloße Stimmzettelabgabe läßt das Arbeitsgericht gerade noch zu. Im vorliegenden Fall würde jedoch die Vorbereitung der Wahl wie z. B. innerbetriebliche Diskussionen über die gewerkschaftliche Arbeit der Vertrauensleutekandidaten und Abhalten von Vertrauensleuteversammlungen u. ä. sowie die Durchführung der Wahl, nämlich Auszählung der Stimmzettel, Bekanntgabe des Wahlergebnisses usw. „zu viel Zeit in Anspruch nehmen." Die Inanspruchnahme der Arbeitszeit und der Zeit nach Betriebsschluß (!) ist nach Ansicht des Gerichts den Kapitalisten nicht zuzumuten! Die Vorbereitung der Wahl in den Pausen soll nicht möglich sein, weil sich die Kollegen in den Pausen von der Arbeit „erholen" müssen. Mit diesen „Argumenten" zeigt das Gericht deutlich, worum es der Klassenjustiz geht: Eine echte Diskussion unter den Kollegen soll möglichst verhindert werden, um die Wiederwahl rechter Gewerkschaftsfunktionäre zu begünstigen, die Betrieb und Gewerkschaft vor „Unruhe" zu bewahren wissen (aus „Betriebs-Berater", 1976, S. 645).

IKAH (Hamburg)

Staatsschutzgericht Flensburg

Lieber gleich Knast

Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Flensburg hat ein Mitglied der „KPD/ML" zu einem Monat Gefängnis wegen „Beihilfe zur Wehrkraftzersetzung" (!) und „Beihilfe zur öffentlichen Aufforderung zur Meuterei" zu einem Monat Knast (auf Bewährung) verurteilt.

Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde:
Der „ML" er hatte zusammen mit einem Kameraden am Schwarzen Brett seiner Kaserne einen aus dem – seinerzeit noch super„linken" - „Roten Morgen" ausgeschnittenen Artikel ausgehängt, der mit der Aufforderung endet: „Im Ernstfall die Gewehre umgedreht!"

Dies wird von den Staatsschützern als Schwächung oder gar „Lähmung" der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr angesehen, jedenfalls sei eine solche Schwächung von dem Angeklagten beabsichtigt gewesen.

Das eigentlich bemerkenswerte an dem Urteil sind jedoch die Strafzumessungsgründe.

Der angeklagte „ML" er war bis dahin nicht vorbestraft. Unter diesen Umständen hätte eigentlich eine kleine Geldstrafe ausgesprochen werden müssen. Das Gericht verurteilte jedoch mit folgender Begründung zu einer Freiheitsstrafe:
„(Es) handelt ... sich um parteigebundene Überzeugungstäter, und bei solchen besteht Grund zu der Annahme, daß ihnen etwa auferlegte Geldstrafen von der hinter ihnen stehenden Partei bezahlt würden, wobei der Zweck der Strafe, dem Täter ein Übel zuzufügen, verfehlt würde. Mindestens gegen solche Täter würde die Rechtsordnung durch die Verhängung einer Geldstrafe nicht wirksam verteidigt. ...Insgesamt kann der Schutz der Rechtsordnung ... nur darin bestehen, daß der überführte Täter erfährt, er habe ... mit einer Freiheitsstrafe zu rechnen, die nicht eine etwa hinter ihm stehende Partei, sondern ihn ganz persönlich trifft."
Kommentar ist da wohl überflüssig.

IKAH (Hamburg)

Kein Anspruch auf Honorar
wegen Unterschrift unter

Kein Anspruch auf Honorar
wegen Unterschrift unter „KPD"-Wahlaufruf

Eine Angestellte des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung in Westberlin erstellte im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums eine „Handlungsanleitung für betriebliche Personalplanung". Als sie das zuvor vereinbarte Honorar verlangte, wies man ihren berechtigten Anspruch mit der hanebüchenen Begründung zurück, sie habe nach (!) Ablieferung ihrer Arbeit einen Wahlaufruf der „KPD" unterschrieben und deshalb könnte jetzt das Gutachten nicht mehr veröffentlicht werden!

Die Klage der Kollegin dagegen wurde in 2. Instanz vom Landgericht Westberlin abgewiesen. Dieses Urteil ist ein Skandal! Nach Auffassung dieses super-reaktionären Gerichts hätte die Kollegin nur einen Anspruch, wenn sich ihr Auftraggeber, also der Staat, zu ihrer Arbeit hätte „bekennen" können. Nach Unterzeichnung des „KPD"-Wahlaufrufs hätte dies jedoch bedeutet, *„daß sich der Staat dazu hätte bekennen müssen, auf die Mitarbeit eines erklärten und den Abbau der freiheitlichen Grundordnung propagierenden Feindes der geltenden Verfassung zurückzugreifen"*. Dies sei aber für den Staat „unzumutbar".

Abgesehen davon, daß dieses Skandalurteil nicht einmal den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts entspricht, wird mit diesem Urteil der „Radikalenerlaß" auch noch auf das Zivilrecht ausgedehnt. Dabei scheut die Klassenjustiz nicht einmal davor zurück, ihre eigenen Regeln zu verletzen, wenn es um die Hatz auf fortschrittliche Menschen geht. (nach „Frankfurter Rundschau", 5. 6. 1976).

IKAH (Hamburg)

Keine Freistellung für Schulungsveranstaltungen!

Nach Auffassung des als reaktionär bekannten Landesarbeitsgerichts Westberlin hat ein Kollege, der zum ersten Mal in den Betriebsrat gewählt worden ist und deshalb oft noch nicht den „großen Durchblick" hat, keinen Anspruch auf Freistellung für Schulungsveranstaltungen. Das in § 37, Abs.6 Betriebsverfassungsgesetz bestimmte Recht auf Teilnahme an Schulungsveranstaltungen soll nur *„dem Betriebsrat als Kollektiv"* zustehen. Der „Betriebsratsneuling" braucht keine Schulung, weil er angeblich von den alten Betriebsratsfürsten *„integriert"* wird. Nur wenn anderfalls *„die Arbeit des Betriebsrats als Gremium erheblich beeinträchtigt oder behindert"* (?) ist, gesteht das Gericht dem „Neuling" Schulungsveranstaltungen zu. Das ist aber eine „Ermessensfrage"!

Mit diesem Urteil setzt sich das Gericht selbst über den eindeutigen Wortlaut des Betriebsverfassungsgesetzes hinweg, das in § 37, Abs. 2 und 6 bestimmt, daß Betriebsratsmitglieder für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen freizustellen sind.

Dieses reaktionäre Urteil, das sich nicht einmal an den Wortlaut des Gesetzes hält, ist ein Schlag gegen die Betriebsarbeit allgemein, aber insbesondere kann die linke Betriebsratspolitik durch dieses Urteil stark behindert werden.
(Urteil nach: „Betriebs-Berater", 1976, S. 695).

IKAH (Hamburg)

Lehrstück für Staatsschutz-Provokation

Von Ende März bis Anfang Mai befanden sich Gaby Weber und zwei andere Bonner Genossen in Untersuchungshaft. Ihnen wurde ein bewaffneter Raubüberfall in die Schuhe geschoben!

Um die drei belasten zu können, sahen sich die Staatsschutzbehörden nach einem geeigneten „Kronzeugen" um. Ihre Wahl fiel auf einen Gefangenen, den Gaby als Mitglied der „Roten Hilfe"/Bonn seit 1973 betreute. Hermann B., der in der Justizvollzugsanstalt Werl in Sicherungsverwahrung saß. Er hatte zusätzlich zu dem ohnehin traurigen Dasein des Sicherungsverwahrten (was praktisch lebenslänglich bedeutet) Schwierigkeiten am laufenden Band, weil er von Linken besucht wurde. Einen solchen Gefangenen, der also von allen Behörden nichts als Fußtritte zu erwarten hat, machte nun der Staatsschutz das schweinische Angebot, den einzigen Menschen, der sich solidarisch um ihn kümmert, der Klassenjustiz ans Messer zu liefern. Am 15. 3. „flüchtete" er mit polizeilicher Unterstützung aus dem Knast, tauchte bei Gaby und den anderen Genossen auf und versuchte handgreifliche Auseinandersetzungen zu provozieren. Eine Woche darauf wurde er volltrunken verhaftet. In diesem Zustand machte er nun belastende Aussagen gegen die Genossen: Gaby habe ihm gegenüber einen bewaffneten Raubüberfall auf eine Tankstelle gestanden (und das ausgerechnet während eines überwachten Besuches im Knast!) Daraufhin erfolgten die drei Verhaftungen.

Warnung an „Kronzeugen"

Die Staatsschützer hatten ihrem „Kronzeugen" allerlei Dinge versprochen, die sie allerdings nicht einhielten. So machte H. B. die Erfahrung, die vor ihm schon so mancher „Kronzeuge" gemacht hat: erst wurde seine Situation schamlos und erpresserisch ausgenutzt, um ihn gefügig zu machen und als er zum Verräter geworden war, ließ man ihn wieder hängen. Enttäuscht darüber wiederrief er seine Anschuldigungen und erklärte, wie sie zustande gekommen waren. Damit war der Haftgrund gestorben. Die Gefangenen wurden freigelassen. Gaby wurde vom Knast Köln-Ossendorf mit folgenden Worten verabschiedet: *„Sowas wie Sie sollte man vergasen!"*

Rufmord

Nach ihrer Entlassung mußten die Genossen feststellen, daß die Staatsschützer draußen eine regelrechte Hetzkampagne veranstaltet hatten. In der Nachbarschaft und bei Verwandten und Bekannten waren sie mit ihrer Lügengeschichte hausieren gegangen mit dem Ziel, die Genossen als Verbrecher abzustempeln und zu isolieren. Einer Frau, die in Ossendorf neben Gabys Zelle „wohnte" und die nach ihrer Entlassung in Gabys Wohnung gezogen war, wurde das Angebot gemacht, Spitzel zu werden. Als sie das ablehnte, wurde sie verhaftet: von Herrn Kriminalkommissar Bleibtreu vom BKA, Abt. Terrorismus.

Diese gezielte Provokation richtete sich gegen eine Genossin, die sich besonders um die Gefangenen gekümmert hat und sich bisher von den gegen sie gerichteten Angriffen nicht einschüchtern ließ. Der „Staatsschutz" scheut im Kampf gegen solche Genossen vor keinem Mittel zurück!
(Nach einem Bericht Bonner Genossen).

IKAH (Hamburg)

Spitzelberichte aus zweiter Hand

Das Oberlandesgericht Frankfurt hatte folgenden Fall zu entscheiden: Ein Polizeispitzel hatte einen Jugendlichen, der mit größeren Mengen von Drogen handelte, hochgehen lassen.

In der Gerichtsverhandlung trat dieser Spitzel aber nicht als Zeuge auf. Auch sein Name, seine Anschrift usw. wurden in der Verhandlung nicht bekanntgegeben, weil er von seinen Vorgesetzten *„nicht als Zeuge freigegeben"* war.

Stattdessen wurde ein Polizist vernommen, der seinerseits den V-Mann vernommen hatte. Auf diese Weise wurde die belastende Aussage des angeblichen Spitzels in den Prozeß eingebracht.

Eine solche mittelbare und unkontrollierbare Aussage eines V-Mannes, von dem man noch nicht einmal weiß, ob er wirklich existiert, kann gegen den Angeklagten verwandt werden! So entschieden übereinstimmend das OLG Frankfurt und der Bundesgerichtshof (Neue Juristische Wochenschrift, 1976, S. 985). Damit hat die Rechtsprechung dem Spitzelunwesen, was die gerichtliche Verwertbarkeit angeht, Tür und Tor weit geöffnet!

Man kann sich vorstellen, daß die politische Polizei in für sie schwierigen Prozessen gern auf diese Möglichkeit der „Beweisführung" zurückgreifen wird und schnell mal einen V-Mann aus dem Ärmel zieht, der natürlich alles gesehen und gehört hat.

Dies ist z. B. bereits 1961 in einem Prozeß gegen einen Funktionär der KPD geschehen!

Angeklagte und Verteidiger haben praktisch keine Möglichkeit, den Spitzel in die Enge zu treiben und zu entlarven und sind dadurch eines wesentlichen prozessualen Rechts beraubt!

Diese Rechtssprechung muß im Zusammenhang gesehen werden mit den umfassenden Bespitzelungs-Kriminalisierungs- und Berufsverbotsaktivitäten der Staatsschutzbehörden, die in den letzten Jahren entfaltet worden sind.

Die Rechtssprechung hat sich durch diese Entscheidungen voll und widerspruchslos dieser reaktionären Entwicklung angeschlossen und ihren Beitrag dazu geleistet.

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Verfassungsbeschwerde wegen dieser Frage als „offensichtlich unbegründet" gar nicht erst zur Entscheidung angenommen!

IKAH (Hamburg)

hat die Rechtsprechung dem Spitzelunwesen, was die gerichtliche Verwertbarkeit angeht, Tür und Tor weit geöffnet!

Man kann sich vorstellen, daß die politische Polizei in für sie schwieri-

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Verfassungsbeschwerde wegen dieser Frage als „offensichtlich unbegründet" gar nicht erst zur Entscheidung angenommen!

IKAH (Hamburg)

Verurteilt ..., weil diskutiert!

Weil er das Recht in Anspruch genommen hat, ungehindert diskutieren zu dürfen, hat das Schöffengericht Niebüll in Schleswig-Holstein einen Studenten zu 200 DM Geldstrafe verurteilt ... wegen „Hausfriedensbruch"!

Der Student, Landtagskandidat der „KPD", hatte im Frühjahr 1975 auf dem Gelände der Kreisberufsschule Niebüll mit Schülern diskutiert – ebenso mit Arbeitslosen auf dem Niebüller Arbeitsamt. In beiden Fällen hatte er sich den Aufforderungen des reaktionären Schulleiters sowie des Dienststellenleiters des Arbeitsamtes geweigert, die Diskussionen zu unterlassen.

Studenten im KB/ Gruppe Kiel

Berufsverbot vorläufig zurückgewiesen

Das Arbeitsgericht Mainz hat die Kündigung eines Kältemonteurs wegen „seiner politischen Gesinnung" für unwirksam erklärt. Ob dies Urteil in den höheren Instanzen bestätigt wird, bleibt abzuwarten.

Der gekündigte Kollege war Mitglied der Jugendorganisation der „KPD", des „KJV". Er hatte 1975 für die „KPD" zur Landtagswahl kandidiert.

Der Kollege hatte bis zu seiner Kündigung in den Mainzer Universitätsklinken als Kältemonteur (vermutlich also bei der Bedienung und Wartung von Klimaanlagen) gearbeitet.

In ihrer Kündigungsbegründung stempelte die Universität den Kollegen schon zum halben Kriminellen ab:

Gegenüber dem Argument des Kollegen, seine Mitgliedschaft allein könne kein Kündigungsgrund sein, führte die Universität aus: die Zugehörigkeit des Kollegen zur *„Betriebsgemeinschaft"* (!) sei eine *„konkrete Gefahr"*, weil es nicht üblich sei, daß jemand mit Flugblättern gegen eine beabsichtigte Kündigung vorgeht.

Außerdem könne man einen Kältemonteur, der Kommunist sei, nicht als „kleines Rädchen" bezeichnen. Denn, so die staatstragende Universität: es wäre für den Kältemonteur sehr einfach gewesen, *„technische Anlagen außer Kraft zu setzen, um die Patientenversorgung zu gefährden."*

So einfach ist das also: Kommunisten fressen nicht nur kleine Kinder, sondern meucheln kranke Menschen, indem sie ihnen die Luft abdrehen oder die Klimaanlagen im OP-Saal abstellen.

Der hierin zum Ausdruck kommende extreme Antikommunismus wurde vom Arbeitsgericht nicht als Kündigungsgrund akzeptiert. Es entschied: die politische Einstellung des Kollegen berührt nicht das Arbeitsverhältnis und ist deshalb unerheblich.

IKAH (Hamburg)

Kurzmeldungen

München. Die Prozeßwelle gegen die Münchener Stadtzeitung „Blatt" hält an: Zur Zeit läuft ein Prozeß gegen zwei Redakteure wegen *„öffentlicher Aufforderung zu Straftaten"* (§ 111). In Anlehnung an eine Sponti-Aktion wurde in einem Comic (!) dargestellt, wie die „Panzerknacherbande" einen Fahrkartenautomaten mit „Kalkfrei" präpariert, was dazu führt, daß das eingeworfene Geld zusammen mit der Fahrkarte wieder herauskommt. Auf den ersten Blick sieht die Anklage nach § 111 wie ein (schlechter) Witz aus, denn mit der gleichen „Berechtigung" könnte man gegen Micky-Maus-Hefte vorgehen.

Die Münchener Klassenjustiz hat sich in letzter Zeit auf das „Blatt" eingeschossen: In mehreren Prozessen wurden bisher Geldstrafen von insgesamt etwa 10.000 DM verhängt.

***

Micky-Maus-Hefte vorgehen.

Die Münchener Klassenjustiz hat sich in letzter Zeit auf das „Blatt" eingeschossen: In mehreren Prozessen wurden bisher Geldstrafen von insgesamt etwa 10.000 DM verhängt.

***

Gertraud Will wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" (§129) von der weder der Name noch auch nur ein „Mitglied" bekannt ist und wegen eines angeblichen „Sprengstofftransports" 1970, zu zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Ihr Bruder Hartmut wurde wegen „Begünstigung" zu sieben Monaten auf Bewährung verurteilt. Weil Gertraud schon zwei (!) Jahre im Untersuchungsgefängnis gesessen hatte, wurde der Rest „gnädigerweise" zur Bewährung ausgesetzt. Da der Will-Prozeß ein anschauliches Beispiel für das systematische Vorgehen der Klassenjustiz gegen Linke darstellt (Verteidigungerbehinderung, Vorverurteilung durch die bürgerliche Presse, Konstruktion und Erfindung vollkommen hergeholter Vorwürfe usw.), werden wir im nächsten AK ausführlich über den Prozeßverlauf berichten.

***

Westberlin. In den letzten Verhandlungstagen im sogenannten „Schmükker-Prozeß" mußte nun doch noch der VS-Chef von Westberlin, Franz Natusch, aussagen. Die Verteidigung hatte das Bundesverwaltungsgericht anrufen wollen, um die wochenlang verweigerte Aussagegenehmigung für den Prozeß zu erzwingen, was eine längere Prozeßunterbrechung bedeutet hätte. Nach intensiver Befragung durch die Verteidiger konnte aus Natusch soviel herausbekommen werden, daß Schmücker VS-Spitzel war und kurz vor seiner Erschießung telefonisch zwei Genossen beim VS denunzierte. Im Prozeß wurde außerdem deutlich, daß die belastenden Aussagen des Berufskronzeugen Bodeux nur der Phantasie dieses Denunzianten entsprungen sind und er selbst keinerlei Alibi für den Zeitpunkt der Erschießung Schmückers hatte (nach Informationsdienst,130).



Erneut „Selbst"morde und Hungerstreiks

Westberlin:

Am 13.6. verübte der wegen Mordes angeklagte H. Rackow „Selbst"mord, indem er sich eine Plastiktüte über den Kopf stülpte und erstickte. In einem Brief an den Westberliner „Extra-Dienst" begründete er seinen Freitod:

„Mehr als fünf Jahre andauernde Untersuchungshaft unter selbstmordfördernden Haftbedingungen haben mich zum Selbstmord getrieben. Gegen die für die jahrelange Isolationshaft und den daraus resultierenden Selbstmord Verantwortlichen – das sind hauptsächlich Haftrichter Dr. Schwerdtner, der Oberstaatsanwalt Pietsch und die Leitung der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit – stelle ich hiermit Strafantrag wegen Mordes". „Mein Selbstmord ist keine Kurzschlußhandlung. Jahrelanges Dahinvegetieren in der Haftanstalt Moabit führt zwangsläufig zum Selbstmord".

Im weiteren stellte er die vielfachen körperlichen und psychischen Symptome dar, die bekanntermaßen durch die Isolation auftreten.

„Aus anstaltsärztlicher Sicht werden diese Erscheinungen als ‚lediglich vegetative Störungen' und als ‚nicht behandlungsbedürftig' abgetan. Aufgrunddessen habe ich mich in letzter Zeit mit diesen Beschwerden schon gar nicht mehr an die Anstaltsärzte gewandt. Desweiteren: Schon seit geraumer Zeit gelingt es mir nicht mehr, mit anderen Menschen ungezwungen zu kommunizieren. Ich fühle mich dabei gehemmt, unbeholfen, verkrampft und steif. Zusammenhängende Gespräche zu führen, gelingt mir ebenfalls nicht mehr. Seit einiger Zeit fürchte ich mich sogar davor, überhaupt noch mit anderen Menschen zusammenzukommen. Ich verspüre dabei eine furchtbare Angst. Die Langzeitisolation hat mich augenscheinlich entsozialisiert. Ich verwese bei lebendigem Leibe. Das aber will und kann ich nicht mit ansehen. Darum der Selbstmord".

Schwerte:

Am 12./13.5. erhängte sich der Tunesier Mimouni ben Youssef. Er hatte einen Monat Arrest bekommen, weil er seine Zelle demoliert hatte. Außerdem wurde ihm gedroht, ihn nach Tunesien abzuschieben, in ein Land, wo die allerschlimmste Verfolgung aller fortschrittlichen Menschen praktiziert wird. Mehrere Gefangene haben Strafanzeige gegen die Anstaltsbediensteten erstattet.

Am gleichen Tag versuchte sich ein Gefangener in der gleichen Anstalt, die Pulsadern aufzuschneiden, weil sein Gesuch, ihn nach zwei Dritteln der Haft auf Bewährung zu entlassen, abgelehnt worden war: Wilfred Ansehns Haft ist bisher ein Wechsel zwischen Krankenhaus, Operationssälen, Intensivstation und Haftraum gewesen. Seine körperliche Verfassung ist katastrophal: zeitweise hatte er einen Gewichtsverlust von 157 auf 109 Pfund.

Am 17.5. trat der Gefangene N. Leetz in einen Hungerstreik. Auch ihm war das Gesuch abgelehnt worden, ihn nach zwei Dritteln der Haft zu entlassen. Als „Begründung" mußten allerlei Fadenscheinigkeiten herhalten. Nachdem N. dagegen Beschwerde eingelegt hatte, schrieb sogar die Vollzugsanstalt an die Strafvollstreckungskammer und sprach sich für eine Haftentlassung aus. Als auch das nichts nutzte, trat N. in den Hungerstreik.

Ebenfalls in einen Hungerstreik trat am 1.6. der Gefangene W. Rütten. Er war vorher in der Anstalt Siegburg gewesen, hatte dort zehn Ausführungen gehabt, um u.a. seine Familie besuchen zu können. Bei allen Ausführungen hatte er sich „vorschriftsmäßig" verhalten. In der JVA Schwerte wurde ihm der Urlaub versagt. Sonderbare Vorstellungen von „Resozialisierung"!

IKAH, Hamburg

Isolationshaft für Borvin Wulff aufgehoben!

Wir haben im letzten AK berichtet, daß ein vom Gericht beauftragter medizinischer Sachverständiger die gesundheitszerstörende Wirkung der Isolationshaft bestätigt hat. Daraufhin hat die Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg in dem Prozeß gegen Borwin Wulff und Bernd Geburtig wegen „Gründung einer kriminellen Vereinigung" die Isolationshaft gegen Borwin Wulff aufgehoben!

B. Wulff ist in „den allgemeinen Vollzug" eingegliedert worden. Er kann also an allen Gemeinschaftsveranstaltungen im Knast teilnehmen! Allerdings hat die Staatsschutzkammer ihren Beschluß mit einer üblen Fußangel belegt: Wenn B. Wulff in einer *„die Sicherheit der Anstalt gefährdenden"* Weise agitiert, kann die Isolationshaft wieder angeordnet werden. B. Wulff ist also verboten worden, mit anderen Gefangenen zu reden, insbesondere über seinen Prozeß.

Denn das könnte ohne weiteres so ausgelegt werden, daß es angeblich eine „Gefährdung der Sicherheit" ist. Ein Vorwand ist also schnell bei der Hand.

IKAH, Hamburg

Strafverfahren gegen linken Rechtsanwalt

Eine Kuriosität besonderer Art haben sich die Hamburger SPD-Spezialbürokraten ausgedacht, um ihren Beitrag zur Kriminalisierung der linken Anwälte zu leisten:

Gegen den Rechtsanwalt Uwe Maeffert, der in Hamburg das „Arbeitsrechtsinfo" herausgibt, haben sie einen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Uwe Maeffert.

In der Nr. 6 seines Infos hatte Maeffert über das Berufsverbot für die Lehrerin Sabine Breustedt berichtet.

Der Beamte, der in diesem – und in den meisten anderen Berufsverboteprozessen die „Freie" und Hansestadt Hamburg vertritt, wurde als *„Berufsverbotsbeamter"* bezeichnet.

Man sollte meinen, daß dies eine relativ harmlose Bezeichnung der Tätigkeit eines Beamten ist, ebenso wie man beispielsweise einen Juristen, dessen konkrete Tätigkeit überwiegend darin besteht, andere Leute zu bestrafen, als „Strafrichter" bezeichnet.

Nicht so die Hamburger SPD-Führer: diese Bezeichnung stellt nach Auffassung des Hamburger Senatsamtes für den Verwaltungsdienst eine *„Beleidigung"* dar. Allerdings wurde in der Anzeige noch eine andere Sache beanstandet: in dem Info wurde gesagt, daß die Beamten des Senatsamtes die Weisung haben, in den Verhandlungen eines als liberal geltenden Arbeitsrichters mitzuschreiben; warum, ist wohl klar: der Richter hatte verschiedentlich politisch mißliebige Urteile gefällt.

Die Möglichkeit, daß dieser Prozeß gegen Maeffert zum Bumerang für den Senat wird, ist erfreulich groß: Maeffert kann alle seine Aussagen beweisen.

IKAH (Hamburg)

Zwangsverteidiger bewaffnet im Gerichtssaal

Die Zwangsverteidiger im Hamburger „Eckes"-Prozeß tragen seit neuestem während der Verhandlung Waffen!

Die beiden einzigen Vertrauensverteidiger (von insgesamt 16 Verteidigern) verlangen in einem Antrag, das Waffentragen im Gerichtssaal zu untersagen: *„Die Bewaffnung der Verteidiger im Gerichtssaal ist eine Bedrohung der Sicherheit während der Verhandlung und ist letztendlich nicht mit einer Verteidigerbestellung vereinbar, die etwas anderes als die bedingungslose Integration in eine Staatsschutzprozeßkonzeption zur Verurteilung der Angeklagten ist, da diese Bewaffnung im Zusammenhang mit angeblich von „anarchistischen Gewalttätern" ausgesprochenen Drohungen steht. ... Die Bewaffnung dieser Verteidiger ist ohne Zweifel eine besondere Form dessen, was als „Zwangsverteidigung" bezeichnet wird. Die Bewaffnung macht auch den Charakter von Verteidigung gegen den Willen eines Angeklagten in politischen Prozessen deutlich. Die auch gegen die Angeklagten gerichtete Bewaffnung der Verteidigung während der Ausübung ihrer „Verteidiger"-Aufgaben umschreibt unseres Erachtens bereits eine latente Bürgerkriegssituation."*

Der Antrag wurde vom Vorsitzenden Richter Ziegler abgelehnt.

Im gleichen Verfahren wurde für 3 der insgesamt 6 Angeklagten die Aufhebung der Isolationshaft beantragt. Diesen Antrag unterstützten lediglich vier von den 16 Anwälten – obwohl die gesundheitliche Gefährdung der Gefangenen durch eine über zweijährige Isolation medizinisch kaum noch bestritten werden kann.

IKAH (Hamburg)

Kriminalisierung des Gefangenenrats Frankfurt

Der Gefangenenrat Frankfurt (GR) nahm in einer Erklärung zur Verhaftung von vier seiner Mitglieder Stellung. Sie waren am 9./10.6 verhaftet worden, nachdem im Knast Butzbach der Gefangene Hanisch bei dem Versuch, eine Wiederaufnahme seines Strafverfahrens durchzusetzen, den Anstaltsleiter Künkeler erschossen hatte (s. AK 82).

Durch schwere Behinderungen der Verbindung zwischen GR und Gefangenen und durch die Verhaftung mehrere GR-Mitglieder Ende '75 war die Arbeit des GR lahmgelegt worden. In der Erklärung heißt es weiter:

„Seit zwei Monaten wurde die Wiederaufnahme der Arbeit vorbereitet. Die Justiz wollte die Tätigkeit von Anfang an durch Spitzel kontrollieren und beeinflussen. So wurde ein inhaftiertes Mitglied des GRs, Günter Gerlach, zum V-Mann umgedreht. Gegen sofortige Freilassung, eine Wohnung, finanzielle Entlohnung und besonderen Polizeischutz bei bevorstehenden Verhaftungen, machte er Aussagen gegen die anderen Inhaftierten des GRs. Nach seiner Entlassung sollte er zu den Mitgliedern des GRs Kontakt aufnehmen, Informationen sammeln und belastendes Material schaffen.

Nicht einmal eine Woche später wurde der Plan in die Wirklichkeit umgesetzt. Der Tod des Butzbacher Anstaltsleiters war der Vorwand für die vier Festnahmen. Einziger Grund dafür waren die Ausagen des Polizeispitzels Gerlach. Besonders deutlich wird Gerlachz Schlüsselrolle dadurch, daß nur Leute, die er von früher kannte oder zu denen er nach seiner Freilassung erfolgreich Kontakt gesucht hatte, festgenommen wurden.

Gegen Ulla und Wolfgang wurde wegen „Beihilfe zum Mord" an Künkeler Haftbefehl erlassen. Sie sitzen in der JVA Preungesheim in U-Haft."

Die an die Erklärung angeschlossenenen Forderungen für die Entlassung der GR-Mitglieder, für die Stärkung des GR und "Freiheit für alle Gefangenen" werden unterstützt von einer Reihe von Spontis, (Roten und Schwarzen) Hilfen sowie Knastgruppen.

Für die sofortige Freilassung aller inhaftierten Mitglieder des Gefangenenrats!

IKAH (Hamburg)

„NSDAP/AO"-Führer geschnappt!

Am 15. Juni wurde in Hamburg der ehemalige Bundeswehrunteroffizier Willi Wegner von der Kripo verhaftet.

Wegner gehört zu den tonangebenden Nazis innerhalb der „NSDAP/AO", die er selbst, gemeinsam mit Kumpan Hans-Joachim Neumann, ehemals Polizeischüler und dem Zollbeamten Ralf Ollmann sowie dem Mainzer Harald Müller (von der „NS-Kampfgruppe Mainz") 1970 in München gegründet hat.

Damit „bald Hitler-Fahnen wehen" („Spiegel", 32/74), begann die Bande eifrig mit dem „Parteiaufbau"; u.a. mittels Hakenkreuzaufklebern und Adresse, die im ganzen Bundesgebiet verbreitet wurden.

Entsprechend Neumann's Faschistenkonzept, daß „man die Leute nur noch aus ihrer politischen Apathie aufrütteln kann, wenn man sie schockt", begannen sie ihre faschistischen Umtriebe mit antisemitischen Friedhofsschändungen in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.

Danach war der linke Buchladen „Polibula" in Göttingen dran, auf den Wegner und Kumpane einen Brandanschlag verübten, der die Räume völlig verwüstete.

Da nach Wegner „täglich mit der Machtergreifung der Chaoten (?)" zu rechnen sei, begnügte man sich nicht länger mit Schmiereien auf Parkbänken („Nur für Arier") und auf Rathaustüren („Saujuden raus"), wie sie besonders im Raum Frankfurt und Mainz in Verbindung mit der „NS-Kampfgruppe" stattfanden.

Noch im selben Jahr brach Wegner mit seiner Bande in eine Baracke des Zollgrenzdienstes in Schöningen bei Helmstedt ein und erbeutete acht Maschinenpistolen. Diesen „Grundstock" erweiterten sie dann nach und nach, bis schließlich in Mainz, Soltau (dem Stationierungsort Wegner's) und in einer Felshöhle im Harz umfangreiche Waffenlager angelegt waren: acht MP's, fünf Gewehre, vier Pistolen, 2.600 Schuß Munition, Dolche und Schlagstöcke. Außerdem hatte man sich zwei Funkgeräte „besorgt" und ein chemisches Labor angelegt, vermutlich für Sprengsätze.

Ende 74 wurde die Faschistenbande entdeckt und verhaftet, nach einem Monat Untersuchungshaft allerdings wieder freigelassen, worauf sich Neumann und Wegner natürlich schleunigst absetzten.

Neumann ließ als Söldnerführer aus dem faschistischen Südafrika grüßen, Wegner tauchte in der BRD unter, wo er mit Sicherheit zahllose faschistische Schweinereien „führend" auf dem Kerbholz hat.

Nach Auskunft der Lüneburger Staatsanwaltschaft sollen Wegner und „andere Angehörige der Radikalen-Gruppe" („Welt", 16.6.76) „in Kürze" vor Gericht gestellt werden – man darf gespannt sein auf die Urteile (falls sie diesmal nicht wieder vorher laufen gelassen werden !!).

FDP will Bundesgrenzschutz für Hamburg

Kürzlich wurde durch den Protest Hamburger Jungdemokraten bekannt, daß seitens der FDP Pläne bestehen, 500 BGS-Beamte nach Hamburg zu holen. Der Protest der Jungdemokraten ist inzwischen vom FDP - Bürgerschaftsvorsitzenden G. Meyer „entschieden zurückgewiesen" worden.

Gleichzeitig bestätigte Meyer in einem Gespräch mit der „Hamburger Morgenpost", daß bereits Verhandlungen mit dem Bundesinnenminister laufen. Nur weil die FDP-Pläne noch in den Anfängen steckten, sei Hamburgs Innensenator Werner Staak noch nicht informiert worden, sagte Meyer.

Sieht man einmal von den Profilierungsbestrebungen der FDP (die in ihren Vorsitzenden Genscher ohnehin den derzeit wohl „kompetentesten" Mann in Fragen Faschisierung und Polizeistaat besitzt) kurz vor den Bundestagswahlen ab, so handelt es sich bei dieser Maßnahme offensichtlich um die Einleitung der schon Anfang 1974 von Genscher angekündigten Verlegung von BGS-Verbänden in sogenannten Ballungszentren.

Wieder einmal soll dabei Hamburg eine Vorreiterrolle einnehmen. Die gesamte demokratische Öffentlichkeit sollte bei diesem weiteren Versuch, den Polizeistaat mit Hilfe der paramilitärischen BGS-Bürgerkriegstruppe auszubauen, schärfsten Protest einlegen.

BGS raus aus Hamburg!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg Sparprogramm à la Bullen

Im Rahmen der „Polizeireform" hat der Hamburger SPD-Senat allein 44 Mio. DM aufgebracht, um 1975 - 1979 die Arbeitsbedingungen der Bullen zu verbessern.

Damit die Bullen auch mit ihren Arbeitsplätzen zufrieden sind, ist für 1976 ein Wachenprogramm vorgesehen, das neben dem Um- und Ausbau der Reviere Hand- und Tischdiktiergeräten, Tonbandgeräte, Funkmithöranlagen sowie Wechselsprechanlagen im Gesamtwert von 2,07 Mio. DM vorsieht.

Das ganze soll aus der sogenannten Rücklage für die Neuorganisierung der Polizei finanziert werden, also Zusatzgelder, die im Haushaltsetat gar nicht mit aufgeführt sind.

Während man der werktätigen Bevölkerung ständig Sozialausgaben streicht und vorgaukelt, es sei kein Geld mehr da und wir müßten alle kürzer treten, werden hier die im Rahmen der Finanzplanung 1975 - 1978 vorgesehenen Investitionsmittel von 35 Mio. DM vorrangig für den Polizeivollzugsdienst verwendet. (Angaben: Staatliche Pressestelle Hamburg, 21.6.76).

Die Tatsache, daß der SPD-Senat der Öffentlichkeit Gelder verschweigt und diese Gelder für seinen Polizeistaat ausgibt, und die CDU/CSU immer noch schreit, die Polizei käme zu kurz, gehört in unserer Wahlkampagne mit auf die Tagesordnung und muß angeprangert werden!

AVP: Zutreiber für StrauSS

Mit großen Plakataktionen hat die AVP („Vierte Partei") in den letzten Wochen wieder bundesweit von sich reden gemacht *„Partner für Bonn ... Löst den Linksblock ab ... Fünf Prozent sind für die AVP längst keine Hürde mehr".*

Am 17. Juni beschloß dann der Wahlparteitag in Mannheim, in allen Bundesländern (einschließlich Bayern) zum Bundestag zu kandidieren. Den Landesverbänden wurde aufgetragen, unverzüglich mit der Aufstellung der Kandidatenlisten zu beginnen.

„Frei", „konservativ", „sozial und national zuverlässig" – das sind die Attribute, die dieser rechte Haufen für sich in Anspruch nimmt und mit denen er sich vor allem an den "Mittelstand" wendet, dem er in seinem Programm alles verspricht:

- *„Durch Steuerschulden darf keiner zum Bankrott getrieben werden".*
- *„Schluß mit der unfairen Begünstigung der Warenhäuser ... Sie greift dem Mittelstand ... an die Existenz".*
- *„Bauplanung nicht auf Kosten der Eigentümer und Kleingärtner". Entschädigung bei Enteignung nach dem Prinzip: Eigenheim für Eigenheim! Kleingarten für Kleingarten!"*
- *„Durchführbare Vorschriften für die Lehrlingsausbildung" – „Gegen die Abschreckung des Mittelstands, Lehrstellen anzubieten"* (nach dem Motto: Die Lehrlinge haben zuviel Rechte!).

Diese – eindeutig am Nazi-Vorbild orientierte – „Mittelstandsdemagogie" ist offensichtlich der besondere Schwerpunkt der AVP-Wahlkampfstrategie. Das Programm der AVP enthält darüber hinaus alle Punkte der Großmachtpolitik des BRD-Imperialismus:

- Revanchismus (*„Selbstbestimmung ... auch für unsere Landsleute im Osten. Unsere Ostgebiete sind ... noch immer deutsches Staatsgebiet"*);
- Terroristenhetze (*„Der Staat ist stärker als alle Terroristen, wenn er nur will"*);
- Militarismus (*„Die ständige Präsenz der erforderlichen Verteidigungskräfte muß gesichert werden ... Erziehung und Ausbildung wieder voll in die Hand der militärischen Führung ... Die dem BGS entzogene Ausrüstung muß zurückgegeben und ergänzt werden ..."*)
- „Sparpolitik" (*„Der Staat soll nur das tun, was die Privatwirtschaft nicht leisten kann"*);
- Ausländerfeindlichkeit (*„Die Beschäftigung von Gastarbeitern darf nicht dazu führen, daß deutsche Arbeitnehmer keinen Arbeitsplatz mehr finden"*);
- Gewerkschaftshetze (*„Paritätenblöcke im Aufsichtsrat? – das sind Bremsklötze für die wirtschaftlichen Entscheidungen ... Das bringt noch mehr Arbeitsplätze in Gefahr"*).

Usw. usf. . Jeder einzelne Programmpunkt formuliert offen den Angriff auf die Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Gleichzeitig unterscheidet sich die AVP im wesentlichen in keinem inhaltlichen Punkt (eben mit Ausnahme der besonderen „Mittelstandsdemagogie") vom Programm der CSU/CDU!

Die besondere Funktion der AVP im Wahlkampf liegt also nicht hauptseitig darin, das zu propagieren, was die CDU angeblich nicht kann; ihre Funktion liegt – wie die ihrer Vorläufer Deutsche Union und ähnlicher Gruppen – darin, bestimmte Wählerschichten an die CDU heranzuführen.

Welche Wähler damit gemeint sind, führt z.B. der Faschist William S. Schlamm in der „Zeitbühne" vom Juni 75 aus: *„Es handelt sich da um ein, zwei Millionen durchaus ‚bürgerliche' Deutsche, die lieber sterben, als ihre Stimme für die CDU abzugeben ... – alles organische Feinde der Linken, aber noch bösere Feinde der CDU ... Seit 1948 hat Adenauer vierte Parteien zur Koalition mit der CDU ... verführt, gekauft, bestochen, konstruiert – irgendeine vierte Partei, die ihn ... erst in den Besitz einer ausreichenden parlamentarischen Mehrheit versetzte".*

Bis heute hat die AVP die zur Kandidatur notwendigen Unterschriftenlisten nicht nachweisen können und entgegen der bisher öffentlich bekundeten Siegeszuversicht baut Meyer heute schon einer eventuellen Wahlempfehlung für die CDU vor: Plötzlich seien es nicht mehr fünf bis zehn Prozent, die AVP wählen werden, sondern nach neuesten Umfrageergebnissen nur noch drei Prozent „harter Kern" bei zehn Prozent Sympathisanten, die erst noch gewonnen werden müssen.

Damit ist der „Schuldige" für eine CDU-Wahlempfehlung schon heute gefunden: Der inaktive, nicht-politische Mittelstand, der mangelnde Einsatz auch der „Kameraden".

Von CSU/CDU-Seite aus wird diese Wahlempfehlung offenbar erwartet, und nach „Spiegel" (26/76) soll Strauß schon empfohlen haben, die AVP zu „schonen", um nicht *„jene Brücken zu zerstören, die zu einem Wahlverzicht ... führen können".* Bei den Landtagswahlen in Baden-Würthemberg im Frühjahr hat die AVP mit ihrer CDU-Wahlempfehlung gezeigt, daß sie wie ihre Vorläufer diese Zutreiberrolle für die CSU/CDU spielen könnte.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Einleitung eines neuen „Kalten Krieges"?

Am 15. 6. 76 wurden zwei BGS-Leute von Angehörigen der NVA (Nationale Volksarmee der DDR) auf DDR-Gebiet festgenommen. Wie sich inzwischen eindeutig herausgestellt hat, hatten sich die auf Streife befindlichen BGS-Oberwachtmeister Wolf-D. Frese und Grenztruppjäger G. Bohle ca. 200 Meter auf DDR-Gebiet begeben. Die beiden sind am 18. 6., nachdem sie im DDR-Fernsehen ihre bewußte Grenzüberschrei-



BGS an der Grenze zur DDR – permanente Provokation

tung zugegeben hatten, in die Bundesrepublik entlassen worden.

Den Fall Frese und Bohle nutzte die reaktionäre Front um Strauß zu übelsten Hetztiraden und Unterstellungen gegen die DDR: *„Eine stalinistische Inszenierung mit allen dafür typisch widerwärtigen Elementen – Verschleppung, erzwungene Schuldgeständnisse, öffentliche Zurschaustellung der Opfer"*, nannte die CSU-Landesleitung am Donnerstag die Vorgänge („Süddeutsche Zeitung" 18. 6.). Die SPD und FDP in der Bundesregierung stimmten ohne den Schimmer eines Beweises in diese Töne ein.

schaustellung der Opfer", nannte die CSU-Landesleitung am Donnerstag die Vorgänge („Süddeutsche Zeitung" 18. 6.). Die SPD und FDP in der Bundesregierung stimmten ohne den Schimmer eines Beweises in diese Töne ein.

Bundesinnenminister Maihofer erklärte vor dem Bundeskabinett, die Beamten hätten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mutwillig oder gar provokatorisch DDR-Gebiet betreten, die Beamten seien vermutlich von DDR-Grenzbeamten auf das Gebiet der DDR verschleppt (!!) worden und würden dort widerrechtlich festgehalten („Süddeutsche Zeitung", 18. 6.)

Kein Wunder, daß die gesamte bürgerliche Presse diese Lügen begierig aufnahm und den Fall zum Thema 1 auf ihren Titelseiten deklarierte.

Was kümmerte es diese Presse und ihre verkommenen Schreiberlinge, daß letztlich alle Anschuldigungen haltlos waren! Wenn anschließend überhaupt noch über den Ausgang des Falles berichtet wurde, so wurde höchstens die Freilassung der beiden BGSler als Erfolg der Bundesregierung hingestellt! Die Begleiterscheinungen dieser Aktion lassen unmißverständlich erkennen, daß heute auch die Bundesregierung, also die SPD/FDP-Koalition, daran interessiert ist, die Ideologie des „Kalten Krieges" aus der Mottenkiste zu holen. Auch ist es wohl kaum ein Zufall, daß sich das Ereignis zwei Tage vor dem „17. Juni" abspielte.

Bis in die Regierungsspitze hinein wurden zum „17. Juni" in zunehmenden Maße revanchistische Töne lauter. *„Die Bundesregierung sieht nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Schmidt im 17. Juni eine Herausforderung für die deutsche Politik, ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern. Schmidt betonte nachdrücklich, daß die deutsche Frage immer offengehalten worden sei"* (für wen?) (Zitat nach „Süddeutsche Zeitung" 18. 6. 76).

Offensichtlich in diesem Sinne

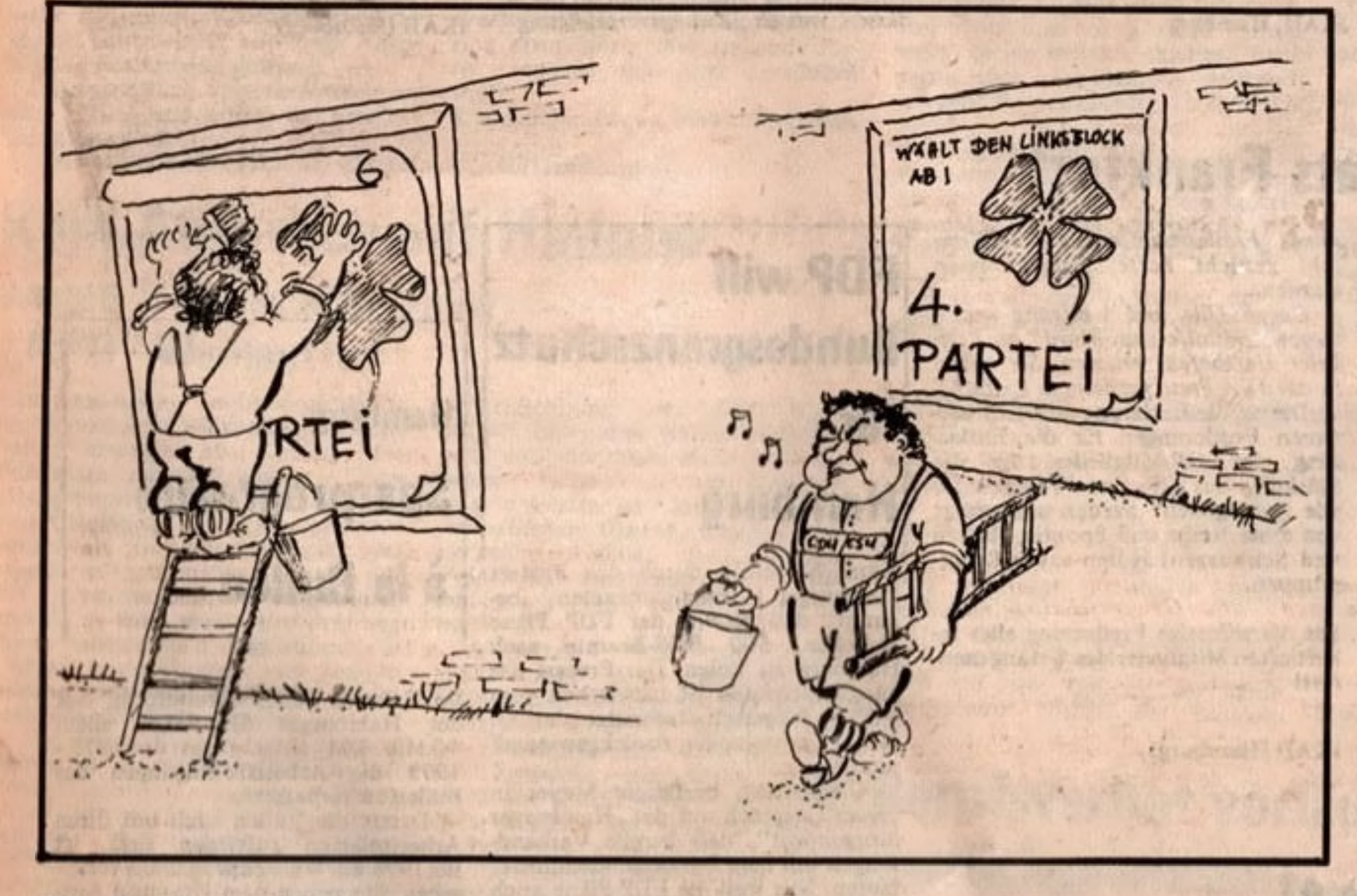
deutschen Nation zu verhindern. Schmidt betonte nachdrücklich, daß die deutsche Frage immer offengehalten worden sei" (für wen?) (Zitat nach „Süddeutsche Zeitung" 18. 6. 76).

Offensichtlich in diesem Sinne
nutzten Reaktionäre aller Schattierungen wieder den „17. Juni", um ihr Unwesen an der Grenze zur DDR zu treiben. So wurden an zahlreichen Grenzpunkten in Schleswig-Holstein Plaketten mit dem DDR-Emblem, Hammer und Zirkel, von den Grenzpfählen gebrochen und Hakenkreuze geschmiert. In der „Welt" vom 29. 5. 76 rühmt sich eine Thora Ruth aus Mainz öffentlich, mit Angehörigen der JN (Jugendorganisation der NPD) zahlreiche Grenzpfähle an der Grenze zwischen der DDR und Bayern beschädigt und beschmiert zu haben usw.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU-Schminke für die AVP

CDU-Schminke für die AVP



Eine Schmierenkomödie ganz besonderer Art führten AVP („Vierte Partei") und CDU in Hamburg auf. Ausgerechnet die CDU „enthüllte", daß Jürgen Rieger, stadtbekannter faschistischer Schläger und gleichzeitig Funktionär in mehreren rechtsradikalen Grüppchen, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg der AVP war. Die AVP trennte sich daraufhin von Rieger, angeblich wegen Differenzen in der „Rassenfrage". Rieger ist Verfasser eines Buches „Rasse – ein Problem auch für uns", in dem er „wissenschaftlich" verbrämt übelste Hetze verbreitet und den „nordischen Herrenmenschen" auferstehen läßt: *„Europa kann nur überleben, wenn es sich nach Rassen getrennt ordnet ... Das Nahziel ist: Keine weitere Vermischung; das Fernziel: Hinführung auf einen reinen Typus"*!

Rieger, der z.B. bei den faschistischen Provokationen der „Aktion Widerstand" in vorderster Front marschierte, ist in der Vergangenheit nicht nur ein willkommener Provokateur für die CDU gewesen, sondern auch ein eifriger Mitkämpfer, wenn es gegen links ging.

Sein faschistischen „Glanzstück" lieferte Rieger als Mitglied der „CSU-Freundeskreise" bei der Selbstentführung des Professors Rubin kurz vor den Landtagswahlen 1971 in Schleswig-Holstein!

Zumindest einer der Mitprovokateure Riegers bei der Selbstentführung, Metzger, ist Mitglied der AVP in Baden-Würthemberg, und auch der Dritte im damaligen Bunde, Manfred Plöckinger, hat es in West-Berlin bis zum Kandidaten von Löwenthals BFD gebracht.

Der „Ausschluß" Riegers in Hamburg aus der AVP entspricht genau der Taktik „Haltet den Dieb!", mit der die AVP ihren eigenen durch und durch braunen Charakter verdecken will:

- Ursula Laabs, Geschäftsführerin der AVP in Hamburg, rief schon 1971 zu einer Kundgebung mit Alt-Nazi, Ex-CSU-Mitglied usw., Bolko Freiherr von Richthofen auf – gemeinsam mit der gesamten Hamburger NPD-Spitze.
- Der für Rieger in den Landesvorstand eingetretene Michael Kühnen, Offiziersanwärter der Bundeswehr, ist Aktivist einer „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchistischen Gedankens – Tradition und Leben e.V.". Ziel dieses Vereins ist die Errichtung einer „Erbmonarchie" des „Hauses Hohenzollern" (?!), in einem „Reich" in den Grenzen von 1937!
- Der Vorsitzende der AVP in Bayern, Günter Leyk, war Mitbegründer der NPD in Bayern.
- „Campari"-Chef Graf Hoyningen-Huene im Landesvorstand Schleswig-Holstein pflegt enge Kontakte zu den offen terroristischen Vögeln vom „Bund Volkstreuer Jugend".

Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen.

In der AVP haben sich alte und neue Faschisten zusammengeschlossen, um ihr altes Geschäft unter neuem Namen fortzusetzen. Daran ändert auch die in Hamburg aufgeführte Schmierenkomödie nichts.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Nationalzeitung" und CSU:

Wie aus derselben Feder ...

„Ist Willy Brandt ein Deutscher?", „Sein Kampf gegen Deutschland – seine Bücher gegen Deutschland" – pünktlich zum Wahlkampf zieht die „Nationalzeitung" des Faschisten Frey wieder die alten Gruselgeschichten vom Ost-Agenten Brandt und Komintern-Agenten Wehner aus der Tasche („Deutsche Nationalzeitung" = „DNZ", 18.6.76).

Es wird nicht lange dauern, bis auch in diesem Wahlkampf wieder die Geschichte des Ex-Polizisten Naujocks aufgetischt wird, demzufolge „Brandt alias Frahm" in Lübeck einen Mord begangen habe und deshalb habe fliehen müssen.

Dieses Schweinspapier ist im übrigen im Wahlkampf '72 von diversen CDU-Hilfsorganisationen verteilt worden!

Wie von diesen Nazis übernommen mutet eine „Multivisions-Show" an, die CSU-Generalsekretär Tandler für den Wahlkampf eigenhändig noch verschärft hat und die jetzt als Film übers Land geschickt wird:

„Hauptangriffspunkt der Show waren wieder einmal Herbert Wehner, der 1933 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Kommunisten im sächsischen Landtag gewesen war, 27 Jahre damals alt und deshalb für alle Zeiten ein Feind der Freiheit und natürlich Willy Brandt, der gelernte Berufsrevolutionär, mit den Lücken im Lebenslauf, derentwegen es dem Kommunisten Ulbricht erst in der Ära Brandt gelunden sei, seine Ziele zu verwirklichen ..." („Süddeutsche Zeitung", 18.6.76).

Von dieser faschistischen Hetze, wie sie hier offen von der CSU verbreitet wird, ist es nur noch ein Katzensprung zu den Parolen „Brandt an die Wand", unter denen sich die von Frey und der „Nationalzeitung" propagierte „Aktion Widerstand" vor einigen Jahren zu SA-ähnlichen Aufmärschen formierte.

„Man darf in der Wahl seiner Bündnispartner nicht wählerisch sein" das meinte Strauß zu den Hetzparolen im Wahlkampf 72, die damals vor allem in Ergänzung zur „offiziellen" Wahlkampflinie der CDU/CSU von diversen Hilfstruppen verbreitet wurden. Heute haben CDU/CSU diese Hilfstruppen offensichtlich nicht mehr nötig, sie machen alles selbst!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Übung „Schneller Hecht" aus der Sicht eines Soldaten

Wie üblich, lief auch dieses Jahr wieder eine Gefechtsübung der 5. Division in Bergen-Hohne für 14 Tage. Allein schon unsere Unterbringung zeigte, wie menschenverachtend solche Übungen durchgeführt werden. Die meisten von uns zelteten in winzigen Zwei-Mann-Zelten oder waren mit 15 bis 20 Mann in einer Stube untergebracht. Da wir die meiste Zeit im Gelände waren, klappte es mit den hygienischen Verhältnissen auch nicht mehr. Vier Duschen für 150 Leute, und das heiße Wasser reichte beim Duschen gerade für zehn. Ungeziefer wie Läuse, Sackratten usw. sowie Fußpilz waren an der Tagesordnung. Die ärztliche Versorgung war katastrophal. Den wenigen vorhandenen Ärzten wurde dann noch befohlen, die Soldaten gar nicht oder höchstens nur für kurze Zeit (höchstens drei Tage) krankzuschreiben.

Der Streß bei einer solchen Übung, vor allem für die Kampfeinheiten, ist ziemlich groß. Durch Nachtschießen und -ausbildung bekommt man nur wenig und unregelmäßigen Schlaf. Gerade auf den Streß sind auch die vielen Unfälle zurückzuführen. Die Unfälle werden von der Bundeswehrführung immer wieder verheimlicht, damit nichts an die Öffentlichkeit gelangt. Kommt so etwas hin und wieder doch mal vor, waren die Kollegen entweder selbst schuld, oder es wurden angeblich nicht die Vorschriften und Sicherheitsbestimmungen beachtet. Hier nur ein Überblick über die mir bekannten Unfälle. So wurde ein Soldat, der 20 Meter vor der Kanone eines Kampfpanzers stand, angeschossen und starb an seinen Verletzungen. Ein zweiter wurde lebensgefährlich verletzt, als ein Kampfpanzer einen anscheinend *„zu gut getarnten"* Schützenpanzer rammte. Einem anderen schlug der Deckel der Einstiegluke gegen den Hals; auch er starb kurze Zeit später.

Zusätzlich starben noch einige Soldaten bei Verkehrsunfällen, worüber uns jedoch keine Zahlen bekannt sind. Erlebt man so einen Unfall mit, glaubt man, so etwas wäre noch nie vorgekommen. Bis der Rettungswagen kam, dauerte es eine Ewigkeit. Da der Soldat schwer verletzt war, wurde ein Hubschrauber gerufen. Es flogen bestimmt fünf Militärhubschrauber über uns hinweg. Doch erst als ein ADAC-Hubschrauber kam, schoß man alles, was es an Leuchtpistolenmunition gab, in die Luft. Anscheinend, um den Piloten auf den Landeplatz hinzuweisen. Doch dieser war dadurch, wohl zu Recht, etwas verwirrt und blieb in der Luft, bis so ein kluger (? !) Kopf nur noch eine Farbe in die Luft schoß. Dann dauerte es aber immer noch fünfzehn Minuten, bis der Hubschrauber mit dem Verletzten abflog. Bei den Kollegen stieß diese Prozedur auf erhebliche Empörung.

Schlimm wird es auch immer, wenn die Offiziere anfangen *„Krieg zu spielen"*. So z.B. der Kompaniechef der 2/173. Als in der Nacht die Panzergrenadiere absitzen mußten und vor den Panzern hergingen, *„um feindliche Stellungen zu stürmen"* (dies war gefährlich, weil uns auch Panzer entgegenkamen), sprang der Kompaniechef auf den ersten Panzer und befahl dem Fahrer *„Vollgas"*. Zum Glück führte der Fahrer diesen Befehl nicht aus, denn sonst hätte er die vor ihm laufenden Kollegen wahrscheinlich überfahren.

In der Nacht wurde ein Kollege allein als Sicherungsposten an einem Posten abgesetzt. Später gab der Chef über Funk den Befehl, sofort die Stellungen zu verlassen. Als der Zugführer entgegnete, daß ein Soldat fehle, entgegnete der, daß es *„auf einen soundso nicht ankommt"*.

Hätten wir alle Befehle dieses Menschenfeindes ausgeführt, wären die Zahlen der Toten und Verletzten wahrscheinlich noch höher ausgefallen.

Dieses Verhalten wurde unter uns Kollegen noch lange diskutiert, gerade auch die Frage, wie wir uns dagegen wehren, z.B. durch gemeinsame Beschwerdeschreiben. Unser Vertrauensmann meldete die Vorfälle dem Bataillionskommandeur. Jedoch hat sich dieser bisher zu den Vorfällen nicht geäußert.

Eine Soldatengruppe/ Sympathisanten des KB



Auch Soldaten haben „Grund rechte" — auf dem Papier

In der Bundeswehr wird heute nach einem *„komplexen und komplizierten System"* (Friedrich von Gilsa, Rechtsreferent im Verteidigungsministerium) bestraft und diszipliniert. *„Millionenfach greifen Vorgesetzte zu erzieherischen Maßnahmen."* Jährlich werden 80.000 Soldaten bestraft und *„jeder sechste Soldat, der diszipliniert wird, muß nach einer Zählung des Verteidigungsministeriums im Arrestraum über sein Verhalten nachdenken"*, also im Bundeswehrknast sitzen. Das Disziplinarrecht liegt nicht etwa in den Händen bürgerlicher Gerichte, sondern ist Ermessensfrage der Disziplinarvorgesetzten (vom Kompaniechef aufwärts). So wird auch heute noch den türkischen Kompaniechefs erlaubt, *„einen aus der Mannschaft bei Gehorsamsverweigerung zu Wasser und Brot in die Zelle zu schicken"* („Spiegel", 21.6.1976).

Ginge es nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, dürfte es diese willkürliche Praxis nicht mehr geben.

Anlaß war die Beschwerde von fünf niederländischen Soldaten, die 1971 *„verschiedener Verstöße beschuldigt wurden: unerlaubte Entfernung von der Truppe, Befehlsverweigerung, ‚unverantwortliches' Autofahren, Publikation einer ‚Soldatenzeitung' mit Artikeln, welche die militärische Disziplin untergraben hätten"* („NZZ", 14.6.76). In zwei von fünf Punkten (der Rest wurde abgelehnt) teilte der Europäische Gerichtshof *„die Auffassung der fünf niederländischen Soldaten, daß ihre Bestrafung während ihrer Dienstzeit eine Freiheitsberaubung gewesen sei"* („FR", 10.6.1976). Bei der Begründung des Urteils führten die Richter aus, *„daß Freiheitsentzug im Disziplinarwege, wenn er einen ‚erheblichen Nachteil' bewirkt, als ‚strafrechtliches Verfahren' zu werten sei, für das dann die Garantien des Artikel 6 der Konvention gelten: ein fairer Prozeß, mit gerichtlicher Anhörung des Betroffenen und öffentlicher Verhandlung"* („Spiegel", 21.6.1976).

Da ein solches Urteil für alle Mitgliedsländer bindend ist (u.a. auch für die BRD) wurde die Urteilsbegründung bewußt für Interpretationen offen gefaßt, um somit letztendlich alles beim alten zu lassen. Zwar gelte *„die Menschenrechtskonvention prinzipiell auch für die Angehörigen der bewaffneten Streitkräfte nicht nur für Zivilpersonen, wobei jedoch – wie es in der Urteilszusammenfassung heißt – ‚bei der Interpretation und Anwendung der Konvention die Besonderheiten des militärischen Lebens beachtet werden müssen'"* („NZZ", 14.6.1976). Zum Vorwurf der Freiheitsberaubung führten die Richter aus, *„daß Freiheitsentzug zivil und militärisch unterschiedlich definiert werden muß. Im vorliegenden Fall wurden nur der längere scharfe Arrest und die Versetzung in eine Strafkompanie als Freiheitsentzug im Sinne der Konvention eingestuft, nicht die anderen Arreststrafen. Was das im Konventionsartikel 6 geforderte Recht auf ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren betrifft, so begrenzt das Urteil dieses Recht auf ‚kriminelle Vergehen' und nimmt ‚Disziplinarvergehen' aus. Eine der Bedingungen dafür, daß ein Vergehen als disziplinarisch bezeichnet werden kann, besteht laut Urteil aber darin, daß das mögliche Höchstmaß der Strafe ein Freiheitsentzug ist, der in seiner Natur, Dauer oder Art der Durchführung nicht im größeren Ausmaß nachteilig ist."*

Den Militaristen bleibt also genügend Spielraum, die bisher praktizierte Schinderei der Soldaten fortzusetzen.

Antimilitarismuskommission/ KB-Gruppe Hamburg

„Psychotest" - Gesinnungstest!

Vor kurzem geriet das Verteidigungsministerium, lt. „Spiegel" vom 3.5.1976, in den Verdacht, durch eine Fragebogenaktion *„bei Kompaniechefs und Rekruten Gesinnungsschnüffelei zu betreiben. 3.500 Einheitsführer und 1.000 Wehrpflichtige erhielten in den letzten Tagen einen 31 Seiten starken Fragebogen, in dem nicht nur nach der Qualität des staatsbürgerlichen Unterrichts, sondern auch nach Wahlverhalten und der Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften geforscht wird"*.

Ziel der als Psychotest getarnten Fragebogenaktion war es, so der Psychologe Pudzicha vom Streitkräfteamt, „ ... *ein exaktes Bild über Form und Inhalt der politischen Bildung in der Bundeswehr zu gewinnen"*. Daß es dabei weniger um politische Bildung, denn um Gesinnungsschnüffelei geht, zeigen Beispiele des 300 Fragen umfangreichen Fragebogens:

- **Sind Sie in der Gewerkschaft?**
- **Sind Sie dafür, daß Deserteure erschossen werden?**
- **Wieviel Bier trinken Sie am Tag?**
- **Sind Sie für die allgemeine Volksbewaffnung?**
- **Sind Sie schon einmal Wahlkandidat einer Partei gewesen? usw. usf.**

Dazwischen waren geschickte Fragen nach Dienstgrad, Funktion und laufbahn verteilt, die zweifellos Aufschluß über die Identität der Absender ergeben.

Die Mannschaften der Nachschubkompanie 170 aus Hamburg-Wandsbek sollten am 6.5. und am 7.5. der Gesinnungsschnüffelei unterzogen werden. Es kam ein Diplompsychologe des Streitkräfteamtes, der sogar die Personenkennziffer, Name und Dienstgrad auf dem Antwortbogen haben wollte. Es kam zu einer heftigen Diskussion zwischen den Soldaten und dem Psychologen über die Rechtmäßigkeit und die im „Spiegel" garantierte Anonymität der Befragten. Die Kollegen setzten ihr Recht durch, indem sie keine Angaben zur Person machten. Als zwei Kollegen dann noch die Beantwortung der Fragen verweigerten, gerieten der Psychologe und der nun anwesende Kompaniechef vollends aus dem Häuschen. Der Psychologe bezichtigte die beiden Kollegen des *„paranoiden Verfolgungswahns"* und der Kompaniechef telefonierte mit dem Streitkräfteamt in Bonn (!), um sich Verhaltensmaßregeln einzuholen. Die Kollegen, die die Beantwortung verweigerten – es waren inzwischen sechs – sollten sich aller Anonymität zum Trotz, beim Spieß melden. Nach einer halben Stunde kam der Kompaniechef aus seinem Büro und wollte die Soldaten überreden, doch noch den Test mitzumachen. Wie aus der Diskussion mit dem Kompaniechef herauszuhören war, hat der psychologische Dienst des Streitkräfteamts Schwierigkeiten, die Gesinnungsschnüffelei in der Truppe erfolgreich durchzusetzen.

Da die Auseinandersetzung vor den Kameraden der Kompanie stattfand, wußten die meisten, worum es ging. Sie machten sich einen Spaß daraus, die Fragen falsch zu beantworten oder sie kritzelten ein wenig auf den Bögen herum.

Der Vertrauensmann der Kompanie verlangte vom Kompaniechef ein Muster der Fragebögen, um sie von einem unabhängigen Politologen der Hamburger Universität auswerten zu lassen. Dies wurde natürlich mit vielen schönen Worten verweigert.

Den ganzen Tag über und auch abends in der Kantine wurde die Gesinnungsschnüffelei von uns Kollegen diskutiert. Die Kollegen, die am nächsten Tag dem Test unterzogen werden sollten, waren deshalb gut darauf vorbereitet. Diesmal verweigerten vier Kollegen den Test, und der größte Teil der Soldaten amüsierte sich mit den *„Schreibübungen"*. Alles gute Zureden des Kompaniechefs und des Psychologen nützte nichts. Der Test war somit bei uns ein Schlag ins Wasser. Der Feldwebel der Kompanie, verantwortlich für die militärische Sicherheit und Verbindungsmann zum MAD, hatte eine allzu „optimistische" Einschätzung auf Lager: *„Hier kristallisiert sich die Linke heraus"*.

Armeegericht zugemauert

Am 21. Mai wurde von Genossen der G.A.R.M. (Aktions- und Widerstandsgruppe gegen die Militarisierung) in Lyon der Haupteingang des Armeegerichts zugemauert und ein Schild mit der Inschrift angebracht: *„Geschlossen aus Gründen der Nutzlosigkeit für die Öffentlichkeit"*. In einem Kommuniqué zu dieser Aktion heißt es:

„Nachdem er zu einem Jahr Gefängnis wegen Kriegsdienstverweigerung vom Militärgericht zu Metz verurteilt worden war, sollte J.L. Soulie am 10. April entlassen werden. Am 9. kam die Armee und wurde im Gefängnis seiner habhaft, hielten ihm die Uniform hin, beschuldigten ihn daraufhin der Gehorsamsverweigerung und sperrten ihn von neuem für ein weiteres Jahr ein" (nach „ID", 12.6.1976).

Nach einem Bericht der „Le Monde" vom 11.2.76 werden diese doppelten Anschuldigungen in der letzten Zeit häufig praktiziert. Die Militärobrigkeit, zu hartem Durchgreifen aufgefordert, ist verpflichtet, Kriegsdienstverweigerer zu zwei Jahren Knast zu verurteilen. Die Urteile, die durch das Armeegericht ergehen, werden ohne Erklärung verkündet; eine Einspruchsmöglichkeit besteht nicht. Auf diese Weise sind seit September 1975 in Lyon 113 Menschen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Antimilitarismuskommission/ KB/Gruppe Hamburg

Truppenübungsplatz Putlos:

Ja sie dachten sich das schön

Während eines Neun-Tage-Aufenthaltes (Mai/Juni) der Transport- bzw. Nachschubbataillone 601/610 in Putlos (bei Oldenburg in Schleswig-Holstein), brachen die sonst „so schön" zugekleisterten Widersprüche zwischen Mannschaften und Offizieren bzw. Unteroffizieren auf.

Um die Mannschaften unter Übungsbedingungen nicht gleich „aus dem Griff zu verlieren", wurde die so vielseitige Unterdrückung – wie immer bei solchen Anlässen – drastisch verschärft. Das Echo von Seiten der Kollegen war zwar größtenteils spontan, aber offenbar für die Schergen so deutlich spürbar, daß schon von „subversiver Tätigkeit" gemunkelt wurde.

Am dritten Tag ging es los: Den Kollegen wurden nach einem Schiessen Befehle gegeben, die nicht nur mit Dienst- und Sicherheitsvorschriften nicht mehr vereinbar waren, sondern auch eine glatte Verarschung darstellten. Auf dem Rückmarsch mußten die Mannschaften im Gänsemarsch gehen, jeder eine Hand auf der Schulter des Vordermannes und beim Auftreten mit dem linken Fuß „links!" schreien. Dumme Sprüche und Drohungen des befehlenden Oberfeldwebels begleiteten diese Methode der Erniedrigung. Unserem Vertrauensmann wurde gleich eröffnet, daß Beschwerde usw. „sinnlos" sei, es sei „alles in Ordnung", wobei dem Kollegen auch noch eine „besondere Behandlung" angedroht wurde (und wie die aussieht, kann sich wohl jeder denken).

Nichts ging „in Ordnung"! Zwei Tage später lagen 15 Beschwerden gegen diesen Oberfeldwebel auf dem Tisch!

Das entspricht zwar nur etwa 10% der Kollegen, aber der Mann wurde für den Rest der Übungszeit aus dem Verkehr gezogen (bis auf eine Ausnahme keine leitenden Funktionen mehr).

Dieser erste Erfolg organisierten Vorgehens munterte die Soldaten auf. Immer weniger ließen sie sich von den Offizieren herumkommandieren. Statt im Gras herumzuwühlen, fingen sie an, Zigaretten zu rauchen. Bei den Schießübungen wurden mehr Schüsse abgegeben als erlaubt waren, so daß das Ergebnis der Schießübungen völlig unbrauchbar wurde und der leitende Offizier sich das ganze *„gar nicht erklären konnte, wenn ich mir so Ihre früheren Schießergebnisse ansehe"*.

Ermuntert, die Übung zu absolvieren, wurden die Soldaten noch durch die Form der Unterbringung in stark verdreckten Baracken, wo sechs Leute in 20 qm kleine Räume gepfercht wurden und durch 16 Stunden Dienst am Tag mit nur kurzen Pausen, in denen man nicht einmal anständig essen konnte. Einen weiteren schönen Erfolg konnten die Kollegen für sich buchen, als es 15 Kollegen, die ihre Teilnahme am Feldgottesdienst (mit Pfaffen im Kampfanzug!) verweigerten, gelang, die ihnen befohlene Zwangssitzung zu einer Diskussion über militaristische Schleiferei und deren Abwehr durch die Mannschaften umzufunktionieren. Diese Diskussion fand starken Anklang, so daß beschlossen wurde, sich auch nach der Übung weiterhin zusammenzusetzen (z.B. zur Vertrauensleutewahl).

Die Militaristen reagierten entsprechend: *„... sonst nehme ich sie vorläufig fest"*, war eine vielgehörte „Parole". Ein einheitliches und abgesprochenes Vorgehen der Kollegen gegen die schlimmsten Schweinereien der Militaristen ist, wie diese Übung zeigt, auch heute in der Bundeswehr möglich. ●

Eine Soldatengruppe
Sympathisanten des KB

Nazitraditionen in der Bundeswehr

Vor kurzem fand in Bonn eine Diskussionsveranstaltung mit Jürgen Pomorin, Verfasser des Buches „Rührt Euch, Kameraden", statt. Neben vielen Jugendlichen, die zum Zuhören und Diskutieren gekommen waren, nahmen auch nicht wenige Bundeswehrangehörige in Zivil teil; sie waren anscheinend zur Veranstaltung abkommandiert worden.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Pomorin zwei Thesen zur Diskussion: Die braune Tradition des Offizierskorps bei der Bundeswehr einerseits und die Behandlung kritischer Soldaten beim „Bund" andererseits. Die abkommandierten „Kameraden" legten es darauf an, durch ständiges lautes Reden und durch Zwischenrufe die Veranstaltung zu stören. Lautstark behauptete das braune Gesindel, daß die Volksarmee der DDR von ehemaligen faschistischen Generälen aufgebaut worden sei und schließlich müsse jede Armee eine Tradition haben. Welche Tradition die Bundeswehr hat, sei im nebenstehenden Kasten verdeutlicht. Pomorin wies daraufhin, *„daß von 240 Generälen und Admirälen der Bundeswehr 239 noch in Hitlers faschistischer Wehrmacht gedient und die neugeschaffene Armee in diesem Geist erzogen hätten"* („die tat", 18.6.1976).

Daß ein brauner Geist in der Bundeswehr herrscht, wurde auch in Stellungnahmen der „Verteidiger" der Bundeswehr zu Bürgerkriegsübungen deutlich. Es habe sich dabei nur um Einzelfälle gehandelt, die Verantwortlichen hätten dabei ihre Kompetenzen überzogen. *„Außerdem, wenn ein Einsatz gegen streikende Arbeiter geübt worden sei, so müsse bei einem Streik ja auch zunächst einmal festgestellt werden, ob es sich um einen Arbeitskampf handele, der von der Gewerkschaft autorisiert sei. Wenn nicht, dann sei dies ein ,politischer Aufstand'* (!!), *bei dem eingegriffen werden müsse"* („die tat", 18.6.76).

Bekanntgabe des Bundesministeriums für Verteidigung am 1. September 1956:

„Aufgrund des § 27, Absatz 4, Satz 3 des Soldatengesetzes (SG) vom 19. März 1956 wird für die Festsetzung des Dienstgrades bei der Ernennung zum Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 27, Absatz 4, Satz 2 SG mit der Maßgabe zugelassen, daß die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr dem innegehabten Dienstgrad oder Amt ... in der Waffen-SS entspricht oder nicht um mehr als einen Dienstgrad darüber liegt ... Als Vergleichsmaßstab gilt für die Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS nachstehende Tabelle:

SS-Mann – Grenadier
Staffelmann – Grenadier
Staffelanwärter – Gefreiter
SS-Sturmmann – Gefreiter
SS-Rottenführer – Obergefreiter
SS-Unterscharführer – Unteroffizier
SS-Scharführer – Stabsunteroffizier
SS-Oberscharführer – Feldwebel
SS-Hauptscharführer – Oberfeldwebel
SS-Sturmscharführer – Stabsfeldwebel
SS-Standartenjunker – Fähnrich
SS-Untersturmführer – Leutnant
SS-Obersturmführer – Oberleutnant
SS-Hauptsturmführer – Hauptmann
SS-Sturmbannführer – Major
SS-Obersturmbannführer – Oberstleutnant"

(aus „die tat", 18.6.1976).

Antimilitarismuskommission,
KB/Gruppe Hamburg

Holland: Aktion für 100 Tage Urlaub



überzogen. *„Außerdem, wenn ein Einsatz gegen streikende Arbeiter geübt worden sei, so müsse bei einem Streik ja auch zunächst einmal festgestellt werden, ob es sich um einen Arbeitskampf handele, der von der Gewerkschaft autorisiert sei. Wenn nicht, dann sei dies ein ,politischer Aufstand'* (!!), *bei dem eingegriffen werden müsse"* („die tat", 18.6.76).

SS-Obersturmführer – Oberleutnant
SS-Hauptsturmführer – Hauptmann
SS-Sturmbannführer – Major
SS-Obersturmbannführer – Oberstleutnant"
(aus „die tat", 18.6.1976).

Antimilitarismuskommission,
KB/Gruppe Hamburg

Holland: Aktion für 100 Tage Urlaub



Am 3. Juni besetzten ca. 50 in der Bundesrepublik stationierte Soldaten den Platz vor dem niederländischen Parlament in Den Haag. Mit dieser Aktion wollten sie ihrer Forderung Nachdruck verleihen, genau wie die in Holland stationierten Soldaten 100 Tage Urlaub im Jahr zu erhalten. Bislang waren die in Seedorf, Hohne und Langmanshof untergebrachten Soldaten mit nur 65 Tagen Urlaub krass benachteiligt, was immer wieder zu Aktionen der Betroffenen geführt hatte. So demonstrierten z.B. 1973 und 1975 jeweils 800 Soldaten unter der Parole „100 Tage wollen wir!" durch Bremen. Aufgrund des ständigen Drucks der Soldaten und ihrer Gewerkschaft VVDM war kürzlich eine Verlängerung des Urlaubs von 65 auf 78 Tage beschlossen worden, immer noch 22 Tage weniger, als gefordert. Die demonstrierenden Soldaten in Den Haag versicherten, daß sie ihre Aktivitäten noch verstärken werden, bis ihre Forderungen restlos erfüllt sind.

Holland-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Nato-Frühjahrstagung in Brüssel

Im Juni fand erneut eine Nato-Frühjahrstagung statt, auf der verschiedene Beschlüsse der Kriegsminister der Einzelstaaten gefaßt wurden. Insgesamt stand die Tagung im Zeichen eines stärkeren „Zusammenrückens" der einzelnen Nato-Länder und einer Verstärkung des militärischen Angriffspotentials gegen die Warschauer-Pakt-Staaten. Damit hat sich auch hier, das wird immer deutlicher, die „harte" Linie des US- und BRD-Imperialismus unter den kleineren Staaten durchgesetzt.

Vorbereitet wurde das Treffen durch die sogenannte „Eurogruppe" (ohne Frankreich), den Nato-Rat („Verteidigungsplanungsgruppe") und die „Nukleare Planungsgruppe" (NPG).

Hauptanliegen der „Eurogruppe" war die verbesserte rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit, mit dem Ziel, das Rüstungsgeschäft mit den USA *„aus dem bisherigen Zustand einer Einbahnstraße von Amerika nach Europa"* herauszuführen. Besonders die BRD-Rüstungskonzerne, die auf diesem Gebiet technisch hochwertige Waffen vorweisen können, versprechen sich dabei gute Absatzchancen. Beschlossen wurde, langfristig ein gemeinsames Teilkonzept für die Heeresflugabwehr zu entwikkeln. Darüberhinaus wurden gemeinsame Ausbildungszentren beschlossen.

Der NATO-Rat faßte folgende Beschlüsse:

1. Eine jährliche Erhöhung der Kriegshaushalte um 5 %;
2. Die schon geplante Verstärkung der US-Truppen in Norddeutschland wird von den Niederlanden finanziell unterstützt;
3. Ausführlich wurde über die Verstärkung der NATO-Truppen im Mittelmeerraum gesprochen, wobei Italien bei dem damals noch nicht entschiedenen Wahlausgang eine besondere Rolle gespielt haben dürfte. Festgelegt wurde zumindest, daß Italien im Falle einer Regierungsbeteiligung der Revisionisten von allen entscheidenden NATO-Gremien ausgeschlossen werden sollte.

Beschlossen wurden weiterhin besondere Maßnahmen zur Modernisierung der türkischen Streitkräfte sowie die Reorganisation der portugiesischen Land- und Luftstreitkräfte, die künftig auch zur Kontinental„verteidigung" zur Verfügung stehen sollen. Die finanziellen Mittel für diese Programme werden im wesentlichen die BRD und USA zur Verfügung stellen!

4. Ausführlich wurde auch über Jugoslawien nach Tito gesprochen, worüber allerdings keine Nachrichten an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Besorgt zeigten sich allerdings die Kriegsminister, daß es nach Titos Ableben zu einer Ost-West-Krise kommen könnte, was darauf hindeutet, daß die NATO eine derartige Krise p l a n t , wenn Jugoslawien dann nicht den Weg geht, den die Imperialisten erwarten.
5. Die Beschaffung eines Flugzeug-Frühwarnsystems (AWACS), 4,4 bis 7,2 Milliarden DM teuer, für Westeuropa wurde noch nicht entschieden. Die BRD zögert noch ihre Zustimmung heraus, weil sie dadurch die USA zu mehr Zugeständnissen bei der Beschaffung des leopard II für die US-Streitkräfte bewegen will.

Die „Nukleare Planungsgruppe" beschloß auf ihrer Sitzung die nukleare Artillerie zu modernisieren. Die westeuropäischen Truppen sollen mit der nuklearen Trägerrakete „Lance" ausgerüstet werden, die sich gegenüber der jetzt verwendeten „Pershing"-Rakete durch eine größere Zielgenauigkeit auszeichnet. ●

Antimilitarismuskommission/
KB Gruppe Hamburg

CIA-Studie widerlegt Kriegshetzer

Ausgerechnet der amerikanische Geheimdienst CIA versetzte allen Thesen und Propagandalügen der NATO-Imperialisten und „ML"-Vaterlandsverteidiger einen schweren Schlag: Entgegen den von diesen Leuten aufgestellten und wider besseren Wissens penetrant wiederholten Behauptungen, die Sowjetunion habe die „größte und gefährlichste Kriegsflotte der Welt", betreibe das „größte Flottenaufrüstungsprogramm der Geschichte" usw., beweist eine am 10. Mai in den USA veröffentlichte CIA-Studie haargenau das Gegenteil.

In den letzten fünf Jahren betrug danach das Verhältnis im Großkriegsschiffbau zwischen den USA und der UdSSR 2:1. Es wird geschätzt, daß die Sowjetunion zwischen 1971 und '75 rund 2,5 Mrd. Dollar für den Bau von großen Überwasserkriegsschiffen ausgab, während die USA im selben Zeitraum hierfür fast das **Doppelte, 4,9 Mrd. Dollar, investierten.**

Auch im Bau von Unterseebooten übertrafen die USA die UdSSR um ein Drittel: Während die USA (1971 bis '75(4,4 Mrd. Dollar ausgaben, waren es in der Sowjetunion „nur" 3,3 Mrd.

Nur wenn man die kleineren Schiffe unter 1.000 Tonnen sowie Hilfsschiffe (Versorger usw.) hinzunähme, würden – so die CIA-Studie – die sowjetischen Ausgaben höher als die der USA liegen. Tatsächlich wäre jedoch eine solche Rechnung irreführend, denn diese kleineren Schiffe haben keinen oder nur einen sehr geringen Kampfwert. Außerdem ist die UdSSR viel stärker auf Versorgungsschiffe angewiesen, da sie über kein mit dem den US-Imperialisten zur Verfügung stehenden vergleichbares Stützpunktsystem entlang den Küsten der Weltmeere verfügt.

So kommen denn auch andere imperialistische „Analysen" zur selben Einschätzung: ***„Die NATO hat mehr Kriegsschiffe im Dienst als der Warschauer Pakt"*** (Weißbuch der Bundesregierung 1975/76). ***„Bei den Seestreitkräften liegt durch die Gunst der geostrategischen Lage und die Zahl großer Überwasserschiffe noch immer ein Übergewicht der NATO-Seemächte vor"*** (Günter Poser, Die NATO – Aufgaben und Struktur ..., München 1975).

Dazu kommt, daß die NATO zusätzlich auf die relativ starken Flotten ihrer Verbündeten rechnen kann (Südafrika, Iran, Diktaturen Lateinamerikas u.a.), wogegen der Warschauer Pakt nichts Vergleichbares setzen kann.

Wozu also seit Monaten das Geschrei über eine angebliche „rote Gefahr" zur See? Um wieder einmal von der e i g e n e n Aufrüstung der Imperialisten abzulenken! So hat der US-Kongreß Anfang des Jahres ein Flottenrüstungsprogramm über 6,3 Mrd. Dollar gebilligt. Die US-Regierung hat inzwischen zusätzlich weitere 1,2 Mrd. Dollar gefordert. Ein 1975 verabschiedetes Neubauprogramm sieht eine jährliche Neubaurate von 30 Schiffen vor ...

Auch auf anderen Gebieten werden Schlaglichter auf das imperialistische Geschrei über die angebliche „militärische Überlegenheit des Ostens" geworfen. **Nach Angaben von Kriegsminister Leber hat die NATO seit ihrer Gründung 1949 insgesamt rund 100 Milliarden Mark mehr für die Aufrüstung ausgegeben als der Warschauer Pakt** (FR, 1.6.76). Außerdem wird offen zugegeben, daß die Effektivität der sowjetischen Rüstungsindustrie geringer sei als die der NATO-Staaten, so daß die Sowjetunion relativ mehr Geld ausgeben müßte, um auch nur mit der NATO gleichzuziehen („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20.5.76).

Diese Angaben widerlegen noch einmal alle Schauermärchen von „Bild" und „Komischer Volkszeitung". Warum jetzt diese Enthüllungen bürgerlicher Politiker und Zeitungen? Leber drückt es so aus: Es sei gefährlich, *„bei den Bürgern im Westen ein Gefühl der Unterlegenheit zu züchten"* („FR", 1.6.76). Also: Ein bißchen Angst „vorm Russen" will man uns gerne machen, aber auch wieder nicht zuviel, denn sonst würde es zu schwer fallen, die Völker und die Soldaten der NATO-Staaten für einen neuen Krieg zu „begeistern".

Die Vaterlandsverteidiger von KBW und „KPD" haben jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder machen sie den neuen Trend mit und ziehen ein paar ihrer sowjetischen Phantom-Stützpunkte und Geister-Kriegsschiffe aus dem Verkehr. Oder aber sie erklären, daß es sich bei den entlarvenden Bekenntnissen der NATO-Militaristen um ein tückisches Manöver von „Moskau's 5. Kolonne" handle, mit dem die Völker der NATO-Staaten „eingelullt" werden sollen. ●

Weitere Beweise für Folterlehrgänge in der Bundeswehr

Die „tat" hat in ihrer Nummer vom 18.6.76 ihre Dokumentationsserie über Folterlehrgänge in der Bundeswehr fortgesetzt. Durch neue Dokumente wird vor allem belegt, daß Folterlehrgänge auch heute noch stattfinden, denn das neueste Dokument ist gerade erst ein Jahr alt.

Wir hatten im letzten ARBEITERKAMPF schon darüber berichtet. Das Verteidigungsministerium hatte in seiner letzten Stellungnahme zu den Enthüllungen behauptet, diese Lehrgänge seien eingestellt. In dem neuesten Dokument berichtet nun ein Soldat darüber, wie der Stabsunteroffizier Przybilla bei einer Übung an „Freiwilligen" die Foltermethode „Koreanisches Handtuch" demonstrierte. In dem Bericht heißt es:

„Die Soldaten wurden an Händen und Füßen gefesselt. Ein Soldat setzte sich auf die Beine des jeweils Gefesselten. Przybilla legte den Soldaten ein Dreieckstuch, was er vorher angefeuchtet hatte, über Mund und Nase. Anschließend goß er in kleinen Mengen Wasser aus einer Feldflasche etwa dort, wo sich der Mund befand, auf das Tuch. Alle drei Soldaten begannen nach kurzer Zeit zu zappeln, und als sie keine Luft mehr bekamen, bäumten sie panikartig den Oberkörper auf" (nach „die tat", 18.6.76).

Nach dem Bericht des Soldaten hatte Przybilla schon vorher in seiner Einheit die Folter des „Koreanischen Handtuchs" praktiziert, mit dem Kommentar, daß dies eine Methode sei, *„mit der man alles, was man wissen wolle, aus einem Gefangenen herausbekommen kann"*. ●

Antimilitarismus-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Maihofers Schnüffelbericht '75: Faschisten werden gedeckt!

Am 4.6.75 legte das Innenministerium seine neuesten „Erkenntnisse" über die innenpolitische Lage der BRD vor. Sein Fazit:

„Die politische Bedeutungslosigkeit des Rechtsextremismus in unserem Lande hat sich 1975 erneut bestätigt. Die Organisationen, insbesondere die NPD, hatten einen erneuten Tiefstand der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Gleichzeitig setzte sich die Zersplitterung des organisierten Rechtsextremismus fort. Dies führte zu einem zahlenmäßigen Ansteigen der oft nur von wenigen Fanatikern gebildeten Organisationen und Zirkeln sowie zu einer Zunahme der rechtsextremen Publikationen bei gleichzeitigem Rückgang der Auflagen".

Es ist immer wieder derselbe Trick in den letzten Jahren: Der tatsächliche Mitgliederschwund der NPD wird als Beweis für den allgemeinen Rückgang der Rechtsentwicklung ausgegeben. Dem steht gegenüber:

- Positionen, die die NPD 1968 vertrat (z.B. „Gastarbeiter raus", „Gegen den roten Terror" usw.) sind heute politisches Programm der CDU/CSU. Wenn die NPD Wähler und Mitglieder an die CDU/CSU verliert, zeigt das nicht einen Rückgang der Faschisierung, sondern eine Verschiebung des gesamtgesellschaftlichen Klimas nach rechts. Heute ist ein Faschist wie Strauss anerkannter ideologischer Führer der Christ„demokraten". 1968 mußte er sich noch zurückhalten.
- Die NPD selbst und ihre Deckorganisationen radikalisieren sich.

Im Dunstkreis der NPD sammeln sich militante faschistische Stoßtrupps, die zunehmend provokatorischen und terroristischen Aktionen nach dem Vorbild der italienischen Neo-Faschisten übergehen. Ihre Aktivitäten sollen dazu beitragen, den Ruf nach einer „starken Faust" anzuheizen. Selbst der Schnüffelbericht spricht von einer **„Zunahme propagandistischer zum Teil strafrechtswidriger Aktionen in der Öffentlichkeit"!** Allerdings sind das natürlich *„nur wenige Fanatiker"*, *„unbedeutende Gruppierungen"* usw., die die *„Justizbehörden beschäftigt"* haben – tatsächlich: über die Beschäftigung sind sie auch nicht hinausgekommen! Im Gegenteil: Sämtliche faschistischen Provokateure, die in letzter Zeit von Antifaschisten vor Gericht gebracht wurden, laufen zur „Bewährung" frei herum. Nazi-Verbrecher aus der Zeit des Hitler-Faschsimus werden freigesprochen – wie jetzt wieder kürzlich in Hamburg geschehen usw.

Ganz anders sieht es mit der Linken aus. Da wissen die Schnüffel-Beamten gleich drei schwere Gefahren für die „freiheitlich demokratische Grundordnung" zu nennen:

- Die *„terroristischen Vereinigungen"* stellen eine *„akute Gefahr für Leben und Freiheit der von ihnen mit brutalem Terror bedrohten Bürger und damit für die innere Sicherheit unseres Staates"* dar. Aus der Praxis ist bekannt, daß heute Hausbesetzer, Jugendzentren, sogar ein Frauenzentrum, das Abtreibungen im Ausland vermittelte, als „kriminelle" oder „terroristische Vereinigung" verfolgt werden.
- Die *„orthodoxen Kommunisten"* (DKP) haben – trotz *„stagnierender Mitgliederentwicklung"* – gefährliche *„Aktionsgemeinschaften mit Nichtkommunisten"* zustande gebracht und *„besonders die DKP verfolgt trotz ihrer bisherigen Mißerfolge ihre verfassungsfeindlichen Ziele unbeirrt weiter"*. Dabei schwört gerade die DKP ständig auf ihre Grundgesetztreue und führt neuerdings sogar die schwarz-rot-goldene Deutschland-Fahne auf ihren Stellschildern. Sie ist von keinem Verfassungsgericht bisher als „verfassungsfeindlich" erklärt worden. Ihre besondere Gefährlichkeit besteht offenbar darin, daß sie *„schon Kinder und Schüler politisch zu indoktrinieren"* versucht.
- Besonders schlimm kommt die „Neue Linke" im Bericht weg. *„Der organisierte Kern der ‚Neuen Linken' betrachtet Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Dementsprechend finden in Kreisen der ‚Neuen Linken' Rekrutierungsmöglichkeiten für den linksextremistisch orientierten Terrorismus. Die ‚Neue Linke' muß deshalb als Störfaktor ernsthaft in Rechnung gestellt und aufmerksam beobachtet werden".* Hier werden denn auch sofort Konsequenzen angekündigt: *„Es ist vorgesehen, diesen Anforderungen vor allem im Bereich des Linksextremismus im nächsten Jahr noch stärker Rechnung zu tragen. System und Kriterien einer solchen Organisation bedürfen sorgfältiger Vorabstimmung mit den Ländern".*



Laut Eigenwerbung *„streben die Verfassungsschutzberichte ein Höchstmaß an Objektivität und damit Differenzierung an".* Tatsächlich aber ist ein Bericht in der veröffentlichten Form nichts anderes als das Muster für eine einheitliche Ausrichtung der bürgerlichen Presse. In diesem Zusammenhang ist es als propagandistischer Winkelzug zu verstehen, die „Neue Linke" nicht nur als „terroristisch", sondern obendrein noch als Sektierer zu diffamieren. Pauschal heißt es, die „Neue Linke" habe *„in der Bevölkerung keine Resonanz gefunden"*, ihre *„seit Jahren anhaltenden Bestrebungen"*, den *„politischen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit von den Hochschulen in die Betriebe zu verlagern, blieben trotz verstärkter Anstrengungen erfolglos".* Zum Beweis werden als Zirkel der „Neuen Linken" solche Gruppen wie „KPD", KBW, „KPD/ML" aufgezählt, die tatsächlich im Wesentlichen auf den studentischen Bereich beschränkt blieben und es bisher glänzend verstanden haben, sich von einer konkreten Massenpolitik zu isolieren. Wie schon im letzten VS-Bericht wird dagegen die Politik des KOMMUNISTISCHEN BUNDES nicht einmal erwähnt – Nun gut! Der KOMMUNISTISCHE BUND hat seine eigene Presse. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

gandistischer zum Teil strafrechtswidriger Aktionen in der Öffentlichkeit"! Allerdings sind das natürlich „nur wenige Fanatiker", „unbedeutende

BUND hat seine eigene Presse. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Veranstaltung der chilenischen

Veranstaltung der chilenischen Faschisten bei der Bundeswehr

Trotz öffentlicher Proteste hat die Bundeswehr an ihrer Führungsakademie in Hamburg-Blankenese einen „Nationalen Informationstag" für die chilenische Militärjunta veranstaltet. Dabei sprach der von der chilenischen Militärjunta nach Hamburg abkommandierte chilenische Oberstleutnant Kraushaar.

Zunächst wurde versucht, diese Propagandaveranstaltung vor führenden Bundeswehroffizieren geheimzuhalten. Als dies nicht gelang, wurde diese Veranstaltung von der Bundeswehr damit gerechtfertigt, auf die „Tradition" derartiger „Nationaler Informationstage" hinzuweisen. Diese finden seit 1962 statt. Indirekt wurde damit bestätigt, daß die Faschisten aus Brasilien, Korea, Indonesien und dem Iran ebenfalls die Möglichkeit haben, auf solchen Veranstaltungen den Faschismus zu propagieren, denn aus allen diesen Ländern werden Offiziere in der Führungsakademie ausgebildet.
(nach „die tat" vom 25.6.76) ●

Antimilitarismus-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Bundeswehr und SS-HIAG wieder gemeinsam

Schon wieder demonstriert die Bundeswehr ihre geistige Verbundenheit mit den Faschisten der SS-Nachfolgeorganisation HIAG: Eine offizielle Delegation der Bundeswehr wird an einem „Europäisch-Amerikanischen Freundschaftstreffen ehemaliger Soldaten" – Schirmherr des Treffens ist der bayrische Ministerpräsident Goppel – teilnehmen.

Die HIAG hat inzwischen angekündigt, daß sie mit „starken Abordnungen" an allen Veranstaltungen im Rahmen des Treffens teilnehmen wird.
(nach „die tat", 25.6.76) ●

Antimilitarismus-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Strauss raus aus Nürnberg

Der Auftritt des Faschisten Strauss am 18. Juni auf dem Nürnberger Hauptmarkt sollte den Höhepunkt des „Europa-Kongresses" der JU Bayern bilden. Rund 4.000 Menschen hatten sich eingefunden, aus mehreren Bayrischen Städten herangekarrt, was im übrigen die SPD-orientierten „Nürnberger Nachrichten" nicht hindern konnte, von 14.000 zu sprechen, eine gute Schützenhilfe für den Gegner im „Wahlkampf".

Der Auftritt von Strauss wurde aber von 250 Antifaschisten gestört, die dem Aufruf einer Aktionseinheit gefolgt waren.

Den Genossen war klar, daß die Straßeneinmündungen zum Hauptmarkt – eine „Mausefalle" für Demonstranten – von Bullen nur so wimmeln würde. Bereitschaftspolizisten bildeten enge Reihen, jeder einzelne Passant wurde kontrolliert. Der Hauptmarkt war für den Faschisten sicher gemacht worden. Riesige Scheinwerfer waren auf die Zuhörer gerichtet, Fernsehkameras beobachteten die Szene. Spitzel wandelten in Massen zwischen den Menschen.

Die Faschisten konnten bei Provokationen gegen die Antifaschisten abgedrängt werden. Nach den ersten Parolen „Strauss und Springer üben fleißig für ein neues 33", „Strauss Du Gangster – bald bist Du weg vom Fenster" und „Alle Demokraten einig gegen Strauss" stellte sich heraus, daß die Zahl fortschrittlicher Menschen größer war als angenommen!

Liefen die Provokationen der Faschisten noch relativ „harmlos" ab, so schlugen die Bullen um so härter zu.

Immer wieder wurden die Transparente der Antifaschisten angegriffen und zerstört. Dabei wurde ein Genosse so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Sofort erschollen die Rufe „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten"!

Doch die Antifaschisten gaben nicht auf. Nach einiger Zeit hißten sie ihr letztes noch verbliebenes Transparent „Strauss raus" unter großem Beifall. Als die Bullen versuchten, auch dieses anzugreifen, verschwand es schnell wieder. Aber die Antifaschisten hatten immer noch nicht ihre letzten Trümpfe ausgespielt. Während der Rede von Strauß ging plötzlich ein halbes Dutzend REBELL mit dem Titelbild des Boxers Strauss hoch. Eine klasse Propaganda für den REBELL und Ausdruck der kämpferischen Athmosphäre. Die Aktion der Antifaschisten muß als Erfolg gewertet werden, wenn es auch nicht so selbstverständlich zu der Aktionseinheit kam.

Unsere Organisation hatte rechtzeitig zum 9. Juni folgende Organisationen eingeladen: KBW, GIM, KABD, SB und einige andere Gruppen. Doch wie schon zu erwarten war, bestand bis auf die GIM und die „Arbeiterstimme" (Montagsgruppe) kein Interesse an der antifaschistischen Aktion. **Auch der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" war auf unsere Einladung nicht eingegangen.** Dieser ließ erst zwei Tage vor der Strausskundgebung wieder was von sich hören. Der AStA der Fachhochschule hatte zu einer Aktionseinheit aufgerufen. Es kam doch noch zu einem gemeinsamen Flugblatt vom AStA der Fachhochschule Nürnberg, KB, Kommunistischer Hochschulbund (Studentenorganisation des „Arbeiterbundes") und einigen anderen Initiativen. Der KBW isolierte sich mal wieder von alleine. Sehr eigenartig bei so viel „richtigen Forderungen"!

Es gilt nun, die antifaschistische Aktionseinheit zu den Wahlen zu festigen und zu erweitern. ●

GNK/KB
Nürnberg

Staeck-Ausstellungen geschlossen

Chile in Bayern!

In mehreren bayrischen Städten und Gemeinden wurden in den letzten Wochen Ausstellungen des sozialdemokratischen Heidelberger Graphikers Klaus Staeck verboten und geschlossen.

So hat der erste Bürgermeister von Donauwörth, Alfred Böswald (CSU) kurz nach Eröffnung einer Staeck-Ausstellung im Donauwörther Jugendzentrum das Jugendzentrum schließen lassen. Bis auf eine Gegenstimme – also mit den Stimmen der SPD – hat der Donauwörter Stadtrat diesen Eingriff gebilligt. Bei der nachfolgenden Abstimmung kam es noch dicker: Mit Zustimmung des zweiten Bürgermeisters Sepp Hack von der SPD wurde vom Jugendzentrumsrat ultimativ gefordert, die Ausstellung binnen zwei Tagen zu „entfernen", andernfalls werde das Jugendzentrum völlig, – für immer – geschlossen!

Die Stadtratsmehrheit berief sich auf einen Vertrag, der in einem stadteigenen Gebäude „jedwede einseitige politische Veranstaltung" untersagt.

Und wie „kämpfen" Sozialdemokraten?

Doch anstatt nun unter den Besuchern der Ausstellungen und der demokratischen Jugend „mobil" zu machen, um durch massiven öffentlichen Protest diesen Angriff der Rechten auf den von ihnen selbst gepredigten „Pluralismus" zurückzuschlagen, steckte der mehrheitlich von Sozialdemokraten besetzte Jugendzentrumsrat zurück. So beklagte der JZ-Rat, daß die „an sich neutrale Ausstellung" jetzt durch das Eingreifen von Bürgermeister Böswald parteipolitischen Charakter bekäme.

Weiter hieß es in der Erklärung des JZ-Rates:

„Um den Betrieb des Jugendzentrums weiter zu ermöglichen, wird die Staeck-Ausstellung bis spätestens 11. Juni 1976, 11 Uhr 45 abgebaut. Der Stadtratsbeschluß wird als solcher vom JZ-Rat nicht gebilligt" („Süddeutsche Zeitung, 12.6.).

Um die weitere Arbeit im Donauwörther Jugendzentrum zu besprechen, hat sich der JZ-Rat mittlerweile mit Bürgermeister Böswald an den grünen Tisch gesetzt ...

Eine halbe Woche nach dem Ausstellungsverbot in Donauwörth wurde in Bamberg vom Rektorat (Hochschulleitung) der Gesamthochschule Dem Verein ASta-Kasse e.V. verboten, weiterhin Plakate von Staeck in den Räumen der Hochschule zu zeigen. Beim Bamberger Verbot hatten die Feinde der Freiheit und des Sozialismus keinen formalen Vertragsjoker wie ihre Donauwörther Kumpane im Ärmel.

Der Rektor der Hochschule, Professor Oppholzer, erklärte, daß der künstlerische Rang der politischen Plakate Staecks international unbestritten sei, der Inhalt stoße aber auf entschiedene Ablehnung (nach „Nürnberger Zeitung" vom 16.6.).

Die Begründung: *„Bei einer derart Aufsehen erregenden Ausstellung, die bereits zu tumultartigen Reaktionen geführt habe, sei nicht auszuschliessen, daß Gruppen der Gesellschaft sich von der inhaltlichen Aussage der Arbeiten Staecks provoziert fühlten. Dabei seien Reaktionen in der Hochschule nicht ausgeschlossen, durch die die Hochschule unerwünscht ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerate"* (Zitat Rektor Oppholzer nach „Fränkischer Tag" vom 16. Juni).

Gleichzeitig drohte Oppholzer den verantwortlichen Studenten mit dem

Fortsetzung auf Seite 40

Fortsetzung von Seite 39

BHG-Ordnungsrecht, das in dem Ausschluß vom Studium an allen bayrischen Hochschulen gipfelt z.B. bei Vorlesungsstörung.

Vor dem Hintergrund dieser rechten politischen Druckwelle und eines Beschlusses des DGB-Vorstandes, in Gewerkschaftshäusern keine Staeck-Ausstellungen zu zeigen, ist die Haltung der Nürnberger IG-Metall und der Bamberger GEW besonders zu begrüßen, die in den Gewerkschaftshäusern beider Städte, dem „Klima zum Trotze" vollständige Staeck-Ausstellungen zeigten.

Die Bamberger GEW bezeichnete in einem Brief an die Hochschulleitung das Verbot der Ausstellung als *„eklatanten Verstoß gegen die im Grundgesetz garantierte freie Meinungsäußerung und als gewaltsame Einschüchterung der Studenten"* („Nürnberger Nachrichten", 18.6.).

In einer Demo mit ca. 150 Teilnehmern wurden in Bamberg die beanstandeten Plakate von der Gesamthochschule durch die Stadt zum DGB-Haus getragen. Dazu wurden folgende Parolen gerufen:

„Weg mit dem Ausstellungsverbot – Gegen politische Disziplinierung",
„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt",

„Maulkorb vor – Knüppel ins Genick – das ist Meiers (bayr. Kultusminister) Bildungspolitik."

Den ihm übergestülpten Maulkorb will Klaus Staeck durch eine Serie von Strafanzeigen gegen Ausstellungsverbote und „diffamierende Behauptungen" loswerden. So will er sich gerichtlich gegen den Vorwurf wehren, er betreibe mit seinen Plakaten „faschistische Agitation". Das jedenfalls behauptet ausgerechnet der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm! ●

Nach Berichten von KB-Genossen aus Nürnberg und Bamberg



Vorsicht Falle

Gestapo-Gesetz im niedersächsischen Landtag

Der Landtag will noch vor der Sommerpause ein Verfassungsschutzgesetz (VG-Gesetz) verabschieden. Das Gesetz wurde noch von der SPD/FDP-Koalition erarbeitet und ist nun von der CDU-Landesregierung übernommen worden. Das Gesetz soll alle Behörden des Landes, der Kommunen und der Landkreis sowie alle der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts verpflichten, dem Verfassungsschutz grundsätzlich Amtshilfe zu leisten. Umgekehrt kann der Verfassungsschutz mit dem Anspruch der Rechts- und Amtshilfe alle genannten Behörden und Einrichtungen seiner Spitzelkontrolle unterwerfen.

Ein besonderer Hammer ist § 5 Abs. 3 des Gesetzentwurfes. Es heißt da: „Darüberhinaus haben die in Abs.1 genannten Stellen der Verfassungsschutzbehörde alle Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten (die gegen die sog. FDGO gerichtet sind) u n a u f g e f o r d e r t z u ü b e r m i t t e l n." In der Praxis heißt das, daß der Rektor einer Schule dem Verfassungsschutz sofort Meldung machen muß, wenn z. B. Lehrerkollegen Unterschriften gegen Berufsverbote sammeln. Wenn fortschrittliche Studenten in Seminaren über Streiks diskutieren, dann muß der Seminarleiter dem Institutsleiter berichten, und weiter geht der Bericht an den Verfassungsschutz.

Unter diese S p i t z e l p f l i c h t fallen nicht nur alle Landes- und Kommunalbehörden, sondern ebenso Sparkassen, Ortskrankenkassen, Handwerks-, Industrie- und Handelskammern und alle Ausbildungseinrichtungen. Das VG-Gesetz ist in diesem Punkt sogar noch schärfer als das Gestapo-Gesetz der Nazis vom 26. April 33. Dieses Gesetz verpflichtete „nur" die Polizeibehörden der Gestapo über sog. Staatsfeinde unaufgefordert Meldung zu machen. Das heutige Gesetz verpflichtet gut und gerne 50 % der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes zur Spitzeltätigkeit.

Das ist aber längst nicht alles. In § 6 wird bestimmt, daß der Verfassungsschutz alle seine Informationen auch an nichtstaatliche Dritte, wie z. B. die Kapitalisten und ihre Verbände weitergeben kann. Praktisch wird so ein umfassendes Überwachungssystem aufgebaut. Selbstverständlich geschieht dies alles hinter dem Rücken der Betroffenen, denn der Verfassungsschutz ist eine geheimdienstliche Organisation, die wie es in der Gesetzesbegründung heißt: „Aufgaben im Vorfeld der polizeilichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung wahrnimmt und der die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel vorbehalten ist."

Das VG-Gesetz ist ein besonders scharfer Angriff auf die demokratischen Rechte. Es zielt auf politische Zustände, die sich von einer faschistischen Diktatur nicht mehr wesentlich unterscheiden. Ein faschistisches Regime könnte dieses Gesetz bruchlos übernehmen. Es müßte nur für eine noch umfassendere und terroristischere Anwendung sorgen.

Längst gibt es allerdings Vorfälle, die beweisen, daß das Gesetz vor seiner Verabschiedung schon praktisch erprobt wird. In Hildesheim durchschnüffelten Beamte der Politischen Polizei oder des Verfassungsschutz mit Zustimmung der Verwaltung der Fachhochschule die Personalunterlagen von Studenten. In Zukunft können sie sich den mühseligen Weg in die Fachhochschule sparen, denn nach dem VG-Gesetz bekommen sie alles unaufgefordert zugestellt.

In Göttingen begann der stellvertretende Kurator Bahlsen, die Studenten, die an der Blockade des Verfügungsgebäudes (Lehrerausbildungsbereich) beteiligt waren, zu fotographieren. Danach wandte er sich an den Prof. Düwel mit der Aufforderung, ihm bekannte Blockierer namenentlich festzustellen und dem Kuratorium zu melden. Prof. Düwel antwortete richtig: „Noch sind wir nicht im Dritten Reich."

Nach dem neuen VG-Gesetz wäre dies zumindest eine Amtswidrigkeit.

Natürlich werden durch dieses Gesetz nicht automatisch hunderttausende neuer VS-Agenten geschaffen. Zunächst soll das politische Klima in den Behörden und Ausbildungseinrichtungen verändert werden, mit dem Ziel, Spitzeldenken und Duckmäusertum zu fördern. Genau wie bei den Berufsverboten zielt die Bourgeoisie sehr stark auf eine ideologische Formierung des Öffentlichen Dienstes. Es soll erreicht werden, daß reaktionäre und faschistische Kräfte das Angebot des Gesetzes nutzen, um selbständig Verfassungsschutzfunktionen wahrzunehmen.

Hier muß auch der Abwehrkampf einsetzen. Demonstrationen und Kundgebungen gegen das Gesetz wie sie verschiedene Organisationen in Niedersachsen durchgeführt haben gehen in die richtige politische Richtung, sind aber nur dann wirksamer Ausdruck des Protests, wenn sie sich auf konkrete Aktionen stützen und konkrete Aktionen provozieren, die die Anwendung dieses Gesetzes angreifen. Gerade weil es unsinnig ist, zu hoffen, das Gesetz noch verhindern zu können, kommt es entscheidend darauf an, das Bewußtsein der fortschrittlichen Menschen für die Anwendung derartiger Gesetze zu schärfen und die Anwendung im Einzelfalls auch zu verhindern versuchen. Nur durch die Politisierung derartiger Konflikte wird es möglich sein, derartige Maßnahmen der Bourgeoisie zurückzudrängen.

Wir halten es darum für richtig, wenn z. B. an der Uni Göttingen demokratische Studenten sich darauf konzentrieren, Professoren und Dozenten jetzt schon auf die Pelle zu rücken und zu fragen, ob sie sich zu Spitzeln werden machen lassen oder nicht. Besonders den reaktionären Vorreitern unter der Professorenschaft und der Unibürokratie muß die Hölle heiß gemacht werden. Steckbriefe von künftigen Spitzeln müssen schon jetzt überall hängen. Es müssen Diskussionen organisiert werden, wie man die Tätigkeit der Spitzel ans Licht zerrt. Es müssen Aktionen gegen diese Leute folgen.

Der KBW hat in Niedersachsen z. B. in Hannover, Braunschweig, Hildesheim und Göttingen zu Kundgebungen gegen das Gesetz aufgerufen. Der KBW wollte die breiteste Aktionseinheit der Massen und schickte Einladungsbriefe u. a. auch an SPD, DGB und DKP. In allen Fällen blieb der KBW bei seinen Kundgebungen unter sich. Dies liegt unserer Einschätzung nach weniger daran, daß die „Plattform" des KBW besonders sektiererisch gewesen wäre Sie enthielt nur die Beschreibung der wesentlichsten Punkte des Gesetzes und zeigte einige Anwendungsfälle in der Zukunft auf. Der Punkt liegt beim KBW dort, wo er nach wie vor von einem „Riesenprotest" spricht, der das Gesetz direkt verhindern kann und auf der anderen Seite mögliche Bündnispartner für ein gemeinsames Vorgehen vor den Kopf stößt. So schaffte es der KBW in Göttingen, die Hauptauseinandersetzung gegen das SB und die örtliche ESG zu orientieren, anstatt in der Hauptseite die gemeinsame Front gegen das Gesetz zu betonen. Der KBW hat seit dem SB Kongreß offensichtlich immer noch nichts hinzugelernt. Wie ernst ihm Aktionseinheiten sind, zeigte er z. B. daran, daß er auf einer Veranstaltung einem Genossen von uns das Rederecht entzog. Mit der Begründung, der erste Beitrag des KB auf der Veranstaltung sei kein politischer Beitrag gewesen, obwohl er behauptete, was dort zu hören gewesen sei, sei typisch opportunistisch, typisch „KB-Nord", und er würde weitere Beiträge dieser Art nicht zulassen, wurde unserem Genossen das Rederecht entzogen. Das jämmerliche Ergebnis seiner breitesten Aktionseinheit der Massen wundert dann gar nicht mehr.

Auf der anderen Seite haben SPD-Kreise in Niedersachsen versucht, den Protest gegen das VG-Gesetz auf die Ebene einiger Schönheitskorrekturen und der parlamentarischen Auseinandersetzung zu heben. Besonders in der GEW und in der ÖTV wurden auf diese Weise fortschrittliche Initiativen der Basis abgeblockt. Inzwischen stehen diese SPD-„Linken" mit ihrem ganzen Rattenschwanz von revisionistischen Bündnispartnern vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Die SPD will nämlich nun doch geschlossen dem Gesetzentwurf zustimmen. Nur was den § 6 (Weitergabe von Verfassungsschutzinformationen an Dritte) betrifft, möchte die SPD, daß dieser § nur für besonders schwere Angriffe auf die FDGO gelten soll. Ansonsten ist die SPD mit dem Gesetz einverstanden und die Kräfte, die mit Petitionen an die SPD besonders für die Abschaffung des §5 Abs. 3 eingetreten sind, sind wieder einmal an der Nase herumgeführt. ●

KB/Gruppe Göttingen

z. B. die Kapitalisten und ihre Verbände weitergeben kann. Praktisch wird so ein umfassendes Überwa-
stark auf eine ideologische Formierung des Öffentlichen Dienstes. Es soll erreicht werden, daß reaktionäre und
Sie enthielt nur die Beschreibung der wesentlichsten Punkte des Gesetzes und zeigte einige Anwen-
KB/Gruppe Göttingen

Westberlin

Westberlin

KBW macht glücklichen Fund



Unter der reißerischen Überschrift *„Berliner warf eine Bierflasche, dafür droht ihm die Todesstrafe"*, berichtete Springers „BZ" („Berliner Zeitung"), daß ein antikommunistisch verhetzter kaufmännischer Angestellter eine leere Bierflasche gegen ein sowjetisches Militärfahrzeug geschleudert hatte und dafür zu 1000,- DM Geldstrafe verurteilt worden war. Die „BZ" erinnerte bei dieser Gelegenheit sogleich daran, daß die Alliierte Verordnung 511 aus dem Jahre 1951, die diesem Urteil zugrunde gelegt worden war, für Angriffe auf alliiertes Eigentum und Personen als Höchststrafe die Todesstrafe und daneben Geldstrafen bis 50.000,- DM vorsieht. –

Der KBW hielt nun die „BZ"-Meldung offensichtlich für ein so gelungenes Beispiel anti-sozialimperialistischer Agitation, daß er sie gleich in seiner Westberliner „KVZ"-Ortsbeilage vom 10.6. nachdruckte und mit folgendem Lob bedachte:

Die finstersten Antikommunisten und Reaktionäre in Springers Redaktionsstuben klären nach Meinung des KBW also die Massen darüber auf, wer ihr Feind ist. Wenn das so ist, kann man dem KBW nur raten, es nicht bei diesem einen „glücklichen Fund" aus der „BZ" zu belassen, sondern die Springer-Presse systematisch nach Artikeln gegen den „Sozialimperialismus" durchzuforsten. Glatt übersehen haben die KVZ-Schreiber z.B. den „BZ"-Kommentar vom 13.2.76 über Angola: *„Kubaner skalpieren Gefangene"* ....

„Die Todesstrafe ist in diesem Fall zwar nicht angewendet worden, der Angestellte ist zu 1000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Aber die BZ hat das Thema gleich aufgegriffen und so dafür gesorgt, daß den Massen klar wird, wer hier die Herren sind und daß die Volksmassen vor diesen Herren zu kuschen haben". ●

Ein Westberliner Genosse

RCDS – Schlägerfestival in Göttingen

Die Demagogie (CDU) und ihr Popanz (SPD)

Es sollte ein Streitgespräch werden es wurde ein Schlägerfestival, die Veranstaltung der RCDS-Studenten im Audi Max der Göttinger Uni, zu der etwa 2000 Menschen kamen. Sie erhielten dabei Einsicht in die Methoden, wie Reaktionäre und Faschisten mit brutaler Gewaltanwendung versuchten, ihre Ziele durchzusetzen. Leibesvisitationen am Eingang, Schlägertrupps gegen Demokraten und Linke, zerschlagene Brillen und ein durch Schlüsselbein-Bruch verletzter Genosse bildeten mehr als nur den Rahmen für ein Streitgespräch zwischen Biedenkopf (CDU) und von Oertzen (SPD).

Der Wahlkampf-Auftakt der CDU-Studenten war generalstabsmäßig von der Terminierung und der Durchführung her angelegt worden. Nachdem kurz vor den Pfingstferien die Mobilisierung der fortschrittlichen Studenten durch die Besetzung eines zentralen Uni-Gebäudes einen Höhepunkt erreicht hatte, die Pfingstferien aber eher eine demobilisierende Wirkung gehabt hatten, trat der RCDS erstmalig in diesem Semester auf den Plan. Mit dem CDU-Generalsekretär Biedenkopf und von Oertzen als ehemals „linkem" Sozialdemokraten hatten die Reaktionäre zwei Zugpferde angeheuert, die sowohl alle reaktionären Studenten wie auch die SPD-nahen Kommilitonen anziehen sollten.

Jede Gruppe sollte nach dem „Streitgespräch" das Gefühl haben, ihr Kandidat habe seinen „Kontrahenten" gelascht und vorgeführt, sollte also auf die bürgerlichen Parteien festgelegt werden.

Dabei wurde allerdings von den linken und demokratischen Studenten einer Tatsache nicht genug Beachtung geschenkt: daß die Reaktion – gerade weil sie politisch durch den Kampf der Studenten zurückgedrängt wurde – sich nie auf politische Argumente verlassen wird. Die planmäßige Beherrschung der Szene, die Linken lahmlegen und gezielte Provokationen – mit dieser Taktik und durch eine Demonstration der Stärke sollten weitere reaktionäre Studenten gewonnen werden.

Als dann eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn lediglich eine einzige Tür geöffnet wurde und die „Saalschützer", bestehend aus Burschenschaftlern und RCDS-lern, mit ihren Leibesvisitationen begannen, wurde deutlich, daß der RCDS das Audi Max planmäßig mit eigenen Anhängern besetzt hatte. 150 „Saalschützer" kontrollierten jeden Besucher und pöbelten und prügelten auf diejenigen ein, die gegen diese klassische Methode reaktionärer und faschistischer Aufmärsche protestierten. Noch bevor der Raum voll war, wurde den noch Wartenden der Eintritt verweigert. Mit liberalen Sprüchen versuchte der RCDS-Diskussionsleiter den aufkommenden Protest im Saal zu dämpfen, bis dann von Oertzen und Biedenkopf erschienen. Dabei spielte Biedenkopf in dem anschließenden Zwiegespräch nur eine untergeordnete Rolle, indem er die „wissenschaftliche Sachlichkeit" herauskehrte.

Von Oertzen hingegen versuchte von Anfang an, den Linken den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dann kam er zur Sache und versuchte, den rechten Wahlkampf seiner Partei unter den Jusos durchzusetzen und dafür auch weitere Studenten zu gewinnen. Die ihm vom RCDS zugedachte Rolle erfüllte er perfekt, als er schließlich nur noch nach links drosch, die Opposition gegen RCDS und CDU zu spalten versuchte und die Jusos neutralisierte – etwa mit Sprüchen wie: „Ihr wollt ja nur Strauß an die Macht bringen" oder „Sollen wir für eure Scheißpolitik die Massenbasis liefern". Oertzen wurde so zum aktiven Popanz der CDU/CSU, was Biedenkopf und sein Jungvolk sehr gut verstanden – der Beifall der Burschenschaftler und der Reaktionäre sprach Bände!

Vor dem Saal prügelten derweil die RCDS-ler auf Linke und Demokraten ein, wurden aber schließlich zurückgedrängt, so daß die Wartenden ebenfalls in den Saal kamen.

Für die demokratischen Studenten sollte diese Veranstaltung einige Lehren beinhalten: Für die Reaktionäre war dieses Schlägerfestival an der Göttinger Uni erst der Anfang. Mit Polizeimethoden wird der RCDS auch weiterhin versuchen, seine reaktionäre Politik zu machen. Ein allein auf die „ideologische Auseinandersetzung" ausgerichtetes Vorgehen der Linken kann nicht genügen. Als Negativ-Beispiel mag der KBW herhalten, der es dem RCDS-Versammlungsleiter sogar gestattete, auf seiner Veranstaltung vorher, die auch der Vorbereitungsdiskussion dienen sollte, zu reden. Dringlicher denn je muß diesen Provokationen geschlossen von allen organisierten und unorganisierten demokratischen Kräften entgegengetreten werden. ●

KHB-Göttingen

NPD-„Gewerkschaft"

Für Spaltung, gegen Solidarität

Anfang Juni fand in Waltrop der erste ordentliche Delegiertentag des „Deutschen Arbeitnehmer - Verbandes" (DAV) statt. Rund 200 Delegierte, Gäste „aus Politik und Wirtschaft" und Abgesandte des „Weltbundes freiheitlicher Arbeitnehmerverbände" (in dem der DAV Mitglied ist) fanden sich ein („Deutsche Wochenzeitung" = DWZ, 11.6.76).

Der 2. Vorsitzende dieses *„unabhängigen und parteifreien Gewerkschaftsverbandes"* („DWZ"), Erwin Seelert, gab die Hauptstoßrichtung an: *„Innerhalb der organisierten Arbeitnehmerschaft (dürften) keine Verbandsmonopole errichtet werden"*.

Zur Mitbestimmung meinte der DAV, sei sei als *„Fremdbestimmung von außen"* abzulehnen; insgesamt bekannte sich diese „Gewerkschaft" (mit den Worten des ersten Vorsitzenden Kurt Holler) *„zu den Grundwerten einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung"*.

Während solche Töne gut aus dem CDU/CSU- bzw. Kapitalisten-Sumpf kommen könnten, handelt es sich hier doch noch um etwas besonderes: Nicht umsonst berichtet die NPD-orientierte „DWZ" so wohlwollend über diese Delegierten-Konferenz. Der DAV ist der Ansatz zu einer faschistischen Spalter-„Gewerkschaft". Entstanden als scheinbar unabhängiges Anhängsel der 1952 verbotenen NSDAP-Nachfolgeorganisation „Sozialistische (!) Reichs-Partei", entfaltete der DAV bzw. sein Vorläufer, der „Unabhängige Bergarbeiterverband", zeitweilig rege schein-„radikale" Aktivität.

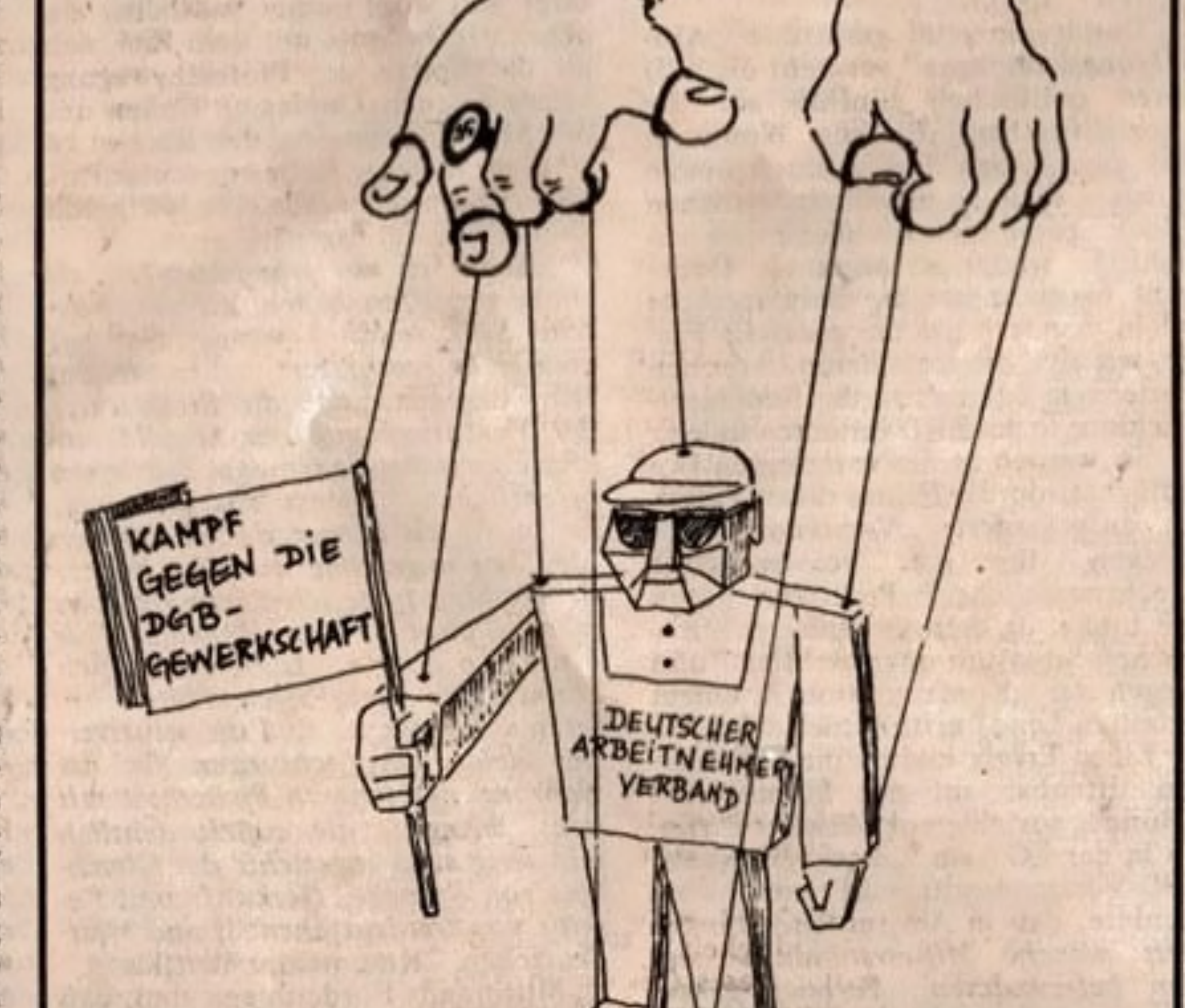
In Wahrheit ist der DAV als Tarnorganisation der neofaschistischen NPD einzuschätzen. Man sehe sich an einem Beispiel an, wie „unabhängig und parteifrei" der DAV auf Trab gebracht wurde: Da gibt es in der hessischen NPD die Abteilung „Politische Planung" mit dem „Arbeitskreis für Arbeitnehmerfragen und „Sozialpolitik", geleitet von Erich Gutjahr, der gleichzeitig im Landesvorstand der NPD sitzt.

Beim „lieben Kollegen Holler" vom DAV bedankte sich Gutjahr am 13.4.75 in einem Brief für dessen Teilnahme „an unserer gestrigen Veranstaltung". Die so geknüpften Bande verstärkt Gutjahr durch eifrige Mitgliederwerbung (Stand 11.5.75: 71 Mitglieder in Gutjahrs DAV-Kartei). So wird der „liebe Kollege Gutjahr" denn kurzum zum Frankfurter Kontoinhaber der DAV, zum „Bezirksbeauftragten Rhein-Main-Neckar", und das Frankfurter DAV-Büro wird in seiner Wohnung eingerichtet (Vereinsstr. 39)!

(Zu den von Gutjahr geworbenen DAV-Mitgliedern gehört denn auch – welch Zufall! – ein Fred Spahn, 614 Bensheim, Kolping Str. 33, seines Zeichens ebenfalls Landesvorstands-Mitglied der NPD!).

Das Programm dieses fälschlicherweise so genannten „jungen Gewerkschaftsverbandes" („DWZ") verfolgt, wie nicht anders zu erwarten, in alter Nazi-Tradition vorerst das eine Ziel: den Kampf gegen die DGB-Gewerkschaften.

Sah die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation" vor 1933 ihren Hauptfeind in den Gewerkschaften, so hetzt der DAV heute gegen die *„Hegemoniebestrebungen übermächtiger Verbände"*, denen *„Widerstand zu leisten"* sei. Wie damals versuchen die Faschisten heute, mit eigenen Organisationen in die Arbeiterschaft hineinzuwirken und Teile aus der gewerkschaftlichen Solidarität herauszubrechen. Angeblich *„im Interesse aller freiheitlich gesinnten Arbeitnehmer"* setzen sie alles daran, die Kollegen vom DGB fernzuhalten und in ihren eigenen NPD-Verband hineinzulocken. Bei VW etwa wirbt der DAV als *„gewerkschaftliche Alternative zur IG Metall"* und redet von der Gefahr der *„Zwangsmitgliedschaft im DGB"* („DWZ", 13.2.76).



Wohin der NPD-Verband steuert, wird erkennbar, wenn es um konkrete Forderungen von Kollegen und um ihre Durchsetzung geht. Wie steht es doch im NPD-Programm? *„Die NPD lehnt daher nachdrücklich den überholten Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ab, denn Kapital und Arbeit haben neben anderen Faktoren nur Funktionen im wirtschaftlichen Gesamtablauf der Unternehmen zu erfüllen"*. Im Klartext: Streik ist nicht drin! So sah das DAV-Sprachrohr „DWZ" im Druckerstreik einen *„DGB-Machtkampf um Deutschland"*. Kommentar (übrigens in einer Streikbrecher-Ausgabe, natürlich): *„Der Streik bewies, daß es bestimmten Kräften im DGB eben nicht um gleichberechtigte Partnerschaft (!) aller in der deutschen Wirtschaft (. . .) geht, (. . .) daß die freiheitlich demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland allein (!!) vom Machtwillen eines bestimmten DGB-Funktionariats bedroht wird"* („DWZ", 14.5.76).

Das Schmierblatt des NPD-Vorstandsmitgliedes Dr. Frey, die „National-Zeitung", sah (wie üblich einige Takte offener) *„Freiheit und Wohlstand in Gefahr"* und stellte schlicht fest: *„Das Verbrechen des Druckerstreiks"* („NZ", 14.5.76).

So sieht die „gewerkschaftliche Interessenvertretung", die Solidarität und Unterstützung der NPD-Demagogen aus. Da nützen alle „links" aufgeputzten Sprüche nichts, mit denen die NPD und besonders die JN in letzter Zeit verstärkt hausieren geht, um sich an die „deutschen Arbeitnehmer" ranzumachen: Arbeiterfeind bleibt Arbeiterfeind! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bullen gegen Bullen

Weil sich Bullen geweigert hatten, anläßlich einer Jubiläumsfeier in Konstanz Hemden mit langen Ärmeln und Krawatte zu tragen, wurden ihnen durch zwei bewaffnete Einsatzzüge in aller Öffentlichkeit die Sommerhemden vom Leibe gerissen, wobei ein Bulle mit Verletzungen ins Krankenhaus mußte. Nicht nur der Druck nach außen wird verstärkt, sondern auch in den eigenen Reihen wird eine reaktionäre Disziplinierung angewendet! ●

Auch SPD'ler verbietet Staeck - Ausstellung

Was der „freiheitlichen" CDU/CSU recht ist, ist der „sozialistischen" SPD billig: Der Präsident der Marburger Uni, SPD-Mitglied Rudolf Zingel, verbot kurzerhand eine Staeck-Ausstellung im Fachbereich Jura und untersagte dem AStA der Uni, *„auf solche Plakate und Aushänge hinzuweisen, die Angriffe auf bestimmte politische Parteien oder einzelne Politiker enthalten"*.

„Zuvor hatte bereits der Dekan des Fachbereichs Jura, Prof. Dr. Fritz Sturm mit Unterstützung von RCDS-Mitgliedern Plakate mit Hinweisen auf die Ausstellung abgerissen" („Tat"). Bei ihrer Aktion zerstörten die RCDS'ler gleichzeitig Plakate von MSB und SHB, die über Wahlen zum Studentenparlament informierten. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg-Harburg

Kampf den Polizeiüberfällen

In den vergangenen Jahren haben die Polizeiüberfälle gegen Jugendzentren, streikende Kollegen und auf Demonstrationen in der BRD ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Nur vereinzelt wurde bisher gegen derartige Willkürmaßnahmen des bürgerlichen Staates Front gemacht. Vor allem mangelte es dabei häufig am gemeinsamen Handeln aller Betroffenen; erst recht war es schwierig, eine gemeinsame Kampffront mehrerer demokratischer Gruppen aufzubauen.

Die Polizeiüberfälle im Hamburger Bezirk Harburg/Wilhelmsburg, die sich in erster Linie gegen die Jugendlichen richteten, haben bereits eine längere „Tradition":

- **Im Dezember 1973 wird ein Jugendlicher, der ein Motorrad in „Bierlaune" gestohlen hat, von hinten angeschossen und schwer verletzt (vergl. AK 48).**
- **1974 wird ein genehmigter (!) Info-Stand der „KPD/ML" von Bullen in faschistischer Manier „abgeräumt".**
- **1974 überfällt die Polizei eine Jugendversammlung im Haus der Jugend Harburg. Auf die ca. 100 Versammelten wird brutal losgeprügelt. Ein Mädchen wurde von einem Polizeihund ins Bein gebissen.**
- **Polizeiüberfall auf den Jugendtreff „Bünte Bunker" in diesem Jahr.**
- **Im Mai dieses Jahres überfällt die Polizei ein selbstverwaltetes Jugendlokal und verwüstet einen Teil der Lokaleinrichtungen (vergl. REBELL 15).**
- **Im gleichen Monat führen mehr als 100 Polizisten eine Razzia gegen eine Diskothek durch. Etwa 65 Jugendliche werden vorübergehend festgenommen, zwei von Polizeihunden gebissen. Kommentar des Besitzers: „Das wäre selbst im Polizeistaat nicht möglich gewesen!".**
- **Hinzu kommen mehrere Aktionen der Polizei, wobei Einzelpersonen beim Flugblattverteilen und Zeitungsverkauf tätlich angegriffen und erkennungsdienstlich (!) behandelt werden!**

Die letzten beiden Polizeiüberfälle im Mai waren Anlaß für mehrere politische Organisationen, demokratische Gruppen und nichtorganisierte Jugendliche, sich in einer **„Initiative gegen die Polizeiwillkür in Harburg und Wilhelmsburg"** zusammenzuschließen. Nach ihren ersten beiden Sitzungen kam die Initiative zu dem Ergebnis, daß zunächst einmal massiv eine breite, demokratische Öffentlichkeit zu den Polizeiüberfällen geschaffen werden muß. Hieran soll in erster Linie mit Hilfe von Flugblättern, Artikeln in der demokratischen und kommunistischen Presse, Stellwänden, Straßendiskussionen etc. gearbeitet werden. Des weiteren wird zu den Polizeiaktivitäten bereits eine Bezirksveranstaltung geplant, die Mitte August stattfinden soll!

Es meldeten sich aber auch bereits die ersten „kritischen" Stimmen zu dieser demokratischen Initiative. Die DKP Harburg lehnte eine Teilnahme mit der Begründung ab, **daß man die Kräfte sinnvoller für den Bundestagswahlkampf einsetzen müsse und** nicht die Kräfte „verzetteln" dürfe.

Die Jusos in Harburg meinten sogar, daß die „ganze Sache ziemlich heikel" sei. **Denn teilweise hätten die Jugendlichen das Eingreifen der Polizei provoziert!**

Bemerkt werden muß hierbei noch, daß die DKP und die Jusos in Harburg in einer „Arbeitsgemeinschaft Harburger Jugendverbände" mitarbeiten, zu deren Mitgliedern mindestens ein aktiver Bulle (!) zählt, der u. a. in seiner Freizeit (!) zwei Mädchen beim Kleben von RBJ-Film-Club-Ankündigungen festnahm und erkennungsdienstlich behandeln ließ! ●

Bezirksgruppe Harburg
KB/Gruppe Hamburg

Homo-Sexuelle

Kampf gegen Vorurteile und Verhetzung verboten!

Daß die Bourgeoisie auf die Homosexuellen-Verketzerung als Mittel zur Spaltung und Verhetzung der Bevölkerung nicht verzichten will, zeigt erneut ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster vom März 1976.

In einem langen Rechtsstreit zwischen der Aachener „Gesellschaft für Sexualreform – Homosexuelle Aktionsgruppe" (GSR) und der Stadt Aachen verbot das OVG der Schwulengruppe, Flugblätter zu verteilen und einen Info-Stand aufzustellen.

Mit ihrer Aktion wollte die Gruppe *„auf die Unterdrückung von Minderheiten, speziell der Homosexuellen, aufmerksam machen und eine positivere Einstellung der Gesellschaft dieser Minderheit gegenüber erreichen"* (Sonder-Info der GSR).

Homosexuelle Aktionsgruppen, wie jene in Aachen, haben sich seit 1971 in allen größeren Städten der BRD gebildet, um den Kampf gegen die Diskriminierung aufzunehmen. Ihre Flugblattaktionen und Info-Stände wurden bisher von den Behörden geduldet. Dies soll offenbar jetzt anders werden. **Das Aachener Rechtsamt spricht von einem „Musterprozeß"!** Und die Richter des OVG in Münster verkünden, *„daß gegen ihren Spruch keine Revision statthaft sei"* (Aachener Nachrichten, 17.3.76).

Das Urteil stellt daher einen schweren Angriff auf das Recht der politischen Betätigung Homosexueller Aktionsgruppen dar!

Die Urteilsbegründung zeigt, wie sich Behörden und bürgerliche Massenmedien in die Hände arbeiten. Während weite Teile der Presse, TV-Sendungen, Schulbücher usw. die übelsten Horrorgeschichten über Homosexuelle verbreiten, verbietet es die Justiz, sich dagegen zu wehren. Ziel dabei ist es, einerseits die Masse der Schwulen so einzuschüchtern, daß sie krampfhaft bemüht sind, ihre Homosexualität (z.T. sogar vor sich selbst!) zu verbergen und andererseits in der „normalen" Bevölkerung ein absurdes Feindbild aufzubauen. Diese schweinische Minderheitenhetze funktioniert aber nur so lange, wie sich die Bevölkerung kein eigenes Bild von Homosexuellen und ihrer Lebensweise machen kann.

Die „Argumentation" der Behörde entlarvt sich daher selbst: So hätte die Aachener Flugblattaktion *„den Effekt gehabt, daß sie einen breiten Kreis (!) von Passanten in einer aufdringlichen Form auf die homosexuelle Betätigung bzw. Lebensweise hingewiesen hätte"*. Aufdringlich wäre die Form deshalb, *„weil die Veranstalter sich persönlich (!) zum Homosexuell-sein in der Öffentlichkeit bekennen wollten, zu diesem Zweck Passanten unmittelbar persönlich ansprechen wollten..."*.

Auch die wissenschaftlich unhaltbare und diffamierende Behauptung der Verführungsgefahr „Jugendlicher und Kinder" wurde bemüht: Durch die *„spezifische Atmosphäre"* der Straßenaktion (!) könnte es zu „Vertraulichkeiten" kommen. *„Ist erst einmal die Vertraulichkeit, zu der die gemeinsame Besprechung erfahrungsgemäß führt, zwischen zwei Menschen hergestellt, so ist bereits eine entscheidende (!!) psychologische Schranke gegen eine Intensivierung des Kontakts gefallen"*.

Um die Isolierung der Homosexuellen perfekt zu machen, verstieg sich die Behörde sogar zu der Wahnsinnsbehauptung, daß die Flugblattaktion *„die öffentliche Ordnung verletzt"* hätte. Unter Berufung auf das ‚gesunde Volksempfinden' wurde erklärt, daß *„sexuelle Informationsveranstaltungen ... von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als grober (!) Verstoß gegen Sitte und Anstand empfunden werden"* (alle Zitate nach GSR Sonder-Info). Das OVG bestätigte diese „Erkenntnisse", und auch ein Hinweis, daß in anderen Städten solche Flugblattaktionen durchgeführt würden, wurde abgeschmettert: Was unter Sitte und Anstand fällt, *„kann von Ort zu Ort verschieden sein"!*

Trotz alledem wird von einem „Musterprozeß" geredet. Diese „Argumentation" stellt nicht nur eine neue Qualität in der bürgerlichen Rechtssprechung gegen Homosexuelle nach der „Reform" von 1969 dar, sondern weckt auch üble Erinnerungen an den faschistischen Terror der Nazi-Zeit. Das OVG-Urteil setzt somit richtungsweisende Akzente: Wieder einmal soll eine „gesunde Mehrheit" vor einer „kranken und entarteten Minderheit" geschützt werden! ●

GEGEN DIE DISKRIMINIERUNG DER HOMOSEXUALITÄT!

•

Einige homosexuelle Genossinnen und Genossen des KB / Gruppe Hamburg

Wahnsinn — lebenslänglich

Am 22.6. wurde die Hauptangeklagte im „Schmücker-Prozeß" zu der Höchststrafe lebenslänglich verurteilt. Die anderen Angeklagten erhielten Jugendstrafen von acht, fünf, vier und vier Jahren. Der Kronzeuge Bodeux erhielt fünf Jahre Jugendstrafe. Die Klassenjustiz legt sich bei der Ausnutzung von provokatorischen Kronzeugen keinen Zwang auf! ●

IKAH (Hamburg)



Politische Verhöre

Gesinnungsterror

Willkür

Westberlin /

CDU-Bürgermeister Legien räumt mit „Verfassungsfeinden" auf

„Legien (CDU) fordert von Kommunisten freie Hochschulen, Straßen und Plätze" („Tagesspiegel", 15.6.75).

Diese Forderung will Dr. Roman Legien, Bezirksbürgermeister von Charlottenburg, auf ganz Westberlin anwenden, nachdem sie in seinem Bezirk schon lange Wirklichkeit ist.

Nach seiner Wiederwahl zum Bezirksbürgermeister im März 1975 versuchte er sich zum „Verfassungshüter" zu profilieren. Wie das aussieht, zeigt am besten der Fall der Gartenbau-Ingenieurin Rosi Fisch, gegen die Berufsverbot verhängt wurde.

„Am 18.3.1975 bekam ich, drei Monate nach Verlängerung des ersten Zeitvertrages um ein Jahr, o h n e vorherige Anhörung durch das Bezirksamt Charlottenburg eine fristlose Kündigung zugestellt. Begründung: Ich sei seit Februar 1972 Mitglied der ‚Liga gegen den Imperialismus'".

Rosi reagierte völlig überrascht, ebenso ihre Kollegen aber auch die Amtsleitung. Der Personalrat hatte der fristlosen Kündigung bedenkenlos zugestimmt.

Rosi klagte beim Arbeitsgericht auf sofortige Wiedereinstellung und versuchte ihre Arbeitsbereitschaft dem Bezirksamt zu zeigen, worauf
dem Bezirksamt zu zeigen, worauf
ihr Hausverbot erteilt wurde und – als sie das Haus nicht verlassen wollte – Bulleneinsatz angedroht wurde!

Zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen sagt Rosi:

„Ich war nie Mitglied der ‚Liga'. Ich habe in der fraglichen Zeit gegen Krieg und Unterdrückung demonstriert, dies war aber nie eine Sache der Organisation, sondern der Aktion. Ich habe Aufrufe unterzeichnet, die jeder Mensch, dem das Wort Mensch noch etwas sagt, unterzeichnen müßte. Mein Anspruch ist gewachsen aus christlicher Erziehung und politischer Bewußtwerdung. Es darf keine Kriege mehr geben und keine Unterdrückung. Wegen solchen selbstverständlichen Forderungen soll ich schon zu radikal für den Öffentlichen Dienst sein?

Wer ist tragbar für den Öffentlichen Dienst? Duckmäuser, Leisetreter, Leute, die zu allem ‚ja und Amen' sagen? Ich hatte nie die Möglichkeit, mich dem Bezirksamt gegenüber zu rechtfertigen, ich bekam einfach den Stempel ‚Verfassungsfeind' aufgedrückt".

Am 26.6.1975 erfolgte die Verhandlung beim Arbeitsgericht. Es wurde festgestellt, daß das Arbeitsverhältnis nicht aufgehoben sei. Das Urteil wurde rechtskräftig, nachdem das Bezirksamt die eingelegte Berufung zurückgenommen hatte.

Sie mußte aber feststellen, daß ihre Stelle seit Juli 1975 durch einen neuen Mitarbeiter besetzt war. Als es dann um die Verlängerung ihres Vertrages über den 31.12.75 hinaus ging, wurde ihr erklärt, daß sie nicht weiter beschäftigt werden könne – Stellenknappheit. Tatsache ist, daß der neue Kollege immer noch beschäftigt ist und daß sogar Neuausschreibungen stattgefunden haben.

Die Nichtverlängerung des Vertra- stattgefunden haben.

Die Nichtverlängerung des Vertrages war allein eine Entscheidung der Abteilung Personalverwaltung – eben dieser Burschen, die Rosi im März zur „Verfassungsfeindin" gemacht hatten.

Ein Gerichtsurteil ist in Rosi's Fall eindeutig umgangen worden. Sie klagt erneut beim Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung. Sämtliche Bewerbungen in anderen Bezirksämtern waren erfolglos.

SOLIDARITÄT MIT DEN VOM BERUFSVERBOT BETROFFENEN!

SPD „beruhigt" und schilt das Ausland

Nachdem sich der eine, Brandt, „geirrt hat" und der andere, Schmidt, „nie ein Freund von administrativen Mitteln zur Lösung des Radikalen-Problems" gewesen ist, ist die SPD nun dazu übergegangen, um „Verständnis" bei ihren sozialdemokratischen Schwesterparteien nachzusuchen.

Aber nicht nur um „Verständnis" wirbt sie dabei, sondern gleichzeitig verteilt sie auch „Schelte" an all diejenigen, die (aus welchen Gründen auch immer) ihre Kritik an den reaktionären Praktiken laut werden ließen.

So äußerte sich Schmidt in einem „Stern"-Interview, *„das von Mitterand initiierte Komitee sei ‚eine böse Sache', weil es von Voraussetzungen ausgehe, die nicht stimmten"* („Welt", 15.6.). Und er fügte noch hinzu: *„Das ist kein Verhalten, wie es unter Sozialdemokraten in der internationalen Zusammenarbeit üblich ist"* („Welt", 15.6.).

Durch die jetzt gestartete „Aufklärungskampagne" versucht die SPD ihren politischen Einfluß auf die „sozialistischen" Parteien Westeuropas auszubauen und in ihren Bemühungen, diese zu einem einheitlichen Block zusammenzuschließen, einen Schritt weiter zu kommen. Dabei geht es nicht um die Berufsverbote allein, sondern um die generelle Frage, wie sich die sozialdemokratischen Parteien in Zukunft zu der Rechtsentwicklung in der BRD verhalten sollen.

So werden in der vorgelegten Dokumentation die Führer dieser Parteien aufgefordert, „Verständnis" zu wecken für die Notwendigkeit „rechtsstaatlicher" Praktiken gegen die Linke, da diese in „unserer historischen Situation unverzichtbar" und wegen der „Konfrontation in einem geteilten Land" erforderlich seien.

Einen Erfolg konnte die SPD hierbei offenbar auf der Sitzung des „Bundes sozialdemokratischer Parteien in der EG" am 9. Juni verbuchen. SPD-Vorstandsmitglied Friedrichs berichtete, daß in Amsterdam *„zumindest manche Mißverständnisse bei den befreundeten Parteien ausgeräumt worden seien"* („FR", 12.6.).

Auf dem am 22.6. von der UNESCO veranstalteten internationalen Kolloquium verstand Brandt es als seine Aufgabe, *„mein land vor ungerechten Vorwürfen in Schutz zu nehmen"*, da er es außerordentlich bedauerlich finde, *„daß die Bürger der Bundesrepublik moralisch ins Abseits gestellt werden"* („FR", 24.6.).

Demagogisch wird von den SPD-Führern dabei so getan, als seien „die Bürger der BRD" angegriffen, wo es sich in Wirklichkeit um Angriffe auf die Verantwortlichen für die Berufsverbote handelt. Dieser Versuch geht in die gleiche Richtung wie der, das ganze deutsche Volk für die faschistische Terrorherrschaft verantwortlich zu machen.

Mitterand – Freund und Helfer der SPD

Mitterand, der nach der Gründung seines „Komitees ..." immer wieder betonte, daß dies nicht gegen die SPD gerichtet sei, will offenbar demnächst einen „Schlußpunkt" unter seine Kampagne setzen, da diese ihren Zweck bald erfüllt hat. Hinter den angeblichen Differenzen zwischen Mitterand und der SPD-Führung verbirgt sich wohl immer deutlicher ein abgekartetes Spiel mit dem Ziel, sich an die Spitze der Protestbewegung seines eigenen Landes zu stellen und der SPD international den Rücken zu stärken. In einer Rede vor seiner Partei in Dijon jedenfalls läßt Mitterand keinen Zweifel daran:

„Seht, ich war sehr betroffen, als einige gepfiffen haben, als die deutsche SPD erwähnt wurde. Das hat mich sehr erschüttert ..." Er wendet sich dagegen, *„daß die BRD, unter der Verantwortung der Sozialdemokratie fortfährt, jeden vom deutschen öffentlichen Dienst auszuschalten, der nicht als Diener der derzeitigen Ideologie angesehen wird. Bei meiner Beurteilung trage ich Rechnung, was man – ohne (?) zu lachen – eine b e s o n d e r e L a g e nennen könnte, die eines zweigeteilten besetzten Landes, ... und die selbstverständliche Verpflichtungen für die Wahrung der inneren Sicherheit mit sich bringt, die außerordentlich schwierig sind angesichts der Gleichheit von Sprache, Herkunft und Familie von Ostdeutschen (!) und Westdeutschen."* Kommentar überflüssig.

Mitterands Forderungen sind, daß zum einen der „Radikalenerlaß" (Ministerpräsidentenerlaß von 72) in den SPD-regierten Ländern aufgekündigt wird (was formal inzwischen geschehen ist), und daß die Sozialdemokraten *„alle bösen Sachen, die der Geist der Intoleranz blühen ließ"* beilegen.

Diese völlig unverbindlichen Forderungen zu „erfüllen", die für die tatsächliche Berufsverbotepraxis von überhaupt keiner Bedeutung sind, kostet die SPD nichts.

Jugendkommissionsvorsitzender Roth sieht auf die Frage, was die SPD noch tun könne, um das Thema „vom Tisch" zu bekommen, neue Profilierungsmöglichkeiten für seine Partei: *„Überzeugende Entscheidung im Einzelfall ist das Primäre. D.h. in Hessen steht die Frage an, ob der Kultusminister im Falle Gingold Berufung einlegen wird (das Berufsverbot war hier vom Verwaltungsgericht aufgehoben worden). In Nürnberg steht die Problematik des Lokomotivführers an (DKP-Mitglied, vom Berufsverbot betroffen) usw."* („ID", 17.6.).

„Überzeugende Überprüfung im Einzelfall", das bedeutet eben kein grundsätzliches Infragestellen des „Radikalenerlasses", das bedeutet weiterhin die Verfeinerung der Methoden der persönlichen Überprüfung, der Anhörungsverfahren, letztlich die A u s w e i t u n g der Verfassungsschutzschnüffeleien, denn eine „überzeugende Überprüfung des Einzelfalles" bedarf natürlich weit mehr „Belastungsmaterial" als die bloße Mitgliedschaft.

Deshalb wird dieses Problem trotz der Verrenkungen der SPD keineswegs „vom Tisch sein". Denn schon jetzt kündigt der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Jürgen Schmude an, daß *„Verfassungsfeinde keinen Zugang zum Öffentlichen Dienst haben"* („SZ", 14.6.). *„Dieser Grundsatz aber müsse mit ‚Behutsamkeit und Augenmaß' durchgesetzt werden. Perfektionismus und das Bemühen um ‚rigorose Durchsetzung' in allen in Betracht kommenden Fällen könnte das Ansehen des freiheitlichen Rechtsstaates ‚derart schädigen, daß der Nutzen für den von Verfassungsfeinden freien intakten Staatsapparat diese Nachteile bei weitem nicht aufwiegt'"* („SZ", 14.6.).

Der Staub, den die internationalen Proteste aufgewirbelt haben, soll sich etwas legen. Schon warnt der „liberale" Bundespräsident Scheel, daß *„wir es uns nicht leisten (können), uns wochen- und monatelang nur mit einem Problem zu beschäftigen und so zu tun, als gäbe es nichts Wichtigeres auf der Welt als den ‚Radikalenerlaß'"* („FAZ", 26.6.).

Für das liberale Image der SPD hat die Debatte genug gebracht; jetzt soll sie abgebrochen werden, ehe sie SPD-Wählerstimmen gefährdet.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg





Berufsverbote

Gewerkschaftsführer leistet Schützenhilfe

Nachdem die führenden Sozialdemokraten wie Schmidt und Brandt die in der BRD praktizierten Berufsverbote leugnen und demagogische Sprüche gegen das „Ausland" vom Stapel lassen, will nun auch die Gewerkschaftsführung Schützenhilfe leisten: der *„DGB will der im Ausland wachsenden Kritik an der Behandlung von Extremisten entgegentreten und eine Dokumentation vorlegen"*, kündigte DGB-Vorstandsmitglied Gerhard Schmidt an. („FAZ", 23.6.76).

Die Dokumentation solle im Ausland zur Verfügung gestellt werden. Schmidt sagte, *„auch im Ausland mehre sich die Kritik. Sie beruht jedoch zum großen Teil auf Unkenntnis und Vorurteilen"*. („FAZ", 23.6.).

Es wird vielmehr darauf ankommen, im Ausland die mit den Berufsverboten auf einer Stufe stehenden Extremistenerlasse gegen fortschrittliche und kommunistische Gewerkschafter seitens der Gewerkschaftsführung bekannt zu machen.

Chemie-Komitee

Italienischer Richterbund gegen Berufsverbote

Auf dem 16. Nationalkongreß des italienischen Richterbundes im Mai wurde eine Solidaritätsadresse für die „Opfer politischer Hexenjagd" in der Bundesrepublik verabschiedet. Die 60 hohen Juristen wenden sich in einem Brief an Bundesjustizminister Vogel, der bislang vom Bundesjustizministerium nicht veröffentlicht wurde. Das bestehende Beamtenrecht, auf das sich die Berufsverbotepraxis stützt, wird als Recht bezeichnet, *„das bereits in der Nazizeit seine verhängnisvolle Wirksamkeit entfaltet hat"*. Die Überprüfung durch den Verfassungsschutz und die „Anhörungsverfahren" werden als *„schwerwiegende Form ideologischer Inquisition"* bezeichnet, die mit *„polizeistaatähnlichen Einrichtungen"* durchgeführt werden („Deutsche Volkszeitung", 10.6.).

Berufsverbote-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

SPD betreibt weitere Verschärfung

In Bremen legte ein SPD-Fraktionsausschuß eine Vorlage für die Einstellung in den öffentlichen Dienst vor, dessen Grundlage ist, daß schon alle Vorschläge für Einstellungen überprüft werden. Diese Personenüberprüfung soll generell für alle Vorschläge gelten, ausgenommen vielleicht Praktikanten, und wird selbstverständlich vom Verfassungsschutz vorgenommen.

Bremens „fortschrittliche" SPD weist auch schon darauf hin, daß dies für die Bewerber und auch die Beschäftigten eine erneute Verschärfung bedeuten würde: Gibt es beispielsweise eine größere Zahl von Bewerbern gegenüber einer geringeren Zahl von Stellen (was zur Zeit fast die Regel ist), so werden unbequeme Bewerber geheim überprüft und aufgrund geheimgehaltener „Erkenntnisse" einfach abgelehnt (offiziell wird dann natürlich „Stellenknappheit" angegeben). Für die SPD soll diese Vorlage ein sicheres Mittel sein, die Berufsverbote mehr zu kaschieren und damit auch einer breiteren Kritik an den Berufsverboten besser entgegenzuwirken.

Denn eine Überprüfung findet in jedem Fall statt und nicht, wie von vielen anderen SPD-Politikern gefordert, in „begründeten Einzelfällen".

Vergleicht man diese angestrebte Praxis mit einigen frommen Sprüchen von Bremens SPD-Chef Koschnik, wo er sagt: *„Wir haben festgestellt, daß die Formen der Überprüfung Ausmaße angenommen haben, die wir nicht gesehen haben und die wir nicht gewollt haben"*, wird einem klar, daß die SPD, auch in Zeiten des Bundestagswahlkampfes, die Überprüfungspraxis und den Gesinnungsterror vorantreibt.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Bereits 1973 gab es breite Proteste gegen die Berufsverbote. So demonstrierten im April dieses Jahres beispielsweise in Dortmund, Hamburg und Stuttgart allein ca. 20.000 Menschen gegen den „Radikalenerlaß" der Ministerpräsidenten vom Januar 1972.

Damals gelang es wesentlich der SPD-„Linken" gemeinsam mit den Revisionisten, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen.

Für den SPD-Parteitag in Hannover vom April 1973 lagen Anträge aus 15 Bezirks- und Landesverbänden der SPD vor, in denen die Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses gefordert wurde. Die CDU nahm dieses auch damals zum Anlaß, um aus vollen Rohren gegen die SPD zu schießen, sie würde die Schleusen für Kommunisten öffnen, die diesen Staat unterwandern und zerschlagen wollen usw. Angesichts der breiten Proteste vertrat Brandt schon damals, *„daß bei vernünftiger Anwendung der vorhandenen Gesetze der gleiche Effekt einfacher zu erzielen wäre, als mit dem Erlaß"* („FR", 7.3.73). Man einigte sich dann auf dem Parteitag auf eine für die Berufsverbotepraxis völlig unerhebliche und unverbindliche „Neuinterpretation" des Erlasses, um eine *„gleichmäßige (!) Handhabe* (der vorhandenen Gesetze) *sicherzustellen."* (Neugebauer, „Welt", 18.4. 1973).

Dieses als Fortschritt der „Linken" zu verkaufen, ließen sich die Juso-Führer auch damals nicht nehmen: Auf der „internationalen Konferenz gegen die Berufsverbote" am 12.5.73 tönte Juso-Ex-Chef Roth: *„Wenn dieser Beschluß in die Tat umgesetzt wird, müssen alle bisherigen Berufsverbote aufgehoben werden!"* Der „Radikalenerlaß" sei somit *„faktisch vom Tisch"* („MoPo", 14.5.73).

Dies war vor drei Jahren. Ungerührt von solchen Sprüchen hat die SPD/FDP-Regierung weiter „ganze Arbeit" in Sachen Berufsverbotepraxis geleistet. Die Unverfrorenheit, sich selbst jetzt wieder als „Gegner der Berufsverbote" darzustellen, macht den Sozial„demokraten" keiner nach.

Wahldiskussion

Seit dem Aufruf und Vorschlag des LG des Kommunistischen Bundes zur Wahldiskussion ist in den meisten Teilen unserer Organisation inzwischen über unser Eingreifen in die Bundestagswahl-Kampagne diskutiert worden. Derzeit liegen Stellungnahmen aus 19 Ortsgruppen bzw. örtlichen Sympathisantengruppen vor. Zahlreiche Stellungnahmen aus Betriebs- und Branchenzellen sowie aus den Bezirken liegen in Hamburg vor.

Dennoch bleibt kritisch festzustellen, daß zahlreiche Ortsgruppen bzw. Sympathisantengruppen noch keine Berichte geschickt haben, daß auch aus Hamburg noch viele Berichte fehlen. Wir bitten dringend darum, die fehlenden Berichte noch zu schikken!

Einhellig geht aus den Berichten hervor, daß eine erneute Wahlempfehlung der SPD – wie 1972 – für uns nicht in Frage kommen kann. Davon abweichende Meinungen gibt es nur ganz vereinzelt innerhalb der Zellen und Gruppen; eine gewisse Rolle scheinen derartige Tendenzen (Überlegungen, ob vielleicht doch noch einmal die Wahl der SPD empfohlen werden sollte) nach den vorliegenden Berichten nur in Duisburg und in Elmshorn zu spielen.

Allerdings zeigen die Berichte auch, daß noch nicht ü b e r a l l Klarheit über den Charakter unserer Wahlempfehlung für die SPD 1972 besteht. So „verteidigen" einige Genossen unsere damalige Entscheidung als „Wahl des kleineren Übels" (Genossen in Westberlin) und sprechen teilweise sogar davon, die SPD sei zu dem von ihr praktizierten Rechts-Kurs erst später von der Bourgeoisie und der CDU gedrängt worden. Andererseits richten manche Genossen auch die Kritik an unsere Organisation, wir hätten 1972 die SPD als „kleineres Übel" empfohlen (Bochum, Heidelberg).

Durchweg läßt sich sagen, daß es sich bei derartigen Standpunkten (ob sie sich nun als falsche verstandene „Verteidigung" oder als Kritik an der „Politik des kleineren Übels" äußert) um Genossen und Gruppen handelt, die erst in der Zeit nach 1972, zum Teil erst vor sehr kurzer Zeit, zu unserer Organisation gestoßen sind, und die teilweise ihr „Wissen" über unsere konkrete Politik 1972 vorwiegend aus den demagogischen Entstellung des KBW bezogen haben.

Richtig ist, daß es 1972 in Teilen unserer Organisation in Verbindung mit der Wahlempfehlung für die SPD und der gesamten damaligen Entwicklung (Massenbewegung gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU) auch vereinzelt rechtsopportunistische Standpunkte gab, die jedoch rasch korrigiert wurden. Zum besseren Verständnis unserer damaligen Politik empfiehlt sich insbesondere die Lektüre der Artikelfolge zur SPD (AK 20 bis 22), des Artikels „Schritt halten!" (AK 26) und des Artikels zum Mißtrauensvotum der CDU/CSU(AK 19).

Neben der nahezu einhelligen Ablehnung einer erneuten Wahlempfeh-

Neben der nahezu einhelligen Ablehnung einer erneuten Wahlempfehlung für die SPD besteht nach den vorliegenden Berichten eine breite Übereinstimmung, daß ein linkes Wahlbündnis die beste Möglichkeit für ein Eingreifen in die Wahl-Kampagne bieten würde.

Hierbei zeigt sich allerdings sogleich ein Problem, das dann doch wieder Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten ist: Die allgemeine Einschätzung ist, daß es trotz aller Bemühungen doch einigermaßen unrealistisch sein wird, das Zustandekommen eines linken Wahlbündnisses zu erhoffen. Hingewiesen wird vor allem auf die vollständige Sekten-Blindheit von DKP und KBW, während von „Sponti"- und SB-Kräften noch einiges erwartet wird und außerdem von Genossen der GIM zum Teil Zustimmung oder zumindest Diskussionswilligkeit berichtet wird (die GIM hat eine Eigenkandidatur beschlossen, was aber bei vielen Genossen der GIM bis heute nicht „geschluckt" ist).

Insgesamt zeichnen sich zwei Tendenzen ab:

- Die erste Tendenz orientiert sich, wenn auch durchweg ohne falsche Illusionen, auf die Möglichkeit des Zustandebringens eines linken Wahlbündnisses, zumindest auf örtlicher Ebene.
- Die zweite Tendenz geht von der Einschätzung aus, daß das Zustandekommen eines Wahlbündnisses ausgeschlossen ist, und daß man von vornherein auf andere Möglichkeiten orientieren muß.

Hierzu gibt es wiederum drei unterschiedliche Meinungen: Wahlboykott, Eigenkandidatur oder eine „linke" Wahlempfehlung (DKP oder KBW).

Insgesamt läßt sich sagen, daß die mehrheitliche Meinung folgende ist: Jetzt mit aller Kraft eine öffentliche Auseinandersetzung innerhalb der Linken über die Wahltaktik initiieren und dabei schwerpunktmäßig ein linkes Wahlbündnis propagieren; im Falle des Nichtzustandekommens eines Wahlbündnisses halten sich die Meinung: Wahlempfehlung für eine der kandidierenden „linken" Organisationen, und: Wahlboykott (wobei es dann besonders darauf ankäme, den bürgerlichen Parlamentarismus zu entlarven und die Parole zu propagieren: „Keine Stimme den bürgerlichen Parteien") etwa die Waage. In den meisten Berichten wird diese Frage noch offengelassen bzw. es werden unterschiedliche Meinungen in den Einheiten dargestellt.

Zur Problematik eines linken Wahlbündnisses bestehen bei manchen Genossen offensichtlich resignative Vorstellungen, die etwa beinhalten: Was soll's, daraus wird doch nichts, also braucht man sich auch nicht groß darum zu bemühen! – Das ist allerdings deutlich eine Minderheit; inzwischen haben zahlreiche Ortsgruppen und örtliche Symathisantengruppen „Offene Briefe" an die Organisationen der Linken am Ort veröffentlicht und zu einer öffentlichen Diskussion der Wahl-Taktik, teilweise auf Diskussionsveranstaltungen, aufgefordert. In Frankfurt ist bereits eine Diskussionsveranstaltung angesetzt worden, die gemeinsam getragen werden soll vom SB, der SAG, der GIM, dem Spartacus-Bund (Trotzkisten), der Bürgeraktion gegen Neonazismus und unseren Genossen.

Wenn die Frage des linken Wahlbündnisses und der öffentlichen Auseinandersetzung in der Linken diskutiert wird, dann sollte klar sein, daß sich dieses Vorgehen nicht an dem Punkt kurzfristiger Erfolgsaussichten festmachen kann. Selbst dann, wenn kein Wahlbündnis zustande kommt und wenn die Mehrheit der Mitglieder von DKP und KBW an ihrer hohlköpfigen Verweigerung jeder Diskussion festhalten, ist es nicht umsonst und auch keine „Taktik", heute anhand des Eingreifens in die Bundestagswahlen und ausdrücklich mit der Parole eines linken Wahlbündnisses eine Auseinandersetzung zu eröffnen. Denn in j e d e m Fall wird diese Auseinandersetzung zur Klärung von Standpunkten beitragen und sie wird helfen, Hindernisse abzubauen und aus dem Weg zu räumen, die heute einem linken Wahlbündnis und allgemein der Aktionseinheit im demokratischen Kampf noch entgegenstehen. Es ist völlig richtig, wie von manchen Ortsgruppen gesagt und auch schon praktisch angegangen wird, die Diskussion über ein linkes Wahlbündnis von Anfang an eng zu verknüpfen mit der Frage der Aktionseinheit i n s g e s a m t. Für falsch halten wir jedoch eine, von manchen Genossen vollzogene, alternative Gegenüberstellung – etwa in der Art: Mit dem Wahlbündnis wird es doch nichts, also propagieren wir stattdessen (!) lieber die Aktionsein-

es doch nichts, also propagieren wir

stattdessen (!) lieber die Aktionseinheit allgemein! ...

Was die Wahlempfehlung für eine der kandidierenden Gruppierungen mit linkem Anspruch angeht, bestehen fast überall, wo diese Frage diskutiert wurde (vor allem bei der Diskussion in Hamburg spielte sie praktisch gar keine Rolle, da dort die meisten Genossen eine Stimmabgabe für die DKP oder gar den KBW angesichts der örtlichen Bedingungen für völlig absurd halten), erhebliche „Bauchschmerzen".

Insbesondere bestehen starke Bedenken gegen eine Wahlempfehlung für die KBW (Karlsruhe, Heidelberg, Kiel, Bochum), oder eine solche wird sogar für „außer Diskussion" und völlig unmöglich gehalten (Stuttgart, Emden).

Hervorgehoben wird als Grund nicht nur die wahnwitzige und selbstmörderische Politik des KBW, sondern auch *„daß Organisationen wie der KBW dann mit ihren Stimmen, die sie aufgrund der Unterstützung anderer erhalten haben, für ihren eigenen Laden hausieren gehen"* (Heidelberg). Man habe *„keine Böcke, KBW zu empfehlen, damit er sich anschließend groß brüsten kann"* (Kiel). *„Es ist wirklich zuviel verlangt, zur Wahl von offensichtlichem Schwachsinn aufzurufen, noch dazu, wenn die Stimmabgabe ohnehin nur von den Parteiladenpolitikern als Zustimmung zu dem verbratenen Stuß ausgewertet wird. Denn eine relevante andere Funktion hat die Stimmabgabe nicht"* (Emden). *„Die Parole ‚Schrott wählen' halten wir für die schlechteste Lösung"* (Bielefeld).

Als zusätzlicher Grund wurde noch angeführt, daß der KBW sich mit seiner Wahnsinns-„Politik" mancherorts derart verhaßt und lächerlich gemacht hat, daß eine Wahlempfehlung für den KBW uns selber schaden würde.

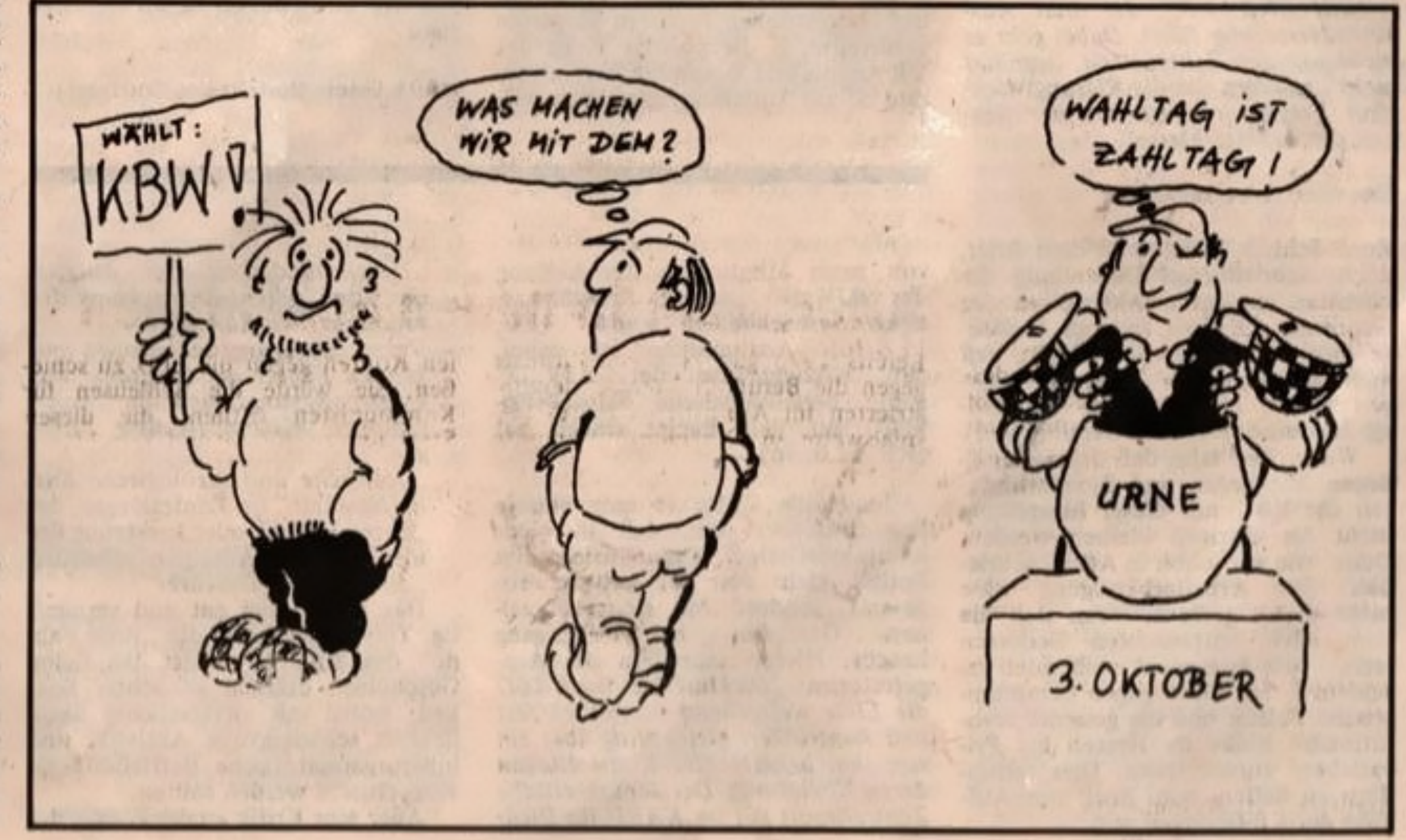
Es zeigt sich bei manchen Genossen ein Unverständnis dafür, daß eine Wahlempfehlung für KBW oder DKP nicht die schärfeste Kritik an diesen Haufen ausschließt. So wurde etwa argumentiert, man könnte doch nicht jemand zur Wahl empfehlen, den man selbst derart scharf kritisiert. Diese Argumentation halten wir grundsätzlich für unrichtig. Allerdings ist hier konkret zu fragen, wieweit sie im Einzelfall angesichts der politisch-moralischen Zersetzung des KBW und angesichts des Sektierertums der DKP (verbunden mit Gewalttätigkeiten gegen unsere Genossen beim AK-Verkauf etc.) ihre Berechtigung hat.

Insgesamt zeigte es sich, daß den starken Bedenken gegen eine Stimmabgabe für den KBW nicht ebensolche gegen die DKP gegenüberstanden. Viele Genossen, die sich zu diesem Thema äußerten, halten die DKP für schon eher wählbar als den KBW. Nur ein (!) Genosse vertrat nach den vorliegenden Berichten die These, daß der KBW gegenüber der DKP sozusagen das „kleinere Übel" sei.

Darin kommt einerseits zum Ausdruck, daß die DKP insgesamt wohl von vielen Genossen für „rationaler" gehalten wird als der KBW und daß ihr außerdem größere „Chancen" eingeräumt werden als dem KBW, überhaupt eine zählbare Zahl von Stimmen (mehr als 0,1 %) zu bekommen. Zu überprüfen wäre allerdings auch,

men (mehr als 0,1 %) zu bekommen. Zu überprüfen wäre allerdings auch,

wieweit sich darin Illusionen verbergen, daß die DKP vielleicht „weniger schlimm" als der KBW sei. Das wäre unserer Meinung nach falsch! Im Gegenteil: Die DKP ist zwar eindeutig weniger lächerlich als der KBW, aber gerade darum auch viel gefährlicher als diese Kasper-Sekte. Der Gedanke einer E i g e n k a n d i d a t u r ist in verschiedenen Ortsgruppen diskutiert worden, naturgemäß am stärksten in Hamburg – aber auch in Göttingen, Flensburg und Lübeck. Die bisher erkennbare Gesamt-Tendenz ist freilich eher zurückhaltend, wenn auch in Hamburg eine gewisse „Sympathie" für eine Eigenkandidatur leicht das Übergewicht hat.



DKP selbstgefällig wie eh und je

Der Parteivorstand der DKP hat sich Mitte Juni mit den Bundestagswahlen beschäftigt (siehe „UZ", 14.6.76). Herausgekommen ist im wesentlichen die eitle Selbstzufriedenheit und Selbstbeweihräucherung, die das hervorstechendste Merkmal dieser Partei ist. Da ist die Rede von einer „erfolgreichen Bilanz" der DKP seit ihrem Bonner Parteitag (März); die Arbeit der DKP seither sei *„von großem Elan geprägt"*. So kommt denn auch die Ankündigung der DKP nicht überraschend, einen *„offensiven, aktionsbezogenen Bundestagswahlkampf"* führen zu wollen, der außerdem auch noch *„aktiv"* und *„ideenreich"* sein soll.

Dieser Ankündigung entspricht es wohl, wenn jetzt allerorten die DKP aus ihrem Dauerschlaf zu erwachen scheint und plötzlich hektische „Aktivitäten" an den Tag legt, mit denen der Eindruck erweckt werden soll, bei der DKP wären die Belange der Bevölkerung am besten aufgehoben. Denn niemand ist *„so entschieden", so kompromißlos"* usw. wie die DKP – zumindest, wenn man ihren Sprüchen über sich selbst Glauben schenkt.

Die Behauptung: *„Nur wer DKP wählt, stimmt gegen das große Kapital"*, ist vom DKP-Parteivorstand als einer der zentralen Parolen für die nächsten Monate festgelegt worden. *„Wer sich am 3. Oktober für eine Politik der arbeitenden Menschen, für die linke Alternative und gegen das große Kapital entscheiden will, der muß (!) DKP wählen"* („UZ"). Der Mangel an vorzuweisenden Taten und Erfolgen der DKP soll offensichtlich wieder wettgemacht werden durch eine verstärkte Selbstbeweihräucherung der DKP, Diffamierung aller Organisationen und Bewegungen l i n k s von der DKP und moralischen Druck (‚Wer gegen das Großkapital ist, m u ß DKP wählen!'). Angesichts des geringen realen Einflusses der DKP **(sie wird einige Mühe haben, ihre 0,3% von den Wahlen 1972 auch nur zu halten!)** ist dieses Getue besonders schädlich und verwerflich. **Will man etwa behaupten, daß in der BRD nur 0,3% „für eine Politik der arbeitenden Menschen" seien?!**

Aus der Stellungnahme des DKP-Parteivorstands geht außerdem hervor, daß die DKP auch diesmal nicht auf die peinliche Vorstellung verzichten will, sie könnte die notwendigen 5 % (!) erreichen und in den Bundestag einziehen. *„Kandidaten mit Rückgrat müssen in den Bundestag"*. Und die gibt's bekanntlich nur bei der DKP. *„Notwendig ist, daß Vertreter*

die gibt's bekanntlich nur bei der DKP. „Notwendig ist, daß Vertreter

der DKP in Bonn Sitz und Stimme erhalten". In den Bundestag gewählt werden möchte eine Partei, die mangels e i g e n e r Taten und Erfolge in ihrer „Erfolgsbilanz" ganz selbstherrlich die *„zunehmende Kampfbereitschaft"* der Werktätigen (Druckerstreik, Demonstrationen am 1. Mai) auf ihr eigenes Konto verbucht. Die DKP wird zweifellos nicht in den Bundestag kommen. Sie ist auch keineswegs eine Partei, die konsequent für die Interessen des arbeitenden Volkes kämpft. Eine Stimmabgabe für die DKP könnte höchstens e i n e Form sein, am 3. Oktober seine Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen auszudrücken.

Einspruch gegen „KPD"-Kandidatur

Laut „UZ" vom 15. Juni hat der von der DKP dirigierte „Zentrale Arbeitskreis für die Aufhebung des KPD-Verbots" beim Bundeswahlleiter Einspruch gegen die Kandidatur der vaterländischen „KPD" erhoben. Die Namensgebung der „KPD" sei *„mißbräuchlich"*, da diese *„weder organisatorisch noch in der politischen Zielsetzung etwas mit der verbotenen KPD zu tun"* habe. *„Es handelt sich nicht nur um einen Verstoß gegen private Namensrechte, sondern auch um die Verletzung der Bestimmungen des Parteiengesetzes, die festlegen, daß sich der Name einer Partei von den Namen von bereits bestehenden Parteien deutlich unterscheiden muß"* („UZ", 15.6.76).

Ebenso hat die DKP schon einmal vor einigen Jahren die Kandidatur der „KPD/ML" zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen zu Fall zu bringen versucht. Noch einen Schritt weiter sind die portugiesischen Revisionisten gegangen, die einer Reihe von Organisationen das Führen von Hammer und Sichel als Symbol gerichtlich verbieten lassen wollten.

Geht dieser Trend weiter, so sollte man sich nicht wundern, wenn die DKP demnächst die bürgerlichen Gerichte bemüht, um sich ein Monopol auf die Bezeichnung „kommunistisch" zu erstreiten. Eine komplizierte Aufgabe für die Justiz! . . .

„Arbeiterbund...": Angst vor der öffentlichen Auseinandersetzung?

Als wohl letzte Gruppierung der Linken hat der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" bis jetzt immer noch keine Stellungnahme zu den Bundestagswahlen abgegeben. Spricht man Genossen vom „Arbeiterbund..." darauf an, so meinen sie fast alle ganz selbstverständlich, daß der AB wohl wieder – wie schon 1972 – auch heuer zur Wahl der SPD aufrufen würde. Aber schriftlich und mit Argumenten begründet hat das wohl noch keiner gesehen!

Möglich, daß ein versteckter Hinweis anläßlich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg in der „KAZ" des „Arbeiterbund" vom 18.4.76 in diese Richtung geht: *„...Entlarvt ist die Sozialdemokratie überhaupt erst dann, wenn die Konsequenz die Wendung zum Kommunismus ist. Dahin führt noch ein langer Weg. Wenn Kommunisten da zur SPD-Wahl aufrufen, dann um ihn zu verkürzen..."*.

Das Bestreben der „Arbeiterbund"-Führung scheint es allerdings zu sein, mit der Veröffentlichung und Begründung ihrer Stellungnahme zu den Bundestagswahlen solange wie irgend möglich zu warten, um einer offenen Auseinandersetzung zu entgehen. Daß diese Auseinandersetzung inzwischen „an der Basis" ihrer Organisation schon begonnen hat, können sie allerdings damit nicht verhindern.

Differenzen bei den Trotzkisten

Differenzen bei den Trotzkisten

Wie in AK 81 und 82 berichtet, hatte das ZK der trotzkistischen GIM ohne innerorganisatorische Diskussion die Eigenkandidatur der GIM bekanntgegeben. Diese Entscheidung, die selbst innerhalb des ZK umstritten war, erfuhren die meisten GIM-Mitglieder erst aus ihrer Zeitung. Es gab entsprechende Proteste gegen diesen bürokratischen Akt.

Statutengemäß wurde mit Unterstützung von mindestens einem Viertel der GIM-Mitglieder durchgesetzt, daß eine endgültige Entscheidung von der „Nationalen Konferenz" getroffen werden sollte. Diese „Nationale Konferenz" fand am 29/30. Mai statt; 86 Delegierte namen als Vertreter von 37 örtlichen Grundeinheiten der GIM daran teil.

In der entscheidenden Schlußabstimmung ergab sich eine absolute Mehrheit für die Eigenkandidatur der GIM. Daneben gab es drei Minderheitspositionen:

- Die stärkste Minderheitsgruppe war für eine Eigenkandidatur „in ausgewählten Wahlkreisen", daneben jedoch für eine „kritische Unterstützung der SPD". Diese Position vertrat auch eine Minderheit des GIM-ZK.
- Eine weitere Gruppe sah die Eigenkandidatur als *„schweren Fehler"* an, da *„wesentliche Kriterien"* (Entwicklungsstand der GIM, Grad der Verankerung in der Arbeiterklasse, Erprobung des Programms in der Praxis) nicht erfüllt seien.
- Eine dritte Gruppe, angeblich nur von einem Teil der Delegierten einer Ortsgruppe repräsentiert, sprach sich für ein Wahlbündnis mit anderen Organisationen aus. (laut „was tun", 10.6.76)

Die GIM-Führung hat inzwischen, im Gegensatz zu ihrem ersten Wahlaufruf, ihre Bereitschaft erkennen lassen, *„mit allen Organisationen der Linken"* über *„gemeinsame schwer-*

punktmäßige Aktionen", *„Wahlabkommen"* und *„kritische Unterstützung anderer Listen"* zu sprechen. Daran anknüpfend hat der Kommunistische Bund der GIM schriftlich ein Gespräch vorgeschlagen, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu konkretisieren.

Keine Wahlempfehlung des SB für eine der kandidierenden Parteien

Wie in AK 81 und 82 berichtet, hatte sich das Sozialistische Büro (SB) als einzige Organisation außer dem KB für eine öffentliche Auseinandersetzung über das Eingreifen der Linken in die Wahlkampagne ausgesprochen. Das wurde ausdrücklich als Gegensatz zu *„den meisten sozialistischen und kommunistischen Organisationsansätzen in Westdeutschland"* hervorgehoben, wo *„die Argumentation zur Bundestagswahl im geschlossenen Kreis dieses oder jenes ‚Zentralkommitees' bereits vorgeklärt"* sei („links", Mai '76). Es erschienen auch in der Tat bisher d r e i persönlich gezeichnete Stellungnahmen in „links" vom Mai und Juni. Die erste Stellungnahme (Mai) ließ die Frage letztendlich offen, deutete aber die Möglichkeit einer Stimmabgabe für die DKP an. Von den beiden anderen Stellungnahmen (Juni) erklärte die eine die ganze Diskussion um das Wahlverhalten der Linken als dummes Zeug; die Wahl sei Privatsache und sowieso nur ein Rummel. Die dritte Stellungnahme sprach sich für eine *„Politisierung von Enthaltungsmotiven"* (entspricht wohl aktivem Wahlboykott) aus.

Wir hatten noch im Mai an das SB geschrieben und um ein Gespräch über eine mögliche Zusammenarbeit in der Wahlkampagne gebeten. Aus der Antwort, die wir jetzt erhielten (21. Juni) geht leider hervor, daß trotz der Bekenntnisse zur öffentlichen Auseinandersetzung inzwischen im SB eine Vorentscheidung gefallen ist: Der Delegiertenrat des SB hat am 19/20. Juni beschlossen, „daß das SB keine Wahlempfehlung für eine der kandidierenden Parteien aussprechen wird" (Brief). Diese Entscheidung ist leider getroffen worden, ohne daß vom SB öffentlich (d.h. vor allem in „links") wirklich die Auseinandersetzung aufgenommen worden wäre, insbesondere auch mit den unter linkem Anspruch kandidierenden Parteien oder Organisationen.

In dem Brief des SB wird uns zugleich als Gesprächstermin Anfang September vorgeschlagen. In der September-Ausgabe von „links" sollen auch *„verschiedene Positionen über ein mögliches Wahlverhalten veröffentlicht werden"* (Brief).

Es liegt auf der Hand, daß wir Anfang September, einen Monat vor den Wahlen (!), mit dem SB kaum noch wirksam über eine Zusammenarbeit in der Wahlkampagne und schon gar nicht mehr über Möglichkeiten eines Wahlbündnisses sprechen können. Dafür wird es dann leider zu spät sein. Wir meinen außerdem, daß dieser Terminvorschlag des SB kein allzu großes Interesse an einer derartigen Zusammenarbeit erkennen läßt, was wir sehr bedauern. Wir meinen auch, daß eine Veröffentlichung alternativer Wahlpositionen erst im September im wesentlichen ihren Zweck verfehlen wird – zumal angesichts der bereits getroffenen Vorentscheidung, keine Wahlempfehlung für eine der kandidierenden Parteien auszusprechen und angesichts der Tatsache, daß zu einem solchen Zeitpunkt die Möglichkeiten von Eigenkandidatur und Wahlbündnis eh ausscheiden werden.

Insofern registrieren wir enttäuscht, daß es mit der vom SB zunächst angekündigten öffentlichen Diskussion über das Wahlverhalten doch nicht soweit her zu sein scheint. „Wir wollen aber auf jeden Fall mit den Genossen im Gespräch bleiben, zumal wir auf dem Anti-Repressionskongreß des SB zu Pfingsten und in der Zusammenarbeit gegen das Kissinger-Vorster-Treffen Erfahrungen gemacht haben, die sich insgesamt doch sehr positiv vom Verhalten der meisten anderen Organisationen und Gruppen mit linkem Anspruch abheben.

AK-Redaktion
25.6.76

KAB„D"

Wohin gehen die Ausgetretenen?

Wie in AK 82 berichtet (leider war der Artikel im Lay out total durcheinander geraten) ist die seit Jahren andauernde Unterdrückung innerer Widersprüche im KAB„D" im Mai dieses Jahres in einer größeren Abspaltung zum Ausdruck gekommen.

Bei den Ausgetretenen (bzw. zum Teil Ausgeschlossenen) handelt es sich nach ihren eigenen Angaben um:

- Alle saarländischen Ortsgruppen des KAB„D" und seiner Jugendorganisation RJV„D";
- die Mehrheit der hessischen Ortsgruppen des RJV„D";
- die Ortsgruppe Frankfurt des KAB„D" und eine weitere hessische Ortsgruppe;
- die Mehrheit der Schüler (MLSG) und Studenten (KSG) des KAB„D" in Frankfurt.

Unter den Abgespaltenen befinden sich:

- vier von neun (!) Mitgliedern der Leitung des RJV„D";
- ein Mitglied der Leitung des KAB„D" sowie u.a. ein Redakteur des KAB„D"-Organs „Rote Fahne" und ein Redakteur des vom KAB„D" produzierten Pseudo-„Rebell" sowie eine Reihe weiterer Funktionäre des KAB„D" und RJV„D".

Immer offensichtlicher wird jetzt, sowohl aus den Stellungnahmen der Ausgetretenen selbst wie auch aus der „Roten Fahne" des KAB„D", daß schon seit Jahren innere Widersprüche im KAB„D" administrativ oder mit schwungvollen Schnacks abgewürgt worden sind, und daß dabei der jetzt 70jährige frühere Kommunist Willi Dickhut (ehemaliger KPD-Funktionär, später Gründungsmitglied und hoher Funktionär der „KPD/ML") als Chef der sogenannten „ Zentralen Kontrollkommission" (ZKK) des KAB„D" nach Gutdünken schaltet und waltet wie ein kleiner Gott.

So erfährt man erst jetzt nebenbei, daß die ZKK (d.h. Dickhut) *„im letzten Jahr gegen Mitglieder der damaligen Verbandsleitung* (des RJV„D" – Anm. AK) *Parteistrafen aussprechen mußte"* (RF, 11.6.76). Dickhut s ZKK war es dann auch, die kurzerhand Beschlüsse der Leitung des KAB„D" für „linksopportunistisch" erklärte und das einzige Leitungsmitglied, das sich dieser Anordnung zu widersetzen wagte, ausschloß (RF, 28.5. 76). Ebenso war es Dickhut, der vier

ten „ Zentralen Kontrollkommission" (ZKK) des KAB„D" nach Gutdünken schaltet und waltet wie ein kleiner Gott.

So erfährt man erst jetzt nebenbei, daß die ZKK (d.h. Dickhut) *„im letzten Jahr gegen Mitglieder der damaligen Verbandsleitung* (des RJV„D" – Anm. AK) *Parteistrafen aussprechen mußte"* (RF, 11.6.76). Dickhut s ZKK war es dann auch, die kurzerhand Beschlüsse der Leitung des KAB„D" für „linksopportunistisch" erklärte und das einzige Leitungsmitglied, das sich dieser Anordnung zu widersetzen wagte, ausschloß (RF, 28.5. 76). Ebenso war es Dickhut, der vier

von neun Mitgliedern der Leitung des RJV„D" *„wegen Fraktionstätigkeit ausschließen mußte"* (RF, 11.6.76). Anzumerken ist dabei, daß witzigerweise der RJV„D" eine „organisatorische Selbständigkeit" auf dem Papier stehen hat (RF, 11.6. 76).

Jedenfalls dürfte es eine einmalige Situation sein, daß in einer kommunistischen Organisation die Politik nicht von der Leitung insgesamt, sondern von einem einzelnen Genossen im Alleingang kuscht. Hierzu schreiben die Ausgetretenen: *„Dickhut legt im KABD die Linie weitgehend persönlich fest und kontrolliert gleichzeitig über ein von ihm beherrschtes Kontrollorgan deren Einhaltung. Der demokratische Zentralismus gilt im KABD für Dickhut nicht."* (‚Gemeinsame Erklärung' der Ausgetretenen).

W. Dickhut ist auch verantwortlich für den „Aufnahmestop für Intellektuelle" im KAB„D", der zu kuriosen Organisationsformen für die natürlich trotzdem beim KAB„D" vorherrschenden Intellektuellen geführt hat. Denselben „Aufnahmestop für Intellektuelle" hatte Dickhut schon einmal 1969 in der „KPD/ML" durchgesetzt. Dieser Beschluß wurde damals jedoch bald wieder rückgängig gemacht.

Der „Aufnahmestop für Intellektuelle" konnte im übrigen im KAB „D" eine Situation nicht verhindern, die die Ausgetretenen in ihrer ‚gemeinsamen Erklärung' folgendermassen beschreiben: **„Je höher die Leitung, desto mehr altgediente SDS-Funktionäre findet man"** (SDS: Eine in der Studentenrevolte 1967/68 einflußreiche Studentenorganisation; der KAB„D" wurde in erster Linie von Mitgliedern des Tübinger SDS gegründet).

Die ausgetretenen Mitglieder des KAB„D" und RJV„D" sowie MLSG und KSG haben sich vorläufig folgendermaßen organisiert:

- In Hessen als KAB (revolutionärer Weg) mit der Jugendorganisation RJ(ML) und der Studentengruppe KSG Frankfurt;
- im Saarland als KAB-Saar.

Zwischen KAB (RW) und KAB-Saar *„bestehen kameradschaftliche Kontakte"* (‚Gemeinsame Erklärung').

Die erste öffentliche Stellungnahme der Ausgetretenen (‚Gemeinsame Erklärung') zeigt ausschließlich Kritik am Arbeitsstil des KAB„D", jedoch nicht an seiner politisch-ideologischen Linie, auf die sich die Ausgetretenen sogar ausdrücklich berufen (*‚Wir betrachten uns als Fortsetzer aller positiven Errungenschaften und Traditionen des KABD und seiner Vorläufer"*).

So kritisieren die ausgetretenen Genossen:

- *„Opportunistische Aufnahmepolitik"*;
- Schulung nicht mit den „Klassikern", sondern mit *„leichtverdaulichen selbstgeschriebenen Einführungen"*;
- *„Trott und Gleichgültigkeit in ideologischen Fragen"*, der KAB„D" sei *„zu einem idyllischen Schrebergarten mit ungetrübtem Familienfrieden"* geworden;

fen (*‚Wir betrachten uns als Fortsetzer aller positiven Errungenschaften und Traditionen des KABD und seiner Vorläufer"*).

So kritisieren die ausgetretenen Genossen:

- *„Opportunistische Aufnahmepolitik"*;
- Schulung nicht mit den „Klassikern", sondern mit *„leichtverdaulichen selbstgeschriebenen Einführungen"*;
- *„Trott und Gleichgültigkeit in ideologischen Fragen"*, der KAB„D" sei *„zu einem idyllischen Schrebergarten mit ungetrübtem Familienfrieden"* geworden;

- *„Unselbständigkeit der Mitglieder"* und *„Nicht-Entwicklung der proletarischen Kader"*;
- Vernachlässigung der *„großen und kleinen Führer der spontanen Arbeiterbewegung"* und der *„vielen Gruppen klassenbewußter Kollegen"*;
- *„politische und ideologische Enthaltsamkeit"* im Zentralorgan, der ‚Roten Fahne', oder Ersetzung der ideologischen Auseinandersetzung *„durch wildes Geschrei"*.

Das klingt alles gut und vernünftig. Tatsächlich hatte die „Rote Fahne" des KAB„D" meist den faden Geschmack dreimal gekochter Socken, wobei mit altväterlicher Betulichkeit schwungvolle Aktivität und innerorganisatorische Betriebsamkeit vorgetäuscht werden sollten.

Aber eine Kritik an der Politik des KAB„D" kann mit Notwendigkeit nicht bei seinem Arbeitsstil stehen bleiben. Wer davon spricht, daß im KAB„D" der politisch-ideologische Kampf nicht geführt wurde und daß Meinungsverschiedenheiten vertuscht wurden, der muß auch sagen, für w e l c h e Auffassungen er denn im KAB„D" streiten wollte und w e l c h e Meinungsverschiedenheiten vertuscht wurden.

Darüber findet sich kein Wort, obwohl beispielsweise die zahlreichen „ML"-Dusseleien des KAB„D" (Angola, chinesische Außenpolitik u.a.) schon ein schreiender Grund für eine kritische Auseinandersetzung wären. So findet sich andererseits in der ‚Gemeinsamen Erklärung' der Ausgetretenen kein Wort zur Abgrenzung oder Einschätzung gegenüber den bestehenden vaterländischen oder kommunistischen und sonstigen linken Organisationen – außer daß diese a l l e s a m t pauschal der *„Bildung eigener Königreiche"* und der *„Zirkeldiplomatie"* beschuldigt werden, wofür konkret keine Beweise gebracht werden.

Besonders ‚gut" ist der Kommunistische Bund weggekommen, dem die Ausgetretenen zusätzlich noch vorwerfen, er sei *„opportunistisch"*, *„trotzkistisch"* und *„trotzkistisch-revisionistisch unterwandert"*. Diese Märchen, die sie mit keinem Wort inhaltlich begründen, haben sie wahrscheinlich von Dickhut gehört...

Auf diesem Stand der Dinge stellt sich den ausgetretenen Genossen die Frage, worin sie sich politisch-ideologisch eigentlich tatsächlich vom KAB„D" unterscheiden – außer ihrem Versprechen, alles besser machen zu wollen. Den von ihnen an die Adresse von Dickhut und Co. gerichteten Vorwurf: „Ersetzung der ideologischen Auseinandersetzung durch wildes Geschrei" können sie sich jedenfalls nach ihrer b i s h e r i g e n Polemik gegen andere Organisationen, speziell den KB, auch selbst ans Hemd stecken. Wir hoffen indessen, daß die Genossen auch zu qualifizierteren Äußerungen fähig sein könnten und suchen örtlich und zentral das Gespräch und die Auseinandersetzung mit ihnen, wozu das LG des Kommunistischen Bundes auch einen Brief an sie geschrieben hat.

Am Rande bemerkt: Es kreisen schon die vaterländischen Aasgeier! Die „KPD" hat etwas gerochen und „begrüßt" den Austritt der Genossen aus dem KAB„D" lebhaft, wobei sie (höchst ungewöhnlich!) über eine halbe Seite Passagen aus der ‚Gemeinsamen Erklärung' der Ausgetretenen abdruckt. Im Übrigen wird ihnen die

teten Vorwurf: „Ersetzung der ideologischen Auseinandersetzung durch wildes Geschrei" können sie sich jedenfalls nach ihrer b i s h e r i g e n Polemik gegen andere Organisationen, speziell den KB, auch selbst ans Hemd stecken. Wir hoffen indessen, daß die Genossen auch zu qualifizierteren Äußerungen fähig sein könnten und suchen örtlich und zentral das Gespräch und die Auseinandersetzung mit ihnen, wozu das LG des Kommunistischen Bundes auch einen Brief an sie geschrieben hat.

Am Rande bemerkt: Es kreisen schon die vaterländischen Aasgeier! Die „KPD" hat etwas gerochen und „begrüßt" den Austritt der Genossen aus dem KAB„D" lebhaft, wobei sie (höchst ungewöhnlich!) über eine halbe Seite Passagen aus der ‚Gemeinsamen Erklärung' der Ausgetretenen abdruckt. Im Übrigen wird ihnen die

„Einheit der Marxisten-Leninisten", d.h. letztlich natürlich der Eintritt in *„unsere Partei"* ans Herz gelegt („KPD"-RF, 16.6.76).

Die Genossen müßten ja bescheuert sein, wenn sie diesen Lockungen folgen und geradewegs vom Regen in die Traufe rennen!

Nachtrag:

Nach Abschluß dieses Artikels bekamen wir noch die „Gründungserklärung des Kommunistischen Arbeiterbundes Kassel/Aufbaugruppe" (KABK/AG), eine weitere Gruppe ausgetretener ehemaliger Mitglieder und Sympathisanten des KAB„D" bzw. RJV„D". Ihrer Gründungserklärung zufolge stimmt die kasseler Gruppe mit der ‚Gemeinsamen Erklärung' der anderen Ausgetretenen inhaltlich überein. *„Mit ihnen werden wir uns gründlich auseinandersetzen und kameradschaftlich zusammenarbeiten. Bevor wir uns jedoch mit einer überregionalen Gruppe vereinigen, muß eine tiefgehende Klarheit in allen wesentlichen ideologischen, politischen und organisatorischen Fragen als Boden für einen Zusammenschluß erkämpft werden"*. Auch aus der Erklärung der Kasseler Gruppe ist leider zu entnehmen, daß die Genossen vorerst den Blick in erster Linie nach rückwärts richten wollen (Untersuchung der Entwicklung des KAB„D" etc.).

Berichte aus anderen Städten zeigen, daß vor allem in den kleineren „Stützpunkten" des KAB„D" noch einige Verwirrung über die Vorgänge herrscht, weil man „nicht so richtig durchblickt". Weitere Austritte sind zu erwarten.

Na also!

Weitere Austritte aus dem KBW

In AK 82 (S. 46) berichteten wir von zunehmenden Austritten aus dem KBW. Mehrere Austrittserklärungen lagen uns vor. Wir bemerkten dazu allerdings, daß die Mehrzahl der Austretenden offenbar keine Austrittserklärungen verfaßt und sich viele ehemalige KBWler auch einfach nur resigniert ins ‚Privatleben' zurückziehen.

Inzwischen wurde uns eine weitere Austrittserklärung von einem Genossen aus einer Stadt in Baden-Würt-

Aktivitäten hetzt, denen sie meist nicht gewachsen sind. Überdies: mitten in der Aktion kommt der Zurückpfiff, eine erneute Kurskorrektur. Das hat besonders viele Mitglieder der Hochschulorganisation mürbe gemacht. Hatten sie, bloß als Beispiel, mühsam einigen Kommilitonen klar gemacht, daß alle ihre Kämpfe ‚akademisch' seien und nichts mit ‚demokratischen Kämpfen' zu tun, selbst kaum davon überzeugt, hieß es nun plötzlich wieder was ganz

Na also!

Weitere Austritte aus dem KBW

In AK 82 (S. 46) berichteten wir von zunehmenden Austritten aus dem KBW. Mehrere Austrittserklärungen lagen uns vor. Wir bemerkten dazu allerdings, daß die Mehrzahl der Austretenden offenbar keine Austrittserklärungen verfaßt und sich viele ehemalige KBWler auch einfach nur resigniert ins ‚Privatleben' zurückziehen.

Inzwischen wurde uns eine weitere Austrittserklärung von einem Genossen aus einer Stadt in Baden-Württemberg zugeschickt, wo mehrere Mitglieder bzw. Sympathisanten sich vom KBW getrennt haben. In dem Brief heißt es u.a.:

„Mit Interesse haben wir Euren Artikel im ARBEITERKAMPF 82 über Austritte aus dem KBW gelesen. Wir möchten Euch bestätigen,daß Eure Einschätzungen vollständig zutreffend sind ...

Richtig ist, daß die Mehrheit der Genossen, die aus dem KBW und seinen Unterorganisationen austreten, sich zurückzieht, zumindest aus dem organisierten politischen Leben, nicht etwa aus dem Klassenkampf überhaupt. Das liegt durchaus daran, daß die KBW-Führung mit einem gewissen Geschick einerseits vorspiegelt, daß nur sie in der Lage sind, eine richtige Linie zu entwickeln, daß die anderen Organisationen allesamt bürgerlich seien und daß Nichtmitgliedschaft im KBW gleichbedeutend mit ‚Privatleben' sei und andererseits auch die Mitglieder insgesamt sich wenig mit den Fragen der revolutionären Politik selbständig befassen, also mit anderen Positionen wenig vertraut sind und dem Alleinvertretungsanspruch des KBW gegenüber in die Resignation getrieben werden. Nach meinen Erfahrungen in ..., aber auch in vielen anderen Städten trifft dies vor allem für die proletarischen Genossen zu. Viele der wenigen Arbeiter im KBW haben sich in letzter Zeit zurückgezogen (die Anzahl der ohnehin geringen Betriebszellen und ihrer Mitglieder im Betrieb ist jeweils um ein Drittel zurückgegangen, zugunsten einer Aufblähung der Stadtteilzellen, d.h. der ‚übrigen Volksmassen' im KBW) ...

Im wesentlichen ... gelten die von Euch aufgeführten Differenzen als bestimmend für die Austritte. Oft verdeckt auch hinter Rauchvorhängen wie ‚zuviel Arbeit': dahinter steckt allerdings nichts anders, als daß der KBW seine Mitglieder angesichts des ‚raschen Neuaufschwungs der Massen und des KBW' in tausend Aktivitäten hetzt, denen sie meist nicht gewachsen sind. Überdies: mitten in der Aktion kommt der Zurückpfiff, eine erneute Kurskorrektur. Das hat besonders viele Mitglieder der Hochschulorganisation mürbe gemacht. Hatten sie, bloß als Beispiel, mühsam einigen Kommilitonen klar gemacht, daß alle ihre Kämpfe ‚akademisch' seien und nichts mit ‚demokratischen Kämpfen' zu tun, selbst kaum davon überzeugt, hieß es nun plötzlich wieder was ganz anderes.

Ich will nun hier im einzelnen nicht die ganzen politischen Auseinandersetzungen aufgreifen. Es ging uns nur darum, zu bestätigen, daß 1. Eure Einschätzung bezüglich der wesentlichen Differenzen, 2. bezüglich des Umfangs der Austrittsbewegung korrekt sind, 3. auch bezüglich der Haupttendenz: Resignation".

In dem Brief wird außerdem angekündigt, die Gruppe ausgetretener Mitglieder des KBW und seiner Unterorganisationen in dieser Stadt wolle *„sich in Zukunft bemühen, die offenen Fragen der revolutionären Bewegung zu erörtern, dabei bewußt die Auseinandersetzung mit den wichtigsten revolutionären Zirkeln suchen und dabei sich gerade auch an Zeitungen wenden, wie etwa den ARBEITERKAMPF, der diese Auseinandersetzung führt. Dabei geht es nicht um den Sektenstreit, ‚wer hat recht', sondern um die Klärung wichtiger Fragen im Interesse der Einheit der Arbeiterklasse"*.

Das wäre zu begrüßen!

Zum Schluß heißt es in dem Brief, nach einer kurzen Darstellung der nächsten geplanten Aktivitäten der Genossen: *„Soweit nun als konkrete Information, damit Ihr seht, daß nicht alle Genossen sich zurückgezogen haben, sondern jetzt erst richtig beginnen, vorwärtszukommen ..."*.

Wir hoffen sehr, daß diese ehemaligen Mitglieder und Sympathisanten des KBW mit dieser Einstellung nicht die einzigen bleiben werden. Denn, wie wir schon in AK 82 schrieben: Der Arbeiterbewegung wäre nicht damit gedient, wenn sich die vom KBW enttäuschten Genossen jetzt – wie es zumeist wohl noch geschieht – mit Groll gegen kommunistische Politik und die gesamte revolutionäre Linke im Herzen ins ‚Privatleben' zurückziehen. Dies verhindern zu helfen, wird auch eine Aufgabe der KB-Gruppen sein.

KBW kontra Afrikanischen Studentenverein

Am 18. Juni fand in Stuttgart eine Veranstaltung des KBW zur Lage in Südafrika statt. Schon vor der Veranstaltung erfuhr man aus einem Flugblatt der ASten der Kunstakademie und der Fachhochschule Druck von einem typischen Täuschungsmanöver des KBW: Er hatte diese beiden ASten ganz frech als Mitaufrufende zu der Veranstaltung ausgegeben, was sich beide entschieden verbaten.

Während der Veranstaltung schlug der Stuttgarter Afrikanische Studentenverein eine Resolution vor, die 1. das Vorster-Kissinger-Treffen und den faschistischen Terror in Südafrika verurteilte; 2. die positive Rolle der VR Angola und Mosambik hervorhob; und 3. zur Unterstützung dieser beiden Staaten sowie der SWAPO (Namibia), der ZANU (Zimbabwe) und des ANC (Südafrika) aufrief.

Der KBW protestierte entschieden wegen der Hinweise auf Angola und erreichte es in der Abstimmung (90 : 30), daß der 2. und 3. Punkt der Resolution gestrichen wurden.

Die „KPD" brachte dann noch eine Resolution ein, die das „Hegemonialstreben der beiden Supermächte" verurteilte. So weit wollte der KBW allerdings diesmal nicht gehen, zumal diese Resolution den deutlichen Beifall von drei anwesenden NPD-Faschisten fand.

(Nach einem Bericht aus Stuttgart)

Kurzmeldungen aus der „ML“-scene

Kürzlich besuchte der französische Generalstabschef Mery die VR China. Es gab die bei solchen Anlässen schon üblichen Schöntuereien und Abschleckereien. So pries der Militarist *„die ruhmreiche Tradition der chinesischen Armee“* und fand *„zahlreiche Berührungspunkte in der Frage der Verteidigungskonzeption“*. Artig revanchierte sich der chinesische Generalstabschef, indem er u.a. erklärte: *„Wir sind glücklich, feststellen zu können, daß immer mehr Staaten und Völker Westeuropas Tag für Tag deutlicher erkennen, von wem die Kriegsgefahr ausgeht, der sie sich gegenübersehen. Sie erheben ununterbrochen ihre Stimme für die Einheit, für die Stärkung ihrer Kräfte, um die Sicherheit zu wahren“* (Zitate nach „Rote Fahne“ der „KPD“, 16.6.76).

Einer, der seine Stimme ganz besonders laut erhebt, ist General Mery selbst. Mery ist Autor einer neuen „Verteidigungskonzeption“ des französischen Imperialismus, nämlich der „Voraus-Schlacht“, d.h. einer „Verteidigung“ nicht an den Grenzen Frankreichs, sondern an der Ostgrenze der Bundesrepublik. Dieses Konzept sieht auch den Einsatz von Atomwaffen mit kurzer Reichweite vor, die nun anstelle der BRD die DDR verwüsten sollen. Merys Konzeption sieht zugleich eine Wiedereingliederung Frankreichs in die NATO und eine engere „Allianz“ mit dem US-Imperialismus vor.

Die „KPD“ sah sich veranlaßt, die-

Merys Konzeption sieht zugleich eine Wiedereingliederung Frankreichs in die NATO und eine engere „Allianz“ mit dem US-Imperialismus vor.

Die „KPD“ sah sich veranlaßt, die-

sen Militaristen und Kriegstreiber gegen Kritik in Schutz zu nehmen: Seine *„Einschätzung“* sei *„realistisch“*, und sei ein Ausdruck der *„Tatsache, daß sich innerhalb der französischen Bourgeoisie, namentlich in den Reihen der Gaullisten, eine politische Linie zu formieren beginnt, die ihre Militärstrategie in erster Linie gegen den russischen Kriegstreiber orientiert“* –was ja nach Meinung der Vaterlandsverteidiger immer eine gute Sache ist („RF“, 16.6.76).

***

Wie in AK 82 berichtet, hat den KBW ein Mißgeschick getroffen: Die von ihm jahrelang total blind und einseitig unterstützte palästinensische Widerstandsorganisation FDLP liebäugelt ganz unverhohlen mit der DKP. Pfui Spinne aber auch! Zeit für eine Neuorientierung beim KBW. An die Front mußte wieder KBW-Chefhistoriker Hager, der kürzlich schon die kolossale Geschichtsfälschung über die faschistische FNLA (Angola) verbrochen hat (siehe gleichfall AK 82, S.45). Über eine Seite weg schildert Hager in der „KVZ“ vom 17. Juni die *„PLO – Führerin des palästinensischen Volkes“*.

Die PLO ist die „Dachorganisation “ eines T e i l s des palästinensischen Widerstands. Sie erfaßt vor allem Al Fatah und die FDLP. Der andere Teil des palästinensischen Widerstands ist in der „Ablehnungsfront“ zusammengeschlossen (Ablehnung der sogenannten „politischen Lösung“). Hierzu gehört insbesondere die PFLP. Die Organisationen der „Ablehnungsfront“ sind aus der Politischen Führung der PLO ausgeschieden. Von diesen Widersprüchen spricht Hager mit keinem Wort in seinem ansonsten wieder sehr geschwätzigen (eine Seite „historischer Abriß“!) Artikel. **Er erwähnt die „Ablehnungsfront“ überhaupt nicht, ebensowenig die FDLP!**

Wenn die KBW-Führung meinen sollte, damit der Verlegenheit entgehen zu können, in die sie durch den revisionistischen Seitensprung der FDLP geraten ist, so liegt sie allerdings schief! Nicht weniger als die FDLP unterhält die PLO insgesamt enge freunschaftliche Beziehungen zur „sozialimperialistischen “ Sowjetunion und wird von dieser materiell unterstützt, wofür Vertreter der PLO auch allezeit anerkennende Worte gefunden haben. Darüber kann Hager in seinem Artikel auch mit dem üblichen Gezeter gegen „sozialimperialistische Einmischung“ nicht wegtäuschen.

„Mit 15.000 Söldnern“ hält die Sowjetunion *„Angola besetzt“* (laut „KVZ“ des KBW, Ortsbeilage Hamburg, 17.6.76). Die Gefahr droht jetzt auch uns! *„1.500 bis 2.000 Castro-Agenten“* sollen demnächst das christliche Ausland überschwemmen, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu untergraben. Geleitet wird das Unternehmen von dem stellvertretenden cubanischen Ministerpräsidenten Carlos (?!) Rafael Rodriguez. Die cubanische *„Europa-Brigade“* soll über Luxemburg oder Paris *„in Zusammenarbeit mit den bei den dortigen Sowjetbotschaften arbeitenden KGB-Agenten in die europäischen Länder geschleust werden“*. Diese cubanischen Söldner ***„sollen schwerpunktmäßig in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer subversiven Tätigkeit beginnen“***.

Dies meldet nicht die „KVZ“ oder der „Pardon“, sondern die westdeutsche Spionage- und Märchenerzählerorganisation BND („Bundesnachrichtendienst“), laut „Spiegel“ vom 24.5.76. Hierzu der Kommentar des Bundeskriminalamtes (BKA): *„Der Inhalt der Meldung dürfte zutreffen. Die Angaben über die Größe der ‚Europa-Brigade‘ werden, weil unbestätigt, mit Vorbehalt weitergegeben“*.

Wird also wohl demnächst in der gesamten „ML“-scene der Ruf erschallen müssen: „Cubanische Söldner raus aus Deutschland!“.

Wird also wohl demnächst in der gesamten „ML“-scene der Ruf erschallen müssen: „Cubanische Söldner raus aus Deutschland!“.

***

Gefahr droht leider auch im Südpazifik. Davon weiß Neuseelands Ministerpräsident Muldoon (gilt in Peking als aussichtsreichster Kandidat für den begehrten Titel „Wachsamster Staatsmann des Jahres“!) ein Lied zu singen. Er erklärte, *„die Sowjetunion werde zweifellos in diese Region vorstoßen. Dafür gebe es bereits Anzeichen im Inselkönigreich Tonga“* („FAZ“, 21.5.76). Dieses Südsee-Paradieschen ist so winzig, daß es wohl den meisten Menschen noch gar nicht bekannt ist - und doch hat es schon die lüsternen Blicke der „neuen Kreml-Zaren“ erregt. Sei's drum: „Sozialimperialisten, Finger weg von Tonga!“.

***

Nicht zuviel, sondern zuwenig wird vom BRD-Imperialismus aufgerüstet, meint die vaterländische „KPD“, wobei sie das Wort Aufrüstung auch noch ausdrücklich in Anführungszeichen setzt: *„Die DKP/MSB-Führer versuchen den Massen einzureden, die BRD torpediere durch ihre ‚Aufrüstung‘ die Entspannung. In Wahrheit torpediert die westdeutsche Monopolbourgeoisie die militärische Verteidigung der Unabhängigkeit Europas. So erklärte Leber in verleumderischer Manier und unter Beifall der Revisionisten in Marburg, daß sich die BRD nicht zum Werkzeug Pekings in ihrem Konflikt mit der Sowjetunion machen lasse. Den Volksmassen kann nicht gleichgültig sein, welche Militärpolitik die Bourgeoisie betreibt, ob sie dem Druck der Sozialimperialisten nachgibt oder Anstalten zur nationalen Verteidigung macht, auch wenn die Militärpolitik der Bourgeoisie immer gleichzeitig gegen die Volksmassen gerichtet ist“*. Schlecht kommt auch der KBW weg, dessen Gegeifere gegen den „russischen Sozialimperialismus“ von der „KPD“ als ungenügend empfunden wird: **„Die Politik des KBW leistet den DKP-MSB-Führern Unterstützung“**. Der Meinung sind wir zwar schon lange, aber doch wohl nicht in dem Sinn, wie es die „KPD“ meint! (Alle Zitate aus einem Flugblatt der „KPD“/KSV zur Bonner „Abrüstungsdemonstration“ am 22.Mai 76).

Eine dankenswerte Lektion über den Begriff der „Nichteinmischung“ erteilte kürzlich die PAC, eine von der chinesischen Regierung und der internationalen „ML“-Bewegung unterstützte Spaltergruppe in Südafrika. In einer Erklärung der PAC zu Angola heißt es laut „Rote Fahne“ des KAB„D“ (11.6.76): *„Wir verurteilen erstens die Anwesenheit südafrikanischer Streitkräfte in Angola und fordern deren Rückzug. Wir verurteilen zweitens die kubanischen Streitkräfte und fordern deren Rückzug. Und wir verurteilen drittens die sowjetischen Streitkräfte, die, auch wenn als Techniker verkleidet, dort sind, um die MPLA im Gebrauch von modernen Waffen zu unterrichten ... Wir verurteilen auch sie und verlangen, daß sie abziehen. Wir verurteilen jede ausländische Einmischung in Angola“*.

Abzuwarten bleibt, wie lange diese Provokateure noch brauchen, bis sie auch den Abzug sowjetischer Techniker, Ausbilder etc. aus zahlreichen a n d e r e n Staaten (Mosambik, Guinea, Guinea/Bissao, Somalia etc.) oder womöglich auch aus Vietnam fordern, und dies als Politik der „Nichteinmischung“ ausgeben! Die PAC wird übrigens außer vom KAB„D“ auch von der „KPD“ und der „KPD/ML“ unterstützt, die derzeit eine Tournee mit diesen Vögeln durchführen. Dabei ist es anfänglich zu Reibereien zwischen diesen beiden „einzigen Parteien der deutschen Arbeiterklasse“ ge-

derzeit eine Tournee mit diesen Vögeln durchführen. Dabei ist es anfänglich zu Reibereien zwischen diesen beiden „einzigen Parteien der deutschen Arbeiterklasse“ ge-

kommen, weil anscheinend die Besitzverhältnisse an der PAC nicht geklärt waren. Inzwischen hat man sich gütlich auf „halbe,halbe“ geeinigt ...

Der KBW unterstützt, trotz eindeutiger Angebote der PAC, jedoch nicht diese, sondern eine weitere Spaltergruppe, die sich „ANC – African Nationalist“ nennt (nicht identisch mit dem ANC!)!

***

Offensichtlich inspiriert von mindestens zehn Jahre alten „Bild“-Artikeln über den „grauen Zonen-Alltag“ gab der „Tote Morgen“ der vaterländischen „KPD/ML“ eine erheiternde Darstellung der 1.Mai-Demonstration in Berlin (DDR):„*Auf der Demonstration selbst herrschte eine eisige, graue (!) und traurige Atmosphäre. Schaute man sich um, so sah man lauter leere, müde und ausdruckslose Gesichter. Die Leute bewegten sich in stumpfem Trott, als ungeordnete Masse, ohne den geringsten Schwung.*“ Am Rande ist zu vermerken, daß in der DDR natürlich auch Würstchen und Bier *„billig, geschmacklos und ordinär“* schmecken und in den S-Bahnen *„ein fürchterliches Geschiebe und Gedränge“* herrscht (alle Zitate aus dem „RM“, 12.6.76).

Redaktionelle Anmerkung

Außer einigen in diesem AK verwendeten Berichten lagen uns noch weitere Berichte über Veranstaltungen des KBW vor, aus denen dessen rasantes zahlenmäßiges Abwirtschaften und seine geistigen Purzelbäume hervorgehen. Wir danken den Genossen, die uns diese Berichte geschickt haben, und bitten die Ortsgruppen und Sympathisanten des KB, uns auch weiterhin solche Berichte (auch von Veranstaltungen anderer Organisationen) zu schicken. Wir bitten aber um Verständnis, wenn wir aus Platzgründen immer nur einen Teil der Berichte direkt im AK verwenden können.

AK-Redaktion

Darüber schmunzelt der Kommunist

„Die KPD/ML rechnet den KB Nord ins Lager gerade jener Kräfte, die die Aufsplitterung der revolutionären Kräfte verewigen wollen, ins Lager des durch den revisionistischen Verrat beflügelten Trotzkismus. Seine Führer sind Agenten des Kapitals und Verräter am Sozialismus, sind Verräter an den Interessen des deutschen Volkes. Mit dem KB Nord ist deshalb keine revolutionäre Einheit möglich.

Sicher, scheinbar liegt der KB Nord mit z.B. der trotzkistischen IV.Internationale im Streit, und unter der Fahne des Trotzkismus sind noch mehr ständig miteinander im Streit liegende Gruppen und Fraktionen versammelt; ihnen allen gemeinsam aber sind bestimmte Grundzüge in ihrem Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Bewegung ... Die KB-Führer haben außerdem ihre internationale trotzkistische Wühlarbeit gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung verstärkt und rufen zur Gründung einer neuen V.Trotzkistischen Internationale auf.“

(Zitate aus einer Schmunzelbroschüre der „KPD/ML“: „Kommunistischer Bund = Konterrevolutionäre Trotzkisten“).

„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“

Nicht Worte zählen, sondern Taten!

Einen herzbewegenden Aufruf zur „Einheit gegen rechts“ hat das dem bayrischen **„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“** nahestehende „Anti-Strauß-Komitee“ veröffentlicht. Von der Parole *„Der Feind steht rechts“* bis zu der Aufforderung, *„die trennenden Punkte nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern das Verbindende“* fehlt kaum einer der Sprüche, den auch die DKP gern vom Stapel läßt, wenn's um das Thema „Aktionseinheit“ geht.

Moralische Appelle hat das „Anti-Strauß-Komitee“ reichlich auf Lager, wie etwa *„Einheit jetzt – ehe es zu spät ist“, „Wir brauchen a l l e Kräfte“, „Gemeinsamkeiten haben wir viele“* usw. Adressat dieser Werbung ist offenbar vor allem die DKP, die jedoch alle Einladungen verschmäht, und statt dessen ebenso vergeblich um die SPD balzt. Es ist schon ein Kreuz mit diesem Wechselspiel verschmähter Liebhaber und würde reichlich Stoff für eine komische Operette bieten! ...

Was die Beschwörung des „Arbeiterbunds“ und des „Anti-Strauß-Komitees“ letztlich wert sind, zeigt sich daran, wie schwer sich die Genossen tun, wenn es um Zusammenarbeit mit dem Kommunistischen Bund geht. So lehnten sie es in Regensburg ab, eine Chile-Veranstaltung gemeinsam mit dem KB durchzuführen, weil das (von der DKP dominierte!) örtliche Chile-Komitee nicht mittun wollte. Und nicht besser verhält sich die „Arbeiterbund“-Führung auch in der Frage der politisch-ideologischen Auseinandersetzung. So weigert er sich beispielsweise seit Monaten, das unter Kommunisten Selbstverständlichste zu tun, nämlich einen Vorwurf (der KB vertrete „trotzkistische Positionen“!!) auch inhaltlich zu begründen.

Die Genossen vom „Arbeiterbund“ können noch soviel von „Gemeinsamkeiten“ und „Aktionseinheit gegen rechts“ reden – wenn sie nicht endlich konsequent Taten folgen lassen, ist . ihr ganzes Geredes nichts wert! Vorerst hat es leider ganz den Anschein, als wollte sich die Führung des „Arbeiterbund“ auf dem direkten Weg mit der DKP „vereinigen“ – indem sie ihr in den Arsch kriecht! ...





Oje, oje – der KBW ! ...

Chiles Junta fortschrittlich ?

Mitte Juni trafen sich in Frankfurt Vertreter von 24 „Chile-Komitees“ der BRD, in denen zumeist die trotzkistische GIM und der kopflose KBW dominieren. Für „Spaß bei der Beerdigung“ sorgte wieder einmal der KBW. „Was tun“, Zeitung der GIM, berichtete darüber (24.6.):

„ ... Ein zweites Thema wurde maßgeblich von den maoistischen Vertretern eingebracht: die Frage des Sinns (oder Unsinns) der Forderung nach wirtschaftlichem Boykott der Junta. Ausgangspunkt war eine verwirrende Diskussion eines Freiburger Genossen, der, ausgehend von Chiles Haltung auf der Konferenz von Nairobi, Chiles Charakter als abhängiges, neokolonialistisches Land in Frage stellte und gar die chilenische Forderung in Nairobi als Ausgangspunkt für eine Demokratisierung Chiles darstellte.“

Hoffnungsvoll vermerkt „Was tun“ allerdings: *„Schon jetzt zeichnet sich jedoch ab, daß die maoistischen Delegierten (meist KBW) keineswegs alle bereit sind, dieser hirnrissigen Position zu folgen“*.

Warten wir ab, was die „Komische Volkszeitung“ dazu schreibt! Es sei noch einmal daran erinnert, daß der KBW schon in der Chile-Kampagne im September 1974 krampfhaft und dummdreist bemüht, war, die Rolle des US-Imperialismus in Chile zu verharmlosen und den faschistischen Putsch für eine *„weitgehend nationale Angelegenheit“* zu erklären (vergl. AK 47)!



Freche Provokation der Revisionisten!

Getarnt als *„Pressemitteilung“* der „KPD/ML“ (mit gedrucktem Briefkopf und Aufdruck auf dem Briefumschlag!) ging bei der AK-Reaktion eine freche Provokation ein, die eindeutig die Handschrift der DKP trägt. Die Aufforderung „Mit der Bitte um Veröffentlichung“ am Ende des Schriebs soll offensichtlich zur Verbreitung dieser Provokation beitragen.

Bei diesem Machwerk der DKP geht es um Hetze gegen die VR Albanien. So werden in Form von „Dementis“ die wahnwitzigsten Behauptungen über „politischen Terror“ in Albanien aufgetischt, jeweils eingeleitet mit der Formel: *„Es entspricht nicht der Wahrheit, daß ...“*. Nicht ungeschickt wird diese Fälschung glaubwürdiger gemacht durch Passagen, die astrein den aufgeblasenen, hohlköpfigen Stil der „KPD/ML“ treffen, wie etwa: *„Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten mit Genossen Ernst Aust als Vorsitzenden pflegt seit Jahren als einzige wahrhaft marxistisch-leninistische Partei der Bundesrepublik enge brüderliche Beziehungen zur Partei der Arbeit Albaniens. Sie genießt das volle Vertrauen der albanischen Genossen als die Avantgarde des deutschen Proletariats“*.

Der Zweck dieser Provokation liegt auf der Hand: Angesichts der Tatsache, daß heute längst nicht mehr bloß Antikommunisten über politische Unterdrückung in den revisionistischen Ländern sprechen, angesichts der Tatsache, daß in Jugoslawien zur Zeit nach offiziellen (!) Angaben mehr als 100 Revolutionäre im Gefängnis sind, weil ihnen die Bildung einer illegalen Kommunistischen Partei vorgeworfen wird, und angesichts der Lächerlichkeit der Behauptung der DKP, in den revisionistischen Längern gebe es überhaupt keine politischen Gefangenen – angesichts dieser Tatsachen also soll von der DKP ein Ablenkungsmanöver gestartet werden, indem von „Terror“ in Albanien phantasiert wird.

Daß die DKP dazu ausgerechnet in das Narrenkostüm der „KPD/ML“ schlüpft, beweist auf's Neue die Nützlichkeit dieser schon von selbst als Parodie wirkenden Sekte für alle Feinde des Marxismus-Leninismus!

„Ein Fehler von strategischer Bedeutung"

Ein alter Freund des chinesischen Volkes äußert sich zur Angola-Politik der VR China

Der fortschrittliche australische Journalist Wilfred Burchett hat in der Zeitschrift „Afrique-Asie" und in der US-Zeitung „Guardian" eine Beurteilung der chinesischen Angola-Politik abgegeben.

Diese Beurteilung ist aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung:

1. ist Burchett seit vielen Jahren ein Freund des chinesischen Volkes. Er hat zahlreiche Aufenthalte in der VR China, in Vietnam und jetzt auch in Angola verbracht. Bei aller Kritik an der aktuellen chinesischen Politik liegt seiner Einschätzung auch jetzt noch eine tiefe Freundschaft zum chinesischen Volk zugrunde, die seine Besorgnis über Chinas Angola-Politik motiviert.

2. Burchett berichtet als intimer Kenner der chinesischen Szene einige bisher unbekannte Details, die das Bild des Verrats am Befreiungskampf des angolanischen Volkes noch vervollständigen.

Kritisch anzumerken ist an Burchetts Artikel, daß er von einer äußerst negativen Einschätzung der sogenannten „ultra-linken" Episode in der chinesischen Außenpolitik, während der Kulturrevolution, ausgeht. Diese Einschätzung hat jedoch wenig Beweiskraft, da Burchett über diese Episode erst nachträglich erfuhr, und zwar offenbar durch Tschu En-lai und dessen Anhänger – also genau diejenigen, deren Angola-Politik Burchett in seinem Artikel kritisiert!

Wir drucken Burchetts Artikel aus „Afrique-Asie" nach und empfehlen ihn als wichtiges Argument in der Auseinandersetzung mit den einheimischen Nachbetern der chinesischen Außenpolitik, soweit diese überhaupt noch für Argumente zugänglich sind.

AK-Redaktion

AK-Redaktion

(...) Eines der schwersten Opfer der ersten Kulturrevolution war die chinesische Außenpolitik. Die Karriere – und vielleicht das Leben – des Außenministers Chen Yi wurde nur durch den energischen Einsatz Tschou En Lais zu seinen Gunsten gerettet. Kurze Zeit schien sogar Tschou En Lai kaltgestellt gewesen zu sein. Es herrschte großes Durcheinander.

Nordvietnam wurde attackiert, weil es Friedensverhandlungen mit den USA in Betracht gezogen hatte. Ho Chi Minh wurde in öffentlichen Versammlungen beschimpft, „den Süden verkauft" zu haben! Vietnamesische Diplomaten wurden körperlich mißhandelt. Die außenpolitischen Beziehungen zu Nordkorea und Kambodschau waren während der kurzen Herrschaft der „Ultralinken" ernsthaft gefährdet, wofür diese später hart bestraft wurden. Es bedurfte einer Reihe persönlicher Initiativen Tschou En Lais, um die Schäden zu beseitigen.

Es ist notwendig, sich heute diese Periode in Erinnerung zu rufen angesichts des Lehrsatzes, der da sagt: „China hat immer recht", um herauszustellen, daß Peking sich in der Vergangenheit außenpolitische Fehler zuschulden kommen ließ. Die Schwierigkeit besteht meines Erachtens augenblicklich darin, daß China sich weigert, seine Fehler einzugestehen und immer tiefer in den Sumpf gerät bei dem Versuch, sie zu rechtfertigen.

Abgesehen von Chile, wo ich selbst niemals war, aber wo mit der stillschweigenden und sogar aktiven Unterstützung des Pinochet-Regimes der erste Schritt getan wurde, um das Ansehen Pekings in Lateinamerika auf den Nullpunkt sinken zu lassen – was seinen Freunden übrigens einen schweren Schock versetzte –, war es das von mir bereiste Angola, wo Peking einen Fehler von strategischer Bedeutung beging. Die Fehlentscheidung, die zur Unterstützung der FNLA des Holden Roberto führte, sogar nachdem – in Peking wie anderswo – bekannt geworden war, daß diese eine Schöpfung der CIA war, wurde jetzt durch die Entstellung der aktuellen Ereignisse in Angola verschlimmert.

Die Folge davon ist der weitere Prestigeverlust Chinas im afrikanischen Bereich der Dritten Welt und ein genereller Vertrauensverlust in die chinesischen Darstellungen über das, was auf der Welt vor sich geht.

Es wäre absurd, diese außenpolitischen Fehler auf die augenblickliche Mini-Kulturrevolution zurückführen zu wollen; sie haben sehr viel früher begonnen. Da es nun mal eine der Folgen der gegenwärtigen Situation war, auf der Ebene des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas eine Kommission zu bilden, die die „rechten" Fehler untersuchen sollte, würden viele der glühendsten Anhänger Chinas erleichtert sein, wenn diese Maßnahme eine Analyse jener Fehler im Bereich der Außenpolitik zur Folge hätte. Zum Beispiel bringt die Tatsache, daß die Hilfe für Befreiungsbewegungen oder die Freundschaft zu derartigen Regierungen an deren Denunziation des „sowjetischen Revisionismus" geknüpft wird, die Gefahr mit sich, alle opportunistischen Strolche der Welt um sich zu scharen; Leute, die bereit wären, gegen materielle Zusicherungen tagsdarauf den „chinesischen Revisionismus" zu denunzieren, wenn die Entlohnung dafür nur hoch genug ist.

Die Aufstellung derartiger Forderungen wäre vor einigen Jahren seitens der chinesischen Führung als unzulässige Einmischung in die inngren Angelegenheiten eines Landes oder einer Organisation völlig zurecht verurteilt worden. Und dennoch ist es ein offenes Geheimnis, daß solche Bedingungen gestellt wurden. Sicher, die Chinesen mögen vorbringen, daß ihre Gegner seit Jahren bei internationalen Konferenzen dasselbe machen. Aber eine Politik, die auf dem Axiom beruht: „Nur die, die unsere Feinde verraten, sind unsere Freunde", ist eine schlechte Außenpolitik.

Weitere unerklärliche Fehler waren die Folge, Im Sommer 1971 z.B. wurde eine Delegation führender Persönlichkeiten der MPLA in China herzlich empfangen. Ihr gehörte der Präsident Agostinho Neto und der Generalsekretär Lucio Lara an. Sie erläuterten die innenpolitische Situation ihres Landes und die Rolle der drei dort existenten Bewegungen.

Premierminister Tschou En Lai und einige seiner wichtigsten Assistenten hörten aufmerksam zu, als man ihnen erklärte, daß die UNITA nichts anderes als eine Marionette im Dienst der Portugiesen sei, daß die FNLA durch die CIA gesteuert werde. Bezüglich der UNITA hatte Tschou einige Einwände. Aber er versicherte den Führern der MPLA, daß man angemessen handeln würde, wenn sie ihre Anschuldigungen beweisen könnten. Über die FNLA äußerte Tschou En Lai indessen: „Wir wissen, daß Holden Roberto ein erklärter Agent des amerikanischen Imperialismus ist".

Die Führer der MPLA baten um militärische Hilfe einschließlich ihres Transportes. Die Hilfe wurde ihnen sofort zugesichert, aber man bat sie, sich wegen des augenblicklichen chinesischen Engagements in Indochina anderswo nach Transportmitteln umzusehen. Am letzten Tag des Besuches präzisierte Tschou selbst doch noch ausdrücklich, daß bestimmte Transportleistungen in der militärischen Hilfe inbegriffen sein sollten. Alles schien also gut zu gehen.

Aber als es dann an ihre Verwirklichung ging, handelte es sich um eine verstärkte Hilfe einschließlich militärischer Berater für Holden Roberto und seine FNLA, mit außergewöhnlichen Aufmerksamkeiten für den Präsidenten von Zaire Mobutu.

Der endgültige Beweis, daß die UNITA nichts anderes als ein Werkzeug des portugiesischen Neokolonialismus war, wurde Peking kurz nach dem „Coup der Hauptleute" im April 1974 übersandt. Diese Beweise, die aus den Geheimakten der PIDE stammten, waren direkt von einer der bekanntesten Persönlichkeiten der Bewegung der Streitkräfte besorgt worden, die aus gutem Grund über die vertraulichen Beziehungen zwischen dem Führer der UNITA, Jonas Savimbi, und dem portugiesischen Oberkommando in Angola auf dem laufenden war. Der Schriftverkehr zwischen Savimbi und den höchsten portugiesischen Militärkommandanten bewies das, was die MPLA aus Erfahrung wußte: Es handelte sich um eine direkte militärische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Liquidierung der MPLA (siehe „Afrique-Asie" Nr. 61/1974).

Im Mai 1975 wurde eine weitere Delegation höchster MPLA-Vertreter nach Peking eingeladen. Tschou En Lai war bereits im Krankenhaus. Die Unterredungen führten ein stellvertretender Premierminister (aber nicht Teng Hsiao Ping) und ein stellvertretender Außenminister, die beide an dem Treffen vier Jahre zuvor teilgenommen hatten. Man erinnerte sie an Tschous Beurteilung Holden Robertos und fragte sie, wie es möglich wäre, daß ihm eine so große Militärhilfe gewährt würde, zumal es auch schon bekannt war, daß sie zu Liquidierungsversuchen gegen die MPLA diente.

Es wurden photographische Beweise und andere Dokumente vorgelegt über die Grausamkeiten, die seit der Konstituierung der Übergangsregierung aus den drei Bewegungen von der FNLA an Partisanen der MPLA in und um Luanda begangen worden waren. Die Antwort war offensichtlich kühl und beschränkte sich auf das Argument, daß die MPLA sich an die Vereinbarungen von Alvor (vom 10. Januar 1975) halten müsse, die Portugal und die drei Bewegungen unterzeichnet hatten und die eine Übergangsregierung aus den drei Parteien bis zur für den 11. November 1975 geplanten Unabhängigkeit vorsahen.

Die langen und geduldigen Erklärungen, nach denen die MPLA alles versucht hatte, um die strikte Einhaltung der Vereinbarung von Alvor zu sichern – wohingegen die Streitkräfte der UNITA/FNLA auf Betreiben der USA nur das Ziel hatten, die Befreiungsbewegung Präsident Netos zu vernichten – stießen in China auf taube Ohren.

Es fällt schwer zu glauben, daß Peking nicht exakt über die wahre Rolle von Präsident Mobutu und Holden Roberto informiert gewesen wäre – zumal angesichts der chinesischen Militärberater, die sich im Hauptquartier von Holden in Kinkuzu/Zaire befanden. Auch gab es nicht die geringste Ungenauigkeit in der Beurteilung, die Tschou En Lai formuliert hatte, als er Holden „einen erklärten Agenten des amerikanischen Imperialismus" nannte (eine Tatsache, die später von der CIA selbst bestätigt wurde).

China stellte im November 1975 seine Unterstützung der FNLA ein und zog seine militärischen Berater ab, mit der Begründung, daß die Hilfe gewährt worden sei, um die Angolaner im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus zu unterstützen. Nun, nach dem Erreichen der Unabhängigkeit sei die Hilfe nicht mehr nötig, und die drei Bewegungen müßten sich auf der Grundlage von Alvor zusammensetzen und ihre Streitigkeiten beenden. Dies erklärten die chinesischen Diplomaten im Ausland, wenn man sie über diese Angelegenheit befragte. Ich habe der Konferenz von Alvor beigewohnt und der Vertrag war ebenso akzeptabel wie das Pariser Abkommen, das dem Vietnamkrieg ein Ende setzen sollte. Alles hing von der Aufrichtigkeit und dem guten Willen der Unterzeichner ab.

Aber die FNLA und die UNITA, unterstützt bis zum Schluß durch die USA, handelten haargenau wie das Thieu-Regime in Südvietnam. Sie benutzten das Abkommen von Alvor dazu, ihre Versuche zur Liquidierung der MPLA zu vervielfachen und sich wie Marionetten des Neokolonialismus zu gebährden. China hätte alle notwendigen Informationen besitzen müssen – und seine besten Freunde unter den Staaten und Regierungen in Afrika haben dazu beigetragen, diese Informationen zu liefern – um zu wissen, daß die MPLA eine wahrhaft nationale Haltung für ganz Angola bewahrte, eine afrikanische und internationalistische Haltung.

Die eigene chinesische Erfahrung mit der Kuomintang und, an der entgegengesetzten Grenze, in Korea und den Ländern Indochinas hätten den führenden Kreisen genügen müssen, um zu wissen, daß eine Übereinkunft zwischen Patrioten und Verrätern unmöglich ist.

Man kann es versuchen, wie es die PRR Südvietnams aufrichtig mit dem Thieu-Regime in Saigon und wie es in Angola die MPLA mit der FNLA/UNITA versuchten. Aber, um gegenüber der Weltöffentlichkeit zu erhellen, wer für und wer gegen nationale Einheit und wirkliche Unabhängigkeit ist.

Aber solche widernatürlichen Bündnisse waren noch nie von Erfolg gekrönt. Und die brutale Wahrheit ist, daß die der FNLA gelieferten chinesischen Waffen nicht gegen die Portugiesen, sondern gegen die MPLA eingesetzt wurden.

Und ein Fehler zieht den nächsten nach sich. Die chinesische Version der Ereignisse während der Sitzung des UN-Sicherheitsrats, die einberufen worden war zur Untersuchung der südafrikanischen Aggression gegen Angola, ist dafür ein schlagendes Beispiel. Zunächst steht sie im Widerspruch zur Wahrheit und zur Chronologie der Ereignisse, wie sie Augenzeugen und offizielle Dokumente belegen.

Zweitens bringt sie China in die kaum beneidenswerte Situation der impliziten Verteidigung des rassistischen Regimes in Südafrika, das überall in der fortschrittlichen Welt und nirgendwo mehr als in Afrika, besonders in Schwarzafrika, geächtet ist.

Hier die Chronologie der Ereignisse:

- ■ März 1975: Truppen der regulären Armee Zaires dringen in Angola ein und bringen Holden Roberto in Carmona (Provinz Uige) und anderen Städten im Norden Angolas an die Macht.
- ■ August 1975: Südafrikanische Truppen rücken von ihren Stützpunkten in Namibia, das sie illegal besetzt halten, nach Angola vor und setzen sich in den Orten Cuangar und Calai fest.
- ■ 23. Oktober 1975: Reguläre südafrikanische Truppen, unterstützt durch eine Panzer- und eine Artilleriebrigade stoßen mehr als 1.000 km nach Norden vor, bevor sie von den Streitkräften der MPLA am Queve-Fluß südlich von Gabela gestoppt werden.
- ■ 7. und 10. November 1975: Reguläre zairische Truppen, unterstützt durch portugiesische Söldner, dringen mit südafrikanischen Panzerwagen als Sturmspitze bis auf 17 km nach Luanda vor, werden aber jedesmal durch die Truppen der MPLA zurückgeschlagen.
- ■ 10. und 11. November1975: Die MPLA proklamiert die Unabhängigkeit und ruft die Volksrepublik Angola aus. Als unabhängiger und souveräner Staat bittet die VR Angola um kubanische und sowjetische Hilfe, um die südafrikanischen und zairischen Truppen zurückzuschlagen.

Die Vereinigten Staaten haben selbst bestätigt, daß die sowjetischen Waffen erst eintrafen, nachdem die Amerikaner der FNLA und der UNITA 50 Mio. Dollar Militärhilfe gewährt hatten.

So entspricht es einer völligen Verdrehung der Realität, die südafrikanische Invasion als Reaktion auf „eine sowjetisch-kubanische Aggression" hinstellen zu wollen. Es ist genauso unkorrekt und ungerecht, die kubanischen Soldaten, von denen viele ihr Leben geopfert haben, um die Eroberung Angolas durch Südafrika und Zaire zu vereiteln, als Söldner zu bezeichnen. Genauso absurd wäre es, als Söldner die Freiwilligen der Volksrepublik China im Koreakrieg zu bezeichnen, von denen viele ihr Leben gaben, um die Eroberung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik durch die Marionetten der Amerikaner zu verhindern. Nichts anderes taten die Chinesen, als sie in Erfüllung einer internationalen Pflicht den Vietnamesen halfen, im Vietnamkrieg ihre Nachschubwege zu verteidigen.

Es war eine chinesische Delegation, die, anläßlich der Weltkonferenz der Kommunistischen Parteien 1957, völlig zurecht auf der Abänderung einer Passage im Resolutionsentwurf bestand, die besagt hatte, daß „die Revolution nicht zu exportieren ist". Die Chinesen hatten darauf bestanden zu ergänzen, daß die Konterrevolution ebenfalls nicht zu exportieren ist und daß es die Pflicht Kommunistischer Parteien sei, die die Staatsmacht innehaben, alle erdenkliche Hilfe einschließlich bewaffneter Kräfte bereitzustellen zur Unterstützung eines Volkes, das sich im revolutionären Kampf befindet und Gegenstand einer konterrevolutionären Invasion sei.

Man muß es China anrechnen, daß es diese Prinzipien in Korea und Vietnam angewandt hat. Man muß es Kuba anrechnen, daß es diese Prinzipien der internationalen Solidarität in Angola angewandt hat. So beurteilt die Geschichte die Tatsachen.

Sicher, ein Schlüsselpunkt der Fehlentscheidungen Chinas im Fall Angolas ist sein Streit mit der Sowjetunion und der Glaube, daß mit dem Niedergang des amerikanischen Imperialismus – und damit einer Verminderung der Gefahr für China – die Bedrohung durch das wachse, was China den „sowjetischen Sozialimperialismus" nennt. Daraus, daß die Sowjets entlang der chinesischen Grenze eine Million Menschen zusammengezogen hätten und die USA sich schrittweise aus Asien zurückzögen, wurden in China in dieser Angelegenheit sehr eigenartige Schlüsse abgeleitet. Aber dann jeden zu brandmarken, der die sowjetische Hilfe annimmt und zu verordnen, daß jede Handlung der Sowjetunion automatisch verurteilt werden muß, ist ein offensichtlicher Fehler.

Glücklicherweise wurde dieses Kriterium nicht während des Vietnamkrieges angewandt. So konnten die Vietnamesen die chinesische und die sowjetische Hilfe in Anspruch nehmen und sich die Freundschaft der beiden sozialistischen Mächte erhalten – wie es sich die Führung der MPLA auch gewünscht hätte! Wenn China in Angola ebenso gehandelt hätte, wäre es jetzt nicht in der schwierigen Lage, erklären zu müssen, warum chinesische Militärberater zusammen mit amerikanischen Beratern unter den Streitkräften der FNLA/UNITA photographiert wurden.

Ein weiterer wichtiger Grund für die chinesischen Fehlentscheidungen ist es, daß viele der Informationen, auf denen diese Politik zu beruhen scheint, von selbsternannten „maoistischen" Gruppen und deren sogenannten „marxistisch-leninistischen" Zeitungen stammen. Letztere scheinen oft eher mit der Absicht redigiert zu werden, das zu bringen, was die Herausgeber für die „Pekinger Linie" halten und was für die Leser des offiziellen China bestimmt ist, als für die örtlichen Leser eine objektive Realität sorgfältig widerzuspiegeln. Das ist die einzige Erklärung, die ich für solche absolut grotesken Aussagen zu finden vermag, was Länder wie Portugal – das ist seit dem April 1974 mehrfach besucht habe – und Angola betrifft.

Derartige Hirngespinste haben die Eigenschaft, Chinas Feinde zu erfreuen und seine Freunde in Bestürzung zu versetzen.

Erfindungen über eine angebliche Guerillatätigkeit der vernichteten und diskreditierten FNLA/UNITA-Truppen in Angola; Gerüchte über angebliche Arbeiteraufstände in Luanda; Gerüchte darüber, daß Truppen „unter sowjetischem Kommando" 150.000 Angolaner massakriert und die Bevölkerung auf übelste Weise ausgeplündert hätten etc. (Hsin Hua, Ausgabe in englischer Sprache, Peking, 21.2.76) – solche Erfindungen sind vollkommen lächerlich.

Ich bin fünf Wochen, vom 7. Februar d.J. an, in Angola gewesen und habe die Gebiete bereist, die man als „beherrschtes Gebiet" der FNLA/UNITA erachtete. Ich hätte mir gewünscht, daß die Kollegen der Hsin Hua – deren gewissenhafte Berichterstattung über die antiimperialistischen Schlachtfelder, auf denen wir zusammentrafen, ich schon oft bewundern konnte – sich mit mir in Angola aufgehalten hätten. Und wenig später in Portugal.

Um die Wirklichkeit zu beschreiben und nicht in Peking Thesen zu reproduzieren, die von Ideologen ausgearbeitet wurden, die „einige persönliche Rechnungen zu begleichen" haben und die dazu bestimmt sind, die Leichtgläubigkeit chinesischer Politiker zu befriedigen.

Das angolanische Volk weiß nur zu gut, wer geplündert und gemordet hat. Es waren gerade die Truppen der FNLA und der UNITA, jene aus Zaire und aus Südafrika ebenso wie die europäischen Söldner, die aus dem Abschaum der Gesellschaft stammten.

Aber überall fand man allgemeine Bewunderung für das beispielhafte, revolutionäre Betragen der kubanischen Soldaten – in der Mehrheit Schwarze, deren Vorfahren einst als Sklaven aus Angola verschleppt worden waren. China hat seine Befürchtung geltend gemacht, als es erklärte, daß der Preis für die sowjetische Hilfe die Vergabe von Militärstützpunkten sei. Aber es gibt keine Stützpunkte der Sowjetunion in Vietnam, obwohl sie hätte versuchen können, den weiten Komplex der Flottenstützpunkte zu erben, die die USA in Da Nang und Camranh Bay errichtet hatten. Vietnam ist wie Angola Teil der nichtpaktgebundenen Länder.

Die Verfassung der VR Angola verbietet ausdrücklich ausländische Militärstützpunkte, eine Haltung, die von Präsident Neto mehrfach bestätigt wurde.

Es wäre eine große Erleichterung für die aufrichtigsten Freunde Chinas zu wissen, daß bei der gegenwärtigen Überprüfung der chinesischen Innenpolitik bestimmte unerklärliche Aspekte der Außenpolitik ebenfalls revidiert würden.

Ich erinnere mich selbst daran, was Tschou En Lai im großen Palast des Volkes in Peking dem amerikanischen Tischtennisspieler Glenn Cowan erwiderte, als dieser ihn fragte, was er von der „Hippie"-Bewegung in den Vereinigten Staaten halte. Er sagte: „Wenn man aus eigener Erfahrung erkennt, daß das, was man tut, nicht richtig ist, dann muß man es ändern".

Die Politik Chinas in Angola und gegenüber anderen Ländern verläuft in falschen Bahnen und müßte wieder auf den richtigen Weg zurückgebracht werden, der in Übereinstimmung steht mit den Prinzipien, die China selbst verteidigt hat, Prinzipien des proletarischen Internationalismus (...) ●

(Quelle: „Afrique-Asie", Nr. 107/2.5.76)

Chile-Kampagne, „3. Phase"

In seine gewissermaßen dritte und letzte Phase ist unsere diesjährige Chile-Kampagne getreten. Begonnen hatte die Kampagne damit, daß wir unsere Mai-Veranstaltungen verschiedener größerer Ortsgruppen des KB ins Zeichen der Solidarität mit dem chilenischen Widerstand und insbesondere mit dem MIR („Bewegung der revolutionären Linken") gestellt haben. Vertreter des MIR konnten so vor vielen tausend Menschen über die Probleme des chilenischen Widerstandes sprechen. In einer „zweiten Phase" haben wir die Kampagne auf weitere über 20 Städte der BRD ausgedehnt und Veranstaltungen mit chilenischen Sprechern, Filmen und Musik organisiert oder mitorganisiert (vergl. AK 82, S. 43). An diesen Veranstaltungen beteiligten sich noch einmal etwa 2.000 Personen und es konnten gut 3.500 Mark für den MIR gesammelt werden.

In den letzten zwei Wochen konnten wir in fast abermals 20 Städten kleinere Chile-Veranstaltungen durchführen, die zwischen 15 und 100 Leuten besucht wurden. Etwa 1.500 DM wurden dabei für den MIR gesammelt (vergl. Spenden-Liste). Hierbei handelte es sich um folgende Veranstaltungen:

Mittags-Veranstaltung an der Bremer Uni (30 Besucher), Veranstaltung in Verden (15), Harburg (60), Pforzheim (15), Bochum (100), Bad Pyrmont (40), Darmstadt (55), Niebüll (17), Osnabrück (20), Husum (25), Kappeln (30), Norderstedt (20), Braunschweig (20), Salzgitter (30). – Über die Chile-Veranstaltungen in Lauenburg, Geesthacht, Wolfenbüttel, Mönchen-Gladbach und Mannheim lagen uns bis Redaktionsschluß noch keine Angaben vor.

Es ist geplant, die Kampagne in dieser Form noch auf weitere Städte auszudehnen.

Berichtigung

Im AK 82 sind uns über die Berichterstattung von 24 Chile-Veranstaltungen zwei unschöne Fehler unterlaufen, die ihre Ursache bei Übermittlungsfehlern hatten. In der Einleitung der Veranstaltungs-Serie heißt es, daß „wir" die folgenden Veranstaltungen durchgeführt hätten. Das stimmt zumindest in zwei Fällen nicht, bzw. ist ungenau. In Gießen war neben dem MIR die persische CISNU (die im übrigen die gesamte Chile-Kampagne mitgetragen hat) der Veranstalter und in Stuttgart war es neben dem MIR das dortige Chile-Komitee, in dem KB-Genossen schon seit längerem mitarbeiten. Insbesondere das Stuttgarter Chile-Komitee hat uns um diesen nachträglichen Hinweis gebeten, auch wenn „*bei der intensiven Mobilisierung und Vorbereitung zu dieser Veranstaltung auch Sympathisanten des KB, die seit langem im Chile-Komitee mitarbeiten, beteiligt waren...*" (Brief des Komitees). – Wir hatten allerdings auch pauschal für alle 24 Veranstaltungen geschrieben:

„*Wo die Veranstaltungen nicht direkt von unseren Ortsgruppen und örtlichen Sympathisanten durchgeführt wurden, waren örtliche Initiativen, wie Chile-Komitees oder Jugendzentren, in denen unsere Genossen mitarbeiten, Veranstalter.*" (AK 82, S. 43). Sei's drum.

Internationale Konferenz über Ost-Timor und Indonesien

Am 24./25./26. Juni fand in Bonn eine internationale Konferenz über Ost Timor und Indonesien statt.

Veranstalter waren die Journal of Contemporary Asia (Stockholm/London) und das Bonner Komitee für die Unabhängigkeit Ost Timors.

Als Vertreter der FRETILIN war der Genosse Leonel Andrade anwesend. Auf einer Pressekonferenz am 24.6. und bei der Eröffnung der Konferenz am 25.6. sprach er über die Lage des timoresischen Volkes und über den Widerstandskampf gegen die indonesischen Interventionstruppen.

über den Widerstandskampf gegen die indonesischen Interventionstruppen.

Die Konferenz verabschiedete eine Resolution, die den indonesischen Überfall auf die Demokratische Republik Ost Timor verurteilt und die die uneingeschränkte Solidarität mit dem Kampf des timoresischen Volkes unter Führung der FRETILIN ausdrückt.

Am zweiten Tag der Konferenz wurden Referate über das faschistische Regime in Indonesien gehalten und Filme gezeigt, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß das faschistische Suharto-Regime mit massiver Unterstützung vor allem der US- und BRD-Imperialisten zu einer Bedrohung für die Völker in Südostasien geworden ist.

Das wohl wichtigste Ergebnis der Konferenz ist u.E. die Herstellung engerer Kontakte und die Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den anwesenden Solidaritäts-Komitees und den politischen Organisationen.

rung des Informationsaustausches zwischen den anwesenden Solidaritäts-Komitees und den politischen Or-

Die Delegierten des KB hatten Gelegenheit, mit dem Vertreter der FRETELIN ein Interview zu machen, das wir in der nächsten Ausgabe des AK veröffentlichen werden.

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Geldspenden sollen auf das Konto J. Reents, 451 83 78/Dresdner Bank, Hamburg überwiesen werden, Sachspenden können an den Verlag J. Reents, Rutschbahn 35, 2000 Hamburg 13, geschickt werden.
Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für MES, Portugal

KB/Gruppe Westberlin	25,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MES auf	**75.943,14**
und für die Portugal-Solidarität auf	**172.658,93**

Für MPLA, Angola

Veranstaltung Heidelberg	65,00
M.G., Tübingen	200,00
KB/Gruppe Westberlin	100,00
Summe	365,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MPLA auf	**146.661,36**

Für O.M.A., Angola

KB/Gruppe Westberlin	40,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für O.M.A. auf	**8.108,94**

Für ZANU, Zimbabwe

Sammlung auf Hamburger Vorster-Demo am 24.6.76	3.468,50
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für ZANU auf	**24.583,97**

Für SWAPO, Namibia

Sammlung auf Hamburger Vorster-Demo am 24.6.76	3.468,50
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für SWAPO auf	**3.523,50**

Für Frente POLISARIO, Westsahara

J.B., Wedel	10,00
M.Z., Hamburg	15,00
Genossen aus Hamburg-Neustadt	50,00
Summe	75,00
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für Frente POLISARIO auf	**19.960,05**

Für ANC, Südafrika

Bunter Abend der Antifa-Kommission, Hmbg., 19.6.76	80,00

Für PFLP, Palästina

O.P. + C.H., Hamburg	150,00
Spendendose Arbeiterbuch, Hamburg	250,00
BO Hamburg-Altona	85,00
Genossen aus Hamburg-Altona	30,00
Summe	515,00

Für MIR, Chile

BO Hamburg-Altona	64,12
KB/Gruppe Westberlin	21,00
Veranstaltung Lauenburg	61,00
Veranstaltung Geesthacht	49,00
Veranstaltung Verden	57,00
Veranstaltung Harburg	400,00
Veranstaltung Pforzheim	80,00
Veranstaltung Bochum	290,00
Veranstaltung Ruhrgebiet	360,17
Veranstaltung Bad Pyrmont	67,00
Veranstaltung Darmstadt	165,37
Veranstaltung Nibüll	60,00
Liederabend Nibüll	80,00
Veranstaltung Osnabrück	76,05
Veranstaltung Husum	117,00
Veranstaltung Norderstedt	93,36
Veranstaltung Salzgitter	31,60
Summe	2.072,67

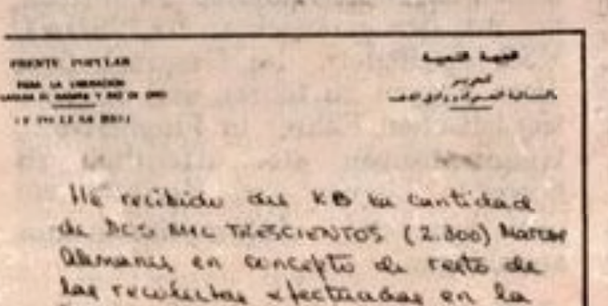
Bei Redaktionsschluß des AK 82 waren die genauen Spendenergebnisse folgender Veranstaltungen noch nicht bekannt, so daß sich die Ergebnisse wie folgt ändern:

Wilhelmshaven	+	6,50
Oldenburg	+	21,90
Schweinfurt	+	3,00
Münster	+	38,00
Summe	+	69,40

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MIR auf **256.681,57**

Spendenbestätigung der Frente Polisario

Wir dokumentieren hier eine Spendenbestätigung der Frente Polisario, Befreiungsbewegung der westlichen Sahara, über den Erhalt einer Summe von 2.300 Mark. Bei dem Geld handelt es sich um einen Restbetrag aus unserer letzten Afrika-Kampagne, an der Sprecher der Frente Polisario beteiligt waren.


FRENTE POPULAR

He recibido del KB la cantidad de DOS MIL TRESCIENTOS (2.300) Marcos Alemanes en concepto de resto de las recolectas efectuadas en la semana de solidaridad con los movimientos de liberación de Africa ([illegible], ZANU, SWAPO, MPLA, F. POLISARIO)

[Unterschrift]
C. Relaciones Exteriores
F. Polisario
12.5.76

Grüße der Frente Polisario an den

Grüße der Frente Polisario an den chilenischen MIR

Zu unserer laufenden Chile-Kampagne erhielten wir vom Genossen Ali Mohamed, Sprecher der Frente Polisario, nebenstehende Grußadresse an die Genossen des chilenischen MIR übersandt (vergl. Abdruck). Der Text heißt:

An den chilenischen MIR

Genossinnen, Genossen

Der Kampf des chilenischen Volkes gegen die Gorilla-Diktatur hängt eng mit dem Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den Versuch der imperialistischen Unterjochung dieser Völker zusammen.

Deshalb grüßt F.Polisario den heroischen Kampf des chilenischen Volkes und die Erfolge bei der Isolierung der Junta. Wir begrüßen und schätzen die Anstrengungen des MIR, die Einheit der chilenischen Linken zu erreichen und zu konsolidieren, um das chilenische Volk in seinem revolutionären Kampf zum Sturz der Gorilla-Diktatur mit Pinochet an der Spitze zu stärken.

Das Sahaurische Volk und seine revolutionäre Vorhut, die F. Polisario, versichert, auf der Grundlage seines revolutionären Prinzips, die Völker, die gegen Imperialismus, Kolonialismus, Zionismus, Rassismus, Reaktion und Faschismus kämpfen, zu unterstützen, seine bedingungslose Solidarität mit dem chilenischen Volk. Wir sind vollkommen sicher, daß der Sieg dem chilenischen Volk gehören wird.

Es lebe das chilenische Volk!
Nieder mit der faschistischen Gorilla-Diktatur!
Hoch die internationale Solidarität!
Das chilenische Volk wird siegen!

Revolutionäre Grüße
Ali Mohamed
Außenpolitisches Komitee
F.Polisario

AL: MIR CHILENO

AL: MIR CHILENO

[illegible]

¡VIVA EL PUEBLO CHILENO!
¡ABAJO LA JUNTA GORILA FASCISTA!
¡VIVA LA SOLIDARIDAD INTERNACIONAL!
¡EL PUEBLO CHILENO VENCERA!

Saludos revolucionarios
[Unterschrift]
[illegible]
F. Polisario

Angola Schon wieder kalte Dusche für den KBW!

Der KBW führt derzeit eine Veranstaltungsreihe mit Vertretern des sogenannten „ANC - African Nationalist" aus Südafrika (nicht zu verwechseln mit dem ANC!) durch. Daß es dabei für den KBW wieder einmal nicht wunschgemäß verläuft, zeigt folgender Vorfall auf der Freiburger Veranstaltung des KBW am 16.6. (ca. 150 Besucher): Dabei wurde an den Vertreter des „ANC-African Nationalist" auch die Frage nach dem Verhältnis seiner Organisation zur VR Angola und zur MPLA sowie „den anderen Befreiungsbewegungen" (d.h. den faschistischen Banden der FNLA und UNITA) gestellt. Der Vertreter des „ANC-African Nationalist" sagte dazu, daß er früher selbst mit Savimbi (Chef der UNITA) befreundet gewesen sei und daß es besser gewesen wäre, wenn rechtzeitig eine Einheit unter den verschiedenen Organisationen hergestellt worden wäre, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Soweit war der KBW auch ganz zufrieden. Aber darüber hinaus erklärte der „ANC-AN"-Vertreter, daß seine Organisation unbedingt mit der MPLA solidarisch sei! Er sprach von den Morden der FNLA an Kadern der MPLA und erwähnte, daß Holden Roberto (Chef der FNLA) weder einen angolanischen Dialekt noch richtig portugiesisch spräche und auch immer nur in Zaire gelebt habe. Bezüglich der UNITA erwähnte er „Gerüchte", daß sie Genossen der SWAPO (Namibia) an die südafrikanischen Rassisten verraten habe. Im Übrigen sagte er noch, daß jede Befreiungsbewegung Waffen beziehen könnte, von wem sie will, auch von der Sowjetunion.

Anschließend sah sich der Ortsfürst des KBW verpflichtet, sich von diesen Ausführungen des „ANC-AN"-Vertreters ausdrücklich zu „distanzieren".

Wer den einhelligen Standpunkt sämtlicher afrikanischer Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Staaten so verhöhnt wie es der KBW tut, wird auch weiter von einer Blamage in die nächste schlittern!

Nach einem Bericht aus Freiburg

„Arbeiterbund" von der DKP vorgeführt

Im Juni fanden in München und Augsburg Veranstaltungen der DKP statt, die wieder unter dem Motto liefen „Linke Phrasen – rechte Politik". Diesmal war der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" dran. Diese Veranstaltungen laufen stets nach dem selben Schema ab: 40 Minuten Redezeit für die „Linken" und mehr als das dreifache für die DKP-Redner – das nennt die DKP dann „Streitgespräch"! Während die DKP in Hamburg ihr geplantes „Streitgespräch" mit dem KB als Solo abziehen mußte, weil wir uns weigerten, bei dieser lächerlichen Farce mitzutun, hatte sich der KBW allerorten sehr bereitwillig gezeigt, die Bedingungen der DKP zu akzeptieren und sich als „dummer August" vorführen zu lassen. Aber was die DKP jetzt bei der „Arbeiterbund"-Führung an Unterwürfigkeit und Eselei fand, dürfte für sie selbst überraschend gekommen sein.

Erstmals hatte die DKP Eintrittskarten (!) drucken lassen. Davon bekam der „Arbeiterbund" in München ganze 20 Stück. Auch in Augsburg mußten die meisten Genossen des „Arbeiterbund" vor der Tür bleiben. Das hinderte die Referentin des „Arbeiterbund" natürlich nicht, drinnen dem DKP-Publikum bücherne Belehrungen in Marxismus-Leninismus zu erteilen, als ob sie es mit etwas begriffsstutzigen, aber ansonsten ganz gutwilligen Kindern zu tun hätte. Obendrein hatte der „Arbeiterbund" zu diesen beiden Veranstaltungen Flugblätter und sogar ein Plakat (!!) drucken lassen, um zu den „Diskussionen" (die natürlich gar nicht stattfanden!) aufzurufen.

Bereits anläßlich der Hamburger DKP-Solonummer haben wir gesagt: Es wäre besser, wenn die nicht-revisionistische Linke sich nicht aufspalten läßt, sondern einmütig auf diese Unverschämtheit der DKP reagieren würde. Und das hätte heißen müssen: Entweder volle Gleichberechtigung bei Redezeit und Diskussionsleitung – oder die DKP muß ihre Schau allein abziehen! Diejenigen (damals vor allem KBW), die sich den Bedingungen der DKP unterwarfen, haben damit nur deren Arroganz ermutigt. Und je hündischer sich eine Organisation gegenüber den Revisionisten verhält, umso mehr wird sie natürlich getreten. So die Vergabe von kontingentierten Eintrittskarten in München und Augsburg, was die DKP sich in Hamburg (wo sie dann allerdings trotzdem allein blieb) gar nicht erst gewagt hat – und unseres Wissens auch sonst bisher noch nirgendwo praktiziert hatte.

Den Genossen von der „Arbeiterbund"-Führung ist der Vorwurf zu machen, daß sie um das Linsengericht eines „Diskussionsbeitrags" allen aufrechten Kommunisten in den Rücken gefallen sind und daß sie damit die Arroganz der DKP-Führung noch gesteigert haben. Für verwerflich halten wir auch, daß diese Tatsache verdeckt werden soll durch das Hochspielen von „kritischen" Seufzern einzelner „einfacher DKP-Genossen" und durch ein törichtes Triumphieren über bestimmte scheinbar sehr „radikale" Äußerungen des DKP-Chefdemagogen Steigerwald (der bei Bedarf sogar fließend Stalin zitiert!). Den „Arbeiterbund"-Genossen soll damit wohl auch noch vorgegaukelt werden, daß die Taktik ihrer Führung, der DKP soweit wie möglich in den Arsch zu kriechen, „erfolgreich" sei, und man wohl schon dabei ist, „die einfachen DKP-Genossen" jetzt „von ihren Führern zu lösen".

Leute, bildet euch doch nichts ein! Kriecht nicht der „Diskussion" mit DKP-Führern wie Steigerwald nach, sondern s t e l l t euch stattdessen lieber endlich einmal der öffentlichen Auseinandersetzung mit unserer Organisation und ihrer Politik!

DDR-Revisionisten weiter im Chile-Geschäft

KB veröffentlicht neue Dokumente

Im ARBEITERKAMPF Nr. 78 veröffentlichte der KB erstmals Dokumente (Schiffspapiere, sog. ‚Konnossemente'), die unzweideutig belegen, daß das revisionistische DDR-Regime einen schwunghaften Handel mit der Mörder-Junta in Chile betreibt.

Das war natürlich ein „Schlag ins Kontor" der Revisionisten (sowohl in der DDR als auch hierzulande) – waren sie es doch, die in Worten für einen vollständigen Boykott der faschistischen Pinochet-Clique eintraten (und eintreten) und die sich nicht genug damit tun konnten, die VR China wegen ihrer – in der Tat kriminellen! – diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum faschistischen Regime Chiles anzugreifen.

In den Mitgliederreihen von DKP/SDAJ/MSB hat diese Enthüllung zu einiger Unruhe geführt und Zweifel an der Politik des „real existierenden Sozialismus" aufkommen lassen. Dies äußerte sich vor allem in den mehr als kläglichen und widersprüchlichen Antworten, die wir von DKP/SDAJ/MSB-Mitgliedern auf die Frage erhielten, wie sie sich denn wohl die Sache mit den DDR-Importen aus Chile erklärten (siehe hierzu AK 79).

Schließlich glaubten die Revisionistenführer aber wohl doch noch einen plausiblen Dreh gefunden zu haben, um alle Zweifel am „proletarischen Internationalismus" der DDR-Regierung zerstreuen zu können. Folgende Story wurde (und wird) nunmehr von der DKP-Führung zur Frage der DDR-Kupferimporte verbreitet:

Die DDR habe Chile zur Zeit der Unidad Popular *„mit großzügiger materieller Hilfe"* beigestanden. *„Die damals zustandegekommenen Verträge sahen vor, Gegenleistungen in Form von Kupfer zu erbringen. Diese konnten von der UP selbst aufgrund des Putsches natürlich nicht mehr erbracht werden. Wenn die DDR jetzt die Rückzahlung dieser Schulden verlangt, so ist das nicht mehr als recht und billig. Genau um diesen Vorgang (!) handelt es sich bei den oben erwähnten Kupferlieferungen"* (so der Hamburger MSB in einem Flugblatt!).

Der MSB in Marburg geht übermütigerweise sogar noch einen Schritt weiter und dichtet den DDR-Kupferimporten aus Chile ausdrücklich noch einen fortschrittlichen Zweck an: *„Das schwächt die Junta. Sie ist gezwungen, ihre Schulden an die DDR in Kupfer abzuzahlen"* (Flugblatt des MSB-Spartakus/Marburg).

Aber. – Lügen haben bekanntlich
burg).

Aber – Lügen haben bekanntlich kurze Beine! Und die Revisionisten haben in diesem Fall – wie schon so oft – ihre Rechnung ohne den KB gemacht!

Das von uns jetzt nebenstehend im Faksimile veröffentlichte Dokument bezeugt ohne jeden Zweifel, daß die DDR-Revisionisten nicht nur große Mengen Kupfer aus dem faschistisch regierten Chile beziehen, sondern daß sie dieses auch bar bezahlen!!!

In diesem Fall ist die Corporacion Del Cobre in Santiago/Chile der Absender (1). Empfänger ist die Intrac Handelsgesellschaft in Berlin/DDR (2). Die Ladung wurde in Antofagosta (Chile) an Bord der MS Arrioso genommen (3). Geliefert wurden am 24. Januar 1976 (!) 1.000,034 Tonnen Kupfer (4) zum Preis von sage und schreibe DM 2.986.812,03 (5). Diese enorme Summe wurde von den DDR-Revisionisten bezahlt, noch bevor die Kupferladung am 24. Januar 1976 in Hamburg gelöscht wurde. Das nebenstehende Dokument nennt als **„Conditiones de Pago"** (Zahlungsbedingungen): **„Nicht später als am 19. Januar 1976"** (6). Wir finden darüberhinaus die maschinengeschriebenen Anweisungen: **„Zahlen Sie mit Hilfe einer Kabel-Überweisung an die Marine Midland Bank London zugunsten der Kontonummer 10600620 bei der Zentralbank Chiles"** (7) und **„bei der Bezahlung bitte die Rechnungsnummer angeben"** (8).

Daß hier echte Geschäftspartner miteinander verkehren, unterstreicht auch der Hinweis in dem Dokument: **„Beachten Sie: Rabatt wie vertraglich vereinbart"** (9).

Muß das noch kommentiert werden?

Die Revisionisten wissen ganz genau, was sie hier verbrechen. Im Februar dieses Jahres schrieb das von DKP-Leuten bestimmte „Chile-Solidaritäts-Komitee" (CSK) sehr zutreffend, daß die chilenische Mörderbande die *„außerordentlich hohen Einnahmen aus Kupferexporten"* nicht etwa dazu verwendet, *„die Lage der notleidenden Bevölkerung zu verbessern"*, sondern **„70 Prozent der Einnahmen dazu verwendet, die amerikanischen Konzerne zu bezahlen".** Der Rest werde **„für den Aufbau des Unterdrückungsapparats (!), vor allem für Waffenkäufe (!!!), verwendet".**

Was meinen die Revisionisten, was die Pinochet und Co. denn wohl mit den Millioneneinnahmen aus dem Kupfergeschäft mit der DDR anfangen?!

Nach unseren wirklich vorsichtigen Schätzungen und den ihnen zugrundeliegenden zahlreichen Dokumenten über den Handel DDR/Chile hat die DDR im letzten Jahr für mehrere zig Millionen DM Waren verschiedenster Art vom lateinamerikanischen Mörderregime gekauft (wobei freilich Kupfer sowohl gewichts- als auch wertmäßig den größten Teil ausmachte). Und die Handelsbeziehungen zum faschistischen Regime Chiles wurden von der DDR ja keineswegs Ende letzten Jahres abgebrochen (wie das nebenstehende Dokument und zahlreiche andere Unterlagen beweisen, über die der KB verfügt).

FACTURA - INVOICE

(1)

CORPORACION DEL COBRE
OFICINA DE VENTAS
MORANDE 231 - CASILLA 9493 - SANTIAGO - CHILE

V.C.E. Nº 3097
CABLES: CODELCO
TX: 40612\13
CUPRU CL

VENDIDO A: / SOLD TO: (2) Intrac Handelsgesellschaft — ON BEHALF OF: Cia. de Cobre Chuquicamata
110 Berlin
Pestalozzistr. 5-8
Democratic Republic of Germany

FECHA: / DATE: December 31,1975
FACTURA Nº / INVOICE: Final 06/5/ 1027
CONTRATO Nº / CONTRACT: AD-06-C1
SU ORDEN Nº / YOUR ORDER:
CUOTA: / QUOTA: December
EMBARCADO: / SHIPPED: Chile
DESDE: / FROM: Antofagas... (3)
FECHA: / DATE: December 31,1975
POR: / PER: M/S Arrino

CIF.: Hamburg, Germany
January 24th, 1976.

CONDICIONES DE PAGO: / PAYMENT TERMS: Not later than January 19th, 1976. (6)
PAIS DE ORIGEN: / COUNTRY OF ORIGIN: Chile
PAIS DEL CUAL SE ENVIA: / COUNTRY FROM WHICH SENT: Chile

(7) Pay by cable transference to Marine Midland Bank London to credit account # 10600620 of Banco Central de Chile.

MARCAS Y SELLOS / BRAND - MARKS	UNIDADES / PIECES	FORMA Y TAMAÑO / SHAPE AND SIZE	PESO BRUTO o NETO / GROSS - NET WEIGHT	PRECIO POR T.M. / PRICE PER M.T.	VALOR / AMOUNT
C. C. C. Yellow 5 X	6.719	Copper cathodes 36 x 48" (Bundles : 491) Weighing	1.000.034 kilos (4)		
Fixation			M.T.	£/M.T.	
Average :- November 1975				575,38	
			Less	5,47	
				569,91	
			Less	7,07	
			1.000,034	562,84	£ 562.859,14 (5)
		(Exchange Rate D.M.	5,3065/£)		
		NOTE : Discount as per contract. (9)			
	"When payment is carried out please state number of invoice" (8)				
SML/MCG/pc.-					
1.141.478,34					

Solidarität ist unteilbar! Stellt und entlarvt die revisionistischen Heuchler!

„Damit Solidarität nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt", fordert die DKP-Betriebsgruppe im Hamburger Hafen *„den Boykott von Schiffen, die Chileladung im ... löschen"* („Kiek ut", Juni '76). Genau darum geht es!

Aber im Gegensatz zur DKP ist es uns scheißegal, ob die Ladung für die angeblich „sozialistische" DDR oder Konzerne in der BRD bestimmt ist! Die aus den Exporten gezogenen Gewinne wird die faschistische Herrscherclique Chiles allemal zur Unterdrückung der chilenischen Arbeiter und Bauern verwenden.

Die große und nur langfristig zu realisierende Aufgabe, das chilenische Mörderregime vollständig zu isolieren und einen wirkungsvollen Boykott aller chilenischen Waren zu organisieren, ist nicht zu trennen von unserer Verpflichtung, die revisionistischen Heucher mit Hilfe dieser Enthüllungen zu stellen und zu entlarven.

In diesem Sinne fordern wir alle Genossinnen und Genossen sowie die Leser dieser Zeitung auf, alle sich bietenden Gelegenheiten zu nutzen, um mit den getäuschten DKP/SDAJ/MSB-Mitgliedern das Gespräch über diese Fragen zu führen und die revisionistischen Führer in Flugblättern, Wandzeitungen etc. öffentlich als bewußte Lügner und Verräter am proletarischen Internationalismus anzuklagen.

AK-Redaktion

DDR arbeitet mit argentinischen Faschisten zusammen

Bekanntlich haben die revisionistische „KP" Argentiniens und danach auch andere revisionistische Parteien den argentinischen Militärputsch nicht verurteilt, sondern als gangbaren Weg gutgeheißen, aus der Krise herauszukommen. Dieses revisionistische Verbrechen kommt auch darin zum Ausdruck, daß die DDR in Buenos Aires die *„Technischen Tage der DDR, in deren Verlauf Wissenschaftler und Techniker aus der DDR Vorträge über moderne Erzeugnisse und Verfahren halten"*, durchführt („Neues Deutschland", 4.6.76). Damit offenbaren die Revisionisten erneut (nachdem sie schon chilenisches Kupfer importieren) ihre Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Faschisten und zeigen, daß ihre „Solidarität" mit den unterdrückten Völkern Lateinamerikas pure Heuchelei ist!

Lateinamerika-Kommission

Leserbrief:

DKP provoziert weiter

Beim AK-Verkauf in Wolfenbüttel passierte mir folgendes: In der Fußgängerzone werden regelmäßig vom KB, dem KBW und der DKP Zeitungen verkauft. Am Samstag, dem 19.6., sprach ich einen UZ-Verkäufer an und zeigte ihm den Artikel „DKP prügelt weiter". Mir schwebte vor, ihn bei seiner „Demokraten-Ehre" zu packen und ihm klarzumachen, daß ihre Prügelmethoden letztentlich nur der Reaktion nützen. Die Reaktion des DKPlers zeigte mir allerdings, daß er von freiem Meinungsaustausch nicht viel hielt, denn er bot mir sofort Prügel an: „Willst du auch welche haben?" Als mich der DKP'ler dann auch noch anfaßte und mich wegzuschubsen versuchte, bekam er von mir erstmal eine Ohrfeige. Die anschließende Prügelei war kurz und nicht besonders heftig. Als er merkte, daß er mich nicht in die Flucht prügeln konnte, verlegte er sich darauf, mich als „Chaot" zu beschimpfen, und wir würden ja sowieso nur ein Interesse daran haben, ihre Büchertische zu überfallen (? !) und sie in ihrer „kommunistischen" Arbeit zu behindern.

Während die umstehenden Passanten offensichtlich ihre Vorurteile über Kommunisten bestätigt fanden, die noch nicht einmal dazu in der Lage sind, sich untereinander demokratisch zu verhalten, wurde mir noch klarer, wie gefährlich und spalterisch die antikommunistische Hetze ist, die von den DKP-Führern bis in die Basis ihrer Organisation hinein zum Prinzip gemacht wird.

Ein AK-Verkäufer in Wolfenbüttel

Inhalt

Aus Betrieb und Gewerkschaft
Metall 14
Chemie 15
Druck 16
ÖTV 16
HBV 18
GEW 19
Ausländer 21

Innenpolitik
Kampf dem Faschismus 39
Berufsverboten 42
Klassenjustiz 34
Knast 35
(Anti) Militarismus 37
Schule/Hochschule 22
Frauen 30
Kinder 33
Parteien/Wahlkampf 4

Internationales
Afrika 13
Amerika 10
Asien 11
Europa 26

ML, Revisionismus, Sozialismus 44
Internationalismus 47
Wahldiskussion 43

Legt den Provokateuren das Handwerk

Wie verschiedentlich im AK berichtet, hat der KBW in einigen Orten unsere Genossen wiederholt mit tätlicher Gewalt daran hindern wollen, vor KBW-Veranstaltungen den AK und andere kommunistische Literatur zu verkaufen. Auf eine öffentliche und wiederholte Aufforderung, diese Praktiken einzustellen und für den ungehinderten gegenseitigen Verkauf unserer Literatur auf den Veranstaltungen beider Organisationen zu sorgen, hat die KBW-Führung mit Schweigen reagiert. Damit drückt sie ihre stillschweigende Zustimmung zu den Schlägermethoden ihrer Ortsfürsten aus.

Offensichtlich hierdurch ermutigt, hat sich jetzt die Ortsgruppe Münster des KBW ganz offen dazu bekannt, fehlende Argumente durch Prügeleien zu ersetzen: In Münster hatten unsere Genossen ein Flugblatt verteilt, in dem die feindselige Haltung des KBW gegen die VR Angola, seine Lobreden auf die faschistische FNLA und sein Minderheitenputsch im Heidelberger „Komitee Südliches Afrika" (KSA) bekannt gemacht und scharf kritisiert wurden. Daraufhin brachte die Ortsbeilage Münster der „KVZ" folgenden Kommentar: Wenn der KB („Nord") weiter die Haltung des KBW zu Angola kritisiert, dann **„soll er sich bloß nicht so entsetzlich wundern, wenn er hier und dort von den Massen (!) auf's Maul geschlagen wird. Denn die Massen haben kein Interesse an der Hetze gegen das angolanische Volk (?!), und die Lobpreisungen (?!) des Sozialimperialismus weisen sie aus guten Gründen zurück"** (24.6.76).

Sieht man von dem kindischen Getue mit den „Massen" ab, das für diese politisierenden Kleinbürger typisch ist, so heißt das auf deutsch: Der KBW fühlt sich berechtigt, Kritik an seinen Wahnsinns-Thesen zu Angola mit Gewalt zu verhindern. Praktiziert wurde das inzwischen schon in Kassel: Dort griffen die KBW-Ortsgrößen Willi Geike und Florian Fischer einzelne KB-Genossen an, die am Rande einer KBW-Kundgebung unter freiem Himmel (!) ein Flugblatt verteilten. Einem Genossen wurden die Flugblätter entrissen.



sen an, die am Rande einer KBW-

Es liegt auf der Hand, daß das ZK des KBW diese Methoden voll deckt und sich bisher nur aus taktischen Rücksichten noch nicht ganz offen dazu bekannt hat. Überdies ist mit dem Putsch im Heidelberger KSA, der vom ZK des KBW angeordnet, unmittelbar geleitet und gebilligt worden ist, für alle KBW-Ortsgruppen „grünes Licht" gegeben, in Zukunft keinerlei scheindemokratische Rücksichten mehr zu nehmen, sondern verstärkt den Weg der Provokation, der Mißachtung demokratischer Mehrheiten und der Ersetzung fehlender Argumente durch Schlägermethoden zu gehen.

Wer – wie der KBW – den Schlächtern des angolanischen Volkes, der faschistischen FNLA, huldigt, wer die Solidarität aller afrikanischen Völker und Befreiungsbewegungen mit der MPLA zynisch als „Lobpreisung des Sozialimperialismus" diffamiert, der muß mit Zwangsläufigkeit den Weg gehen, den der KBW jetzt eingeschlagen hat. Denn er wird nicht darauf rechnen können, längerfristig fortschrittliche Menschen mit einem derart dümmlich zusammengemischten Mist verwirren zu können.

Provokationen, Diebstahl (wie im Falle des Heidelberger KSA), Fälschungen und Schlägermethoden sind Ausdruck des politisch-ideologischen, organisatorischen und moralischen Zerfalls des KBW, auf den einst viele fortschrittliche Menschen Hoffnungen gesetzt haben und der heute kaum noch mehr ist al ein Haufen Scheiße.